Bismarck

Hermann Robolsky

Digitized by Google

PROPERTY OF
The University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Bismarck.

Zwölf Jahre deutscher Politik

(1871—1883).

Von

Hermann [illegible]

Bismarck, Gortschakow, Andrassy. — Bismarck und die mitteleuropäische Friedensliga. — Bismarck im Äußern und im Innern. — Bismarck und die französische Revanche-Politik. — Bismarck, der Ultramontanismus und der Cobdenklub.

(2.)

Leipzig 1884
Rengersche Buchhandlung
(Gebhardt & Wilisch).

Digitized by Google

35 507

Alle Rechte vorbehalten.

Digitized by Google

Bismarck.

Zwölf Jahre deutscher Politik

(1871—1883).

Digitized by Google

DD
218
.R68

Inhalt.

Seite

I. Bismarck — Gortschakow — Andrassy 1

II. Fürst Bismarck und die mitteleuropäische Friedensliga 120

III. Bismarck im Äußern und im Innern 175

IV. Fürst Bismarck und die französische Revanche-Politik 267

V. Bismarck, der Ultramontanismus und der Cobden-Klub 348

Digitized by Google

792174-190

Vorwort.

Das Jahr 1883 darf für Deutschlands äußere Beziehungen und für die allgemeine Entwickelung der internationalen Verhältnisse Europas als ein epochemachendes angesehen werden, als ein solches, das in besonders accentuierter Weise zum Rückblick auf die deutsche Politik seit dem Kriege auffordert. Für die Anerkennung der neuen, durch den Krieg begründeten europäischen Rechtsordnung ist im verflossnen Jahre geradezu die Entscheidung gefallen, als das Ergebnis des von langer Hand angelegten und umfassenden diplomatischen Werkes des deutschen Staatsmannes, welches dazu bestimmt ist, die Ära der Attentate des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht auf den Frieden Europas überzuleiten in diejenige des solidarischen Einstehens der Nationen für diesen Frieden. In das Jahr 1883 fallen keine geringern Begebenheiten als die Erneuerung und Verstärkung des deutsch-österreichischen Defensivbündnisses, der Beitritt Italiens zu demselben, die „überraschend günstigen" Beziehungen zu Rußland, die Monarchen-Begegnungen bei den preußischen Herbstmanövern am Rhein, und endlich, als Abschluß der internationalen Aktion des ganzen Jahres, die Reise des deutschen Kronprinzen nach Spanien und Italien, lauter Bürgschaften des Friedens, wie sie kein Jahr zuvor bot.

Der Verfasser des vorliegenden Buches hat es unternommen, an der Hand des von ihm während des abgelaufenen zwölfjährigen Zeitraums gesammelten Materials das auswärtige Werk des Fürsten Bismarck seit dem Kriege zu skizzieren. Es sind des Staatsmanns eigene öffentliche und private Äußerungen über auswärtige Dinge, Urkunden und private Schriftstücke, aus seiner Nähe inspirierte und solche Zeitungsartikel, welche der Verlauf der Begebenheiten als unterrichtete bestätigt hat, es sind endlich Stimmen aus der gesamten Presse der leitenden Staaten Europas, in welchen entweder die deutsche Politik ihre Würdigung oder die Gegenströmung ihren

Digitized by Google

Ausdruck gefunden hat: die der Verfasser zu einem Gesamtbilde der äußeren Beziehungen Deutschlands seit dem Kriege lose vereinigt hat. Jedermann weiß, wie eifersüchtig die Diplomatie auf ihre Geheimnisse ist, und daß, je näher die Entwickelung der internationalen Verhältnisse zur Gegenwart steht, desto mehr das Wort gilt: „Unser Wissen ist nichts, wir lauschen allein dem Gerüchte." Der Verfasser glaubt gleichwohl durch die bloße Sammlung und Gruppierung von mehr oder weniger allgemein zugänglichem Material, in welches es ihm gestattet war, manches Neue einzuflechten, der deutschen Nation einen Dienst zu erweisen, indem ihr durch den Nachweis, wie ein und dieselbe leitende Hand sie seit dem Kriege und bis zu der Höhe des Jahres 1883 geführt hat, der große Staatsmann einmal wieder lebhaft vor die Seele geführt wird, auf daß sie sich dessen aufs neue bewußt werde, was sie ihm schuldet. Auch ein bescheidenes Denkmal wie dasjenige, das in diesem Buche dem Fürsten Bismarck gesetzt ist, kann ja wohl dazu dienen, in einzelnen Kreisen seine Anerkennung zu erneuern und in einer Zeit der Verwöhnung die Gewissen zu schärfen. Großes hat Fürst Bismarck bis zur Schöpfung des deutschen Reiches vollbracht, vielleicht größeres seit derselben, was allerdings weniger erkannt wird.

Nur noch ein Wort zum Verständnis des Buches. Das erste Dezennium nach dem Kriege hat auch eine Reihe von Veröffentlichungen gebracht, die die Politik des Fürsten Bismarck vor dem Kriege in vielen Stücken neu beleuchten. Der Verfasser ist darauf in dem dritten Abschnitt dieses Buches, „Bismarck im Äußern und im Innern", zurückgegangen, wodurch für die Gegenüberstellung der äußeren und inneren deutschen Politik eine breitere Basis gewonnen worden ist.

Potsdam, 18. Januar 1884.

* * *

Digitized by Google

Bismarck — Gortschakow — Andrassy.

„Sie (die Deutschen) reden soviel von Dankbarkeit gegen Rußland und wissen doch, daß, wenn es 1870 nach den Sympathien des ganzen russischen Volkes gegangen wäre, die zarischen Armeen hätten gegen Deutschland marschieren müssen und daß nur des Zaren Sympathien den Ausschlag im entgegengesetzten Sinne gaben."

Fürst Bismarck hat sich einmal so gelegentlich (1876) geäußert. Zwischen der russischen Regierung, d. h. dem Kaiser, und dem russischen Volke zu unterscheiden, das hat uns insbesondere Fürst Gortschakow gelehrt, der wie das Volk dachte und — offiziell — wie der Kaiser handelte. Deutschland hat immer die Freundschaft des Kaisers Alexander II. genossen, nicht die des russischen Volkes, das seit dem Kriege um Schleswig-Holstein niemals mit seinem Kaiser eines Sinnes war. Die russischen Zeitungen, die durchaus zu einem Spiegel der Volksgedanken genommen zu werden verdienen, gaben darüber die gewisseste Auskunft. Nach dem Kriege von 1866 führte diese Presse laut und bitter gegen die Politik des deutschen Reichskanzlers das Wort. Noch viel bittrer und lauter that sie dasselbe während des französischen Krieges, wo man bei uns wenig Neigung hatte, Acht darauf zu geben, zumal da man sich bei der günstigen Haltung des Kaisers Alexander gern beruhigte. Aber seine Unterthanen dachten und schrieben anders und erklärten gerade heraus, das „unnatürliche Bündnis" zwischen Rußland und Preußen dürfe nicht länger dauern. Nun mutete ihnen das Dreikaiserbündnis, das bald nach dem Kriege eine ganz neue politische Konstellation der europäischen Mächte schaffen sollte, noch obenein zu, sich mit Österreich auszusöhnen.

Warum nannte denn aber das russische Volk das Bündnis seines Kaisers mit „Preußen" ein unerträgliches, welches aufhören müsse? Die Antwort findet sich in den einmal von Berlin aus geschriebenen Worten: „Die Gründe liegen nicht blos im Bereiche

Digitized by Google

der auswärtigen Politik, sondern auch der inneren. Das russische Volk ist von maßlosem Dünkel und Hochmut besessen, es bläst sich auf gegen den „faulen Westen", will in Europa das Slaventum zur ersten Macht erheben, will alle Völker slavischer Abstammung, wo sie auch wohnen, in „freien" Staaten unter russischer Oberherrschaft sammeln. Daher hat es gar keine Achtung vor Österreich, dem auch Fürst Gortschakow kein Recht zum Bestehen zuerkennt. „Österreich ist kein Staat, sondern eine Regierung", sagte er, als er noch Gesandter in Wien war; und dieses Wort flog ihm voraus nach Petersburg und eroberte ihm die Herzen, ehe er nur angefangen hatte, das Ministerium zu leiten. Die meisten Russen denken ebenso. Die in der nächsten Umgebung des Kaisers können freilich nicht umhin sich zu zügeln und zum Teil haben sie auch aufrichtig mit ihm seine ruhigeren Auffassungen gemein. Des Kaisers Wille hat bis jetzt noch etwas zu bedeuten; das weiß am besten Fürst Gortschakow, der seit dreißig Jahren als entschiedenster Feind alles deutschen Wesens bekannt, sich doch immer hat beugen müssen, die Politik des Kaisers zu machen oder sie wenigstens zu berücksichtigen. Also hat der Zar seine auswärtige Politik zwar meistens durchgesetzt, es sind aber dadurch die Russen nicht überzeugt, nicht umgestimmt, sondern gereizt worden."

Bei den Ereignissen, die unter der Regierung König Wilhelms I. in Preußen und Deutschland eintraten, hat klar und handgreiflich die persönliche Stimmung Alexanders II. die russische Politik bestimmt; doch hatte Gortschakow keine Selbstverleugnung zu üben, um dem Willen des Kaisers zu dienen. Der Kanzler als erklärter Feind Österreichs brauchte in dem Ausgang des Krieges von 1866 nichts weniger als einen Nachteil für Rußland zu erkennen. Es ließen sich viele Rechnungen machen, wonach von nun an die Hände Rußlands im Orient freier zu sein schienen als ehedem. Eine Auffassung, welche russischen Politikern empfahl, auch den Krieg von 1870 ohne Einrede sich selbst zu überlassen, indem man sich versichert hielt, daß ein Nachteil für das eigene Land auf keinen Fall eintreten könne, sondern eher — wie sich im spätern Orientkrieg zeigte — das Gegenteil, schien nirgends Platz zu greifen.

Fürst Gortschakow hatte von jeher für Frankreich eine besondere Vorliebe; nur seinem politischen Pflichtgefühl war es zuzuschreiben, daß er es sich versagte, nach Sedan für die Franzosen zu intervenieren. Nach Beendigung des Krieges aber kam ihm das Bewußtsein, daß er vom Standpunkte der altrussischen Partei,

Digitized by Google

der Panslavisten, deren Bestrebungen er bis zu einem gewissen Grade von jeher geteilt hatte, durch die Zulassung der vollkommenen Niederwerfung Frankreichs einen schweren Fehler begangen habe. Von nun an gab er seinen Sympathien für Frankreich einen immer ostensibleren Ausdruck, bis er im Jahre 1875 sich dazu verleiten ließ, die Rolle eines Friedensretters gegenüber dem deutschen Reichskanzler, der als „l'emporté de Berlin" vor Europa indirekt des beabsichtigten Friedensbruches angeklagt wurde, zu improvisieren.

Eine russische Zeitschrift stellte einmal (im Jahre 1879, Monat November) eine Anzahl von Thatsachen zusammen, mit denen bewiesen werden sollte, daß der Zwiespalt zwischen dem Fürsten Gortschakow und dem Fürsten Bismarck schon alten Datums sei. Es wurde darauf von Berlin aus erwidert: auf das persönliche Verhältnis der beiden Staatsmänner käme es nicht an, „beide leitende Männer sind zu alt in den Geschäften geworden, um persönliche Empfindungen nicht hinter die großen Interessen zurückzudrängen, die sie vertreten. Wir glauben, das Beweisthema ist falsch gewählt. Hätte der „europäische Bote" gesagt, daß die russische Diplomatie seit einer längeren Zeit eine Methode angenommen hat, welche einer Macht nach der andern das Zusammengehen mit ihr unmöglich gemacht hat, und daß Deutschland die Macht gewesen ist, welche von der russischen Diplomatie am übelsten behandelt wurde und doch am längsten an ihrer Seite ausgehalten hat, so würde das russische Blatt der Wahrheit nähergekommen sein." Es wurde ferner bemerkt:

„Von den Unternehmungen der russischen Diplomatie im letzten Jahrzehnt ist die Aufkündigung des Schwarzen Meervertrages im Herbst 1870 diejenige, über welche die Akten am vollständigsten vorliegen. Das Verhalten der russischen Diplomatie bei jener Gelegenheit weist wie ein Modell die Methode auf, mit welcher von jener Seite in der ganzen Reihe der weiterfolgenden europäischen Verwicklungen operiert worden ist. Es war immer das gleiche Bestreben, Europa erst mit Zusicherungen aller Art zu beruhigen und es dann vor vollzogene Thatsachen zu stellen, neben eine offizielle Politik eine offiziöse zu setzen; Deutschland begegnete man regelmäßig mit einer Art von studierter Nichtachtung, Frankreich pflegte mit einer sonderbaren Gönnermiene behandelt zu werden. Dieselben Züge trägt die russische Aktion im Jahre 1870, dieselben die Aktion im Jahre 1878. Sucht man nach einer Analogie für das Verhalten Rußlands im Sommer 1879 Frankreich gegenüber.

Digitized by Google

so präsentiert sich wie von selbst das Auftreten des Fürsten Gortschakow im Jahre 1875. Aber auch dieses wird schon durch sein Verhalten im Jahre 1870 eingeleitet.

„Wahrscheinlich existiert in der ganzen diplomatischen Geschichte Europas kein Aktenstück, welches mit dem Rundschreiben des Fürsten Gortschakow vom 31. Oktober 1870 auch nur annähernd in Vergleichung gebracht werden kann. Die Antworten, welche damals Rußland von England, Österreich und selbst von Italien erhielt, zeigen, wie es den leitenden Ministern in den Fingern zuckte und wie sie Mühe hatten, die innere Erregung niederzukämpfen, welche ihnen vielleicht noch mehr wie der Hohn der „Aufkündigung" eines europäischen Vertrages der unverhüllte und beleidigende Spott der Motivierung einflößte. Die europäische Lage zwang den Kanzler des norddeutschen Bundes in einer so eingeleiteten Aktion eine erste Rolle zu übernehmen und das Zusammentreten der Londoner Konferenz zu betreiben; seinen Empfindungen hat aber Graf Bismarck dem nach Versailles gesandten englischen Bevollmächtigten Otto Russell gegenüber einen kräftigen und scharfen Ausdruck gegeben. „Sehr unangenehm überrascht" erklärte sich Graf Bismarck durch einen Schritt, der weder opportun, noch reif sei; Fürst Gortschakow hatte eben über Deutschlands Kopf weg agiert, und es auch nicht der Mühe wert gefunden, es vorher zu avertieren.

„Während aber der russische Kanzler den Krieg der zwei Nationen benutzte, um Europa diesen Nasenstüber zu versetzen, war die russische Diplomatie bemüht, mit schmeichelnden und gönnerhaften Versicherungen das republikanische Frankreich für sich zu interessieren. Die Note, welche der russische Geschäftsträger in Tours übergab, zeichnete sich durch ihre feindselige Haltung gegen Napoleon III. zu einer Zeit aus, während Deutschland sich noch die Möglichkeit eines Friedens mit diesem offen halten mußte. Noch interessanter sind jedenfalls die Eröffnungen, die Herr Okouneff damals dem Grafen Chaudordy mündlich machte. Er entwickelte ihm, daß die Interessen Rußlands und Frankreichs identisch seien. Als Graf Chaudordy entgegnete, daß die gegenwärtige Lage eine geradezu einzige Gelegenheit biete, um diese These aus dem Gebiete der spekulativen Ideen in die der praktischen Kombinationen überzuführen, erklärte freilich Herr Okouneff, daß in der Politik die Gegenwart nicht alles sei, daß man mit der Zukunft rechnen müsse und nur dadurch allein zu soliden und dauerhaften Allianzen komme."

Digitized by Google

Fürst Gortschakow repräsentierte jene russischen Kreise, denen es vor allem an Respekt vor der deutschen Nation fehlte. Ihrem Übermute kam lange Zeit der Mangel an Selbstgefühl und Staatsgefühl in zahl- und einflußreichen preußischen Kreisen, namentlich in den fünfziger Jahren, entgegen. Eine, zwei Generationen waren bei uns aufgewachsen in der Anschauung, daß preußische und russische Interessen in allen Dingen zusammenfielen, von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses hatte man den russischen Zar als den Vater unsers Vaterlandes bezeichnet. Im Jahre 1854 sagte ein Graf Finckenstein: „Wir gehören zu Rußland." Die russischen Staatsmänner glaubten sich auf diesen Mangel an Selbstachtung als auf das Normale einrichten zu können. Die zu Zeiten des Kaisers Nikolaus gewonnenen Anschauungen übertrugen sie ohne weiteres selbst auf das neue Reich — bis Fürst Bismarck ihnen den „Standpunkt klar machte." Er hat uns nach und nach von Österreich, Frankreich, Rußland frei gemacht.

Dr. Andrew D. White, von 1879—1881 nordamerikanischer Gesandter in Berlin, gegenwärtig Präsident der Cornell-Universität in Ithaka, ein gründlicher Kenner der deutschen Verhältnisse, teilt uns das Folgende mit:

„Dieselbe Begierde, sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen, ging von Nikolaus anfänglich auch auf seinen Sohn Alexander II. über. Obwohl von großer Güte, großem Edelmut und Patriotismus, erbte er doch seines Vaters Gewohnheit, Deutschland zu behandeln. Im Jahre 1855 war ich als Untersekretär der amerikanischen Gesandtschaft in St. Petersburg attachiert und in dieser Eigenschaft war ich Zeuge eines Vorganges, der mir jene Beziehung zwischen Rußland und Deutschland für immer einprägte. Es war am Tage nach Kaiser Nikolaus Tode. Das diplomatische Korps hatte sich im Winterpalast zu St. Petersburg versammelt, um dem toten Kaiser zum letzten, dem lebenden zum erstenmal zu huldigen. Der Krimkrieg zog sich in die Länge und die Erniedrigung Rußlands warf schon ihren Schatten voraus. Alexander II. war durch Nesselrode in die Mitte des diplomatischen Korps geleitet und obwohl er zeitweise die Thränen über den Tod seines Vaters und die Lage seines Reiches nicht zurückzuhalten vermochte, vergaß er in seinem Gespräch doch nicht sein überkommenes Verhältnis zu Deutschland. Er redete den österreichischen Botschafter an, wie ein gekrönter Schulmeister einen ungehorsamen Schulknaben anfahren würde; er spielte auf die österreichische Undankbarkeit

Digitized by Google

gegenüber dem russischen Beistande in der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes an, auf seine Treulosigkeit gegen die heilige Allianz, und dies alles im Tone eines Mannes, der gewohnt war, Österreich Befehle zu erteilen und diese befolgt zu sehen. Darauf wandte er sich zum preußischen Gesandten und sprach mit ihm, wie derselbe Schulmeister mit einem ungehorsamen, aber gelehrigen Schulbuben gesprochen haben würde."

Derselbe erzählt: „Das heutige Kaiserpaar, damals Prinz und Prinzessin von Preußen, wagte es, eine Vorliebe für die englische konstitutionelle Politik gegenüber dem Verfahren russischer Autokratie zu zeigen, was man sie vielfach hart hat empfinden lassen."

Vom verstorbenen Hofrat L. Schneider, dem Vorleser des Königs Friedrich Wilhelm IV. und Korrespondent des Kaisers Nikolaus, wird erzählt: „Sein Verhalten während der Jahre der deutschen Krisis war nicht das Vorgehen eines einzelnen durch royalistischen Übereifer mißleiteten Mannes — es war typisch für die Auffassung russischer Beziehungen, welche in einer weit verbreiteten und einflußreichen Klasse preußischer Patrioten Geltung hatte. Wie Schneider dachte die gesamte Partei der Leute, denen die Partei über das Vaterland, das scheinbare Interesse der Krone über das dauernde und wahre Interesse des Staates ging. In dem Berlin der letzten 40er und ersten 50er Jahre ist es ein öffentliches Geheimnis gewesen, daß die Fraktion, welche sich die konservative nannte, ihre Parole an den Vorabenden wichtiger Entscheidungen fast regelmäßig aus dem russischen Botschaftshotel holte und daß der Herr dieses Hauses, Baron Meyendorff, trotz seiner notorisch österreichischen Gesinnung (er war ein Schwager des Grafen Buol) auf Beamtentum und Gesellschaft der preußischen Gesellschaft seiner Zeit Einflüsse geübt hat, wie russische Minister sie seit den letzten Tagen der königlichen Republik Polen in fremden Ländern nicht mehr besessen hatten. Gerade in den höchsten Kreisen der Berliner Gesellschaft wußte man am genauesten, daß dieser Herr die Zeiten der Verwirrung und Ratlosigkeit des Hofes, bei welchem er akkreditiert war, zu einem Verhalten ausgenutzt hatte, das in der Geschichte der Diplomatie einzig dastand.

„Von einem roi ..... zu reden — die unter den Schutz Preußens genommenen Schleswig-Holsteiner als „Kanaillen" zu bezeichnen, — Männern wie Radowitz und General v. Willisen geringschätzige Epitheta anzuhängen, den Militärbevollmächtigten v. Rauch als den Schutzengel des Königs am „Throne Sr. Majestät"

Digitized by Google

zu feiern und aus seiner Entrüstung über das Zustandekommen einer Verfassung und eines Preßgesetzes nicht das geringste Hehl zu machen, waren Freiheiten, die sich eben nur der russische Gesandte nehmen durfte und die er sich nahm, weil er die Empfindung hatte, als Repräsentant einer höheren Macht über den für andere Sterbliche geltenden Rücksichten zu stehen.

„Dem Repräsentanten des Kaisers von Rußland Rechenschaft abzulegen, hatte der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte General v. Rauch (16. März 1850) für seine erste Pflicht gehalten und es damit so eilig gehabt, daß er sich zu Fuß vom Hamburger Bahnhofe in das Hotel Unter den Linden begab, — Herr v. Meyendorff hatte früher als sonst irgend jemand in Berlin gewußt, daß der König die ihm von dem Erfurter Parlamente angetragene Centralgewalt ausschlagen werde, — ihm war gestattet gewesen, den offiziellen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Preußens in einer Kapital-Angelegenheit (der Einladung nach Warschau) zu umgehen und diese Frechheit damit zu motivieren, daß der betreffende Minister (v. Radowitz) nicht im Vertrauen Sr. kaiserlichen Majestät stehe. Hatte doch schon 1848 der russische Gesandte Budberg bei einer wichtigen Veranlassung unserem Minister des Auswärtigen mit dem Erscheinen der Kosaken gedroht! Im Oktober 1850 wurde dann der preußische Ministerpräsident, Graf Brandenburg, in Warschau mit Beleidigungen überhäuft, die einem Höheren zugedacht waren. Schimpflicher ist nie ein preußischer General und Abgesandter seines Königs behandelt worden. Graf Brandenburg überlebte diese Schmach auch nicht."

Anfangs 1870 druckte die St. Petersburger Monatsschrift „Russkajà Sternia" ein ihr durch den verstorbenen Generaladjutanten Wessely Feodorowitsch Ratsch mitgeteiltes, von keiner weiteren Angabe begleitetes Aktenstück ab, das, wie der Verfasser versichert, von keiner Seite beanstandet wurde. Dasselbe bezeichnete sich ohne weitere Datumsangabe als Memorial des Kaisers Nikolaus über die preußischen Angelegenheiten von 1848. Das Memorial spricht sich dahin aus, daß Preußen durch konstitutionelle Einrichtungen seinen militärischen Charakter und damit seine Lebenskraft einbüßen werde und der König, wenn er sich einer solchen Forderung anbequeme, nicht mehr als Herr seines Willens betrachtet werden könne. Das Aktenstück schließt wie folgt:

„Darf dasselbe Berlin, das sich verräterischer Weise gegen seinen König erhoben hat, dem übrigen Königreiche Gesetze geben?

Digitized by Google

Hieße es nicht, dieser Stadt eine widersinnige Autorität einräumen, wenn man sich der Willkür der Massen fügte, welche die Gewalt an sich gerissen haben? Folgt daraus, daß die Regierung schwach genug gewesen ist, mit dieser Wirtschaft nicht fertig werden zu können, daß die gesamte Monarchie sich derselben unterwerfen muß? Folgt daraus, daß einige Elende die Ausschließung des legitimen Thronerben, des Prinzen von Preußen, verlangen —, daß ganz Preußen diesen unwürdigen Akt anerkennen muß? Sollte das Unglück wollen, daß ein solcher Akt sich ungestraft in Berlin vollzöge und daß der König demselben seine Genehmigung erteilte, so wäre dadurch nur die Annahme ausgeschlossen, als sei der König überhaupt noch Herr seines Willens, ein derartiger Akt wäre ihm, als einem Gefangenen, entrissen worden.

„Ich bin der Meinung, daß der Prinz von Preußen sich einer solchen Entscheidung nicht unterwerfen dürfte. Er müßte in solchem Falle vielmehr seine unveräußerlichen Rechte zurückfordern, und zwar mit den Waffen in der Hand — er hätte in solchem Falle die gesamte Armee und die große Mehrheit des Landes auf seiner Seite.

„Für die Wiedereroberung seines Thrones bieten sich dem Prinzen zwei Mittel dar: das erste würde darin bestehen, daß er sich an die Spitze der ihm bekanntlich durchaus ergebenen, in Holstein stehenden Truppen stellte. Diese Truppen sind wenig zahlreich, aber erprobt und nicht allzu weit von Berlin entfernt. An ihrer Spitze könnte der Prinz gegen Berlin marschieren, den König befreien, Herr der Hauptstadt werden und mit den Elenden, welche daselbst herrschen, kurzen Prozeß machen. Das andere Mittel würde darin bestehen, daß man sich in solchem Fall der Gesinnung des Grafen Dohna, Kommandanten des 1. Armeekorps, und des Kommandeurs der Truppen in Posen, Generals v. Colomb, versicherte; an der eminent preußischen Denkungsart dieser Männer zweifle ich nicht. Der Prinz von Preußen würde sich nach Danzig oder Pillau begeben, an der Weichsel das 1. Armeekorps zusammenziehen, demselben alle oder doch die disponiblen Posener Truppen hinzufügen und an ihrer Spitze auf Berlin marschieren.

„Auf einen Erfolg könnte in beiden Fällen gerechnet werden. Das erste Mittel hätte die Raschheit der Ausführung für sich, das zweite den Vorzug, sich auf unsere Armee stützen zu können, welche als Reserve dem Prinzen zu Hilfe kommen würde, letzteres

Digitized by Google

indessen nur im Falle einer Komplikation mit Frankreich und mit Süddeutschland.

„Meiner Meinung nach ist der Augenblick bereits gekommen, in welchem durch Vermittlung des hier angestellten preußischen Ministers (preußischer Gesandter in Petersburg war im Jahre 1848 der General v. Rochau) mit den Generalen Graf Dohna und Colomb offene Sprache geführt werden könnte. Seine, des Ministers, Sache wäre es, diese Angelegenheit in einer sichern und nicht kompromittierenden Weise in die Hand zu nehmen.

„Hat der Prinz von Preußen dagegen die Schwäche, jetzt nach Berlin zurückzukehren, wo der öffentliche Geist sich ihm gegenüber in so infamer Weise gezeigt hat, so wäre das meiner Meinung nach ein unverzeihlicher Fehler, — ein Fehler, der die preußische Monarchie für immer ins Verderben stürzen würde, weil der Prinz erniedrigende, fast infamierende Bedingungen unterschreiben müßte; und weil die gut gesinnte Partei von diesem Augenblicke an jeden Vorwand und jede Hoffnung darauf aufgeben müßte, wieder emporzukommen und das Vaterland zu retten."

Dem Prinzen von Preußen hat während dessen Aufenthalt in Prussia house in London im Frühjahr 1848 der Botschafter Baron Brunnow einen Plan vorgelegt, der sich der Hauptsache nach mit dem Inhalt des vorstehend mitgeteilten Memoriales deckte.

Von einem weiteren Versuch des Kaisers Nikolaus wird das Folgende berichtet:

„Im Herbst des Jahres 1848 wohnte der kommandierende General des 1. Armeekorps, der spätere Feldmarschall Graf Dohna in allerhöchstem Auftrage den russischen Manövern bei, welche unweit der preußischen Grenze unter der persönlichen Leitung des Kaisers Nikolaus abgehalten wurden. Bei Gelegenheit einer unter vier Augen geführten Unterredung im kaiserlichen Zelte sprach der Graf seine Bewunderung über die Tüchtigkeit der ihm vorgeführten Truppen aus, um sodann durch die plötzliche Frage des Kaisers: „Ihnen gefallen meine Truppen? Nun wohl — diese Truppen sind zu Ihrer Verfügung, wenn Sie an der Spitze derselben gegen das meuterische Berlin marschieren wollen!" überrascht zu werden. Der Graf gab die einzige für einen Edelmann und Offizier mögliche Antwort — die Antwort, „daß ein preußischer General nie anders als auf Befehl seines Königs marschiere." Nikolaus kam auf seinen Vorschlag nicht wieder zurück und gab, indem er beim Abschied seine mit Dohna geführten Gespräche in des

Digitized by Google

Grafen W. Adlerberg Gegenwart rekapitulierte, ohne jenes Punktes Erwähnung zu thun, zu verstehen, daß er auf Schweigen rechne."

Das mit dem Anspruche auf die Abhängigkeit Preußens verbundene Wohlwollen für dasselbe ging erst bei Alexander II. gegenüber dem König Wilhelm in eine uninteressiertere Sympathie über. Sein guter Wille wirkte zu der Erhebung Deutschlands 1866 und 1871 mit. Wenn es eine zuverlässige Stütze in jenem Kampfe ums Dasein für uns gab, so war es Rußland — nicht das Rußland der panslavistischen Träume, aber das offizielle Rußland in seinem Herrscher verkörpert. So lange Rußland von ihm regiert war, schien es, daß Deutschland nicht Anlaß hatte, die Bürgschaften des Weltfriedens anderswo zu suchen. Aber das Ergebnis des Krieges wirkte für die Panslawisten wie eine Ueberraschung. Man wollte jetzt finden, Deutschland wäre allzu mächtig geworden. Seit mehreren Jahren übrigens war schon in der russischen Nation der Gedanke heimisch: wie Deutschland, wie Italien sich aufgerichtet, so müsse auch Rußland seine Macht vermehren. Ein Angriff auf die Türkei, um die Südslawen zu befreien und sie auf eigene Füße zu stellen, unter russischer Leitung, war daher für ein notwendiges Gebot für das Zarenreich erklärt, da sonst das Übergewicht Mittel-Europas unerträglich werden könnte. Ja, seinem zögernden Kaiser eilte nun das russische Volk voran. Von diesem wurden die Serben in ihrem Aufstand unterstützt, ehe der Zar an den Sultan Krieg erklärte. Der neue Kampf wurde jetzt aufgenommen, um die Niederlagen in der Krim der Vergessenheit zu übergeben; bei allen europäischen Kriegen der neuesten Zeit hatte Rußlands Diplomatie an diesen ihren dereinstigen Kampf gedacht, alle jene als Vorstufen zu diesem angesehen.

In der Zeit gerade, wo die russische Presse ihre Eifersucht über die deutschen Siege und die Einigung Deutschlands am heftigsten äußerte, in dem ersten Jahre nach dem Kriege, trat der leitende Staatsmann Deutschlands mit dem Plane hervor, dessen Ausführung er bereits nach dem Kriege von 1866 versucht hatte. Dieser Plan ist in einer Depesche skizziert, die Fürst Bismarck nach München an den preußischen Gesandten v. Werther 1867 richtete, und in welcher es sich um eine Verständigung zwischen dem Norddeutschen Bunde und Österreich mit Zuziehung Rußlands handelte. Dieselbe lautete:

Digitized by Google

Berlin den 14. April 1867.

An Herrn von Werther, Exzellenz, Wien.

Vertraulich.

Der Graf Taufkirchen hat mir, legitimiert durch ein Schreiben des Fürsten Hohenlohe an mich, in dessen Auftrage mit Genehmigung des Königs von Bayern erklärt, daß die bayerische Regierung wünsche, eine wechselseitige Anlehnung zwischen Deutschland und Österreich zum Zweck der Rückendeckung gegen Frankreich hergestellt zu sehen. Ich habe ihm darauf im Wesentlichen folgendes erwidert: es sei seit der Wiederherstellung des Friedens stets unser Wunsch gewesen, das freundschaftliche Verhältnis mit Österreich zu gewinnen, welches den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspreche. Zu den allgemeinen Gründen dieser unserer Disposition habe sich in neuester Zeit das besondere Motiv gesellt, den Frieden zu erhalten. Diesen Zweck würde eine Defensivallianz Österreichs mit Preußen und seinen deutschen Verbündeten erreichen, weil einer solchen gegenüber Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde.

Ich habe die Gelegenheit benutzt, zugleich über die Vorteile zu sprechen, welche wir Österreich bieten könnten und in dieser Beziehung folgende Gedanken geäußert:

Wir können Österreich dasjenige gewähren, was ihm früher der deutsche Bund gewährt habe, das heißt innere und äußere Sicherheit; die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung, entweder

a. für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder

b. für den deutschen Teil durch ein dauerndes Bündnis, ohne bundestägliche Verfassung, rein als internationaler Vertrag aufgefaßt.

Auch werde sich

c. ein zeitweiliges Bündnis vervollständigen lassen durch eine zeitweilige Abmachung über die türkische Angelegenheit. In eine solche Kombination würden wir aber auch Rußland hineinziehen müssen.

Ich sei nicht ohne Hoffnung, daß für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechthaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen sei. Sollte sich Rußland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmäßig zu verlautbaren, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Rußland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preußisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige.

Auch bei einer solchen auf stillschweigende Billigung Rußlands berechneten Abmachung müßten unsere Karten für Rußland offen liegen.

Der Graf Taufkirchen nahm diese Äußerungen anscheinend mit Befriedigung, wenn auch mit einer gewissen Behutsamkeit auf, und ließ erkennen, daß er daraus Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission in Wien entnehme. Dort die Initiative zu ergreifen, muß ihm überlassen bleiben. Ew. Exzellenz wollen aber gefälligst, sobald Ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die bezeichneten Kombinationen unterstützen und zu dem Zweck einerseits die Geneigtheit Seiner Majestät des Königs, auf den Gedanken des Fürsten Hohenlohe einzugehen,

Digitized by Google

konstatieren, andererseits alle und jede Gerüchte über geheime Verträge, die wir mit irgend einer Macht eingegangen wären, auf das bestimmteste dementieren.

gez. v. Bismarck.

Jener Plan scheiterte an den Machinationen des Grafen Beust. Derselbe machte bald nachher über die Eröffnungen des Grafen Taufkirchen und des Freiherrn v. Werther so vollständige Mitteilungen in Paris, daß die französische Regierung Reklamationen in München erhob. An denselben Graf Beust hatte Fürst Bismarck sich abermals zu wenden, als es galt, nach dem französischen Kriege die Machtstellung Deutschlands zum Schlüsselpunkt des europäischen Friedens zu machen und eine Friedensliga herzustellen, in deren Mittelpunkt diese neue Macht stehe.

Der östereichische Reichskanzler war nahe daran gewesen, in dem deutsch-französischen Kriege die Waffen gegen Deutschland zu ergreifen. Schon in den Jahren 1868 und 1869 wurden, wie erst spätere Enthüllungen ergaben, zwischen den Monarchen Napoleon, Franz Joseph und Victor Emanuel Verhandlungen wegen eines Schutzbündnisses angeknüpft, das zu einem Trutzbündnisse weiter gebracht werden könne. Diese Verhandlungen stockten, weil der König von Italien die Übergabe Roms an Italien verlangte, während Napoleons Diplomaten immer wieder das Lied anstimmten: Morgen, morgen, nur nicht heute! Napoleon glaubte, als die Fäden der Unterhaltungen abrissen, er könne sie nach Willkür wieder anknüpfen, die träumerische Stumpfheit, die seinem Sturze vorherging, erklärt diese Wendung genügend. Er ging dem Krieg wie ein Mondsüchtiger entgegen. Als die Krisis aber vorüber, wollte er wieder anknüpfen, und er wählte dazu den General Türr, der in Wien und Florenz anklopfte, aber überall auf die Frage Roms stieß. Das war die Zeit, wo der französische Minister des Auswärtigen dem französischen Botschafter telegraphierte: „Sagen Sie dem General Türr: seinen Brief erhalten. Es ist uns unmöglich, das mindeste für Rom zu thun. Will Italien nicht ins Feld rücken, so mag es zu Hause bleiben!“ Diese Depesche ist vom 30. Juli 1870 datiert. Am 1. August reiste der Kaiser nach Metz. Dorthin folgte ihm ein italienischer Gesandter, der so eben von Florenz über Wien angekommen war. Es wurde nun über einen Vertrag verhandelt, welcher drei schon früher zwischen den drei Regierungen vereinbarte Artikel enthielt, dazu aber einen auf Italiens und Österreichs Verlangen hinzugesetzten vierten Artikel, der den Ab-

Digitized by Google

zug der Franzosen aus Rom und die Besetzung der Stadt durch italienische Truppen betraf. Auch war in dem Vertrage ausgesprochen, daß Italien und Österreich noch einiger Zeit bedürften, um ihre bis dahin ganz friedliche Politik zu ändern und sich auf Kriegsfuß zu setzen. Die erste Hälfte September wurde als der nächste Zeitpunkt bestimmt, da es möglich sein würde, loszuschlagen. Der Kaiser schwankte in seiner alten Unentschlossenheit und suchte allerlei Ausflüchte. So meinte er u. A., ein so mangelhaft abgefaßtes Schriftstück könne man doch nicht unterzeichnen. Darauf sagte ihm Prinz Napoleon: „Unterschreiben Sie, Sire, unterschreiben Sie den Entwurf mitsamt seinen orthographischen Schnitzern, an denen wenig gelegen ist; telegraphieren Sie nach Wien und Florenz, daß Sie angenommen und unterzeichnet haben, um Ihre Verbündeten zu binden. Wenn wir siegen, werden Sie leicht Änderungen durchsetzen und wenn wir geschlagen werden, so haben Sie zum wenigsten diesen Vertrag, der uns Hoffnung auf Unterstützung giebt; aber unterschreiben Sie, ehe die Waffen entschieden haben; das ist nach allen Seiten hin nützlich." Die Spuren dieser Bemühungen des Prinzen finden sich noch in einem Briefe, den der Kaiser am 3. August aus Metz an Gramont nach Paris richtete und worin er schrieb: „Trotzdem, was H. vorschlägt, trotz der Anstrengungen Napoleon's (des Prinzen) gebe ich in betreff Roms nicht nach."

Das war am 3. August. Der 4. August brachte Weißenburg, der 6. Wörth und Spichern, und nun folgte jene Reihe weiterer französischer Niederlagen, welche den Verbündeten Frankreichs die Lust benahmen, sich den siegreichen Heerscharen Deutschlands in den Weg zu stellen. Das Netz der zwischen den drei Mächten gegen Preußen gesponnenen Ränke war zerrissen und vergebens war es, daß der Prinz Napoleon am 20. August, zu ausgedehnteren Zugeständnissen ermächtigt, nach Florenz reiste, um die erstarrten Verhandlungen noch einmal zu galvanisieren. Ein besiegtes Frankreich konnte Italien nicht hindern, in Rom einzurücken, es war nun wichtiger, mit dem Sieger auf gutem Fuß zu bleiben, und nicht auf Napoleon, sondern auf König Wilhelm richtete Victor Emanuel erwartungsvolle Blicke, als er seine Truppen in die Stadt des Papstes hineinsandte.

Die Zähigkeit aber, mit welcher Kaiser Napoleon den italienischen Ansprüchen stets entgegen getreten war, hatte ihre Wurzel keineswegs in tiefer religiöser Begeisterung; nein Napoleon III. hatte in seiner Jugend die weltliche Macht des Papstes stürzen wollen;

Digitized by Google

er hatte später den bekannten Brief an Edgar Ney geschrieben, er für seine Person hätte den Papst gern groß in der Kirche, doch eben deshalb frei von weltlichen Berechnungen gesehen; aber er fürchtete die Ultramontanen, er war der Sklave seiner spanischen Frau geworden, welche die Magd der Jesuiten stets gewesen war. Seit dem Kriege von 1858 mißtrauten ihm die Ultramontanen, denn die Siege in der Lombardei hatten dem wurmstichigen Gebäude des Kirchenstaates den Gnadenstoß gegeben. Die Jesuiten aber hielten Napoleon nicht allein fest; er glaubte nämlich, er werde länger leben und regieren als Pius IX. und darum wollte er die Entscheidung über Rom bis zu dem Tode des „geschwätzigen alten Mannes" verschieben. Er sah das gewissermaßen wie eine Sühne für die Karbonarirolle an, die er 1831 gegen den Papst und den Kirchenstaat gespielt hatte; und Pius IX. pflegte, wenn er von Victor Emanuel und Napoleon sprach, zu sagen: „Jener ist das Lamm, aber der andre ist der Wolf!" Napoleon hatte das Vertrauen der Italiener, trotz der vielen Dienste, die er ihnen erwiesen, verscherzt; sie sagten: Er hat erst wieder an Italien gedacht, als ihn Orsinis Bomben daran erinnerten! Als er 1859 ins Feld zog, verkündete er pomphaft: er wolle Italien befreien „von den Alpen bis zur Adria"; aber er machte auf der Hälfte des Weges Halt und lud zum Schiedsrichter Italiens — den Papst ein. So ging es fort bis Mentana und zu den „Wundern des Chassepots." Napoleon III. hatte alle Welt hingezogen und getäuscht, wie er gegen sich selbst nicht aufrichtig war; er fand daher nach seinem Fall in Sedan kein Mitleid bei den Liberalen in Europa, aber auch kein Erbarmen bei den Ultramontanen, die nun ihre Wühlerarbeit gegen Deutschland richteten, um dort Katastrophen herbeizuführen, von denen sie Rettung an der Tiber erhofften.

Von einer Depesche des Grafen Beust an den Fürsten Metternich vom 20. Juli 1870 sagte später, als dieselbe bekannt wurde, ein Wiener Blatt: „Diese Depesche macht es klar, daß Graf Beust nach Wien berufen worden war, um die Revanche für 1866 durchzuführen. Der Ausgleich mit Ungarn wurde geschlossen, um den Staat zu kräftigen, und die Versöhnung mit den slavischen Nationalitäten sollte ebenfalls die große Aktion vorbereiten. Man betrachtete aber das Hinausdrängen Österreichs aus Deutschland als eine dauernde Gefahr für den Bestand der Monarchie; man wollte Preußen demütigen und die Stellung in Deutschland wieder er-

Digitized by Google

obern. Durch die Politik des Liberalismus, der Vorurteilslosigkeit sollten die notwendigen moralischen Sympathien erobert werden. Beust wählte die besten Mittel, um einem verwerflichen Zwecke nachzustreben. Seine Rechnungen hatten indessen ein Loch, denn weder die Ungarn, die sich des dominierenden Einflusses bemächtigt hatten, noch die Deutschen, die sich der Hegemonie in Cisleithanien erfreuten, hatten irgend welche Lust zu einem Kriege gegen Deutschland. Im Gegenteil empfanden die Deutschen einen wahren Abscheu vor der Napoleonischen Allianz. ... Bedenklich im höchsten Grade war die französische Allianz, hier mußte Österreich seine deutschen Traditionen verleugnen, und das Gefühl empört sich bei dem Gedanken, daß nach dem Beustschen Programme Österreich und Frankreich über Deutschland herfallen wollten, um es zu erwürgen. Aber wenn Graf Beust sich auch über alle Pflichten der Nationalität hinweg setzte, so vermag er doch noch immer den Ton nicht zu entschuldigen, in dem die Depesche vom 20. Juli 1870 abgefaßt ist. Diese Hingebung an Frankreich, dieser Enthusiasmus für die Unterdrückung des deutschen Volkes — die Empfindungen des Mitleids haben hier das passende Wort auszusprechen. Beust hat in Österreich viele wohlthätige Schöpfungen zurückgelassen. Aber der Gedanke an den letzten Zweck, der verfolgt wurde, zerstört die Dankbarkeit für unbestrittene Verdienste."

Fürst Bismarck trat schon von Versailles aus mit Graf Beust in Verbindung. Die Vollendung des deutschen Einheitswerkes sollte zum Ausgangspunkte für die Annäherung zwischen den beiderseitigen Regierungen werden. Vor Abschluß der bezüglichen Vereinbarungen war vom Kanzler des Norddeutschen Bundes schon der österreichischen Regierung angekündigt worden, daß ihr eine im Geiste aufrichtigen Entgegenkommens gehaltene Mitteilung über die bevorstehende Neugestaltung der deutschen Verhältnisse zugehen werde. Darauf hatte Graf Beust geantwortet: „Die Regierung Österreich-Ungarns werde die angekündigte Mitteilung so günstig aufnehmen, wie es von seiten Preußens nur immer gewünscht werden könne." Es erfolgte dann unter dem 14. Dezember 1870 von Versailles aus die in Aussicht gestellte Eröffnung, welche ausdrücklich durch den Wunsch Preußens begründet wird, „mit dem mächtigen und befreundeten Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit ebenso, wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerung entspreche", und in welcher der Bundeskanzler schließlich

Digitized by Google

die Hoffnung ausdrückt: „daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens aufeinander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen werden.“ In der Antwort des österreichischen Kanzlers vom 26. Dezember wird versichert, daß die preußische Regierung in der Kundgebung jener Hoffnung nur dem Ausdruck der Empfindungen Österreichs zuvorgekommen sei, daß in allen maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns der aufrichtigste Wunsch vorherrsche, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehe, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen und daß diese Gesinnung auch in der Person des Kaisers einen erhabenen Schützer und Förderer finde.

Im Sommer des Jahres 1871, am 11. August, begegneten sich Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl, ersterer in Begleitung des Fürsten Bismarck; zu der neuen Zusammenkunft am 6. September in Salzburg waren auch der österreichische Reichskanzler und die Ministerpräsidenten der beiden Reichshälften, die Grafen Andrassy und Hohenwart, zugegen. In der deutschen Presse gab das Händeschütteln von Bismarck und Beust viel Anlaß, den Wandel der Zeiten zu beleuchten. Von Graf Beust und Genossen hatte einst Fürst Bismarck gesagt: „Wenn diese Leute könnten, würden sie einem einen Nagel durch den Kopf bohren.“ Zu jener Begegnung wurde aus Berlin geschrieben:

„Die Probe der wahren Kraft ist, daß sie wie eine Notwendigkeit wirkt, unberührt von den Neigungen und Abneigungen der Menschen. Das Zentrum der Gravitation zieht unwiderstehlich alle irdischen Dinge an sich, es mag den Dingen gefallen oder nicht. Auf kurze Augenblicke mag ein künstlicher Apparat, ein Luftballon, eine Pulvermine das Gesetz der Natur unterbrechen; nach einigen Minuten oder Stunden kehrt alles in die Bahnen zurück, die von Ewigkeit her ihm angewiesen sind. Ein großes Kraftzentrum hat sich im Herzen Europas gebildet, beruht es auf Wahrheit, auf Natur, auf Notwendigkeit? oder ist es nur ein zwar kolossaler, aber künstlicher Apparat, der morgen erlahmen und zusammenschrumpfen wird, wie der Gasballon, welcher in die Wolken steigt und niederfährt, ohne eine Spur seines kühnen Fluges zu hinterlassen? Unser Jahrhundert hat schon einmal die Entstehung eines ungeheuren Reichs, einer gewaltigen Kaisermacht gesehen, welche, wie man in ihrer Zeit glaubte, unwiderstehlich war, wie das Schicksal. In zehn Jahren war dies Kaisertum ein Trümmerhaufen und

Digitized by Google

sein Schöpfer ein Geächteter. Leben wir, die wir das junge deutsche Reich mit hohen Zukunftshoffnungen begrüßen in einer ähnlichen Täuschung wie jene, denen Napoleons stolzer Bau unzerstörbar erschien? Wir haben das sichere Gefühl, daß dem nicht so ist, daß wir es mit einem Werke ganz anderer Gattung zu thun haben. Nur Name und Titel klingen an, in allen wesentlichen Stücken, im Material, in der Methode, in den Zwecken waltet allertiefste Verschiedenheit.

„Allertiefste Verschiedenheit zeigt sich namentlich in der Art und Weise der Kraftäußerung. Wenn Napoleon alle Monarchien des Kontinents in seinen Machtbereich zog, so geschah das mit ungeheuren Kraftanstrengungen. Er machte die Könige zu seinen Verbündeten, nachdem er ihre Hauptstädte erobert hatte. Das deutsche Reich, aus einem Verteidigungskriege geboren, verrät keinen Trieb, über seine eigenen Grenzen hinauszugreifen; es bedroht niemanden; es zwingt keinen, sich ihm zu nähern. Es ist einfach da, wie das Zentrum der Erde auch einfach da ist. Und siehe da, alles fängt an, sich ihm zu nähern oder eine Annäherung zu suchen, vorzubereiten; einen schicklichen Übergang von schlechtem zu gutem Verhältnis zu finden. Es ist eine Bewegung, welche fast überall sich vollzieht gegen die eigentlichen Herzensneigungen. Fast alle fremden Nationen hassen uns; sie wollen unsere Freundschaft nicht; aber sie haben das Gefühl, daß sie müssen. Die Notwendigkeit triumphiert über die Gedanken des Menschen. Auf einem weiteren Schauplatze wiederholt sich, was im Juli 1870 in Süddeutschland geschah. Gegen die geheimsten Herzenswünsche der Regierungen flogen Bayern und Württemberg dem Schwerpunkte Deutschlands zu. Preußen nötigte sie nicht, wie Napoleon seiner Zeit die Rheinbundfürsten nötigte; in München und in Stuttgart waren die Entschließungen frei, freier als je, wenn man nur die Außenseite der Dinge ansieht. Gewiß herrschte in beiden Städten viel lebendiger Groll gegen Preußen, viel eifriges Verlangen nach Vergeltung, manche partikularistische Beklemmung im Hinblick auf die Einheit Deutschlands, die am Horizont zu dämmern begann. Aber München und Stuttgart kamen trotz alledem zu uns, zugleich widerstrebend und freiwillig.

„Jedermann weiß, wie die vulgäre Meinung in Europa uns gegenüber beschaffen ist. Hätte General Bourbaki seinen Feldzug gewonnen, ein ungeheurer Jubelruf der Schadenfreude hätte sich erhoben, von Stockholm bis Palermo, von Dublin bis Nowgorod.

Digitized by Google

Wenn heute diese vulgäre Meinung Symptome eines Umschwunges oder sagen wir lieber einer leisen Schwenkung zeigt, so verdanken wir es sicherlich nicht den zärtlichen Gefühlen unserer Nachbarn. Während des Krieges war es ausschließlich die Aristokratie der Geister und der Gesinnung, welche, in den neutralen Ländern, auf unserer Seite stand. Fast jedes Land hatte einen beredten Wortführer der deutschen Sache, einen Carlyle, einen Opzomer; aber der beredte Wortführer war ein Prediger in der Wüste. Der große Haufe aller Stände sympathisierte mit den liebenswürdigen eleganten Parisern, aus Neid, Furcht, Sentimentalität, Unwissenheit, oder auch aus bloßer Trägheit der Gedanken. Seit einigen Monaten fängt auch der große Haufe an, sich mit der vollendeten Thatsache auszusöhnen, zu ahnen, daß es mit dem bloßen Schimpfen auf uns Barbaren doch wohl nicht gethan sei, daß man nicht wohl umhin könne, mit einem Faktor wie das deutsche Reich kaltblütig und vernünftig zu rechnen. Ohne daß von Berlin aus etwas dazu geschieht, mehren sich von Tag zu Tag die Stimmen in Italien, in Skandinavien, in Holland und Belgien, in der Schweiz, welche das Thema variieren, daß bis zum Jahre 1871 Europa sich auf falschem Wege befand und daß es thöricht ist, der Gravitationskraft sich zu widersetzen.

„Das vornehmste Beispiel der bezeichneten Wandelung bietet natürlich das Wiener Kabinett, und gerade das Wiener Kabinett zeigt recht deutlich, wie wenig die Sympathie, wie viel die zwingende Gewalt der Dinge an diesem Anerkenntnis der Macht Deutschlands hat.

„Weder Kaiser Franz Joseph noch Herr v. Beust sind einer besonderen Vorliebe für unseren Kaiser und für unseren Reichskanzler verdächtig. Ihre Umarmungen und ihr Händedrücken kommen heute nicht so von Herzen, wie im Jahre 1867 bei der Begegnung mit Napoleon. Damals, in Salzburg, war die Zusammenkunft zweier Kaiser durch ein echtes und wahrhaftes Herzenbedürfnis herbeigeführt; beide Monarchen, welche sich dort um den Hals fielen, schmachteten nach gemeinsamer Rache an dem Sieger von Sadowa, und Herr v. Beust, welcher ja nur zur Herbeiführung dieser Rache österreichischer Minister geworden war, brauchte seinen Empfindungen nicht den mindesten Zwang anzuthun, als er mit dem französischen Herrscher die Möglichkeiten einer austrogallischen Allianz erörterte. Damals herrschten die Gefühle, und es kam bei der Sache nichts heraus. Heute werden die Gefühle sich einigen peinlichen Zwang gefallen

Digitized by Google

lassen müssen, aber dafür werden die Interessen desto freier sich zu ihrem Rechte verhelfen. Daß es gerade Österreich, gerade Kaiser Franz Joseph und gerade Herr v. Beust sein müssen, welche nach dem Kriege zuerst vor allen europäischen Staaten, Regenten und Ministern durch einen bedeutsamen öffentlichen Akt die neue Weltstellung Deutschlands anerkennen, ungezwungen und freiwillig, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe", das ist eins von jenen Zeichen, aus denen wir lernen können, was es mit der wahren Macht unserer Nation auf sich hat. Wenn es einen Staat giebt, dem man Haß gegen das preußische Kaisertum nachsehen kann, so ist es Österreich; wenn es einen Monarchen giebt, den es persönliche Überwindung kosten muß, Kaiser Wilhelm die Hand zu reichen, so ist es Franz Joseph, der Nachfolger der Habsburger, und endlich, wenn es einen Minister giebt, der seine eigene Galle verschlucken muß, um dem Fürsten Bismarck unter die Augen zu treten, so ist es Herr v. Beust, der kleine Rival des großen Kanzlers.

„Einen bedeutsamen öffentlichen Akt nennen wir die Zusammenkunft der deutschen und österreichischen Oberhäupter und Staatslenker. Zwar bewegt sich diese Zusammenkunft nicht in offiziellen Formen, aber daß sie eine politische Handlung vorstellt, kann man, auch ohne hinter den Vorhängen gelauscht zu haben, mit größter Sicherheit behaupten. Und daß sie bedeutsam sei, das ergiebt sich eben aus der Erwägung der Gefühle von Haß, Rachedurst und Neid, welche überwunden werden mußten, ehe die persönliche Begegnung des Siegers und der Besiegten möglich war. Österreich muß ausnehmend scharf und tief das Bedürfnis empfinden, ein gutes Verhältnis zu Deutschland anzubahnen, dies ist die Folgerung, welche wir aus den Thatsachen ziehen, und die Folgerung ist allerdings, darin haben die Hofzeitungen Recht, von höchster Wichtigkeit. Dem Bedürfnisse Österreichs entspricht auf seiten Deutschlands der Wunsch und das Interesse, auf den neuen Grundlagen die alte Bundesgenossenschaft fortzusetzen, welcher wir 1813 die Begründung eines langen dauernden europäischen Friedens verdankten. Damals opferten wir unsere innere Entwickelung, fortan braucht die Freundschaft zwischen den beiden Ländern nicht mehr um den Preis ihrer Wohlfahrt erkauft zu werden. Wir sind auf den Weg der Natur zurückgekehrt."

Offiziell wurde über die Vorgänge in Ischl und Salzburg bemerkt: „Das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich bedurfte einer Klärung, die sich nicht ohne tiefgreifende Erschütterungen und

Digitized by Google

Umgestaltungen vollziehen ließ. Nachdem der Wettkampf um die Leitung der deutschen Angelegenheit erledigt war, bekannte Preußen sich sofort zu der Überzeugung, daß einem freundschaftlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Österreich in den Verhältnissen beider Länder kein Hindernis entgegenstehe, und die preußische Staatsleitung zeigte sich von dem Wunsche beseelt, den Friedensschluß zu einem aufrichtigen und dauernden zu machen. Indessen hatte der Prager Vertrag, welcher unter der Mitwirkung ungünstiger Einflüsse zustandekam, vielfach unfertige Zustände und unklare Verhältnisse zurückgelassen, welche dazu angethan waren, die innere Festigkeit des geschlossenen Friedens auf ernste Proben zu stellen. An trüben Voraussagungen hat es denn auch im Laufe der jüngsten Jahre nicht gefehlt. Unter Hinweis auf vereinzelte ungünstige Anzeichen ward die Besorgnis laut, Österreich sei entschlossen, bei erster Gelegenheit im Bunde mit Frankreich einen Rachekrieg gegen Preußen zu unternehmen und jedenfalls gegen den Anschluß Süddeutschlands an Norddeutschland mit bewaffneter Hand Einspruch zu erheben. Andererseits wurde die Verdächtigung verbreitet, die erste Lebensäußerung des deutschen Reiches unter Führung Preußens werde der Krieg gegen Österreich sein. Durch die Thatsachen sind alle derartigen Ankündigungen in erfreulicher Weise Lügen gestraft worden. Während der ganzen Dauer des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich ist Österreich aus den von gesunder Einsicht(!) vorgezeichneten Grenzlinien ruhiger Neutralität nicht herausgetreten und die Herstellung des deutschen Reiches unter Preußens Führung hat zu keinerlei Zerwürfnis mit Österreich, sondern unmittelbar zu einem Austausch von Freundschaftsbeweisen geführt. Es ist von hohem Werte, daß gerade die Vollendung des deutschen Einheitswerkes zum Ausgangspunkte für die Annäherung zwischen den beiderseitigen Regierungen wurde.... Die Annäherung zwischen Deutschland und Österreich wird in ihrem Werte keineswegs dadurch vermindert, daß sie nicht für die Zwecke eines förmlichen Bündnisses erfolgt. Vielmehr hat man Wesen und Bedeutung des neuen Verhältnisses zwischen beiden Reichen gerade darin zu erkennen, daß es nicht durch eine zwingende Notwendigkeit der politischen Lage, sondern durch die Verwandtschaft der Gesinnungen und Bedürfnisse begründet ist. Das Einverständnis zwischen Deutschland und Österreich —, weit entfernt, eine Gefahr oder eine Drohung für andere Mächte in sich zu schließen, — entspricht lediglich dem beiderseitigen Verlangen nach dauernder Förderung der gemein-

Digitized by Google

samen Wohlfahrt. In allen zwischen beiden Regierungen ausgetauschten freundschaftlichen Kundgebungen findet sich die Zuversicht ausgesprochen, daß ihre Eintracht zu einer festen Stütze für den Frieden Europas werden wird und die thatsächlichen Verhältnisse, wie der persönliche Charakter der Herrscher, umgeben diese Verheißung mit Bürgschaften, über deren Gewicht die öffentliche Meinung Europas nicht in Zweifel sein kann."

Der Name Andrassy sollte nach jener Begegnung in Salzburg den Deutschen bald vertrauter werden. Graf Gyula Andrassy, 1823 zu Zemplin geboren, hatte sich 1848/49 in hervorragender Weise an der ungarischen Revolution beteiligt, nach deren Unterdrückung durch Rußland er, zum Tode verurteilt, als Flüchtling in Paris lebte. 1860 amnestiert, nahm er in Ungarn wieder eine bedeutende Stellung ein, und ward 1867 Präsident des ungarischen Ministeriums. Aus dieser Zeit stammte das folgende Bild, das uns den Politiker bis in seine Privatgemächer vorführt:

„Graf Julius Andrassy, der Ministerpräsident, ist ein interessant aussehender, blasser, schlanker Herr, mit üppigem Haarwuchse und stets tadelloser Toilette. Man hält ihn für einen hochmütigen Aristokraten, doch sehr mit Unrecht; Graf Andrassy ist stolz, aber nicht hochmütig, am wenigsten stolz auf seine aristokratische Geburt. Er pflegt allerdings Leute, die sich ihm allzuvertraulich nahen, barsch genug zurückzuweisen, wenn er nämlich ihre Berechtigung, sich ihm zu nahen, nicht anerkennt; diese Berechtigung aber verleiht in seinen Augen nicht aristokratische Geburt und nicht Reichtum, sondern in erster Reihe geistige Begabung und Verdienst. Er zeigt sich in gleicher Weise stolz und abwehrend gegen den unfähigen Aristokraten wie gegen den untauglichen armen Schlucker, und er begegnet mit gleicher Zuvorkommenheit dem ärmsten Plebejer, dessen Talent er respektiert, wie dem tüchtigsten Standesgenossen. Um den Ministerpräsidenten als Privatmann kennen zu lernen, dazu bieten dessen Soiréen die beste Gelegenheit. Die Gäste werden dort beim Entrée nicht angemeldet und nicht empfangen; eine sehr gute Einrichtung, die den Hausherrn der Mühe enthebt, gleichgültigen Leuten Artigkeiten sagen zu müssen, und manchen der Gäste der Verlegenheit, gleich beim Empfange Ungeschicklichkeiten zu begehen, wie z. B. bei der Soirée eines anderen unserer Minister, der alle seine Gäste einzeln begrüßt und dem ein geladner hiesiger Spießbürger die Hand ergriff und so energisch schüttelte, daß der

Digitized by Google

Minister zwei Tage lang keine Feder halten konnte und der Gast vor Schreck ob seines Attentates fast ohnmächtig und hinterher zwei Wochen lang bettlägerig wurde. Graf Andrassy zeigt sich seinen Gästen gewöhnlich erst gegen 10 Uhr; er schlendert dann so gemütlich und teilnamlos umher, als ginge ihn eigentlich das Arrangement seiner Soiréen nichts an, oder als wäre er sein eigner Gast. Er plaudert mit jedermann, der ihm in den Weg kommt, oder der ihn anspricht, mit dem einen Politik, mit dem andern Stadtklatsch, mit dem heiter lachend, mit jenem ernsthaft und tiefsinnig — mit keinem aber herablassend. Herablassung, diese widerliche Mischung aristokratischen Dünkels und heuchlerischer Freundschaftlichkeit, kennt Graf Andrassy nicht. Er nimmt die Menschen wie sie sind als seinesgleichen, oder er läßt sie ganz stehen, aber er vermeint niemals, sich zu ihnen herablassen, oder sie zu sich hinaufheben zu müssen.

„Doch verfolgen wir einmal den Wirt auf seinen Kreuz- und Querzügen. „Exzellenz geruhen". . . spricht ihn ein gemütlich aussehender, beleibter Sektionschef an. Andrassy läßt ihn das „sehr wohl auszusehen," oder was sonst Interessantes folgen sollte, nicht zu Ende sprechen, sondern unterbricht ihn: „Ja, ich geruhe Zeit für Sie zu haben; vorerst erzählen Sie mir rasch, was für eine Bewandtnis es mit dem Gesuche der X. Y."er Gemeinde hat; dann aber will ich geduldig Ihre Wünsche in der andern bewußten Sache anhören, um derentwillen Sie mich doch eigentlich angesprochen haben." Der Sektionschef erzählt sehr rasch die Geschichte von dem Gesuche und setzt hierauf ausführlich sein eigenes Anliegen auseinander. Der Graf anwortet mit einem kurzen: „ich werde sehen" und schlendert weiter. Baron S. und Graf C. nahen sich ihm; Andrassy macht, als er sie bemerkt, auf den Absätzen Kehrt und faßt einen in der Nähe stehenden Abgeordneten unter den Arm, mit dem er sich in ein tiefsinniges Gespräch über die Dressur der Jagdhunde versenkt, nachdem er ihm zugeflüstert: „Lasse mich nicht los, bevor jene Zwei sich entfernen; die Nachteulen sind mir entsetzlich zuwider." Doch die „Nachteulen" wanken und weichen nicht, sie verfolgen ihr Opfer unablässig mit den Augen und die Hundedressur ist nahezu erschöpft. Da erblickt Graf Andrassy im Nachbarsaale einen Journalisten, mit dem er ohnehin ein Hühnchen zu rupfen hat; er manövriert so geschickt, daß es ihm gelingt, sich zwischen die Thüre und seine Verfolger zu postieren, schüttelt dann plötzlich dem Abgeordneten die Hand und schreitet

Digitized by Google

rasch auf den Journalisten zu, der nichts Böses ahnend, behaglich auf einem Fauteuil sich wiegend eine Eisschokolade studiert und den er in dem Augenblicke erreicht, wo Baron S. und Graf C. ihn ansprechen: „Lieber Freund. . .“ „Ah, sehr erfreut,“ wendet sich Andrassy an die beiden, „erlauben Sie nur einen Augenblick! Geschäfte von höchster Wichtigkeit!“ Die Zwei ziehen sich verstimmt zurück und Graf Andrassy fährt grimmig auf den Journalisten los, der seine Schokolade seufzend bei Seite stellt, und sich aus dem weichen Fauteuil erhebt. „Sie haben mich allerliebst blamiert! Versprechen mir zu schweigen, so lange E. A. hier ist, und greifen ihn dann in einer Weise an, daß ich ihn und seine ganze Sippe seit drei Tagen am Nacken habe. Mir scheint gar, das macht Ihnen noch Vergnügen.“ Der Journalist antwortet hierauf etwas, was den Minister sichtlich interessiert, denn er zieht ersteren auf den Fauteuil nieder, rollt einen anderen in die Nähe und setzt sich selbst darauf. Es wird dann lange und heftig hin- und hergesprochen, der Minister geräth noch einigemal in Zorn, der Journalist endlich auch, so daß es fast aussieht, als zankten sie ein wenig, natürlich in leisen flüsternden Tönen, wie es sich für ein ministerielles Parquet geziemt. Schließlich tritt eine Versöhnung ein; der Graf versinkt in tiefes Sinnen, welches der Journalist dazu benutzt, seine vernachläßigte und hierüber aus Wehmut halbzerflossene Eisschokolade hervorzuholen und mit schmerzlicher Resignation aufzulöffeln. Dann springt Graf Andrassy auf, sagt seinem vis-à-vis einige Worte, die dieses mit Erstaunen vernimmt, und dann zustimmend mit dem Kopfe nickt, schüttelt ihm die Hand — und wird im Abgehen von dem Baron und dem Grafen, die er ganz vergessen hatte, in Empfang genommen. „Verehrtester! wer war denn der Mensch, mit dem Sie so angelegentlich plauderten?“ fragt Graf C. „Ich weiß es nicht genau,“ lautete die Antwort. „Ich glaube, er heißt Fleckeles oder Hirsch Löw — jedenfalls ist er ein Jude.“ Die Zwei fahren entsetzt zurück und greifen nach ihren wohl parfümierten Taschentüchern, welche Gelegenheit der Minister benützt, um ihnen ein drittes Mal zu entwischen.

„Wir wollen ihn auf seiner Flucht nicht weiter verfolgen; ich glaube dem Psychologen in dem bisherigen genügende Anhaltspunkte zur Beurteilung des Salonmannes Andrassy geboten zu haben und will mich jetzt dem Redner Andrassy zuwenden.

„Einen Schönredner sucht man im Grafen Julius Andrassy vergebens. Abgesehen davon, daß sein magyarisch von einem, wenn

Digitized by Google

auch kaum bemerkbaren oberländischen, vulgo slovakischen Accent angehaucht ist und daß er ein klein wenig stottert, sind ihm auch glänzende Redewendungen fremd, er spricht schlicht, ja trocken, woran man hierzulande nicht gewöhnt ist. Trotzdem ist er unstreitig der interessanteste Redner des ganzen Reichstages; es ist kein Gegenstand so abgenützt und keine Debatte dermaßen erschöpft, daß er ihr nicht eine neue, noch nicht beleuchtete Seite abzugewinnen vermöchte. Deaks Reden haben das Eigentümliche, daß man, wenn er spricht, stets das zu hören glaubt, was man selbst gedacht, nur in mehr übersichtlicher, logischer und überzeugender Weise zusammengefaßt, klarer, faßlicher zusammengestellt, als bei irgend einem anderen Redner. Andrassy hingegen überrascht stets den Hörer; er greift die Gegner von einer Seite an, wo sie es am wenigsten vermuteten, er führt Argumente ins Feld, an die niemand gedacht.

„Deßhalb beschließen Deak's Reden gewöhnlich die Debatten, während die Andrassy's ihnen eine neue Wendung geben.

„In seinen Worten ist Graf Andrassy nicht sonderlich wählerisch, ja er liebt es, die Opposition zu reizen und gar oft folgt seinen Äußerungen ein tobender Sturm des Widerspruches seitens der verletzten Gegner. Namentlich Ghyczy ist die Zielscheibe seiner rücksichtslosesten Angriffe, und er wählt in der Regel den Zeitpunkt für seine Reden unmittelbar nach den Reden dieses Führers der Opposition. Es mag wohl seinem offenen, derben und chevaleresken Wesen das süßliche, leise Auftreten des Abgeordneten von Komorn verhaßt sein, verhaßt in dem Grade, daß er oft dessen Gebaren geradezu zum Gegenstande seines Spottes, seiner Persiflage macht. Selbstverständlich läßt jener dies nicht vergeltungslos über sich ergehen, und es kommt hierüber nicht selten zu stürmisch-erregten Szenen, bei denen aber die Empfindlichkeit Ghyczys gegen die scharfe Kälte Andrassys in der Regel den kürzeren zieht. Ghyczy klagt und jammert, Andrassy spottet — selbstverständlich hat letzterer die Lacher auf seiner Seite. Es ist übrigens diese aggressive Schärfe des Ministerpräsidenten nicht immer klug und wohlangebracht; mehr als einmal schon hat er durch dieselbe seiner Sache empfindlich geschadet, wenn es ihm auch gelungen war, die Person des Gegners aufs vollständigste lächerlich zu machen. So wäre z. B. Ghyczy und mit ihm die ganze Linke schwerlich aus der Delegation getreten, wenn Andrassy die Inkonsequenz des Parteiführers in seinen Ansichten über das fragliche Institut nicht so schonungslos dem

Digitized by Google

öffentlichen Gelächter preisgegeben hätte. Zwar hat die Linke durch ihr trotziges „Nichtmitspielen“ mehr sich selbst, als der Delegation geschadet — aber es ist nichts destoweniger unklug, die Gegner zum äußersten zu reizen. — Oder wünschte in diesem speziellen Falle die Deakpartei dieses äußerste? Dann allerdings war die erwähnte Rede Andrassys ein Meisterstück.

„Als Staatsmann und Minister besitzt Graf Andrassy in allen seinen Handlungen das unverkennbare Gepräge der Genialität. Wie die meisten Genies ist auch er überaus leichtsinnig, leichtsinnig aus dem Grunde, weil er das Bewußtsein hat, einen begangenen Verstoß oder eine Unterlassungssünde leicht wieder gut machen zu können. Wenn alle seine Kollegen ratlos einem unvorhergesehenen Ereignisse gegenüberstehen, findet sein elastischer Geist — oft ohne tieferes Nachsinnen — in der Regel das beste, einfachste Auskunftsmittel. Keine Verlegenheit ist so groß, keine Lage so schwierig, daß sie ihm ernstliche Besorgnisse einzuflößen vermöchte. „Wir werden schon machen“ ist seine erste Antwort, und in der That hat er gar bald gefunden, was zu machen sei. Hierbei leistet ihm seine Gabe, die Menschen auf den ersten Blick zu durchschauen, sie und ihre Triebfedern richtig zu beurteilen, die trefflichsten Dienste. Er war der Erste, der die Männer der äußersten Linken in ihrer ganzen geistigen Armseligkeit erkannte; ihm genügte es, die Herren Madarasz und Patay zu kennen, um zu wissen, daß von diesen Leuten keine ernstliche Gefahr drohen könne. Deshalb widersetzte er sich auch jeder, gegen das Treiben derselben zu richtenden, Präventivmaßregel. „Lassen wir sie nur ungestört gewähren und die Herren werden sich bald lächerlich gemacht haben.“ Er hatte richtig gerechnet: eine Verfolgung dieser Herren von der äußersten Linken hätte ihnen vielleicht den Nimbus des politischen Märtyriums verschafft. So aber störte sie nichts; es folgten in rascher Reihenfolge die Heldenthaten, welche eben so viele klägliche Niederlagen eines Hauptes der Partei nach dem andern wurden. Die äußerste Linke hatte bald aufgehört, eine politische Partei zu sein. Das „Laissez faire“ ist im allgemeinen der Lieblingsgrundsatz des Ministerpräsidenten; er ist grundsätzlich dem Vielregieren abgeneigt, schreitet nur dort ein, wo dies eine dringende, nicht mehr zu umgehende Notwendigkeit geworden und auch dann am liebsten mit den kleinsten, einfachsten Mitteln, ohne viel Geräusch und mit möglichst geringer Bewegung des Regierungsapparates. Mit eine Ursache hiervon mag auch sein, daß Graf Andrassy stets und alles im rosigsten

Digitized by Google

Lichte sieht, daß er der Überzeugung lebt, die Dinge gingen auch ohne viel Zuthun den besten Weg und daß eine Gefahr sehr groß sein muß, ehe er sie als solche anerkennt. In inneren Fragen neigt Graf Andrassy in der Regel zu der liberalsten Auffassung, wie dies schon eine Konsequenz des „Laisser aller, laissez faire" ist. Eine Ausnahme macht nur das Militärwesen, dem er nicht abgeneigt ist; die Rücksicht auf die Machtstellung des Landes nach außen wird ihn stets zu Opfern bereit finden. Daraus folgt auch, daß er in der äußeren Politik ein Freund der Energie und der kräftigen Initiative ist. Sein Optimismus verläßt ihn auch hier nicht; er mag vielleicht das Zeug in sich fühlen, in der Stunde der Entscheidung sein Land zu flammender Begeisterung und Opferfreudigkeit hinzureißen und er fürchtet daher keine Gefahr. Besonders nachdem das Landwehrgesetz votiert ist, wird er vor nichts zurückschrecken, denn er ist überzeugt, daß die ungarische Honvedarmee in einer Hand, welche sie geschickt zu gebrauchen versteht, unbesiegbar sein wird. Es ist daher meine Überzeugung, daß, wenn er auch fernerhin jenen Einfluß auf die Leitung der äußeren Angelegenheiten behalten wird, den er gegenwärtig in hohem Maße besitzt, der Monarchie keine Herausforderung ungestraft wird geboten werden dürfen. Den Krieg wünscht er nichtsdestoweniger nicht, erstens, da er der Ansicht ist, daß auch ohne Krieg alles den besten Weg nehmen wird, zweitens, weil er Eroberungen auf jener Seite, wo dieselben für die Monarchie doch einzig möglich sind, nämlich im Süden, aufs entschiedenste perhorresziert; er hegt — wie jeder vernünftige ungarische Staatsmann — keinerlei Neigung, in den Staatsverband der ungarischen Krone noch einige Millionen Südslaven oder Serben mehr einzuverleiben. War doch auch den Kroaten gegenüber stets sein Wahlspruch: „Laßt sie gehen, wenn sie nicht bei uns bleiben wollen!"

„Es sei hier nicht verschwiegen, daß Graf Andrassy in seinen Sympathieen nach außen mehr zu Frankreich als zu Preußen hinneigt, was seine Begründung schon in der ganzen Persönlichkeit desselben findet. Dem leichtblütigen, geistreichen Manne muß notwendig das verwandte französische Wesen zusagen. Es wird ihn dies aber selbstverständlich niemals hindern, den ihm persönlich antipathischen Preußen die sympathischen Franzosen totschlagen zu helfen, wenn der Vorteil des Landes und politische Notwendigkeit es erheischen.

„Und zum Schlusse noch eines. Graf Andrassy hat entschieden

Digitized by Google

mit jener alten diplomatischen Schule gebrochen, deren Großmeister Talleyrand das Axiom aufstellte: „Die Sprache ist dem Menschen nicht gegeben, um seine Gedanken auszusprechen, sondern um sie zu verbergen"; er ist aufrichtig bis zum Exzeß. Im Parlamente wie im Verkehre mit fremden Diplomaten spricht er seine Meinung unverhohlen aus; aber er hat häufig die Gegner am sichersten dadurch getäuscht, daß er ihnen die Wahrheit sagte, denn diese glaubt man heute noch einem Staatsmann am wenigsten."

Soweit der Porträteur von 1869. Fürst Bismarck wußte von dem ungarischen Ministerpräsidenten, daß er schon vor dem deutsch-französischen Kriege eine Versöhnung mit Deutschland angeraten und schon damals in der Überschreitung der Mainlinie keine unbedingte „Vergewaltigung der österreichisch-ungarischen Interessen" erblickte. Es wurde sogar erzählt, daß er im August 1867 bei der Kaiserzusammenkunft in Salzburg, als Graf Beust mit dem Kaiser Napoleon „arbeitete", die Illusionen des letzteren mit den Worten zerstörte: „Graf Beust macht viel Lärm von sich, das mag für seine persönliche Stellung gut sein, aber es ist meine Pflicht, Ew. Majestät zu erklären, daß Sie nie einen Vertrag mit uns gegen Preußen erlangen werden. Und wenn Sie ihn selbst in der Tasche hätten, so bedeutet er nichts. Denn ein Vertrag gilt nur insoweit, als er ausführbar ist und ich bürge Ihnen dafür: Ungarn wird nie gestatten, daß Österreich-Ungarn Deutschland den Krieg erkläre." Die gebietende Stellung Ungarns datiert eben von dem erzwungenen Austritt des Kaiserreichs aus dem deutschen Bunde und ein Krieg, um diesen Austritt wieder rückgängig zu machen, konnte schon einem ungarischen Patrioten als der Widersinn selber erscheinen. Gleichwohl hat Graf Andrassy im Sommer 1870 mit Macht gerüstet, die Bauern von der Erntearbeit hinweg zu den Honvedübungen berufen, vom gehorsamen Reichstag sich Rüstungskredite bewilligen und in der hochoffiziösen „Pester Korrespondenz" verkünden lassen: „Der Alliierte Rußlands — wer er auch immer sei — wird unser Feind sein. Ungarn hat nur einen natürlichen Gegner, und das ist Rußland. Wir werden ihn bekämpfen, wo und mit wem wir ihn finden und wer unser Bundesgenosse gegen Rußland sein will, der ist uns willkommen." Rüstete Graf Beust auf den Krieg, um Rache zu nehmen für Königgrätz, so rüstete Graf Andrassy, um die Verbündeten Rußlands zu bekämpfen. Das Ergebnis wäre das gleiche gewesen, wenn eben nicht Umstände eintraten, die sich stärker erwiesen, als die Gelüste einzelner Menschen.

Digitized by Google

Soweit war der ungarische Ministerpräsident bekannt, als Graf Beust infolge innerer Vorgänge des Reichs — im November 1871 — seine Demission erhielt. Graf Andrassy trat an seine Stelle. Acht Jahre hat er dieselbe bekleidet. „Die Offenheit in seinen Beziehungen zum deutschen Reiche, die klare Erkenntnis der gemeinsamen Interessen und ihre zwar schonende, aber rückhaltlose Sonderung dort, wo sie nicht zusammentrafen, wie in den Fragen des Kulturkampfes, waren die Mittel, mit welchen Graf Andrassy das zu pflegen und zu erhalten wußte, was wesentlich aus seiner Initiative hervorgegangen war." In diesen Worten sprach sich später ein ungarisches Urteil mit etwas Selbstgefühl aus. Fürst Bismarck nahm einmal Gelegenheit, zu bemerken:

„Unsere Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit nnd die des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Österreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht blos von Monarch zu Monarch, nicht blos von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis, welches ihm die Möglichkeit gibt, mir jede Frage, die er für notwendig hält, im Interesse Österreichs, offen zu stellen; er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte und ich habe die Überzeugung, daß er mir die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt..... In den früheren Zeiten war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen."

Im Juli 1872 wurde die Politik des Grafen Andrassy von Wien aus folgendermaßen charakterisiert: „Es ist auffallend, mit welcher Sorgfalt die österreichische Politik um die Herbeiführung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland bemüht ist. Zahlreiche Einzelschritte bis zur jüngsten Sendung des Erzherzogs Wilhelm zu den Manövern von Krasnoje Selo beweisen, daß man in Wien zu möglichstem Entgegenkommen entschlossen ist. Das mag Politik des Augenblicks sein: große und unleugbar vorhandene Gegensätze nur unberührt lassen, nicht beseitigen. Allein das, was für den Augenblick als ungleich wichtiger, ungleich entscheidender angesehen werden muß für die politische Lage Europas, das ist,

Digitized by Google

daß das allgemeine Friedensbedürfnis nicht durch das Vordrängen eines Staates gestört, das in der Konsolidierung begriffene Verhältnis der gegenseitigen Machtverhältnisse nicht neuen Erschütterungen preisgegeben werde.

„Allerdings leidet es keinen Zweifel, daß die österreichische Politik nach wie vor von der Entwickelung der orientalischen Fragen beherrscht sein muß. Dort hat das Wiener Kabinett seine wichtigsten Interessen zu verteidigen, dort die Quellen seiner eigentlichen politischen Lebenskraft zu suchen. Es tritt notwendig in einer gewissen Konkurrenz mit Rußland auf. Alle Politik im Orient kann sich nur um den Angelpunkt bewegen, entweder die Erhaltung der europäischen Herrschaft der Türkei zu ermöglichen oder den Zersetzungsprozeß zu beschleunigen, an dem diese Herrschaft zu siechen seit langer Zeit begonnen hat. Es ist klar, daß Österreich nicht das letztere Interesse haben kann. So lange es sich in seinen Verhältnissen nicht konsolidiert hat, fühlt es weder ein Bedürfnis nach Erweiterung seiner territorialen Machtstellung noch nach Verstärkung des slavischen Elements, mit denen heute seine innerlichen Schwierigkeiten im wesentlichen zusammenhängen. So lange es nicht seinen, nach dem Verlust der Stellung in Deutschland doch wesentlich veränderten Staatsbegriff fest und in klaren Umrissen herausgearbeitet hat, darf es nicht hoffen, neue Machtfaktoren diesem Staatsbegriffe einzufügen. Die Tendenz der Annexion setzt die Thatsache der fertigen, der ihrer Zwecke bewußten Macht voraus. Die Orientpolitik Österreichs kann darum nur eine konservative sein, weil ja die Politik des Gesamtstaates zunächst auf die Erhaltung gerichtet ist. Der konservative Charakter dieser Politik begründet allerdings einen Gegensatz zu den letzten Zielpunkten der russischen Bestrebungen. Aber dieser Gegensatz wäre nicht minder vorhanden, wenn einmal die Eventualität eines Verfalles des türkischen Reiches ernsthaft ins Auge gefaßt würde, denn offenbar müßte dann das österreichische Interesse darauf gerichtet sein, dem russischen Einflusse an der unteren Donau den österreichischen zu substituieren, Rußland durch die politische Aktion den Vorrang abzulaufen, den es aber durch gewisse Vorbedingungen der Gemeinsamkeit in Religion, Sprache und Sitte, vielleicht sogar durch das Geschick der Agitation unleugbar behauptet.

„Es ist mithin klar, daß der Friede zwischen Österreich und Rußland nicht so sehr in der Sache, als in dem gegenseitigen guten Willen ruht, mehr als eine vorhandene Differenz nicht aufzugreifen.

Digitized by Google

Die Politik, die gegenwärtig in St. Petersburg, wie in Wien befolgt wird, scheint uns daher die vollste Anerkennung Europas zu verdienen. Was Deutschland anbelangt, so kann es im Augenblicke prinzipiell kaum Stellung zu Orientfragen nehmen. Für das deutsche Reich ist sie zunächst eine Frage der politischen Konstellation, keine Frage des unmittelbaren Machtanspruchs. Ihm muß daher zunächst und vor völliger Klärung aller einschlägigen Verhältnisse die Erhaltung des status quo im Oriente um so willkommener sein, als sie zugleich die Vorbedingung der Erhaltung des europäischen Friedens ist. Jedenfalls entspricht also die Politik des Grafen Andrassy dem Bedürfnisse des Augenblicks und allen Voraussetzungen eines engen Freundschaftsverhältnisses zwischen Österreich und Deutschland. Es bedarf wohl nicht der ausdrücklichen Hervorhebung, daß sich dies Verhältnis nur um so fester verknüpfen müßte, wenn Rußland wirklich den Gedanken hätte, eine Erweiterung seiner Machtstellung im Orient zugleich als Etappe der Erweiterung seiner Machtstellung gegen Deutschland anzustreben."

Das Jahr 1872 mußte es bald darauf als ein höchst bedeutsames Ereignis erscheinen lassen, daß die drei Kaiser von Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland in Berlin mit einander verkehrten, in einer Reihe von Jahren würde es vorher nicht möglich gewesen sein. Dennoch wollte man die Thatsache als solche nicht würdigen, sondern, als wenn sie nichts bedeutete, fragte man nach gefaßten Beschlüssen, um hiernach der Zusammenkunft der Kaiser einen Wert zuzuerkennen oder abzusprechen. Man wollte wissen, was denn die Kaiser in Berlin „festgestellt" hätten, und um einen greifbaren Gegenstand in die Hand zu bekommen, wurden unter andern auch gemeinsame Maßregeln gegen die Sozialdemokratie für nicht zu unwahrscheinlich erachtet. So wenig wollte man anerkennen, daß schon die bloße Thatsache des Zusammenkommens sehr gewichtig war. Und es war doch der Kaiser Franz Joseph seit zwei Jahrzehnten nicht in Berlin gewesen, während er jetzt dem Oberhaupt des neugestifteten deutschen Reiches einen freundschaftlichen Besuch zu machen die Bereitwilligkeit hatte. Ferner verkehrten mit einander in Berlin die Kaiser Alexander und Franz Joseph als gute Freunde und was dies besagen wollte, erhellt zur Genüge, wenn man sich unter vielen andern Dingen auch nur daran erinnert, daß wenige Jahre vorher österreichische Landeskinder nach Moskau zum Slawenkongreß gepilgert waren, um dort sehr weitgehende Beschwerden

Digitized by Google

über ihre heimische Regierung vorzutragen und dabei von seiten des ganzen Volkes und auch der höchsten Würdenträger und Prinzen des Zarenreiches die wärmste Aufnahme zu finden. Der Erfolg, daß nach bitterer und langer Entfremdung die Herrscher von Österreich und von Rußland einander in Berlin die Hand reichten, war also gewiß kein geringer und bedurfte nicht, um bedeutend zu sein, der Unterzeichnung eines Schriftstückes. Der ganze Verlauf des letzten Türkenkrieges ist wesentlich durch jenes Drei-Kaiser-Verhältnis bestimmt worden, indem auf jene erste Annäherung weitere Verständigungen nachfolgten.

Das Jahr 1873 ist sodann durch Monarchen- und Diplomatenbegegnungen ausgezeichnet. Der Besuch des Kaisers Wilhelm in Petersburg, welcher am 27. April in Begleitung des Fürsten Bismarck und des Grafen Moltke dort eintraf und bis zum 8. Mai verweilte, so wie auch die Teilnahme des Feldmarschalls v. Manteuffel und anderer preußischer Generale an der Feier des St. Georgsfestes am 6. Dez. desselben Jahres waren neue Beweise des zwischen den beiden Herrscherhäusern bestehenden guten Einvernehmens. Am 1. Juni traf Kaiser Alexander von Rußland in Wien ein; ihn begleitete der Großfürst Thronfolger und dessen Gemahlin, der Großfürst Wladimir und der Reichskanzler Fürst Gortschakow. Zwischen diesem, dem Grafen Andrassy und dem deutschen Botschafter General von Schleinitz, fanden täglich Besprechungen statt, bei welchen es sich — wie man sagte — um ein Einverständnis in orientalischen Dingen, also auf dem Hauptgebiete, wo russische und österreichische Interessen sich trennten, handelte. Protokolle wurden keine geführt. Ohne Zweifel arbeitete der Telepraph sehr fleißig zwischen Wien und Barzin, gleichwohl war noch das die Zeit, auf welche sich das Wort des deutschen Reichskanzler bezog: „er lese grundsätzlich die Depeschen der deutschen Diplomaten in Konstantinopel nicht; jeder Diplomat daselbst stehe in Gefahr, nach und nach den üblichen Menschenverstand zu verlieren." (Wir haben uns lange gesträubt, eine deutsche Orientpolitik zu übernehmen.). Victor Emanuel besuchte Berlin und Wien im September, Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck im October Wien. „Der bedeutsame Friedensbund — wurde offiziös bemerkt — welchen die drei Kaiser 1872 geschlossen, hat durch den Besuch des Königs von Italien in Wien und Berlin noch eine weitere Ausdehnung erfahren. Die jetzige neue Zusammenkunft der beiden Kaiser in Wien darf als der bedeutungsvollste Schlußstein der

Digitized by Google

großen politischen Thätigkeit gelten, durch welche Europa vor neuen Erschütterungen des Friedens bewahrt werden soll."

Das Jahr 1873 leitete mitten in dieser Feier des Friedensbundes die ultramontane Verschwörung gegen den Frieden Europas ein, deren deutliches Hervortreten dem nächstfolgenden Jahre seinen Charakter gab, und zu welcher Rußland noch ein Jahr später eine bedenkliche Stellung einnahm, die in den östlichen Friedensbund einen Mißklang brachte. Das Kissinger Attentat gegen den Fürsten Bismarck im Juli 1874 gab der Situation dieses Jahres noch eine besondere Beleuchtung.

Der 24. Mai 1873, der Mac Mahon zur Präsidentschaft der französischen Republik berief und ein klerikales Ministerium ans Ruder brachte, galt auf der anderen Seite der Vogesen und der Alpen als ein „erstes Säbelgeklirr, dessen weitere Folgen nur so lange ausbleiben würden, als der geistliche Fürst im Vatikan der einzige Bundesgenosse sei." Noch in demselben Jahre erfolgten maßlose Angriffe auf die Person des deutschen Kaisers und der Reichsregierung in bischöflichen Hirtenbriefen. Erlasse des Fürsten Bismarck an den deutschen Botschafter in Paris, Graf Arnim, vom 3. und 4. Januar 1874 empfahlen demselben ein gründliches Studium der französischen Gesetzgebung, welche ausreiche, um solche Vorgehen zu ahnden, und der französische Botschafter in Berlin, der Vikomte von Gontaut-Biron, wurde am Sylvestertage des Jahres 1873 im auswärtigen Ministerium zu Berlin „über den Ernst der Situation aufgeklärt." Bald darauf spannte sich die Aufmerksamkeit Europas auf Spanien, wo — nach einem offiziösen Bericht aus Berlin — „die auf Anregung der deutschen Regierung von fast allen europäischen Mächten ausgesprochene Anerkennung der republikanischen Regierung zunächst den Zweck hatte, gegenüber der von den karlistisch-ultramontanen Banden an einem Deutschen verübten Mordthat, auch in Spanien die wiedererstandene Macht des deutschen Reiches und den Willen desselben, Verletzungen seiner Angehörigen nicht ungeahndet zu lassen, allseitig zur Geltung zu bringen; — zugleich hat die Anerkennung aber jedenfalls den Erfolg gehabt, den Fortschritten einer Partei Einhalt zu thun, welche unter dem Aushängeschild des monarchischen Rechtes und des katholischen Glaubens Spanien unter eine absolute Priesterherrschaft und damit unter die unbedingte Leitung Roms zu bringen gedachte, und

Digitized by Google

auf welche eben deshalb die Hoffnungen des Ultramontanismus auch in Deutschland offenkundig gerichtet waren."

Nur Rußland schloß sich von der Anerkennung der Republik aus. In Frankreich, das nur ungern daran gegangen war, wurde jene Ausschließung mit Jubel aufgenommen. Das Dreikaiserbündnis galt als gesprengt, die Allianz Rußlands und Frankreichs als sicher. Im deutschen Reichstag wurde diese Angelegenheit am 4. Dez. (1874) von dem bayrischen Abgeordneten Jörg triumphierend zur Sprache gebracht. Ihre Ausführungen führten in der deutschen Presse sogar bis zu Erörterungen der parlamentarischen Redefreiheit. „In unserm Reichstage — so wurde u. A. in einem liberalen Blatte geschrieben — haben zwei Abgeordnete Reden halten können, wie sie einzig und allein in Deutschland gehalten werden konnten. Kein anderes Land giebt es in der Welt, dessen Parlament solche Reden schweigend angehört, geduldet und ertragen haben würde. In jedem anderen Lande würde man die Redner unterbrochen haben und ihnen entgegengetreten sein; in unserem Reichstage durften sie sich breit machen und jede Ungebühr begehen; — und als endlich jemand aufstand, um das Geschehene zu rügen, wurde er zur Ordnung dafür gerufen. Ländlich, sittlich.

„Die Reden von Jörg und Windthorst waren unverantwortlich. Beide Wortführer der Ultramontanen beschuldigten wahrheitswidrig und böswillig den Reichskanzler, er suche Kriege anzustiften; beide sprachen so leichtfertig in den Tag hinein, daß sie nicht einmal das Land oder die Länder bezeichneten, gegen welche uns nach ihrer Meinung der Reichskanzler in den Krieg führen will. Zur Rede darüber gestellt, erklärte einer von ihnen, sie hätten beide von keinem Kriege gegen Frankreich, sondern nur davon gesprochen, daß der Reichskanzler „sich überall einmische." Herr Jörg hatte u. a. gesagt. „Es ist von keinem Unbefangenen zu leugnen, daß im Laufe dieses Jahres in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches ein persönliches Regiment zu Tage getreten ist, das seine schweren Bedenken hat." Wo steckt, fragte Herr Jörg, der in der Reichsverfassung erwähnte diplomatische Ausschuß des Bundesrates, der den Beruf hat, Ueberraschungen zu verhüten? „Es soll dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches nicht gestattet sein, auf den verschlungenen Wegen der Diplomatie die Dinge so vorzubereiten, daß die übrigen Bundesstaaten eines Tages nicht mehr im stande sind, zu beurteilen, wer denn nun eigentlich der Angreifer und wer der Angegriffene sei . . ." Auf diesen

Digitized by Google

Gedanken kam der Redner noch ein zweites Mal zurück und sprach: „Durch den diplomatischen Ausschuß, der aber nicht in Thätigkeit getreten ist, soll vermieden werden, daß der Bundesrat eines schönen Morgens vor der unendlich peinlichen Lage stehe, die wir 1866 im bayrischen Landtage ausgestanden haben, als erörtert wurde, wer ist der Angreifer, wer der Friedensbrecher, wer der Urheber des Friedensbruches?" 2c. Herr Jörg schloß seine Rede mit dem Zuruf an die Regierungen der kleineren Bundesstaaten: es ist hohe Zeit, daß Sie sich Ihrer verfassungsmäßigen Pflicht erinnern (dem Reichskanzler gegenüber), für die Erhaltung des Friedens zu sorgen.

„In demselben Geleise bewegte sich dann auch Herr Windthorst. Dieser sprach: „Ich glaube, daß die Regierungen, welche in dem diplomatischen Ausschuß sitzen, alle Veranlassung haben, recht aufmerksam auf den Gang der Dinge zu sein, denn ich habe allerdings für mich die Überzeugung, daß wir allmählich einem Kriege unwiederbringlich entgegensteuern." Begründen konnte der Redner seine Überzeugung freilich nicht weiter, als daß er meinte, die Behandlung der spanischen Angelegenheiten und die nach Paris geschickten Depeschen wegen der Hirtenbriefe der französischen Bischöfe seien jedenfalls Einmischungen, zunächst zwar nur moralische, aus denen sich aber thatsächliche entwickeln könnten. Es wurde Herrn Windthorst im Reichstage vorgehalten, wie unrecht es von ihm ist, die Regierung seines Vaterlandes mit so haltlosen Beschuldigungen vor der Welt zu verklagen. Seine Antwort darauf war, daß er sich mit Thiers verglich, der am 15. Juli 1870 die Regierung Napoleons so dringend gewarnt habe, wie er selber jetzt die deutsche Reichsregierung warne. Herr Windthorst blieb also dabei stehen, die deutsche Reichsregierung brenne auf Krieg!

„Aber noch mehr. In der Sitzung vom 4. Dezember verleumdeten nicht blos die genannten Abgeordneten in so unpatriotischer Weise die Regierung ihres Landes, in derselben Sitzung sprachen sie noch anderes, was jedes rechtschaffene Gefühl empören mußte. Herr Jörg nahm sich der spanischen Karlisten an und sagte zugleich, der ermordete Hauptmann Schmidt habe seinen Tod selbst verschuldet. Jörg's Worte waren: „Es hätte der diplomatische Ausschuß des Bundesrats untersuchen müssen, wie es denn eigentlich mit den sogenannten „karlistischen Greueln" stehe, und mit der kriegsgerichtlichen Exekution gegen den unglücklichen Hauptmann Schmidt, dessen Name ich übrigens nur mit Achtung nenne,

Digitized by Google

denn dieser Mann hat sein durch Unvorsichtigkeit verschuldetes Schicksal als braver Christenmensch mutig ertragen, und so ist er in den Tod gegangen." Also nicht die Mörder trifft eine Schuld, sondern den Ermordeten; und in Übereinstimmung hiermit hat in derselben Sitzung Herr Windthorst auseinandergesetzt, wie es seiner Zeit auch schon die „Germania" und andere ultramontane Blätter gethan hatten, daß für den Mordversuch in Kissingen nicht sowohl der Thäter verantwortlich zu machen sei, als vielmehr der Reichskanzler. Seine Worte lauteten: „Wenn die politischen und kirchlichen Streitigkeiten zu einem Siedepunkt gelangen, so darf man sich nicht wundern, wenn hier und da unglückliche Menschen zu einem wahnsinnigen Unternehmen hingerissen werden. Das liegt eben an der unglücklichen Konstellation, und diejenigen mögen es sich zuschreiben, welche diese Konstellation herbeiführen", und das ist vor allen andern der Reichskanzler, unter dessen „Auspizien", wie der Redner an einer andern Stelle sagte, der Kampf gegen die Kirche geführt wird.

„Noch vieles derart aus den Reden vom 4. Dezember würde angeführt werden können. Wir erwähnen nur noch, daß Herr Jörg des Mordversuches in Kissingen nur gedachte, um bei der Gelegenheit der deutschen Nation eine Beleidigung hinzuwerfen, die man, wenn sie in einer Zeitung seiner Partei stände, flegelhaft nennen würde. Er sprach: „In den Tagen, als aus Anlaß der Freveltat eines halbverrückten Menschen ein guter Teil der deutschen Denkernation nahezu in's Delirium geraten war" 2c. Weiter hatte Herr Jörg nichts wider den Mordversuch zu bemerken; zu seiner Beschimpfung der Nation rief das Zentrum „sehr richtig!" und alle diese schnöden Auslassungen beider Redner ertrug der Reichstag mit Geduld. Endlich nahm der Abgeordnete Lasker das Wort und sprach gegen die Vorredner: „In öffentlicher Versammlung die Regierung Deutschlands der Anreizung zum Kriege anzuschuldigen, das ganze Ausland auf diese Weise gegen Deutschland zu hetzen, das ist eines deutschen Volksvertreters unwürdig. Und ich will diese Politik kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieser Herren vor Deutschland als das erscheinen, was sie sind und nicht als das, wofür sie sich ausgeben — als Verbrechen gegen das Vaterland!" Stürmischer Beifall des Reichstages folgte diesen Worten, der Präsident aber bemerkte darauf im „Interesse der parlamentarischen Ordnung", daß die Ausdrücke, die Herr Lasker in Beziehung auf das Verfahren von Abgeordneten so eben ge-

Digitized by Google

braucht habe, dieser Ordnung nicht entsprechend seien, und daß er sie deshalb rügen und den Redner zur Ordnung rufen müsse.

„Wir aber haben seitdem die Wahrnehmung gemacht, daß dieser Ordnungsruf des Präsidenten überall in Deutschland als unzeitig empfunden und bedauert worden ist. Man hat überall gefühlt, daß ein Wort, wie der Abg. Lasker es sprach, gesprochen werden mußte. Es würde eine Schande für den Reichstag und für das deutsche Volk gewesen sein, wäre es nicht gesprochen worden. Und nun fragen wir, ob es eine rechte „parlamentarische Ordnung" sein kann, welche dem rechtschaffenen patriotischen Gefühl des Volkes widerstreitet? Wir im Volke finden die Reden von Jörg und Windthorst ganz nichtswürdig und können weder eine Berechtigung solcher Reden anerkennen, noch zugeben, daß sie zu irgend etwas nütze sind. Der Abgeordnete besitzt Redefreiheit, aber wie sich von selbst versteht, nicht zum Schaden, sondern zur Wohlfahrt des Landes. Sie ist ihm nicht verliehen zu landesverräterischer Verleumdung der Regierung und auch nicht zu Beschönigung von Ermordungen unserer Landsleute im Auslande und von Mordversuchen im Inlande. Bei aller Redefreiheit kann kein Abgeordneter das Recht haben, Reden zu halten, welche gegen das Gemeinwohl und welche gegen die Sittlichkeit verstoßen. Begeht er solche Verstöße, so muß er auf der Stelle zurückgewiesen werden, und das gehört zu den Obliegenheiten des Präsidenten. Oder wie, soll ein Abgeordneter alles sagen dürfen, soll er über jede Schranke und jeden Zügel der guten Sitte erhaben sein, soll nichts Höheres über ihm stehen, und wenn er solche übermenschliche Freiheit mißbraucht, soll niemand ihn dafür tadeln dürfen? Eine derartige persönliche Freiheit giebt es nicht unter Menschen und darf es nicht geben. Hat aber ein Abgeordneter eine grobe Ungebühr begangen, welche ungerügt blieb, so ist es seltsam, wenn die parlamentarische Geschäftsordnung einem anderen Abgeordneten nicht erlauben will, ein tadelndes und selbst ein unglimpfliches Wort über jenen auszusprechen. Dies würde geradezu zur Vergötterung der Abgeordneten führen, dies wäre ein Götzendienst, der mit ihren Privilegien getrieben würde. Wer unrecht handelt und frevelt, der muß es sich vorbehalten und sich dafür zur Rede stellen lassen, es darf niemand ein Vorrecht haben zum Frevel. Bleibt die Redefreiheit nicht in den allgemein gültigen Schranken der Sittlichkeit, so macht sie sich dem Volke verhaßt, und eine solche entartete Freiheit würde untergehen."

Fürst Bismarck gab in jener Sitzung über das Verhältnis

Digitized by Google

zu Rußland eine sehr kräftige Erklärung ab. Herr Jörg hatte gesagt: Durch die neuesten Umwälzungen im europäischen Staatensystem sei nicht Deutschlands, sondern Rußlands politisches Übergewicht befestigt worden und durch das „russische Desaveu" in der spanischen Frage habe der Reichskanzler ein Fiasko erlitten, „von dem ich glaube, daß er viel darum gäbe, wenn er es ungeschehen machen könnte." Die Antwort Bismarcks lautete: „Am allermeisten achten wir die Meinung der uns seit einem Jahrhundert und noch heute intimsten unter den uns befreundeten Mächten, der russischen, und wenn der Herr Vorredner geglaubt hat, mit seinen kleinen Pfeilen dahin schießend, ein bißchen Verstimmung zu machen, so erregt das innerlich nur unsere Heiterkeit. Unsere Beziehungen dort stehen, Gott sei Dank, fest und turmhoch über der Tragweite von dergleichen kleinen Versuchen. Wenn also der Herr Vorredner von meinem Fiasko sprach, so kann ich nur erwidern, daß ich mit dem seinigen, das er eben erlebt, doch nicht tauschen möchte."

Über das Einschreiten gegen die französischen Bischöfe sagte die inspirierte Presse: „Je mehr die deutsche Regierung durch das gesamte Auftreten der ultramontanen Partei sich in der Überzeugung bestärkt sah, daß sie es nach dem Geiste und Streben der Führer mit einer revolutionären Partei zu thun habe, welche nicht bloß vom Auslande her geleitet wird, sondern auch ihre Stütze und Hilfe von den Erfolgen der Ultramontanen im Auslande erwartet, destomehr mußte das Bestreben der deutschen Politik darauf gerichtet sein, diese internationalen Hoffnungen der katholischen Politiker zu kreuzen und zu vernichten. In der That hatten die wichtigsten Schritte unserer auswärtigen Politik im letzten Jahre vor allem den Zweck und den Erfolg, der Kriegführung der Ultramontanen in Deutschland die täuschende Zuversicht auf fremde Hilfe in Europa gründlich zu benehmen. Die bedeutsamen diplomatischen Enthüllungen, welche der Prozeß Arnim gebracht hat, sowie mehrfache neuerliche Erörterungen im Reichstage haben erkennen lassen, daß die deutsche Politik aus ihrer friedlichen Ruhe und Zurückhaltung nur da hervorgetreten ist, wo es galt, der etwaigen Verirrung fremder Politik auf die Bahnen der internationalen Agitation der Ultramontanen warnend oder vorbeugend zu begegnen. Der „kalte Wasserstrahl" nach Paris, welchen ein katholischer Redner im Reichstage so schmerzlich beklagte, hat allerdings die Wirkung gehabt, den Brand, welchen die Ultramontanen

Digitized by Google

Frankreichs zu gunsten ihrer Genossen in Deutschland zu entzünden im Begriff waren, im Entstehen zu löschen; — er hat vielleicht auch mit dazu geholfen, daß die französische Regierung sorglich die letzte Handhabe beseitigt hat, durch welche sie in die politischen Irrungen der römischen Kurie in Italien hätte hineingezogen werden können."

Im Reichstage selber that damals (Dezember 1874) Fürst Bismarck, den Spieß gegen die Abgeordneten Jörg und Windthorst umdrehend, auch des päpstlichen Nuntius Meglia Erwähnung, der vor dem Kriege sich in München aufhielt, später in Paris. In München hat er einmal gegen einen württembergischen Diplomaten die Äußerung gethan: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, der Kirche kann allein nur die Revolution helfen."

Dazu wurde bemerkt: „An welchem Tage dieses Wort gesprochen wurde, hat Fürst Bismarck nicht angeführt und Herr v. Varnbüler auch nicht; es muß aber geschehen sein in den ersten Monaten des Jahres 1869 oder in den letzten des Jahres vorher. Das fällt nun aber genau in die Zeit, wo die Bewohner des Vatikans die Einladungen zum Konzil eben ausgeschrieben hatten; die Einladung erfolgte im Juni, die Eröffnung im Dezember 1869; und so haben wir die gewiß sehr merkwürdige Thatsache vor uns, daß im Augenblicke, wo der Papst das Konzil ausschreibt, sein Nuntius die Erklärung abgiebt: uns kann nur noch die Revolution helfen. Also das Konzil allein kann es nicht schaffen, die Revolution muß dazukommen. Die Jesuiten haben es sich klar gemacht und sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Beschlüsse des Konzils nur dann in das Leben eingeführt werden können, wenn sie von einer großen Umwälzung in Europa, von einem Kriege oder einer Revolution, gehörig unterstützt werden.

„Diesen Gedanken scheint damals der Botschafter des Papstes recht fleißig in Bayern gepredigt zu haben; es würde verlorene Mühe sein, wenn er ihn heute verleugnen wollte; denn ohne Zweifel hat der Bischof von Regensburg nur nachgesprochen, was er vom Nuntius vernommen und gelernt hatte, als er am 22. April 1869 in Schwandorf seine berühmte Rede hielt. Es ist vollkommen beglaubigt und vor Gericht festgestellt worden, daß der Bischof vor einer Anzahl von Staatsbeamten, die ihm bei seiner Anwesenheit in Schwandorf einen Besuch machten, folgendes geäußert hat: „Wir Ultramontane," sagte er, „können nicht nachgeben. Die Gegensätze können nur durch Krieg und Revolution

Digitized by Google

ausgeglichen werden. Friedliche Ausgleichung ist nicht mehr möglich; wenn man sich die Köpfe blutig gestoßen hat, wird man wieder zu Gott zurückkehren" ꝛc. Auch nach einer anderen Angabe haben die Worte gelautet: „Dem traurigen Zustande der Kirche kann nur durch Krieg oder Revolution abgeholfen werden." Das ist nur eine kleine Abweichung in den Worten: der Sinn ist durchaus derselbe wie oben. Der bayrische Bischof hat den Gedanken des päpstlichen Nuntius etwas näher erläutert. Die Kurie hat schon öfter durch Kriege gewonnen und in Revolutionszeiten gute Geschäfte gemacht. Nach dem Kriege gegen den ersten Napoleon wurde sie von den verbündeten Mächten in ihren ganzen früheren Besitzstand in Italien wieder eingesetzt. Nach den Unruhen von 1848 machte sie in den meisten Ländern mit Leichtigkeit die größten Fortschritte. Und in der jüngsten Zeit hat sie sich wenigstens insofern nicht verrechnet, als sie in Frankreich allerdings durch den Krieg von 1870 noch mächtiger geworden ist, als sie es unter dem zweiten Kaisertum gewesen war. Alle Franzosen, mit der einzigen Ausnahme eines Teiles der Radikalen, liegen jetzt zu ihren Füßen. Die Radikalen von Gambetta's Schlage fürchten sich zwar vor ihr in einer Hinsicht, verehren sie aber dennoch als Verbündete gegen Deutschland. In Frankreich ist es also in der That so weit gekommen, wie Nuntius Meglia und Bischof Senestrey es gewünscht haben; der Krieg und die Kommune, beide haben für die Kurie gearbeitet, König Karl X. gab den Jesuiten nicht so viel nach, wie die höheren Klassen in Frankreich jetzt einmütig thun. Der Syllabus ist auf dem Wege, ein französisches Grundgesetz zu werden; Laboulaye hat es neulich in der Nationalversammlung ausgesprochen: um die Männer des Syllabus mit der Gesittung und dem Geiste des Jahrhunderts zu versöhnen, muß man ihnen die Rechte und die Stellung einräumen, die sie für sich begehren."

Dem Jahre 1874, und zwar schon dem Anfange, gehört eine Äußerung von ultramontaner Seite an, die ebenfalls die Hoffnung für ihre Sache auf eine Revolution oder einen großen Krieg setzte, und welche Kardinal Manning bei einer Versammlung der St. Sebastiansliga am 20. Januar 1874 gethan hat.

„Jetzt — so erklärte derselbe — wo die Nationen Europas sich empört, und, soweit Menschen überhaupt vermögen, den Stellvertreter Christi entthront haben, wo sie die Usurpation der heiligen Stadt in das Völkerrecht aufgenommen haben, wo alles das ge-

Digitized by Google

schehen ist, bleibt nur noch eine einzige Lösung der Schwierigkeit, eine Lösung, welche, wie ich fürchte, im Anzuge ist, und das ist die schreckliche Geißel des kontinentalen Krieges, eines Krieges, der die Greuel der Kriege des ersten Kaiserreiches noch bei weitem übertreffen wird. Ich vermag nicht abzusehen, wie diese Schrecknisse abzuwenden sind. Und es ist meine feste Überzeugung, daß trotz aller Hindernisse der Stellvertreter Christi wieder in seine rechtmäßige Stelle eingesetzt werden wird."

Ein Jahr später versuchte der Kardinal eine Abschwächung dieser Worte. Er empfing eine Anzahl Malteser, die ihm im Namen der Katholiken Maltas eine Glückwunschadresse anläßlich seiner Erhebung zur Kardinalswürde überreichten. Nach einigen Bemerkungen über Malta, den Katholizismus in den englischen Kolonien und über Italien, dem er mit nicht zu mißdeutender Ostentation allgemeinen Frieden wünschte, kam der Kardinal auf jene bei einer Versammlung der St. Sebastiansliga gemachten Äußerungen zu sprechen. Zu ihrer Erklärung sagte der Kardinal folgendes:

„Es waren Worte, welche die unvermeidliche Gewißheit eines bevorstehenden schrecklichen Krieges in Europa betonten. Ich bin kein Prophet, aber ich denke, niemand braucht die Gabe der Weissagung, um zu sehen, daß die Ausrüstung von wenigstens sieben Millionen Soldaten, mit einer Zerstörungskraft, deren gleichen die Geschichte kriegerischer Völker nicht aufzuweisen hat, auf einen gewaltigeren und blutigeren Zusammenstoß in Europa hinweist, als wir je bisher erlebt haben. Ich denke, es ist eine Schmach und ein Ärgernis für die christliche Welt, das Elend und die Plage zu sehen, welche die Sünden der Regierungen geschaffen und herbeigeführt haben mit Hilfe der Apostel der Revolution, die es zu ihrer ersten und Hauptaufgabe machten, die weltliche Macht des Statthalters Jesu Christi zu vernichten. Ich will es wagen zu prophezeihen, und dies ist meine Prophezeihung: Wenn die christliche Welt zerstört werden soll, dann wird er nie wieder seine Herrschaft gewinnen; wenn aber die christliche Welt fortdauern wird, so wird das Gefühl der Gerechtigkeit ihn eines Tages wieder auf seinen Thron setzen. Aber die christliche Welt wird auch dies nicht thun können, ohne sich zuerst mit einem europäischen Krieg zu geißeln, den sie selbst für sich bereitet hat. Meine Worte waren keine Drohung, sondern eine Klage, und diejenigen, welche meine Worte gegen mich anführen, als einen Feuerbrand, um

Digitized by Google

Europa in Flammen zu setzen, zählen zu den vorzüglichsten Aposteln des Evangeliums der Revolution und zu den Hauptagitatoren gegen den Frieden christlicher Regierungen. Als ein Mann des Friedens und Hirt der Heerde bete ich, auf daß die christlichen Völker Europas in jedem Lande bald die Waffen niederlegen, und zu dem Evangelium des Friedens, zur Einheit der christlichen Welt zurückkehren mögen. Das war der Sinn meiner Worte bei der Versammlung der St. Sebastiansliga, und ich habe die erste Gelegenheit ergriffen, dem englischen Volke zu erklären, daß meine Worte, ich hoffe nicht absichtlich, aber augenscheinlich, mißdeutet worden sind."

Diese Erklärung fand in Berlin den folgenden Kommentar: „Es ist eine Erfahrung, die jeder Untersuchungsrichter zu bestätigen Anlaß findet, daß diejenigen regelmäßig einem großen Verbrechen nicht fern stehen, die vor dessen Begehung mit ahnungsvollen Worten es vorauszusagen wußten. Der Gedanke, daß etwas geschehen werde, entsteht am leichtesten bei demjenigen, der den lebhaften Wunsch hegt, es möge sich ein solches Ereignis vollziehen. Auch ist der Kardinal Manning offenherzig genug, die entsetzliche Geißel eines Religionskrieges als die Bedingung der Fortdauer dessen zu bezeichnen, was er die Fortdauer der christlichen Welt nennt, was man aber richtiger den Sieg des päpstlich-jesuitischen Despotismus heißen würde. Die Einheit der christlichen Welt, für deren Zurückführung der Kardinal beten zu wollen erklärt, ist dann offenbar auch nichts anderes, als die Unterwerfung Europas unter den unfehlbaren Papst, als die Beugung unter ein System, dessen Grundsätze Syllabus und Encyklika, dessen Träger die Jesuiten und dessen modernste Heiligen Louise Lateau und Marie Alacoque sind. Daß eine solche Einheit nur durch die Geißel eines ungeheuren Zerstörungszuges gegen die moderne Kultur errungen werden könnte, ist der „Mann des Friedens" scharfsichtig genug, einzusehen.

„Deshalb wohl entfuhren ihm jene finsteren Worte. Die Geschichte des Jesuitenordens illustriert diese Drohungen und stellt sie in die rechte Beleuchtung, die man mit einigen zweideutigen und scheinheiligen Phrasen nicht verhüllen kann.

„Der geistliche Rat Müller schrieb in einem Briefe, den unlängst eine Berliner Gerichtsverhandlung an das Licht brachte: „Man muß das katholische Vereinswesen hinleiern bis zum Kriegsausbruch." Vergleicht man die Worte dieses Agitators mit denen

Digitized by Google

Mannings, so tritt klar hervor, wie ein Gedanke, ein Losungswort die gesamten Reihen des kämpfenden Klerus von dem einfachen Priester bis zum hochstehenden Kardinal durchzieht. Das Aussprechen dient wenigstens dazu, die Gläubigen mit so schrecklichen Ideen vertraut zu machen; vergebens aber sucht man die Welt darüber zu täuschen, als ob es nicht einzig die „Propheten des Religionskrieges" seien, die auf diesen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Kardinal Manning wird vielfach als Kardinal der „Unversöhnlichen" zur nächsten Papstwahl bezeichnet; jedenfalls hat er die europäischen Völker und Regierungen nicht im Zweifel gelassen, was sie von ihm zu erwarten hätten, wenn es ihm gelänge, die dreifache Krone auf sein Haupt zu setzen."

Inzwischen ertönte — im Frühjahr 1875 — von Frankreich her das en avant lauter denn je zuvor. Die Reorganisation der französischen Armee wurde auf eine Weise betrieben, daß man deutlich sah, die französische Regierung wolle sich in eine solche militärische Verfassung setzen, die es erlaubte, mit jedem Tage zum Revanchekriege auszurücken. Die französische Presse war auf der ganzen Linie, von der legitimistisch-klerikalen Union bis zum radikalen Rappel von Kriegsgeschrei und von Schmähungen gegen die deutsche Nation, gegen den Fürsten Bismarck und Kaiser Wilhelm erfüllt. In jenen Tagen wurde von Wien aus gemeldet, daß die Jesuitenpartei an der Stiftung einer „katholischen Liga" arbeite, welche aus Österreich-Ungarn, Italien und Frankreich bestehen und unter dem Segen und den unfehlbaren Inspirationen des Papstes operieren solle, dessen Aussöhnung mit Italien eine für diesen Fall fest beschlossene Sache sei. Diese Kombination sei freilich so lange eine Chimäre, als der österreichisch-ungarische Ausgleich fortbestehe und Graf Andrassy, der Vertreter desselben, im Reichsministerium sitze; aber darum handle es sich eben: Andrassy solle gestürzt, die alte Zentralisation wiederhergestellt, oder allenfalls auch das Föderalsystem durchgeführt werden, wo Nationalitäten, Priester und Adel angeblich zu ihrem Rechte kämen und die Armee als bindende und schließlich regierende Einheit gedacht würde; im Hintergrund würde sich dann die politische Schwenkung Österreichs vollziehen, das von Deutschland und Rußland sich lossagte, um Frankreich und Rom in die Arme zu fallen.

Italienische Korrespondenten schrieben von einem Briefe, welchen der Kardinal Patriarch von Venedig im Auftrag des Papstes

Digitized by Google

dem Kaiser Franz Joseph bei seinem Besuche des Königs Viktor Emanuel in Venedig überreicht habe. Dieselben kannten sogar den Inhalt des Briefes. Der Kaiser sei gewarnt worden, mit dem protestantischen Deutschland, welches über die katholischen Mächte gebieten wolle, sich in eine allzu intime Freundschaft einzulassen, und darauf aufmerksam gemacht worden, daß es weit besser wäre, wenn Österreich sich mit Frankreich vereinigte und den König von Italien darüber aufklärte, daß es in beider Interesse liege, gegen Deutschland gemeinschaftlich Front zu machen. Jene Gerüchte erhielten dadurch eine Verstärkung, daß Kaiser Wilhelm die von ihm beabsichtigte italienische Reise aus Gesundheitsgründen plötzlich aufgab, daß am 8. April an deren Stelle ein offizieller Besuch des kronprinzlichen Paares beschlossen, am 9. April aber auch dieser Plan aufgegeben wurde und das hohe Paar eine bloße Touristenreise über die Alpen machte.

Unter solchen Konstellationen erschien in der zuweilen inspirierten Berliner Zeitung „Die Post" ein Artikel vom 8. April mit der Überschrift: „Ist der Krieg in Sicht?" Nach einer genauen Darlegung der allgemeinen politischen Lage wurde diese Frage dahin beantwortet: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut."

„Wir halten, so schrieb das Blatt, für sehr wahrscheinlich, daß der bekannte Brief des Grafen v. Chambord vom 28. Oktober 1873, welcher die zur Aufrichtung des legitimen Thrones bereite Majorität von Versailles zersprengte, wesentlich mit eingegeben war durch den Gedanken, daß die Annahme dieses Thrones der augenblickliche Krieg sei. Wir halten für sehr wahrscheinlich, daß Mac Mahons bald darauf ausgesprochene Forderung, seiner Präsidentschaft eine bestimmte Dauer zu verleihen, deren Umfang der Marschall anfangs auf zehn Jahre bemessen wollte, vor allem dem Wunsche Mac Mahons entsprang, den Revanchekrieg als Staatsoberhaupt zu erleben und zu leiten. Wir halten sogar für wahrscheinlich, daß in den einflußreichen Kreisen der französischen Armee der Gedanke vorherrschend ist, daß eine Krone auf dem Schlachtfelde erworben werden müsse oder doch am besten von einer siegreichen Armee vergeben werden könne. Woran wir dagegen nicht glauben, ist, daß die unmittelbare Vorbereitung auf den Revanchekrieg das Motiv zum Bündnis der Republikaner und Orleanisten bei der jüngsten Verfassungsbildung gegeben habe. Wir denken nicht so gering von der Einsicht der republikanischen Führer, um

Digitized by Google

zu glauben, daß diese Männer sich nicht sagen, was ein unter klerikalen Auspizien durch klerikale Diplomatie und klerikale Generale zum Ziel geleiteter Revanchekrieg aus der Republik machen würde. Wir bleiben vorläufig bei unserer Ansicht stehen, daß das Motiv der Republikaner bei jenem Bündnis die Absicht gewesen, Mac Mahon an den Rechtsboden der Republik zu binden und die anarchischen Befürchtungen vor der Republik, welche die Bevölkerung dem Bonapartismus in die Arme treiben, zu beseitigen. Wir halten es für fraglich, ob eine republikanische Majorität in der Wahlkammer der neuen Verfassung den Krieg unter Führung Mac Mahons und der orleanistischen Prinzen zu beschleunigen bereit wäre. Wir glauben eben deshalb, daß die Kriegspartei in Frankreich den Ausbruch des Krieges sogar vor Auflösung der jetzigen Nationalversammlung ins Auge gefaßt — den Berichten aus Wien hinsichtlich Österreichs und Italiens haben wir nichts hinzuzusetzen. Wenn wir demnach unsere an die Spitze gestellte Frage: ist der Krieg in Sicht? beantworten sollen, so müssen wir sagen: der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut.

„Ob es den ultramontanen Intriguen in Österreich gelingt, Andrassy zu stürzen, ist nicht nur an sich fraglich, es ist auch fraglich, welche Wirkung dieser Sturz auf die Bevölkerung in Ungarn wie in Österreich haben würde. Dennoch kann man die Möglichkeit nicht ableugnen, daß die Heereskreise, deren Stimmung der kürzlich veröffentlichte Brief des Erzherzogs Salvator abspiegelte, imstande sein könnten, den Staat zu einer Aktion in ihrem Sinne fortzureißen. Was Italien betrifft, so weiß man, daß im Sinne der meisten Italiener das Papsttum beides ist: ein nationaler Feind und ein nationaler Stolz — die heißesten Wünsche dieser Italiener wären erfüllt, wenn das Papsttum, ohne den Nationalstaat zu hindern, nur noch der Stolz der Nation sein wollte. Das Papsttum ist im Grunde nichts anderes als die Weltherrschaft der italienischen Prälatur, wie dies kürzlich der Abgeordnete Gneist ausdrückte. Um den Preis, daß das Papsttum zu gunsten Italiens auf seinen italienischen Landbesitz verzichtet, um seine Weltherrschaft, ungestört von Italien, allein ins Auge zu fassen, wird der größte Teil der höheren Klassen Italiens zu einem Bündnis gegen Deutschland vollkommen bereit sein. Und dennoch gehört viel dazu, einen solchen Entschluß zu fassen, da, wo er gefaßt werden muß, und er ist in diesem Augenblicke noch nicht gefaßt. Ob Frankreich, ohne

Digitized by Google

die österreichisch-italienische Bundesgenossenschaft sicher zu haben, den Krieg beginnen würde, läßt sich nicht sagen. Die Vereitelung dieser Bundesgenossenschaft, der Sieg der republikanischen Partei könnte den Krieg hinausschieben. Vielleicht legt man uns die Frage vor, warum wir weitläufig eine Möglichkeit erörtern, die sich vielleicht nicht erfüllt und deren Nichterfüllung wir wünschen. Es giebt Leute mit der Ansicht, daß, wenn das Dach eines Hauses brennt und eine gute Feuerwehr in Sicht ist, kein Grund sei, die Schlafenden in den unteren Stockwerken zu wecken. Unsererseits sind wir nicht der Meinung, diesen Rat auf das deutsche Volk anwenden zu sollen. Wir halten es nicht für wünschenswert, die Gemüter zu beunruhigen und unter die Waffen zu rufen. Aber wir halten es auch nicht für angebracht, der deutschen Nation zu verschweigen, welches ihre Situation ist und welchen Gefahren ihre Staatsleitung zu begegnen hat. Es ist nötig, daß wir alle lernen, unsere Lage zu würdigen und unser Benehmen jeden Tag darnach einzurichten."

Die „Nordd. Allg. Ztg." brachte mit Beziehung auf diesen Artikel der „Post" folgende Bemerkung: „So angemessen es sein mag, die verschiedenen Eventualitäten der politischen Verhältnisse besonnen in Erwägung zu ziehen, so darf das Urteil über die Lage der Dinge doch nicht verdunkelt werden durch ungewisse Annahmen, denen es an genügenden Voraussetzungen gebricht. Die Betrachtung, der wir vorgestern in der „Post" begegnet sind, enthält allerdings nach einer Seite manches Wahre, verbindet aber damit eine so sorgenvolle Ansicht von der Gegenwart und eine fast melancholische Auffassung der Zukunft, der wir widersprechen müssen, zumal unsere jetzigen internationalen Beziehungen keineswegs so ungünstig sind, als sie dort erscheinen. Was Frankreich anbelangt, so tragen freilich die dort in bezug auf die Reorganisation der Armee teils bereits ausgeführten teils beschlossenen Maßnahmen einen beunruhigenden Charakter an sich. Es leuchtet ein, daß dieselben nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet sind, da auch das reichste Volk die dadurch auf das Land gewälzte Überlast nur auf kurze Zeit ertragen kann, daß damit vielmehr Rüstungen ad hoc mit einer Konsequenz betrieben werden, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibt. Dagegen entspricht unseres Erachtens der Seitenblick auf Österreich-Ungarn und Italien nicht der wahren Sachlage. Daß es in beiden Ländern eine päpstliche Partei giebt und daß Jesuitenzöglinge

Digitized by Google

nicht Deutschlands Freunde sind, weiß alle Welt. Glücklicherweise ist in beiden Ländern der Einfluß dieser Richtung nicht stark genug, um dem Einvernehmen der Regierungen des Kaiser Franz Joseph und des Königs Viktor Emanuel mit dem deutschen Reiche Eintrag zu thun und befreundete Verhältnisse zu trüben, deren sich Deutschland zu beiden Staaten erfreut."

Der Artikel der „Post" galt gleichwohl als Ausdruck der Situation. Schon im Jahre 1873 hatte Bismarck geäußert, wenn Frankreich sich zum Revanchekrieg rüste, werde man nicht warten, bis seine Rüstungen vollendet und Allianzen gefunden seien.

Dieser Fall lag nun vor. Der Militärbevollmächtigte bei der deutschen Botschaft in Paris, Major von Bülow, hatte bereits mehrmals mündlichen Bericht über die Fortschritte der französischen Militärorganisation abgestattet; der Militärbevollmächtigte in Petersburg, General v. Werder, verweilte um jene Zeit in Berlin; Herr v. Radowitz kehrte von seiner außerordentlichen Petersburger Mission zurück, und die Botschafter in Paris, London und Wien konferierten zu Anfang April mit Bismarck. Dies waren keine Zufälligkeiten. Doch machte die Reichsregierung weder Gegenrüstungen, noch verlangte sie von Frankreich Aufklärungen über dessen Rüstungen oder Einstellung derselben. Was sie that, war, daß sie durch ihre Botschafter die fremden Regierungen, zunächst die von Rußland, Österreich und England, in vertraulicher Weise auf die Tragweite des Kadresgesetzes aufmerksam machte. Kaiser Alexander, auf der Reise nach Ems begriffen, kam mit dem Fürsten Gortschakow am 10. Mai in Berlin an und verweilte daselbst bis zum 13. Mai. Sein erster Besuch galt dem Fürsten Bismarck. Häufige Besprechungen zwischen Monarchen und Ministern fanden statt. Die Sache wurde von französischer und englischer Seite nachher so dargestellt, als ob ohne die Dazwischenkunft des Kaisers Alexander der Krieg bereits entbrannt wäre, und private Äußerungen des russischen Kanzlers in Berlin mußten dazu Anlaß geben. Indessen hatte schon im April Kaiser Wilhelm auf dem Balle bei der Fürstin Hatzfeldt zu dem französischen Militärbevollmächtigten in Berlin gesagt: „On a voulu nous brouiller, tout est fini maintenant. Je tiens à vous le dire."

Kaiser Alexander äußerte vor seiner Abreise: „Rußlands Friedensaufgabe sei leicht; denn kein Staat wolle den Krieg; er habe hier die friedlichsten Absichten bei Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck vorgefunden; die Kooperation Deutschlands für die Er-

Digitized by Google

haltung des Friedens sei niemals fraglich gewesen und dürfte als vollständig gesichert angesehen werden." Und Fürst Gortschakow sandte am 13. Mai von Berlin aus ein Telegramm an die Vertreter Rußlands im Auslande: „Der Kaiser hat Berlin verlassen, überzeugt von den friedlichen Intentionen, welche daselbst herrschen und welche die Erhaltung des Friedens verbürgen."

Fürst Bismarck selber sprach sich über das Verhalten des Zaren und seines Kanzlers bei einer späteren Gelegenheit (während des Kongresses von 1878) in der folgenden Weise aus:

„Ich würde jetzt (in bezug auf den damals tagenden Berliner Kongreß) nicht den Frieden erstrebt haben, wäre ich der Bösewicht gewesen, den Gortschakow aus mir im Jahre 1875 machen wollte. Die ganze Geschichte, die damals Europa aufschreckte und der ein Brief in der „Times" einen so großen Widerhall verlieh, war nichts als ein von Gortschakow und Gontaut-Biron geschmiedeter Plan. Deutschland sollte als der Störenfried erscheinen, so begierig war Fürst Gortschakow, das Lob der französischen Zeitungen einzuheimsen und „Retter Frankreichs" genannt zu werden. Sie hatten das so abgekartet, daß das Ding gerade am Tage der Ankunft des Zaren platzen sollte, welcher als ein Quos ego erscheinen und durch sein einfaches Dazwischentreten Frankreich Sicherheit, Europa den Frieden und Deutschland Ehre verleihen sollte. Ich sah niemals einen Staatsmann unbedachtsamer handeln — aus einem Gefühle der Eitelkeit eine Freundschaft zwischen zwei Regierungen in Frage stellen, sich selbst den ernstesten Folgen aussetzen, um sich die Rolle des Retters anzumaßen, wenn nichts in Gefahr war."

In England glaubte man, gegen die Absichten des deutschen Reichskanzlers eine Friedensliga gründen zu müssen. Im dortigen Oberhause stellte Lord Russel am 31. Mai den Antrag, daß die Regierung die diplomatische Korrespondenz, soweit dieselbe auf die Aufrechthaltung des europäischen Friedens Bezug habe, vorlegen möchte, damit man daraus sehen könne, ob der Geist, welcher im Jahre 1814 vorherrschte und vorzuherrschen pflegte, wieder ins Leben getreten sei, an dessen Stelle in letzter Zeit Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit in der auswärtigen Politik getreten sei. Wie am 30. Mai 1814 zwischen Großbritannien, Rußland und Preußen einerseits und Frankreich andererseits ein Vertrag geschlossen worden sei, um Frankreichs Grenzen festzustellen und den Frieden zu sichern, so würde er darin auch jetzt die stärkste Friedensgarantie erblicken, daß Großbritannien, Rußland, Österreich und andere bei

Digitized by Google

dem Frieden interessierte Mächte bereit wären, nicht nur zu erklären, daß sie für den Frieden sind, sondern auch, daß sie willens sind, ihre Mittel anzuwenden, um denselben aufrecht zu erhalten. Darauf entgegnete Lord Derby, daß allerdings vor einigen Wochen in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland großes Unbehagen geherrscht habe, daß Personen von höchstem Ansehen und hervorragendster Stellung eine kriegerische Sprache geführt, und daß die halboffizielle deutsche Presse behauptet habe, die Art und Weise der französischen Militärorganisation weise deutlich auf den Entschluß einer möglichst baldigen Erneuerung des Krieges hin, in welchem Sinne sich der deutsche Botschafter wiederholt ausgedrückt habe. Aber die französische Regierung habe jede kriegerische Absicht in Abrede gestellt, und diese Ableugnung habe er als eine in voller Aufrichtigkeit gemachte angesehen und sehe sie noch an. Zwischen beiden Staaten habe ein gegenseitiges Mißverständnis existiert, das die bedenklichsten Folgen hätte haben können. Deutschland habe die Besorgnis ausgesprochen, daß Frankreich auf die Erneuerung des Krieges sinne, und Frankreich habe diese Besorgnisse nicht für aufrichtig, für nichts weiter als für einen Kriegsvorwand gehalten, und so sei es für die anderen Mächte angezeigt gewesen, diese Empfindungen wechselseitigen Verdachtes und Mißtrauens auszutilgen. „Wir glauben nicht, daß Frankreich auf eine Erneuerung des Krieges sinne, noch daß die deutsche Regierung einen dem moralischen Gefühl Europas so widerstrebenden Akt beabsichtige, sich in einen unprovozierten Krieg mit der Absicht zu stürzen, die Vernichtung seines früheren Feindes zu vollenden." Indem er sodann die Friedensbemühungen Rußlands und die Unterstützung derselben seitens der englischen Regierung kurz anführte, erklärte er noch, daß zwar die Politik der Nichtintervention in kontinentalen Dingen im allgemeinen ganz im Sinne des englischen Volkes sei, daß aber unter einer solchen nicht eine Politik der Isolierung und Indifferenz und eine Gleichgültigkeit gegenüber der Aufrechthaltung des europäischen Friedens verstanden werden dürfe. Die Vorlegung der Korrespondenz erklärte er nicht für passend.

Ultramontane Lords und Graf Beust waren keine unthätigen Zuschauer, als England vorging, um bei den unbeteiligten Mächten eine „Friedensmediation" zur Unterzeichnung kolportieren zu lassen und mit diesem Aktenstück bewaffnet dem Reichskanzler einen Vortrag über die Segnungen des Friedens zu halten. Schlossen sich die anderen Mächte, das heißt, Rußland, Österreich, Italien, einer

Digitized by Google

in diesem Sinne aufgefaßten „Friedensmediation" an, dann durfte Bismarck sein Dreikaiserbündnis in die Rumpelkammer werfen, Deutschland war isoliert und es begann wieder eine Zeit, wo ganz Europa nach der Pfeife der Westmächte, das heißt, Englands und Frankreichs, tanzen durfte, beziehungsweise mußte.

Graf Andrassy vernichtete diesen Plan. Er erklärte dem englischen Kabinett, das ihn zur Teilnahme an der „Friedensmediation" aufforderte, er sehe keinen Anlaß, Deutschland eine friedensstörende Tendenz zu insinuieren, zumal er von dem Fürsten Bismarck offizielle Zusicherungen über die gemäßigten Dispositionen der deutschen Regierung habe, müsse daher seine Teilnahme ablehnen. Und als Lord Derby ihm später mitteilte, daß er nun selbst nach den ihm von Berlin aus zugegangenen Aufklärungen den Frieden als gesichert betrachte, erwiderte Andrassy, das englische Kabinett habe damit nur eine Überzeugung gewonnen, in deren Besitz man sich in Wien schon vor dem Beginn der diplomatischen Thätigkeit Englands befunden habe. Nicht England mit seinem Mißtrauen, sondern Österreich mit seinem Vertrauen hatte also für den Frieden gewirkt; nicht Deutschland wurde durch diesen diplomatisch-journalistischen Feldzug vereinzelt, sondern Frankreich blieb vereinzelt. Die „Nord. Allg. Zeitung" sagte in einem Artikel vom 3. Juni folgendes über die Haltung Andrassy's: „Deutschland wird davon gern Akt nehmen und des Freundes nicht vergessen, der es ablehnte, an einer gegen den Freund gerichteten verdächtigen oder gehässigen Insinuation sich zu beteiligen," und die Wiener „Neue freie Presse" spottete über den „Märchenerzähler" Derby, der seinen „übernächtigen Zuhörern" ein Schauergemälde vorgezeichnet habe.

Seit der Berliner Entrevue von 1875 trat die persönliche Spannung in den Beziehungen der beiden seit ihrer gemeinsamen Amtsthätigkeit am Bundestage in Frankfurt befreundeten Kanzler des deutschen und des russischen Reiches ein. Der leitende Staatsmann Deutschlands bewährte sich deswegen nicht weniger während des russisch-türkischen Krieges (1877—78) als Rußlands Freund bis zu dem Augenblicke, wo General Ignatiew und Fürst Gortschakow die Friedenspräliminarien von San Stefano dem überraschten Europa vorlegten. Wäre Graf Schuwalow auf dem Berliner Kongreß nicht neben Gortschakow und Oubril Rußlands Bevollmächtigter gewesen, und hätte er im Verkehr mit den Engländern die ihn auszeichnende

Digitized by Google

konziliante Haltung nicht bewahrt, so hätte der Kongreß aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Ausbruch eines europäischen Krieges geendet, so wenig Nachgiebigkeit bezeugte Gortschakow. Der „Berliner Vertrag" bildete den Ausgangspunkt einer neuen Konstellation der europäischen Mächte. Der russische Reichskanzler bemühte sich fortan, das bisher sachlich freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland zu lockern. Seine Unterredung mit dem französischen Journalisten in Baden-Baden 1879 leitete das panslawistische Kriegsgeschrei jenes Jahres gegen Deutschland ein, das erst durch die Kaiserzusammenkunft von Alexandrowo beschwichtigt wurde. Dann verschwand Fürst Gortschakow von der politischen Bühne. Die von ihm 1856 ausgegebene Parole „La Russie pour les Russes" hatte in der russischen Nation zuletzt einen solchen Widerhall gefunden, daß uns aus allen Teilen des weiten Zarenreiches das Kriegsgeschrei wider die Deutschen bald lauter, bald gedämpfter immer von neuem entgegentönte.

Es war ein Akt von gegenseitiger Annäherung zwischen Rußland und Frankreich, als man im Frühjahr 1875 in Paris und in Petersburg sich die Miene gab, an deutsche Kriegsabsichten zu glauben. Die in Frankreich zu jener Zeit regierenden Monarchisten verklagten Deutschland überall, wo sie offenes Ohr fanden, und sie fanden es auch nirgends mehr, als an der Newa. Kaiser Alexander und der Reichskanzler Gortschakow kamen nach Berlin und sprachen vor ihrer Abreise von dort, als wenn es nötig gewesen wäre, sich um die Erhaltung des Friedens zu bemühen. Die panslawistische Partei führte damals schon den Krieg gegen die Türkei im Schilde und wünschte in den Vorbereitungen durch keinen andern Krieg in Europa gestört oder gar gelähmt zu werden; auch war es ihr eine Genugthuung nach lange empfundener Eifersucht, daß sie sich das Ansehen geben konnte, Deutschland zu zügeln, indem sie Frankreich beschützte. Dieselben französischen Monarchisten waren es, die sich, als der Panslawismus seinen Krieg gegen die Pforte wirklich unternahm, mit Österreich gegen Deutschland verbünden wollten. Man glaubte noch 1875 in Petersburg, daß es unser schwacher Punkt sei, keine andere Freundschaft und Allianz als mit Rußland pflegen zu können. Eine große Vorstellung hatte man davon, daß wir uns durch die Gefahr eines russisch-französischen Bündnisses stets bedroht fühlten. Aus der Nähe Andrassy's, wenn auch schwerlich in allem in dessen Sinne, wurde im April 1878 die Idee eines solchen Bündnisses persifliert. Der Eingeweihte schrieb

Digitized by Google

„Von Napoleon I. bis auf Herrn Waddington hat es keinen nennenswerten französischen Politiker gegeben, der nicht die Unversöhnlichkeit der Gegensätze begriff, welche Rußland von Frankreich scheiden und ewig scheiden müssen. Thiers und Guizot, die sonst nie übereinstimmten, begegneten sich in dieser Erkenntnis. Der republikanische Geschichtsschreiber Henri Martin und Napoleon III. führten jeder in seiner Weise den gleicherbitterten Krieg gegen die russischen Aspirationen. Eine hundertjährige Feindschaft trennt die Franzosen von den Russen. Was diese letzteren betrifft, so haben sie freilich von jeher gern mit einer ganz äußerlichen Anbetung des Franzosentums paradiert. Allein bei der nie zu bannenden Natur des russischen Volkstums konnte diese Neigung unter keinerlei Umständen eine andere sein, als diejenige der Kaiserin Katharina II, die freilich in ihrem Palaste eine Büste Voltaire's aufstellte, aber diese Büste auch mit höchsteigenen Händen zerschlug im Augenblicke, da die Lehren Voltaire's durch die große Revolution zu ihrem Triumphe gelangten.

„Es ist sicherlich kein Zufall, daß der erste Gewaltakt Rußlands zeitlich mit der tiefsten Erniedrigung Frankreichs zusammenfällt. Schon die Londoner Pontus-Konferenz fand ohne Frankreichs virtuelle Teilnahme statt. Jules Favre, der damalige Minister des Auswärtigen der französischen Republik, hat in einer ergreifenden Darstellung jener Periode die Motive geschildert, welche ihn abhielten, auf jener Konferenz Frankreichs Recht und seine Orient-Politik geltend zu machen. „Mir widerstrebte es — schreibt Favre in seinem „Simple récit" — mir widerstrebte es, über das schwarze Meer und die Dardanellen zu debattieren, während der Feind Paris bombardierte." In dieselbe Zeit fällt in England die durch Herrn Gladstone vertretene Braminen-Politik der absoluten Teilnahmslosigkeit; Italien war eben erst in die Reihe der Großmächte getreten; Deutschland, für seine neue Stellung besorgt, hatte in das europäische System einen neuen Machtbegriff getragen, keinen ethischen Begriff; Österreich-Ungarn war durch seine Reorganisation beschäftigt und konnte nicht daran denken, eine auswärtige Aktion zu entfalten.

„Unter solchen Umständen mußte die russische Politik ihre höchsten Triumphe feiern. Da ganz Europa sich einem asiatischen Fatalismus ergeben hatte, gebrauchte man eine wahrhaft asiatische Politik grober, plumper Überlistung. Wie General Ignatiew in Konstantinopel, so geberdeten sich die russischen Diplomaten in allen europäischen

Digitized by Google

Hauptstädten. Sie schmeichelten zu gleicher Zeit den feindlichsten Gegensätzen; sie ermunterten alle Leidenschaften. „Pour avoir les coudées franches", wie die Kaiserin Katharina zu sagen liebte, begünstigte die russische Diplomatie jede Bewegung, die geeignet war, die Sicherheit Europas zu stören. Kein Wunder, daß in Frankreich vor allen die Bonapartisten die russische Fahne aufpflanzten. Was die kaiserliche Partei für Frankreich, das war Rußland für Europa; das Element, das stets auf den Umsturz spekulierte, dem jede Bewegung gut und erwünscht war, vorausgesetzt, daß sie die Ordnung trübte. Daneben war die russische Diplomatie großmütig mit fremdem Gut, wie immer. Wollt Ihr Elsaß? frug man die Franzosen. Ihr sollt das Elsaß haben. Wollt Ihr Lothringen? Ihr sollt Lothringen haben. Wollet Ihr die Revanche? Ihr möget sie nehmen. Daneben bot man freilich den Italienern Nizza und Savoyen und versicherte Deutschland unverbrüchlicher Zustimmung zu allen seinen Plänen. Man bot von russischer Seite halb Europa aus, wie man jetzt Bosnien und die Herzegowina anbietet. Hätte irgend jemand in Europa verlangt, man solle den Mond teilen, Fürst Gortschakow, mit jener fabulösen Redseligkeit, welche ihn zur Zielscheibe des Bismarckschen Witzes und zum Entsetzen der gesamten Diplomatie gemacht hat, Fürst Gortschakow hätte sicherlich erklärt: „Der Mond? Die Sache ist schwer, aber nicht unthunlich." Als der Versucher an Jesus herantrat, war er so honett zu sagen: „Das Alles ist mein, und ich will es dir geben." Die russische Diplomatie dagegen sprach zu jedem Staate, indem sie auf die schönsten Länder und die kostbarsten Stätten der Erde zeigte: „Das Alles ist nicht mein, aber — ich will es mir nehmen!" Und wollten die andern etwas für sich, so mochten sie sich darum die Köpfe blutig schlagen: Italien mochte die Million Bajonnette Österreich-Ungarns herausfordern; Frankreich mochte bei Metz und Straßburg neue Armeen opfern; Rußland gestattete großmütig, daß dieses geschah und verlangte für sich nichts, nur eine Kleinigkeit: Die Herrschaft über den Orient, das ist: über Europa.

„Die republikanische Partei in Frankreich war so klug, sich durch dieses Spiel niemals täuschen zu lassen, allein, man weiß ja, sie bestand die Zeit ihrer härtesten Prüfung seit dem 24. Mai 1873. Den reaktionären Politikern, welche durch jenen Staatsstreich ans Ruder kamen, schien es im Interesse ihrer Parteibestrebungen nützlich, sich den Anschein einer gewissen Intimität mit den russischen Regierungskreisen zu geben. Fürst Decazes ging Arm

Digitized by Google

in Arm mit Fürst Orloff; Paris und Frankreich, geängstigt und leichtgläubig, jubelte dieser „Belle-Alliance" Beifall zu. Da erfand man zum Überfluß noch im Sommer 1875 das sinnige Märchen: der schreckliche Reichskanzler von Deutschland habe Frankreich neuerdings mit Krieg überziehen wollen und sei daran nur durch die heroische Intervention des russischen Kanzlers gehindert worden. Was konnte Frankreich einem Minister versagen, der so mächtige Verbindungen hatte? Der Duc Decazes war der Fürst Gortschakow, die russische Allianz, die Revanche, oder doch mindestens eine Hausse in Rente-Papieren. Gerne umgab der edle Herzog sich auch mit dem geheimnisvollen Schein eines festen Übereinkommens mit Rußland. In den Kammer-Ausschüssen gab er vielsagende Zweideutigkeiten zum besten und selbst von den Republikanern wagte niemand offen gegen den Schwindel zu protestieren. Wahrlich, wenn jene reaktionären Staatsmänner nichts verschuldet hätten, als daß sie Frankreich so lange in dieser sträflichen Täuschung hinhielten, sie hätten dadurch allein die Mißachtung hundertmal verdient, mit welcher das ganze freidenkende Europa ihren Sieg, wie ihre Niederlage begleitete."

Für die Stellung des Fürsten Bismarck zu Rußland nach den Vorgängen des Frühjahres 1875 trat ein eigentümliches Symptom auf. Es machte bald nach jener Zeit auf manchen ehrlichen Deutschen einen tiefen Eindruck, als der Reichskanzler in eigener Person für nötig hielt, die deutsche Presse zur Selbstachtung zu ermahnen und zum Besten des Vaterlandes ihr Ehrgefühl, ihr Gefühl für Würde und Unabhängigkeit anzurufen. Es war im April 1876, als sich diese unvergeßliche, wiewohl etwas beschämende Ermahnung ereignete. Es war ein Gerücht entstanden, Kaiser Alexander von Rußland wolle dem Throne entsagen. Da überkam einige deutsche Zeitungen eine heiße Angst, was denn nun aus Deutschland werden, in welchen Winkel sich das deutsche Reich am besten verkriechen solle, wenn das Unglück etwa verhänge, daß der durchlauchtige Großfürst Thronfolger die gegen Deutschland freundlichen Gesinnungen seines Herrn Vater nicht teile. Es war das in jenen Zeitungen nicht der erste Ausbruch dieser Art. Um sie zur Besinnung zu bringen, nahm die „Nordd. Allgem. Ztg." das Wort und zwar in einem ganz ohne Zweifel von dem Reichskanzler eingegebenen Aufsatz, worin es hieß: „Wir haben die deutsche Presse davor zu warnen, daß sie die ehemals unterschätzte Freundschaft

Digitized by Google

Rußlands jetzt nicht überschätze. Eine Freundschaft ist nur dann eine echte und wahre, wenn sie auf gegenseitiger Achtung beruht. Die Achtung, welche besonders nach den Erfolgen des letzten Jahrzehnts der deutsche Name in Rußland erworben, kann aber leicht beeinträchtigt werden, wenn die deutsche Presse bei jedem vorhandenen oder nicht vorhandenen Anlaß die Freundschaft Rußlands als eine Lebensfrage für Deutschland behandelt. Das ist sie nicht .... Sie gilt den Deutschen mit Recht für wertvoll. Aber gerade deshalb, meinen wir, sollte es sorgfältig vermieden werden, im Auslande den Schein zu erwecken, als ob von dieser Freundschaft für Deutschland alles abhinge. Auch die russische Presse kann nur zu leicht dahin gelangen, die Beziehungen beider Reiche falsch zu beurteilen, wenn deutsche Blätter solche ängstliche Erörterungen anstellen .... Die deutsche Presse möge in Zukunft dem Gebot der Selbstachtung folgen, welches in diesem Falle zur nationalen Pflicht wird, und die Freundschaft zu Rußland zwar so hoch wie möglich stellen, aber nicht vergessen, daß dieselbe auf dem wohlverstandenen gegenseitigen Interesse beider Mächte beruht."

Hier mußte also der Reichskanzler sich förmlich die Liebedienerei gegen Rußland verbitten. Jedermann, der den Ereignissen der letzten Jahre mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, weiß heute, warum der Kanzler im Jahre 1876 die obige Ermahnung zur Selbstachtung schrieb. Die Rolle, welche die russischen Staatsmänner bei dem Besuch in Berlin im Mai 1875 spielten, bezeugte einen großen Übermut von ihrer Seite, einen großen und völlig unbegründeten, den sie sich aber erlauben zu dürfen meinten, weil nach ihrer Auffassung Deutschland an die Allianz mit Rußland durchaus gebunden war und sich von Rußland alles oder doch sehr viel gefallen lassen, ihm in allen oder doch sehr vielen Stücken zu Diensten stehen mußte. Heute wird nun jeder unter uns begreifen, wie sehr jene deutschen Zeitungen durch ihre zaghafte, unmännliche Haltung Deutschlands Ruf beschädigten. Sie trugen, wie es die „Nordd. Allgem. Ztg." ganz richtig sagte, nach ihren Kräften dazu bei, die Presse, das Volk und die Staatsmänner Rußlands übermütig, zur Überhebung geneigt zu machen. Diese Zeitungen ließen im Auslande und namentlich in Rußland das deutsche Volk furchtsam erscheinen; sie schienen es zu bestätigen, wenn Russen sich einbildeten und prahlten, ohne die Freundschaft Rußlands könne Deutschland nicht bestehen.

Das Jahr 1875 äußerte seine Wirkungen noch in einer be-

Digitized by Google

sondern Beziehung. Mit dem unfreundlichen Besuche in Berlin wurde beim Fürsten Bismarck das Bestreben deutlicher, die Einnahmen des Reiches zu vermehren. Das Kongreßjahr 1878, wo die lange gehegten Vorstellungen von Freundschaft und Eintracht zwischen der Berliner und Petersburger Regierung sich auch in den Augen der Optimisten schlechterdings nicht mehr harmlos festhalten ließen, war zugleich dasjenige, in dem der deutsche Reichskanzler mit einem neuen Zolltarif hervortrat. Er wurde mit volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten begründet. Die Vermehrung der Einnahmen des Reiches wurde aber gleichzeitig ausgesprochen. Es galt damals schon, für die Sicherheit des Landes nach außen zu sorgen, und es stand den Abgeordneten schlecht an, sich später feierlichst dagegen zu wahren, daß sie bei der Bewilligung der Zölle auch nur die entfernteste Ahnung davon gehabt hätten, es könnten die Erträge jemals zu militärischen Zwecken verwendet werden.

Die orientalische Frage, welche durch den Aufstand in der Herzegowina und Bosnien im Sommer 1875, dem später der Krieg Serbiens und Montenegros wider die Türken folgte, brennend wurde, trat in dem nun folgenden Jahre in den Vordergrund der europäischen Politik. Alle anderen Ereignisse sahen sich zurückgedrängt, alle Großmächte, alle Staatsmänner fühlten sich in Mitleidenschaft gezogen. Jede neue Episode machte die Verwickelung noch unheilbarer; jede scheinbare Entscheidung war in Wahrheit nichts anderes, als der Keim zu einem neuen Fieberanfall. Alle friedlichen Heilmethoden, Konferenzen, Protokolle, Kollektivnoten, Memoranda, erwiesen sich als unzureichend. Die Türkei nahm es mit ganz Europa auf. Denn dieses war in entgegengesetzte Lager auseinandergerissen. Die Kollision zwischen den Interessen Rußlands und Englands auf der einen, Rußlands und Österreichs auf der anderen Seite bedrohte Europa mit einem allgemeinen Kriege. Die Ultramontanen aller Länder erwarteten davon einen ihre Pläne zur Ausführung bringenden Zusammenbruch der durch den Krieg von 1870—71 geschaffenen politischen Verhältnisse. Die Geschichte dieses Orientkrieges ist noch zu sehr in Dunkel gehüllt, als daß über die Kräfte, welche sich dabei diplomatisch maßen, ein sicheres Urteil möglich wäre. Ein Wort ist übrig geblieben, das wie eine Fackel sehr tief hineinleuchtet in das Labyrinth der damaligen Vorgänge. Kardinal Manning, einer der vertrautesten und einflußreichsten Ratgeber Pius IX., erklärte, daß der orientalische Krieg dazu dienen müsse, dem Papste die Herrschaft über den Kirchenstaat wieder zu ver-

Digitized by Google

schaffen. Wie tiefgehend die Pläne waren, wie kühn die Kombinationen, von denen die ultramontane Verschwörung ein solches Ergebnis erhoffen konnte, muß Staunen erregen. Die Hoffnung war bereits sehr hoch gewachsen, daß der Weltkrieg aus dem russisch-türkischen Kampfe hervorgehen würde. Einen gewaltigen Gegenstoß glaubte man sich vorbereiten zu sehen, der alle bestehenden Verhältnisse in Europa erschüttern und für neue Ordnungen Raum machen sollte. Die Ultramontanen waren Frankreichs gewiß, sie warben um Österreich, sie hielten es nicht für unmöglich, sich bei Italien durch Drohungen und Lockungen Eingang zu verschaffen. Die römische Frage war von der streitenden Kirche als der letzte Zielpunkt des Orientkrieges proklamiert worden. Wie viel „Fragen" hätten sich wie von selbst erledigt, wenn der Erfolg der ultramontanen Bestrebungen geblieben wäre; alle aber hätten sich gegen Deutschland erledigt.

Das Streben der Ultramontanen, das Dreikaiserbündnis zu sprengen, indem sie Österreich in eine katholische Tripelallianz hineinzuziehen suchten, fiel mit dem Streben Englands zusammen, seine Interessen mit denen Österreichs zu vereinigen. Das Verhalten des Grafen Beust in London in diesem Widerstreite gab einmal dem „Pester Lloyd" Anlaß, sich seiner mit den Worten anzunehmen:

„Wenn man dem österreichisch-ungarischen Botschafter in London den Plan einer Sprengung des Dreikaiserbündnisses unterschiebt, welches er bestrebt gewesen sei, durch eine Tripelallianz Englands, Frankreichs und Österreich-Ungarns zu ersetzen, so hält man den immerhin geistvollen Mann einer ungeheuerlichen Naivität für fähig. Das hieße mit anderen Worten die bekannte „katholische Liga" gegen Deutschland mit Hilfe des protestantischen England ins Werk setzen wollen, eine wahnwitzige Idee, die schwerlich im Sinn eines so vielgenannten Mannes, wie des ehemaligen sächsischen Premiers hat Platz finden mögen." — Von Berlin wurde darauf erwidert: „Wir sind wenig geneigt, mit einem so im Brennpunkt der Weltereignisse stehenden Gewährsmann darüber zu streiten, wie viel oder wenig an Naivität oder Wahnwitz dem österreichischen Botschafter in London zugetraut werden mag. Wir würden diesen wie ein Meteor am gewitterschweren Himmel als diplomatische Größe aufgetauchten und verschwundenen Staatsmann mit der gänzlichen Vergessenheit der Welt für alles, was er mehr gewollt als zu thun im stande war, hinreichend bestraft halten, wenn er nur selbst sich einmal dabei beruhigen

Digitized by Google

könnte, daß die Welt eben anders hat gehen wollen, als ihm gut gedünkt. Wir wissen aber, daß Graf Beust unter irgend günstigen Bedingungen dem französischen Überfall gegen Deutschland die österreichische Unterstützung leihen wollte; wir wissen, daß er im Jahre 1867 das Dreikaiserbündnis zurückgewiesen, welches sein Nachfolger 1872 geschlossen und welches seitdem der unverrückbare Angelpunkt der europäischen Politik gewesen. Wir wissen, daß der Bund des protestantischen England mit Frankreich und Österreich als katholischen Mächten die frohe Erwartung des Ultramontanismus bildet, und als solche von einem englischen Würdenträger etwas vorlaut ausgeplaudert wurde. Wir wissen, daß die englische Regierung, wie ihre vertrautesten Organe verraten, den gesetzlichen „Staatsstreich" durchaus nicht mit ungünstigen Augen beurteilt — vielleicht schmeichelt sie sich, daß durch diese Zusammenfassung der autoritären Elemente Frankreich gerade so viel Kraft zu auswärtiger Aktion gewinnen werde, als zu einer Koalition unter englischer Führung notwendig wäre. Wenn wir alle diese Thatsachen zusammenhalten, so müßten wir dem Grafen Beust außerordentlich viel mehr, wenn nicht „Geist", doch nüchterne Einsicht und charaktervollen Ernst zutrauen, um eine sonst nicht unzuverlässige Meldung über seinen Anteil an jenen Plänen und Strebungen für ungeheuerlich ansehen zu sollen."

Der Vatikan verfehlte nicht, der Tripelallianz seine Unterstützung zu leihen. „Das zivilisierte christliche Europa hat Grund genug, die Herrschaft des türkischen Halbmondes der des griechisch-katholischen Kreuzes in Konstantinopel vorzuziehen. Das erstere bedeutet schon längst keine Gefahr mehr für die Christenheit und für die Freiheit, während die Russen wahres Christentum, Freiheit und Halbmond zugleich von Konstantinopel verjagen würden, um eine Flut neuer Barbarei über Europa auszugießen, welche schlimmer wäre wie jene der alten Goten, Vandalen, Hunnen und Ostgoten, weil sie durch den heuchlerischen Mantel moderner Kulturverderbnis überdeckt wird." Die Sympathieen für die Türkei waren zum Teil finanzieller Art, da in deren Papieren der italienische Klerus einen großen Teil seines Vermögens angelegt hatte.

Die Rolle des Dreikaiserbundes in der aufgeloderten Frage, innerhalb dessen Deutschland, als unmittelbar nicht interessiert, es übernahm, als „ehrlicher Makler" zwischen den Parteien hin- und

Digitized by Google

herzugehen, wurde im Juni 1876, bei Gelegenheit der Dreikanzler-Konferenz in Berlin, folgendermaßen formuliert:

„Als wesentliches Ergebnis der neulichen Beratungen in Berlin war von vornherein nicht das besondere Abkommen zu gemeinschaftlichem Vorgehen in bezug auf die unmittelbaren Aufgaben in der Türkei bezeichnet worden, sondern die neugestärkte Zuversicht, daß auch die orientalische Frage, so schwierig und verwickelt sie ist, und so drohend sie jederzeit für die Beziehungen der Großmächte erschien, dank der entschiedenen Friedensgemeinschaft, welche jetzt inmitten Europas aufgerichtet ist, den allgemeinen Frieden nicht stören soll."

Nicht um ein Bündnis zu bestimmten besonderen Zwecken handele es sich, sondern um einen Bund zu jedesmaliger vertraulicher Verständigung über die Interessen des europäischen Friedens.

Die größte Wichtigkeit der Berliner Beratungen, verkündete Graf Andrassy, liege in dieser Einigkeit der Mächte und in dem Vorhaben, sich auch fernerhin von Fall zu Fall verständigen zu wollen.

Im Oktober 1877 waren die Orientpolitik und die Beziehungen der österreichischen Regierung zu Deutschland Gegenstand der Erörterung in der österreichischen, wie in der ungarischen Volksvertretung. In letzterer gab der Ministerpräsident Tisza auf die betreffenden Anfragen eine ausführlichere Antwort: „Die Politik der Regierung bestehe heute, wie vorher, in der Wahrung der Interessen, wenn möglich ohne Krieg, aber in jedem Falle in solcher Weise, daß im Orient ohne Einwilligung Österreich-Ungarns nichts geschehe. Ein Dreikaiserbündnis in dem Sinne, daß die drei Mächte bestimmten Fragen, namentlich der Orientfrage gegenüber, Verpflichtungen eingegangen seien, habe nicht bestanden und bestehe nicht. Die drei Kaiser und deren Regierungen seien nur übereingekommen, im Interesse des europäischen Friedens in den auftauchenden Fragen im Einvernehmen, nicht gemeinschaftlich, vorzugehen, und das sei mehrere Jahre gelungen. Auch heute könne man die Thatsache, daß der Krieg kein europäischer geworden, zum Teil dem zwischen den drei Regierungen bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse zuschreiben. Dieses Bündnis könne nach wiederhergestelltem Frieden vom Gesichtspunkte der Aufrechterhaltung des Friedens abermals von Nutzen sein. Daraus, daß eine der drei Regierungen gegen die Ansicht der zwei anderen in den Krieg gegangen sei, sei keiner Regierung, speziell aber nicht

Digitized by Google

Österreich-Ungarn der Orientfrage gegenüber irgendwelche Verpflichtung erwachsen."

Österreich teilte sich damals gewissermaßen in zwei Heerlager, in welchem dort die russische, hier die Fahne des Propheten entfaltet wurde, und die Regierungspolitik zwischen diesen entgegengesetzten Strömungen zu lavieren hatte.

Die österreichische Politik war in bezug auf die Türkei bislang eine Politik der Stabilität, welche noch im Krimkriege „die Welt durch ihre Undankbarkeit in Erstaunen setzen" konnte, aber ihre Rechtfertigung in den Zuständen des Kaiserstaates fand.

Nun war es nicht mehr möglich, die alte österreichische Politik einzuhalten, nachdem der Pariser Friede von 1856, welcher den letzten Versuch gemacht hatte, die Integrität der Türkei zu bewahren, seine Kraft verloren hatte und der russisch-türkische Krieg notwendigerweise ganz neue Verhältnisse mit sich brachte.

Die Türkei hatte ihre Gefahren für Österreich längst verloren; sie diente ihm einerseits als Ableiter gegen russische Gefährdung, andererseits als Wächter gegen wilde Nachbarstämme; der vordringende Panslawismus aber, welcher sich nicht einmal am Balkan eine Grenze setzen wollte, war für Österreich eine Gefahr, welcher gegenüber die Passivität unmöglich wurde. Die Vorsicht mußte zur Aktion nötigen. Graf Andrassy zögerte indes lange genug, die materielle Garantie anzunehmen, durch welche die Monarchie gegen slawische Expansionsgelüste sicher gestellt werden mußte, — mindestens so lange, bis er durch den Berliner Frieden gegen europäische Verwickelungen geschützt war; aber nachdem ein neues slawisches Reich, Bulgarien, geschaffen und Serbien und Montenegro in erweiterten Grenzen in die Reihe souveräner Staaten eingetreten waren, durfte er auch nicht länger zaudern, Bosnien und die Herzegowina zu okkupieren mit stürmender Hand, da die Türkei sich zur Konvention nicht bequemt hatte.

Als gemeinsamer Minister des Äußern für die beiden Reichshälften trat er für den Reichsgedanken ein, aber die beiden Reichshälften fanden sich in dem Reichsgedanken nicht zusammen. Wie die Sympathien und Antipathien der einzelnen Nationalitäten sich schroff gegenüberstanden, zeigte eine Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses im November 1876.

Der Slowene Wosniak hätte gleich bei Beginn des Aufstandes eine österreichische Intervention zu gunsten der Slawen gewünscht und nannte einen Krieg Österreichs gegen Rußland zu gunsten

Digitized by Google

der Türkei einen Schimpf für die gesamte noch christlich fühlende Bevölkerung Österreichs, einen Faustschlag in das Gesicht der sechzehn Millionen österreichischer Slawen, das Ende Österreichs. Der mährische Czeche Fanderlik bezeichnete die Türkei als den Erbfeind Österreichs, wollte die orientalische Frage in slawischem Sinne gelöst sehen und erklärte, daß im Kriegsfall gegen Rußland die österreichischen Slawen „keine opfermutigen und zuverlässigen Streiter" sein würden. Da umgekehrt die Magyaren bereits versichert hatten, sie würden um keinen Preis gegen die Türkei kämpfen, so blieb der Regierung allerdings nichts übrig, als völlige Neutralität, sie müßte denn, um ein schlagendes Beispiel ihres Dualismus zu geben, mit den Magyaren gegen Rußland, mit den Slawen gegen die Türkei zu Feld ziehen. Der Pole Kuranda sah in dem Dreikaiserbündnis eine beständige Beunruhigung des Weltteils, hielt die Türkei noch lange nicht für baufällig und bezeichnete als Hauptaufgabe Österreichs, Rußland in Schranken zu halten. Der deutsche Abgeordnete Plener riet der Regierung, darauf bedacht zu sein, daß bei dem unvermeidlichen Zusammenbruch der Türkei Österreich nicht leer ausgehe und nicht an den Grenzen des Reiches gefährliche Neubildungen entstehen. Hohenwart wollte nicht Österreich durch passives Zusehen auf das Niveau einer Macht zweiten Ranges herabdrücken lassen, wollte an sich weder Okkupation noch Annexion, wollte aber auch nicht, daß beides um jeden Preis vermieden werde. Von den am Schluß auftretenden beiden Generalrednern erinnerte der ultramontane Greuter daran, daß Bosnien und die Herzegowina einst zum Königreich Kroatien gehört haben und wünschte diese Länder, jedoch auf friedliche Weise, wieder für Österreich zu gewinnen, während Dr. Herbst gegen den „Frieden um jeden Preis" sprach, als Abgeordneter eines böhmischen Bezirks die Treue der czechischen Soldaten gegen jeden Zweifel verteidigte und die Herstellung eines menschenwürdigeren Schicksals der Christen auf der Balkanhalbinsel für eine wahrhaft österreichische Aufgabe erklärte. Greuter hatte Recht, wenn er sagte, daß bei dieser Debatte niemand gewonnen habe, als der Minister des Äußern, denn dieser könne jetzt thun, was er wolle. Das ungarische Abgeordnetenhaus wollte an Interpellationen nicht zurückstehen. Hier herrschte mehr Einigkeit im Kampfe gegen die Regierung, welche erklärte, daß man recht wohl ein Gegner des Panslawismus sein könne, ohne deswegen sich der Schandwirtschaft der Türkei annehmen zu müssen.

Digitized by Google

Graf Andrassy wurde wegen seiner Haltung in der brennenden Frage des Tages seitens der Turkophilen hart bedrängt. Sein Schiff triebe widerstandslos, wurde gesagt, im Fahrwasser Bismarcks, der doch lediglich nur die Geschäfte Rußlands besorge und zu diesem Zwecke England zu isolieren suche. Wie damals in gewissen Kreisen Wiens über die Politik Bismarcks gedacht wurde, bezeugt der folgende Passus einer turkophilen Schrift aus der Zeit nach dem Frieden von Stefano:

„So wenig die sieben Jahre deutscher Einigung in politischer und materieller Hinsicht auch nur den leisesten Ansatz zur nationalen Konsolidierung herbeigeführt haben, so wenig läßt sich behaupten, daß Deutschland in seinen internationalen Beziehungen etwas anderes repräsentiere, als das Schwergewicht einer horrenden militärischen Organisation, das in dem nämlichen Augenblicke in die Höhe schnellen muß, in welchem die Hand, von der es gehalten wird, erlahmt. Die Kraft, nicht die Weisheit ist das Kriterium des deutschen Ansehens, der mechanische Druck, nicht das Bewußtsein einer kulturellen Mission seine Quelle. Deutschland ist einig geworden als Hort und Bollwerk des Rechtes, kann es einig bleiben als Teilnehmer am Unrechte und als dessen Förderer? Darf es die sittlichen Grundlagen, auf denen es sich vor sieben Jahren rekonstruierte, ungestraft verlassen und den Mord einer Nation, die Ausstampfung einer Rasse, durch brutale Übermacht dulden, ohne seine Autorität zu gunsten der verhöhnten Gerechtigkeit, ohne seine Macht zur Dämmung slawischen Übermutes und slawischer Vergrößerungssucht geltend zu machen?

„Die sogenannten Realpolitiker, welche wie das Tier auf dürrer Haide in dem Götheschen Gedichte, sich ewig in ihrer „Interessensphäre" umdrehen, wenden gegen jede ideellere Auffassung politischer Verhältnisse den nackten Eigennutz ihrer Sondervorteile ein. Wir lassen es dahingestellt sein, was man in Berlin für deutsches Interesse hält und was nicht. Wenn der nationale Stolz in Spree-Athen so jämmerlich zusammengeschrumpft ist, daß er es nicht einmal wagt, die Freiheit der Donau gegen russische Krallen zu wahren; wenn die Hohenzollern-Tradition so verblaßt ist, daß sie der Tradition der Romanows sich unterordnet und ihr einen Fürsten aus Hohenzollernschem Blute bereitwilligst zu Füßen legt, wenn endlich der kühne Geist, der am Rhein die Wacht hielt, so kläglich heruntergekommen ist, daß er die Wacht an der Donau widerstandslos preisgiebt, so ist nicht bei uns der Anlaß, uns weh-

Digitized by Google

mütig zu fragen, wozu Deutschland berufen schien und wie viel es an sich fehlen läßt, da es gilt, die Konsequenzen eines ungeheuren Glückes und einer gewaltigen nationalen Zusammenfassung zu ziehen. Allein die staatsmännische Weisheit hat nicht blos den kleinlichen Interessenschacher zur Voraussetzung, sie besteht ein wenig auch aus vorsorglicher Sicherung der Zukunft, aus wohlerwogener Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins und aus jederzeitiger Niederhaltung gefährlicher Nachbarn.

„In diesem Sinne bekennen wir, die vielgerühmte Genialität des Fürsten Bismarck nirgends mehr entdecken zu können. Die Konnivenz des deutschen Reichskanzlers gegen die russischen Pläne, so maßlos und unverschämt dieselben auch sein mögen, ist vielmehr ein schwerer, ja ein unsühnbarer Fehler, den künftige Generationen am Ende mit ihrer Ruhe und ihrem Blute bezahlen müssen. Für den Augenblick erscheint Deutschland von slawischer Überflutung allerdings nicht bedroht; Bismarck und Moltke bilden bis zu einem gewissen Grade eine Bürgschaft deutscher Überlegenheit, und das persönliche Verhältnis zwischen dem Kaiser Wilhelm und Alexander schließt momentan die Eventualität eines russisch-deutschen Zusammenstoßes aus. Aber es kommt ein Tag, wo sie allesamt nicht mehr auf dem Schauplatze sind, das Szepter der Romanows aber von den Händen eines notorischen Deutschenhassers gehalten wird. Wähnt jemand, daß dann ein durch die Beute von San Stefano gemästetes Rußland vor der Schwelle des unbequemen deutschen Nachbars stehen bleiben, daß die slawische Sturmflut die germanischen Grenzen ängstlich umgehen werde? Und ist es gar so sicher, daß der unversöhnliche Partikularismus, dem Bismarcks Staatskunst immer nur Fußtritte austeilt, daß die russischen Dependenzen in Stuttgart und Darmstadt von derselben Begeisterung erfüllt sein werden, mit der sie in den französischen Krieg zogen? Wo ist hier eine Spur jener politischen Voraussicht, welche nicht blos um Interessen feilscht, sondern auch die Ideen pflegt und die Zukunft garantiert? Wo der gewaltige nationale Zug, dessen Deutschland doch nicht mehr entbehren sollte als Rußland, in dem schon vor sehr viel Jahrzehnten der alte Derschawin gesungen:

Nur noch einen Schritt!
Geliebtes Rußland — und die Welt ist dein!

„Man sagt, die auswärtige Politik Bismarcks wurzele in dem Verhältnisse Deutschlands zu Frankreich. Sie suche sich gegen

Digitized by Google

Westen zu assekurieren und scheue es, sich im Osten Feindschaften zu erwecken. Deswegen lasse sie der russischen Politik freie Hand. Nun wohl, dieses Argument wäre stichhaltig, wenn das Rußland der Zukunft und dasjenige der Gegenwart in alle Ewigkeit identisch blieben. Allein das Rußland der Zukunft, vollgesogen bis zum Zerbersten mit dem der Türkei entwendeten Gute, wird genötigt sein, an der Spitze des gesammelten Slawentums Machtpolitik zu treiben, und es wird sich nicht besinnen, Frankreich die Hand zu bieten, um mit demselben vereint den deutschen Gegendruck zu brechen. Freunde hat nach Moltkes berühmtem Ausspruche das deutsche Reich nirgends in der Welt; wohl aber schafft es sich einen neuen Feind an England, indem es gegen dasselbe für Rußland Partei nimmt.

„An Österreich-Ungarn hätte Deutschland für alle Zukunft einen wertvollen Bundesgenossen, wenn es die Habsburgsche Monarchie dem Moskowiter gegenüber stärkte, anstatt sie zu schwächen. Aber die Hinabdrängung Österreichs von der Linie, auf der es allein ein Bollwerk gegen künftige slawische Überflutungen zu sein vermöchte, der wohlwollende Rat, daß Österreich seinen Schwerpunkt nach dem Osten verlege, passen in das System einer rationellen deutschen Politik wie die Faust auf das Auge. Österreich-Ungarn hört auf, ein Interesse an der Existenz einer gewaltigen deutschen Reichsmacht zu besitzen, wenn es einmal seinen geistigen Zusammenhang mit Deutschland aufgegeben und seine deutschen Provinzen an Deutschland verloren hat. Kann dies der letzte Zweck der Bismarckschen Politik sein? In Berlin leugnet man derartige Absichten, sobald sie irgendwo, wenn auch nur akademisch, erörtert werden, mit einer Art sittlicher Emphase. Man protestiert gegen jede Unterstellung eines deutschen Vergrößerungs-Bedürfnisses mit nicht minderem Pathos in Hinsicht auf die deutsch-österreichischen Provinzen, als auf belgische und holländische Gebietsteile. Nun gut, wir glauben an diese Uneigennützigkeit. Aber wie stimmt dazu die ewige Pression, welche keinen anderen Zweck haben kann, als Österreich-Ungarn gleichsam vermöge eines mechanischen Druckes auf die Balkan-Halbinsel vorzuschieben und es mit Interessen und Bevölkerungen zu belasten, welche seine deutschen Tendenzen vollends erdrücken müssen?

„Es ist mitunter auch ein System, kein System zu haben. Die innere Politik Bismarcks ist dafür ein Beweis; ist es nicht auch seine äußere Politik? Freunde sich ungehindert stärken zu lassen,

Digitized by Google

bis sie naturgemäß natürliche Feinde werden müssen, und andere so zu schwächen, daß sie zu einem Freundschaftsdienste in Zukunft weder geneigt noch geeignet sein können, ist doch zum mindesten nicht weise, geschweige loyal und voraussichtig. Wir können für unseren Teil bei dem besten Willen nicht den Faden herausfinden, der Bismarcks Methode im innern wie auch nach außen hin angeblich durchzieht. Seine Politik in der ersten Hälfte seiner Laufbahn hatte etwas Gewaltiges an sich; man erkannte Absichten und Ziele und billigte den Erfolg. Seine Orient-Politik aber, welche Rußland auf Kosten Deutschlands zu ungeheurer Macht heranwachsen läßt, ist entweder von einem nicht zugestandenen Hintergedanken geleitet, der lediglich wider Österreich-Ungarn gerichtet sein kann, oder sie ist das Produkt einer beklagenswerten Systemlosigkeit. Sollte Fürst Bismarck bereits an der Grenze angelangt sein, wo das Alter der Kraft, der Druck der Jahre dem Ideenreichtum Konkurrenz macht?"

Von andrer Seite, nämlich der „Deutschen Zeitung" (einem protektionistischen Blatte), wurde England beschuldigt, durch seine Unentschlossenheit Österreich in den Bannkreis Bismarcks zu drängen. Es sei bedauerlich, schrieb das Blatt im August 1877 (im April dieses Jahres war der russisch-türkische Krieg zum Ausbruch gekommen), daß England keine seiner würdige Klarheit im Verhalten gegen die Pforte und gegen Rußland an den Tag lege. Sehr wahr bemerke das gelesenste englische Blatt, der „Daily Telegraph": „Wir haben stets die Meinung geäußert, daß erst, wenn das britische Kabinett sich endgiltig und klar über seine Politik erklärt haben wird, auch auf die österreichische Regierung Vertrauen gesetzt werden könnte. Der Mangel an Offenheit seitens der britischen Minister trägt allein daran Schuld, wenn sich der Kaiser von Österreich jenen Argumenten zugänglich zeigt, welche ihm von gewisser Seite unabläßig ins Ohr geflüstert werden". Wahrheitsgetreuer könne die Situation nicht gekennzeichnet werden. „Wir sind nicht sanguinisch genug, um uns der Meinung anzuschließen, daß eine zielbewußte englische Politik all die Strömungen in den hiesigen maßgebenden Kreisen zu beseitigen und auch für uns Klarheit zu schaffen vermöchte. Dagegen ist es unbedingt wahr, daß die Verworrenheit der britischen Reden, Depeschen und Maßnahmen die Stellung derer wesentlich erleichtert, die Österreich in die russische Strömung hineinzuziehen unermüdlich bemüht sind. In dem englischen Blatte wird nachgewiesen, daß der Drei-Kaiser-Bund

Digitized by Google

lange nicht mehr bestünde, wenn England imstande gewesen wäre, unserer Regierung einen Ersatz in ihrer eigenen Bundesfreundschaft zu bieten. Allein der Humanitätsschwindel Gladstones, die sich widersprechenden Interpellations-Beantwortungen der englischen Minister, das Herumtappen mit Rüstungs- und Expeditions-Versuchen konnten wahrlich die österreichische Regierung nicht zu der Ansicht bekehren, daß England den ihm gebührenden Einfluß zu wahren wissen wird.

„Als vor zwei Jahren Disraeli Suez-Aktien kaufte, glaubte man eine neue Phase der britischen Orient-Politik inauguriert zu sehen. Es war dies eine Diversion, welche nicht den verfahrenen egyptischen Finanzen, sondern denen galt, die an Englands Thatkraft gezweifelt und gefürchtet hatten, daß die Nichtinterventions-Politik Gladstones von den Tories fortgepflegt werden könnte. Die verwerfliche Richtung, die am 13. März 1871 alle Resultate des Krimkrieges im Wege des Pontus-Vertrages über den Haufen warf, schien nunmehr definitiv verlassen. Eine fruchtbare Orient-Politik, eine solche, welche die großen wirtschaftlichen Interessen, die sich um die englisch-indische Handelsstraße gruppieren, mit der Pitt-Canningschen Orient-Tradition organisch verweben würde, schien mit vollem Bewußtsein der unabweislichen Gegnerschaft Rußlands begonnen. Die „Deutsche Zeitung“ täuschte sich nicht darüber, daß die wirtschaftlichen Ziele Englands jede Allianz zwischen Österreich und England selbst dort, wo die Wege parallel schienen, gefährlich erscheinen ließen. Unsere Interessen an der unteren Donau sind den englischen in vielem entgegengesetzt, wenn auch identisch darin, daß die Sandbank, welche soeben an der Sulina zusammengeschwemmt wird, den Handelsweg für englische wie für österreichische Schiffe verrammelt. Auch in der Aufrechterhaltung der türkischen Handelsverträge, welche unsere Regierung fahren ließ, hätten Österreich und England analoge Interessen. Trotzdem zögerten wir einen Augenblick lang, uns mit der britischen Politik in der Orientfrage zu befreunden. Als jedoch später die Orientfrage in eine Frage russischer Eroberungssucht und panslawistischer Expansion überging, hörte die Wahl auf, zweifelhaft zu sein. Wir haben uns nie für die Türken begeistert; allein wer gegen Rußland steht, muß unser Alliierter sein. Leider schwankte die britische Politik unbestimmt; ohne den russischen Übergriffen zu steuern, war sie nicht klar genug, um der Pforte jeden Hintergedanken an englische Hilfe zu benehmen. Sie ist mitschuldig daran, daß das gleichfalls la-

Digitized by Google

vierende österreichische Kabinett in die Richtung nach Berlin und Reichstadt gedrängt ward." (In Reichstadt hatten im Juli 1876 der Kaiser Franz Joseph und Alexander II. eine Zusammenkunft).

Graf Andrassy ließ darauf erwidern: „Die politische Kaltblütigkeit feiert ihre Triumphe. Es ist noch nicht lange her und ganz Europa wurde aufgefordert, die feierliche Umgestaltung des ottomanischen Reiches durch die Macht des zollfrei importierten Parlamentarismus zu bewundern. Eine Zeitlang kurz vorher hatte es geschienen, als ob die aktiven Kräfte dieser Erde in der Besika-Bai konzentriert wären. Dann kam wieder ein Moment, in dem man der Welt glauben machen wollte, die Russen brauchten nur eine promenade militaire nach Stambul zu unternehmen. Alle diese Illusionen haben zwar manchmal den Tag, selten aber die Woche oder den Monat überdauert, in dem sie das Licht der Welt erblickt haben. Der alte Erfahrungssatz, daß noch kein Baum in den Himmel gewachsen ist, hat sich glänzend bewährt. Es geht alles viel gelinder, als man sich gedacht hat. Die Russen haben die Türken nicht vernichtet, andererseits ist es den Türken bisher noch nicht gelungen, die Russen aus der Türkei zu vertreiben; nach wie vor steht die russische Armee im Herzen Bulgariens. Vor kurzem schrie und tobte eine gewisse Sorte von „Patrioten" in England, es sei notwendig, die Dardanellen an der Donau zu verteidigen — heute zeigt es sich, daß es mit der Bedrohung der Dardanellen noch seine gute Wege hat. Und in Österreich-Ungarn fordert man auf, unverzüglich gegen eine vermeintliche Bedrohung unserer Interessen unser gutes Schwert zu ziehen. Es zeigt sich wenigstens bis jetzt, daß niemand unsere Interessen bedroht hat, daß niemand sie bedrohen will, daß niemand sie bedrohen kann. Das letztere ist jedenfalls das beste.

„Trotzdem wird von gewisser Seite unermüdlich eine sofortige Aktion Österreich-Ungarns im Verein mit England gefordert. Merkwürdigerweise geht diese Forderung gerade von jener Seite aus, die im selben Augenblick mit England handelspolitisch brechen will. Wir sollen mit dem britischen Inselreich einen Zollkrieg führen, aber gleichzeitig ein Schutz- und Trutzbündnis mit demselben schließen, in dem wir ausschließlich der gebende und gewährende Teil wären. Das mutet man uns ganz ernsthaft zu. Wir meinen, daß, ganz abgesehen von dem Widersinn, der in dieser Forderung an und für sich schon liegt, noch eine andere Erwägung, diese Allianz-Projektanten zur Ruhe zu bringen, geeignet wäre. Zu einer

Digitized by Google

Allianz gehören doch wenigstens zwei Teile, die dieselbe abschließen. Zu einer österreichisch-englischen Allianz gehört doch nebenbei auch England. Wo ist nun dieses England, das angeblich gesonnen sein soll, sein Schwert den Russen entgegenzuhalten? Vor ein paar Tagen hat dieses England einen neuen Marine-Minister bekommen — er ist ein ausgesprochener Friedensfreund, der sich wiederholt in öffentlichen Reden dagegen verwahrt hat, England für die Türkei engagieren zu wollen. Vor zwei Tagen hat der Premierminister dieses England im Hause der Peers eine Rede gehalten. Er sagte, daß England sich für nichts anderes als für englische Interessen engagieren dürfe, daß er aber fest überzeugt sei, daß Englands Interessen durch Rußland nicht bedroht werden würden. Gestern sprach der zweite Chef der liberalen Opposition im Unterhause. Predigte er etwa die Allianz gegen Rußland? O nein, Mr. Forster erklärte, England dürfe, selbst wenn Rußland nach Konstantinopel marschiere, dagegen keinen Schritt thun, falls Rußland nur einwillige, Konstantinopel nicht definitiv zu behalten. Der Mann, der so sprach, ist einer der ersten Politiker Englands, ein ehemaliger Minister, ist der Staatsmann, dessen Name mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht in England verknüpft ist. Man wird auch nicht behaupten können, daß Mr. Forster etwa ein blinder Russenanbeter sei; derselbe Mann, der heute nichts dagegen hat, wenn die Russen nach Konstantinopel marschieren, hat im Jahre 1863 im Unterhause den Antrag gestellt, das Haus möge erklären, daß, nachdem Rußland die Bestimmungen des Vertrages von 1815 zu Gunsten der Polen vielfach verletzt habe, England die bezüglichen Bestimmungen des Vertrages als null und nichtig ansehe, und die russische Herrschaft über Kongreßpolen nicht länger anzuerkennen vermöge. Der Staatsmann, der damals so mutig für Polen in die Schranken trat, wird nicht der Servilität gegen Rußland angeklagt werden können.

„Die Wahrheit ist, daß in England niemand an einen Krieg mit Rußland denkt. Es fehlt zu dem Kriegsbündnis, von dem man gesprochen, die erste Voraussetzung, der andere Paciszent. Es würde gewiß niemand in England etwas dagegen haben, wenn wir uns für englische Interessen, für die Freihaltung des englischen Weges nach Indien und dergleichen mehr schlagen würden, aber wir haben hierzu keine Veranlassung. Wir haben für englische Interessen oft genug in früheren Jahrhunderten unser Blut verspritzt und werden diesen Fehler nicht wieder begehen. „Charity

Digitized by Google

well understood begins at home". „Gut verstandene Wohlthätigkeit beginnt zu Hause". Es ist das ein treffliches Sprichwort der Engländer, ein Sprichwort, das ganz den praktischen Geist der Nation atmet, die es verstanden, alle Meere sich unterthan zu machen. Wir bewundern England, sein großes Volk, seine nachahmungswürdigen, noch immer mustergiltigen Institutionen, die Freiheitsliebe seines Volkes. Wir neiden ihm seine herrlichen Besitzungen nicht, nicht den Dreizack Neptuns. Aber wir haben keinen Grund, ihm die Dardanellen, den Suezkanal oder irgend etwas andres entgegenzubringen. Es besitzt bereits Gibraltar und Malta, und dies wäre genug, sollte man meinen. Fest entschlossen, wie wir sind, die Balkan-Halbinsel nicht ein russisches Gouvernement werden zu lassen, ebenso groß ist unsere Abneigung gegen den Gedanken, das Mittelmeer in einen englischen See umgewandelt zu sehen.

„Wir haben es schon am Eingang dieser Zeilen gesagt und können es nur wiederholen, kaltes Blut zu behalten ist die Hauptsache. Österreich hat sein Ohr bisher allen Lockrufen gegenüber verschlossen. Es hat, — vielleicht zum erstenmale seit langer Zeit — nichts andres als eine Politik des gesunden Egoismus gemacht, davon kann nicht abgegangen werden, ganz gewiß nicht zu gunsten einer Allianz, an die der andre „Alliierte" selber nicht denkt. „Um eine Ente mit flandrischer Sauce zu bereiten," sagt der berühmte Vatel, „nehme man vor allem eine Ente." Zu einer englisch-österreichischen Allianz — wenn wir überhaupt eine solche nötig hätten — gehörte vor allem England, aber England will nicht, gerade so wenig als wir wollen. Die flandrische Tunke wäre vielleicht zu haben — die Ente fehlt."

Schon vorher (im Mai 1877) hatte Graf Andrassy denen, die von einer etwas derben Depesche des englischen Ministers Derby an Gortschakow einen Eindruck auf den österreichischen Minister erwarteten, die folgende Antwort gegeben:

„Das Kabinett von St. James hat es von jeher geliebt, seine Auffassung der Menschen und Ereignisse in einer Sprache zu offenbaren, die etwas farbiger und kräftiger ist als jene, deren sich die Kabinette des Kontinents bedienen. Schon der Umstand, daß sich die englische Diplomatie ausschließlich der eigenen Muttersprache bedient, die weniger als die internationalen Laute des Französischen die Härten mildert und das Unebene glättet, mag hierzu beitragen. Wir können uns der Erinnerung an gewisse Äußerungen eng-

Digitized by Google

lischer Minister in den letzten zwei Jahrzehnten nicht entschlagen, die nicht die Sanktion von Thatsachen erhielten. Der Vater des jetzigen Grafen Derby war es, der 1839 denjenigen „niederzuschlagen" drohte, der den Krieg in Italien begänne. Ein kleines Amendement zur Adresse an die Königin — Lord Hartington brachte es ein — machte damals dem edlen Lord die Verwirklichung seiner Absichten unmöglich und stürzte ihn und sein Kabinett. Ein Jahr später verwahrte sich England höchst energisch gegen die Abretung des durch den Wiener Kongreß neutralisierten Nord-Savoyen an Frankreich. Was ist aus den damaligen Protesten geworden? Im August 1860 erklärte Lord Russel dem Grafen Cavour, daß die revolutionäre Politik Italien vernichten werde, im Oktober schrieb derselbe Minister an den englischen Gesandten in Turin, Sir James Hudson, daß die englische Regierung ihren Blick „mit Befriedigung dem Schauspiel zuwende, das ein Volk bietet, das unter den guten Wünschen Europas bemüht ist, das Gebäude seiner Unabhängigkeit und Freiheit zu gründen!" Drei Jahre später drohte England mit einem Krieg zu gunsten Polens, Lord Napier las dem Fürsten Gortschakow Depeschen vor, in denen Rußland direkt angeklagt wurde, die Wiener Kongreßakte von 1815 gebrochen zu haben, ein Jahr darauf war das Kabinett von St. James unermüdlich in Anklagen wegen des schleswig-holsteinischen Krieges. Die schärfsten Drohworte sprach im Hause der Gemeinen der damalige Unterstaatssekretär des Äußern, Mr. Layard, der heute als außerordentlicher Botschafter Englands in Konstantinopel sitzt. Man wird uns entschuldigen, wenn wir nach diesen Präzedenzfällen an eine englische Depesche nicht jenen strengen Maßstab anlegen, mit dem wir z. B. eine Kundgebung des Berliner Kabinetts prüfen müßten. „High words break no bones": „Stolze Worte", sagt ein englischer Spruch, „brechen noch keine Knochen" .... Daß England entschlossen wäre, für die engere Interessensphäre Österreichs einzutreten, haben wir bisher nicht wahrgenommen, ist auch von ihm nicht verlangt worden. Aber so sehr wir es allezeit mit Genugthuung begrüßen werden, wenn ein für das europäische Gleichgewicht und den Frieden der Welt so wichtiger Staat, wie England, energisch seine Stimme erschallen läßt, so hoch wir auch die edle Mäßigung und den staatsmännischen Charakter des Grafen Derby und seiner Politik veranschlagen — wir vermögen in seiner Antwort an den russischen Reichskanzler doch nur eine interessante Kundgebung der englischen Diplomatie, ein moralisches

Digitized by Google

Degagement Englands von der Protokolls-Politik, nicht aber die Einleitung zu einem Feldzug zu erblicken, in dem England sich ohne die französischen Alliierten von 1854 und ohne den piemontesischen von 1855 behelfen müßte."

Es kam das Jahr 1878. Kaiser Alexander hatte wohl Recht, als er auf die Kunde des in Adrianopel geschlossenen Waffenstillstandes (31. Januar) die ihm dargebrachten Glückwünsche mit der Beschränkung annahm: „es sei noch nicht zu Ende!" In Wahrheit traten jetzt erst die Hauptschwierigkeiten ein, und man konnte bei dem Auftreten Rußlands dasselbe — mindestens damals — nicht von der Schuld freisprechen, den Argwohn der zunächst interessierten Mächte Österreich und England nach Möglichkeit angestachelt zu haben.

Die Art, wie Großfürst Nikolaus und sein diplomatischer Beistand Ignatiew die türkischen Unterhändler hingezogen, um inzwischen das militärische Machtgebiet zu erweitern, und wie die russischen Truppen, auf Grund und trotz der Waffenstillstandsbedingungen, mehr und mehr gegen Konstantinopel vorgeschoben wurden, ließ befürchten, daß eine verwegene Politik die äußersten Konsequenzen der russischen Siege ohne alle Rücksicht auf die europäischen Interessen zu ziehen entschlossen wäre.

Österreich beeilte sich, mit einem Konferenzvorschlage hervorzutreten und sich finanziell zu rüsten. Lord Beaconsfield aber schickte sich an, die Interessen Englands auf eigene Hand sicher zu stellen. Es begann die englische Flotten-Demonstration, welche eine Zeit lang Europa in gespannte Erwartung versetzte, ob die beiden Weltmächte ihre Kraft in dem Kampfe um den Besitz Konstantinopels erproben oder dasselbe in gemeinsamen Besitz nehmen würden — bis der Abschluß des Präliminarvertrages von San Stefano (3. Februar) den Dingen eine neue, aber nicht beruhigendere Wendung gab.

Dieser Präliminarfrieden machte, wenn er, wie es Rußland wollte, in einen wirklichen Frieden verwandelt worden wäre, der türkischen Macht in Europa ein Ende und unterwarf die Balkanhalbinsel dem russischen Einfluß, während dieser in Kleinasien neue Herrschaftsgebiete erlangte. Er bedrohte gleichzeitig die österreichischen und die englischen Interessen, und Rußland machte Miene, seinen Frieden, unbekümmert um Europa, durchsetzen zu wollen, höchstens aber nur diejenigen Teile des Vertrages, durch

Digitized by Google

welche seiner Auffassung nach europäische Interessen berührt würden, einer Konferenz der Signaturmächte des Pariser Friedens vorzulegen. Gerade den entgegengesetzten Anspruch erhob England — die Vorlegung des ganzen Vertrages zur Prüfung des europäischen Areopags. Die orientalische Frage charakterisierte sich als Antagonismus Rußlands und Englands, welches die Zukunftsfrage wegen der Herrschaft über Asien in die Gegenwart verlegen wollte. Die kühne Politik des Lord Beaconsfield riß die englische Nation mit sich fort.

Die Opposition, welche seiner Politik in einem für die Ehre und die Interessen Englands so entscheidenden Augenblicke entgegengetreten war, büßte ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung mehr und mehr ein, und in dem Reichtum, in der industriellen Entwickelung und in der Sammlung der über alle Erdteile zerstreuten, hauptsächlich aber in Indien vorhandenen Streitkräfte fanden sich die Mittel, um dem Anspruche Beaconsfields, Großbritanniens Weltmachtstellung zu behaupten, den nötigen Nachdruck zu geben.

Die Dinge entwickelten sich immer mehr und spitzten sich dergestalt zum Konflikt zu, daß der Rücktritt Derbys aus dem Kabinett, in welchem er die Friedenspolitik vertrat, als das Zeichen des unmittelbar bevorstehenden Krieges zwischen England und Rußland betrachtet werden mußte. Die von Lord Salisbury und dem Fürsten Gortschakow erlassenen Zirkulardepeschen (Anfang April) stellten einen status causae et controversiae auf, dessen Entscheidung nur thatsächlich herbeizuführen möglich schien, und während England seine indischen Streitkräfte auf Malta sammelte, rüstete Rußland mit aller Macht und traf bereits Vorbereitungen, um bei ausbrechendem Kriege den englischen Handel durch Kaperschiffe lahm zu legen.

Auch die Türkei rüstete, so viel möglich, um bei Wiederausbruch des Krieges nicht wehrlos zu sein.

In diesem kritischen Augenblick unternahm es Graf Schuwalow, der russische Botschafter am Hofe von St. James, persönlich in St. Petersburg für die Erhaltung des Friedens einzutreten, indem er der Kriegspartei die aus seiner persönlichen Beobachtung und Erfahrung geschöpften Thatsachen gegenüberstellte.

Auf seiner Reise nach Petersburg hatte er auch eine Konferenz mit dem Fürsten Bismarck gehabt, und man darf ohne weiteres annehmen, daß der Einfluß der deutschen Politik damals in Peters-

Digitized by Google

burg wie in London einer friedlichen Verständigung den mächtigsten Vorschub leistete. Der Konferenzgedanke kam zum Durchbruch. Während dieser Periode — vom Präliminarvertrag von San Stefano bis zum Berliner Kongreß — nahm die Aktion des Grafen Andrassy eine Richtung an, die ein Jahr später von inspirierter Seite in der folgenden Weise charakterisiert wurde, und zwar zur Begründung des Rücktrittes des Grafen, der in dem Augenblicke erfolgte, wo (1879 im August) das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen wurde, ein Bündnis, das, indem es die Drei-Kaiser-Allianz ablöste, der Ausgangspunkt einer neuen Situation wurde.

„Der Vertrag von San Stefano war eine Verletzung alles dessen, was Rußland bei Beginn des Krieges Deutschland und Österreich-Ungarn versprochen hatte; im Februar 1878 hielt man in Petersburg den Koup einer Überrumpelung der beiden Staaten für gelungen.

„In Wien fragte man sich besorgt, ob es dem Grafen Andrassy gelingen werde, die russischen Netze zu zerreißen und er selbst mochte sich wohl in mancher schlaflosen Nacht angstvoll die Frage vorgelegt haben, ob diejenigen Mächte, deren Unterstützung er sich allerdings mit rechtzeitiger Vorsicht für den Fall einer Perfidie Rußlands gesichert hatte, im Momente der Entscheidung standhalten würden.

„Bereits am 29. Mai 1877 — dieses Datum wird mit Genauigkeit angegeben — hat man in London genau diejenigen Punkte gekannt, die Andrassy auch im Falle des entschiedensten Sieges Rußlands nicht acceptieren würde, und namentlich sein Grundprinzip, daß die definitive Gestaltung der Kriegsresultate niemals ohne Einflußnahme der europäischen Großmächte erfolgen und eine Konstituierung der christlichen Völker der Halbinsel nie durch eine einzelne Macht oktroyiert werden dürfe. Ja, man wußte in London am besagten Tage noch mehr; man wußte, daß Österreich-Ungarn für dasjenige, was es als seine Interessen bezeichnete, mit der ganzen Kraft der Monarchie, und wenn nötig, auch mit bewaffneter Hand einzustehen bereit sei." Nach dem Frieden von San Stefano habe sich Andrassy, um sich zu retten und die Monarchie vor den schwersten Gefahren zu bewahren, zu der Riesenarbeit entschließen müssen, die europäischen Mächte zu einem gemeinsamen Vorgange gegen den von seinen Erfolgen berauschten Sieger zu veranlassen.

„Wir wissen nicht," hieß es weiter, „wann die Geschichte der Monate März bis Juni 1878 nach dokumentarischen Quellen

Digitized by Google

geschrieben werden wird, allein wann immer dies der Fall ist, wird der unbefangene Beurteiler sich zu dem Geständnisse genötigt sehen, daß die diplomatische Kampagne, welche Graf Andrassy vom Abschlusse des Friedens von San Stefano bis zum Zusammentritt des Berliner Kongresses durchführte, eine der brillantesten war, welche die Geschichte unserer Diplomatie aufzuweisen hat, er wird insbesondere die Antwort kennen lernen, welche Graf Andrassy auf die berühmte Depesche des Marquis of Salisbury vom 1. April 1878 erteilte, und er wird dann mit Staunen gewahren, daß bereits in diesem Schriftstücke die Grundzüge alles dessen angedeutet sind, was später als Resultat des Kongresses im Berliner Vertrage die Sanktion Europas erhielt; er wird vielleicht gleich uns mit manchem nicht einverstanden sein, was Graf Andrassy zu jener Zeit anstrebte und dann in Berlin auch wirklich erreicht hat, aber die Thatsache, daß er alles Wesentliche, was er nach seiner Anschauung für wünschenswert hielt, auch wirklich durchgesetzt hat, diese Thatsache, der darin liegende große Erfolg, wird sich nicht in Abrede stellen lassen.

„Durch diese Anstrengungen sei nun freilich Andrassy auf das höchste erschöpft worden und müsse um seiner Gesundheit willen sich zurückziehen. Das habe aber nach einer Seite hin eine sehr vorteilhafte Folge. In Rußland beginne man jetzt erst, die Größe der erlittenen Niederlage in vollem Umfange zu fühlen, und die Beziehungen zwischen ihm und Österreich-Ungarn seien sehr ernst geworden. Es ständen sehr ernsthafte Erörterungen bevor, die vielleicht einen glatteren Verlauf nehmen würden, wenn während derselben Graf Andrassy nicht der Vertreter der österreichisch-ungarischen Monarchie sei."

Soweit der „Pester Lloyd". „Daß Rußland, falls es mit kriegerischen Plänen überhaupt sich damals trug, dieselben eher gegen Österreich als gegen Deutschland richten sollte, ist neu, bemerkte die „Nat. Zeit." dazu. Da die Quelle, die wir anführen, zu denjenigen gehört, welche Beachtung verdienen, haben wir diese Mitteilung nicht stillschweigend übergehen dürfen. Als einzigen Kommentar möchten wir derselben den Vers hinzufügen:

Unser Wissen ist nichts; wir lauschen allein dem Gerüchte."

Ähnlich wurde übrigens vom „Pester Lloyd" bei einer anderen Gelegenheit gesagt: „Auf dem Verhältnisse zu Deutschland ruhte das Schwergewicht der Andrassyschen Politik. Aber die bestehenden intimen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nö-

Digitized by Google

tigten den Grafen Andrassy, in der Orientverwickelung andere Beziehungen zu schaffen, andere Freundschaft zu erwerben. Wir wollen die diplomatischen Wege nicht erörtern, auf welchen Graf Andrassy zu seinem Ziele gelangte. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß England es war, welches auf dem Berliner Kongresse den Antrag stellte, Österreich-Ungarn die Okkupation und Administration Bosniens und der Herzegowina zu übertragen. Ein einstimmiges Votum Europas wurde erzielt".

So lautete (1879) die Inspiration über Graf Andrassys Aktion in der diplomatischen Kampagne zwischen San Stefano und Berlin. Entgegengesetzt hieß es im anderen Lager: „Thatsache ist, daß England und Rußland sich vor dem Kongreß privatim verständigt haben und Österreich erscheint isoliert, abhängig von dem guten Willen des „ehrlichen Maklers", der zwar nicht das Geschäft zwischen Petersburg und London, wohl aber das zwischen Petersburg und Wien zu stande gebracht hat".

Einige interessante Äußerungen aus der Nähe des Grafen Andrassy gehören jener Kampagne an. Ende Februar (1878) wurde von daher gesagt:

„Die Reden des Fürsten Bismarck bieten stets einen höchst dankbaren Lesestoff, auch wenn sie nicht die Orientfrage oder andere Angelegenheiten von internationaler Tragweite behandeln. Denn wenngleich man mit ihren Zielen nicht stets einverstanden sein kann, so wird man doch einräumen, daß aus ihnen zumeist eine gesunde, von jedem Doktrinarismus und jeder morschen Schablone freie Anschauung der öffentlichen Verhältnisse hervorgeht, und sie stärken den Geist, gleich einer Brise, welche eine eintönige und erdrückende Schwüle unterbricht. Solche kräftige, dem inneren Kerne modernen Staatslebens entspringende Worte finden wir auch in der bei Beratung des Etats des auswärtigen Amtes gehaltenen Rede des Kanzlers. Sie verdienen hier wiedergegeben zu werden, weil sie leider für Österreich-Ungarn in noch weit höherem Maße Geltung haben, als für Deutschland: „Ich bin mitunter etwas beschämt in meinem deutschen Gefühle," führte Fürst Bismarck aus, „wenn ich sehe, wie z. B. in Frankreich, wo die Parteien sicher viel erbitterter, feindseliger, ja ich möchte sagen, leichter zum Bürgerkriege bereit gegenüberstehend, als bei uns sind, sobald von auswärtigen Dingen die Rede ist, jede Kritik schweigt, wenn es sich um die äußere Ehre und das Ansehen Frankreichs handelt. Es scheint das für uns unerreichbar, aber für

Digitized by Google

mich, in meinem vielleicht etwas weit getriebenen Nationalgefühl, ist es beschämend, daß bei uns die Fraktion ihren augenblicklichen oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung den allgemeinen Interessen der Nation nach außen hin auch in Kleinigkeiten nicht zum Opfer bringt." Wenngleich der unmittelbare Anlaß zu dieser herben Bemerkung aus der Zentrums-Fraktion stammte, erteilte ihr der Kanzler trotzdem eine so allgemeine Färbung, daß sie zu einer ätzenden Kritik des deutschen Parteilebens überhaupt wurde und eine ihrer meist zu beklagenden Schattenseiten enthüllte. Indem jedoch der deutsche Kanzler diese Untugend parlamentarischer Parteien auf Deutschland einschränkte, vermehrte er ohne Grund seine Wehmut, und übersah, daß ähnliche traurige Erscheinungen das parlamentarische Leben auch anderer Staaten verunstalten. Man wird wohl nicht bestreiten, daß der erbitterte Kampf, welchen Gladstone und sein Anhang zu einer Zeit gegen die Politik des Tory-Kabinetts eröffneten, als dieses Großbritanniens maritime Größe zu schützen bestrebt war, zu den widerlichsten Erscheinungen der Zeitgeschichte gehört. Welches Gewicht soll auch ein Reich im Rate der Völker erlangen, wenn jedes Wort seiner Lenker von einem heimlichen Echo übertönt wird, welches es verkleinert und verzerrt! Und doch entsprang diese ganze wüste Agitation Gladstones, welche sogar dem Reiche die Mittel zur Wahrung seiner nationalen Interessen, dem Kabinette die Macht zu ihrer Beschützung entziehen wollte, aus dem Fraktionsgeist, welcher allmählich in eine Fraktionsleidenschaft ausartete. Das konservative Ministerium sollte gestürzt, die Torypartei vom Staatsruder gejagt werden — sollten selbst jene Traktate von fremder Hand und in gewaltthätiger Weise zerrissen werden, auf welchen der Name Großbritanniens prangt, und für welche englisches Blut verströmt wurde.

„Diese Entartung des englischen Parteitreibens würde indessen unseren Gleichmut nicht stören, wären nicht auch bei uns seit kurzem Symptome bemerkbar, welche auch unser öffentliches Leben für die Charakteristik des Fürsten Bismarck reif machen können. Niemand wird uns beschuldigen, als würden wir in der Äußerung des Fürstkanzlers jenen Sinn suchen oder billigen, daß eine jedwede Kritik der auswärtigen Politik in den Vertretungskörpern unstatthaft ist. Das freie Wort ist in Fragen, welche das Schicksal des Reiches, das Wohl und Wehe Tausender berühren, berechtigter und notwendiger als sonst, und der Parlamentarismus hätte ausge-

Digitized by Google

rungen, würde man ihm in solchen Augenblicken Schweigen auferlegen. Betrübend und bedenklich ist jedoch, wenn bei solchen Anlässen nicht die Machtstellung des Reiches und dessen Interessen der alleinige Leitstern sind, sondern wenn auch andere Motive maßgebend werden, die nur einer Parteitendenz entstammen, und „einen augenblicklichen, oppositionellen Standpunkt gegenüber der Regierung" zum Beweggrunde haben.

„Alle Parteien Österreich-Ungarns teilen die Ansicht, daß die bisher verlautbarten Bedingungen des russisch-türkischen Separatfriedens die Stellung Österreichs um dessen Sicherheit in hohem Maße bedrohen. Alle wünschen deshalb, daß diese Gefahr beseitigt werde und das Reichsinteresse fordert aus dem gleichen Grunde gebieterisch, daß die Regierung hierzu die Möglichkeit erhalte. Trotzdem wird auch bei uns der oppositionelle Standpunkt so weit getrieben, daß man das Reich in so kritischem Augenblick nicht allein wehrlos zu lassen, sondern auch durch eine erbitterte innere Kampagne gegen die Regierung dem Auslande gegenüber des ihm gebührenden Ansehens zu entkleiden droht! Weil Graf Andrassy das Reich nicht den Gefahren eines Krieges für die Türkei aussetzen, weil er des Halbmondes wegen keinen europäischen Krieg entfesseln wollte, deshalb soll er auch nicht in die Lage gesetzt werden, den Wünschen des Staates auf der Konferenz ihre Anerkennung zu erkämpfen. Wir sprechen nicht mehr über die Beschaffenheit eines Programmes, welches uns für die von allen Seiten verlassene Türkei Schweizerdienste imputierte, wohl aber ist es zweifellos, daß eine eigene und eigentümliche Flagge über das Reichsbanner gehoben wird, falls aus Schmerz über die Zurückweisung einer solchen Mission durch den Grafen Andrassy der Regierung die Möglichkeit zu einer wirksamen Verteidigung der Reichsinteressen entzogen werden soll. Hat doch die Oppositionssucht gewissen Organen dermaßen das Gedächtnis verwirrt, daß sie bereits die Anathemas vergessen haben, welche sie erst unlängst alltäglich gegen Gladstone schleuderten. Diese Organe sollten deshalb bedenken, daß sie, wenn sie nunmehr bei dem gleichen Anlasse eine total gleiche Taktik wie Gladstone und sein Anhang einschlagen, von ihren eigenen Worten gerichtet werden, jenen, mit welchen sie das Verhalten ihres nunmehrigen englischen Vorbildes gebrandmarkt haben. Oder soll es ein unabweisbares Postulat sein, türkisches und englisches Interesse zu wahren, und soll das österreichische allein kein Anrecht auf Schutz haben? Zu solchen

Digitized by Google

Absurditäten und zu solchen Widersprüchen gelangt man, wenn — um Bismarcks Worte zu wiederholen — „der oppositionelle Standpunkt gegenüber der Regierung über die allgemeinen Interessen der Nation hin nach außen" gestellt wird. Wir sind jedoch überzeugt, daß eine solche Strategie wohl als eine beklagenswerte „Preßpolitik" möglich ist, daß aber unsere parlamentarischen Führer mit stolzem Bewußtsein das Reichsinteresse über jede andere Rücksicht setzen und nicht gestatten werden, daß Österreich in so schweren Zeiten noch durch krasse innere Gegensätze in gleicher Weise an Autorität einbüße, wie Großbritannien durch den rücksichtslosen Parteiheroismus seiner Liberalen."

Wir sehen uns nun nach Berlin um, dahin, wo eben erst der leitende Staatsmann gesagt hatte, er lese keine Depeschen des Gesandten in Konstantinopel. Jetzt steckte er mitten in der Orientfrage. Vom vorletzten Tage des Jahres 1875 stammte die Andrassysche Note an die Türkei, zu der sich die drei Kaiserreiche infolge der Aufstände in Bosnien u. s. w. geeinigt hatten. Sie prallte in Konstantinopel wirkungslos ab. Fürst Bismarck bemerkte über seine zwei Bundesgenossen am 18. Dezember jenes Jahres: „beide sind in ihren Ansichten noch völlig unklar und wissen mit den aufständischen türkischen Provinzen nichts anzufangen". — „Das deutsche Reich ist vermöge seiner geographischen Lage — sagte er ein andres Mal — bei den politischen Verwickelungen in der Türkei nur in zweiter Linie beteiligt, und diese Beteiligung beschränkt sich auf Unterstützung der Wünsche der befreundeten und sachlich unmittelbar interessierten Mächte, Rußland und Österreich. Diesen ein Freund zu bleiben, entspreche allerdings den deutschen Interessen, nicht aber, die Politik derselben zu bevormunden und lediglich um des Prestige willen oder aus Machtgefühl über das Maß deutscher Interessen hinaus eine leitende Stellung zu beanspruchen". Die eigentliche Aktion fiel also dem Grafen Andrassy und dem Fürsten Gortschakow zu. Der letztere kam am 29. November nach Berlin und konferierte am folgenden Tage lange Zeit mit dem deutschen Reichskanzler. Er wurde vom Publikum als „bester Freund" empfangen. Die „Nationalzeitung" schrieb in diesem Sinne:

„Die Bedeutsamkeit der europäischen Lage entspricht der Bedeutung der beiden Staatsmänner, welche sich in unserer Stadt gestern und heute gegenüberstanden. Ungewöhnliche Gaben und

Digitized by Google

ungewöhnliche Erfahrungen in politischen Dingen haben sie zu einer Stellung erhoben, die den Frieden Europas in ihre vereinten Hände legt. Uns andere aber hat eine gleich langjährige Erfahrung gelehrt, in dem russischen Kanzler einen warmen Freund Deutschlands und einen eifrigen Verteidiger der Ruhe der Völker zu sehen.

„So gesellt sich für uns eine Art von persönlichem Interesse zu der gespannten Aufmerksamkeit, mit der wir die Methode verfolgen, die unter seiner Leitung nunmehr die russische Orientpolitik einschlagen wird."

Die „vollständige Verständigung" der drei Ostmächte fand gleich darauf in der Andrassyschen Note, welche von der Türkei verworfen wurde, dann in dem Memorandum einen Ausdruck, das aus der Berliner Drei-Kanzler-Zusammenkunft (Mai 1876) hervorging. Es galt in diesem, „die Reform-Vorschläge der Andrassyschen Note in der Weise zu erweitern und zu verschärfen, daß den Aufständischen gegenüber eine europäische Garantie für die Durchführung der Reformen, der Pforte gegenüber eventuell eine Intervention zur Erzwingung der Reformen in Aussicht gestellt wurde." England verwarf das Memorandum.

Im Juni trat Kaiser Wilhelm die gewöhnliche Reise nach Ems an. Es war eine Verzögerung eingetreten, die in einer inspirierten Notiz folgenden Inhalts kommentiert wurde:

„Vor kurzem noch schien es, als sollten neue, tiefe Erregungen den Kaiser auch zu dem Badeaufenthalte begleiten, als müßte die erneute Begegnung mit dem kaiserlichen Freunde in Ems, statt einem unbefangen herzlichen Verkehr, wiederum der gemeinsamen Sorge für die Erhaltung des Friedens gewidmet werden. Doch die Wolken, welche den politischen Horizont während einiger Tage bedeckten, haben bereits wieder einer allseitigen friedlichen Zuversicht Platz gemacht, — und die beiden Kaiser werden sich unter dem unmittelbaren Eindrucke einer neuen Bewährung ihres gemeinsamen Strebens freudig begrüßen können.

„Rascher, als man es irgend vermuten konnte, traten diesmal Ereignisse ein, welche eine wesentlich veränderte Lage schufen: ein gewaltsamer Thronwechsel in dem Staate, mit welchem verhandelt werden sollte (der bisherige Sultan Abdul-Aziz war entthront und sein Neffe Abdul-Murad-Khan zum Sultan ausgerufen), und eine anscheinend veränderte Stellung der neuen Regierung in bezug auf die zunächst anzustrebenden Ziele, mußten notwendiger Weise einen augenblicklichen Stillstand der auswärtigen Einwirkung

Digitized by Google

und neue Erwägungen in betreff der Art und Weise des weiteren Vorgehens herbeiführen. Die Verständigung „von Fall zu Fall" mußte sich diesmal in rascher Folge erproben, und sie erschien im ersten Augenblicke um so schwieriger, als inzwischen das an der Orientfrage unmittelbar beteiligte England aus seiner bisherigen Zurückhaltung zu einer lebhaften Beteiligung an den Ereignissen hervorgetreten war.

„Dem Ernst und der Macht des Friedensgedankens im Drei-Kaiser-Bunde ist es vor allem zuzuschreiben, daß auch in dieser unerwartet veränderten Lage eine Verständigung über die weitere Haltung der Mächte und eine neue Stärkung der Friedenshoffnungen in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden konnte, und daß somit auch in diesem Falle „die Spekulation auf diese Differenzen der leitenden Mächte vereitelt worden ist.

„Zwischen den jüngsten Beratungen in Berlin und der Begegnung der beiden Kaiser in Ems liegt ein bedeutsamer Moment unserer Zeitgeschichte; aber wiederum hat sich in entscheidender Stunde die hochherzige Gesinnung bewährt, in welcher Kaiser Alexander so vollkommen mit unserem Monarchen eins ist."

Über die Begegnung der Kaiser Franz Joseph und Alexander II. in Reichenbach (Juli) wurde von Berlin aus geschrieben:

„Trotz mancher entgegenstehender Auffassungen halten wir die heutige Kaiserbegegnung für eine hochbedeutsame für die Politik. Der Augenblick, in welchen sie fällt, stempelt sie schon dazu, auch wenn es die sie begleitenden Umstände anderer Art, insonderheit der diplomatische Apparat der kaiserlichen Umgebung, nicht thäten. Der eben ausbrechende Kampf der Südslawen gegen die in ihren Grundlagen wankende Türkenherrschaft packt zu gewaltsam in das Leben der beiden Nachbarstaaten hinein, um den beiderseitigen Herrschern das Bedürfnis nicht aufzudrängen nach möglichster Verständigung über Art und Grenze der Interessen, die sie dort zu verfolgen gedenken. Die härteste Probe des Dreikaiserbundes steht bevor. Es wird das volle Gewicht der Monarchen und ihrer Staatsmänner dazu gehören, um die Probe zu bestehen. Denn der dunkle elementare Drang der Völker macht sich je länger, je mehr fühlbar in den Beziehungen auf dem politischen Schauplatze. In Rußland hat man die Erhebung der Serben mit einstimmigen Glückwünschen begrüßt, denen auch die Stimme der höchsten Kreise nicht fehlte. Kaiser Alexander, so festgewurzelt er im Herzen seines Volkes als der Befreier vieler Millionen seiner Unterthanen, als

Digitized by Google

der humane Vertreter europäischer Kultur in seinem Reiche dasteht, vermag sich dem Einflusse der Forderung nach der Befreiung auch der südlichen Slawen von kulturfeindlicher Knechtschaft nicht zu entziehen.

„Und wer vermöchte ihm das zum Vorwurf zu machen, heute, wo in Europa dieselbe Forderung fast überall anerkannt worden ist? Was aber den einen Befreiung heißt, nennen die andern Bedrohung ihrer Freiheit. So haben die Magyaren die Frage stets verstanden. Als die Magyaren sich von den Deutschen in Österreich bedrängt glaubten und offen gegen das Staatssystem aufstanden, in welchem das unglückliche Völkergemisch an der Donau zusammengefaßt wird, war es Rußland, welches sie diesem System wieder zu unterwerfen half. Die Erschütterung, welche die Lösung der deutschen nationalen Frage mit sich brachte, gab den Magyaren Gelegenheit, die Bande, die sie als Fessel empfanden, zum großen Teil zu zerreißen und sich dem deutschen Teil der Monarchie gegenüber in ihrem Sinne freiheitlich zu stellen. Seitdem haben sie diese errungene Freiheit zu erhalten und zu befestigen gesucht, wobei freilich alsbald die Konsequenz hervortrat, gegen andere Gewalt zu üben, um selbst zu herrschen. Die Gegenwart rückt ihnen wiederum die Besorgnis nahe, die errungene nationale Gewaltstellung geschmälert zu sehen durch eine Umwälzung von slawischer Seite her. Sie fürchten von Rußland in anderer Weise als 1849 ein Vilagos zu erleben. Daher die fieberhafte Unruhe in Ungarn, das tiefe Mißtrauen in die Politik der heutigen Regierung Österreichs, das selbst durch den Umstand nicht zurückgehalten werden kann, daß Graf Andrassy aus dem Vertrauen der Magyaren selbst hervorgewachsen, den ungarischen Interessen so nahe steht, als nur irgend ein österreichischer Staatsmann. Trotzdem mehren sich die Anzeichen einer Agitation gegen diesen Vertreter des Dreikaiserbundes. Der Boden ist allerdings unterwühlt, aber wir fürchten hauptsächlich durch die Ungarn selbst. Sie wollten ihre eigenen Wege gehen, sie wollten eine eigene großmagyarische Politik treiben und sehen sich nun auf dem neuen Wege vor einer Sackgasse. Sie versuchten das Sonnengefährt Österreichs allein zu besteigen, und nun schwindet die Kraft, es zu lenken. In der Hofburg hat man sich durch die Unbesonnenheit der Ungarn nicht aus dem Geleise bringen lassen, das Bündnis der drei Kaiserhöfe ist noch heute die politische Richtschnur. Allein es ist nicht zu verkennen, daß man sich auch den wachsenden

Digitized by Google

Schwierigkeiten nicht zu entziehen vermag. Österreichische Truppen stehen an der Grenze. Aber noch hat in Österreich niemand die Parole gefunden, die ausgegeben werden soll. Und wird sie gefunden, faßt man einen festen Entschluß in der äußeren Politik, so liegt die Gefahr nahe, daß sie dahin entfalle, daß die innere Politik einen weiteren Stoß erhält. So schroff stehen sich dort die Forderungen heute gegenüber. Der Entschluß jedoch muß gefaßt werden auch auf jene Gefahr hin, und vielleicht ist Reichstadt der Ort, wo er zur Reife kommt. Soweit bis jetzt feststeht, werden die Monarchen nur wenige Stunden dort beieinander weilen. Die Zahlen, mit denen man in Reichstadt zu rechnen hat, sind aber schon so weit festgestellt, daß es nur darauf ankommt, das Fazit zu acceptieren und jeder Nachrechnung vorzubeugen. Hoffen wir, den Dreibund trotz aller entgegenstrebenden Velleitäten nochmals siegreich von Reichstadt heimkehren zu sehen."

Kaiser Franz Joseph sagte auf der Rückreise von Reichstadt einer Deputation in Außig: „Ich kehre freudig und sehr zufrieden zurück und kann die Herren vollkommen beruhigen." Zwei Tage nach der Reichstadter Zusammenkunft traf Kaiser Wilhelm mit Bismarck in Würzburg und bald darauf in Kissingen zusammen.

Im Oktober desselben Jahres wurde der deutsche Reichskanzler von der „Times" als Schiedsrichter angerufen. Dieses Blatt wußte für England und den Kontinent keine andere Rettung, als daß Bismarck die Sache in die Hand nähme, Rußland Halt gebiete und ein deutsch-englisches Bündnis abschließe. „Bismarck braucht nur zu sagen, Deutschland werde Rußland nicht erlauben, sich an der Donau festzusetzen, und der Zar wird Mittel finden in den mächtigen Quellen seiner despotischen Macht, den gewaltigen Strom slawischer Begeisterung zu dämmen, der ihn und die ganze Welt mit in den Krieg reißt. Fürst Bismarck braucht nur zu sprechen, und die russischen Umsturzgedanken, die Besetzung Bulgariens u. s. w., werden schwinden. Die beste Sicherheit für den Frieden ist in erster Reihe die feste Haltung einer großen Militärmacht wie Deutschland und nächstdem ein herzliches Einvernehmen zwischen diesem und England, zum Zweck, die erforderlichen Veränderungen in der Türkei vorzunehmen." Von Deutschland aus erhielt die „Times" durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine scharfe Zurechtweisung. Sie wurde daran erinnert, daß an der Spree und an der Donau auch noch Leute wohnen, welche ihr Urteil, ob Rußland als Freund oder Feind zu betrachten sei, nicht von der täglich wechseln-

Digitized by Google

den Anschauung der Times abhängig machen, und daß bereits ein Dreikaiserbündnis bestehe, welchem beizutreten England jeden Tag freistehe. „Fürst Bismarck pflegt bei seiner auswärtigen Politik mit den innersten Gefühlen des deutschen Volkes zu rechnen, das nach der Haltung, welche England und die Engländer im Jahre 1870 und später gegen Deutschland eingenommen, ein Bündnis mit England gegen Rußland nicht befürwortet. Im deutschen Volke leben nichts weniger als Empfindungen, welche die deutsche Politik ermutigen könnten, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, und wenn die Times Änderungen in der Türkei für notwendig hält, so hat sie sich behufs deren Durchführung in Berlin sicherlich an eine unrichtige Adresse gewandt. Deutschland hat kein Interesse daran, in der Orientfrage Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir haben im Jahre 1870, ungeachtet aller Erschwerungen, das Geschäft allein gemacht und allerdings auch nachher die Rechnung allein geschrieben; England kann mithin in Deutschland keinen Geschäftsgenossen finden wollen, der das Gewinn- und Verlustkonto der englischen Orientpolitik zu teilen geneigt ist." Diese deutlichen Worte drückten möglichst vollkommen das Ziel der Bismarckschen Orientpolitik aus: in erster Linie den Ausbruch des Krieges zu verhindern, in zweiter Linie, den notwendig gewordenen Krieg auf die Nächstbeteiligten einzuschränken und dabei Rußland und Österreich durch alle Stadien der orientalischen Krisis hindurch in gutem Einvernehmen zu erhalten.

Von andrer Seite wurde aus Berlin geschrieben: „Vor einigen Monaten war es England, welches der orientalischen Frage den „Giftzahn auszuziehen", das europäische Gleichgewicht vor einer russischen Überrumpelung zu bewahren wußte. Seltsam, daß ihm seine bewunderndsten Lobredner innerhalb und Freunde außerhalb die Kraft zu einer zweiten „rettenden That" dieser Art nicht mehr zutrauen. Heute ist es das deutsche Reich, welches in Güte oder im Zorn, mit den Schmeichelworten des interessierten Freundes oder mit der Entrüstung des Patrioten beschworen wird, sich einer drohenden Überschwemmung Europas durch die „asiatischen Horden" entgegenzuwerfen. Da sich zur Zeit keine andere Kontinentalmacht findet, um Frankreichs Rolle von 1854 zu übernehmen, ergeht der ehrenvolle Ruf an Deutschland, die zwei „mobilen" Armeekorps Englands zu einer achtunggebietenden Kriegsmacht anzuschwellen. Als Äquivalent dafür würde sich

Digitized by Google

England ohne Zweifel verpflichten, wenn Frankreich etwa die Gelegenheit günstig erachten sollte, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen, mit seinen beiden Armeekorps — die belgische Neutralität zu schützen, falls sie nicht etwa zur Sicherung Ägyptens gegen einen russischen Seeangriff unentbehrlich sein sollten. Warum dürfte nicht auch im Notfalle Deutschland sein Reichsland, dessen Verfassung ihm ohnehin so viel Kopfbrechen macht, zu Frankreichs Befriedigung hergeben und sich allenfalls in einem Fetzen polnischen Landes Ersatz suchen? Ist nicht das europäische Gleichgewicht noch größere Opfer wert, vorausgesetzt, daß nicht England sie zu bringen hat?

„Derlei Berechnungen des weltmächtlichen Eigennutzes wären indes so wenig befremdend, als daß Russophoben diesseit und jenseit der Leitha es außerordentlich bequem finden, wenn Deutschland den Finanzen des Doppelstaates die Kosten einer Mobilmachung abnähme. Nicht ganz so verständlich ist jene Art von deutschem Patriotengrimm, welcher deutsche Regimenter anstellen will, um Rußland in den erhobenen Arm zu fallen. Wenn es vor zweiundzwanzig Jahren als deutsche und kühne Politik gepredigt wurde, daß Preußen den Westmächten die russische Übermacht brechen helfe, so konnte das wenigstens in dem unheilvollen Einfluß, den Rußland wenige Jahre vorher auf die deutsche Entwickelung geübt, in dem starren Drucke, der auf dem Weltteile lastete, und für welchen Rußland gleichsam das Symbol geworden war, Erklärung und Entschuldigung finden. Daß aber heute das deutsche Reich eine erprobte Bundesgenossenschaft in die Schanze schlagen soll, um England die Sorge für seine „traditionelle Politik" im Orient, d. h. die möglichste Ausbeutung des Passivhandels eines eigener Entwickelung unfähigen Staatswesens abzunehmen, ist mit dem gesunden Menschenverstande schwer zu vereinigen. Verfolgt Rußland in der That leibhaftige Eroberungsgelüste im Orient, so kann es dieselben nicht bequemer ins Werk setzen, als wenn ein vorzeitiger Angriff Deutschlands diesem den westlichen Nachbar in den Rücken zieht. Dies sollte doch ebenso klar sein, als daß alle denkbaren Interessen, die Frankreich früher gegen Rußland im Orient verfolgen mochte, nicht entfernt den Vorteil einer möglichen Demütigung Deutschlands aufwiegen. Die Rolle, nach welcher es bei solcher Wendung eine gewisse Partei in Österreich gelüsten möchte, ist nicht nötig näher auszumalen.

„Entschließen wir uns lieber ein für allemal in Deutschland

Digitized by Google

nur deutsche Politik zu treiben, statt uns für die Interessen unserer Nachbarn, heißen sie Österreich, England oder Rußland zu erhitzen. Vor allem aber bestreiten wir denen das Mandat, im Namen des deutschen Volkes zu reden, die dasselbe in einen Konflikt verflechten möchten, in dem für es nur Schlimmes zu holen ist. Die deutsche Staatskunst kann nicht darin bestehen, uns in Händel zu verwickeln, sondern uns von solchen fern zu halten. Glücklicherweise sind diejenigen, welche mit dem „Gut und Blut" des deutschen Volkes das türkische Reich kitten wollen, eine mehr merkwürdige als gefährliche Spielart deutscher Politik und Publizistik.

„Die europäische Gefahr einer Festsetzung Rußlands am Bosporus auszumalen, kann man sich wahrlich ersparen. Wir fragen nur abermals wie vor Monaten: hat man irgend Grund, unter allen europäischen Regierungen gerade die deutsche für blind gegen eine solche Gefahr zu halten? Aber das ist sicher keine Staatsweisheit, blindlings gegen fernliegende Gefahren auszulangen, um sich gegen die allernächste bloszustellen. Heute tritt Rußland in Konstantinopel nur für eine Forderung ein, die England aufgestellt und ganz Europa zu der seinigen gemacht hat. Mit welchem Schatten eines Vorwandes, der nicht dem baren Widersinn verfiele, sollte aber Deutschland in diesem Augenblicke allen Mächten voran auf die türkische Seite sich stellen. Ja die mögliche Verbesserung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände auf der Balkanhalbinsel, so wünschenswert sie für Humanität und Kultur sein möchte, steht für die deutsche Auffassung zurück hinter den Interessen, den Weltfrieden zu wahren. Aber wie kann der Weltfriede gefährdet sein, wenn eine Macht es unternimmt, einer Forderung Nachdruck zu geben, die alle übrigen gebilligt haben. Selbst England sieht sich genötigt, abzuwarten, ob Rußland die Grenzen der übernommenen Geschäftsführung überschreiten würde. Was kann in dieser Lage Deutschland thun, als aber und aber versichern, daß ihm in den orientalischen Dingen über allen besonderen das allgemeine Interesse des europäischen Friedens steht? Gegenüber den mehr als leichtfertigen Behauptungen, daß Deutschland im einseitigen Verfolg russenfreundlicher Politik sich von Österreich-Ungarn zu isolieren suche, darf daran erinnert werden, was für jeden, der den Gang der Verhandlungen verfolgt hat, ohnehin feststeht, daß nämlich die deutsche Regierung in dieser Frage nicht russischen Vorschlägen beigetreten ist, sondern lediglich an der von den sechs Mächten feierlich angenommenen Proposition festgehalten hat, welche bekannt-

Digitized by Google

lich dahin ging, der Pforte zunächst die Annahme eines vier- bis sechswöchentlichen Waffenstillstandes zu empfehlen. Über den türkischen Gegenvorschlag einer sechsmonatlichen Waffenruhe hat die deutsche Regierung einfach Stillschweigen beobachtet und ist damit der Tradition gefolgt, welche ihr ihre Stellung in dem Drei-Kaiser-Bündnisse vorzeichnet: möglichst zu sanktionieren, worüber Österreich und Rußland einig sind, sich aber zurückzuhalten, so lange ein Einverständnis zwischen den bei der orientalischen Verwickelung zunächst beteiligten Mächten noch nicht erzielt ist."

In der Thronrede, mit der der deutsche Reichstag am 30. Okt. (1876) eröffnet wurde, geschah der Situation mit folgenden Worten Erwähnung: „Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, dem friedfertigen Charakter der Politik Sr. Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Sr. Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher stehenden zu pflegen und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittlung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, Deutschland darf sicher sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutze seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird."

Diese Worte verstimmten an manchen Orten. Es wurde dagegen von Berlin aus bemerkt:

„Seit der orakelliebende Mund an der Seine verstummt ist, hat man sich in Europa daran gewöhnt, in den Thronreden nicht mehr die Überschriften zu dem nächstfolgenden Kapitel des Weltromans zu sehen. Solche Inhaltsangaben konnten eben nur von einem Manne ausgehen, der den Anspruch erhob, der Held dieses Weltromans zu sein und zu bestimmen, welche neue Verwickelung das neue Kapitel bringen solle. Eine solche Heldenrolle wird nach dem 4. September 1870 von niemand in Europa mehr gespielt Nichtsdestoweniger hatte sich Europa jüngst wieder etwas in der alten Art in dem politischen Parquet gruppiert und erwartete von Berlin her weniger Darlegungen über die bisherige Haltung Deutschlands nach außen, als große Überraschungen, überraschende Wendungen, gewandte Orakelsprüche. Die Thronrede kam, der Telegraph spielte, man hielt den Atem an vor Erwartung: und war enttäuscht. Nichts Neues hat man gehört, keine neuen

Digitized by Google

Allianzen standen in Aussicht, kein Verrat war zu wittern, keine Drohungen erlaubten bluttriefende Phantasiebilder aufzurollen. Was man vernahm, war die Anerkennung der „augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage" und des fortdauernd „friedfertigen Charakters" der deutschen Politik: die Absicht, die guten Beziehungen zu allen Mächten und insbesondere den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näher Stehenden zu pflegen, die Erklärung, daß Deutschland nur für die eigene Ehre und Interessen nötigenfalls bluten wolle. Das waren keine überraschende Neuigkeiten. Man hoffte auf mehr, und aus der Enttäuschung erwuchs Verstimmung. In Paris, selbst in Wien war man unzufrieden. In England barg sich die Verstimmung hinter lachendem Achselzucken. Die „Times" gesteht, die Thronrede habe gerade das ausgedrückt, was offenbar der Wunsch der nationalen Mehrheit Deutschlands in Absicht auf die äußere Politik sei. Sie findet in ihrer guten Laune eine Bestätigung dieser Übereinstimmung der Nation mit der Politik der Regierung in dem Umstande, daß die Mehrheit der Glieder des Reichstages es nicht einmal der Mühe wert gehalten hätte, die Eröffnungen des Thrones mit eigenen Ohren anzuhören.

„Woher nun diese Verstimmung? Da die Thronrede erklärt, bei ihrer bisherigen Politik beharren zu wollen, so konnte man doch nur dann ungehalten sein, wenn man erwartete, Deutschland werde von seinen bisherigen Wegen abschwenken. Das also wünschte, hoffte man sogar, und zwar nicht blos in Paris und London, sondern auch zu Wien. Ja es hat sogar manche von unseren eigenen Leuten gegeben, welche mit Nasrümpfen sich abwandten von der Bekräftigung eines Programms, gegen welches sie wiederholt mit ihren höchstselbst verfertigten deutschen Ehrenspießen angerannt waren. Wir selbst sind die Zeit her gelegentlich zum Gedanken mancher schnurrigen Einfälle gemacht worden, weil wir es für gut befunden haben, einer Politik und einer Regierung unser volles Vertrauen zu bewahren, die bisher unser Vertrauen nicht täuschte. Was will man dann nun draußen und drinnen? Welche große Not gilt es zu beschwören?

„Seit mehr als einem Jahre droht die Orientfrage. Sie bedroht die Türkei, sie bedroht Österreich, Rußland, sie kann in weiterem Verfolge vielleicht die Interessen der Mittelmeerstaaten und Englands treffen. Tritt die gewaltsame Lösung heran, so wird es schwer sein, alle diese Interessen vollkommen aufrecht zu erhalten. Ist nun Deutschland etwa imstande, eine Lösung der

Digitized by Google

Frage ohne Schädigung jedes von diesen Interessen herbeizuführen? Gewiß wird niemand dieses behaupten wollen. Allein man sagt uns: nicht die Frage zu lösen, sondern ihre Lösung zu verhindern, ist die große würdige Aufgabe Deutschlands. Nun, wir nehmen an, es sei so, dann hätten wir die Aufgabe, uns vorerst in diese Dinge an der Donau unmittelbar hineinzumischen, die uns unmittelbar nicht angehen, weder schaden noch nützen. Abgesehen von unserem Rechte dazu, hätten wir — denn Europa und unsre europäischen Deutschen verlangen es — auf unsere Kraft pochend, den Südslawen zu erklären, daß sie ruhig unter die türkische Herrschaft sich wieder beugen sollen, den Türken, daß sie sich zivilisierter zu benehmen haben, den Russen, daß sie sich aus Serbien zu scheren haben und ihre Hand von der Balkanhalbinsel weglassen mögen. Wir hätten hauptsächlich Rußland zu erklären, daß wir seine Einmischung in die Angelegenheiten der Südslawen nicht ferner dulden würden. Wir hätten nach den Stimmen dieser Ratgeber in Europa alle möglichen Interessen zu vertreten; ausgenommen unsere eigenen, die sich in vier Worten zusammenfassen lassen: Frieden und gesicherte Allianzen.

„Wir preisen uns glücklich, nicht von Politikern geführt zu sein, welche deutsche Größe darin sehen wollen, daß das starke Reich seine Muskelkraft überall da zur Schau trage, wo in einem Weltwinkel sich irgend Kräfte mit einander messen. Man vergesse doch nicht, daß die Lust am europäischen Schutzmanntum eine vorwiegend französische Lust war. Fürst Bismarck und Kaiser Wilhelm werden sich hoffentlich weder durch fremde noch durch einheimische Rufe nach dem Schutzmann von ihrem Posten abrufen lassen. Unser Schutzmann für uns selbst! sei unsere Losung. Und wir haben zum Glück alle Aussicht, daß der Schutzmann zu Varzin aus seiner Ruhe sich nicht werde aufscheuchen lassen. Er scheint sanft zu ruhen, und das verargen ihm diejenigen, welche ihn fürchten, weil sie nicht wissen, ob sie ungestört werden lärmen können. Dieser vollkommenen Passivität Deutschlands haben wir zu danken, wenn draußen keine Zusammenrottungen zu stande kamen."

Bei einem Diner zu Ehren des Gesamtvorstandes des Reichstages am 1. Dezember, bei dem parlamentarischen Abendempfang am 2. und bei einem Tischgespräch mit einigen Reichstagsabgeordneten am 3. ließ Bismarck verschiedene Äußerungen über die Orientfrage fallen, welche auf die Stellung des deutschen Reiches interessante Streiflichter warfen. Die Aufgabe Deutschlands, sagte

Digitized by Google

er, sei eine Friedensaufgabe, aber es könne andern Nationen nicht einen akademischen Rat erteilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Bedenklich würde es sein, wenn Österreich in den Konflikt hineingezogen würde, und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann wäre es Deutschlands Beruf, für den Bestand Österreichs und überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzutreten vorausgesetzt, daß in Österreich nicht unsre Gegner ans Ruder kämen. Übrigens unterschätze man Österreichs Lebenskraft. Eine durch vielhundertjährige Geschichte verbundene Monarchie falle nicht so leicht auseinander; es sei eine Thorheit, das zu denken. Lord Salisbury, meine er, habe er wohl einigermaßen für den deutschen Standpunkt gewonnen, d. h. dafür, daß England vorläufig Rußland gewähren lasse, so daß der russisch-türkische Krieg lokalisiert bleibe. Jedenfalls hoffe er, daß es zu keinem offenen Krieg zwischen England und Rußland komme. Doch selbst einen solchen sehe er nicht für sehr gefährlich an. Es sei, als wenn zwei von einander entfernt stehende Menschen sich mit langen Stangen bekämpften. Deutschlands Stellung sei deshalb so günstig, weil es nichts für sich wolle. Aber diese Stellung würde es sich verderben, wenn es sich jetzt bereits nach irgend einer Seite engagiere. Habe der Krieg eine Zeitlang gedauert und Opfer gekostet, so wäre naturgemäß eine größere Zugänglichkeit für die Vermittelung gefunden.

Die Neugierde des Publikums war durch diese orientalischen Tischreden mehr angeregt, als befriedigt. Da die Mitteilungen nicht durch Stenographie, sondern durch die nachherigen Aufzeichnungen der Reichstagsabgeordneten vermittelt wurden, so fehlte es nicht an Lücken oder kleinen Widersprüchen. Die Wärme, mit welcher von Österreich gesprochen war, während Rußland nur im Vorübergehen erwähnt wurde, schien denjenigen Politikern, welche die Situation nicht nach dem großen Ganzen, sondern nur nach einzelnen Punkten zu beurteilen gewohnt sind, ein vollgültiger Beweis dafür, daß die Intimität mit Rußland vollständig in die Brüche gegangen sei. Die Interpellation des Abgeordneten Richter (Hagen) über die russische Zollpolitik gab dem Reichskanzler Gelegenheit, am 5. Dezember im Reichstag selbst aufs deutlichste und eingehendste über Deutschlands Stellung zu der orientalischen Krisis sich auszusprechen:

„Der Vorredner befindet sich in dem Irrtum, daß er glaubt, Rußland verlange von uns im Augenblick große Gefälligkeiten

Digitized by Google

und Dienste; das ist durchaus nicht der Fall. Er hat angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge und sein Ländergebiet erweitern wollte. Wenn er dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine andere Gestalt annehmen. Bis jetzt liegt nichts weiter vor als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, daß er seinerseits auf Eroberung verzichte, und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen, namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist, und von dem niemand behaupten kann, daß er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das vollständigste gehalten hat, entgegenzutreten und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Rußland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Konnivenz leisten. Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits irgend einen Preis fordern könnten, und wenn es etwas derartiges verlangte, so ist die Forderung von Preisen in der Politik immer etwas Mißliches. Man muß sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach dem eigenen Landesinteresse richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. Wir werden die Politik, die wir machen, aus eigenem Interesse machen, und eine andere zu machen, werden wir uns durch keine Anerbietung bestimmen lassen. Dergleichen liegt aber auch nicht vor. Rußland verlangt von uns nichts, als vorläufig und in erster Linie auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsrige ist und der namentlich von Sr. Majestät dem Kaiser persönlich und, wie ich glaube, mit Zustimmung der ganzen Nation hochgehalten wird, zu einer besseren Stellung der Christen zu gelangen, welche die europäische Türkei bewohnen, und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen wenigstens solche Vorgänge, wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den weiteren Wahrscheinlichkeiten gehören; kurz, die Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine gelegentliche Behandlung, die sich mit dem heutigen öffentlichen Rechtsbewußtsein von Europa nicht verträgt, und über deren Abstellung ganz Europa einig ist; es hat nur die Form nicht finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen. Wir aber sind in bezug auf den Zweck, der auf der Konferenz zu erstreben ist, zunächst einig, und unsere Unterstützung dafür anderweit verwerten zu können, würde heißen, daß wir in

Digitized by Google

fremden Diensten und in fremden Interessen etwas thäten, was wir im eigenen christlichen Interesse aus Sympathie für die Glaubensgenossen in jener Gegend thun und, wenn Sie wollen, aus einem zivilisatorischen Kulturinteresse; Sie können es also auch als einen Teil des Kulturkampfes mit inbegreifen, wenn Sie wollen. Auch für den Fall, daß Rußland auf eigene Hand vorgeht, nur mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligte, verlangt es von uns keine Unterstützung, sondern nur unsere Neutralität, wiederum also etwas, was vollständig in unserem Interesse liegt. Die Tendenz der Interpellation hat vielleicht den Stachel gegen Rußland. Ich erinnere mich ähnlicher Reden vor etwa 14 Jahren, damals wie die polnische Insurrektion war, und wie von der Konvention sehr viel die Rede war, wo man auch das Bedürfnis hatte, uns mit Rußland zu brouillieren, uns für die Polen ins Gefecht zu führen, ich weiß nicht aus welchen Gründen; die Herren haben vielleicht noch die Überzeugung, daß sie sehr richtig gehandelt haben; sie haben sie vielleicht auch nicht; aber es ist damals wie jetzt, meinem Eindrucke nach, ich kann mich auch darin irren, die Tendenz gewesen, durch solche Interpellationen, Diskussionen u. s. w. unsere guten Beziehungen zu Rußland zu verderben, und es ist ja möglich, einige Parteien bei uns sind antirussisch, aus Gewohnheit, aus Erbschaft, aus Erinnerung, andere sind es aus innerem Interesse, weil die russische Regierung auf konfessionellem Gebiete nicht ihren Interessen nahe steht. Aber, meine Herren, bemühen Sie sich darin, wie Sie wollen, ich gebe Ihnen die positive Versicherung, so lange wir auf diesem Flecke stehen, wird es Ihnen nie gelingen, unser gutes und solides Verhältnis zu Rußland irgendwie zu alterieren und in die erprobte hundertjährige Freundschaft, die zwischen beiden Regierungen besteht, einen Riß zu machen. Dazu gehören stärkere Leute wie Sie, dazu gehört die kaiserlich-russische Regierung selbst. Diese allein wäre imstande, und diese hat ebensowenig die Absicht. Ich spreche damit nicht bloß meine persönliche Überzeugung aus, sondern, wie ich bestimmt weiß, die Ansicht der verbündeten Regierungen und namentlich auch die Ansicht Sr. Majestät des Kaisers selbst. Wir sind sehr weit entfernt, oder vielmehr diejenigen Herren, welche eine Trübung in unsere Beziehungen zu Rußland zu bringen vielleicht das Bedürfnis haben, sie sind ganz außerordentlich weit entfernt von dem Ziele, das sie sich vielleicht vorgesteckt haben. Das Bündnis, welches die drei

Digitized by Google

Monarchen seit langer Zeit vereinigt, besteht in voller Geltung, und ich kann Sie auch versichern, daß trotz der entgegengesetzten Stimmen, die in der österreichischen Presse hie und da laut werden, das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich von jeder Trübung weit entfernt ist. Das Drei-Kaiser-Bündnis befindet sich noch heute im vollsten Bestande. Man würde aber sehr irren, wenn man daraus schließen wollte, daß das Drei-Kaiser-Bündnis in sich eine Spitze gegen die dritte der hauptsächlich bei der orientalischen Frage beteiligten Mächte, gegen England zu bilden bestimmt sei. Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung, die unter Umständen in dem öffentlichen Gefühle ihre Momente der Erkaltung gehabt hat; ich kann wohl sagen, mehr einseitig auf englischer Seite. Deutschland ist in der orientalischen Frage der Mindestbeteiligte; vielleicht ist Frankreich ebensowenig beteiligt. Unsere Aufgabe, die guten Beziehungen zu den drei nächstbeteiligten Mächten ungetrübt zu erhalten, könnte nur dadurch gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe beweisen durch Haß gegen den anderen. Es liegt das nicht außerhalb der Möglichkeit. Wir sind in den Jahren 1853, 1854, 1855 Zumutungen in einem Maße ausgesetzt worden, wo ich die Geduld unseres damaligen allergnädigsten Herrn bewundert habe und wo meine politischen Ansichten mit denen meines damaligen Vorgesetzten nicht immer zusammenfielen. Ich würde an seiner Stelle die Versuche, uns für fremde Interessen aus Gefälligkeit oder aus Furcht vor Krieg in einen schädlichen Krieg mit andern zu treiben, sehr entschlossen und in einer unangenehmen Weise zurückgewiesen haben, sollte ich auch schließlich in die Lage gekommen sein, den Zutritt zu der damaligen Pariser Konferenz nicht mehr zu finden; es wäre uns gar nichts verloren gewesen, wenn wir nicht dabei gewesen wären. Die treue und feste Gesinnung des damaligen Königs von Preußen seinem Volke gegenüber, das er nicht in unnütze Kriege, in unnütze Händel, in ein Zerwürfnis mit einem seit mehreren Jahrhunderten treu wohlwollenden Nachbarn bringen wollte, hat schließlich doch ihre Früchte getragen."

Dieser Rede wurde in der Presse der folgende Kommentar gegeben:

Digitized by Google

„In der heutigen Ausführung hat der Reichskanzler das deutsche Interesse, welches am Bosporus im Spiele ist, an zwei Stellen berührt, welche den Anschein eines Widerspruchs bieten, in der That aber sich gegenseitig bestimmen und erläutern. Der Zweck, den Rußland zunächst in der Konferenz zu verfolgen erklärt, der Zweck, „den christlichen Bevölkerungen in der europäischen Türkei zu einer besseren Stellung zu verhelfen und Zustände in jenen Gebieten herbeizuführen, bei welchen Vorgänge, wenigstens wie die bulgarischen Metzeleien, unmöglich werden. „Dieser Zweck" ist auch der unsrige und wird vom Kaiser, und mit ihm wohl von der ganzen Nation hochgehalten." Es ist dies „unser eigenes christliches" und zugleich „ein zivilisatorisches, ein Kulturinteresse, gewissermaßen auch ein Stück Kulturkampf." Aber keine Nation, dürfen wir ergänzen, ist bei ihrer Ehre verpflichtet, ideale Interessen dieser Art unter allen Umständen mit dem Einsatz ihrer materiellen Machtmittel zu verfolgen. Insofern es sich darum handeln sollte, Gut und Blut seiner Bürger einzusetzen, geht das Interesse Deutschlands an den Orientdingen zur Zeit immer noch „nicht so weit, um die gesunden Knochen eines pommerschen Musketiers deswegen einer Schädigung auszusetzen." Wenn heute der Vorwurf gegen die deutsche Regierung erhoben wird, daß sie die große Macht, welche die deutsche Einheit in ihre Hand gegeben hat, aus zu großer Friedfertigkeit und insbesondere aus erkennbarem Wohlwollen gegen Rußland nicht zu dem richtigen Zweck benutze — so wiegt dieser Vorwurf genau so viel, als was ihr früher von allen Seiten vorgeworfen wurde, daß sie Krieg und Händel suche. Wie in der That unabläßig seit Gründung des deutschen Reiches, ist die deutsche Regierung auch heute „notorisch für die Erhaltung des europäischen Friedens bemüht." Sie ist „im Begriffe, auf einer friedlichen Konferenz mit Rußland zusammen" für jenen christlichen und zivilisatorischen Zweck zu wirken, über welchen „zwischen allen christlichen Mächten vollständige Einigkeit herrscht." Es wird die Aufgabe der Konferenz sein, sich über die praktischen Mittel zur Erreichung des gemeinsam angestrebten Zieles zu einigen und alsdann die Zustimmung der Pforte zu diesen Mitteln zu erlangen. Deutschland tritt in diese Friedensbemühung ein mit jenen guten Beziehungen zu Rußland, welche aus einer hundertjährigen Gemeinschaft der Interessen erwachsen sind, welche aufrecht zu erhalten die Absicht des Kaisers wie der verbündeten Regierungen ist, welche bleiben werden, „so lange wir auf diesem Flecke stehen,"

Digitized by Google

und deren Störung in der Folge nur von der anderen Seite ausgehen könnte. Aber nicht zu Rußland allein steht Deutschland in diesen guten Beziehungen. Das Bündnis der drei Kaiser besteht in voller Wirkung und Stärke und der deutsche Reichskanzler ist insbesondere darüber sehr genau unterrichtet, daß, „das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich von jeder Trübung weit entfernt ist." Und auch nicht etwa kehrt sich die Spitze dieses Bündnisses gegen die dritte der an den orientalischen Dingen zunächst beteiligten Mächte. Mit England nicht minder wie mit Rußland bestehen die Traditionen hundertjähriger guter Beziehungen für Deutschland.

„Sollte nun die Friedensbemühung Deutschlands auf der Konferenz ungeachtet dieser gleichmäßig guten Beziehungen zu den drei nächstbeteiligten Mächten erfolglos bleiben, so ist allerdings wahrscheinlich, daß Rußland auf eigene Hand vorgeht und mit den Waffen in der Hand der Pforte abzuzwingen sucht, was sie friedlich nicht bewilligt. Darin aber liegt für Deutschland kein Kriegsfall, so lange es nach den bisherigen Erfahrungen keinen Grund hat, in die Versicherungen des Kaisers Alexander einen Zweifel zu setzen, daß er nicht auf Eroberungen für sich ausgeht, sondern eben nur das mit den Waffen erstreben würde, was Deutschland bis jetzt mit ihm auf friedlichem Wege angestrebt hat. Es ist aber auch in diesem Falle aller Grund zur Hoffnung gegeben, sei es durch direkte Verständigung, sei es durch die freundschaftliche Vermittelung Deutschlands, eine Kollision zwischen den Interessen Rußlands und Englands auf der einen, Rußlands und Österreichs auf der anderen Seite zu verhindern und dadurch den Krieg zu lokalisieren. Jedenfalls läge in einer solchen Situation die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik für Deutschland, einer Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfehle. Es wird das Bestreben der deutschen Regierung sein, daß die guten Beziehungen zu den drei nächstbeteiligten Mächten ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen. Es könnte diese Aufgabe nur dadurch gestört werden, wenn irgend eine dieser Mächte verlangte, eine stärkere Freundschaft zu ihr durch Feindseligkeit gegen eine andere gleich nahestehende Macht zu bethätigen. Einem solchen Ansinnen würde sich Deutschland in gleicher Weise und nur vielleicht mit größerer Entschiedenheit des Auftretens zu entziehen haben, wie dies die Politik des Königs Friedrich Wil-

Digitized by Google

helm IV. während des Krimkrieges gethan. Bis jetzt indes ist eine solche Zumutung von keiner Seite ergangen, vielmehr scheint es, daß man allseitig die Stellung Deutschlands zu schätzen weiß, welche ihm die Möglichkeit bietet, unbeteiligt zu vermitteln in einer Richtung, die entweder Krieg verhindert, oder doch ihn einschränkt und nicht zu einem europäischen anwachsen läßt, unter Ausschluß jeder komminatorischen Haltung. Gelingt aber auch das nicht, den europäischen Krieg, d. h. den Krieg zwischen zwei europäischen Mächten zu verhindern — dann entsteht eben eine ganz neue Lage, über welche ein Staatsmann sich nicht in Konjekturen einlassen, über welche er im voraus keine Auskunft geben kann.

„Wie der Ausgang und Schlußpunkt dieser Ausführung in der auf seine eigenen Interessen gegründeten Friedensbemühung Deutschlands, so liegt ihre Spitze offenbar darin, daß alle beteiligten Mächte in der gegenwärtigen Stellung Deutschlands in der That den Angelpunkt des europäischen Friedens erkennen und daß alle, die ihn aufrichtig wollen — und dies allgemeine Friedensbedürfnis tritt in der That in dieser Rede ungleich mächtiger heraus, als äußerliche Kundgebungen glauben machen — nach Deutschland gravitieren und seine Vermittelung erwarten. So enthüllt sich heute, bei der ersten ernstlichen Probe, die aufgeworfen wird, die Stellung, welche Deutschland durch seine Einigung erworben hat, und die Lage der europäischen Kulturwelt, welche dadurch geschaffen ist — eine Lage, einzig in der bisherigen Geschichte dieses Staatssystems."

„Stetigkeit in der Politik, wurde ferner bemerkt, ist das Zeichen einer besonnenen Staatsführung nicht minder, als sie die Frucht der inneren Kraft und der äußeren Sicherheit eines Staates ist. Stetigkeit nun ist vor allem, was nach den gestrigen Erörterungen uns als das bedeutendste Merkmal der bisher in den schwebenden Orientwirren eingehaltenen deutschen Politik erscheint. Stetigkeit ist es auch, die nach innen und außen Vertrauen erzwingt.

„Als das „bißchen Herzegowina" noch bloß ein dunkler Punkt war, lag die Signatur der deutschen Stellung in dem Dreikaiserbunde, in der Erhaltung des allgemeinen Friedens, in der äußersten Rückhaltung gegenüber der Orientfrage. Heute nach Jahresfrist, wo rund umher alles sich zu lösen scheint, erfahren wir, daß die Beziehungen Deutschlands nicht blos ungelockert blieben, sondern sich gefestigt haben. Wie eng unsere Interessen mit Österreich

Digitized by Google

uns verflechten, hörten wir vor wenigen Tagen aus privaten Mitteilungen des Kanzlers. Österreichische Empfindlichkeit hat die Erneuerung der Versicherung mißverstanden, daß die heutige Politik Deutschlands um keinen Preis einer Lebensgefahr Österreichs ruhig zutreiben könnte und daher die Furcht mancher vor dem Hereinbrechen einer solchen Gefahr unbegründet sei. Nicht minder energisch erklärt der Kanzler das ungeminderte Vertrauen zwischen Deutschland und Rußland. Der Dreibund hat augenscheinlich sehr feste Grundlagen, wenn er auch heute noch in so unbedingter Weise vom Kanzler in Schutz genommen wird. Die Einigkeit scheint eine solche zu sein; die Grundlagen so feste, daß der Glaube an mehr als eine Politik von Fall zu Fall gestärkt wird. Fürst Bismarck hätte viel gewagt, wenn er die Gefahrlosigkeit eines russisch-türkischen Krieges in der energischen Weise, wie er es that, auf nicht mehr als den guten Glauben an das Versprechen Kaiser Alexanders stützte, das dieser neulich England gab. In der Hofburg wäre heute eine Politik von Fall zu Fall gefährlich, als daß nicht festere Bürgschaften die Ruhe rechtfertigen sollten, welche dort verhältnismäßig herrscht. Und bei dieser fortdauernden Einigkeit der drei Kaiserhöfe scheint dem Kanzler die Festigkeit der Beziehungen zu England geglückt zu sein. Wir hätten somit nach außen durch die Wirren nichts an guten Beziehungen eingebüßt, sondern dieselben vermehrt, einen Gewinn davongetragen.

„Liegen die Dinge so, so verdanken wir es dem festen Standhalten auf jenem Standpunkte der Uninteressiertheit Deutschlands im Orient, den der Reichskanzler gestern nochmals betont hat. Nur ein Land, sagte er, befinde sich vielleicht in gleich günstiger Lage, Frankreich. Es war dies die einzige ausdrückliche Erwähnung, die unser westlicher Nachbar fand, wenn sich auch mehr wie ein Punkt aufführen ließe, wie die Erörterungen des Kanzlers in einem Gedankenstrich ausliefen, hinter dem stehen mußte — Frankreich. So fest der Kanzler auf die stärkeren oder schwächeren Bänder der Freundschaft oder Interessen hinweisen durfte, die uns mit den drei „historisch nahestehenden" Staaten verknüpfen —, so unsicher wäre jeder Schritt, der in diesem Sinne über unsere westliche Grenze hin versucht würde. Aber eben dieser Umstand deutet auf das Bedürfnis hin, daß Deutschland an seinen alten Allianzen festzuhalten und Dingen sich möglichst fernzuhalten habe, die es nicht ohne Not zu berühren braucht. Deutschland ist stark genug, um sich durch seine Allianzen nicht zu verkaufen, noch unbillig zu

Digitized by Google

fesseln. Der Kanzler hat mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß wir keinerlei Dienste Rußland gegenüber leisten, noch zu leisten verbunden sind, die zur Forderung einer Gegenleistung uns berechtigten. Um so mehr sei die Vorsicht geboten in den Wirren, die unsere Nachbarn bewegen. Die Politik von Fall zu Fall ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß im gegebenen Fall Deutschland die Macht und die Freiheit der Bewegung habe, das bedrohte Gleichgewicht alsbald wieder herzustellen. Und diese Freiheit hat sich Deutschland gewahrt — freie Hand nach allen Seiten — das ist unzweifelhaft die richtige Politik eines starken Staates. Und diese freie Hand wird vorläufig im Sinne der Erhaltung des Friedens oder doch der Lokalisierung des Krieges gebraucht."

Die zweite große Rede des Fürsten Bismarck erfolgte im Februar 1878. Die liberalen und konservativen Parteien stellten an den Reichskanzler die Frage, ob er über die politische Lage im Orient Mitteilung zu machen gedenke. Er erklärte sich in der Reichstagssitzung vom 15. Februar zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Die militärisch-politische Situation jener Tage war die, daß die Türkei in Europa und Asien von den russischen Heeren vollständig niedergeworfen und gezwungen war, die für sie sehr ungünstigen Präliminarien von Adrianopel am 31. Januar zu unterschreiben; daß eine englische Flotte am 13. Februar in das Marmora-Meer einfuhr; daß am 16. Februar die Unterhandlungen über den definitiven Frieden begannen, und daß Österreich das Projekt eines europäischen Kongresses in Anregung brachte. Der Abg. v. Bennigsen, welcher die Interpellation motivierte, hob hervor, daß der Reichstag die Politik des Reichskanzlers in ihrer friedliebenden, maßvollen und früheren Haltung aufs entschiedenste unterstützen werde; daß Deutschland durch eine Schwächung Österreichs selbst stark betroffen würde; daß zu besorgen sei, Rußland möchte nach seinen glänzenden Erfolgen gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Österreich-Ungarns und gegenüber der isolierten Stellung Englands Forderungen stellen, wodurch die legitimen Interessen anderer Staaten verletzt würden, und daß Deutschland, welches keinen Machtzuwachs und keinen Gebietszuwachs wünsche und, nachdem es die ihm gebührende europäische Stellung errungen, seinen Ehrgeiz in die Erhaltung des Friedens setze, vorzugsweise berufen sei, seine uneigennützige Stimme bei den Friedensverhandlungen zu erheben.

Digitized by Google

Bismarck bezog sich in seiner Antwort auf die bereits veröffentlichten englischen Parlamentsverhandlungen, führte die wesentlichsten Punkte der Präliminarbestimmungen von Adrianopel an und kam zu dem Schluß, daß durch keinen derselben die deutschen Interessen verletzt würden. Dieselben seien vorzugsweise dabei beteiligt, daß die Wasserstraßen der Meerengen und der unteren Donau, wie bisher für den Handel frei und offen bleiben, und dies sei der Fall. Die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren könnten, halte er nicht für bedeutungslos, aber auch nicht für so bedeutend, daß dies eine europäische Frage werden könnte. Ob der Besitz der Dardanellen in einer anderen als der bisherigen Hand sei, sei ein ganz anderes Ding; aber diese Frage liege gar nicht vor. Ein weiteres Interesse Deutschlands sei ein humanitäres, die Besserung der Lage der christlichen Nationen in der Türkei. Bezüglich der Frage, welche Stellung Deutschland zu den anderen Mächten zu nehmen habe, könne er keine amtliche, sondern nur Privatmitteilungen machen. Er glaube nicht an einen europäischen Krieg, teils weil es im Interesse Rußlands liege, eine Abmachung zu treffen, wodurch es vor der baldigen Wiederkehr eines neuen Krieges geschützt sei, teils weil keine der anderen Mächte wohl Lust haben möchte, Rußland zu bekriegen, aus seinen günstigen militärischen Stellungen hinauszudrängen und die Regelung der orientalischen Frage mit voller Verantwortung in die eigene Hand zu nehmen. Falls Rußland die Zustimmung der übrigen Unterzeichner des Pariser Vertrages von 1856 auf der bevorstehenden Konferenz nicht erreichen könnte, so würde es sich wohl mit dem Gedanken „beati possidentes“ begnügen. Der Gedanke der Konferenz sei zuerst von der österreichisch-ungarischen Regierung vorgeschlagen worden, und die deutsche Regierung sei die erste gewesen, welche bereitwillig darauf eingegangen sei. Für den Fall, daß die Konferenz in einem deutschen Orte stattfinde, habe er seine Meinung dahin geäußert, daß auf deutschem Boden auch deutsches Präsidium stattzufinden haben werde, welcher Auffassung von keiner Seite widersprochen worden sei; davon, daß die Reichsregierung auf der Konferenz mit einem bestimmten Programm auftrete und dieses den anderen Mächten in irgend einer Form aufzudrängen suche, wie dies vielfach in der Presse verlangt werde, könne keine Rede sein, dies wäre Preßpolitik, nicht Staatenpolitik. Dadurch würde sich die Regierung die Rolle der Vermittelung in der Konferenz, auf die er den größten Wert lege, fast un-

Digitized by Google

möglich machen. Die Vermittelung des Friedens denke er sich nicht so, daß bei divergierenden Ansichten Deutschland den Schiedsrichter spiele und sage, so solle es sein und dahinter stehe die Macht des deutschen Reiches, sondern bescheidener, mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu stande bringen wolle. Die Reichsregierung sei in der Lage, daß sie zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauensperson sein könne, als er sicher sei, daß sie es zwischen Österreich und Rußland sei, falls sich diese nicht von selbst einigen könnten. Indessen müsse man nur keine übertriebenen Ansprüche an die Vermittelung Deutschlands stellen. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den Napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen." Die von einem Teil der Presse gestellte Forderung, Deutschland solle Rußland zu Konzessionen nötigen, werde er nie erfüllen. „Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern." Eine solche Zumutung habe keine Regierung, auch keine von den am meisten interessierten an ihn gestellt. Für irgend einen anderen Zweck als für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht blos das einstimmige notwendige Votum des Bundesrates, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, werde er nie dem Kaiser den Krieg anraten.

Der Abg. Hänel erklärte, daß die Fortschrittspartei die Orientpolitik des Reichskanzlers unterstützen werde, so lange dieselbe der heutigen Richtung folge, und betonte die enge Verschmelzung der deutschen Interessen mit denen Oesterreichs. Windthorst sorgte für eine grellere Beleuchtung dieser Interessenverschmelzung und verlangte, daß der Reichskanzler in der Konferenz im Sinne der österreichischen Interessen wirke. Bennigsen habe die Interessen Österreichs stark betont, der Reichskanzler aber die russischen noch stärker hervorgehoben. Die Frage sei die, ob Germanen oder Slawen in Europa herrschen sollten, und es scheine ihm, als ob hier Deutschland eine wichtige Position verloren habe. Was Rußland heute anstrebe, sei nicht mehr im Einklang mit den ausgesprochenen Humanitätsprinzipien; ihm scheine es, daß Rußland Österreich glücklich düpiert habe. Bismarck trat der Windthorstschen Insinuation, daß Deutsch-

Digitized by Google

land bei der angeblichen Düpierung Österreichs durch Rußland mitschuldig gewesen sei, entgegen, fand es überhaupt sehr unnötig, daß Windthorst der Reichsregierung gegenüber die Interessen Österreichs vertrete. „Unsere Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, der vollen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, nicht blos von Regierung zu Regierung, nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy, zu meiner Freude und zu meiner Ehre, in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis, das ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Interesse Österreichs offen zu stellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er nur die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt. Ein solches Verhältnis ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In dieser angenehmen Lage befinden wir uns mit Österreich. In früheren Zeiten, die dem Vorredner gefallen mögen, war es anders. Da habe ich österreichische Kollegen mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: „es ist mir gleichgültig, ob Sie reden oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen.“ Graf Andrassy glaubt mir und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittelung des Vorredners am allerwenigsten; er würde es nur verderben können.“ Auf den Vorschlag Windthorsts, die Reichsregierung solle in der Konferenz ein Schiedsrichteramt übernehmen, erwiderte Bismarck, daß weder dem Kaiser Nikolaus seine Schiedsrichterrolle in Olmütz, noch Preußen die beabsichtigte Intervention von Villafranca von irgend einer Seite gedankt worden sei. „Ich erinnere an die Friedensstiftung Napoleons dicht nach der Schlacht bei Sadowa. Die Sachen sind nicht sehr öffentlich gewesen. Aber was ich mir dabei gedacht habe, das weiß ich, und ich habe es nicht vergessen. Ich habe gut Buch gehalten über die damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die französischen Interessen nützlicher gewesen, Frankreich hätte sich damals nicht zum Friedensstifter aufgeworfen.“ Auf die Phrase Windthorsts: wer den Dardanellenschlüssel habe, der habe die Weltherrschaft, sagte Bismarck. „Er belehrt uns damit, daß der Sultan, welcher seit 400 und einigen Jahren ganz unbestritten diesen Schlüssel in Händen hielt bisher die Welt beherrscht habe.“ Die Unwichtigkeit dieses Schlüssels habe er nicht behauptet, sondern nur gesagt, den Besitz dieses

Digitized by Google

Schlüssels erstrebe Rußland augenblicklich gar nicht. Es sei den gegeninteressierten Mächten zu Gefallen nicht nach Konstantinopel hineingezogen.

Für die russische Politik waren die Verhandlungen des deutschen Reichstags von geradezu vitalem Interesse. Fürst Bismarck selbst freilich legte den Nachdruck auf die Notwendigkeit, die seit 100 Jahren bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbar zu erhalten; aber gerade der Umstand, daß er sich genötigt sah, die ihm von anderer Seite zugemutete Rolle eines Schiedsrichters abzulehnen — gerade dieser Umstand mußte Rußland jede Hoffnung benehmen, daß die deutsche Politik durch Sympathien der Hofkreise zu einer aktiven Teilnahme für Rußland und gegen Österreich und England gedrängt werden könne. Die Begründung der Interpellation durch Herrn von Bennigsen und jede der Reden, welche an die Antwort des Reichskanzlers anknüpften, ließen erkennen, daß nach der Auffassung aller Parteien die deutsche Konnivenz zu gunsten Rußlands die äußerste Grenze erreicht habe. „Vor allen Dingen," sagte Herr von Bennigsen, „haben wir in Deutschland daran ein Interesse, und das würde uns am stärksten treffen, daß nicht etwa der Verlauf der Wirren im Orient, die friedliche oder kriegerische Lösung derselben die Interessen Österreichs wesentlich alteriere oder schädige, oder gar zu einer erheblichen Schwächung von Österreich führe". Andererseits konstatierte der Interpellant das Interesse Deutschlands an der Erhaltung einer starken russischen Macht. Die Besorgnisse in dieser Richtung seien aber durch den Fall von Plewna, und die energische, rasche und glänzende Ausnutzung dieses Erfolges beseitigt. „Und wenn wir jetzt Besorgnisse in Deutschland haben für die Folgen dieses Krieges, für die Verwickelung Rußlands mit anderen Mächten, für die Bedrohung auch unserer Sicherheit, wenigstens der jetzigen gesicherten Stellung Deutschlands, so liegt diese Sorge auf ganz entgegengesetztem Gebiete, daß nämlich Rußland im Bewußtsein seiner außerordentlichen Anstrengungen, im Gefühle des unerwarteten wunderbaren Umschlags der Geschicke des Krieges, nach der vollständigen militärischen Niederwerfung der Türkei, gegenüber den mancherlei inneren Schwierigkeiten Österreich-Ungarns und bei der isolierten Stellung Englands Forderungen erheben möchte, weit hinausgehend über das durch seine eigenen Interessen berechtigte Verlangen, tief eingreifend und verletzend für legitime Interessen anderer Staaten." Selbst der

Digitized by Google

Redner der Konservativen, Graf Bethusy-Huc, der die alten Sympathieen der neuen deutschen Dynastie für den Kaiser von Rußland und seine reformatorischen Ideen in vollem Maße zu teilen erklärte, fügte hinzu: „Wohl aber finden diese Sympathieen, zu denen wir uns bekennen, ihre Grenzen in dem eigenen Interesse unseres deutschen Vaterlandes und in den Sympathieen zu anderen befreundeten Stämmen!“ In der Form eines ausdrücklichen Vertrauensvotums für die Politik des deutschen Reichskanzlers protestierte die weit überwiegende Majorität des Reichstags gegen den Gedanken eines Abweichens von der bisher festgehaltenen Linie zu gunsten Rußlands und zwar unter vorbehaltloser Zustimmung des Fürsten Bismarck selbst. Und wenn die Minorität ein Abweichen von jener Linie verlangte, so geschah es nur, weil sie eine entschiedenere Aktion zu gunsten Österreichs in Anspruch nahm. Das war die Stimmung der deutschen Regierung und der Vertretung des deutschen Volkes vor der Unterzeichnung des Präliminarfriedens von San Stefano.

Die Frage stellen, ob Rußland allein den Kampf gegen England, Österreich-Ungarn und die mohammedanische Welt wagen könne, hieß sie verneinen. Schon Anfang Mai kam in St. Petersburg die Überzeugung zum Durchbruch: Qui trop embrasse, mal étreint. Fürst Gortschakow, der wenige Wochen später auf dem Berliner Kongreß eine so schlagende Probe des Talents ablegte, zur rechten Zeit krank zu werden, lag an der Gicht danieder, und so gelang es dem russischen Botschafter in London, Grafen P. Schuwalow, die Ermächtigung des Kaisers zu Verhandlungen mit dem Marquis von Salisbury über die Abänderung des Vertrags von San Stefano zu erhalten.

Nach wiederholten Konferenzen mit dem englischen Minister des Auswärtigen verließ Graf Schuwalow am 7. Mai London, nicht um englische Vorschläge nach St. Petersburg zu bringen, sondern um nach Sondierung des Terrains in London, bei dem Kaiser Alexander seine Vorschläge über die der englischen Politik zu machenden Zugeständnisse zu befürworten. Schon am 22. Mai traf Graf Schuwalow, der auf der Rückreise dem deutschen Reichskanzler in Friedrichsruh einen Besuch abgestattet hatte, wieder in London ein und am 2. Juni lud Fürst Bismarck die Unterzeichner der Verträge von 1856 und 1871 zu dem Kongreß nach Berlin, „um die Stipulationen des Vertrages von San Stefano zu diskutieren“. Indem die deutsche Regierung diese Einladung

Digitized by Google

an die .... Regierung richtete, nahm dieselbe an, daß die .... Regierung, indem sie die Einladung annahm, darein willige, die freie Diskussion des gesamten Vertrags von San Stefano zuzulassen, und daß dieselbe bereit sei, daran teilzunehmen, wenn alle eingeladenen Mächte teilnähmen.

Indem Rußland diese Einladung bedingungslos acceptierte, verzichtete es auf den Vorbehalt, gewisse Stipulationen des Vertrags der Prüfung durch den Kongreß zu entziehen.

Europa lauschte halb überrascht, halb ungläubig den Gerüchten von einer zwischen England und Rußland erzielten Verständigung; es sah den Kongreß zusammentreten, den Kongreß, der nach der Versicherung der Eingeweihten den Frieden bedeuten sollte; aber selbst in unserem Zeitalter der Telegraphen läßt sich, wenn nicht außergewöhnliche Ereignisse dazwischen treten, die öffentliche Meinung nicht von heute auf morgen von der Unvermeidlichkeit eines Krieges oder von der Sicherheit des Friedens überzeugen. Und obendrein war in diesem Falle der fundamentale Wechsel der Situation sozusagen hinter den Kouliſſen, in geheimen Verabredungen erfolgt, die für den Eingeweihten verständlich den Stempel des „ehrlichen Macklers“ trugen, die aber ebensowenig wie die Beschlüsse des Kongresses, welche nach einer Vorbereitungspause von etwa acht Tagen in drei Wochen das ganze umfassende Gebiet der orientalischen Frage durchmaßen, imstande waren, mit einem Schlage all den Hoffnungen und Befürchtungen ein Ende zu machen, die sich an die Eventualität eines europäischen Krieges geknüpft hatten.

Und was war aus dem Vertrage von San Stefano geworden?

Triumphierend schickte Lord Salisbury am 10. Juli eine von dem englischen Militärbevollmächtigten, General Sir Lintorn Simmons gezeichnete Karte der europäischen Türkei nach London mit der kurzen Notiz: Bulgarien umfaßt 17 300 engl. Quadratmeilen. Das Gebiet, welches der Friede von San Stefano der Türkei abnahm und der Kongreß ihr zurückgab, umfaßt 30 700 Quadratmeilen.

Wobei denn freilich geschwiegen wurde, daß derselbe Kongreß einen Artikel beschlossen hatte, der also lautet: „Die Provinzen Bosnien und Herzegowina werden von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet“ (beiläufig ein Gebiet von 1100 Quadratmeilen), daß er ferner Griechenland eine Anweisung auf den größern Teil

Digitized by Google

von Epirus und Thessalien gegeben hatte, welche die Pforte, früher oder später, einlösen mußte. Die Türkei, deren „Lebensfähigkeit" das eigentliche Ziel der englischen Politik sein sollte, verlor also im Kongreß viel mehr als sie gewann, und was sie wiedererhielt, waren nur diejenigen strategisch oder handelspolitisch wichtigen Gebiete, welche England und Österreich-Ungarn in den Händen Rußlands oder seiner Vasallen nicht lassen wollten.

Mit allen diesen Beschlüssen hatte merkwürdigerweise der Kongreß nichts gethan, als die Bestimmungen eines geheimen Abkommens zwischen dem Grafen Schuwalow und dem Marquis von Salisbury vom 30. Mai zu ratifizieren. Schon am 31. Mai hatte der Londoner „Globe" den wesentlichen Inhalt dieser Vereinbarung über die den beiderseitigen Bevollmächtigten auf dem Kongreß zu erteilenden Instruktionen und am 15. Juni, zwei Tage nach der Eröffnung des Kongresses, den Wortlaut der bezüglichen Denkschrift veröffentlicht, welche der Redaktion durch einen untergeordneten Beamten des auswärtigen Amtes in die Hände gespielt worden war.

Es ist begreiflich, daß der Kaiser von Rußland den Vertrag von Berlin mit sehr gemischten Empfindungen unterschrieben hat. Rußland hatte sich freilich Batum, den einzigen guten Hafen an der Ostküste des Schwarzen Meeres — obgleich Lord Beaconsfield denselben höhnisch mit Cowes verglich — und die armenischen Festungen, namentlich Kars, welches die russischen Truppen in 50 Jahren dreimal hatten erobern müssen, und damit starke strategische Positionen gesichert, es hatte aber auf einen nicht unwichtigen Teil der blutigen Eroberung wieder verzichten müssen. In Europa war Bessarabien, welches Rußland nach dem Krimkrieg hatte abtreten müssen, wiedergewonnen, freilich nicht von dem türkischen Gegner, sondern von dem verbündeten Rumänien, welches für jenen Verlust durch die öde und fieberreiche Dobrudscha entschädigt worden war. Die beiden Verbündeten Rußlands: Montenegro und Serbien, waren mit vergrößertem Gebiet der Oberherrschaft der Türkei entzogen, aber nur, um der Machtsphäre Österreichs überantwortet zu werden. Am empfindlichsten für Rußland war die ihm durch die Kriegsdrohung Englands aufgezwungene Lösung der bulgarischen Frage. Fürst Gortschakow hatte seinen beiden Kollegen auf dem Kongreß, dem Grafen Schuwalow und Herrn Oubril, die Verantwortlichkeit für diese Lösung überlassen. In den entscheidenden Sitzungen des Kongresses glänzte der russische Reichs-

Digitized by Google

kanzler durch seine Abwesenheit, angeblich wegen Indigestion, die er sich durch den Genuß von Erdbeeren zugezogen hatte. Erst in der Sitzung vom 26. Juni erschien er wieder und überraschte die hohe Versammlung mit folgender Anrede: „Da ich einige Tage nicht an Ihren Beratungen teilnehmen konnte, möchte ich nicht in Ihre Mitte zurückkehren, ohne Ihnen einige Bemerkungen zu machen, die mir durch die Liebe zur Wahrheit und zu meinem Vaterlande eingegeben werden. Während der letzten Beratung haben meine Kollegen Ihnen im Namen Rußlands Zugeständnisse gemacht, welche weit über diejenigen hinausgehen, die es zu machen gedachte. Ich bin zu gut von den Gefühlen unterrichtet, welche meine Kollegen beeinflußen, um etwas gegen die Zugeständnisse zu sagen, zu denen sie sich verpflichtet fühlten. Ich möchte lediglich vor Ihnen erklären, daß Rußland, wie wohl bekannt ist, diese Opfer wegen seiner Liebe zum Frieden gebracht hat, und daß es Wahrheit war, als es sowohl vor als nach dem Kriege erklärte, daß es nur um den Christen im Orient zu helfen, sich erhoben hat, daß es keine selbstsüchtigen heimlichen Zwecke verfolgte und daß, nachdem es so große Opfer in einem Krieg, der lediglich für das Christentum und die Zivilisation unternommen wurde, gebracht hat, es sich auch imstande zeigt, Opfer für die Wiederherstellung des Friedens zu bringen, auf die ja Ihre Anstrengungen gerichtet sind. Ich glaube, niemand wird den Ruhm der russischen Armee, welche die glänzendsten Siege errungen hat, in Abrede stellen; aber Rußland wünscht, daß es offenkundig sei, daß es die Lorbeeren des Sieges, die mit dem kostbarsten Blute errungen sind, gegen die Palme des Friedens vertauschen will." Deutlicher konnte Fürst Gortschakow allerdings nicht sagen, daß der eigentliche Besiegte auf dem Kongreß nicht Rußland, sondern der russische Kanzler gewesen, der sein lebenlang nicht der Versuchung widerstehen konnte, durch Nachgiebigkeit gegen populäre Strömungen sich den Beifall zu sichern, der seiner Eitelkeit schmeichelte. Hat doch gerade damals Fürst Bismarck in einer Konversation mit dem Pariser Times-Korrespondenten daran erinnert, woher das Kriegsgeschrei vom Jahre 1875 kam, als angeblich Deutschland über Frankreich herfallen wollte. „Es war ein Komplott, sagte Fürst Bismarck, zwischen Gontaut-Biron (dem damaligen französischen Botschafter) und Gortschakow, welcher begierig war, von den französischen Blättern Lob zu ernten und der „Retter Frankreichs" genannt zu werden."

Digitized by Google

Welcher Art der Wiederhall der Sprache, die Fürst Gortschakow im Kongreß geführt hatte, — obgleich Schuwalow die in Rede stehenden Zugeständnisse erst nach eingeholter Zustimmung des Kaisers Alexander machte, — in der russischen Presse war, ist unschwer zu erraten. Wenige Tage nach dem Schluß des Kongresses hielt der Vorsitzende des Moskauer Slawenkomitees — eine Gesellschaft, die sich beim Ausbruch des Krieges zu Sammlungen für die Armee gebildet hatte und der damals offizielle Beziehungen zu den einzelnen Truppenführern gestattet wurde —, der alte Aksakoff eine Rede, in der er ausrief: „der Kongreß sei eine freche Beschimpfung dessen, was Rußland gewollt habe; man habe Rußland eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt. Der Kongreß sei eine kolossale Absurdität, ein verblüffendes Unding, eine offenbare Schmähung Rußlands, ein krankhaftes Betrügen und Irreführen des eigenen Gewissens, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung von dessen eigenen Vertretern, eine Ohrfeige für Rußland. Rußlands Diplomatie sei gefährlicher als der Nihilismus (der seit dem Attentat der Wjera Sassulitsch auf General Trepow am 5. März in Rußland Orgien feierte)." Die Regierung untersagte die Verbreitung der Rede, löste kurz nachher das Moskauer Komitee auf und wies Aksakoff aus, der, wie man sagte, diese rücksichtsvolle Behandlung seinen Beziehungen zu dem Großfürsten-Thronfolger verdankte.

Man sieht, wie scharf Fürst Bismarck die Lage beurteilte, als er in seiner Abschiedsrede an den Kongreß das Werk desselben im voraus gegen die Angriffe des „Parteigeistes" in Schutz nahm. Hat es doch fast eines ganzen Jahres bedurft, ehe auch nur in Deutschland die Überzeugung allgemein wurde, daß der Kongreß nicht nur für den Augenblick den Frieden Europa's gesichert habe, sondern daß es dem „ehrlichen Makler" gelungen sei, die Aufgabe zu lösen, die Herr von Bennigsen in der Reichstagssitzung vom 19. Februar 1878 andeutete, indem er sagte: „Den Frieden aufrecht zu erhalten, ist uns gelungen seit dem französischen Kriege. Wesentlich ist uns das gelungen durch das Drei-Kaiser-Bündnis, die Stellung, welche Deutschland in demselben einnimmt, und den Einfluß, welchen das Drei-Kaiser-Bündnis auf die Erhaltung des Friedens in Europa ausübt. Wir können im ganzen nur wünschen, daß im wesentlichen dieses Verhältnis nicht alteriert aus den orientalischen Wirren und deren endlicher Lösung hervorgeht."

Digitized by Google

Das „dunkelste Blatt in seiner dienstlichen Laufbahn" soll Fürst Gortschakow den Berliner Vertrag genannt haben. Das wurde von einer russischen Zeitung im Jahre 1883 berichtet und veranlaßte eine lebhafte Erörterung in der Presse. Jene Mitteilung war auch in die „Kölnische Zeitung" ohne weiteren Kommentar übergegangen. „Dazu ist nun aber wohl zu bemerken, wurde offiziös geschrieben, daß, wenn Fürst Gortschakow wirklich diese Äußerung gethan hat, er dennoch die Verantwortung für dieses sogenannte „dunkelste Blatt seiner dienstlichen Laufbahn" tragen muß, da die Berufung des Kongresses lediglich auf das Verlangen Rußlands geschah. Der Reichskanzler Fürst Bismarck war, wie man sich erinnern wird, damals eben in der Genesung von einer sehr schweren Krankheit, die ihn Ostern 1878 befallen hatte, und erklärte sich außer stande, zu der Verwirklichung dieses russischen Wunsches die Hand zu bieten, weil ihm die Beteiligung an den Geschäften körperlich unmöglich sei. Das wiederholte, bestimmte Verlangen Rußlands, unterstützt durch Bezugnahme auf die persönlichen Wünsche des Kaisers Alexander II., welchem der Reichskanzler jederzeit dankbare Anhängigkeit bewahrt hatte, vermochte den Fürsten Bismarck, sich im Widerspruch mit ärztlichem Rate Gewalt anzuthun und auf jede Gefahr hin den ihm gegenüber geltend gemachten russischen Interessen und dem Frieden seine Dienste zu widmen, soweit das seine Gesundheit gestattete.

„Fürst Gortschakow war damals leitender Minister des Kaisers Alexander, und es ist kaum möglich, daß dies dringende Verlangen nach Berufung des Kongresses ohne seine Zustimmung und Mitwirkung zum Ausdruck hätte gelangen können. Das russische Kabinett selbst übernahm es, direkt die Zustimmung Englands zu dem Kongreß zu gewinnen, während die deutsche Diplomatie versprach, ihren Einfluß bei den übrigen Mächten für Annahme des Kongresses geltend zu machen, sobald die Zustimmung Englands sicher gestellt wäre. Letzteres geschah mit Erfolg durch den russischen Botschafter in London im Auftrage des damals russischen Reichskanzlers Fürsten Gortschakow, worauf dann die Einladung zum Kongreß vom deutschen Kabinett an sämtliche beteiligten Mächte erging. Dies ist der historische Thatbestand. Es ist nützlich, denselben von Zeit zu Zeit wieder festzustellen — angesichts der Bestrebungen eines gewissen Teils der russischen Presse, den Berliner Kongreß als ein für Rußland beklagenswertes Ergebnis deutscher Politik zu bezeichnen, während derselbe russischen Wünschen ent-

Digitized by Google

sprang und ausschließlich die Folge russischer Bemühungen gewesen ist."

Die russische „Nowoje Wremja" druckte diese Darstellung wieder ab und knüpfte daran verschiedene Bemerkungen, die von Berlin aus nicht unberücksichtigt blieben.

„Das Katkoffsche Blatt räumt ein, daß ihm die Vorgänge, welche der Einladung der Mächte zum Kongreß in Berlin vorausgingen, unbekannt geblieben seien, daß die Vorgeschichte des Kongresses von dem Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung" aber insofern richtig wiedergegeben sei, als die Zusammenberufung jenes Kongresses lediglich auf das Verlangen Rußlands zurückgeführt werden könne. Dagegen behauptet die „Nowoje Wremja" sodann, daß während des Kongresses die deutsche Regierung möglicherweise aus persönlicher Feindseligkeit des Fürsten Bismarck gegen den Fürsten Gortschakow meistenteils auf die Seite der Gegner Rußlands getreten wäre. Der Berliner Vertrag stehe daher, wenigstens in gewissem Maße, als ein für Rußland beklagenswertes Ergebnis deutscher Politik da.

„Wenn dem russischen Blatte die diplomatischen Vorgänge vor dem Kongreß unbekannt waren, so ist es dafür nicht zu tadeln, da über jene Vorgänge amtliche Veröffentlichungen nicht vorgelegen haben. Wenn ferner das russische Blatt in Anerkennung der Thatsache, daß Rußland selbst den Kongreß erstrebt und durch Deutschlands Vermittelung herbeigeführt hat, die Richtigkeit unserer Nachrichten anerkannt, so können wir auch die über unveröffentlichte Thatsachen verbreiteten Irrtümer entschuldigen. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn die „Nowoje Wremja" über die Vorgänge auf dem Berliner Kongreß selbst, über welche Protokolle und Aktenstücke aller Art amtlich veröffentlicht sind, seinen Lesern die Unwahrheit glaublich machen will, als sei der deutsche Reichskanzler „meistenteils auf die Seite der Gegner Rußlands getreten." Das russische Blatt wird nicht imstande sein, aus den Kongreßverhandlungen einen einzigen Fall nachzuweisen, wo russische Anträge von der deutschen Vertretung auf dem Kongreß bekämpft oder auch nur nicht unterstützt worden sind. In einigen Fällen hat sich die deutsche Vertretung gemeinschaftlich mit der russischen in der Minderheit befunden; in den meisten aber ist es dem deutschen Einfluß bei entstehender Meinungsverschiedenheit über russische Wünsche gelungen, den letzteren die Zustimmung der andern Mächte zu verschaffen; mitunter, und gerade bei den wichtigsten Fragen der Ge-

Digitized by Google

bietsabtretungen an Rußland, nicht ohne Schwierigkeit und nur durch die unumwundene Erklärung, daß Deutschland auf seine Beteiligung an den Kongreßverhandlungen verzichten werde, wenn die russischen Anträge abgelehnt würden.

„Es ist schon bei früheren Besprechungen dieser Frage an anderer bemerkenswerter Stelle geäußert worden, daß die deutsche Unterstützung aller russischen Wünsche voraussichtlich noch weiter gegangen wäre, wenn weitere russische Anträge, als geschehen, überhaupt gestellt worden wären. Dergleichen aber im Sinne der russischen Politik ohne Teilnahme Rußlands zu stellen, wäre eine Aufdringlichkeit gewesen, welche niemand von Deutschland erwarten konnte. Daß die russischen Anträge und also auch die deutsche Unterstützung derselben auf dem Kongreß nicht weiter gingen als geschehen, lag nicht in dem Mangel deutscher Unterstützung, sondern in der Abneigung Rußlands, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen; und diese Abneigung war wieder dadurch begründet, daß Rußland es versäumt hatte, in dem Zeitpunkte, wo es hierzu die militärische Möglichkeit hatte, Besitz von Konstantinopel und den Meerengen zu ergreifen. Es war ein politischer Fehler, dies zu unterlassen und dann einen Frieden wie den von San Stefano schließen zu wollen. Im Besitze der Meerengen hätte Rußland einen Seekrieg abwarten können. Alle Versuche, die Schuld dieses strategischen Fehlers der deutschen Politik aufzubürden, werden vor der Kritik der Geschichte und auch wohl bei den Lesern der „Nowoje Wremja" auf die Dauer keinen Bestand haben.

„Die Andeutung aber, als ob die Politik des deutschen Reichskanzlers durch persönliche Abneigung gegen Fürst Gortschakow geleitet worden wäre, ist eine unwahre und unwürdige; hätte ein solcher Antagonismus den Kanzler beherrscht, so würde er sicher nicht in seiner Rede vom 19. Februar 1878 in dem von der „Nowoje Wremja" angeführten Sinne gesagt haben, er werde niemals, wo es sich um die Interessen Deutschlands handle, die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit einem Menschenalter erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu führen, aufzuopfern. Diese Äußerung würde, wenn er und seine ganze Politik sich unter dem Einfluß einer Abneigung gegen den Fürsten Gortschakow befunden hätte, vollkommen widersinnig erscheinen. Es ist und bleibt eine Thatsache, daß alle Anträge Rußlands ohne Ausnahme auf dem Kongresse die Unterstützung Deutschlands gefunden haben, und Deutschland

Digitized by Google

kann deshalb Rußland gegenüber nur auf das Sprichwort hinweisen: „Undank ist der Welt Lohn“. Die Parteilichkeit für Österreich, deren die russischen Blätter die deutsche Leitung des Kongresses beschuldigen, ist eine Erfindung zu dem Zwecke, die russische öffentliche Meinung über die von der russischen Strategie während des Krieges und unmittelbar nachher gemachten Fehler zu täuschen und die Schuld Deutschland aufzubürden.

„Unwahr ist es auch, wenn die „Nowoje Wremja“ behauptet, daß ein Umschlag der deutschen Politik in ihrem Verhältnis zu Rußland sich im Kongresse vollzogen habe. Wenn dieser Umschlag überhaupt erfolgt ist, so geschah dies erst infolge der feindlichen Behandlung Deutschlands durch die russische Presse im Jahre 1879, die Deutschland nötigte, unumwundenen russischen Drohungen gegenüber seine Sicherheit in Betracht zu ziehen. Zur Zeit des Kongresses stand die deutsche Politik beiden östlichen Kaiserreichen mindestens gleich nahe, wie dies in amtlichen Aktenstücken und Thronreden mehrfach bekundet worden ist. Ihr Streben war auf Erhaltung des Friedens und der Einigkeit unter den drei großen monarchischen Mächten gerichtet. Dies ist auch heute noch der Fall, wenn auch die feindliche Behandlung und die Drohungen, denen Deutschland nach dem Kongreß und besonders 1879 von russischer Seite ausgesetzt war, die Wirkung gehabt haben, daß der deutschen Politik ihre Beziehungen zu Österreich als gesicherter für die Zukunft erscheinen mußten. Sie hat jedoch daraus keine Veranlassung genommen, in ihrem Bestreben, auch die Freundschaft Rußlands zu pflegen, irgendwie nachzulassen. Man braucht deshalb, trotz der „Nowoje Wremja“ die Hoffnung nicht aufzugeben, daß dieses Streben auf die Dauer erfolgreich sein werde; und daß alle Einflüsterungen, Verleumdungen und Hetzereien einzelner Personen, Parteien und Preßorgane nicht vermögen werden, zwei große Nachbarvölker, wie das deutsche und das russische, ohne jeden zwingenden Grund in Feindschaft oder gar in Krieg miteinander zu bringen. Die Russen haben im Jahre 1878 Konstantinopel zu besetzen unterlassen und dennoch den Vertrag von San Stefano in einer Weise abgeschlossen, die nur durchführbar, wenn im Besitz Konstantinopels und der Meerengen Rußland einem Kriege mit England in Ruhe entgegensehen konnte.“

Diese Eröffnung, welche die inspirierte Berliner Korrespondenz der „K. Z.“ dem russischen Publikum machte, wirkte in Petersburg mit der Gewalt einer Enthüllung und die ganze Presse beschäftigte

Digitized by Google

sich damit. Fürst Bismarck hatte indessen schon im Frühjahr 1878 mit dem Ausspruch beati possidentes — wohl dem, der im Besitz ist — die Situation gezeichnet. Selbst die „Nowoje Wremja", die Tag für Tag die Revanche an Deutschland wegen des Berliner Traktates mehr oder weniger unverhüllt predigte, schlug für den Augenblick einen veränderten Ton an.

Das Blatt schrieb:

„Der Hinweis darauf, daß Rußland seine ganze Position einbüßte, als es Konstantinopel nicht besetzte, wirft ein ganz neues Licht auf die damaligen Verhältnisse, auf welchen wir aus leicht begreiflichen Gefühlen nicht insistieren. Uns, d. h. der Nowoje Wremja, fehlte zu jener Zeit jedes Verständnis für die Unterlassung der Besetzung, wir drängten nach Möglichkeit auf den Einzug in Konstantinopel. Sobald dieses in unseren Händen war, hätte der Berliner Vertrag sein heutiges Gesicht nicht erhalten können, er würde nicht jene Folgen gehabt haben, die uns drohend und voll Schwierigkeiten umgeben. Die Diplomaten, die Umgebung des Kaisers und ein Teil der Presse, an deren Spitze der „Golos" stand, waren gegen die Besetzung: sie bestanden darauf, daß man nicht weiter gehe und Europa die Freiheit der Entscheidung lasse. Unser damaliger Botschafter in London, Graf Schuwalow, war die Seele jener Unentschlossenheit, jener leeren Angst, die sich mit dem Namen der Vorsicht aufputzte. Der damalige Minister des Innern, als Vorgesetzter der Presse, bedrohte die Artikel mit Strafe, in welchen die Unumgänglichkeit der Besetzung Konstantinopels dargelegt wurde. Bald prunkte man mit dem Siege, trotzte der ganzen Welt und drohte den Mauern Konstantinopels mit Zerstörung, dann, wenn das mot d'ordre gegeben wurde, war man wieder ganz Demut, ja Unterwürfigkeit. Der Berliner Vertrag wurde von der europäischen Presse gefeiert, der sich ein Teil der russischen Presse anschloß, die sich in Lobeshymnen geradezu überschlug. Das Publikum aber nahm den Vertrag kalt entgegen und unsere Bevollmächtigten zum Kongreß kehrten nach Hause zurück mit auf immer vernichtetem Ansehen. Selbst ein so hoch in Ansehen stehender Mann wie Fürst Gortschakow verlor dabei seine Popularität. Rußland aber konnte nicht glauben, daß auf russische Mattherzigkeit alles zurückzuführen sei; man warf die Schuld auf Deutschland, und dieses verlor von diesem Augenblick an alle Sympathien, die sich in das Gegenteil verkehrten. „Der

Digitized by Google

ehrliche Makler hat uns betrogen," so hieß es in jeder Tonart. Wir sind ja sehr zufrieden mit den jetzt gegebenen Aufklärungen und namentlich damit, daß die Initiative zu denselben in Berlin genommen worden ist. Deutschland hat auf dem Berliner Kongreß alle Ansprüche Rußlands ohne Ausnahme unterstützt, so antwortet man uns jetzt und beschuldigt Rußland geradezu des Undankes."

Die „Nowoje Wremja" schloß mit der Erklärung, daß Rußland nichts Besseres wünsche, als die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zu Deutschland. Dies sei möglich, wenn Rußland darüber beruhigt werde, daß Deutschland nicht der österreichischen Balkanpolitik unter allen Umständen seinen Beistand verpfändet habe. Die Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die in Aussicht gestellt wird, würde das Gespenst des Krieges verscheuchen, das zwischen den beiden Völkern stehe. Man muß nur abwarten, wie lange die Nowoje Wremja bei dieser Auffassung der Entstehungsgeschichte des Berliner Friedens bleiben wird.

„Die neuerdings in Zug gekommenen halbwegs historischen Untersuchungen über die Geschichte des Berliner Kongresses, bemerkte damals ein Berliner Blatt, haben gewiß ihr Interesse und sollen, soweit sie etwa offiziös veranlaßt sind, dem Anschein nach die nach jener Seite hin vorhandenen Mißverständnisse zwischen Deutschland und Rußland beseitigen helfen. Insofern haben sie also einen friedlichen Zweck. Ob sie denselben erreichen werden, ist eine andere Frage. Man wirft sich dabei gegenseitig Undankbarkeit vor. Diesseits wird daran erinnert, Deutschland habe auf dem Kongreß alle Anträge Rußlands unterstützt und es sei nicht seine Schuld, wenn Rußland nicht mit noch anderen hervorgerückt wäre. Auch könne Deutschland nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß Rußland nach dem Kriege vor Konstantinopel stehen geblieben wäre und dies nachträglich als einen strategischen Fehler betrachte, welchen der auf dem Kongreß ohne Deutschlands Zuthun korrigierte San Stefanovertrag nicht wieder gut machen konnte. So ungefähr lassen sich die hiesigen Offiziösen vernehmen. Die Russen behaupten ihrerseits, Deutschland wäre umgekehrt ihnen Dank schuldig, denn ohne ihre sehr wohlwollende Neutralität hätten wir den Krieg mit Frankreich entweder gar nicht oder doch nur mit ungleich größeren Opfern siegreich zu Ende führen können. Dabei wird nur vergessen oder absichtlich übersehen, daß Rußland für seine damaligen guten Dienste sich mit der Abschaffung der Neu-

Digitized by Google

tralisation des Schwarzen Meeres bezahlt machte, wobei bekanntlich ein gutes Stück des Pariser Friedens in die Brüche ging. Die Wortführer hüben und drüben werden sich schwerlich sobald über diese retrospektiven Streitfragen verständigen, und zwar besonders deswegen nicht, weil der eigentliche Kern der Meinungsverschiedenheit, um einen milden Ausdruck zu gebrauchen, dabei verschwiegen wird. Die Russen würden sich nämlich über den Berliner Frieden längst getröstet haben und Deutschland mit Vorwürfen wegen dessen angeblich mangelhafter Unterstützung auf dem Kongreß verschonen, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß der Vertrag von 1878, dessen Abschluß zu Gortschakows bittersten Erlebnissen gehörte, was er noch aus dem Grabe heraus bemerken ließ, gelegentlich eben so durchlöchert werden könnte, wie es mit dem Pariser Traktat der Fall war. Mit dieser Hoffnung hatten sich die russischen Diplomaten getröstet, als sie dazumal, wie ihnen in gewohnter Unersättlichkeit die Sache erschien, von dem Kongreß zwar nicht mit leeren Händen nach Petersburg zurückkehrten, aber doch mit Resultaten, die zu den für den Türkenkrieg von Rußland aufgewandten Opfern in keinem Verhältnis standen. Aber jene Hoffnung erwies sich als trügerisch. Das Verhängnis wollte, daß das deutsch-österreichische Bündnis solchen völkerrechtswidrigen und friedensgefährlichen Spekulationen einen festen Riegel vorschob. Das können die Panslawisten nicht verschmerzen und es wurmt sie um so mehr, als ihr eigener weiland Chef, derselbe Gortschakow, in seiner Ungeduld und unter dem Einfluß unverständiger Rankünen sich in Zettelungen mit Frankreich einließ, die den Abschluß des Friedensbundes von 1879 herbeiführten, der erst dem Berliner Vertrage eine dauernde Sanktion verlieh. Die Panslawisten müssen sich darein finden und für eine übersehbare Zeit Frieden halten. Wie sie sich das jetzt historisch zurechtlegen, ist ihre Sache."

Über die Situation des Sommers 1879, aus welcher das deutsch-österreichische Bündnis, das die Dreikaiser-Allianz ablöste, hervorging, sprach sich der frühere württembergische Staatsminister, unter dessen Amtsthätigkeit Fürst Gortschakow Gesandter in Stuttgart war, ein Jahr später aus, als er vor seinen Wählern sich wegen seiner Stellung zu dem neuen Reichsmilitärgesetz von 1880 rechtfertigte. Bei Einbringung dieser Novelle habe Gambetta seine Cherbourger Rede noch nicht gehalten gehabt, damals sei der Horizont noch viel friedlicher gewesen, allein eine andere Gefahr habe

Digitized by Google

sehr nahe gelegen. „Es war nachgewiesen, offiziell, daß Rußland auf zwei Stunden von der deutschen Grenze rückwärts angehäuft an den Eisenbahnen eine kriegsbereite Armee aufgestellt hatte. Es ist darüber eine Karte herausgekommen von Major von Tröltsch, woraus zu ersehen, wie die Truppen angehäuft sind und zwar so, daß sie in drei Tagen mit über 300000 Mann bei Breslau über die deutsche Grenze gehen können. Damit war verbunden: Rußland hatte an Frankreich den Antrag gestellt, ein Offensivbündnis gegen Deutschland abzuschließen und sofort zu verwirklichen und zwar deshalb, weil Deutschland zugegeben habe, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina besetzt habe. Dieser Antrag wurde nach Paris geschickt und der französische Minister hat diesen Antrag an Bismarck nach Gastein geschickt. Das hat Waddington gethan, den einige Monate später Gambetta gestürzt hat. Wenn etwas gefährlich ist, so ist das gefährlich. Und wie klar Fürst Bismarck diese Lage angesehen hat, beweist, daß er sofort seine Kur abgebrochen hat, nach Wien gereist ist und das bekannte Bündnis zum Schutz gegen solche Angriffe abgeschlossen hat. Also es lag Gefahr nahe. Der Mann, der dies Bismarck mitgeteilt hat, ist von Gambetta gestürzt worden, der vor wenigen Wochen in Cherbourg gesprochen hat." Das Resultat der Militär-Novelle sei, daß im Fall eines Angriffes Deutschland um 300000 Mann stärker ins Feld rücke als vorher. Wenn die Wähler bedenken, daß ja möglicherweise das Unglück wolle, daß auf der einen Seite die Franzosen, auf der anderen die Russen einrücken können, dann sei es die Pflicht des Abgeordneten, selbst auf die Gefahr hin, bei seinen Wählern anzustoßen, für eine solche Vorlage einzutreten.

Diese „Enthüllung" wurde von (wirtschaftlichen) Gegnern des Herrn v. Varnbüler bespöttelt. „Es ist bekannt — hat man erwidert — daß in der Zeit, von welcher hier die Rede ist, die russische Regierung damit beschäftigt war, die Zurückziehung ihrer Truppen aus der Türkei zu Ende zu führen. Sie hatte viele entstandene Lücken auszufüllen, sie konnte nicht aus einem Kriege, der schon sehr anstrengend und erschöpfend gewesen war, stehenden Fußes in einen zweiten Krieg gegen einen anderen Feind übergehen. Von auffälligen Truppenansammlungen in Rußland sprach man nicht schon damals bei uns, sondern erst später. Die Beziehungen zwischen der russischen und der französischen Regierung waren wahrlich nicht so beschaffen, daß man daran denken konnte, einen gemeinsamen Krieg zu unternehmen. In Petersburg pfleg-

Digitized by Google

ten damals die französischen Republikaner mit einer eigentümlichen Verdrossenheit beurteilt zu werden, der Grund davon wird aber wohl nicht der gewesen sein, daß Herr Waddington einen ihm aus Petersburg übersandten Bündnisentwurf an den deutschen Reichskanzler verraten hätte. Die Russen schmeichelten den französischen Monarchisten. Auch als Fürst Gortschakow in Baden die Ermahnung aussprach, sich stark zu machen, war es ein Orleanist, an den er sie richtete. Volk und Presse in Frankreich blieben bei der Lockung sehr kühl, die meisten Zeitungen gaben zur Antwort, daß Rußland wohl auch noch etwas zu thun habe, um sich stark zu machen, der ganzen französischen Nation war zu Mute, als wenn sie in fremde Dienste genommen werden sollte, und sie lehnte es dankend ab.

„Wir wissen in Deutschland sehr wohl und bleiben eingedenk, daß sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland dereinst einmal anders gestalten können. Die Gefahr dürfen wir niemals vergessen und werden den Fehler, sorglos zu werden, nicht begehen. Es kann uns aber auch gar nichts nützen, wenn unsere politischen Männer von Gefahren sprechen, welche nicht bestehen. Vor zwölf Monaten war die Zeit zu einem gemeinsamen Angriff der Russen und der Franzosen auf Deutschland nicht geeignet. Herr von Varnbüler wollte vor seinen Wählern rechtfertigen, daß er im Reichstag der Vergrößerung des Kriegsheeres zugestimmt hat. Zu dem Zwecke ist aber kein Abgeordneter berechtigt, diplomatische Enthüllungen zum besten zu geben, die sich wie Gerüchte oder Erdichtungen ausnehmen und bei denen man nur die Gewißheit hat, daß damit Ängstlichkeit und Furcht verbreitet werden solle. Es ist durchaus keine gleichgültige Sache, ob in einem Volke verständige Ansichten über die Beziehungen zum Auslande herrschen oder nicht; das Volk soll für die Sicherheit des Landes Opfer bringen an Gut und Blut, wenn es keine richtigen Einsichten hat, so wird es vielleicht einmal zur Unzeit die Opfer verweigern. Die Staatsmänner verfahren daher wenig weise, wenn sie das Volk im Trüben halten und ihm nicht die Wahrheit sagen; das kann sich einmal rächen. Die Diplomatie ist eifersüchtig auf ihre Geheimnisse, doch brauchen darum keine Fabeln ausgestreut zu werden. Es würde daher nicht gut sein, wenn mehrere Abgeordnete in ihren Berichterstattungen an die Wähler dem Beispiel des Herrn von Varnbüler folgen wollten. Herr von Varnbüler wird jedenfalls gut thun, seine Worte, die, wie sie vor die Öffentlichkeit ge-

Digitized by Google

bracht wurden, ein so berechtigtes Aufsehen machten, noch etwas näher zu erläutern."

Bald nach der Rede des Herrn von Varnbüler hat auch Herr Waddington denselben dementiert, indem er erklärte, daß er dem Fürsten Bismarck niemals einen von Rußland ausgegangenen Vorschlag, bezüglich eines Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich, mitgeteilt habe und daß überhaupt Rußland niemals einen solchen Vorschlag, bezüglich einer Allianz, gemacht habe.

Es ist indessen zu bemerken, daß der ehemalige württembergische Staatsmann nichts in seiner Wahlrede vorbrachte, was nicht andere schon vor ihm gesagt hatten, ohne dementiert zu werden, wie z. B. W. Müller in seiner „Politischen Geschichte der Gegenwart" im Jahrgange 1879. Und betreffs des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich steht es fest, daß nicht nur Decazes zur Zeit des letzten türkischen Krieges sehr ernsthafte Vorschläge von seiten Rußlands, bezüglich einer Allianz, erhalten hatte, sondern daß auch im Sommer 1879 etwas derartiges wenigstens im Werke war. Die bloßen Ausbrüche des Hasses der Panslawisten gegen Deutschland in der Presse, die in jenem Sommer ihren Höhepunkt erreichten, würden allein weder den Fürsten Bismarck seine Kur haben abbrechen lassen, um nach Wien zu eilen, noch den Kaiser Wilhelm vermocht haben, den Kaiser Alexander II. in Alexandrowo aufzusuchen, um die „Mißverständnisse" zu beseitigen. Was Bismarck am 5. Dezember 1876 im Reichstage gesagt hatte: „Niemand als die kaiserlich russische Regierung selbst wäre imstande, in die erprobte hundertjährige Freundschaft zwischen der preußischen und der russischen Regierung einen Riß zu machen", und was er auf dem Berliner Kongreß dem Fürsten Gortschakow gesagt hat: „Zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Österreich zu wählen", das ging jetzt in Erfüllung. Fürst Gortschakow verriet seine Gesinnung in jener Unterredung, die er kurz zuvor (im Juni) in Baden-Baden mit einem Redakteur des orleanistischen Blattes „Le Soleil" hatte, welcher ein Empfehlungsschreiben des Herzogs von Decazes überreichte. Er sagte diesem: er habe sich die Feindschaft des Fürsten Bismarck zugezogen, weil er offen die Ansicht vertrete, daß Frankreich stark sein und die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse, und weil er aus seiner Vorliebe für Frankreich kein Hehl gemacht habe.

Fürst Gortschakow hatte schon seit dem Berliner Vertrage sich mehr und mehr von den Geschäften zurückgezogen; seine Leitung

Digitized by Google

wurde nachgerade nur eine formelle, wiederholt gab er sein Demissionsgesuch ein, ohne daß Kaiser Alexander sich entschließen konnte, dasselbe zu genehmigen. Schließlich war die Kanzlerschaft Gortschakow mehr ein Name, eine Firma, als daß sie den thatsächlichen Zustand bezeichnete. Nach authentischen Nachrichten hatte er mit den Dienstgeschäften im auswärtigen Amt schließlich keinen geregelten Zusammenhang mehr, die Leitung war seinem späteren Nachfolger, Herrn von Giers, übertragen, was nicht ausschloß, daß bei besonderen Gelegenheiten seine Ansicht von dem Kaiser eingeholt wurde, und daß er im stillen das Feuer gegen Deutschland schürte.

Fürst Bismarck hatte einmal von ihm gesagt: C'est notre maître à tous. Noch nach Jahren fragte Gortschakow, nach Berlin kommend: „Nennt sich Herr von Bismarck noch immer meinen Schüler? Nun, wenn ich sein Lehrer gewesen bin, war ich es doch nur in der Art wie Pietro Perugino der Lehrer des Rafael Sanzio war".

Während des Kongresses feierte er seinen achtzigsten Geburtstag in Berlin. Die „Nordd. Allg. Z." widmete ihm damals den folgenden Artikel:

„In ungebeugter Frische und Regsamkeit des Geistes beging heute in unserer Hauptstadt der Kanzler des russischen Reiches, Fürst Alexander Gortschakow, seinen 80. Geburtstag.

„Wenige Tage vor demselben hat der hochberühmte und verdienstvolle Nestor der europäischen Diplomatie die Genugthuung gehabt, das Ziel seines staatsmännischen Strebens, die Aufhebung des Pariser Friedens vom Jahre 1856, welcher seinem Vaterlande manche harte Bedingung auferlegte, im wesentlichen verwirklicht zu sehen.

„Alexander Michalowitsch Fürst Gortschakow wurde am 16. Juli 1798 als der Sproß einer alten russischen Familie, die ihren Stammbaum auf Rurik zurückführt und den heiligen Wladimir, Jaroslaw den Großen und den heiligen Michael von Tschernigow zu ihren Vorfahren zählt, geboren.

„Nach beendetem Studium sich der diplomatischen Laufbahn widmend, nahm er als Attaché an den Kongressen von Laibach und Verona teil, wurde 1824 Legationssekretär in London, 1829 Geschäftsträger in Florenz, 1832 Botschaftsrat in Wien und 1841 Gesandter in Stuttgart, wo er die Vermählung der Großfürstin Olga mit dem jetzigen König Karl von Württemberg einleitete und

Digitized by Google

1850 den Auftrag erhielt, Rußland bei dem deutschen Bundestag in Frankfurt a. M. zu vertreten. Von 1854 bis 1856 verwaltete er die russische Gesandtschaft in Wien, wo er während des Krimkrieges mit außergewöhnlichem Geschick und mit großer Bestimmtheit für die russischen Interessen eintrat.

„Seine in diesen verschiedenen Stellungen bethätigte hervorragende staatsmännische Begabung war die Veranlassung, daß er einige Tage nach der Unterzeichnung des Pariser Friedens vom Kaiser Alexander an Stelle des Grafen Nesselrode zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde.

„Seit dieser Zeit führte er das Steuerruder des Staatsschiffes und wußte dasselbe geschickt durch die vielen Klippen hindurch zu lenken, welche die einer früheren Zeit entstammenden Traditionen und Machtverhältnisse für Rußlands politische Entwickelung bildeten. Einen hohen Grad von Popularität gewann sich der Fürst durch sein Auftreten während des polnischen Aufstandes vom Jahre 1863, welches dem berechtigten Selbstgefühl seines Vaterlandes Befriedigung bot. Während des Krieges von 1870/71 gewann der Reichskanzler dem russischen Staate das 1856 aufgegebene Recht zurück, eine Kriegsflotte in dem Schwarzen Meer halten zu dürfen, und stellte damit von neuem die Basis einer maritimen Entwickelung her, deren Rußland auch nach dieser Seite zum Schutz für vitale Interessen bedarf.

„Mit Genugthuung darf der Fürst an seinem heutigen Wiegenfeste, welches in den Abschluß einer der bedeutsamsten internationalen Transaktionen fällt, auf den Erfolg der Mühen und Arbeiten zurückblicken, welche ihn fast ein Vierteljahrhundert hindurch beschäftigt und die reichen Gaben des staatsmännischen Geistes in hellstem Lichte gezeigt haben."

Während des Kongresses machte der Fürst Gortschakow die Bekanntschaft einer jungen Dame aus Berlin, die, als er 1883 in Baden-Baden starb, erst aus ihrer Zurückgezogenheit in die Öffentlichkeit gezogen wurde. Die Zeitungen meldeten im Februar jenes Jahres: „Die Leiche des russischen Staatskanzlers ist gerichtlich seziert worden. Als Grund wird der Verdacht einer Phosphorvergiftung angegeben. Bereits in der verflossenen Woche, als Fürst Gortschakow noch lebte, war das Gerücht von einer Vergiftung aufgetreten; die Anzeichen mußten bereits eine gewisse Konsistenz gewonnen haben, daß ein Einschreiten des Gerichtes stattfinden konnte."

Digitized by Google

Fürst Gortschakow hatte in der Villa seiner Pflegerin, der Madame Lina B. aus Berlin, vier Wochen hindurch krank gelegen und dort war er gestorben. Bald nachdem er am 16. Februar sich, wie er täglich pflegte, zum Besuch in jener Villa eingefunden hatte, stellte sich Übelkeit und Erbrechen ein und die Ärzte waren dafür, daß der Leidende nicht nach seiner Wohnung im Hotel „Europäischer Hof" zurücktransportiert werde, sondern daß er in jener Villa bleibe. Seine beiden Söhne, Michael und Konstantin, befanden sich an seinem Krankenlager. Der Tod erfolgte am nächsten Sonntag morgens vier Uhr zehn Minuten, unter den Augen der beiden Söhne und der Pflegerin, der genannten Madame B. Bereits eine Stunde nach dem Tode wurde in nächtlicher Stille die Leiche nach dem „Europäischen Hof", der regelmäßigen Wohnung des Fürsten, gebracht und zwar unter Begleitung eines Kriminal-Schutzmanns, eines andern Schutzmannes und eines Freiburger Arztes, welcher beständig bei Gortschakow war. Der Hauptarzt desselben war Dr. Sch., stellvertretender Arzt bei der Kaiserin Augusta. Ein Telegramm vom selben Abend wollte wissen, daß das Ergebnis der gerichtlichen Sektion der Leiche den Verdacht der Phosphorvergiftung nicht ausschließe. Die darauf eingeleitete Untersuchung habe noch kein Resultat ergeben. Die „Neue freie Presse" schrieb über den Tod des Fürsten Gortschakow: „Seine Schwäche für das weibliche Geschlecht nahm mit seinem Alter immer mehr zu und verleitete ihn zu einem Egoismus, in welchem er weder auf seine Stellung, noch auf jene anderer Persönlichkeiten Rücksicht nahm. Noch während des türkisch-russischen Krieges gab er durch seine Abenteuer in Bukarest der chronique scandaleuse reichlichen Stoff. Durch persönliche Würde oder durch Charaktereigenschaften zu imponieren war nicht seine Sache und er strebte es auch nie an. In den letzten Jahren seines Lebens war er arg von der Gicht geplagt und suchte zuerst in Nizza und zuletzt in Baden-Baden Erholung von seinen Leiden. Als er vor einigen Wochen von einem heftigen, mit Erbrechen verbundenen Unwohlsein befallen wurde, dachte seine Umgebung anfangs an eine Vergiftung durch die Nihilisten."

Über die Persönlichkeit der Frau Lina B., der letzten Pflegerin des Fürsten Gortschakow, berichtete man: Der Fürst habe sie während des Berliner Kongresses hier kennen gelernt und sie dauernd in seine Gesellschaft gezogen. Seit Jahren, heißt es, pflegte Madame B. den Fürsten auf seinen Reisen zu be-

Digitized by Google

gleiten und sie pflegte nach Berlin nur zurückzukehren, während Fürst Gortschakow, was ja gewöhnlich nur für kurze Zeit geschah, sich in Petersburg aufhielt. Im übrigen lebte sie, wo er sich eben aufhielt, in Nizza oder in Baden-Baden, in der Villa, die sie der Munifizenz des Fürsten verdankte. Zwischen der Dame, welcher eine besondere Gabe der Unterhaltung nachgerühmt wird, und die den greisen Fürsten in seiner letzten Krankheit mit großer Hingebung gepflegt hatte, und den beiden Söhnen des Fürsten hatte sich, nachdem dieselben in Baden-Baden eingetroffen waren, wie man hörte, ein durchaus freundschaftliches Verhältnis herausgebildet.

Man konnte mit Recht gespannt sein auf den Ausgang, welchen die sensationelle Untersuchung haben würde; für den Menschen ist nichts charakteristischer als die Art, wie er stirbt. Der letzte, abschließende, bleibende Eindruck über das eigentliche Wesen einer Individualität wird damit gegeben. Innerhalb Jahresfrist sind die drei vielberufenen „G" gestorben — Garibaldi, Gambetta und Gortschakow. Wie hoch steht der italienische Volksmann in der Würde des Sterbens über dem Franzosen und dem Russen! Ein schrecklicher Humor der Geschichte setzt den Tod des Fürsten Gortschakow in Zusammenhang mit seinem berühmten Spruch: er wolle untergehen wie ein Stern, nicht erlöschen wie ein Licht, und jetzt ist es der Phosphor, der regelmäßig bei Vergiftungsfällen von Streichhölzern genommen wird, mit dem der Tod des berühmten russischen Staatsmannes in Verbindung tritt.

Näher stehen sich die drei Todesarten Skobelew, Gambetta, Gortschakow. Der eine starb an einem Exzeß in einem Bordell, der zweite durch die Hand einer Maitresse, der dritte in einer Weise, welche die Familie lieber zu verhüllen gesucht hat.

Digitized by Google

Fürst Bismarck und die mitteleuropäische Friedensliga.

Im November 1879 resümierte ein Berliner Blatt die Situation mit den folgenden Worten: „Wenn alle historischen Dokumente unserer Tage in einer zukünftigen Zeit einmal verloren gegangen sein sollten, mit Ausnahme der Hofnachrichten — welches sonderbare Bild müßte man von der Gegenwart gewinnen! Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Alexandrowo, die Rundreise des Großfürsten Thronfolger, der Aufenthalt des russischen Großfürsten an unserem Hofe, ein fortwährendes Gehen und Kommen russischer Diplomaten, Staatsmänner und Generale, in den nächsten Tagen die Ankunft des leitenden russischen Ministers, die vielfachen Auszeichnungen, die dem russischen Botschafter von unserem Hofe zu teil werden — welchen Schluß könnte ein Forscher der Zukunft aus alle diesem ziehen, als daß die Intimität mit Rußland nie so innig gewesen wäre wie heute?

„Wenn nun aber dieser Forscher auf irgend einem anderen Weg erführe, daß gerade diese Zeit es gewesen, wo Deutschland und Österreich die Hände vertrauensvoll in einander gelegt und eine Verständigung getroffen haben, die namentlich auch Rußland zum Objekt hat, so würde er vermutlich auf die Ungenauigkeit der Nachrichten raisonnieren. In jener kritiklosen Zeit, würde er vielleicht sagen, hat man das Widersprechende ganz ruhig neben einander aufgezeichnet, ohne zu untersuchen, wie weit es sich gegenseitig ausschließt. Denn vergebens würde immer jener Forscher versuchen, etwas anderes aus den Aufzeichnungen des heutigen Tages bezüglich unseres Verhältnisses zu Österreich herauszuholen, als Notizen über die Schwierigkeiten in den Verhandlungen des Handelsvertrages mit Österreich und dazu noch heute die Notiz der Ankunft des deutschen Botschafters in Wien, des Fürsten Reuß.

Digitized by Google

„Der deutsche Charakter hat gewisse Eigentümlichkeiten, mit denen man rechnen muß, will man den gegenwärtigen Zustand der öffentlichen Meinung begreifen. Lange hat man mit Gleichmut die Ausfälle und Angriffe der russischen Presse über sich ergehen lassen; die Art, wie Fürst Gortschakow Frankreich vor Deutschland in dem laufenden Sommer gewarnt hat, begann schon das deutsche Blut zu erwärmen. Man ging die Geschichte unserer Beziehungen zu Rußland in einer rückschauenden Betrachtung durch und kam zu der Frage, wie es überhaupt möglich war, daß ein solches Auftreten Rußlands Deutschland gegenüber geschehen konnte, ohne daß sich die Befürchtung augenblicklicher Repressalien auch nur entfernt damit verband. Und so gelangte man zu dem Resultat, daß es Rußland, abgesehen von den freundschaftlichen und intimen Beziehungen zwischen den Herrscherhäusern, an dem Respekt fehlt, den eine Nation der anderen schuldet. Gerade zu jener Zeit erschien eine Publikation, die mehr als jede andere geeignet war, das Schiefe der Stellung darzulegen, in welche wir zu Rußland geraten waren: wir meinen die Aufzeichnungen des verstorbenen Geheimrats Schneider, obgleich und gerade weil sie sich ganz harmlos geben.

„Deutschland aus dieser Stellung befreit zu haben, ist ein Verdienst des Reichskanzlers und vielleicht nicht eines seiner kleinsten. Er hat zwar vor wenig Jahren noch von dem turmhohen Verhältnis zu Rußland gesprochen, aber wenn man überdenkt, wie gerade Fürst Bismarck persönlich von der Methode russischer Diplomatie betroffen wurde, so darf man sich überzeugt halten, wie es nur die wichtigsten Interessen des Staates waren, die ihn verhinderten, die richtige Antwort alsbald zu geben. Die jüngste Reise des Reichskanzlers nach Wien darf man als die lang meditierte Antwort auffassen. Und je mehr das deutsche Volk Zeit und Ruhe gewonnen hat, um über diese Reise und ihre Bedeutung nachzudenken, um desto rückhaltloser hat es die Politik gebilligt, welche hierdurch signalisiert wurde."

Mit diesen Worten wurde damals auf eine Entwickelung der Dinge in Deutschland zurückgeblickt, die im Spätsommer des Jahres 1879 ganz Europa in lebhafte Spannung versetzte. Es war der hinter dem Vorhange der Weltbühne sich vollziehende Abschluß eines Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich, der bestimmt war, sich zu einer mitteleuropäischen Friedensliga zu erweitern, und der zum Ausgangspunkt einer neuen Situation

Digitized by Google

Europas wurde. Je geheimer sich das große Ereignis abrollte, desto aufmerksamer wurden alle äußeren Vorgänge beobachtet, die mit demselben in direkter Beziehung standen oder in solche gebracht wurden. In den unten folgenden Tagesberichten sind die Hauptmomente des Dramas niedergelegt, soweit es sich äußerlich abspielte. Die „Enthüllungen" kamen erst später.

Seit dem Berliner Frieden grollte Rußland dem deutschen Reiche, weil dieses, als das Haupt des europäischen Schiedsgerichtes, ihm nicht den vollen Preis zuerkannt hatte, den es nach seinem schwer errungenen Siege über die Türkei beanspruchen zu können vermeinte. Die Presse machte sich immer lauter und leidenschaftlicher zum Organ dieses Grolles, des ausgeprägtesten Deutschenhasses der Panslawisten und der offenen Kriegshetzungen. „Konstantinopel muß in Berlin erobert werden", wurde zum geflügelten Worte.

Während des Krieges, besonders nach den Ereignissen von Plewna und Eskisaghra, hatte dieselbe Presse für Deutschland einen freundschaftlichen Ton angeschlagen. Es konnte auffallend erscheinen, wie selbst ein Blatt wie der „Golos" sich nunmehr bemühte, weit liebenswürdiger als sonst zu sein. Die „Nordd. Allg. Ztg." begleitete einen Artikel dieser Art einmal mit sehr abkühlenden Worten. Der „Golos" hielt bei der hervorragenden Stellung Deutschlands im heutigen europäischen Staatssysteme es für nur natürlich, daß man gegenwärtig die Frage aufwerfe, — ob Deutschland auch in Zukunft seiner Rolle als Vermittler treu bleiben und „die kriegerischen Eruptionen gewisser europäischer Mächte zu dämpfen suchen werde". Und das russische Blatt antwortete seinerseits auf die Frage: „Wenn man die eigenen Interessen des deutschen Reichs und die vom Leiter der deutschen Politik abgegebenen Erklärungen in Betracht zieht, kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die deutsche Regierung weder die Absicht hat, sich in den gegenwärtigen Krieg einzumischen, noch zuzulassen, daß derselbe in einen allgemeinen europäischen ausarte . . . So lange der Krieg lokalisiert bleibt, so lange bei demselben nur Rußland und die Türkei beteiligt sind, hat Deutschland alle Bürgschaften, daß seinen gerechten Forderungen beim Friedensschluß Rechnung getragen werden wird. Die Pforte andererseits kann in keiner Weise die Interessen Deutschlands bedrohen. Was aber Rußland betrifft, so weiß Deutschland, mit welch vollem Vertrauen es auf dessen Freundschaft sich verlassen, auf dessen einmal gegebenes Wort bauen kann".

Digitized by Google

Dagegen aber müsse die Einmischung irgend einer anderen der europäischen Mächte unmittelbar die politischen und ökonomischen Interessen Deutschlands berühren. So könne schon eine Vergrößerung der politischen Macht Frankreichs oder Italiens im Mittelmeer unmöglich für Deutschland gleichgültig sein. Noch weniger aber könne Deutschland eine Einmischung Englands oder Österreichs billigen. Die Einmischung Englands würde, bei den allgemein bekannten Neigungen dieser Macht, mit einer Annexion verschiedener türkischer Gebiete am Mittelmeer endigen, welche, in englischen Händen, zu einer Quelle der Beeinträchtigung anderer Nationalitäten werden müßte. Überhaupt könnte wohl kaum Deutschland, dessen Handelsbeziehungen mit dem Orient mit jedem Jahre an Ausdehnung gewinnen, einer Vergrößerung der Machtstellung Englands an den Grenzen des Mittelmeers seine Zustimmung geben. Und was Österreich angeht, so schilderte der Golos die Beziehung zwischen diesem und Deutschland, wie die „Nordd. Allg. Ztg." sagte, „von Gesichtspunkten aus, welche seit dem Jahre 1871 längst jede Bedeutung verloren haben und in den thatsächlichen Verhältnissen sowie in den Anschauungen der maßgebenden Faktoren nicht die geringste Begründung mehr besitzen, im übrigen aber auffallende Anklänge an neuere, fast gleichzeitige Kundgebungen und alte Wünsche eines beachtenswerten Bruchteils der französischen Presse darbieten."

Und schließlich betonte das russische Blatt die „Jahrhunderte alte" Freundschaft, welche Deutschland mit Rußland verbinde und die engen Beziehungen, welche zwischen den gekrönten Häuptern der beiden Staaten herrschen und die Garantie bieten, daß Deutschland überhaupt nicht irgend eine Rußland feindliche Einmischung in den Krieg zulassen werde. Die „Nordd. Allg. Ztg." nahm die folgenden Schlußsätze des Golosartikels wörtlich auf, nicht ohne an einzelnen Stellen ihre Fragezeichen hinzuzufügen: „Eine solche Schlußfolgerung kann man nicht aus dem Gefühle der Dankbarkeit der Deutschen Rußland gegenüber ziehen, wohl aber aus dem Bewußtsein Deutschlands, daß bis jetzt in allen Kriegen und Unglücksfällen allein Rußland unverändert seine freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland bewährt und Hilfe erwiesen hat. Das heutige Deutschland kann nicht vergessen, wie Rußland während des Krieges von 1870 gehandelt hat, wo, dank den Intriguen des Grafen Beust, Österreich und England bereit (??) waren, sich in den Krieg zu mischen, und zu veranlassen, daß Preußen einen ungünstigen Frieden

Digitized by Google

unterschreibe (??). Damals blieben alle Bemühungen, alle Versuche der englischen und österreichischen Regierung, auch Rußland zu dieser Koalition heranzuziehen, vergeblich. Rußland erklärte offen, daß der Friede nur unmittelbar zwischen dem Sieger und dem Besiegten zu schließen sei, wenn Österreich indessen die Absicht hätte, mit den Waffen in der Hand zu intervenieren, so würde es an seiner Grenze eine russische Armee finden. Eine solche offene Handlungsweise hat die Träger der Kronen Rußlands und Deutschlands mit unzerreißbaren Banden der Freundschaft verbunden. Doch muß man zugeben, daß nicht alle Russen mit gleicher Sympathie zu den glänzenden Waffenthaten der deutschen Truppen standen; viele Sympathieen waren auf Seite der Franzosen, deren Unglücksfälle allerdings Teilnahme hervorrufen mußten. In der gegenwärtigen Zeit ist der Moment eingetreten, wo es von Deutschland abhängt, zwischen allen Russen und allen Deutschen das Gefühl wahrer Zuneigung zu festigen, wo auch die Spuren eines gegenseitigen Mißtrauens zwischen Rußland und Deutschland verschwinden müssen, wo das russische Volk das deutsche als seinen Freund ansehen muß. Der Augenblick ist gekommen, wo die unlösbare persönliche Freundschaft zwischen Kaiser Alexander und Kaiser Wilhelm als Symbol der Unzertrennlichkeit des Bündnisses zwischen Rußland und Deutschland gelten kann und eine Bürgschaft für die friedliche Entwickelung beider Reiche sein wird. Die Zeit ist gekommen, wo beide Völker von dem Bewußtsein durchdrungen sein müssen, daß die Jahrhunderte alte Freundschaft ihrer Regierungen nur zu ihrem gegenseitigen Nutzen und ihren Lebensinteressen nur günstig sein kann. Was uns betrifft, so hegen wir durchaus keinen Zweifel an der festen Absicht Deutschlands, in dem gegenwärtigen Kriege die Aufrichtigkeit seiner Zuneigung zu Rußland an den Tag zu legen. Wir sind überzeugt, daß eben so sehr als der gegenwärtige Krieg in Deutschland die letzte Spur von Befürchtungen bezüglich der Handlungsweise Rußlands, man könnte ungerechterweise angegriffen werden, zerstören muß, auch in Rußland das Gefühl der Achtung für die deutsche Nation und deren Regierung gefestigt werden muß."

„Wir wollen wünschen, erwiderte die „N. A. Z.", daß die Zuversicht des „Golos" nicht lediglich Gemeingut seiner Redaktion bleibe, sondern sich der gesamten russischen Presse und den weitesten Volkskreisen mitteile. Zugleich möge der „Golos" sich überzeugt halten, daß das bestehende intime Verhältnis Deutschlands zu Rußland nicht be-

Digitized by Google

einträchtigt, sondern nur befördert und befestigt wird durch Festigung der Beziehungen einerseits zwischen Deutschland und Österreich und andererseits zwischen Rußland und Österreich. Es ist die nationale Pflicht der russischen Presse, dazu auch ihrerseits nach Kräften beizutragen. Selbst wenn die Unerschütterlichkeit des Einvernehmens zwischen den drei Mächten in einzelnen Fällen nur durch zeitweilige oder dauernde Preisgebung des einen oder des anderen Anspruchs zu erzielen wäre, der ja niemals eine Lebensfrage des einen oder des anderen Reiches darstellen könnte, so würde der dadurch erreichte Gewinn doch immer noch um Vieles wertvoller als das etwa gebrachte Opfer sein. Es wird uns freuen, wenn der „Golos" und andere Organe der russischen Presse sich diese Anschauung recht bald und recht gründlich zu eigen machen wollen. Die Intimität der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland hat für uns zu jeder Zeit weit über jeder Diskussion gestanden, wir wünschen, daß dies fortan in der russischen Presse gleichfalls, und zwar in bezug auf Deutschland und auf Österreich der Fall sei." —

„Gewiß kann, bemerkte dazu die „Köln. Zeitung", Rußland Deutschland nur zur Seite behalten, wenn und so lange es auch Österreich Wort hält. Österreich steht uns doch mindestens eben so nahe, bei hoffentlich noch zu vermeidender peinlicher Zwangswahl, in der That näher als Rußland. Gewiß kann das heutige Deutschland es nicht vergessen, daß Rußland, während des Krieges von 1870, von uns Dank verdient hat. Kaiser Alexander II. hat damals — in Verbindung mit Moltke's genialer Kühnheit das Beste gethan, die Revanche-Intriguen des Grafen Beust lahm zu legen. Wahrscheinlich hatte auch Kaiser Alexander dabei seine eigenen russischen Revanche-Gedanken, und unbestreitbar hat derselbe auch schon 1871 eine für Rußland günstige und wichtige Revision des Pariser Friedens als Lohn seiner Haltung eingeheimst. Der „Golos", der so selbstsüchtig hervorzuheben weiß, wie jede Vergrößerung des Einflusses anderer Mächte im Mittelmeere, z. B. selbst Italiens, Deutschlands politische und ökonomischen Interessen „berühren" müßte, wird nicht bestreiten wollen, daß jene Londoner Revision der völkerrechtlichen Verhältnisse bezüglich des Schwarzen Meeres auch von deutscher Seite ein ernstliches Opfer war. Wir sagen das nicht, um anzudeuten, Rußland habe seinen ihm gebührenden Dank von uns bereits eingezogen. Die politische Freundschaft Rußlands hat für uns nach wie vor einen hohen Werth. Aber —

Digitized by Google

wir können nicht umhin, die fadenscheinigen Übertreibungen, welche der „Golos“ sich in betreff der russisch-deutschen Freundschafts- und Dankesbeziehungen zu Schulden kommen läßt, auf ein richtigeres Maß zurückzuführen. Es ist vor allen Dingen durchaus nicht wahr, daß Rußland schon von Natur, sei es durch seinen Nationalcharakter, sei es durch seine geographische u. s. w. Weltstellung, Deutschland freundschaftlicher gesinnt sei als England und Österreich. Werfen wir zur Prüfung dessen nur einen flüchtigen Blick auf die großen politischen Krisen, welche bei seinem Werden das neue Deutschland bestanden hat. Wer hat sich im siebenjährigen Kriege uns freundschaftlicher bewährt, England oder Rußland? Und wer gegenüber dem ersten Napoleon? Welchen Dank ist Deutschland dem Kaiser Alexander I. schuldig für seinen Memeler Frieden von 1807? Und Kaiser Nikolaus, welchen Dank hat dieser 1848 um Deutschland verdient durch seine hohenpriesterlichen Strafreden gegen das gesamte revolutionäre Westeuropa, und 1850 durch sein schroffes Auftreten in Warschau? Wenn Preußen am noch frischen Grabe des Grafen Brandenburg während des Krimkrieges dennoch aller dieser Unbilden vergaß und aller natürlichen Revanche-Gedanken sich entschlug, — hat es nicht dadurch die freundlichere Haltung Alexanders II. im Kriege von 1870 sich verdient und schon im voraus gleich bezahlt?

„Aber wir wollten nicht eigentlich, wozu der Golosartikel auffordert, auf die „Jahrhunderte“ zurückblicken — seit wie vielen Jahrhunderten ist denn Rußland ein historisches Volk? Wir wollten uns gern daran genügen lassen, wenn nur wirklich das ganz zuträfe, was der „Golos“ bezüglich der nächsten Zukunft sagt: „Was Rußland betrifft, so werde Deutschland, mit welch vollem Vertrauen es auf dessen Freundschaft sich verlassen kann, auf dessen einmal gegebenes Wort bauen können.“ Wir bekennen: wir unseresteils wissen das durchaus nicht! Kaiser Alexander II. mag immerhin seine verschiedenen, in Berlin, Livadi, Reichenbach abgegebenen Versprechungen aufrichtig gemeint haben und noch meinen, wer bürgt uns dafür, daß er dieselben unter allen Umständen, auch nach allzu großen Siegen, würde halten können? Die russische Nation, so weit es eine solche giebt, ist im Innern in zwei radikal entgegengesetzte Parteien gespalten, in die verhältnismäßig harmlosen und selbst deutschfreundlichen „Westler“, an deren Spitze sozusagen der Kaiser Alexander II. selbst steht, und die „Moskowiten“, welche vom Untergange der gesamten westeuropäischen Zivilisation

Digitized by Google

und dem Anbruch eines slawischen „Welttages" voll utopischer, patriarchalisch-kommunistischer Herrlichkeit träumen, voll Kraft und Gerechtigkeit, wie sie bis jetzt noch von niemand erkannt und in keines Menschen Herz gedrungen sind, klar und deutlich selbst nicht einmal in das Aksakows, Tscherkasskis und der anderen moskowitischen Propheten. Um einigermaßen sicher zu gehen, muß Deutschland deshalb doch zugleich noch nach anderen Bürgschaften für seine orientalischen Lebensinteressen suchen, neben dem angegebenen Wort Alexanders, kontrasigniert durch Gortschakow oder gar Ignatiew."

Ein Jahr später schrieb die „Köln. Z." in einem Rückblick auf das Jahr 1878: „Das erschöpfte Rußland bedurfte des Friedens, und wenn es gelang, diesen Frieden durch den Berliner Kongreß herbeizuführen, und Rußland dabei immerhin noch ein leidliches Geschäft machte, so ist das Verdienst dafür ohne Zweifel großenteils dem ehrlichen Makler zuzuschreiben. Indessen hat Rußland nicht alles erreicht, was es wollte. Es ist den Russen schmerzlich gewesen, daß sie vor Konstantinopel stehen bleiben mußten, und die Welt kann sich nicht länger mit Unwissenheit entschuldigen, daß die Absichten der Russen trotz aller Ableugnungen unverwandt auf die Besetzung Konstantinopels gerichtet sind. Als die Türken 1453 das alte Byzanz eroberten, ward diese Eroberung als ein für die abendländische Gesittung unglückliches Ereignis angesehen. Ob es glücklich sein wird für die alten Kulturstaaten Europas, wenn die Russen ihr Kreuz aufpflanzen auf der heiligen Sofia? Das ist sehr zu bezweifeln, und es dürfte keinen Staatsmann Europas geben, der es auf sein Gewissen nehmen möchte, den Russen dazu hilfreiche Hand zu leisten. Nichtsdestoweniger richtet man in Rußland nachträglich Vorwürfe gegen den deutschen Reichskanzler, als ob er sich während des Krieges und während der Friedensverhandlungen nicht dankbar genug gezeigt hätte für die Dienste, die Rußland uns während des französischen Krieges von 1870 erwiesen habe. Man höre nur, was die „Neue Zeit" (Nowoje Wremja) schreibt: „Die Unaufrichtigkeit der Politik des Fürsten Bismarck nach Abschluß des Vertrages von San Stefano kann gegenwärtig nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Indem er uns die Möglichkeit ließ, in ein unmittelbares Einvernehmen mit Österreich zu treten und uns dann unbedingte Unterstützung versprach, machte er dadurch jenes Einvernehmen fast undenkbar. Das Wiener Kabinett stellte natürlich unmögliche Forderungen. Was hätte der eiserne Kanzler gesagt, wenn wir 1871 ihm vor-

Digitized by Google

geschlagen hätten, vor dem endgültigen Frieden mit Frankreich sich mit Österreich in Einvernehmen zu setzen. Der Berliner Kongreß hat uns gezeigt, wie wenig begründet unsere Hoffnungen auf Deutschland waren. Fürst Bismarck hielt sich während des ganzen Verlaufs streng an das Programm, was er offen in seiner berühmten Rede im vergangenen Jahre ausgesprochen hatte: Rußland ist unser Freund und auch Österreich ist unser Freund, und etwas zum Nutzen des einen Freundes und zum Schaden des andern zu thun — ist unpolitisch. Jede wesentliche Änderung auf der Balkanhalbinsel, welche zum Vorteil des Slawentums und folglich zur Erschütterung Österreichs neigt, ist gegenwärtig den Interessen Deutschlands zuwider. Es ist also nichts Befremdendes daran, daß Fürst Bismarck, indem er Rußland unterstützt, auch Österreich unterstützt. Wie schmerzlich auch die Erkenntnis ist, daß weder England noch auch Deutschland einen entscheidenden Erfolg Rußlands auf der Balkanhalbinsel zulassen werden, so muß das jetzt doch anerkannt werden. England fürchtet für die Küstenprovinzen der Türkei, Deutschland für Österreich."

„Die Russen selbst müssen gestehen, bemerkte dagegen die „Köln. Z.", daß Deutschland somit keine eigenen Interessen verfolgt, und daß wir in ihren Augen nur dadurch fehlen, daß wir dort Österreichs Interessen nicht ganz und gar den russischen aufopfern wollen. Daß dies Deutschlands Politik sein würde, hat der deutsche Reichskanzler indessen lange vor dem Ausbruche des Krieges offen angekündigt. Wenn die Russen trotz dessen den Krieg anfingen, für den sie nach dem Völkerrechte Europas keine ausreichenden Gründe anführen konnten, so mußten sie wissen, was sie thaten. Sie mußten wissen, daß trotz der Erschlaffung Europas, ohne die sie einen solchen Krieg gar nicht anfangen konnten, sie schließlich auf dem Wege nach Konstantinopel England und Österreich sich gegenüber finden würden. Was verlangen sie denn eigentlich von uns? Sollten wir ihnen beistehen und Krieg mit Österreich und England anfangen, damit die ganze Balkanhalbinsel dem Slawentum überantwortet werde? Wir würden dadurch den Lebensnerv Österreichs verletzen; denn das Slawentum ist wesentlich russisch, wie Österreich zu seinem Schaden immer deutlicher erfahren wird. Es ist eine grundverkehrte Idee, die gegenwärtig in der Wiener Hofburg herrscht, daß Österreich als slawische Macht einen glücklichen Wettbewerb mit Rußland aushalten könne. Die bosnischen Abgeordneten haben in Agram bereits Bündnisse mit

Digitized by Google

den Kroaten ausgewechselt. Bosnien soll mit Kroatien vereinigt werden, und wenn die Sache ihren weiteren Verlauf nimmt, wenn diejenigen Heißsporne die Oberhand gewinnen, welche die Herrschaft der Habsburger bis zum Ägäischen Meer, wo nicht bis an den Bosporus ausdehnen möchten, so wird man ja sehen, was von Österreich und seinem Dualismus übrig bleibt. Seit wir 1866 mit Österreich Frieden schlossen, haben wir stets gesagt und nicht bloß gesagt, sondern auch mit Überzeugung geglaubt, daß Österreich Deutschlands natürlicher Bundesgenosse sei. Wie kann man von uns erwarten und verlangen, daß wir seine Interessen ohne weiteres der russischen Weltmacht preisgeben sollen, von der früher oder später die Unabhängigkeit aller Staaten Europas bedroht sein wird, nicht am wenigsten die unsrige, da wir am Niemen und an der Weichsel Rußlands nächste Nachbarn sind? Wenn es Rußland gelungen ist, zu dem Ziele, welches es unverrückbar vor Augen hat, zur Auflösung und Zertrümmerung der Türkei, durch den Krieg von 1876 einen bedeutenden Schritt zu thun, so hat es die Möglichkeit des Erfolges großenteils der Politik des deutschen Reichskanzlers zu verdanken; denn er hätte den Krieg mit leichter Mühe verhindern können, wenn er vor dem Ausbruche desselben friedliche Mahnungen hätte nach Petersburg gelangen lassen. Er hat es nicht gethan, er hat sogar verhindert, daß es durch andere geschehe. Und so müssen die Russen ihm dankbar sein, daß er ihnen die Möglichkeit gewährte, ihre hochaufschäumende Kriegslust zu befriedigen. Wer könnte sich vermessen, alle Triebfedern der Bismarckschen Politik zu durchschauen? Aber ein Beweggrund liegt doch klar da. Er wollte sich der russischen Kriegslust nicht widersetzen, um die erregten Leidenschaften des russischen Volkes nicht etwa gegen Deutschland zu wenden. Aber gleichviel, vom russischen Standpunkt aus müßte man an der Newa Deutschland dankbar sein für die wohlwollende Politik, die es Rußland während des Krieges und während der Friedensverhandlungen so oft bewiesen hat. Ein Artikel, wie der obige, schmeckt scharf nach Undankbarkeit. Er hat denn auch unserem auswärtigen Amt sehr mißfallen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.", deren Äußerungen doch nicht oft der Art sind, daß die Russen ihre Freude daran haben können, eine Abweisung erfahren, in welcher es heißt: „Welchen Nutzen ein Russe davon erwarte, eine Verstimmung gegen Deutschland in dem russischen Publikum zu erzeugen, ist nicht abzusehen. Gegebene Verhältnisse, an denen die Stimmungen der

Digitized by Google

beiden Völker dauernd nichts ändern können, machen es zum wohlverstandenen Interesse Deutschlands und Rußlands, daß der eine Staat dem andern wesentliche Dienste leistet ohne vertragsmäßige Verpflichtung und ohne ängstliche Abwägung von Leistung und Gegenleistung. So hat es stets die preußische, später die deutsche Politik und die im wahren Interesse Rußlands geleitete russische Politik gehalten. Die russische Regierung hat denn auch auf Anlaß des orientalischen Krieges niemals von Deutschland verlangt oder erwartet, was die „Neue Zeit" als eine Schuld Deutschlands angesehen wissen will. Sie hat eine der russischen Haltung im Jahre 1870 analoge von der deutschen Politik erwartet und in dieser Richtung ihre Erwartungen übertroffen gefunden. Von seiten Rußlands waren 1870 solche von keinem unmittelbaren eigenen Interesse diktierten Dienste, wie Preußen sie der russischen Politik im Laufe der letzten 50 Jahre geleistet hat, für Deutschland nicht erforderlich. Wären sie es geworden, so würde Rußland, davon sind wir überzeugt, Deutschland mit seinem europäischen Einfluß in gleicher Weise zur Seite gestanden haben, wie dies 1878 umgekehrt der Fall gewesen ist. Wir sind nur deshalb davon überzeugt, weil Rußland den Nutzen einer starken, uns befreundeten deutschen Kraft in den Jahren 1828, 1831, 1854 und 1863 schätzen gelernt hat und siegreiche französische Truppen im Bunde mit siegreichen österreichischen an der oberen Weichsel und der Presna als unangenehme Nachbarn betrachten würde." Damit möchte, fügte die „Köln. Z." hinzu, das Verhältnis Deutschlands zu Rußland klar und richtig bezeichnet sein.

Es war im Frühjahr 1879, daß der Ton der oben citierten „Neuen Zeit" der gesamten russischen Presse einen immer mehr wachsenden heftigen Charakter annahm, Deutschland wurde sogar beschuldigt, das Kriegsfeuer zu schüren, nach den russischen Ostseeprovinzen die Hand auszustrecken, während man für Frankreich lebhafte Teilnahme wegen seiner Bedrohung durch Deutschland bezeugte. Ein Offizier schrieb der russischen „St. Petersburger Zeitung" aus Dünaburg einen Brief, den sie nicht nur bereitwillig abdruckte, sondern auch zum Thema weitgehender Kommentare machte. In diesem Briefe hieß es u. a.: „Darnach, was wir jüngst mit eigenen Augen gesehen, bleibt uns nicht der geringste Zweifel daran, daß alle freiwilligen deutschen Feuerwehren der hiesigen Städte thatsächlich bereits bestehende Kadres deutscher Detachements bilden, zur Aktion in der hiesigen Gegend in der

Digitized by Google

Zeit, wo eines schönen Tages an unserer Westgrenze der erste Allarm geschlagen wird, wo wir mit den Nachbarn zusammenstoßen müssen."

Hiergegen bemerkt die deutsche „St. Petersburger Zeitung": „Was sollen die Russen, denen Beschuldigungen und Anklagen, wie die obigen, vorgelegt werden, und die zufolge der seit lange vorhergehenden Präparation geneigt sein könnten, sie für wahr zu halten, anderes gegen die Ostseeprovinzialen empfinden, als Haß gegen die Verräter, gegen die „am eigenen Busen gewärmte Schlange"? Und was müssen die verleumdeten Bewohner des Ostseegebiets gegen eine Gesellschaft empfinden, deren Organ es wagen darf, sämtliche baltische Feuerwehren des Hochverrats zu beschuldigen, sie als Kadres der deutschen Armee, als Aufrührer hinzustellen, weil die Feuerwehr in Dünaburg nach dem vorliegenden Zeugnis aus Deutschen zusammengesetzt, nach deutschem Kommandowort die notwendigen Exerzitien vornimmt? Es ist kaum ein anderes Gefühl denkbar, als Verachtung. So ist Haß und Verachtung die Saat, welche die russische „St. P. Z." in blindem Fanatismus aussäet."

Den Anschuldigungen Deutschlands wegen kriegerischer Absichten begegnete die deutsche Presse mit den Worten: „Der europäische Frieden liegt wesentlich unter dem Verschluß Rußlands, und auf dieser Seite bilden sich allerdings schwarze Punkte durch die außerordentliche Steigerung der russischen Streitkräfte, die seit dem Berliner Frieden eingetreten ist, während Rußland unter allen europäischen Ländern dasjenige ist, welches mit größter Sicherheit darauf rechnen kann, nicht angegriffen zu werden, die Rüstung also nur einen aggressiven Charakter haben kann. Dasselbe möge die russische Petersburger Zeitung sich zu Herzen nehmen, wenn sie die deutsche Thronrede der Unwahrheit beschuldigt. Der einzige Eroberer, der Europas Frieden bedroht, ohne selbst von irgend einem Angriff bedroht zu sein, ist eben Rußland; die einzige Macht, durch deren drohende Rüstungen, unterstützt von dem Tone ihrer Presse, das ganze übrige Europa verhindert wird, sich dem Vertrauen auf die Dauer des bestehenden Friedens hoffnungsvoll hinzugeben. Rußland hat von dem napoleonischen Frankreich eine Erbschaft der puren Eroberungskriege übernommen. Niemand wird etwas anderes in dem letzten Türkenkriege sehen können. Wie Napoleon 1870 Deutschland, 1862 Mexiko, 1859 Österreich angriff, ohne provoziert zu sein, so hat auch Rußland

Digitized by Google

lediglich in seinem Machtinteresse und für Ländergewinn im Jahre 1877 die Türkei angegriffen, und es ist nicht ersichtlich, welchen andern Zweck die ungeheure russische Armee haben kann, als Eroberung auf Kosten aller Nachbarstaaten, von Asien bis zur Westgrenze. Für die steigenden Kriegsrüstungen muß also das steuerzahlende Europa hauptsächlich und fast ausschließlich die russische Eroberungspolitik verantwortlich machen. Ohne die Rechnung auf eine solche würden auch die Kriegsparteien in Frankreich und die italienische Irredenta sich längst beruhigt haben. Mögen die gesamten russischen Blätter an den Splitter im fremden und den Balken im eigenen Auge denken; es gehört eine ungewöhnliche Unverschämtheit dazu, in dem Lande der einzigen propagandistisch erobernden Nation in Europa solche Anschuldigungen gegen die Politik friedlicher Mächte zu erheben." Als dieser Artikel geschrieben wurde, waren bereits auch für das uneingeweihte Publikum bedenkliche Symptome am politischen Himmel bemerklich geworden, die mit dem Gebaren der russischen Presse nur zu sehr im Einklang standen. Fürst Schuwalow, der mit Fürst Bismarck in den besten Beziehungen stand und mit ihm für Erhaltung des Friedens wirkte, wurde von seinem Posten als Dolmetscher in London abberufen. Fürst Gortschakow hatte die bereits erwähnte Unterredung mit dem Redakteur des orleanistischen Blattes „Le Soleil", der ihm ein Empfehlungsschreiben des Herzogs von Decazes überreichte. Dabei teilte er demselben mit, er habe sich die Feindschaft des Fürsten Bismarck zugezogen, weil er offen die Ansicht vertrat, daß Frankreich stark sein und die ihm gebührende Stellung unter den europäischen Mächten einnehmen müsse. Über ein russisch-französisches Bündnis wurde verhandelt, und die Anwesenheit russischer Prinzen und Generale in Paris damit in Verbindung gebracht. Starke Truppenansammlungen an der preußisch-russischen Grenze bildeten eine deutliche Illustration zu diesem diplomatischen Vorgehen. Fürst Bismarck legte sich die Frage vor, was die Folge sein würde, wenn das russisch-französische Bündnis, welches dieses Mal nicht zustande kam, unter anderen Konstellationen eine Thatsache würde. Angesichts der Vermehrung der russischen Armee, der kolossalen Rüstungen Frankreichs, insbesondere auch durch Anlegung neuer Grenzforts und strategischer Eisenbahnen, glaubte er, einen entscheidenden Schritt thun und Deutschland in die Lage versetzen zu müssen, Front nach zwei entgegengesetzten Seiten zu machen.

Es trat in den Monaten August und September die neue

Digitized by Google

Wendung der deutschen Geschichte in rasch sich folgenden Vorgängen hervor. Fürst Bismarck befand sich in Gastein. Am 23. August wurde nach Berlin gemeldet:

„Die bevorstehende Zusammenkunft in Gastein zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy, von der „Ellenör" meldete, ist kein bloßes Gerücht; sie steht wirklich in Aussicht. Die Wiener Offiziösen bestätigen, daß eine Begegnung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Fürsten Bismarck, infolge eines Schreibens des deutschen Reichskanzlers, sehr wahrscheinlich geworden ist. Nur der Rückschluß des „Ellenör," daß aus dieser Thatsache eine Verlängerung der Krisis und die Möglichkeit gefolgert werden könne, daß Graf Andrassy doch noch im Amte bleiben werde, erscheint der „Presse" und dem „Fremdenblatt" schon deshalb unzulässig, weil das betreffende Schreiben des Fürsten Bismarck vor längerer Zeit eingetroffen und der genaue Zeitpunkt der Begegnung noch nicht fixiert ist.

„Daß Graf Andrassy bei seinem Beschlusse, das Ministerportefeuille niederzulegen, beharrt, wird jetzt wieder als unzweifelhaft hingestellt. Als man dem Grafen die über sein Verbleiben im Amte zirkulierenden Gerüchte zur Kenntnis brachte, soll er geäußert haben:

„Ist man von mir gewöhnt, daß ich Entschlüsse von so wichtigen Fragen ohne weiteres ändere, und wie könnte ich meinen Entschluß in dieser Angelegenheit auch aufgeben, nachdem ich denselben an die Öffentlichkeit gelangen ließ?"

„Sehr bemerkenswert ist dagegen, daß, als der Graf Andrassy kaum in Schönbrunn eingetroffen war, sich der Erzherzog Albrecht, der sonst nicht zu den Verehrern des scheidenden Staatsmannes gerechnet zu werden pflegte, bei ihm melden ließ und seinen Besuch über eine Stunde ausdehnte.

„Man sieht in Berlin die Dinge zum Teil mit einiger Unruhe an. Es ist wenig wahrscheinlich, daß eine österreichische Politik, welche die persönlichen Bürgschaften aufgiebt, die die Person ihres bisherigen Leiters Europa darbot, ohne weiteres imstande sein wird, die gleiche Aktionsfähigkeit wie bisher zu beweisen. Die Stimmen aus St. Petersburg sind in dieser Beziehung sehr bezeichnend und es würde sich doch diesen Manifestationen gegenüber zunächst um die Stützen handeln, welche ein neuer auswärtiger Minister Österreichs in dem Vertrauen von dessen seitherigen Verbündeten findet. Über die Auffassung der Lage durch Deutschland liegt nur die beglaubigte Meldung vor, daß Kaiser Wilhelm dem Grafen

Digitized by Google

Szechenyi gegenüber den Rücktritt des Grafen Andrassy lebhaft bedauerte und die heutige nicht minder bezeichnende, daß Graf Andrassy den Fürsten Bismarck in Gastein aufsucht. Ist die Einladung schon älteren Datums, so ist es um so beachtenswerter, daß ihr gerade jetzt Graf Andrassy nachkommt; daß die deutsche Politik nach dem so sichtbaren Abrücken Rußlands sich nicht in die Lage begeben wird, eventuell sich zwischen zwei Stühle niederzusetzen, wäre zweifellos, auch wenn es nicht Fürst Bismarck wäre, der diese Politik leitet. Daneben wird aber die Lage um so verwickelter, als es sich keineswegs allein um eine Personenfrage handelt, vielmehr Graf Andrassy durch sein Verhältnis zum Grafen Taaffe und durch die inneren politischen Wandlungen in Cisleithanien zum Rücktritt bewogen worden ist. Diese Wandlungen haben aber, obgleich mitveranlaßt durch die deutschen Vorgänge, in Österreich gerade die Elemente in den Vordergrund geschoben, die bis jetzt dem Verhältnisse zu Deutschland am wenigsten sympathisch und zum Teil mit offener Abneigung gegenüberstanden."

Berlin, 26. Aug. „Fast unmittelbar nach den Besprechungen, die Graf Andrassy mit seinem Souverän gehabt hat, ist er nach Gastein gereist. Er hat vor dieser Reise noch mit dem Erzherzog Albrecht, der die Interessen der Armee verkörpert, mit den Ministern Cis- und Transleithaniens konferiert. Und so wichtig mußte dem Grafen Andrassy eine Zusammenkunft mit dem Fürsten Bismarck erscheinen, daß er sie der obersten Aufgabe des Augenblicks, der Beschaffung eines Nachfolgers, vorsetzte. Welche Botschaft, welche Entschlüsse — fragt ein Berliner Blatt — bringt Graf Andrassy nach Gastein? Hat er die Unwiderruflichkeit seines Abgangs anzukündigen? Hat er die Thürklinke noch in der Hand zu behalten und steht zweifelhaft, ob er den Schritt zurück in das Amt oder vorwärts in den Ruhestand thun soll? Kommt er, die geschehene Wahl eines Nachfolgers noch anzukündigen, oder die Unmöglichkeit, im Augenblick eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen? Will Graf Andrassy die Ansichten des deutschen Reichskanzlers über die Aufnahme, welche diese oder jene Persönlichkeit in Europa finden möchte, kennen lernen? Alle diese Unterstellungen sind möglich. Sicher wird es Graf Andrassy an Versicherungen nicht fehlen lassen, daß ein Wechsel in der Politik Österreichs nicht beabsichtigt sei, und sich dabei zuverlässig auf die Aussprüche seines Kaisers und aller Minister stützen können. Die Frage für Deutschland bleibt nichts destoweniger die, ob nach dem Rücktritt des Grafen

Digitized by Google

Andrassy die genügende Grundlage eines vertrauensvollen Einverständnisses zwischen Österreich und Deutschland bleibt. Es sind kaum mehr wie vierzehn Tage, seit die beiden Kaiser in Gastein sich begrüßten. Damals war eines der ersten Worte des Kaisers Franz Joseph, als er in Gastein ankam: Die Tschechen kommen (d. h. in den Reichsrat). Seitdem ist der Gedanke zu Ende gedacht worden, er heißt: Andrassy geht. Hat man bei der Kaiserzusammenkunft in Gastein mit anscheinender Berechtigung behauptet, daß die persönlichen Beziehungen im Vordergrund gestanden haben, so ist die jetzige Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner, trotzdem einer davon ein scheidender ist, ein für die fernere Geschichte Europas markierender Tag. Denn die Reisen Andrassys, Cairolis und die in Aussicht stehende Manteuffels zeigen schon rein äußerlich, daß auf dem Zeitenwebstuhl ein neuer Einschlag in Arbeit ist."

Berlin, 28. Aug. „Ein Wiener Blatt äußert sich zu dem inzwischen erfolgten Rücktritt des Grafen Andrassy dahin, daß Graf Andrassy die Aufgabe übernommen habe, in Gastein dem Fürsten Bismarck klar zu machen, daß mit dem Personenwechsel, welcher sich im auswärtigen Amt vollzieht, kein Systemwechsel stattfinden werde, daß die Persönlichkeit, welche berufen sei, ins Palais auf dem Ballplatze einzuziehen, dieselben Intentionen Deutschland gegenüber habe, wie der Graf Andrassy selbst."

Fürst Bismarck hat sich vom Grafen Andrassy mit den Worten getrennt: „Auf Wiedersehen in Wien."

Berlin, 1. Sept. „Graf Andrassy ist Freitag Vormittags nach Wien zurückgekehrt. Der Minister ist nach allem, was aus seiner Umgebung verlautet, von seinem Aufenthalt in Gastein sehr befriedigt. Die Besprechungen, die er mit dem Fürsten Bismarck gepflogen, entbehren trotz des privaten und vertraulichen Charakters der Begegnung selbstverständlich nicht der politischen Bedeutung; sie werden es dem Nachfolger des Grafen Andrassy zweifellos erleichtern, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unserer Monarchie und dem deutschen Reiche in der alten Weise fortzuführen. Wenn hie und da die Vermutung ausgesprochen wurde, es werde dem Fürsten Bismarck doch noch vielleicht gelingen, den Grafen Andrassy zum Zurückziehen seiner Demission zu bestimmen, so glauben wir kaum, daß der deutsche Reichskanzler solch einen Versuch während der letzten Tage gemacht hat; wenigstens wäre derselbe von vornherein so gut wie aussichtslos gewesen, denn es war im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß

Digitized by Google

Graf Andrassy sich, nachdem er seinem Souverän gegenüber auf seiner Demission bestanden hatte, entschließen würde, von seinem Entschluß auf das Drängen eines fremden Staatsmannes, und wäre es auch des bedeutendsten, abzugehen."

Berlin, 3. Sept. „Kaiser Wilhelm hat heute Morgen um 7 Uhr 12 Minuten Berlin verlassen und sich auf der Ostbahn nach Alexandrowo zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser Alexander begeben. Der Extrazug, der den Kaiser und sein Gefolge führte, bestand aus einem Salonwagen und 2 Hofwagen; das Gefolge des Kaisers war ein unpolitisches. Wie man uns sagt, ist der Beschluß der Zusammenkunft der beiden Kaiser kaum 24 Stunden vor der Abreise des Kaisers Wilhelm gefaßt worden. Am Montag fand ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Generalfeldmarschall Frhrn. v. Manteuffel in Warschau statt. Der letztere übermittelte die dringende Einladung des Kaisers Alexander an unseren Kaiser, ihm auf seiner Reise nach Königsberg an der Grenze Gelegenheit zu einer Zusammenkunft zu geben. Die Vorbereitungen dazu sind so geräuschlos und heimlich betrieben worden, daß das Gefolge des Kaisers erst gestern Nachmittag Kunde von der Reise erhalten hat. — Die Sendung Manteuffels nach Warschau ist nicht in Übereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck erfolgt. Er verspricht sich von der Zusammenkunft in Alexandrowo keine Wirkung, wollte aber einem Herzensbedürfnis des Kaisers, zur Aufrechterhaltung der russischen Freundschaft das möglichste zu thun, sich nicht entgegenstellen. Der Kaiser hatte kurz zuvor ein Schreiben des Zaren erhalten, worin es heißt: „Ew. Majestät Kanzler hat die Versprechungen von 1870 vergessen". Die Verstimmung ist also keine geringe".

„Die Zusammenkunft der Kaiser in Alexandrowo — schreibt ein Berliner Blatt — wird in der Geschichte deutsch-russischer Beziehungen Epoche machen. Wir sind allzu wenig unterrichtet über die Herkunft der leichten Wolken, welche nach dem „J. de St. Pét." jetzt zerstreut sind, wir haben nur den Wind durch die Spalten der Zeitungen rauschen hören, der diese Wolken vor sich her trieb, und manchmal glaubte man dazwischen einen Ton zu vernehmen, der wie das Grollen eines fernen Donners klang. Wir nehmen gern die Versicherung entgegen, die heute Abend die „Agence russe" gibt, die Zusammenkunft in Alexandrowo sei „die beste Antwort auf die jüngsten Versuche, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu stören; diese Zusammen-

Digitized by Google

kunft gebe den Beweis, daß in dem Geist der beiden Monarchen die Traditionen tief eingeprägt seien, durch welche dieselben, neben den Banden der Verwandtschaft, als durch die ihnen von ihren Vorfahren ererbten Erinnerungen und Beispiele mit einander verbunden würden." Wir wollen an diese Worte nur eine kurze Bemerkung knüpfen:

„Verständigen wir uns zunächst über die äußere Erscheinung des Moments. Nur wenige handelnde Personen sind auf der Bühne; die ganze übrige Welt bildet eine zuschauende Masse, welche über die Bedeutung der Vorgänge nur flüchtige und abgerissene Worte hört. Der Bahnhof in Alexandrowo, in dem sich die Monarchen trafen, war nicht stärker gegen alle indiskreten Blicke abgesperrt und bewacht, als es die politischen Beziehungen sind, die man uns gestern als getrübt, heute als hergestellt verkündet. Wir Deutsche wissen die Vertretung unserer Interessen wie der Erfordernisse unserer äußeren Stellung, um das oft mißbrauchte Wort Würde hier aus dem Spiel zu lassen, in zu sicheren Händen, als daß wir auch nur einen Augenblick in dieser Richtung irgend eine Beunruhigung verspüren könnten. Allein den Eindruck, den diese Vorgänge auf die Bevölkerung in sehr umfassenden Kreisen hervorgerufen haben, scheint es uns doch am Platze zu fixieren.

„Wir wissen in Deutschland überhaupt nur, daß in den russischen Blättern sich ein von den dortigen Offiziösen sekundierter Zeitungslärm erhob, daß dabei die Allianz Deutschlands gekündigt, es und seine Regierung des Verrats beschuldigt wurden, der offizielle russische Regierungs-Anzeiger diese Sprache als die Grenzen der Mäßigung überschreitend, ein anderes autorisiertes Blatt sie als „unopportun" bezeichnete; daß darauf die Sendung des Feldmarschalls von Manteuffel erfolgte und daran sich die Kaiserzusammenkunft schloß, bei welcher unser greiser Herrscher die Gastfreundschaft seines kaiserlichen Neffen in einem polnischen Grenzstädtchen annahm. Aus dieser Thatsache drängt sich der deutschen Bevölkerung der Eindruck auf, daß es Deutschland war, welches die Kosten des Streites trug, und daß, soweit eine Ausgleichung desselben in Frage stand, es unser teurer Kaiser war, welcher den größeren Teil des Entgegenkommens übernommen hatte. Wie sollten wir die so väterlichen und liebevollen Gesinnungen nicht würdigen, die jeder Zug in dem Verhalten unseres erhabenen, ehrwürdigen Herrschers und auch diesen charakterisieren!

„Aber so wenig wir uns anmaßen, in die Geheimnisse der

Digitized by Google

großen Politik einzudringen, die Thatsache bleibt zu konstatieren, daß das Entgegenkommen und der gute Wille Deutschlands, der sich in so markanter Weise darthut, der Situation doch in den Augen der deutschen Bevölkerung ein eigenes Gepräge aufgedrückt hat. Die offiziösen und offiziellen Fehden, die jetzt noch ausbrechen sollten, brechen trotz der Kaiserzusammenkunft, man könnte sagen, über sie hinweg aus; sie würden jene Zusammenkunft der Beruhigung geradezu zum Gradmesser der Unmöglichkeit einer solchen Beruhigung machen. Der Glaube, daß es sich um unbedeutende Reibereien handelt, ist durch den Nachdruck, der ihnen gegeben worden ist, verwischt. Der Ernst der Dinge hat sich hervorgekehrt und wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß ihm von allen Seiten Rechnung getragen werde. Denn eine zweite Kaiserzusammenkunft würde schwerlich mit dem gleichen Resultate erfolgen können, wenn die Umstände sich wiederholen sollten, deren die „Agence russe" jetzt als der jüngsten Versuche, die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu stören, gedenkt.

„Die Thatsache bleibt, daß wir Rußland gegenüber aus dem Stande der Unschuld gekommen sind. Es ist eine abgeschmackte Thorheit, von der deutschen Bevölkerung im großen und ganzen zu behaupten, daß sie in Rußland etwas andres sieht als einen alten Alliierten, mit dem man gern auf dem besten Fuße verkehrt. Aber wir glauben, daß man in Rußland jetzt genugsam mit dem Gedanken gespielt hat, diese Allianz mit einer geradezu Deutschland feindlichen Stellung zu vertauschen. Was die deutsche Bevölkerung aus den Vorgängen der letzten Wochen sich zu eigen gemacht hat, ist der Gedanke, daß unter Umständen aus solchem Spiele Ernst werden könnte und Wolken, die sonst unbeachtet vorüberzogen, Gegenstand nachdenklicher Erwägungen werden. Rußland und Deutschland sind zu große und gewaltige Kräfte, als daß sie sich anders als im vollständigsten Ernst nehmen könnten. Diejenigen, welche für die Leitung dieser Staaten verantwortlich sind, haben wir über ihre Pflichten sicherlich nicht zu belehren. Aber in Verhältnissen, wie sie plötzlich zwischen Rußland und Deutschland sich entwickelten, werden schließlich die Nationen solidarisch verantwortlich für das, was der einzelne thut, namentlich auch verantwortlich für die Gesamthaltung ihrer Presse. Es ist ein höchst ungerechtfertigter Vorwurf, den man in Rußland gegen uns erhebt, wir begehrten, die Stellung der dortigen Presse zu gunsten einer

Digitized by Google

deutschfreundlichen Politik zu fesseln. Wir haben gerade den außerordentlichen Vorteil eben aus der offenen Sprache der russischen Presse gezogen, welche Gesinnungen dort in jedem gegebenen Augenblicke hervorbrechen können. Und wir halten die Freiheit der Presse allzuhoch, als daß wir ihr Schranken gezogen wissen möchten außer den alleinigen, die jeden Staatsbürger binden. Wir appellieren vielmehr an die Besonnenheit und Kaltblütigkeit aller Teile, auf dem jetzt durch ein bedeutsames und einziges Ereignis gewonnenen Boden der Beruhigung sich einzurichten und ein Verhältnis zu pflegen, mindestens mit dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit zu behandeln, bei dem schon die Besorgnis, es könnte gestört werden, zu einer augenblicklichen Gefahr werden kann. Möchten die Anstrengungen der Presse, statt auf Mithilfe bei manchmal sogar ganz leeren Streitigkeiten, darauf gerichtet sein, die Beziehungen beiden Nationen im Interesse des Friedens und der Wohlfahrt zu erhalten und zu verbessern."

Berlin, 19. September. „Als die Nachricht, daß Fürst Bismarck Wien besuchen werde, zuerst auftauchte, hatte man sofort allgemein die Empfindung, daß es sich hier um einen Akt von großer politischer Bedeutung handele. Und diese Empfindung hat sich im Laufe der letzten Tage sichtbar gesteigert; sie hat sich einen besonders kräftigen Ausdruck gesucht in dem Gerüchte, daß es sich um den Abschluß eines Schutzbündnisses handele.

„Die Unterhaltungen, welche Fürst Bismarck mit dem Kaiser Franz Joseph und mit dessen Ministern, den scheidenden wie den zukünftigen, führen wird, werden sich sicher nicht auf diesen oder auf jenen Punkt beschränken, sondern sie werden die gesamte europäische Politik von A bis Z umfassen. Sie werden sich auch kaum mit dem Resultat begnügen, festzustellen, wie man sich dieser oder jener bestimmten Eventualität gegenüber zu gemeinsamem Handeln verständigen könne, sondern sie werden voraussichtlich in ganzer Tiefe und Breite untersuchen, wie weit sich die Interessen der beiden Reiche berühren und wo sie etwa von einander abweichen mögen.

„Den großen Vorteil hat der Verlauf der Orientkrise gehabt, daß sie uns klar vor die Augen stellte, wie nah sich in dieser Frage die wohlverstandenen Interessen der beiden Reiche mit einander berühren, wie sie völlig ineinander fließen. Sie hatte mit völliger Schärfe den Punkt bezeichnet, bis zu welchem Deutschland die Interessen Rußlands unterstützen und von welchem ab es denselben

Digitized by Google

entgegentreten mußte. Die Interessen Deutschlands und Österreichs bleiben bis über diesen Punkt hinaus völlig identisch. Und wenn Österreich für seine Bestrebungen auf dem Kongresse die vollste diplomatische Unterstützung Deutschlands gefunden hat, so kommt seine jetzige militärische Machtentfaltung an der Lim auch den wohlverstandenen Interessen Deutschlands wieder zu gute.

„Für das ganze zukünftige Verhältniß der beiden Nachbarreiche muß die Gemeinschaft, in welche sie durch das Verfolgen gleichartiger Ziele in der Orientfrage getreten sind, von nachhaltigem Nutzen sein; die Überzeugung, daß Deutschland und Österreich auf einander angewiesen sind, daß sie weit näher auf einander angewiesen sind als irgendwie andere Reiche, die in voller Unabhängigkeit selbständig nebeneinander existieren, lebt seit langer Zeit in den Völkern.

„Gerade, seitdem der politische Zusammenhang zerrissen ist, welcher eine Fessel für die freie Kraftentwickelung derselben war, hat sich das Verhältnis zu einem besonders innigen gestaltet, und die Erfahrungen, die wir in der Orientfrage gemacht haben, haben zu den Wünschen der Regierungen und der Völker den Beweis der Thatsachen hinzugefügt. Österreich hat, indem es im Südosten eine selbstbewußte und kraftvolle Politik verfolgte, auch uns einen Dienst geleistet. Nur in den Zeiten der äußersten Schwäche hat sich Preußen gleichgültig und teilnahmslos gegen die Gestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel verhalten.

„Eine genaue Revision des Bestandes der schwebenden Fragen wird das Resultat ergeben, daß wie hier auch überall sich die Interessen Deutschlands und Österreichs mit einander decken, und daß beide aus einem vollkommenen Einverständnisse nur Vorteil ziehen können. Wie aber gerade die Uebereinstimmung zwischen den beiden Reichen es war, welche einen glücklichen Ausgang des Berliner Kongresses ermöglicht und dem Weltteil den Frieden gesichert hat, so ist zu hoffen, daß ihr ferneres gutes Einvernehmen eine Bürgschaft für die Bewahrung des Friedens bleibt."

Berlin, 22. Oktober. „Soeben fuhr Kaiser Wilhelm, von Baden-Baden zurückgekehrt, im offenen Wagen und dem Anscheine nach recht wohl und munter vom Potsdamer Bahnhof zum Palais. Das Volk jubelte ihm zu und hatte zu diesem Jubel mehr Veranlassung als es vielleicht wußte. Der Kaiser hat auch diesmal seine eigenen Empfindungen bei Seite gesetzt und ist dem strengen Gebote der

Digitized by Google

Pflicht gefolgt, indem er nach schwerem Kampfe der vom Reichskanzler in Wien inaugurierten Politik seine Zustimmung und Unterschrift erteilt hat. Von dem Tage an, wo Fürst Bismarck nach Berlin zurückkehrte, bis zu seiner Abreise nach Varzin, hat unser Staatsleben eine der schwersten Krisen durchgemacht. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums, wo angeblich von der Reform unserer Verwaltung die Rede gewesen sein sollte, wurde über ganz andere Dinge verhandelt. Der Reichskanzler und Ministerpräsident hielt einen tiefdurchdachten Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die inneren und äußeren Gefahren, denen es vorzubeugen und nötigenfalls entgegenzutreten gilt. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon sehr ergriffen und versicherten, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland zugejubelt haben. Mit dem vielbesprochenen Vertrage zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn verhält es sich folgendermaßen: Nachdem Bismarck und Andrassy sich vollständig geeinigt hatten, wurde in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph über diese Vereinbarung ein Protokoll aufgenommen und von diesem Protokolle zwei Exemplare ausgefertigt, jedes dazu bestimmt, von einem der beiden Kaiser unterschrieben zu werden. Das gesamte preußische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Notwendigkeit jenes hochwichtigen politischen Schrittes überzeugt, und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Kabinett des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nun sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, was zwar nur friedliche Zwecke verfolgt, aber doch möglicherweise uns in einen Kampf mit Rußland verwickeln könnte. Dem Grafen Stolberg gelang es, bei seiner achttägigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden. Se. Majestät hat die Zustimmung und Unterschrift erteilt. Ob dies ganz in der ursprünglich beabsichtigten Weise geschehen ist, lassen wir dahingestellt. Genug, es handelte sich hierbei nicht um eine bloße Förmlichkeit, auf die nur diejenigen Gewicht legen können, die den ganzen Zusammenhang nicht kennen. Allein wichtig ist, daß Kaiser Wilhelm ebenso wie Kaiser Franz Joseph seine allerhöchste Zustimmung und Unterschrift erteilt hat und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, am 15. d. M. (Oktober). Die übrigen Mitglieder

Digitized by Google

der Kais. Familie sind mit den Wiener Abmachungen und der Politik des Reichskanzlers vollkommen einverstanden."

Berlin, 18. Nov. „Der Besuch des russischen Thronfolgers in Wien und Berlin hat in demonstrativer Weise dargelegt, daß Rußland entschlossen ist, durch die deutsch-österreichische Vereinbarung sich nicht verletzt zu zeigen. Und doch hat diese Vereinbarung den ausgesprochenen Zweck, Österreichs Deckung gegen den Panslawismus zu verstärken. Den Schutz gegen den Panslawismus sucht Österreich, in welchem fast 20 Millionen Slawen leben, zunächst in seiner eigenen Macht und in der Anhänglichkeit seiner slawischen Völker gegen die Dynastie. Die „Nordd. Allg. Ztg." hebt in einem vielbemerkten Artikel hervor, daß, wenn Österreich einen weiteren Schutz gegen russische Übergriffe suchen wollte, es diesen nicht bei Frankreich finden könnte, das an der slawischen Frage wenig interessiert und für das Eingreifen bei einem Verteidigungskrieg zu entlegen sei. Frankreich wäre nicht, so bemerkt das citierte Blatt, wie Deutschland durch den Schaden Österreichs mitbedroht und mitbetroffen, es wäre nicht, wie Deutschland geographisch in der Lage, die Schädigung Österreichs mitzuempfinden und wirksam zu verhindern.

„Diese sicher autorisierten Worte der „Nordd. Allg. Ztg." ziehen die Linie, welche die deutsch-österreichische Entente nach russischer Seite abgrenzt. Es ist wohl nicht bloßer Zufall, sagt ein Berliner Blatt, daß dieser Artikel am Tage der Ankunft des Thronfolgers in Berlin erschienen ist. Alle Versuche, jene feste Scheidelinie zu verwischen, werden damit zurückgewiesen. Österreich und Deutschland bilden eine Gruppe, die mit anderen Mächten Verständigungen eingehen kann, deren Verhältnis zueinander aber außer Diskussion gesetzt ist. Davon hat sich der Thronfolger sicher in Berlin nicht minder überzeugt als in Wien. Während aber Rußland, das doch in erster Linie betroffen ist, mit diesem Vorgang sich bereits auseinandergesetzt hat und die möglichst gute Miene dazu macht, beginnen merkwürdigerweise die Franzosen, dieses Bündnis außerordentlich übel zu nehmen. Und nachdem bis jetzt die Orleanisten sich darüber in Zorn geredet hatten, nehmen jetzt die Gambettisten dieses Thema mit verstärktem Nachdruck auf. Frankreich ist wieder einmal „gemindert", isoliert, dupiert und was man sonst für Ausdrücke erfindet, um der übelsten Laune Ausdruck zu geben.

„Das österreichisch-deutsche Einverständnis ist ein Friedensbündnis. Italien, das im ersten Augenblick darüber etwas ver-

Digitized by Google

stimmt war, hat sich besonnen. Die Art, wie die französische Presse die italienischen Ansprüche in Ägypten behandelt, hat den italienischen Staatsmännern ja sicher genügende Auskunft darüber gegeben, was sie von jener Seite im Orient zu erwarten haben. Die Elemente, welche mit dem Gedanken eines Krieges spielen, können sich nicht beruhigen, sie sehen eine ganze Reihe von Chancen, die sie für gesichert hielten, ihren Händen entschlüpfen und in der Aufregung darüber decken sie ihre Karten vollständig auf. Denn was kann für Frankreich in der Idee Verletzendes liegen, daß ein Vorwärtsgehen Rußlands nach Konstantinopel auf die österreichische Schildwache stößt? Offenbar hatten die französischen Allarmisten eine andere Verwendung für diese Schildwache in Aussicht genommen und während sie Straßburg nicht vergessen können, das sie verloren haben, schlagen sie es gering an, den Orient noch dazu zu verlieren.

„Das Ergebnis der Wiener Verhandlungen wird sicherlich für das künftige Verhalten Rußlands etwas Maßgebendes, Begrenzendes haben, das ist aber doch etwas ganz anderes, als wenn jemand jenes Ergebnis ein gegen Rußland feindseliges benennt. Deutscherseits müssen wir allerdings den Wunsch hegen, daß im Zarenreiche künftig noch besser als bisher überlegt werde, wie viel von uns billigerweise verlangt werden darf. Bei der Unternehmung des Krimkrieges wurden in Rußland die ungemessensten Ansprüche an die Willfährigkeit Österreichs erhoben, welche in Wien ohne Selbstvernichtung gar nicht bewilligt werden konnten, und nachdem die unumgängliche Ablehnung erfolgt war, wurde die sogenannte Undankbarkeit Österreichs ein förmlicher Glaubenssatz des russischen Volkes und seiner Regierung. Neuerdings ist eine preußische oder deutsche Undankbarkeit in Schwung gekommen, welche aber gleichfalls bei keiner rechten Prüfung des Vorwurfs Stich hält. Es kann zu nichts führen, unternimmt man abzuwägen, ob seit einer gewissen Zeit und besonders seit 1863 Preußen von Rußland oder dieses von jenem mehr und größere Unterstützung und Förderung empfangen habe; die Meinungen hierüber werden immer geteilt bleiben, in unserem Nachbarlande liebt man die Versicherung, seinerseits einen zurückzuzahlenden Vorschuß geleistet zu haben. Nur daran kann gelegen sein, daß man sich auf beiden Seiten klar macht, welche Lebensbedingungen der andere hat.

„Es ist in Rußland oft so gesprochen worden, als wenn es erlaubt gewesen wäre, die österreichischen Slawen auf eine Stufe

Digitized by Google

mit den türkischen zu stellen und für jene ebenso wie für diese letzteren Befreiung vom Joche ihrer Beherrscher zu fordern. Jedermann in Rußland muß aber einsehen, daß solche Reden nur die Wirkung haben können, Österreich zum Todfeinde zu bekommen, und daß sie nimmermehr geführt werden dürfen, wenn Friede bestehen soll. Indessen ist es noch nicht genug damit, die österreichischen Slawen vorläufig unangefochten unter habsburgischem Szepter zu lassen; die öffentliche Meinung in Rußland muß sich noch entschließen, einen Schritt weiter zu gehen und einzuräumen, daß auch die Frage der Befreiung der türkischen Slawen oder Christen, oder besser gesagt, die Frage der Beseitigung der Türkenherrschaft ohne Rücksichtnahme auf die europäischen Nachbarstaaten nicht gestellt werden darf. Denn daß die ganze Türkei ein gebührendes Erbstück für Rußland sei, das ist doch einmal eine aufs äußerste überspannte Ansicht, die sich weder geschichtlich begründen, weder auf Religions- noch auf Stammesverwandtschaft stützen und sich unter solchen Gesichtspunkten nicht durchführen läßt. In der Türkei leben viele Völker, die mit dem russischen Volke weder stamm- und religionsverwandt sind, deren Boden aber gleichwohl als ein rechtmäßiges Erbe Rußlands gern in Anspruch genommen wird. Dies können die anderen Staaten nicht anerkennen. Wenn die Türken außer stande sind, ihre Herrschaft fortzusetzen, so ist das eine Angelegenheit, welche außer den Nächstbeteiligten eine jede europäische Großmacht, eine jede nach ihren besonderen Umständen berührt.

„Wie sollte es auch bei so großen Änderungen von Besitztiteln anders sein können? Auch der deutsche Reichskanzler hat zu keiner Zeit gesagt, daß es für Deutschland eine orientalische Frage nicht gebe, daß diese Frage uns gleichgültig sei. Er hat wohl erklärt, daß er wegen untergeordneter Streitpunkte dem Kaiser nicht raten werde, das Schwert Deutschlands in die Wagschale zu werfen; er hat ein anderesmal erklärt, wir seien an einem Falle nicht so nahe beteiligt wie andere Mächte und könnten diesen die Austragung überlassen; daß er aber gesagt haben soll, die ganze Zukunft des Orients habe für ihn oder für Deutschland nicht den Wert, um die Knochen eines pommerschen Musketiers daran zu setzen, das ist wohl eine Erinnerung, wobei der wahre Zusammenhang verloren gegangen ist."

Digitized by Google

Kommentare dieser Art waren es, mit welchen die nationale Presse Deutschlands den Verlauf der Katastrophe des Herbstes 1879 begleitete. Genauere Nachrichten über den Inhalt der Wiener Abmachungen kamen erst drei Jahre später, zur Zeit der Erneuerung des Friedensbündnisses. Erst damals wurde dieses vollständig erkannt als ein „regelrecht und in aller Form abgeschlossenes, in Dokumenten niedergelegtes, auf gegenseitigem Bedürfniß beruhend, durch beider Mächte Interessen festgekittet, die bleibende Grundlage der Verhältnisse Mitteleuropas, an der die Strömung der Tagesereignisse nichts abzuspülen vermag." Von offiziöser Seite wurde in diesem Sinne gemeldet: „Das Bündnis ist auf eine bestimmte Frist, nämlich auf fünf Jahre abgeschlossen. Es dauert also, da als Tag des Vollzugs der 15. Oktober 1879 gilt, bis zum 15. Oktober 1884; aber es hat sich bisher so bewährt und verspricht auch künftig eine so große Friedensbürgschaft für beide Reiche zu bleiben, daß man wohl auf dessen Verlängerung rechnen kann. Es ist ein Verteidigungsbündniß, als dessen wesentlicher Inhalt angegeben wird, daß, wenn eins der beiden Reiche von zwei Seiten zugleich angegriffen würde, das andere Reich zur Hilfeleistung verpflichtet sei. Das ist gewiß der mächtigste Damm, welcher allen möglichen französisch-russischen Zettelungen gegenüber aufgeworfen werden kann. Ein solches Bündniß zwischen Ost und West hat um so weniger Aussicht, wenn das Gegenbündnis im voraus gesichert ist. Übrigens wird durch das Bündnis keineswegs ausgeschlossen, daß ein Staat dem andern Hilfe leiste, wenn er auch nur von einer Seite angegriffen werden sollte. Das hängt von den Umständen ab. Über den Abschluß dieses wichtigen Bedürfnisses erfährt man nachträglich noch einige nähere Umstände. Man weiß, wie große Mühe es gekostet hat, Kaiser Wilhelm zur Unterzeichnung zu bewegen. Fürst Bismarck hatte die Verabredung in Wien mit den österreichischen Staatsmännern und in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph getroffen, konnte aber nicht im voraus bestimmen, ob es ihm gelingen werde, die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn zu erlangen. Doch setzte er sein Reichskanzleramt an diese Angelegenheit. Man erinnert sich, daß Graf Otto von Stolberg-Wernigerode nach Baden-Baden reiste, wo sich damals die kaiserlichen Herrschaften aufhielten, um die Genehmigung des Kaisers zu erwirken. Es wird versichert, daß damals Fürst Bismarck zur Unterstützung des Grafen täglich an den Kaiser geschrieben und jedem seiner Briefe eine kleine Denkschrift beigelegt habe. Die

Digitized by Google

Bismarckschen Denkschriften von 1879 werden als kleine Meisterstücke gepriesen. Kaiser Wilhelm kam es sehr schwer an, einen Vertrag zu unterzeichnen, der zwar nur ein Verteidigungsbündnis sein soll, aber doch möglicherweise gegen Rußland zur Ausführung kommen könnte, während er stets ein inniges Verhältnis zu Rußland und seinem teuren Freunde Alexander II. als Grundlage seiner Politik betrachtete. Er machte bei der Erteilung seiner Unterschrift zur Bedingung, daß nach Petersburg Mitteilung über den Vertrag, zugleich mit Betonung des ausschließlich friedlichen Zweckes desselben gemacht würde. Der Vertrag selbst scheint nicht nach Petersburg mitgeteilt worden zu sein. Offenbar hinderte er nicht, daß die verbündeten Mächte zu Rußland in den freundlichsten Beziehungen stehen können, wie dies denn gegenwärtig glücklicherweise der Fall ist."

Es hat gegen diese Details des Inhaltes des Wiener Vertrages an Einwänden nicht gefehlt. „Wir glauben gern, sagte man, daß in Wien unser Reichskanzler Beistand für den Fall nicht begehrt hat, daß uns die Franzosen und sie allein angreifen; denn Deutschland würde mit seinen eigenen Kräften dem Kampfe gewachsen sein. Es ist denkbar, daß unter gewissen veränderten Verhältnissen Deutschland zugleich von russischer Seite einen Angriff erführe und dann würde es, jener Zeitungsäußerung zufolge, für Österreich an der Zeit sein, sich zu unserem Besten in Bewegung zu setzen. Aber wie soll es denn geschehen, daß Österreich von zwei Seiten her angegriffen wird? Setzt man Rußland als einen Angreifer voraus, wo und wer ist der zweite? Frankreich — dies ist ein großer Vorteil, den Österreich in dem ihm anscheinend so ungünstigen Jahre 1866 gewonnen hat — kann jetzt an Österreich nicht mehr heran. Seit Jahrhunderten ist jetzt das Habsburgische Reich zum ersten Male französischen Nachstellungen entrückt, ganz und gar in Sicherheit versetzt, — oder sollen etwa französische Fregatten in der Gegend von Cattaro oder Zara etwas Pulver verknallen, sollen rote Hosen bei Triest an das Land gesetzt werden? Damit hat es keine Not, die Franzosen können Österreich nichts mehr zuleide thun; es würde sonach nur allein Italien verfügbar bleiben, wenn jemand seine Augen umhersenden und für Rußland einen Verbündeten gegen Österreich suchen wollte. Es haben nun zwar einige Italiener ein Gelüst nach Habsburgischen Besitzungen; aber von da bis zu einem Bündnis zwischen Italien und Rußland, um dadurch der Befriedigung jenes Gelüstes näher zu kommen, ist doch

Digitized by Google

noch ein weiter Schritt. Niemals wird Italien ihn thun, so lange bloß ein Zerwürfnis zwischen Rußland und Österreich vorliegt; käme einmal ein Kriegsbündnis zwischen Rußland und Frankreich zustande, welches aber stets seine Spitze gegen Deutschland, wenigstens was Frankreich betrifft, richten würde, und träte Österreich dann auf unsere Seite — für diesen Fall läßt sich freilich die Haltung Italiens heute nicht vorherbestimmen. Aber das wäre auch ein ganz anderer Fall, wie der, von welchem wir in diesem Augenblick sprechen. Da wir einmal bei dem Gegenstande sind, so können wir noch die Frage stellen: was würde wohl Italien thun, wenn die Franzosen allein sich wieder einmal auf uns würfen? würde es sich den Franzosen anschließen und ihnen Hilfstruppen zuführen, würde es auch nur einem neuen Garibaldi gestatten, Freischaren gegen uns auf französischem Boden ins Gefecht zu führen? Wir glauben, daß dies dem König Humbert und daß es auch der Linken im Parlament nicht zugetraut werden darf, und wenn Herren von der Linken eine Neigung dazu verspürten, so würden sie doch zu bedenken haben, daß sie damit Österreich, das mit Deutschland ein Übereinkommen geschlossen hat, ernstlich beunruhigen würden, und daß, wenn Österreich sich erhöbe, auch Rußland nicht still sitzen möchte. Italien würde also mit einer vorwitzigen Parteinahme für ein uns angreifendes Frankreich ganz Europa mit Kriegsflammen überschütten, und vor dieser Rolle wird es sich hüten. Wir haben nur andeuten wollen, warum jene Zeitungsnachricht über die Abmachungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Andrassy für genügend und genau nicht zu halten ist, und zu diesem Zwecke werden unsere vorstehenden Bemerkungen ausreichend sein. Es ist ein unnützes Bemühen, in eine Abmachung eindringen zu wollen, welche mit Fleiß nicht bekannt gemacht wird."

Als Herr von Kalnoky, der zweite Nachfolger des Grafen Andrassy, im Oktober 1883 in der ungarischen Delegation über die Möglichkeit eines Angriffkrieges seitens Rußlands interpelliert wurde, bemerkte er, daß der Friede um so gesicherter sei, als Rußland für den Fall eines Angriffskrieges gegen Österreich-Ungarn eine „andre Macht" an Österreichs Seite finden würde. Hier war also nicht mehr von einem doppelten Angriff die Rede.

Die oben erwähnten Details des Wiener Vertrages wurden im Dezember 1882 veröffentlicht, zur Zeit, als, wie schon bemerkt, jener Vertrag erneuert wurde. Es war der Pester „Nemzet", ein

Digitized by Google

regelmäßig durch die ungarische Regierung gut unterrichtetes Blatt, welcher im August 1883, an auffallender Stelle, angeblich auf Grund verläßlichster Information, die Mitteilung brachte, das zwischen Deutschland und der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehende Bündnis sei bereits Ende des Vorjahres auf weitere sechs Jahre verlängert worden. Der „Pester Lloyd" wies gleichzeitig darauf hin, wie er bereits einige Tage zuvor in der Lage war zu erklären, daß das im Jahre 1879 auf fünf Jahre abgeschlossene Bündnis über das Jahr 1884 hinaus seine formelle und moralische Kraft ungeschwächt bewahren werde und daß es spezieller Verhandlungen zu diesem Zwecke nicht erst bedürfe, weil die Frage der Verlängerung des Bündnisses längst durch die österreichisch-ungarische und die deutsche auswärtige Regierung gelöst ist. „Die Zeugnisse dieser beiden Blätter, so wurde in Berlin bemerkt, sind im höchsten Grade beachtenswert, es fehlt übrigens auch nicht an innern Gründen, welche für die Thatsache des Abschlusses einer Verlängerung des Bündnisses wie dafür sprechen, daß für die Publikation des Abschlusses gerade im jetzigen Augenblick bestimmende Gründe vorliegen. Es ist bereits darauf hingewiesen, daß das Erscheinen des Königs von Rumänien am kaiserlichen Hoflager auf ein Verhältniß besonderer persönlicher und politischer Intimität schließen läßt. König Milan von Serbien hat bekanntlich eine Einladung zu den Manövern bei Frankfurt a. M. erhalten. In Wien werden sich, wie Wiener Blätter melden, im Laufe der nächsten Woche die beiden Könige von der Balkanhalbinsel begegnen. Aus diesen Thatsachen wie aus den Vorgängen in Bulgarien und der Prätendenten-Hochzeit in Cetinje ergiebt sich, daß die Stellung auf der Halbinsel jetzt definitiv genommen worden. Rumänien und Serbien haben die Anlehnung an das österreichisch-ungarische Bündnis gewählt, sie würden das kaum haben thun wollen, wenn über die Fortsetzung des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich noch Zweifel bestände. Der Schluß, daß der Augenblick der Reisen der beiden Könige zur Deklarierung des Abschlusses der Verlängerung des Vertrages genommen wurde, ist ein ungemein naheliegender. Interessant ist die Mitteilung des „Nemzet", daß die Erneuerung des Bündnisses zur Jahreswende stattgefunden hätte. Die Erneuerung trifft so zusammen mit der Reise des Herrn v. Giers nach Varzin und Wien, mit der offiziösen Preßkampagne der Herbstmonate und der Reise des Grafen Herbert Bismarck nach Wien. Die politische Schiebung, welche im vorigen Herbste sich

Digitized by Google

ankündigte, war so zum Abschluß gekommen; die Stellung, welche der europäische Friedensbund im Augenblick einnimmt, ist eine außerordentlich starke, und niemand wird so leicht an derselben rühren wollen. Aus der Polemik, welche im Herbst vorigen Jahres geführt worden ist, darf man schließen, daß der Vertrag zwischen Deutschland und Österreich nicht nur verlängert, sondern auch in seiner Tragweite verstärkt worden ist. Das Erscheinen des Grafen Kalnoky in Ischl bei unserm Kaiser, die an ihn geschehene Verleihung des schwarzen Adlerordens erhalten durch die Nachricht des „Nemzet" eine weitere Illustration." In das Ende des Jahres 1882 oder in den Anfang des nächsten Jahres fiel aber auch der Eintritt Italiens in die mitteleuropäische Friedensliga.

Für Wien und Pest bedeutet ein Bündnis mit Italien: den Rücken oder die Flanken frei haben, und was Italien betrifft, so hielt man, als Fürst Bismarck einmal im Reichstage behauptete, daß die italienische Demokratie bewußt oder unbewußt zum Umsturz des Königtums, zur Republik dränge, diese Äußerung vielfach für eine oratorische Übertreibung. Seitdem die Motive mehr oder weniger bekannt geworden sind, welche Italien zum Anschluß an Deutschland-Österreich bewogen haben, weiß man, in welcher Bedrängnis sich die italienische Regierung vor den Demokraten des eigenen Landes befunden hat. Seitdem zumal die Politik, welche Frankreich, zu dem sonst der Zug der Herzen der Italiener hindrängte, in Afrika (Tunis) verfolgte, der italienischen Regierung jeden Zweifel über die französische Interessenpolitik hinwegnahm, klopfte Italien im deutschen Norden an, wie es bereits gethan, als die alten Monarchisten in Frankreich mit Hilfe der Madonna von Lourdes die öffentliche Meinung beherrschten und der Einzug Königs Heinrich V. jeden Tag zu gewärtigen war.

Das Verhältnis Italiens zu Deutschland war lange ein schwankendes. Vor dem Kriege von 1870 befand sich ersteres, unser Alliierter von 1866, in der Phalanx jener Liga, die im Begriff stand, für Frankreich gegen Deutschland die Waffen zu ergreifen. Hierüber berichtet Ollivier, der ehemalige Minister des Kaiserreiches, der dem Kaiser „mit leichtem Herzen" zum Kriege geraten, in einer Schrift über „Kirche und Staat auf dem politischen Konzil" folgendes:

„Die Ereignisse von 1870 stellten die Gesinnungstüchtigkeit eines jeden auf die Probe. In Folge der Unterhandlungen, die im Jahre 1869 eingeleitet und unterbrochen wurden, hatten

Digitized by Google

sich der Kaiser von Österreich und der König von Italien durch eigenhändige Schreiben verpflichtet, dem Kaiser Napoleon in dem Falle eines Krieges gegen Preußen beizustehen. Als die französische Regierung erfuhr, daß Herr v. Beust auf die Einflüsterungen Visconti-Venostas einen Beistand, den weder der König, noch der Kaiser im Prinzip ablehnten, an die Bedingung knüpfte, den Italienern Rom preiszugeben, war es nicht diese oder jene klerikale Persönlichkeit, die sich zuerst gegen diesen Vorschlag erhob, sondern ich selbst, der ich gewiß niemals klerikaler Gesinnungen verdächtig war. Der Kaiser befand sich in St. Cloud, ich schrieb ihm sofort am 25. Juli: „Sire! die Idee, welche Ihnen Herr v. Beust nahe legt, Rom den Italienern auszuliefern, ist jämmerlich und ganz unausführbar. Dafür werden Sie weder in Ihrem Ministerrat noch im Lande eine Majorität finden. Wenn Sie den Vorschlag annehmen, wird zu der äußeren Krisis sogleich auch eine innere treten und ein Teil der Nation, der jetzt Feuer und Flamme ist, wird sich in Eis verwandeln. Ew. Majestät weiß, daß ich kein Anhänger der weltlichen Herrschaft des Papstes bin, mein Blick ist also um so freier, wenn ich erkläre, daß diese Politik uns nur ins Unglück führen kann. Mit Italien haben wir nur eine ehrenwerte, sichere, von allen Teilen angenommene Grundlage, das ist die Konvention vom 15. September. Wenn wir nicht, um die Preußen zu bekämpfen, nach ihrem Vorbilde auf Treu und Glauben ganz und gar verzichten wollen, müssen wir an diesem Vertrag halten. Keine Allianz kann einen Verstoß gegen die Ehre aufwiegen. Die Ehre verbietet uns aber, aus Rom abzuziehen, so lange Italien uns nicht verspricht, die Konvention vom 15. September zu achten, und ihr nicht Achtung zu verschaffen". Am nämlichen Tage antwortete mir der Kaiser: „Mein lieber Herr Ollivier! Ich bin in bezug auf die Depesche des Freiherrn v. Beust ganz Ihrer Ansicht". Zum Ruhm des Königs Viktor Emanuel muß noch hinzugefügt werden, daß dieser loyale Entschluß, dessen gebieterische Gründe seinem Scharfsinn nicht entgingen, seine guten Gesinnungen gegen uns keineswegs abkühlte. Er verwahrte sich gegen den Schacher, den man uns im Augenblicke der Gefahr in seinem Namen angesonnen hatte, er erinnerte sich, daß wir kein Pfand in Händen hatten, als wir von den Alpen herabstiegen, um ihn zu retten. Hätten nicht Unglücksschläge von zermalmender Schnelligkeit jeden guten Willen lahm gelegt; hätte nicht alsbald eine Revolution die persönlichen Verpflichtungen, die er dem Kaiser gegenüber eingegangen war, gelöst,

Digitized by Google

der erste König von Italien hätte nicht sein Königs- und Edelmannswort verraten und sein Reich nicht auf eine Felonie gegründet. Er hat daraus gegen niemand ein Hehl gemacht. Als er später in Berlin eintraf und sich mit Kaiser Wilhelm allein befand, war, wie er später selbst erzählt hat, sein erstes Wort: „Ich muß Ew. Majestät gestehen, daß ich im Jahre 1870 auf dem Punkte gestanden bin, gegen Sie die Waffen zu ergreifen". „Ich weiß es wohl", entgegnete der deutsche Kaiser. Die gemäßigte Partei in Italien hätte nur einige Umstände gemacht, und wäre dann doch ihrem Könige gefolgt. Was aber die extreme Partei betrifft, so wäre sie auch, wenn wir ihr Rom und den Papst ausgeliefert hätten, preußisch gesinnt geblieben. Der Haß gegen Frankreich ist bei ihr, wenn dieses nicht gerade anarchische Saturnalien feiert, sozusagen ein Glaubenssatz. Ihrem wahren Gedanken hatte der wilde Ruf eines italienischen Abgeordneten Ausdruck gegeben, ein Ruf, den selbst die siegreichen Preußen nicht vor dem ausgehungerten Paris ausgestoßen haben: „delenda Gallia"; Europa werde nicht eher Ruhe haben, als bis Frankreich unwiderruflich von dem Range einer Großmacht herabgestürzt und in mehrere autonome Königreiche aufgelöst sei."

Jene Liga, Österreich, Italien, Frankreich, die bei den deutschen Siegesfanfaren von Weißenburg und Wörth auseinanderstob, neu zu sammeln und mit verändertem Programm zu organisieren, war der aus Ultramontanismus und Revanche zusammengesetzte Plan, der sich durch das erste Dezennium nach dem Kriege wie ein roter Faden hindurchzog. War Italien, das sich unter Verhältnissen befand, die mit denen Deutschlands vielfach sich deckten, am schwersten zu gewinnen, so blieben doch die Beziehungen zu Deutschland ohne eine konkrete Form. Sie beschränkten sich auf Austausch von Sympathieen in der Presse, in den Kammerreden, bei fürstlichen Besuchen, während bei einer zahlreichen Klasse von Politikern die alten Beziehungen zu Frankreich die stärkste Nachwirkung äußerten. Das Kokettieren mit Frankreich, die Freihandpolitik, die Italia irredenta waren die Elemente, aus denen sich die herrschende Politik lange zusammensetzte.

Bei Gelegenheit des fünfundzwanzigjährigen Regierungs-Jubiläums des Königs Viktor Emanuel (März 1874) wurde in Berlin, von liberaler Seite, bemerkt: „Eine der Schattenseiten, die das Bild des Königs trüben, ist die: Er überläßt das Regieren zu sehr seinen jeweiligen Ministern und findet es nicht der Mühe

Digitized by Google

für wert, sich in ruhigen, normalen Verhältnissen um den Gang der Regierungsmaschine umzusehen. Droht eine politische Krise, so liebt es Viktor Emanuel, sich mit Männern aller politischen Parteien zu besprechen, und ihre Meinung anzuhören, aber er entscheidet durchaus selbständig. Er kennt alle Parteien, alle Fraktionen, alle Schattierungen aufs genaueste, ihre Persönlichkeiten, ihre Interessen, ihre Zwecke; er soll ein außergewöhnlich scharfes und richtiges politisches Urteil haben und sich durch persönliche Sympathieen oder Antipathieen in der Politik nicht beherrschen lassen. Hat er einmal seinen Entschluß gefaßt und sein Ministerium bestellt, so läßt er dieses schalten und walten, wie es eben mag. Nicht daß er auf irgend einen Minister oder Ministerium ein übermäßiges Vertrauen setzte — dies liegt weder im Blute noch in den Traditionen des Hauses Savoyen — glaubt er mit der Annahme eines Ministeriums seine Pflicht erschöpft zu haben. Er legt der Wirksamkeit des jeweiligen Ministeriums keine Hindernisse in den Weg, unterzeichnet, ohne sie weiter anzusehen, jährlich wenigstens 10000 verschiedene Dekrete, nie aber ist gehört worden, daß er jemals seine Minister in irgend welcher Weise durch seinen ungeheuren persönlichen Einfluß gefördert habe. Daher sagt man von ihm in Italien, daß er Personen, denen er notorisch wohl will, von dem Augenblick hasse, wo sie seine Minister werden und daß er, wenn er die Minister scherzweise seine Padroni nenne, an diesem scheinbaren Verhältnisse durchaus keinen Gefallen finde.

„Ein konstitutioneller Doktrinär mag dies ganz korrekt finden und die Indifferenz des Königs als die leibhaftige „Charte vérité“ preisen, wir tadeln sie, im Interesse Italiens und Viktor Emanuels selbst und endlich auch im Interesse Deutschlands, das so vielfach mit dem Interesse Italiens verknüpft und verschlungen ist. Wir meinen keineswegs, daß der König sich mit den administrativen Detailfragen befassen oder gar in den Lauf der Justizverwaltung eingreifen darf, aber es ist keine unbillige Forderung, daß er sich für den allgemeinen Gang der Regierung interessieren und, allerdings nicht direkt, wohl aber durch sein Ministerium, die Beseitigung bemerkter Mißstände veranlassen sollte. Italiens innere Verwaltung, seine Armee und seine Flotte würden sich unstreitig in besserer Lage befinden, wenn sich der König mehr dafür interessiert und die Verwaltung seiner oft ganz unfähigen Minister besser kontrolliert hätte. Freilich trifft die Schuld zunächst seine Minister selbst, die ihm keine solche Teilnahme einzuflößen gewußt

Digitized by Google

oder in ihrem persönlichen Interesse zu verleiden gesucht haben mochten. Aber Viktor Emanuel hat stets gewußt, daß das Amt des Königs nicht allein in der Sanktion verfassungsmäßiger Gesetze und in der Unterzeichnung königlicher Dekrete bestehe. Etwas mehr politische Thätigkeit hätte auch auf sein Privatleben einen veredelnden Einfluß geübt und uns die Vorwürfe erspart, welche wir ihm zu machen bemüßigt waren.

„Doch, wir wiederholen es, diese Schattenseiten können zwar das königliche Lichtbild trüben, aber keineswegs verwischen. Viktor Emanuel feiert sein 25jähriges Regierungsjubiläum im 54. Lebensjahre und wir hoffen, daß ihm noch ein langes Leben beschieden ist. Mögen die herzlichen Huldigungen seines Volkes und die ebenso herzliche Teilnahme Europas an der Feier des heutigen Tages ihm zeigen, wie sehr die Zeitgenossen seine Verdienste um sein Vaterland und um die Sache des Fortschrittes der Menschheit zu würdigen wissen, möge ihm dieser Tag auch ins Gedächtnis rufen, daß, nachdem er durch Mitwirkung eines großen Ministers und glücklicher politischer Umstände seinen Vater durch Ausführung seiner Lebensaufgabe gerächt hat, er sein Leben nicht würdiger ausfüllen kann als durch die lebendigste Teilnahme an der Regierung und durch unausgesetzte persönliche Thätigkeit zum Wohle seines Volkes, dem er Einheit und Freiheit des Vaterlandes geschaffen hat und dem er diese großen Güter für die Zukunft zu sichern verpflichtet ist. Selbstverständlich meinen wir keine „persönlich“ inkonstitutionelle Regierung, welche die Laune des Herrschers dem Staat als oberstes Gesetz auferlegen möchte — diese Art Regierung hat namentlich in Italien auch verständige, wohlgesinnte Fürsten kläglich zu Grunde gerichtet — sondern wir verstehen darunter den berechtigten Einfluß, den ein intelligenter, erfahrener Fürst neben Parlament und parlamentarischem Ministerium auf den Gang der Regierung ausüben kann und soll, ohne sich dem Verdachte absolutistischer Velleitäten auszusetzen. Dies wird namentlich in einem jungen Staate wie Italien zu einer unabweislichen Notwendigkeit.

„Wir sind weit entfernt, den Patriotismus der regierenden Klassen Italiens in Zweifel stellen zu wollen. Aber sie sind in Parteien zersplittert, die in einem jungen Staate sich nicht mit der Sicherheit historisch gewordener Anschauungen und erfahrungsmäßig gefestigter politischer Grundsätze gruppieren können. So persönlich ehrenhaft die Führer dieser Parteien und Parteifrak-

Digitized by Google

tionen auch sein mögen, so werden dieselben doch stets, weil unhistorisch, mehr nach persönlichen als nach sachlichen Interessen handeln und diese Interessen mit denen des jungen Staates identifizieren. Es ist aber noch sehr fraglich, ob diese Identifizierung eine politische Berechtigung hat. Für uns, die wir diesem Parteitreiben fern stehen, ist die Antwort einfach, denn wir anerkennen nur ein berechtigtes Interesse, das Interesse Italiens, das glücklicherweise mit dem dynastischen Interesse Viktor Emanuels identisch ist. Die Parteien, welche durch hundert Zufälligkeiten im konstitutionellen Staate zur momentanen Herrschaft gelangen können, werden diese stets in ihrem Parteiinteresse führen und mit diesem fallen. Diesem Wechsel gegenüber steht das dauernde Interesse der Dynastie, welches Viktor Emanuel jenen gegenüber zu großer Geltung bringen muß, wenn er, wie es das ganze liberale Europa wünscht und hofft, die Einheit und Freiheit Italiens dauernd sichern will."

Was hier mit besonderer Beziehung auf die innere Politik gesagt ist, findet seine Anwendung auch auf die äußere Politik. Trotz der „Versöhnungsreise" von 1873 blieb die Politik der freien Hand, die Anziehungskraft Frankreichs, die Abneigung gegen Österreich, und höchstens ein platonischer Zug der Sympathie für Deutschland bei der Regierung bestehen. Auch als im Jahre 1876 die langjährige Herrschaft der Rechten, das Ruder auf die Deutschland freundlichere Linke überging, änderte sich faktisch wenig. Noch 1880, zwei Jahre nach dem Tode Viktor Emanuels, wurde von Berlin aus bemerkt: „Es sind genau vier Jahre, daß in Italien Ministerien der Linken regieren, abwechselnd Depretis oder Cairoli geheißen, wie sich die Könige von Dänemark immer Friedrich oder Christian nennen; doch im Augenblicke regieren Cairolis und Depretis zusammen. Der Marchese Visconti-Venosta, der während der langen Herrschaft der Rechten der geschätzteste Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewesen war, eröffnete eine dreistündige Rede, für die er von den Zeitungen seiner Partei in den Himmel erhoben wird, weil er darin alle Sünden der Gegenpartei vollständig berichtete. Wir wollen nun sogleich hinzufügen, daß Herr Crispi, der zwar zur Linken gehört, der sich aber mit einigen Freunden von den Ministern abgesondert hält, seinerseits bemerkte, es würde die auswärtige Politik auch nicht anders verlaufen sein, wenn in den letzten vier Jahren die Rechte noch am Ruder gewesen wäre; es seien durchaus ihre Wege von den Nachfolgern

Digitized by Google

fortgesetzt worden. Darin stimmten alle Redner überein, daß die italienische Nation sich in einer unbefriedigten Stimmung befinde. Denn es ist in der Nachbarschaft, in der Türkei, eine große Veränderung vor sich gegangen, ohne daß Italien irgend etwas dabei gewonnen hat. Den Berliner Kongreß, so wird gesagt und geklagt, verließ Italien, ohne in einem einzigen europäischen Staate einen näher verbundenen Freund zu besitzen; und bis auf den heutigen Tag hat es mit keinem andern Staate eine Interessengemeinschaft gefunden oder erkannt, geschweige denn etwas darüber festgestellt. Deutschland und Österreich sind einander näher gerückt, was jedenfalls eine Veränderung auf der Weltbühne enthält, wenn sich auch noch keine entschiedeneren weiteren Folgen daran angeknüpft haben; Italien hat zu diesem Ereignis noch keine Stellung genommen. In diesen Umständen ist der Nation zu Mute geworden, als wenn sie festgefahren oder verschlagen, in Meereseinsamkeit auf einem Schiffe ohne tüchtiges Steuer sich befände und es denen, welche es lenken und für die Fahrt sorgen sollen, an Wissen, Umsicht und Mut gebräche. Es wird ohne Gedanken, ohne Plan von Jahr zu Jahr dahin gelebt; es wird nichts vorbereitet, es bleibt den andern Staaten überlassen, nach ihrem Sinn für die Zukunft zu wirken; oder wenn einmal einer oder mehrere von ihnen etwas Bedeutendes unternehmen, so würde sich in Italien erst eine Meinung darüber zu bilden haben, was denn nun das eigene Land thun solle."

Fürst Bismarck stand der innern Entwickelung Italiens skeptisch gegenüber. Auf seine im Jahre 1875 eingenommene Stellung gegen das italienische Garantiegesetz, das dem Papste nur Rechte gäbe, und ihn für feindselige Akte gegen auswärtige Regierungen unangreifbar mache, kamen die Italiener noch im Jahre 1882 zurück. Die italienische Presse behauptete, daß Fürst Bismarck vor sieben Jahren gesprochen und gedacht habe und heute noch denke, als wolle er ein bekanntes deutsches Soldatenwort für sich anrufen: Was thue ich mit einem Papste, der mir nicht verantwortlich und der für mich unangreifbar ist? Es war in den Tagen des heftigsten Krieges, als Pius IX. die preußischen Maigesetze für null und nichtig erklärt hatte; unser Kanzler, sagten die Italiener, rief damals aus: ich muß mich an jemand halten können, wenn der Papst auf die Angehörigen meines Staates eine Einwirkung ausübt, welche dem Staate schädlich ist. Wolle Italien dem Papste Freiheit gewähren und sie vertreten, so sei es auch für den Ge-

Digitized by Google

brauch verantwortlich, den er von seiner Freiheit mache. Sonst würde ein Papst mit weltlicher Herrschaft vorzuziehen sein: ihm könnte man Krieg erklären und schon ein Kriegsschiff in den Häfen von Civitavecchia könnte dazu genügen; die heutige Sachlage erlaubte dies nicht und müsse besser geregelt werden. Denselben Standpunkt wie vor sieben Jahren soll aber nach der Auffassung der italienischen Presse der deutsche Reichskanzler im Grunde auch jetzt noch einnehmen, wiewohl sein gegenwärtiges Verhalten anders aussieht und seine Sprache anders klingt; er soll auch heute, indem er die Großmächte zu einer Regelung der Verhältnisse der Kurie zu bestimmen wünscht, nur den Gedanken verfolgen, daß er einen verantwortlichen Papst haben will.

Im November 1882 erregte eine Äußerung, welche Fürst Bismarck im Reichstag that, in Italien einige Verstimmung, namentlich unter den Ministern, die sich wohl bewußt waren, daß sie selbst viel dazu beigetragen hatten, dieses Urteil wahr zu machen. „In Italien, sagte Fürst Bismarck, ist der Schwerpunkt von Ministerium zu Ministerium immer mehr nach links geglitten, so daß es, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gehen kann." Minghetti, der ehemalige Minister der Rechten, vertrat diese Äußerung des deutschen Kanzlers in der Deputiertenkammer. Mancini, Minister des Äußern, wollte dieselbe Äußerung nur als Warnung für Deutschland gerichtet ansehen. Zwei Tage darauf erklärte der auswärtige Minister in der Deputiertenkammer, er sei glücklich, der Kammer mitteilen zu können, daß er vor einigen Stunden ein Telegramm erhalten habe, in welchem Fürst Bismarck mit großer Kourtoisie ihm danken lasse für die vorgestern von ihm in der Kammer abgegebenen Erklärungen über die Äußerungen des deutschen Reichskanzlers im Reichstage. Die Auffassungen dieser Äußerungen durch den Minister Italiens, habe Fürst Bismarck hinzugefügt, stehe vollständig im Einklang mit der Auffassung desjenigen, der sie gethan; man könne wohl nicht zweifeln, weder an den freundschaftlichen Gefühlen und Absichten des Fürsten Bismarck Italien gegenüber, noch auch an der Aufrichtigkeit seiner Wünsche für die erlauchte, mit dem deutschen Kaiserhause so eng verbundene italienische Dynastie. Mancini schloß seine Erklärung mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die Italiener, nachdem jede unnütze Diskussion in der Kammer und im Lande aufgehört habe, sich allesamt vereinigen würden in den Gefühlen der Sympathie und der Freundschaft für Deutschland

Digitized by Google

und in den Gefühlen ruhigen Vertrauens und der Achtung für die hohe Weisheit und die Seelengröße des erhabenen Staatsmannes, der an der Spitze der deutschen Reichsregierung stehe.

Die Frage des Anschlusses an das Bündnis Deutschlands und Österreichs beschäftigte Italien seit dem Tage der Abschließung desselben. Im Mailänder Journal „Il Pungolo" erschien am 9. Dezember 1879 eine aus Rom vom 7. November datierte Korrespondenz, welche die Bemühungen des Exministers und Senators Jacinis um Herstellung einer Friedensliga zwischen Deutschland, Österreich und Italien zum Gegenstand hatte. Aus dieser Korrespondenz hatte sich anscheinend der „Fanfulla" seine Nachricht von dem Schreiben des Fürsten Bismarck herausdestilliert, das damals in Europa großes Aufsehen machte und die allgemeine Abrüstung bezweckte. Der Telegraph hatte ihm diesen Niederschlag bereitwillig abgenommen und am gleichen Tage, den 9. Dezember, nach Berlin befördert. Der Artikel des „Pungolo" bewahrt auch heute noch ein gewisses Interesse, insofern er die Bildung einer konservativen Partei in Italien auf neuen Grundlagen und Erleichterung der Finanzen durch Abrüstung erstrebt. Der „Pungolo" sagte u. a.: „Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich hier das Motiv enthülle, durch welches der Senator Jacini zur Veröffentlichung seiner Schrift über die Konservativen und die Entwickelung der Parteien Italiens sich gedrängt fühlte. Jacini, bekanntlich ein Freund Lamarmoras, hatte hervorragenden Anteil am Zustandekommen der italienisch-deutschen Allianz. Seit unserem Einzuge in Rom war Jacini wiederholt in Wien wie auch in Deutschland, und konnte im Verkehre mit hervorragenden politischen Persönlichkeiten sich davon überzeugen, daß die jetzigen konservativen Bemühungen Bismarcks vorzugsweise dahin gerichtet sind, die Uebereinstimmung und Verbindung einer respektablen Anzahl von Mächten herbeizuführen, durch welche eine teilweise Abrüstung und eine Besserung der finanziellen Lage der Staaten sich ermöglichen ließe. Die Freunde Bismarcks machten aus dessen Politik vor Jacini kein Hehl. Dieser gieng nun daran, eine konservative Partei zu bilden, die, ein aufrichtiges und loyales Einverständnis mit Deutschland in ihr Programm aufnehmend, dem Staate, ohne das Ansehen und die Bedeutung der Armee zu schmälern, große Ersparnisse im Heeresbudget ermöglichen würde. Während seines Aufenthaltes in Rom konferierte Jacini mit Campello, Stuart und anderen, welche die Sache bereits angebahnt hatten. Sowohl er als

Digitized by Google

auch alle, die nach einem ernsten politischen Ziele streben — und zu diesen zählt Graf Andrea Sola aus Mailand — sind keine Männer, die in bezug auf das nationale Programm irgendwie transigieren, und sie werden in ihren Bestrebungen namentlich durch die Thatsache ermutigt, daß Jacini in Deutschland und Österreich sich davon überzeugen konnte, wie sehr daselbst die Bildung einer konservativen Partei in Italien als ein Element des Friedens und der Ordnung angesehen wird. Baron Keudell, der Vertreter Deutschlands an unserem Hofe, und ein sorgfältiger Beobachter unserer öffentlichen Zustände, hält sich davon überzeugt, daß allgemeine Neuwahlen der Linken sehr zum Nachteil gereichen würden. Die Uebereinstimmung der Besonnenen in Italien mit jenen Deutschlands und Österreichs, in bezug auf die partielle Abrüstung, ist von nicht geringer Bedeutung."

Abrüstung: das war die Parole, die auch in Berlin laut wurde, als zuerst die Nachricht von der Herstellung eines zentraleuropäischen Friedensbundes erscholl. Es war das im April 1883. Fürst Bismarck hatte — nach Mancinis Geständnis — die Reise des Königs Humbert nach Wien bewirkt, im Oktober 1881. Über den Zeitpunkt, zu welchem sodann die Abmachungen zwischen Italien, Deutschland und Österreich zustande gekommen sind, existieren verschiedene Lesarten. Es kann als im hohen Grad wahrscheinlich betrachtet werden, daß der Abschluß in die ersten Wochen des Jahres 1883 fiel. Daß der Weg von Rom nach Berlin über Wien geht, war der italienischen Diplomatie schon seit geraumer Zeit geläufig. Für die Situation zu Ausgang des Jahres 1882 bleiben die Artikel bezeichnend, welche Bedeutung und Tragweite des österreichisch-deutschen Bündnisses einer eingehenden und keineswegs überall befriedigenden Untersuchung unterzogen. Möglich, daß gerade damals die kritische Periode namentlich für die Regelung der Grundlagen der Verständigung zwischen Wien und Rom gewesen ist. Die Verständigung, welche zwischen Italien, Deutschland und Österreich getroffen worden ist, verbindet nach den Mitteilungen der „N. A. Ztg." jede der drei Mächte, auch bei dem vereinzelten Angriff Frankreichs auf eine der Mächte, den Angriff gemeinsam abzuweisen. Nach dem, was über das deutsch-österreichische Bündnis verlautete, setzte der casus foederis den Angriff zweier Staaten auf einen der Vertragsschließenden voraus. Es läge also in der neuen Abmachung nach Darstellung der „N. A. Ztg." auch Österreich gegenüber eine Erweiterung des bisherigen Vertragsrahmens

Digitized by Google

Und zwar liegt das in der Natur der Sache. Denn der Fall, daß Italien von zwei Seiten angegriffen wird, dürfte noch weniger denkbar sein, als das schon bei Österreich der Fall ist.

„Das große Ereignis des Tages, schrieb die „Nat.-Zeitg." am 7. April, ist die Nachricht von der Herstellung eines zentraleuropäischen Friedensbundes. Sind Deutschland, Österreich und Italien entschlossen, sich gemeinsam gegen jeden zu wenden, der den europäischen Frieden bricht, während sie selbst sorgfältig die Rechte aller Nachbarn respektieren, so nehmen, wie selbstverständlich, alle kleineren Staaten ihren Anschluß an diesen Bund, der ihnen Sicherheit und Frieden gewährleistet. Gegen die außerordentlichen materiellen und moralischen Machtmittel, über welche ein solcher Friedensbund verfügt, bleibt keinem vereinzelten Staat bei einem Friedensbruch Hoffnung auf Erfolg; auch einem Bündnis von mehreren, wie man sich dies auch zusammenstellen wollte, wären die verbündeten Staaten schon durch ihre zentrale Lage überlegen. Von der Königsau bis zur Südspitze von Sizilien, von der Mosel bis zum Bug erstreckt sich das Gebiet dieser friedlichen Vereinigung, mehr wie zwei und eine halbe Million Soldaten würden Rücken an Rücken dem friedlichen Willen auch die Macht der Niederwerfung des Störers zufügen. Mit Recht hat der „Temps" hervorgehoben, daß Deutschland, Österreich und Italien imstande sind, Europa den Frieden aufzuzwingen.

„Über die Form der Abmachungen zwischen den zwei Kaiserstaaten und Italien spricht sich die „Nordd. Allg. Ztg." nicht mit Bestimmtheit aus. Es kann das nicht verwundern, wenn man erwägt, daß über den Vertrag mit Österreich aus dem Jahre 1879 noch vor wenigen Monaten gestritten werden konnte. Wie die römische „Italia" wissen will, sind drei identische Protokolle ausgetauscht worden und ist die Dauer der Verabredungen auf fünf Jahre festgesetzt. Der überall reproduzierte Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." erklärt nicht zu wissen, ob vertragsmäßige Abreden bestehen. Wir können uns damit begnügen, daß von einer Dementierung der Behauptung, daß solche Abmachungen existieren, ausdrücklich Abstand genommen worden ist.

„Die Nachrichten, welche über die Bedeutung der neuen Tripelallianz in die Welt gegangen sind, stimmen darin überein, daß sie das Verhältnis zu Frankreich in den Vordergrund der Vertragszwecke rücken. Als vor einigen Monaten Herr v. Giers auf seiner großen diplomatischen Tour in Varzin und Berlin angekommen

Digitized by Google

war, verlautete aus guter Quelle, der russische Staatsmann habe sich über seine Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck dahin geäußert: Es hätten namentlich die Zustände in Frankreich den Gegenstand der Besprechungen gebildet. Indessen ist es keineswegs wahrscheinlich, daß die Abmachungen der neuen Allianz selbst sich speziell mit Frankreich beschäftigen; wenn Rußland gegenüber die französischen Verhältnisse betont worden sind, so liegen die Gründe nahe. Österreichs Sorgen gehen ostwärts, Frankreich ist ihm nur in zweiter Linie von Interesse. Die Annäherung der französischen Nachbarschaft in Italien wird Österreich wohl weniger in das Auge fassen, als Verwickelungen auf der Balkanhalbinsel, an der Donau und am Bug.

„Die Art, wie die „Nordd. Allg. Ztg," über Frankreich sich ausspricht, läßt erkennen, daß die vertragenden Mächte sich diesem Lande gegenüber in jeder Richtung die größte und schonendste Reserve aufgelegt haben. Nichts destoweniger ist es in hohem Grade bemerkenswert, wie die Zustände Frankreichs in jenem Artikel der Betrachtung unterzogen werden. Das Vertrauen in die Stabilität der gegenwärtigen Regierung Frankreichs ist keinesfalls ein so großes, daß man die Sorge bezüglich dessen, was kommen könnte, als allzu verfrüht ablehnt. Die Befürchtung, daß infolge eines etwaigen Wechsels der Regierung in Frankreich eine Störung des Friedens von dort ausgehen könne, wird sehr ernsthaft diskutiert und für den Fall als gerechtfertigt erklärt, wenn durch Umwälzungen, die außerhalb des gegenwärtigen französischen Staatsrechtes sich vollzögen, ein Mann oder ein Prinzip zur Regierung in Frankreich gelangte, welche durch einen Appell an die kriegerischen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene unsichere Herrschaft zu befestigen suchten. Diese Erklärung ist dazu angethan, die Regierung der französischen Republik vollständig über die Ziele der verbündeten Staaten zu beruhigen. Die Monarchisten in Frankreich suchen die öffentliche Meinung daselbst gegen die Republik aufzustacheln, indem sie behaupten, die Wiederherstellung des Königstums werde Frankreich von seiner Isolierung befreien und ihm als Mitgabe eine Reihe glänzender Allianzen bringen. Die jetzigen Vorgänge demonstrieren gerade das Gegenteil. Es ist wenig Zweifel daran möglich, daß die Staatsveränderung in Frankreich, von welcher in Europa am meisten eine kriegerische Wendung gefürchtet wird, die Berufung der Orleans auf den restaurierten französischen Thron wäre. Daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" namentlich auf diese Eventualität hinweist, ergibt sich durch die

Digitized by Google

ausdrückliche Hervorhebung, daß die Umwälzung, welche man im Auge hat, außerhalb des gegenwärtigen französischen Staatsrechtes, also außerhalb der Republik sich vollziehen würde. Ob diese französischen Zustände sich kräftig genug erweisen werden, um durch alle Krisen hindurch sich mehr und mehr zu konsolidieren, das muß die Zukunft erweisen. Daß Europa bereits Umwälzungen im klassischen Land der Revolutionen in seine Kombinationen aufnimmt, muß in Frankreich zu denken geben.

„Das Verhältnis Deutschlands zu Italien war längere Zeit hindurch ein wenig definiertes; die allgemeine Sympathie, die man sich von beiden Seiten entgegenbrachte, hatte politisch nichts Greifbares. Es gilt unter italienischen Staatsmännern als besondere Weisheit, sich die freie Hand vollständig zu wahren. In Italien hat man indessen nach und nach die Einsicht gewonnen, daß man einer Politik der Isolierung zugesteuert war; mit Ernst und Nachdruck hat man eine neue Bahn eingeschlagen, welche der Stabilität aller Verhältnisse in Italien zu gute kommen und dem politischen wie dem materiellen Gedeihen des italienischen Staates eine verstärkte Grundlage geben wird. Seit langen Jahren ist es der Botschafter am Berliner Hofe, Graf Launay, der mit Konsequenz und unbestreitbarem Geschick für diese Wendung thätig gewesen ist; er darf an dem jetzigen Erfolg der von ihm vertretenen Politik einen nicht minderen Anteil in Anspruch nehmen, wie der auswärtige Minister, Herr Mancini, der seinen Namen mit diesem bedeutungsvollen Ereignis verknüpft hat. Es ist ebensowenig zweifelhaft, daß König Humbert mit voller Überzeugung zu der jetzt eingeschlagenen Politik steht. Der leitende deutsche Staatsmann hatte die Konsequenz und den Ernst der italienischen Politik nach allem, was verlautete, seit 1866 und 1870 ziemlich skeptisch beurteilt, seine Auffassung der Zustände Italiens war vor noch nicht langer Zeit eine nichts weniger als optimistische. Die vielberufenen Äußerungen des leitenden Staatsmannes über Italien fielen gerade in die Zeit, wo man sich über den Verlauf der Verhandlungen mit Rom noch mancherlei Illusionen hingeben mochte. Es war nicht zu verwundern, daß man diese Verhältnisse in einen gewissen Zusammenhang brachte. Die jetzige Deklarierung des Defensivbündnisses mit Italien geschieht wiederum in einem Moment, wo man sich über die Absichten der Kurie gegenüber Deutschland vollständig klar geworden sein wird. Der Vatikan muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Integrität Italiens gegen jeden Angriff unter

Digitized by Google

jedem Vorwand den Schutz Deutschlands finden wird, die Herstellung des Kirchenstaates durch den legitimen König Frankreichs ist damit noch etwas unwahrscheinlicher geworden, als sie bisher war und das will nach unserer Auffassung viel besagen".

Und zum Schlusse endlich: „Für den allgemeinen Zustand Europas, für die Sache des Friedens und der Kultur versprechen wir uns gute Früchte von dem neuen Bündnis, seine Einwirkungen und die innere Lage der beteiligten Staaten werden sich mit logischer Notwendigkeit vollziehen. Und wenn das Friedensbündnis der maßgebenden Staaten Europas sich befestigt, dann wird vielleicht auch einmal der Augenblick kommen, wo der Frage nähergetreten wird, ob dieses Europa verurteilt ist, unter der Last unerschwinglicher militärischer Rüstungen, sich gegenseitig zu erschöpfen."

Eine Lücke gleichsam war in dem neuen Verhältnis Italiens zum deutsch-österreichischen Bunde geblieben, die der Besuch des deutschen Kronprinzen in Rom im Dezember 1883 ausfüllte. „Bis jetzt," so wurde darüber berichtet, „hat die Anwesenheit des Papstes in Rom und seine Weigerung, diese Stadt als die Residenz des Königs von Italien anzuerkennen, wiederholt europäische Herrscher abgehalten, den König in Rom zu besuchen. Seit längerer Zeit schon wird ein Gegenbesuch des Kaisers von Österreich in Italien erwartet; nach der allgemeinen Ansicht erfolgt seine Aufschiebung, weil Kaiser Franz Joseph aus Rücksicht für den Papst nicht im Quirinal als Gast des Königs Humbert erscheinen will, dieser aber das Selbstgefühl des italienischen Volkes schwer verletzen würde, wenn er sich dazu verstände, in einer anderen Stadt seines Reiches sich zu der Begegnung mit dem österreichischen Kaiser einzufinden. Der deutsche Kronprinz war allerdings im Februar 1878 zum Begräbnis Viktor Emanuels in Rom; aber da damals Pius IX. noch lebte, der sich im offenen kirchenpolitischen Kriegszustand mit Preußen befand, so konnte Rücksicht auf ihn selbstverständlich nicht in Betracht kommen. Anders seit der Wahl Leo's XIII., der sein Pontifikat alsbald mit der Wiederherstellung regelmäßiger Beziehungen zu dem preußisch-deutschen Herrschaftshause begann. Jetzt fragte es sich, ob man deutscherseits die Ansprüche des Papstes auf Rom, wenn auch nicht anerkennen, so doch mit der halben Schonung behandeln würde, welche einzelne europäische Höfe denselben erweisen und die ein beständiger Stachel im verletzten Selbstgefühl des italienischen Volkes sind. Der Umstand, daß der deutsche Kronprinz in den letzten Jahren wiederholt, wenn auch nur bei

Digitized by Google

privatem Aufenthalt in Italien, an anderen Orten als in Rom, mit der italienischen Königsfamilie zusammengetroffen war, hat in Italien den Argwohn hervorgerufen, daß man auch deutscherseits Scheu trage, Rom offen und rückhaltslos als die Hauptstadt des Königreichs anzuerkennen; die politische Bedeutung der Reise des Kronprinzen nach Rom, wo er der Gast des italienischen Herrschers im Quirinal sein wird, liegt darum in der Thatsache, daß jener Argwohn ein für allemal beseitigt, daß offen bekundet wird, keinerlei Rücksicht könne die deutsche Politik abhalten, vorbehaltlos den Abschluß des italienischen Einigungswerkes durch die Verlegung der Hauptstadt nach Rom als unwiderrufliche Thatsache anzuerkennen. Man hat, um die aufgestellte Behauptung von einer angeblichen verhängnisvollen kirchenpolitischen Bedeutung eines Besuches des Kronprinzen beim Papst aufrecht erhalten zu können, gesagt: wenn dieser Besuch nicht die Hauptsache bei dieser Reise wäre, dann hätte das Zusammentreffen mit dem König von Italien anderwärts als in Rom stattfinden können. Die Unhaltbarkeit dieser Ansicht ist nach dem, was wir soeben dargelegt, klar. Wenn sogar das Fernbleiben von Rom des nur zu seiner Erholung in Italien weilenden Kronprinzen in der italienischen öffentlichen Meinung Befremden erregte, so hätte dasselbe doppelt groß sein müssen, wenn der als Vertreter des deutschen Kaisers zweimal in offizieller Mission durch Italien reisende Kronprinz dem König Humbert eine Zusammenkunft an einem anderen Orte, als in der Hauptstadt, angesonnen hätte. Es wäre dies um so auffallender erschienen, weil seit Jahr und Tag in den Erörterungen über die Beilegung des preußischen kirchenpolitischen Kampfes wiederholt die Behauptung auftauchte, daß die deutsche Regierung den auf irgend eine Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums gerichteten vatikanischen Bestrebungen unter gewissen Voraussetzungen Unterstützung könnte angedeihen lassen. Man hat in einem Höflichkeitsbesuche des im Quirinal wohnenden Kronprinzen im Vatikan einen Triumph des Papsttums erblicken wollen; uns scheint, daß die Vorkämpfer desselben es viel lieber gesehen hätten, wenn der Kronprinz Rom vermieden und sie dadurch in die Lage gebracht hätte, zu behaupten, daß auch Deutschland die Ansprüche der Kurie auf diese Stadt nicht als den leeren Schall zu behandeln wage, der sie sind."

„In Italien mußte die Wirkung der Reise des Kronprinzen nach Spanien (so wurde von anderer Seite bemerkt), Diskussionen über die internationale Politik zu erregen, noch ganz besonders

Digitized by Google

hervortreten, weil die fürstliche Fahrt dort gewisse unliebsame Erinnerungen weckte und weil sie ferner in einen Zeitpunkt fiel, da die auswärtigen Fragen von entscheidender Wichtigkeit für die innere Leitung des Landes zu werden schienen. Die schnelle Erwiderung des Besuches des Königs Alfons von Spanien bei den preußischen Manövern am Rhein (im September 1883) mußte notwendigerweise wieder einmal daran erinnern, daß der österreichische Kaiser noch immer dem König Humbert die Gegenvisite schuldig ist. Die rasche Höflichkeit des Berliner Hofes gegen die Spanier diente den führenden Männern der „historischen Linken" im römischen Parlamente als ein neuer Beweis für die alte Behauptung Crispis, daß Italien nur über Berlin nach Wien hätte gehen dürfen. Der Minister des Auswärtigen, Mancini, fühlt diesen wunden Punkt seiner Politik sehr wohl, und seine Bemühungen, den Kronprinzen in Genua trotz des anfänglich beabsichtigten Inkognitos als Gast der Regierung im Königsschlosse absteigen zu sehen, entsprangen nicht zum mindesten dem Wunsche, bei der Eröffnung des Parlaments wieder einen thatsächlichen Beweis für die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen den Staaten der Tripelallianz vorzeigen zu können.

„Es erschien dies dem Ministerium Depretis-Mancini vielleicht doppelt wichtig, weil dasselbe angesichts seiner stets mehr nach rechts neigenden inneren Politik schweren Kämpfen entgegengeht und deshalb gewillt scheint, in den auswärtigen Angelegenheiten die Grundlage für seine Existenz zu suchen.

„Schon während des Sommers hatten zwischen den hervorragendsten Männern der alten italienischen Fortschrittspartei, als deren Führer Depretis noch in den letzten Wahlkampf gezogen war, Verhandlungen stattgefunden, um die Partei als Opposition gegen den Ministerpräsidenten zu rekonstruieren. Man warf demselben vor, daß er das Programm der Linken aufgegeben habe, und daß er nach den Grundsätzen der Rechten die Verwaltung leite. Während Depretis stets öffentlich beteuerte, daß er nach wie vor zu der Linken halte, und während er dabei im stillen die Verschmelzung eines Teils der Linken und der Rechten zu einer ihm ergebenen Regierungspartei weiter betrieb, hatte Minghetti, der ehemals leitende Ministerpräsident der Rechten, die Unvorsichtigkeit, in einem Gespräch mit dem Redakteur des „Fanfulla" zu erklären, daß er das Ministerium Depretis unterstütze, weil dasselbe nach seinen, Minghettis, Anschauungen regiere.

Digitized by Google

„Diese Erklärung besaß die Wirkung, die fortschrittlichen Führer trotz ihrer verschiedenartigen individuellen politischen Forderungen wirklich zu einigen. Sie wünschen, daß die Regierung des Landes auf der bisherigen Bahn weiterschreite, auf welcher das erstaunliche Aufblühen Italiens und alle Reformen der letzten Jahre erreicht wurden. Die Rede Crispis in Palermo hat die Einigung der Partei verkündet und das Bankett in Neapel, welches kürzlich den Gegenstand so zahlreicher wie lebhafter Erörterungen bildete, und an welchem alle führenden Persönlichkeiten Anteil nahmen, hat ihr Ausdruck verliehen. Einer solchen Aktion mußte ein neues Schlagwort entgegengeworfen werden. Allenthalben ertönte es plötzlich: Die Erhaltung des gegenwärtigen Kabinetts mit Unterstützung der Rechten ist allein im stande, den Bund mit den Zentralmächten und die gegenwärtige internationale Stellung Italiens dauernd zu sichern.

„Das Argument war nicht sehr glücklich gewählt. Die aktenmäßig belegten Entgegnungen, welche dasselbe in den Reden von Palermo und Neapel wie namentlich in der römischen „Riforma" gefunden hat, müssen der Mehrheit des Herrn Depretis in diesem Augenblicke höchst unbequem sein, wenn ihnen auch jetzt nur noch der Wert historischer Reminiszenzen innewohnt.

„Es wird daran erinnert, daß die Drohung mit den auswärtigen Beziehungen, welche die Presse des Herrn Depretis heute gegen die historische Linke anwendet, früher ein beliebtes Kampfmittel der Rechten gegen Depretis selbst bildete, so oft dieser letztere mit Hilfe der Linken in die Lage zu kommen schien, die Staatsleitung Herrn Minghetti und seinen Freunden zu entreißen. Damals war Italien mit Frankreich verbündet, und es hieß stets, daß ein Kabinett der Linken diese Allianz zerstören müßte. Es lag darin immerhin etwas Wahres, denn das napoleonische Kaiserreich wollte Rom nicht als Italiens Hauptstadt sehen. Die Rechte gab sich hiermit zufrieden, aber die Linke nicht. Die Linke wollte Rom, wollte die Mittel, um es zu erreichen, hatte längst die Bedeutung begriffen, welche Preußen in Europa zufallen mußte, und begann seit 1864 jene Aktion, die schließlich die heutigen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland möglich gemacht und geschaffen hat.

„In jener Zeit, meint die Riforma, wäre derjenige der Lächerlichkeit verfallen, der gesagt hätte, daß die Männer der Linken nicht eine Garantie für Deutschland wären. Bismarck, welcher der Rechten noch von 1866 her grollte, verbarg seine Befriedigung nicht, als 1876 die Linke ans Ruder gelangte. Er sagte: Ich kenne Euch,

Digitized by Google

was Ihr seid und was Ihr wollt. (Die Rechte hatte im Jahre 1866, wie Crispi nochmals in Palermo erklärte, den Krieg, entgegen den zwischen Berlin und Florenz getroffenen Abmachungen, geführt.)

„Und nun folgt eine höchst merkwürdige Enthüllung des römischen Blattes. Dasselbe sagt nämlich: „Wir besitzen Dokumente, um zu beweisen, daß nur der Ministerpräsident Depretis daran schuld ist, wenn die Freundschaft, welche nach dem Regierungsantritt der Linken uns mit Deutschland verband, nicht in praktischen Thatsachen ihren Ausdruck gefunden hat. Herr Depretis widersetzte sich der raschen Ausführung der Aktion, zu welcher seine Freunde und Kollegen damals drängten. Depretis blickte mehr nach Paris als nach Berlin, sah mehr auf Gambetta als auf Bismarck, und seine Beziehungen zu Gambetta waren es, welche ihm von jenen Maßregeln abrieten, die der deutsch-italienischen Entente einen evidenten Charakter gegeben hätten, als noch kein deutsch-österreichisches Bündniß bestand."

„Um diese Andeutung des römischen Organs zu verstehen, sei hier bemerkt, daß es sich in erster Reihe damals um eine italienische Unterstützung im deutschen Kulturkampf, um eine Aktion gegen den Papst handelte.

„Interessanter noch ist die Mitteilung Crispis, daß im Jahre 1870 ein Teil des damaligen Ministeriums der Rechten nahe daran war, Frankreich zu unterstützen, während die Linke nach Rom drängte. Die Männer der Linken erklärten vertraulich dem Minister Sella, welcher ebenfalls nichts von einer Unterstützung Frankreichs wissen mochte, daß sie die Barrikaden bauen würden, wenn die Regierung nicht nach Rom ginge.

„Nun ist es vollkommen richtig, daß die Rechte, ebenso wie Depretis heute, den Anschluß an die Zentralmächte als den Kardinalpunkt ihrer äußeren Politik betrachtet. Aber man kann es den Männern der historischen Linken, welche diesen Anschluß mit scharfer Energie schon zu einer Zeit vertraten, als ihre heutigen Gegner noch nach Paris blickten, man kann es diesen Vorkämpfern der deutschen Allianz nicht verübeln, daß sie voll grimmen Hohnes dreinschlagen, wenn man verbreiten will, daß dieser Bund gefährdet sei, sobald sie an die Regierung gelangen; die auswärtige Politik Italiens ist heut vielleicht klarer, als die irgend eines anderen Staates. Rechte und ministerielle Mittelpartei und die ganze Linke sind einig in dem Bestreben, den deutsch-italienisch-österreichischen

Digitized by Google

Friedensbund aufrecht zu erhalten. Nur die drei Dutzend Republikaner, deren Anhang außerdem täglich geringer wird, wünschen ein Bündnis mit Frankreich. Und gegen diese kleine Clique haben sich jetzt selbst diejenigen politischen Männer der Linken zum offenen Kampfe gewandt, welche bisher noch glaubten, sie bekehren zu können. Es ist deshalb für die internationalen Beziehungen Italiens heute vielleicht gleichgültig, ob Minghetti oder Depretis oder Crispi oder Zanardelli die Staatsgeschäfte leiten".

Italien hatte schon früher einmal im deutschen Norden angeklopft, damals, als die alten Monarchisten in Frankreich mit Hilfe der Madonna von Lourdes die öffentliche Meinung beherrschten und der Einzug König Heinrichs V. jeden Tag zu gewärtigen war. Ein festes Band ist jetzt erst geknüpft, nachdem die französische Interessenpolitik in Afrika, und das besonders von den Nachfolgern Gambettas erstrebte Bündnis mit der italienischen Revolutionspartei den tief wurzelnden Gegensatz, in welchem Italien zu Frankreich steht, mehr zum Bewußtsein gebracht hat. Wie aber würde Rußland zu dieser anwachsenden zentraleuropäischen Verbindung, die mit der Isolierung Frankreichs gleichbedeutend war, sich verhalten? So mußte man sich fragen, seitdem bereits der ostensible Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses in Rußland nur noch tiefere Verstimmung wachzurufen schien. Hier hat sich die Voraussicht des leitenden Staatsmannes Deutschlands, daß der Friede nicht gefährdet werden würde, durchaus bewährt. Es hat dem Kabinett von Petersburg gegenüber ebenso wenig von deutscher als von österreichischer Seite irgend eines Entgegenkommens bedurft, die realen Verhältnisse übten ihre zwingende Gewalt. Der Wahn, dem man sich in Rußland nach dem Siege der Whigs hingab, in England einen Bundesgenossen zu finden und dadurch auch Frankreich mit fortzureißen, war von kurzer Dauer. Je schwierige sich die inneren Verhältnisse Rußlands gestalteten, um so rascher reifte die Einsicht, daß sich ein politisches System auf ein ephemeres Parteiregiment, wie es England und Frankreich aufweisen, unmöglich basieren lasse. Eine englische wie eine französische Allianz konnte nur dann helfen, wenn alle drei Mächte entschlossen und bereit waren, sofort an das Schwert zu appellieren, davon aber war man allerwärts weit entfernt. Kein Wunder also, daß Rußland allmählich in die alten traditionellen Bahnen wieder einlenkte, daß es wieder Anlehnung an Deutschland und somit auch an Öster-

Digitized by Google

reich suchte. Diese Wendung seiner Politik schien auch durch den Besuch, welchen Alexander III. unter ganz außerordentlichen Verhältnissen dem deutschen Kaiser im September 1881 abstattete, in feierlicher Weise besiegelt zu werden. Das Auge der gesamten politischen Welt war damals nach der Ostseeküste gerichtet, jedermann fühlte, daß das von weittragender Bedeutung sein müsse, was dort in Szene ging. Schon die Anwesenheit des Fürsten Bismarck und die Gefolgschaft des Zaren bewies, daß es sich um mehr handelte, als um eine Erneuerung alter Familienfreundschaft. Gleichwohl hat es bis zum November 1883 gedauert, daß Kaiser Wilhelm in einer Unterredung mit dem Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses versichern konnte: die Beziehungen zu Rußland seien „überraschend günstig". In der Zeit, wo dieses Wort gesprochen wurde, hatte die „Schlesische Zeitung" einen Artikel gebracht, in welchem sie von russischen Rüstungen sprach, die nur einen offensiven Zweck haben könnten. Sie führte das wie folgt aus: „Gerade auf einen solchen Zweck deuten die neuesten russischen Rüstungen in auffälligster Weise hin. Nach dem Kriege mit der Türkei hatte man sich dabei beschieden, die Infanterie-Regimenter von drei Bataillonen auf vier zu bringen. Dies konnte um so weniger Argwohn erregen, als gleichzeitig die Zahl der Kompagnieen jedes einzelnen Bataillons von 5 auf 4 herabgemindert wurde. In den Jahren 1881 und 82 aber, also in jener Zeit, da der panslawistische Chauvinismus lauter, denn je, zu rasen begann, schritt man dazu, die Reiterei um mehr als ein drittel ihres an sich schon großen Bestandes zu vermehren und derart einheitlich zu gestalten, daß sie gleichzeitig als Infanterie verwandt werden konnte. Sämtliche Ulanen- und Husarenregimenter wurden zu diesem Zwecke in Dragonerregimenter umgeformt. Diese stets kriegsbereiten Reitermassen, welchen schon im Frieden bespannte Artillerie in ausreichendem Maße zugeteilt ist, liegen nun längs der deutschen Grenze in engen Standquartieren versammelt. Und an der Spitze der russischen Armee stehen Generale, die wie Skobeleff eigene Politik treiben .... Angesichts solcher Verhältnisse kann die deutsche Politik in den gewiß ehrlich gemeinten Friedens- und Freundschaftsversicherungen des Zaren und seines Ministers des Äußeren unmöglich eine ausreichende Friedensbürgschaft erkennen. So lange die russische Regierung sich nicht dazu aufrafft, dem agitatorischen Treiben des Panslawismus und des ihm Heeresfolge leistenden Polonismus ein energisches Halt zu gebieten, muß

Digitized by Google

unsere auswärtige Politik die militärischen Maßnahmen, welche Rußland an unseren Grenzen getroffen hat, unbedingt in ihren Kalkül ziehen. Sie darf nicht vergessen, daß dieselben bei einer plötzlichen kriegerischen Wendung der Dinge dazu angethan sind, gewaltige Reiterschaaren, die auch als Infanterie verwendbar sind, ehe noch unsere Mobilmachung beendet ist, über unsere Grenzen vorbrechen zu lassen und in dieser Weise Zeit und Raum für den strategischen Aufmarsch der Hauptarmee zu gewinnen."

Besonders bedenklich erschienen dem genannten Blatte diese militärischen Vorbereitungen im Hinblick auf andere gleichzeitig obwaltende Verhältnisse. „Schon angesichts unserer Siege über Frankreich," heißt es weiter, „begann sich in der russischen Presse ein Chauvinismus zu regen, ganz ähnlich dem, der wenige Jahre zuvor in Paris „Revanche für Sadowa" verlangte. Nach dem Berliner Kongreß, dessen Ergebnisse die Aspirationen des Panslawismus unbefriedigt ließen, erwachte dieser Chauvinismus aufs neue, und die gesamte panslawistische Presse schürt seitdem den glühendsten Deutschenhaß. Besonders regsam ist der linke, der sogenannte liberale Flügel der Partei, welcher in neuerer Zeit — und zwar keineswegs ohne sichtlichen Erfolg — mit den Polen transigiert. Sein Prototyp war Skobeleff, der in Warschau das große Wort sprach: „Unser gemeinsamer Feind ist der Deutsche, darum müssen Polen und Russen ihren Bruderzwist vergessen." Auch die konservative altrussische Partei, welche das traditionelle Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und russischen Kaiserhause aufrecht zu erhalten wünscht, sei nicht ungefährlich, da sie den alten Groll gegen Österreich fortträgt, also dem deutsch-österreichischen Bündnisse mißwollend gegenüberstehe. Welche Macht diese Strömungen auszuüben vermögen, habe der Krieg von 1877 gezeigt, der dem Kaiser förmlich aufgezwungen wurde. Neben der deutschfeindlichen Agitation wirken aber heute noch andere Verhältnisse in gefährlichster Weise. Auch abgesehen von dem Nihilismus berge Rußland zahllose Elemente der Auflehnung. Disziplin sei außerhalb der Armee ein in Rußland kaum noch bekannter Begriff. Und selbst in der Armee sei es, wie das Beispiel Skobeleffs zeigt, mit dieser Disziplin schlecht genug bestellt.

Zu den beruhigenden Eröffnungen, welche Kaiser Wilhelm dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses machte, wurde sodann von anderer Seite bemerkt: „Man wird mit der Annahme nicht irren, daß nicht nur im übrigen friedliebenden Europa, sondern vor-

Digitized by Google

nehmlich auch in Petersburg selbst die Worte des deutschen Kaisers einen bedeutsamen Eindruck machen werden. Selbstverständlich schmeichelt es dem russischen Selbstgefühl, daß der mächtigste Herrscher des Weltteils einen so hohen Wert auf die Gesinnung Rußlands legt. Die Anerkennung des großen Einflusses des Zarenreiches wird nur dazu dienen, die guten Beziehungen der beiden Staaten weiter zu befestigen, Beziehungen, wie sie übrigens jetzt auch zwischen Rußland und dem Donaureiche bestehen, wenn nicht alle Zeichen trügen, so daß in der That von einem Einverständnis der Dreikaisermächte gesprochen werden kann, um so mehr als der russisch-österreichische Widerstreit in den Balkanfragen völlig zu schweigen scheint. Wenn wir nach der Erklärung des Umschwungs in der Gesinnung Rußlands gegen Deutschland fragen, so liegt als nächster praktischer Grund wohl die Erkenntnis vor, die als Motiv feindlicher Gesinnung schon oft in den öffentlichen Erlassen des Zaren betont ward, die Erkenntnis, daß Rußland mit seiner inneren Organisation hinreichend zu thun hat und sich nicht auf kriegerische Abenteuer zweifelhaften Ausgangs einlassen kann. Sodann aber wird man doch die mehr und mehr wachsende Überzeugung der Nationalrussen nicht außer Acht lassen dürfen, daß eine Opposition gegen das mächtige deutsche Reich zu den unfruchtbarsten Spekulationen gehört, die es gibt. Diese panslawistischen Heißsporne können sich der zwingenden Logik der Thatsache nicht fürder verschließen, wenn sie sehen, wie Mitteleuropa im engen Bunde die Türkei und Spanien sich anzufreunden gewußt hat, während England in kluger Neutralität niemals sich zum Mitträger französischer Rachegelüste hergeben wird. Diese Panslawisten sehen so gut, wie jeder andere, daß ihr geliebtes Frankreich völlig vereinsamt dasteht. Das ist wohl der Grund der erfreulichen Thatsache, daß auf einmal die heftige Opposition der Panslawisten gegen das amtliche Rußland auf der ganzen Linie verstummt ist. Mehr als die kaiserlichen Ukase mag jene Erkenntnis gewirkt haben, wenn wir auch nicht behaupten wollen, daß die unwiderleglich bestehende Friedensneigung des Reiches irgend welchen Eindruck auf jene chauvinistischen, mit Haß gegen die westliche Bildung erfüllten Massen geübt habe. Bei der leichten Beweglichkeit der russischen Zustände ist nun freilich nicht vorherzusagen, wie lange diese friedlichen Beziehungen währen werden: der Politiker hat indeß immer nur mit dem Tage zu rechnen. Freuen wir uns mit unserem Kaiser, daß die Dinge so liegen, wie sie liegen."

Digitized by Google

„In den hiesigen diplomatischen Kreisen, wurde ferner aus Berlin geschrieben, sieht man die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland von Tag zu Tag günstiger an. Die Huldigungen, welche dem deutschen Kronprinzen auf seiner spanischen Reise in Genua durch russische Kriegsschiffe bereitet wurde, hat vielen bisher Ungläubigen die Augen geöffnet. Man weiß, daß seitdem bereits eine Anzahl russischer Truppen, welche an der Grenze stationiert waren, in das Innere des Landes zurückberufen sind. Es ist in allen eingeweihten Kreisen bekannt, daß die russisch-deutschen Beziehungen in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht haben. Die Hauptsache, das muß bei jeder Gelegenheit wiederholt werden, ist und bleibt, daß die Truppendislokationsverhältnisse an der polnischen Grenze in Wirklichkeit, nicht blos auf dem Zeitungspapier, nunmehr andere werden. Was in dieser Beziehung noch etwas mißtrauisch macht, ist der Umstand, daß man in einzelnen Kundgebungen russischerseits jetzt schon so weit gegangen ist, zu behaupten, daß die Konzentrationen in jener Gegend überhaupt nie eine kriegerische Bedeutung gehabt haben. Solche Übertreibungen können nur schaden. Deutlich ist eins: Rußland will sich jetzt um jeden Preis friedfertig zeigen. Darum der Versuch vom Herbste, eine Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser Wilhelm zu veranstalten, der ja durch Bismarck vereitelt sein soll, damit es Rußland nicht gelinge, den Schein des besten Einvernehmens aufrecht zu halten und zu verstärken, während die militärischen Vorbereitungen an seinen Grenzen ihren Gang weiter gehen; daher kürzlich die Flottenhuldigung von Genua, und heute die Bestrebungen, über jene Grenzvorkehrungen zu beruhigen. Wenn aus Worten nur Thaten werden, die russische Grenze gegen Deutschland wirklich wieder von dem Aussehen eines Kriegslagers befreit wird, so wird es niemand in Deutschland geben, der das nicht mit großer Befriedigung aufnehmen würde. Aber man kann es auch niemand verargen, wenn er sich erst von der Sachlage genau überzeugen will."

Bereits im Monat Oktober hatte Graf Kalnoky in der ungarischen Delegation seinen Unglauben von der Absicht Rußlands, einen Angriffskrieg gegen Österreich zu unternehmen, mit dem Hinweis auf die inneren Verhältnisse Rußlands motiviert. Ein Krieg zwischen Rußland und den verbündeten Staaten würde überdies die polnische Frage in den Vordergrund rücken, die von allen Be-

Digitized by Google

teiligten Rußland am meisten angeht. Der erste Kanonenschuß in Polen würde die ganze europäische Stellung Rußlands in Frage stellen. „Der Tartarenritt über die deutsche Grenze, von welchem die panslawistischen Blätter renommieren, wäre, ist anderseitig gesagt worden, an und für sich ein hirnverbranntes Abenteuer. Das deutsche Reich überfällt man nicht wie ein einsames Wirtshaus im Walde, und wenn der Organismus der deutschen Armee in Bewegung gesetzt ist, würde er bald die Tartaren und noch manches andere hinter ihnen weggefegt haben. Ob man den Panslawisten einen solchen Grad von Wahnwitz, dem russischen Reiche ein solches Absterben der Autorität zutrauen muß, daß man wie gegen das Ausbrechen eines Tollhäuslers Vorsorge zu treffen hat, das wollen wir hier nicht weiter untersuchen."

Dasselbe Jahr 1883 hat nach einander sich vollziehen sehen: Die Erneuerung und Verstärkung des deutsch-österreichischen Defensivbündnisses, den Eintritt Italiens in dasselbe, den deutlichen Wandel in der whigistischen Regierung Englands zu der mitteleuropäischen Friedensliga, die Annäherung Spaniens an Deutschland, und endlich das Wort des deutschen Kaisers über die „überraschend günstigen" Beziehungen zu Rußland. Der von langer Hand angelegte, weit aussehende und umfassende diplomatische Plan, in dessen Durchführnng immer und immer dieselbe leitende Hand zu erkennen ist, hat in dem genannten Jahre einen der größten Fortschritte gemacht. Auch das Erscheinen des Königs von Rumänien in Berlin und des von Serbien zusammen mit König Alphons von Spanien bei den Herbstmanövern am Rhein hatte politische Bedeutung. Die Festung, welche die mitteleuropäischen Großmächte bilden, umgibt sich mit Citadellen. Der Friedensbund ist teils ein engerer, teils ein weiterer, in dem einen Falle ein urkundlich dokumentierter, in dem andren nur ein faktischer. Oberflächliche Beobachter, sagte der „Standard" im Monat August, hätten glauben können, daß Deutschland im Bunde mit Österreich und Italien auf die Freundschaft Spaniens, Rumäniens oder Serbiens keinen Wert zu legen brauche. Aber für einen weitblickenden Staatsmann gebe es nichts, was ohne Bedeutung wäre. Der König von Rumänien sei soeben wie der Beherrscher des mächtigsten Reiches empfangen worden, und die außergewöhnlichen, dem Könige bewiesenen Ehrenbezeugungen ließen sich auch nicht bloß durch seine

Digitized by Google

Verwandtschaft zum Hohenzollernhause erklären. „Längere Zeit hindurch übten Frankreich und Rußland den beherrschenden Einfluß in Rumänien; aber die geographische Entfernung Frankreichs hat Rumänien bewogen, sich nach näher gelegenen Allianzen umzusehen; Rußland übernahm hierauf die Protektorschaft Rumäniens, worunter verstanden wurde, daß die Politik Rumäniens nach den Bedürfnissen des Petersburger Kabinetts geleitet werden sollte. Später hat Rumänien, sehr wider Willen, sich am letzten Kriege der Russen gegen die Türken beteiligt und mußte zum Dank für diese Hilfe eine gute Provinz an Rußland gegen ungenügenden Ersatz verlieren. Die Thatsache, daß seit diesen Vorgängen die deutsche Politik allmählich an Boden in Rumänien gewonnen, wurde von der allgemeineren Beobachtung durch den Umstand verborgen, daß während dessen die Beziehungen Rumäniens zum Bundesgenossen Deutschlands, zu Österreich, nicht immer ungetrübt waren. Aber der König von Rumänien und seine Regierung sind längst davon überzeugt, daß es nicht weise wäre, diese Verschiedenheiten der Ansichten zwischen Rumänien und Österreich, z. B. in bezug auf die Donaufrage, zu einer offenen Entfremdung dieser Staaten führen zu lassen. Schwächere Staaten bedürfen der Anlehnung an stärkere, und Rumänien scheint eine solche jetzt durch die deutsche Politik zu finden. Ebenso sucht Serbien jetzt in eine nähere Beziehung zu Österreich und Deutschland zu treten, nachdem auch die Staatsmänner in Belgrad gelernt haben, auf die Politik des Berliner Kabinetts acht zu geben. Minister Bratiano hat den König von Rumänien nach Deutschland begleitet und wird in Berlin diejenigen diplomatischen Beziehungen weiter verfolgen können, die er vor fünf Jahren zur Zeit des Kongresses daselbst begonnen hat. Ueber die Bedeutung der Reise des Fürsten von Rumänien nach Konstantinopel wird auch viel geredet; die meisten sehen in diesem unerwarteten Vorfall die Hand Rußlands; vielleicht ist aber auch bei dieser Reise die deutsche Politik nicht unbeteiligt. Mit einem Worte, so schließt der „Standard“ seinen Artikel, dasjenige gekrönte Haupt oder der Staatsmann, der nicht nach Berlin gekommen ist und nicht von dem Fürsten Bismarck empfangen worden ist, glaubt, daß er außerhalb des Zentrums und des Brennpunktes der europäischen Politik steht. Was Mekka dem Gläubigen ist, was Rom früher dem frommen Katholiken war, ehe der „Piemontese“ es in Besitz nahm, das ist Berlin jetzt für alle diejenigen, die regieren, die kämpfen oder die Staatskunst studieren.

Digitized by Google

Durch eine Reihe wachsamer, überlegter und weiser Züge hat der deutsche Reichskanzler fast alle Hauptkräfte des kontinentalen Europas auf seine Seite gebracht, mit Ausnahme Frankreichs und, wenn man so will, auch Rußlands. Frankreich ist isoliert und diese Thatsache kann nicht verborgen werden. Fürst Bismarck baut seine Politik auf das Studium und die Kenntnis der menschlichen Natur, der einzigen festen Grundlage der Politik".

Digitized by Google

Bismarck im Äußern und im Innern.

Ein kleines Porzellanschild am letzten Portal linker Hand des sogenannten Lagerhauses in Berlin führt die Aufschrift: „Geheimes Staatsarchiv.“ Mit sieben Siegeln sind diese Räume dem gewöhnlichen Sterblichen verschlossen, und nur ein Passierschein des Reichskanzlers selbst bildet das Sesam, welches diese Hallen erschließt. Die geheimsten Staatsakten: die Verträge mit fremden Mächten, die Verhandlungen der höchsten Staatsbehörden werden hier aufbewahrt. Hier schöpfen unsere großen Geschichtsforscher ihr Material und arbeiten in den Lesezimmern täglich Männer wie Droysen, Treitschke, Professor Reimann und andre. Wir befinden uns in dem ersten kurfürstlichen Residenzschloß Berlins, dessen Erbauung in den Anfang des 14. Jahrhunderts zurückdatiert und welches unter dem Namen des hohen Hauses bis 1451 als Residenz diente, bis das Schloß zu Köln an der Spree vollendet war. Seine hohen gewölbten Säle muß man noch heute stattlich nennen, und die alten Holztreppen und Geländer haben besser als Eisen der Zeit getrotzt. Unter diesen Fenstern huldigten die Berliner und die Stände der Kurmark am 26. Dezember 1415 Friedrich dem Ersten von Nürnberg. Der Absicht gemäß, das königliche Residenzschloß von Büreaus zu entlasten, wies Kaiser Wilhelm dem Staatsarchiv das hohe Haus an, in der That eine würdige Unterkunft für diese Urkundensammlung, und eine sichere. Denn diese starken Mauern mit ihren Eisenverschlüssen sind geeignet, dem Feuer zu trotzen. Die sorgsam geführten Register, die älteren Folianten in Schweinslederband, beweisen, daß man schon in alter Zeit diesen Dokumenten die gebührende Wichtigkeit beilegte. Chef der Archivverwaltung ist Dr. v. Sybel.

„Das Wort Archiv, das in seiner ursprünglichen griechischen Form nichts als Regierungsgebäude bezeichnet, pflegten die Sprachgelehrten des Mittelalters fälschlich aus dem Latein herzuleiten

Digitized by Google

und deuteten es schlechtweg auf eine Anstalt zur Abwehr fremden Einblicks oder Eingriffs in die aufbewahrten Urkunden und Aktenstücke. Und lange genug schien in der That selbst in neueren Zeiten die Praxis der die Archive hütenden Staatsbehörden die Richtigkeit jener Namenserklärung zu bestätigen. Man betrachtete und benutzte die Archive als verborgene Rüstkammern des Staates für seine Rechtshändel und politischen Unternehmungen; daß sie auch dem objektiven Interesse historischer Forschung dienen könnten, schien wenigstens den Regierungen nicht einzuleuchten. Das junge Brandenburg-Preußen hat auch hierin wie in so mancher anderen Hinsicht früh eine rühmliche Ausnahme gemacht. Mitten in der Periode der ränkevollsten diplomatischen Kunst sehen wir den großen Kurfürsten zeitlebens eifrig bemüht, eine brandenburgische Staatsgeschichtschreibung auf archivalischer Grundlage ins Leben zu rufen; von ihm noch dazu bestellt, hat endlich unmittelbar nach seinem Tode Pufendorf das imposante Werk über die Thaten Friedrich Wilhelms des Großen verfaßt, das vor allem durch die Offenheit seiner durchaus aktenmäßigen Mitteilungen die Zeitgenossen in Erstaunen setzte. Der Spur seines Ältervaters ist denn auch nach dieser Richtung Friedrich der Große nachgegangen, nur mit dem Unterschiede, daß er selber die Arbeit des Historiographen übernahm, während er zur Herbeischaffung und Zubereitung des urkundlichen Materials die Kräfte seiner Minister und Beamten anzuspannen wußte. Geschah das, bevor es in Deutschland eine selbständig entwickelte Geschichtswissenschaft gab, so hätte man im gegenwärtigen Jahrhundert, nachdem eine solche rasch und glänzend unter uns emporgewachsen, erst recht eine großartige historische Ausbeutung gerade der preußischen Archive erwarten sollen; allein das Gegenteil trat ein: während unsere Könige den Enthüllungen des orientalischen und klassischen Altertums, der Erkundung älterer deutscher Vorzeit Gunst und Hilfe reichlich zuwandten, trug das geheime Staatsarchiv zu Berlin seinen Titel nicht etwa bloß in dem harmlosen Sinne, wie dies Beiwort den Gattungsnamen unserer geheimen Räte schmückt; nein, auswärtigen Forschern beinah unzugänglich, durften seine historischen Schätze, soweit es sich um moderne, also eigentlich preußische Geschichte handelte, selbst von Einheimischen selten berührt, geschweige denn zwangslos verwertet werden. Am allerweitesten aber war man entfernt von dem Gedanken an freimütige Veröffentlichung des jüngeren archivalischen Stoffes in seiner natürlichen Gestalt; es ist bezeichnend, daß Ranke, der all

Digitized by Google

seine übrigen Hauptwerke mit kostbaren Aktenbeilagen aus italienischen, französischen, englischen, belgischen, niederländischen, deutschen Archiven ausstatten konnte, einzig seine neuen Bücher preußischer Geschichte ohne jeglichen Anhang erläuternder Archivalien herausgab. Mancherlei Gründe haben diese auffallende Erscheinung hervorgerufen, am wirksamsten aber war dabei jedenfalls eine gewisse politische Befangenheit unserer Regierungen, eine Art Argwohn gegen das zudringliche Tageslicht der Geschichte, das man gerade für unsere preußische Vergangenheit wahrlich nicht hätte zu scheuen brauchen. Mit dem jüngsten Thronwechsel jedoch ließ sich alsbald eine erfreuliche Wandlung bemerken; entsprach es doch vollkommen dem Wesen und Walten des neuen Herrschers wie es war, minder zurückhaltend als das seines Vaters, in sich fester und besonders entschiedener als dasjenige seines Bruders, — wenn seitdem auch von den Archiven des Staates von Jahr zu Jahr mehr die den Zutritt hemmenden Schranken hinweggeräumt wurden, wenn man mit der Sicherheit gleichsam eines ruhigen Gewissens die historische Forschung bei sich aufnahm, ja geflissentlich einlud, das vergangene Leben der Monarchie durch freie Prüfung seiner echten Denkmale kritisch ins Auge zu fassen.

„Darf nun heute als Ergebnis dieser glücklichen Reform der gegenwärtige Leiter unseres Archivwesens mit Genugthuung aussprechen, daß es keine Archive in Europa gibt, welche den wissenschaftlichen Studien in höherem Grade zugänglich wären als die preußischen, so muß man freilich andererseits hinzufügen, daß überhaupt nur noch äußerst wenige namhafte Archive unter dem alten Banne der Geheimhaltung stehen geblieben sind; denn die Erfahrung, die Herr von Sybel speziell vom preußischen Standpunkte aus geltend macht, daß für uns das Interesse der Staatsklugheit und der wissenschaftlichen Kultur ein und dasselbe sei, ist ja ebenfalls fast überall bewährt worden: noch hat jede Macht, deren Geschichte man vordem nur aus den Berichten ihrer Gegner kannte, durch die Erschließung der eigenen Archive im großen und ganzen in den Augen der Nachwelt gewonnen; die vollständige Erklärung ihrer Politik hat weitaus in den meisten Fällen ganz von selbst zu deren Rechtfertigung gedient. Auch ohne übertriebenen Vaterlandsstolz aber darf man wohl mit dem Geschichtschreiber der Revolutionszeit behaupten, daß dieser gemeingültige Satz recht vorzugsweise für unseren Staat zutrifft, daß es, wie er sich zuversichtlich ausdrückt, keine bessere Propaganda gibt für das Ansehen Preußens

Digitized by Google

in der Welt, als die authentische Kenntnis der preußischen Geschichte. Ist doch, wie wir das gern bescheiden zugeben, unser Staat noch verhältnismäßig jung, ein Spätling unter den Großmächten, den nur ernste Zucht an sich selbst und treue Hingabe an seinen historischen Beruf zwischen ihnen emporzubringen vermochte; nun, wo er auf der Höhe angelangt ist, mag uns immerhin die Sorge anwandeln, wie wir ihn in seiner Tüchtigkeit bewahren, auf daß auch seine jetzige und künftige Geschichte, wenn sie dereinst vergangen ist, gleichermaßen für seinen Namen weiter werben könne. Was aber sollte uns bei solchem Bestreben förderlicher sein, als eigenes Studium der früheren Entwickelung unseres Staatwesens in ihrer ganzen Frische und Orginalität? Ungleich höher noch, als alles äußere Ansehen, ist doch die Selbstachtung anzuschlagen, die unserem politischen Leben aus der Erkenntnis seiner Herkunft notwendig erwachsen muß. Mit doppelter Freude begrüßen wir daher die Thatsache, daß Fürst Bismarck, dem als Ministerpräsidenten die preußischen Archive unmittelbar untergeben sind, sich nicht damit begnügte, durch deren bloße Eröffnung den Zufall ihrer Benutzung von seiten außenstehender Gelehrter passiv zu begünstigen, daß er vielmehr zu eigener Aktion unserer Archivverwaltung in Gestalt umfassender Publikationen des ihr anvertrauten historischen Materials den Anstoß gegeben und die erforderlichen Mittel herbeizuschaffen verstanden hat. Er hat auch hierdurch an die Tradition aus den Tagen des großen Kurfürsten und des großen Königs wieder angeknüpft."

Mit diesen Worten wurden vor einigen Jahren die neueren Publikationen aus den preußischen Staatsarchiven durch die Presse beim deutschen und europäischen Publikum eingeführt. Diejenigen, die von Poschingers Hand 1882 über Herrn v. Bismarcks Thätigkeit als Bundestagsgesandter (1851—1859) erschienen, haben seine Auffassung der Lösung der deutschen Frage in jener Zeit in ein ganz neues Licht gestellt und erst den genauen Zusammenhang zwischen der später erfolgten praktischen Lösung mit seinen früheren Ideen dargethan. „Der Krimkrieg der Jahre 1854 und 1855 — sagte nach der Veröffentlichung der Depeschen des ehemaligen Bundesgesandten im Jahre 1882 ein Berliner Blatt — war für den dritten Napoleon nur die Vorbereitung zur Umgestaltung der Karte Europas; die Befreiung Italiens, die Herstellung Polens und die Gewinnung der Rheingrenze sollten in seinem Sinne die letzten Ergebnisse jenes Krieges sein. Der Humor der Weltge-

Digitized by Google

schichte hatte damals die drei maßgebenden Großmächte, Rußland, Frankreich und England, in einer der abgelegensten Weltecken — um Sebastopol — mit dem Schwergewicht ihrer Macht festgelegt. In Europa waren Österreich, Preußen und die unter der Benennung der „Bamberger" bekannte Koalition der Mittelstaaten, man könnte beinahe sagen, allein zurückgeblieben. In den drei Lagern hieß es: die orientalische Frage ist die deutsche Frage. Daß sie damals nicht gelöst wurde, ist jedenfalls nicht die Schuld des Herrn v. Bismarck, der, wie sich aus den Mitteilungen des Poschingerschen Werkes ergibt, schon damals das Rezept zur Anwendung zu bringen vorschlug, nach welchem er im Jahre 1866 handelte. Den nach nationaler Einheit strebenden Liberalismus aufs neue um Preußen zu sammeln, das war der Wink, den Herr von Bismarck in ernstem Moment Ausgang 1854 nach Berlin gab. Aber weder Graf Buol-Schauenstein, noch Herr v. Manteuffel, noch die Herren v. d. Pforten, v. Beust und Genossen wußten die merkwürdige Konjunktur zu benutzen. Herrn v. Bismarcks Anstrengungen blieben auf die Aufgabe beschränkt, zu verhüten, daß die deutsche Frage damals im Bund nicht gegen Preußen gelöst wurde, und die orientalische Frage zu vereinfachen dadurch, daß er Österreich das Bleigewicht der Bundesbeschlüsse anhing."

Nicht einem Archive, sondern den Parlamentsakten und andern Quellen entnommen war im Jahre 1879 die Sammlung, die von den Reden, Depeschen, Briefen u. s. w. des Fürsten Bismarck der Geh. R. Hahn veranstaltete. Wir folgen erst dieser Sammlung in bezug auf die Zeit, die der Thätigkeit des Bundestagsgesandten voranging, und derjenigen des Abgeordneten v. Bismarck angehörte.

Man hat viel von der Anbetung des Erfolges gesprochen und mit vollem Recht den einzig auf den Erfolg basierten Kultus des Genius getadelt. Wären wir bei Königgrätz geschlagen worden, wäre die Armee des Kronprinzen dort um drei Stunden zu spät erschienen, oder hätte Benedek schon im Beginne des Feldzuges sich mit seiner bei Olmütz versammelten Macht auf die isoliert bei Neisse stehende Armee des Kronprinzen geworfen, — doch immerhin denkbare Eventualitäten, die gänzlich außerhalb der Sphäre des Staatsmannes lagen — Bismarck wäre nie zu dem glänzenden Ruhme aufgestiegen, der ihn heute umgibt. Die Koryphäen der Konfliktzeit würden über den „waghalsigen Spieler" einen tragischen Triumph gefeiert haben. Aber derselbe Mann, derselbe politische Charakter wäre er doch gewesen, — und das gerade

Digitized by Google

bringt uns das genannte Buch als einfache Urkundensammlung zum lebendigen Bewußtsein. Das Buch des Herrn Dr. M. Busch war sofort vergriffen, fast die gesamte Presse Deutschlands hat sich eifrigst und eingehendst mit demselben beschäftigt. Aber wie winzig, wie unbedeutend sind die kleinen Negligéegeschichten des Herrn Busch gegenüber dem großartigen, nicht nur politischen, sondern auch rein menschlichen Charakterbilde, das uns in den bis auf die höchste Epoche zurückreichenden Briefen und Reden Bismarcks, sowie in Urkunden aller Art hier vors Auge geführt wird. Was die Rede von politischen Wandlungen betrifft, die sich an Bismarck vollzogen haben sollen, so darf ihr angesichts der historischen Thatsachen sowohl wie seines eigenen freimütigen Wortes: „daß er sich glücklich schätze, nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und durch die Erfahrungen lernen," keineswegs jede Berechtigung abgesprochen werden. Der Standpunkt, welchen Bismarck als Mitglied des Erfurter Parlaments in der deutschen Frage einnahm, unterschied sich keineswegs einzig in bezug auf das Opportunitätsmoment, sondern auch nach der prinzipiellen Seite hin von demjenigen, auf welchen er sich später als Staatsmann stellte, erst die Erfahrungen, die er als Gesandter am Bundestage machte, ließen die Ideen keimen und reifen, welche er demnächst als Lenker der Politik Preußens verwirklicht hat. Aber „Wandlungen" waren es doch nur scheinbar, die uns hier und ebenso in seiner veränderten Stellung zur hochkonservativen Partei entgegentreten: in unseren Augen handelt es sich mehr um einen Entwickelungsprozeß, um ein Durchringen der Überzeugung, daß der Staatsmann unter allen Verhältnissen das Kleinere dem Größeren unterzuordnen, daß die Rücksicht auf Existenz, Macht und Ehre des Staates allem anderen voranzugehen hat. Das in Rede stehende umfangreiche Buch gibt auf jeder Seite davon Zeugnis, daß der Grundzug des Charakters, des politischen wie des persönlichen, in Bismarck von seinem ersten Eintreten ins öffentliche Leben bis zur heutigen Stunde unverändert derselbe geblieben. Schon auf dem Vereinigten Landtage (1847) tritt uns der zweiunddreißigjährige Freiherr von Bismarck-Schönhausen als ein bereits hoch entwickelter politischer Charakter entgegen. Seine Sprache zeugt von mannhaftem preußischen Stolze, von streng konservativen Anschauungen, vor allem aber von tief wurzelnden religiösen Überzeugungen, der Begriff des christlichen Staates bildet das Fundament seines politischen Credo. So sagte er bei der Beratung des Judengesetzes:

Digitized by Google

„Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei, wie das ci-devant heilige römische Reich, so alt wie sämtliche europäische Staaten, daß es gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben.... Ich bin kein Feind der Juden, und wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen. Ich liebe sie sogar unter Umständen. Ich gönne ihnen auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden . . . Ich glaube in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe stellt, die Lehre des Christentums zu realisieren, zu verwirklichen. Entziehen wir die religiösen Grundsätze dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle. Deshalb, meine Herrn, schmälern wir dem Volke nicht sein Christentum, indem wir zeigen, daß es für seine Obrigkeit nicht erforderlich sei."

Charakteristisch für seinen früh ausgereiften, sittlich-religiösen Ernst ist folgende Stelle eines aus dem Jahre 1851 datierenden Briefes an seine Gemahlin, in welchem er von einem Ausfluge nach Wiesbaden erzählt, „wo er die Stätten früherer Thorheit angesehen."

„Wie viele sind begraben, mit denen ich damals liebelte, becherte und würfelte, wie hat meine Weltanschauung doch in den 14 Jahren seitdem so viele Verwandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was mir damals groß erschien, wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserm innern Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und wertlos welken, bis wieder 14 Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben! Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langweile tragen kann. Ich weiß nicht, wie ich früher ausgehalten habe; sollte ich jetzt leben wie damals ohne Gott, ohne dich, ohne Kinder." . . .

Der religiöse Grundzug in Bismarcks Natur schloß ein sehr kategorisches, aller Sentimentalität fremdes, auch von harten, durchgreifenden Maßregeln nicht zurückschreckendes Wesen keineswegs aus. In demselben Sinne, in welchem er sich bei den Debatten im Reichstage über die Todesstrafe und während des Krieges von 1870 über die Gefangennehmung von Franktireurs und über die

Digitized by Google

ihm vielfach mild erscheinende Behandlung des Feindes wiederholt rückhaltlos ausgesprochen hat, erklärte er 1849, als von einer abermaligen Amnestie die Rede war:

„Einer der Gründe, welche mich bestimmen, mich gegen die Amnestie auszusprechen, ist der, daß durch die wiederholten Amnestieen das Rechtsbewußtsein im Volke auf das tiefste erschüttert wird. In welchem Grade dies selbst bei den gebildetsten Ständen bereits der Fall sei, haben die Reden zweier Abgeordneten vor mir hinreichend bewiesen, indem der eine die Vorgänge nach dem 18. März vorigen Jahres so ins Auge faßte, als sei die Obrigkeit von dem, was er Volk nennt, amnestiert worden, während es mir scheint, daß der König die Rebellen amnestiert habe . . . Der Soldat faßt es nicht, daß er einen und denselben Aufrührer mehrmals gefangen nehmen soll und voraussehen muß, daß derselbe sich ihm immer von neuem gegenüberstellen wird, ich fürchte also, er wird weniger Gefangene machen, und die weinerliche Sentimentalität unseres Jahrhunderts, welche in jedem fanatischen Rebellen, in jedem gedungenen Barrikadenkämpfer einen Märtyrer findet, wird mehr Blutvergießen herbeiführen als eine strenge und entschlossene Gerechtigkeit."

Um die Auffassung erkennen zu lassen, welche Bismarck angesichts der Bewegung von 1848 von der sich für Preußen ergebenden Aufgabe hegte, citieren wir zunächst folgende Stelle aus einer Rede vom 6. September 1849:

„Friedrich II. hätte sich an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Völker, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um eine Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Es hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten, oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische

Digitized by Google

Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Fall in Gemeinschaft mit Österreich, im andren Fall durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt."

Welcher der hier angedeuteten beiden Alternativen Fürst Bismarck damals — und wohl bis er auf der hohen Schule zu Frankfurt a. M. sein Tirocinium absolviert hatte — den Vorzug gegeben haben würde, geht aus folgender Stelle einer Rede, die er um die Zeit der Katastrophe von Olmütz in der Zweiten Kammer hielt, ziemlich zweifellos hervor:

„Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderm den Grund hiervon suchen, als daß Österreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schließen, daß, weil Slowaken und Ruthenen unter der Herrschaft Österreichs stehen, diese die Repräsentanten des Staates und die Deutschen eine bloße beiläufige Zugabe des slawischen Österreichs seien, sondern ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat. Ich habe bereits vor einem Jahre auf dieser Stelle dagegen gewarnt, daß man Preußen nicht in die Rolle drängen solle, die Turin in Italien gespielt hat."

Angesichts der Kriegslust, die sich um die gedachte Zeit in ganz Deutschland regte, als uns von Österreich und Rußland schwere Demütigungen drohten, und in der wir nur ein hochpatriotisches Gefühl zu verehren haben, stellte sich Bismarck, kühl bis ans Herz hinan, auf den Standpunkt des praktischen Staatsmannes. Was er sprach, ward damals im Sinne junkerlichen Reaktionsgelüstes gedeutet, wer seine Worte heute liest, wird erkennen, daß der Staatslenker von 1866 und 1870 schon damals mit sich darüber im Reinen war, wann es an der Zeit und wann es berechtigt sein werde, an das Schwert zu appellieren. Hören wir, was folgt:

„Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen

Digitized by Google

Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinett oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen, oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg oder Ruhm erwirbt, oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Überzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, nach einem Jahre anders an, wenn Sie sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfeldern und Brandstätten, Elend und Jammer, von 100 000 Leichen und 100 Millionen Schulden erblicken werden. Werden Sie dann den Mut haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschossenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: Ihr habt viel gelitten, aber freut Euch mit uns, die Unions-Verfassung ist gerettet. Freut Euch mit uns, Hassenpflug ist nicht mehr Minister, unser Bayrhofer regiert in Hessen. Haben Sie den Mut, das den Leuten dann zu sagen, dann beginnen Sie diesen Krieg."

So unverkennbar sich in bezug auf die Stellung zur deutschen Frage in dem Jahrzehnt von 1849 bis 1859 eine Wandlung vollzogen hat — aus dieser Zeit datieren die 1882 publizierten Berichte aus der Gesandtschaftszeit Bismarcks — so zeigt doch nachstehende Stelle der eben citierten Rede aus dem Jahre 1850 den roten Faden, der sich durch Bismarcks deutsche Politik hinzieht:

„Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde."

„Diesem Standpunkt, sagt die Schles. Zeitung, ist Bismarck noch 1863, 64 und 65 durchaus treu geblieben, erst als es 1866

Digitized by Google

unmöglich wurde, ihn festzuhalten, als Österreich sich von Preußen abkehrte und auf die Seite der Altonaer Volksversammlung stellte, riß der rote Faden."

Theoretisch war dieser schon früher zerrissen. Den Anschauungen des Herrn v. Bismarck vor seiner Frankfurter Periode entsprachen diejenigen des Königs Friedrich Wilhelm IV. Es mag hier ein Brief desselben eingeschaltet werden, der unstreitig von hohem Interesse ist.

Fürst Metternich hatte in einem an den König von Preußen gerichteten Schreiben diesem von seiner infolge der Wiener Märzereignisse eingetretenen Demission Mitteilung gemacht. In dem Antwortschreiben vom 18. April heißt es u. a.:

„Ob Sie, teuerster Fürst, noch in Holland oder schon in England sind, weiß ich nicht. Können Sie (auf sicherem Wege) mir Ihre hochwichtige Ansicht über die Lage der Dinge mitteilen, so werden Sie mich beglücken. Mein persönliches Verhältnis zu Ihnen ist das alte und doch durch unser gegenseitiges Unglück verjüngt, gestählt, befestigt. Für Österreich fühle ich wie anno 40. Was ich vermag, um seinem Erbkaiser die erbliche römische Kaiserwürde zu schaffen, werde ich redlich thun, und der römische Kaiser muß wieder das Ehrenhaupt deutscher Nation sein. Ein Cäsar dieses Augustus, als besonderes Wahloberhaupt des besonderen deutschen Reiches, scheint unvermeidlich. Ich will aber nicht diesen Cäsar abgeben. Meine Ambition ist, Erzfeldherr dieses Reiches zu werden. — doch ehe diese schönen Träume Wirklichkeit werden könnten, muß Gott uns über manche Klippe hinweghelfen — at spes non fracta" ...

Fürst Bismarck hat in einer Zeit, als er seine Erfolge bereits hinter sich hatte, über die Politik von Olmütz, welche aus der Anschauung dieses Briefes hervorging — dieselbe war (nach liberalem Ausspruch) lediglich eine Fortsetzung der unter konservativ-klerikalem Einfluß entstandenen Politik der heiligen Allianz, welche die Großmachtstellung Preußens und seine in den Jahren 1813—15 blutig errungene Führerschaft Deutschlands ohne Skrupel dem Wunsche opferte, in der Gesellschaft von Rußland und Österreich die zugleich auf die Freiheit und die Einheit gerichteten Bestrebungen der deutschen Jugend zu bekämpfen — sich folgendermaßen ausgesprochen: „Der Kriegsminister zur Olmützer Zeit (von Strohta) äußerte sich, als ich damals als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen wurde und mich bei ihm meldete, gegen mich selber

Digitized by Google

dahin: „Wir können uns gar nicht schlagen, wir sind gar nicht in der Lage; wir haben erst in 14 Tagen 70000 Mann zwischen Oder und Elbe, wir können die Österreicher gar nicht hindern, Berlin zu besetzen, wir müssen mobilisieren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müssen wir unser Land und die Hauptstadt wieder erobern; also ich muß Sie bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben, wiegeln Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht schlagen, wir haben Kadres von 150000 Mann in Baden stehen und haben sie nicht zusammen." So Fürst Bismarck über Olmütz.

Im übrigen citieren wir einen Ausspruch der „Norddeutschen Allg. Zeitung" aus dem Jahre 1881, welcher lautete: „Daß der Fürst Bismarck die Manteuffelsche Politik als eine kurzsichtige betrachtete und noch schärfer als der Fürst Pückler verurteilt hat, ist bekannt und in verbreiteten Werken zu lesen. Auch ist er nicht der einzige, der keine große Meinung von der Politik und den Leistungen desjenigen liberalen Ministers (v. Schleinitz) hegt, in dessen Umgebung die „Reichsglocke" zahlreiche Abonnements fand. Der Nachfolger desselben, Graf Bernsdorf, ließ während seiner Amtsführung die Dinge in dem verfahrenen Zustande liegen, in dem er sie vorgefunden hatte."

Hier wird mit dem Gegensatze Bismarcks zu Herrn v. Manteuffel zugleich derjenige zu den unmittelbaren liberalen Nachfolgern desselben statuiert. „Unsere Stellung in Deutschland und in Europa war unter der liberalen Ära um nichts besser, als zur Zeit des Herrn v. Manteuffel. Die Nachgiebigkeit gegen Österreich wurde auf die Dauer noch größer als vorher."

Wir folgen jetzt den Depeschen Bismarcks aus seiner Frankfurter Zeit. Dem heißen, stürmischen Verlangen des deutschen Volkes nach nationaler, einheitlicher Entwickelung hatten die deutschen Regierungen zweimal mit der Einrichtung des Bundestages geantwortet. Die Wirksamkeit des Bundestages von 1816 bis 1848 hatte diese Versammlung zum Gegenstand des Hasses und des Spottes gemacht. In jenem Jahr verschwand der Bundestag wie erdrückt unter der Last der gegen ihn aufgesammelten nationalen Leidenschaften. Im Jahre 1851 war es der letzte und höchste Triumph, den der deutsche Partikularismus und der politische Rückschritt feierten, als sie Deutschland wiederum die verhaßte Ein-

Digitized by Google

richtung auferlegen konnten. Es war namentlich auch der Triumph über Preußen und seine nationalen Bestrebungen, als Preußen in den Schoß des wiederhergestellten Bundestages zurückkehrte. Dieser Triumph aber wurde teuer bezahlt; am 8. Mai 1851 wurde der königlich preußische Deichhauptmann und Landwehr-Lieutenant Otto von Bismarck zum Rat bei der Bundestagsgesandtschaft und bald darauf zum Bundestagsgesandten ernannt. Die Versammlung hatte den Mann in ihre Mitte aufgenommen, der dazu bestimmt war, sie zu vernichten. Das ist ein Mann, der mich rächen wird, konnte der unglückliche Friedrich Wilhelm IV. sagen, wenn er die Berichte seines Gesandten aus Frankfurt bekam, wie der sterbende Friedrich Wilhelm I. diesen Ausspruch von seinem Sohne that.

Herr von Bismarck bekämpfte in Frankfurt a. M. die österreichische Präsidialmacht und die mit ihr im Bunde stehenden Regierungen über, mit den Waffen, die er bald mit sicherem Griff aus dem Arsenal der Bundestagskünste entnahm. Die deutsche Frage, die sich schließlich auf den böhmischen Schlachtfeldern, in den Friedens- und Verfassungsverträgen entschied, bewegte sich unter Leitung des Herrn von Bismarck eine geraume Zeit in der Gestalt eines Streites über die Geschäftsordnung im Bundestag. Der k. k. Präsidialgesandte sah sich plötzlich — er wußte nicht wie — in einen unabläßigen Kampf über die Befugnisse verwickelt, die er wie selbstverständlich auszuüben sich berechtigt glaubte. Auf Schritt und Tritt fand er sich der kühlen, schneidenden, sarkastischen Logik gegenüber, mit der ihn sein preußischer Kollege bald bloß ritzte, bald entscheidend traf. Mit Staunen sahen die andern Bundestagsgesandten diesem Duell zu und wenn ein Streich besonders gut getroffen hatte, konnten sie nicht umhin, ihm heimlich die Hand zu drücken. Diese Diplomaten glichen in der Beschreibung ganz den Bedienten, die sich im Vorzimmer freuen, wenn ihrem Herrn im Salon übel mitgespielt wird und die schnell ihre Mienen wieder ordnen, wenn sie zur Aufwartung antreten. Herr von Prokesch-Osten, der in seiner goldschimmernden Generalsuniform mit wehendem Federbusch, hechtgrauem Rock und hochroten Hosen unter die schwarzen Fräcke der Bundestagsgesandten getreten war, fand alsbald seinen Meister an dem schlichten, preußischen Lieutenant, der ihn bald aufschäumen machte, bald ihn durch ein kühles Schlagwort niederdouchte.

Ein Gedanke war bei Herrn von Bismarck zum herrschenden geworden, er war der Ausgangspunkt aller seiner Betrachtungen,

Digitized by Google

Pläne und Handlungen: „Los von Österreich.“ In seinen Berichten an die Regierung (Herrn von Manteuffel), streifte er alle denkbaren politischen Möglichkeiten, aber immer und überall ging er vom Gegensatz zu Österreich aus und kehrte zu ihm zurück. Mühsam versuchte er es in Frankfurt, den Widerstand gegen die österreichische Politik zu organisieren; glaubte er in dieser Beziehung irgend etwas erreicht zu haben, so war sicher schon von Berlin aus die Nachricht von einer neuen „Verständigung“ mit Österreich unterwegs.

Ein eigenhändiges Privatschreiben des Herrn von Bismarck an den Staatsminister von Manteuffel war in hohem Grade deshalb merkwürdig, weil es die Grundzüge der von dem Reichskanzler geführten Politik wie in einem Auszuge zusammenfaßt. Das Schreiben war vom 26. April 1856 datiert, am 30. März war der Pariser Frieden geschlossen worden, zu dessen Unterzeichnung Preußen nur nachträglich noch „zugelassen“ wurde. So schien Preußen kaum noch als Großmacht zu zählen. In diesem Augenblick aber bereitete sich in dem Kopfe seines Bundestagsgesandten der politische Feldzugsplan vor, der in raschen Schlägen Preußen-Deutschland an die Spitze Europas geführt hat. Dieser Plan war bekanntlich die kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich, gestützt auf das Bündnis mit Rußland und Frankreich und dann eine bessere Bundesverfassung und ein „ehrliches Arrangement“ mit dem Kaiserstaat. Damals stand Louis Napoleon auf der Höhe seiner Macht, ganz Europa bewarb sich um seine Gunst. Der Kalkül des Herrn von Bismarck war auf eine Entfremdung zwischen England und Frankreich und einen Zusammenstoß Frankreichs und Österreichs in Italien gegründet. Ereignisse, die sich später thatsächlich verwirklichten und den Kriegen von 1864 und 1866 ihre eigentümliche Gestalt gaben. Der Bericht darüber wurde von den nächsten Freunden des Herrn v. Bismarck als „Prachtbericht“ bezeichnet. Er entging auch dem Prinzen von Preußen nicht.

Am 9. Oktober 1858 hatte der Prinz von Preußen, der schon seit dem Oktober 1857 die Leitung der Staatsgeschäfte in der Hand hatte, in aller Form die Regentschaft anstatt des totkranken Königs übernommen. In den ersten Tagen des November 1858 wurde Herr von Manteuffel von der Stellung als Ministerpräsident entbunden; in einem Schreiben vom 6. November dankt er Herrn von Bismarck „für das Vertrauen und die Unterstützung“, welche ihm derselbe während seiner Verwaltung des Ministeriums bewiesen.

Digitized by Google

Von nun an richtet Herr von Bismarck seine Schreiben (falls es nicht Immediatberichte sind) an den neuen Minister Frhrn von Schleinitz. Doch er sollte nicht lange mehr von Frankfurt aus zu schreiben haben. Am 29. Januar 1859 benachrichtigte ihn Herr von Schleinitz mittels Erlasses, Se königliche Hoheit der Prinz-Regent habe geruht, ihn zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in St. Petersburg zu ernennen. Zum Bundestagsgesandten sei der Wirkliche Geheimrat, Herr von Usedom, ernannt, bis zu dessen Ankunft in Frankfurt Herr von Bismarck ersucht werde, die Geschäfte dort vorläufig weiter zu führen. Man wünschte dringend, Herrn von Bismarck recht bald auf seinem neuen Posten zu sehen, und so wurde der Wechsel in Frankfurt nach Möglichkeit beeilt. Am 1. März 1859 schrieb Herr von Bismarck seine letzte Depesche in Frankfurt: den Bericht über die Übergabe der Geschäfte an Herrn von Usedom.

Dieser neue Bundestagsgesandte wußte sich selbst keine bessere Empfehlung auszustellen als die, daß er mit den Anschauungen seines Vorgängers bezüglich der deutschen Frage völlig übereinstimme. Er schrieb: „Vielfache Besprechungen mit Herrn von Bismarck sowie die Lektüre seiner neuerlichen politischen Berichte haben mir die Überzeugung gegeben, daß wir hierüber in allen wesentlichen Punkten zusammenstimmen."

Unter diesen „neuerlichen politischen Berichten" hat sich gewiß auch das „Kleine Buch" befunden; denn dies ist gewissermaßen das politische Testament, das Herr von Bismarck seinem Nachfolger am Bunde hinterließ. Herr von Bismarck entrollt darin ein Bild der gesamten Beziehungen der deutschen Staaten zu einander.

Er untersucht, wie es gekommen, daß Preußen zu den übrigen Bundesgliedern in eine so schiefe Lage geraten sei, und zieht die Nutzanwendung daraus. Und diese heißt: Preußen muß eine selbständige, vom Bunde, von Österreich und vom Auslande unabhängige, deutsche Politik treiben. Es muß alles daran setzen, sich von den Einflüssen, die seine Bewegung gegenwärtig lähmen, zu befreien. Kann es das bei den vorliegen Machtverhältnissen nicht allein durch eigene Mittel in das Werk setzen, so muß es sich, je nachdem die Ereignisse eintreten, auf diese oder jene Verbindung einlassen — Österreich gegen den Bund ausspielen, den Bund gegen Österreich. Vor allem: es darf die empfindsame Regung nicht in sich Herr werden lassen, sondern muß einzig die Frage des eigenen Vorteils als maßgebend betrachten. Es muß die Führung

Digitized by Google

der deutschen Politik in die Hand nehmen, Österreich auf die Seite schieben, den Bund unschädlich machen; denn so wie die Dinge liegen, zieht Österreich aus seiner Stellung als Präsidialmacht ein Übergewicht, das es in der geschicktesten Weise gegen Preußen ausbeutet. Preußen darf aber auf die Gleichstellung mit Österreich nicht verzichten, darf sich nicht unter Majoritätsbeschlüsse beugen lassen, darf es nicht zugeben, daß Österreich sich dem Auslande gegenüber den Anschein gibt, Preußen im Schlepptau zu führen. — Deshalb muß Preußen die Ausbildung der Bundesverfassung in dem Sinne der Stärkung der Mittelstaaten hindern, denn es ist der Staat, der auf sich allein gestellt, allein lebensfähig sich erweisen wird. Was man erstreben muß, das ist, mit den Mittelstaaten Verbindungen herzustellen, unabhängig von dem Bunde; dann werde sich das stark ausgeprägte Nationalgefühl des preußischen Volkes schon geltend machen.

Es ist bemerkenswert, daß der Schreiber, vollständig rücksichtslos in der Darlegung seiner Handlungen, nie kleine Ränke empfiehlt, oder mit dem Auslande liebäugelt; was er anruft, das ist immer das edelste und deshalb verläßlichste im menschlichen Herzen. Diese Denkschrift ist ohne allen Zweifel eine der bedeutendsten Schilderungen der damaligen Zeit, die man finden kann. Man staunt, wenn man sie liest — selbst nach allem, was man seitdem erlebt — über ihren Verfasser.

Faßt man sie und den sogenannten „Prachtbericht" ins Auge, so erkennt man einmal wieder, wie unmöglich es ist, sich über das Wesen und Wirken eines Zeitgenossen ein abgeschlossenes Urteil zu bilden. Unter dem Eindruck dieser beiden Aktenstücke muß man sich sagen, daß unsere Kenntnis des großen Staatsmannes bisher ganz unvollständig gewesen ist. Hier erst sieht man das jugendliche staatsmännische Genie mit seiner klaren Erkenntnis dessen, was uns not thut, der Mittel, über die wir verfügen, um zu erreichen, was wir erreichen müssen, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen, und was sein Auge schon erblickt.

Hier wird das ganze Programm der zukünftigen Politik entwickelt, abgerollt, wie ein Bauplan des Hauses, an dem der Meister unverdrossen gearbeitet, bis es jetzt vollendet, wetterfest uns alle beschirmt.

Das „Kleine Buch" beginnt folgendermaßen: Bis zum Jahre 1848 wurde der deutsche Bund, welches auch die theoretischen Ansprüche an ihn sein mochten, thatsächlich doch nur als ein Schutzverein der

Digitized by Google

deutschen Regierungen gegen Krieg und Revolution behandelt. Österreich ließ damals im allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Konzession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen entgegen; in Deutschland begnügte sich das Wiener Kabinett nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache. . . . Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbestimmungen im Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Kabinett den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. Es begnügte sich damit, demselben in der Person des noch fungierenden königlich sächsischen Gesandten einen Beobachter zur Seite zu stellen.

Die Führung des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit beider Kabinette in betreff der Bundesangelegenheiten haben nicht wenig dazu beigetragen, die Überlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz anderes Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivierung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die konstituierenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung darbot.

Dieser Gedanke lag nahe, nachdem Österreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland behufs der Kräftigung des verhältnismäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaat erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Österreich gelang, sich der Majorität im Bunde auf die Dauer zu versichern, demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Majoritätsbeschlüsse zu erweitern, und, wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger.

Österreich konnte nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich entstehenden neuen Kaisertum Ver-

Digitized by Google

bindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatz zu Preußen und England hervorriefen.

Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich freiwillig an Österreich an. Letzteres konnte die fast ohne Ausnahme noch fungierenden Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 hier zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Österreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus sicher sein. Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848 bis 1850 hatten der Besorgnis vor preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundesstaaten im Verhältnis begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das 200jährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Teil der andern deutschen Fürsten erfüllte, wirkte bei diesen in derselben Richtung, wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerungen auf ihre Kosten. Zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen hatte Österreich mannigfache, nur ihm zu Gebote stehende Mittel.

„In erster Linie stehen dabei die Personal-Beziehungen, in welchen sich die Mehrzahl der politisch hervorragenden und einflußreichen Leute in Süd- und zum Teil auch in Norddeutschland befinden.

„Schon aus althergebrachter Gewohnheit geht der Adel der süd- und mitteldeutschen Staaten in österreichische Dienste, die Kleinheit seiner heimischen Verhältnisse bietet nur zu beschränkter Laufbahn Aussicht, und die in Österreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anstrengungen und Kenntnisse beschränken sich auf ein geringeres Maß, als in den übrigen Bundesstaaten. Diesen Dispositionen kommt Österreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflußreichen Beamten, eines Ministers oder Gesandten in dem Alter sind, daß über die Wahl ihrer Laufbahn entschieden werden kann, finden sie sich von österreichischen Werbern mit glänzenden Versprechungen umgeben, und es kommt vor, daß sechszehnjährige junge Leute, welche niemals ein Regiment gesehen haben, Offizierspatente zugestellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden ist.

Digitized by Google

„Einmal in Österreich angestellt, dienen dieselben als Geißel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächst zur Unterhaltung der Beziehungen Österreichs zu ihren in Deutschland bei den Höfen und im Staatsdienst angestellten Verwandten.

„Unter den Bundestags-Gesandten hängen die von Sachsen, Darmstadt, Nassau-Braunschweig und der 16 Stimmen durch ihre Familienbeziehungen mehr an Österreich, wie an der eigenen Regierung und dienen ersterem, so viel sie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbesondere durch parteiische Berichterstattung."

Die Beziehungen der einzelnen Staaten und Gesandten zu Österreich werden dann noch weiter ausgeführt.

„In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinett die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponieren."

Diesen mächtigen Einfluß zu brechen, erklärt Herr von Bismarck als die Aufgabe Preußens. So zeichnet er also schon damals genau Preußen den Weg vor, den er später selbst gegangen ist. Wir haben also in diesem sogenannten „Kleinen Buch des Herrn von Bismarck" ein unschätzbares Dokument über die Geschichte des deutschen Bundes und über die Auffassung des leitenden deutschen Staatsmannes über die damaligen Beziehungen Preußens zum deutschen Bunde und zu Österreich.

Niemand kann jetzt gegenüber solchen Publikationen heute noch sagen, Fürst Bismarcks Politik sei durch Zufall oder Glück entschieden worden, sie beruht auf einer durchaus soliden Grundlage, auf einem allseitig erwogenen Plan, auf der gründlichen Kenntnis aller Verhältnisse.

Indem der König ihn 1862 zum Minister-Präsidenten berief, wurde damit zugleich der Entschluß erklärt, diese Bismarckschen Ideen zu verwirklichen, denn seine zahlreichen Briefe befanden sich in den Akten und waren dem König hinreichend bekannt, sowie die politische Auffassung, welche Herr von Bismarck in denselben dargelegt hatte.

Die Berufung Bismarcks bedeutete also die selbständige preußische deutsche Politik des Königs, das Ausspielen Österreichs gegen den Bund und des Bundes gegen Österreich.

So hat Herr von Bismarck schon 1858 die Aufgabe Preußens aufgefaßt, so hatte er sie schon damals detailliert, dargelegt und

Digitized by Google

begründet, und diese Politik hat Preußen zum Siege geführt und die großen Erfolge errungen.

Die ersten Waffengänge Herrn von Bismarcks lernen wir also in diesem verdienstvollen Werke, den archivalischen Veröffentlichungen Herrn von Sybels, vollständig kennen. Aber gerade an der Überraschung, die man in diesen findet, erkennt man, wie viel doch noch zur Vollständigkeit fehlt. Erst dann, wenn aus den Archiven das veröffentlicht wird, was Herr von Bismarck von Petersburg und Paris aus berichtet hat, erst wenn die geheime Geschichte der Vorbereitungen zu den Kriegen gegen Dänemark, gegen Österreich, gegen Frankreich an den Tag kommt, — erst dann wird das deutsche Volk das vollständige Bild des großen Kanzlers erhalten können. Ein anderes Bild vermutlich, als wir es jetzt schon sehen: denn auch dieser Mann ist mit seinen Zwecken noch gewachsen.

Die noch klaffende Lücke mag hier nur durch einige kleine Bruchstücke ausgefüllt werden. Bismarck war der deutsche Bundestag und die Metternichsche Bundesverfassung so verhaßt, daß er in einem an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichteten Schreiben vom 12. Mai 1859 sagte: „Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen," und daß er in einem Privatbrief vom 3. Februar 1860 schrieb: „Im Bunde, in der Presse und vor allem in unseren Kammern müssen wir offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unsern Hals, mit dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten!"

Die politischen Ansichten Bismarcks, namentlich so weit es sich um die Stellung Preußens zu Österreich und dem deutschen Bunde handelte, waren dem Könige bekannt. Im Sommer 1861 hatte Bismarck in Baden-Baden eine längere Unterredung mit ihm gehabt. Beauftragt, den Inhalt seiner Auseinandersetzung zu Papier zu bringen, überreichte er bald darauf dem König eine Denkschrift über die Aufgaben der preußischen Politik. Diese Denkschrift ist der Geschichtschreibung nicht zugänglich, wohl aber ein Brief, welchen

Digitized by Google

Bismarck fast zur nämlichen Zeit, am 18. September 1861, als ihm das feudale Programm des „preußischen Volksvereins“ mitgeteilt wurde, an einen gleichgesinnten Freund richtete. Der Gedankengang in beiden Schriftstücken wird wohl der nämliche gewesen sein. In jenem Briefe hieß es: „Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel derjenigen deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Ausland legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen, und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen die Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist, als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm, anstatt des vagen Ausfalls gegen die deutsche Republik, offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zustande zu bringender Änderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Assoziationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die notwendige Änderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen, innern Landesgrenzen erwachsen. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen.“

Digitized by Google

Bismarck schrieb am 2. Oktober 1861: er sei beim König „nach Kräften für deutsche Politik thätig gewesen und für die augenblickliche Stimmung nicht ohne Erfolg."

Als Ministerpräsident inaugurierte er am 30. September 1862 seine neue Stellung mit den Worten, die er in der Budget-Kommission sprach: „In Preußen sind viele katilinarische Existenzen, welche ein großes Interesse an Umwälzungen haben. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemal verpaßt ist. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — dies ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Blut und Eisen."

Zwei Monate später hatte Bismarck eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Karolyi. Darin sagte er: „Die Beziehungen Preußens zu Österreich müßten unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Österreich habe die Wahl, seine gegenwärtige, antipreußische Politik mit dem Stützpunkt einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen einzugehen. Dazu gehöre, daß Österreich seine preußenfeindliche Thätigkeit bei den deutschen Höfen aufgebe und die Leitung des Bundes mit Preußen teile. Fragen von erheblicher Wichtigkeit könnten nur nach vorgängiger Vereinbarung zwischen beiden Großmächten vor den Bund gebracht, dürften aber nicht von Österreich, trotz des Widerspruchs Preußens, einfach durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Eine Überschreitung der Kompetenz des Bundes durch Majoritätsbeschlüsse würde Preußen als einen Bruch der Bundesverträge betrachten, und demgemäß verfahren. Es könnte dahin kommen, daß der preußische Bundestagsgesandte abberufen würde, ohne einen Nachfolger zu erhalten, und ohne daß deshalb Preußen seine Truppen aus der Bundesfestung herausziehen würde. Österreich habe sich nicht der Illusion hinzugeben, daß Preußen für alle Fälle in einem Kriege auf dessen Seite stehen werde. Österreich würde überhaupt in seinem besten Interesse handeln, wenn es seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegte."

Mit der Verfolgung seiner großen Pläne nach außen fiel der gigantische Kampf Bismarcks gegen eine parlamentarische Opposition zusammen, die die Mittel zur Armee-Reorganisation, dem einzigen Werkzeuge zur Ausführung jener Pläne, verweigerte und

Digitized by Google

so den Verfassungs-Konflikt herbeiführte, in welchem der eine Teil sich auf sein verbrieftes Recht, der andere auf die Unabweisbarkeit der Reform berief.

Das Studium des Urkundenbuches von Hahn, sagt die Schles. Zeitung, hat uns nur in der Überzeugung zu bestärken vermocht, daß Bismarck bei seiner damaligen Politik sich keineswegs einzig von den zwingenden Rücksichten auf die nur durch „Blut und Eisen" zu lösende deutsche Frage leiten ließ, sondern daß er im Grunde auch das Bewußtsein in sich trug, nicht gegen das verfassungsmäßige Recht zu verstoßen. Wir sprechen dies aus, ohne darum die Haltung der Regierung einfach rechtfertigen zu wollen. Es wird — ein Vorwurf, der übrigens nicht das Ministerium Bismarcks, sondern dasjenige der liberalen Ära trifft — nie zu billigen sein, daß man bei der Forderung der Mittel für die sogenannte „Kriegsbereitschaft" — d. h. die Wandlung der im Jahre 1859 mobilgemachten Landwehrregimenter in Friedensregimenter der Linie — auf ein „Provisorium" einging und nicht offen und ehrlich aussprach, es handle sich um eine vollständige Reorganisation der Armee, um eine Maßnahme, die nicht wieder rückgängig gemacht werden könne. Es wird ebenso wenig zu bestreiten sein, daß man formell nicht berechtigt war, die nach dem Gesetze vom 3. September 1814 auf zwei Jahre begrenzte Dienstpflicht in der Reserve thatsächlich auf vier Jahre zu erweitern, die Berufung auf die in jenem Gesetze für den Fall der Mobilmachung (ausnahmsweise) gewährte Lizenz, an Stelle etwa mangelnder Reservemannschaften jüngere Landwehrleute in die Linienregimenter einzustellen, war keineswegs stichhaltig. Als sich im weiteren Fortgang des Konflikts der Streit zu der Frage: zwei- oder dreijährige Dienstzeit, zugespitzt hatte, war es vielleicht auch nicht klug gehandelt, starr auf der dreijährigen Präsenz zu bestehen und nicht, wie es 1874 mit durchschlagendem Erfolge geschah, den Nachweis zu führen, daß die nominelle dreijährige Dienstzeit sich in der Praxis für die Infanterie durchschnittlich auf kaum zwei Jahre pro Kopf bemessen werde. Noch manches andere, was in jener Zeit geschah, mag zu tadeln sein, so vor allem, daß man 1863 am ersten Tage nach dem Schluß des Landtages die napoleonischen Preßordonnanzen als „Notstandsgesetz" im Verordnungswege proklamierte, ein Verfahren, das mit der politischen Moral schwer in Einklang zu bringen war. Alles das darf und muß anerkannt werden, aber es hebt das Ungeheuerliche der von der parlamentarischen Majo-

Digitized by Google

rität gestellten Forderung nicht hinweg, alle neuen Regimenter einfach aufzulösen oder, mit anderen Worten, Preußen wehrlos zu machen. Noch nach dem Kriege gegen Dänemark und angesichts des Konflikts mit Österreich hielt man an dieser Forderung formell fest.

Als Bismarck im Herbst 1862 an die Spitze des Staatsministeriums trat, handelte es sich zunächst darum, das Budget für das laufende Jahr zustande zu bringen. Die Majorität des Abgeordnetenhauses stellte allen Ernstes das Ansinnen, den Militäretat auf diejenige Summe zu reduzieren, welche er vor 1859 beansprucht hatte. Der größte Teil der Ausgaben war bereits geleistet, die Forderung zu erfüllen, war also buchstäblich unmöglich. Das Budget kam gar nicht zu stande — was sollte nun geschehen? Nach der Meinung des Abgeordnetenhauses war die Regierung in diesem Falle zu keinerlei Ausgaben berechtigt; entweder sollte die Staatsmaschine still gestellt werden oder die Krone sich bequemen, Minister zu ernennen, welche bereit waren, den Willen der Majorität zu vollstrecken. Nach der Meinung Bismarcks dagegen stand man vor einer offenen Frage, die nicht mehr rechtlich, sondern nur realistisch entschieden werden konnte. Bismarck sprach damals das vielberufene Wort von der „Lücke in der Verfassung", das in den Augen der Opposition schon ausreichte, einen Rechtsbruch, ein Staatsverbrechen zu konstatieren. Hören wir indes, wie unser Staatsmann die Dinge erfaßte. In einer Rede vom Januar 1863 heißt es:

„Jedes dieser drei konkurrierenden Rechte ist in der Theorie unbegrenzt und das eine so stark wie das andere. Wenn eine Vereinbarung zwischen den drei Gewalten nicht stattfindet, so fehlt es in der Verfassung an jeglicher Bestimmung darüber, welche von ihnen nachgeben müsse. In früheren Diskussionen ist man freilich über diese Schwierigkeit mit Leichtigkeit hinweggegangen, es wurde nach Analogie von anderen Ländern, deren Verfassung und Gesetze aber in Preußen nicht publiziert sind und keine Gültigkeit haben, angenommen, die Schwierigkeit sei einfach dadurch zu erledigen, daß die beiden anderen Faktoren sich dem Abgeordnetenhause fügen ..... Auf diese Weise würde allerdings die souveräne Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses hergestellt werden; aber eine solche Alleinherrschaft ist nicht verfassungsmäßiges Recht in Preußen. Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budget-Gesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die andere zum

Digitized by Google

Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen sei. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen, und an ihre Stelle treten Konflikte und Konflikte werden, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. Daß hier eine Lücke in der Verfassung ist, ist gar keine neue Erfindung. Ich habe selbst damals den Verhandlungen wegen der Revision der Verfassung beigewohnt, und wir haben uns mehrere Tage in sehr eingehender Weise mit dieser Möglichkeit beschäftigt, die jetzt noch nach 14 Jahren zum erstenmal zur Wirklichkeit geworden ist. Daß es eine Unmöglichkeit sei, ist damals niemanden eingefallen, man hat sich nur über die Vorkehrungsmaßregeln, die für einen solchen Fall getroffen werden sollten, nicht einigen können. Ich muß nach dem Gesagten die Behauptungen, daß wir verfassungswidrig gehandelt haben, ja daß wir die Verfassung verletzt hätten, auf das bestimmteste und mit voller Überzeugung zurückweisen, und ich wiederhole, was ich in der Kommission sagte: Wir, meine Herren, nehmen unseren Eid auf das Gelöbnis auf die Verfassung ebenso ernsthaft, wie Sie den Ihrigen. Lernen wir doch Überzeugungstreue an den Gegnern achten und seien wir nicht so freigebig mit dem Vorwurfe des Verfassungsbruches, mit dem Vorwurfe des Eidbruches, welchen jener involviert. Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserm Königlichen Herrn überreicht werden soll (die Debatte bewegte sich um eine Adresse, in welcher das Abgeordnetenhaus das Ministerium geradezu des Verfassungsbruches zieh), gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königtums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Digitized by Google

Den Konflikt weiter zu verfolgen, versagen wir uns gern. Wir wollen indes daran erinnern, daß gerade in jenen Tagen zahlreiche parlamentarische Koryphäen zu dem Ruhme aufstiegen, der ihnen heute noch anhaftet. Für den Scharfblick dieser Herren in der Beurteilung der geistigen Kapazität Bismarcks und speziell seiner Befähigung, deutsch-nationale und auswärtige Politik zu treiben, mögen einige Beispiele aus dem Urkundenbuche genügen:

Schultze-Delitzsch erklärte:

„Wenn das jetzige Ministerium den Ruf erschallen ließe, — es wird es nicht thun, es befindet sich gar nicht in der Möglichkeit dazu, ich gebe nur die hypothetische Annahme hier (Heiterkeit) — wenn es ihn erschallen ließe, so würde sich bei dem von ihm berufenen deutschen Parlament niemand einfinden! (Bravo, Große Heiterkeit).

Herr von Carlowitz sprach:

„Ich bin der Meinung, daß, was dieses Ministerium auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch unternehmen möge, jede seiner Unternehmungen von vornherein mit Unfruchtbarkeit werde geschlagen sein (sehr wahr) .... Ein preußisches Ministerium, das, seitdem es in die Aktion eintritt, nur die neugeschaffenen Bataillone zählt und nicht die Herzen des Volkes, ein solches wird niemals Triumphe auf dem Felde der auswärtigen Politik feiern." ..... „Alles hat seine Zeit, — auch das Ausscheiden aus dem Bundestage hat seine Zeit. Wenn wir jetzt aus demselben aus träten, — jetzt, geschwächt durch innere Zerwürfnisse, jetzt, mit dem Mißtrauen Deutschlands oder doch des deutschen Volkes behaftet, dann stehen wir isoliert, ohne irgend einen schöpferischen Gedanken ..... Es wird nichts übrig bleiben, als uns in einen Schmollwinkel zurückzuziehen und von diesem aus mißmutig zuzusehen, wie das übrige Deutschland sich unter der Würzburger und Österreicher Führung neu konstituiert und günstigenfalls uns eine Hinterthür offen läßt, durch die wir unter Bedingungen wieder eintreten könnten — eine Hinterthür, die freilich dem caudinischen Passe so ähnlich sehen würde, wie ein Ei dem anderen."

Die Kanonen von Königgrätz, die Berufung des konstituierenden Reichstags und die Verträge von Versailles haben diese Kundgebungen ausreichend verbrieft und besiegelt. Hier handelte es sich indes wenigstens um deutsche nationale Politik, die der Liberalismus jener Tage als seine spezielle Domäne behandelte. Über Bismarcks Befähigung, überhaupt große Politik zu treiben, urteilten

Digitized by Google

die Celebritäten von damals indes nicht minder souverän. Als es sich zu Anfang des Jahres 1863, zur Zeit der in Polen ihr Wesen treibenden „Hängegendarmen", um eine Revolution der verächtlichsten Art handelte, schloß Preußen mit Rußland eine Konvention, welche bei militärischen Operationen zum Zweck der Verfolgung beiden Teilen Grenzüberschreitungen auf kurze Strecken gestattete. Diese Konvention hat uns nicht die geringste Belästigung auferlegt, wohl aber sehr wesentlich, wenn nicht sogar entscheidend dazu beigetragen, daß uns Rußland 1866 und 1870 den Rücken deckte. Von der Kritik aber, die Bismarck ob dieses diplomatischen Aktes parlamentarischerseits erfuhr, einige Proben:

Herr von Sybel sagte:

„Sähe ich mir gegenüber am Ministertisch einen Mann, der bereits Zeugnis gegeben hätte von weitblickender Einsicht und einem Herzen für die Gerechtigkeit, so würde ich weiter fragen, ob seine Konvention auch an die Verträge von 1815 erinnert, an das dort verbriefte Recht der Polen, unter ihrer eigenen selbständigen Verfassung zu leben, an das dort verbriefte Recht Preußens und Europas, daß in Warschau nicht der Zar von Rußland, sondern der König von Polen herrsche".

Herr Simson bemerkte bei dem gleichen Anlaß:

„Ich verlange nicht, meine Herren, — denn das Verlangen wäre ein übermäßiges — daß eine Regierung allezeit den kühnen Flug der Genies einzuhalten imstande sein soll. Mehr gerechtfertigt wäre schon die mildere Forderung, daß sie den ruhigen, sicheren Gang des Talents und der Erfahrung zu gehen verstände. Aber in jedem Falle, meine Herren, wird die Bewunderung dafür, daß jemand nicht fällt, die Bewunderung, die man ja jedem Seiltänzer würde zuwenden müssen, eine Bewunderung sein, nach der nicht jedermanns Gaumen und Appetit stände."

Bismarck antwortete:

„Der Vorredner hat das Ministerium mit Don Quixote, später mit Seiltänzern verglichen. Ich fühle keinen Beruf, mich über Fragen des guten Geschmacks und der Schicklichkeit hier in eine Erörterung einzulassen, es wird sich zur Erledigung derselben ein minder persönlicher Weg finden. Ich will mich rein auf das Sachliche beschränken und habe nur deshalb das Wort ergriffen . . . Sie haben uns gestern vorgeworfen, daß wir uns mit großer Übereilung über etwas mit Rußland verständigt hätten, ohne uns der Ansicht anderer Kabinette darüber zu vergewissern.

Digitized by Google

„Wenn nun durch Äußerungen anderer Kabinette zu Tage tritt, daß der Vorwurf unbegründet ist, daß gerade Verhandlungen über den Gegenstand mit anderen Kabinetten schweben, ebenso gut wie mit Rußland, so sagen Sie, die Regierung hätte unrecht gehandelt, indem sie gegen fremde Regierungen mitteilender wäre als gegen die eigene Landesvertretung. Daraus folgt, daß wir nur dann Ihre Billigung hätten, wenn wir alle beabsichtigten diplomatischen Verhandlungen vorher auf der Tribüne öffentlich verkündigen und Sie fragen: Sollen wir sie einleiten oder nicht? Ich glaube, daß wir eine unparteiische und sachliche Beurteilung unseres Verhaltens von Ihnen nicht erwarten dürfen."

Wir unterdrücken andre Aussprüche aus dem Munde der Opposition in der Konfliktszeit; sie sind zum Überdruß schon neu reproduziert worden von denen, die gern heute noch den Epigonen der alten Fortschrittspartei einen Spiegel vorhalten. Im Jahre 1881 brachte eine Berliner Revue „Enthüllungen" des Herrn v. Unruhe, die den Zweck verfolgten, das Verhalten seiner Partei in den Jahren 1862—66 zu rechtfertigen. Dieselben fanden in der offiziösen Presse eine sehr heftige Abfertigung. Es wurde gesagt:

„So oft in der Regierungspresse das traurige Verhalten der Fortschrittspartei in den Jahren 1862—66 in Erinnerung gebracht wird, ruft sie und ihr ganzer Anhang, man solle doch diese alten Geschichten endlich ruhig lassen, es sei ja Indemnität erteilt und damit sei das Alte abgethan, wobei stets vergessen wird, daß die Fortschrittspartei ihrerseits weder Indemnität erteilt, noch deshalb je Pardon ihrer Missethaten aus jener Zeit erhalten hat. Kaum aber ist die Erinnerung an jene Thaten verklungen, so wird sie durch einen der ihrigen selbst unbesonnener Weise wieder aufgeweckt, indem diese Leute die Zeiten offenbar nicht vergessen können, wo sie politische Größen waren oder doch dafür galten. Es muß in dieser Erinnerung ein ganz besonderer Reiz und etwas Berauschendes liegen, das auch über den möglichen Eindruck vermeintlicher Enthüllungen aus solcher Zeit offenbar täuscht. Neuerdings hat ein alter Parlamentarier, der Präsident der preußischen Nationalversammlung von 1848, jener kopflosen Versammlung, welche nach kläglicher Existenz ein schmachvolles Ende fand, ein Mann, der auch in der Zeit von 1862 bis 1866 wieder eine Rolle in der unglückseligen Opposition gegen Herrn von Bismarck gespielt hat, das Feld der Enthüllungen betreten.

Digitized by Google

„Wie die Freunde und Verehrer des Fürsten Bismarck über diese Erinnerungen, abgesehen von der Frage, inwieweit der öffentliche Gebrauch von Privatgesprächen überhaupt erlaubt ist, ungehalten sein können, ist ganz unerfindlich; sie müßten dem Mann für seine Enthüllung vielmehr gerade im Interesse Bismarcks höchst dankbar sein und die Fortschrittspartei müßte bitten: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden!"

„Bis jetzt hatte nämlich die Fortschrittspartei zur Erklärung und Entschuldigung ihres unpatriotischen Verhaltens gegen Herrn von Bismarck in jenen Jahren sich die Ausrede zurechtgelegt: sie habe nicht gewußt und nicht wissen können, daß der Ministerpräsident das verstärkte Militär so herrlich nach außen zu Preußens Ruhm und zur Herstellung der deutschen Einheit gebrauchen werde, sonst hätte sie ja gern alles bewilligt. Selbst Bismarck hat (1876) einmal in übel belohnter Großmut diese Ausrede gelten lassen. Nun kommt jener alte Parlamentsmann und sagt öffentlich: er habe Herrn von Bismarcks Auffassungen über die äußere Politik, über Österreichs Stellung und Preußens Aufgaben in Deutschland schon seit 1859, ja seit 1854 gekannt, er habe darüber beim Beginn des Bismarckschen Ministeriums seinen politischen Freunden auch Mitteilung gemacht, aber es sei zweifelhaft geblieben, ob er noch diese Pläne habe und ob er sie gegen die Hofpartei durchsetzen könne. Der eigene Parteigenosse erhebt hiermit die schwerste Anklage gegen die damalige Mehrheit; denn es ist klar, daß dieselbe die Pläne Bismarcks kannte, aber nicht kennen wollte, weil sie eben der „Junker vom Vereinigten Landtage" ausführen wollte, daß die damalige fortschrittliche Mehrheit die Sache der Partei über die Sache des Vaterlandes stellte.

„Durch die Enthüllung jenes Parteiführers erscheint die Ablehnung der Militärvorlage, wie die gehässige Anfeindung der auswärtigen Politik des Herrn von Bismarck, vollends als Landesverrat.

„Es ist zunächst nicht wahr, daß das Land „keine Aussicht oder nicht die mindeste Sicherheit" gehabt habe, daß „die verdoppelte Armee zur Grundlage einer kräftigen äußeren Politik dienen würde".

„Die Aussicht wenigstens und eine Sicherheit (soweit eine solche gegeben werden kann) lag in dem Wort des Königs, welcher schon als Prinzregent gesagt hatte, „Preußens Heer müsse mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches

Digitized by Google

Gewicht in die Wagschale legen zu können", und der schon damals „ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik" angekündigt hatte. Der Regent hatte die Armeeorganisation mit den Worten vorgelegt, der Vertretung des Landes sei eine Maßregel von solcher Bedeutung für die Größe und die Macht des Vaterlandes noch nicht unterbreitet worden.

„Es ist zunächst also eine völlig ungerechtfertigte Anklage des Königs, daß er die Militärorganisation ins Leben gerufen habe ohne Hinblick auf eine kräftige äußere Politik.

„Der Mann der Enthüllungen hatte nun, wie er erzählt, schon im Jahre 1859 „die Freude gehabt, Bismarck seine Pläne für die deutsche Einheit ausführlich entwickeln zu hören". Bekanntlich war Herr von Bismarck als Bundestagsgesandter zu anderen Ansichten in dieser Beziehung gekommen, als er auf dem Vereinigten Landtage und in der zweiten Kammer gehabt.

„Es ist nun eine weitere Unwahrheit, daß man bezweifeln konnte, ob Herr von Bismarck noch dieselben Pläne wie früher habe und daß sein herausforderndes, jedem Vergleich abgeneigtes Wesen in der Kammer die Auffassung hervorgerufen habe, daß er die im Jahre 1859 besprochene „große aktive Politik" aufgegeben habe.

„Herr von Bismarck konnte seine Pläne, als Minister, natürlich nicht an die große Glocke hängen und nicht von der Rednerbühne verkündigen, aber seine Sprache bei dem ersten Erscheinen in der Budgetkommission mußte jedermann die Gewißheit geben, daß er die „große aktive Politik" keineswegs aufgegeben habe. Er sagte damals (offenbar durchaus nicht herausfordernd): „Könne die Verwickelung mit Ehren beseitigt werden, so biete die Regierung gern die Hand dazu". Er sagte weiter: „Wir tragen eine so große Rüstung für unsern schmalen Leib, nur sollten wir sie auch nützen — Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick. Preußens Grenzen sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. — Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, — sondern durch Blut und Eisen."

„Klingt das, als wäre „die große aktive Politik" aufgegeben gewesen? Aufgegeben war sie allein von den Fortschrittsleuten, welche dieselbe von dem vorigen Ministerium dringend verlangt hatten, jetzt aber, wo sie ihnen von dem „reaktionären" Bismarck in ungeahnter Größe geboten wurde, sie nicht blos schmählich im

Digitized by Google

Stich ließen, sondern mit allen Mitteln dagegen wirkten. Wie viel segensreicher für Preußen und Deutschland hätte ein Bismarck wirken können, wenn er von jener Mehrheit ebensoviel Unterstützung, wie thatsächlich Feindschaft mit Hemmnissen gefunden hätte!

„Es soll hier nicht das ganze, lange Sündenregister der Fortschrittspartei von 1862—66 wiederholt werden; wenn aber Wert darauf gelegt wird, daß Bismarck im Jahre 1859 besonders von der Stellung Österreichs und von der deutschen Einheit gesprochen, so wird daran erinnert, daß in dem Augenblick, wo die beiden Großmächte einander gerüstet gegenüberstanden, Preußen aber seinen Antrag auf Bundesreform längst gestellt hatte, der Nationalverein in Berlin einen Beschluß gegen die Bismarcksche Politik faßte, in dem das Rechtsbewußtsein der Nation gegen den erhobenen Arm der Machthaber angerufen und der Fluch auf das Haupt der Urheber des Bürgerkrieges herabgewünscht wurde.

„So ist die Enthüllung des alten Demokraten vor allem eine Enthüllung der landesverräterischen Gesinnung seiner Freunde von der sogenannten Fortschrittspartei. Mögen seine Erinnerungen sonst noch so wenig Wert haben, der Beweis ist darin erbracht: die Fortschrittsleute wußten, daß es sich um die Macht und Größe des Vaterlandes handelte, aber sie wollten es nicht wissen, um auch damals ungehindert ihr „Fort mit Bismarck" rufen zu können."

Diesem Artikel wurde von der „Nat. Zeitung" in dem gleichen Tone erwidert. „Was das Verhältnis der Liberalen zu Herrn von Bismarck vor 1866 betrifft, sagte sie, so hat letzterer selbst die Sachlage so klar gekennzeichnet, daß man in dieser Beziehung die Akten als geschlossen betrachten konnte. Zum Grafen Seherr-Thoß sagte Herr v. Bismarck am 8. Juli 1866 in der vollen Freude des Sieges: „Sie haben mich für einen Junker, einen Reaktionär gehalten, der Schein trügt. Um meine Zwecke zu erreichen, mußte ich diese Rolle spielen. Beim König wurde ich von allen Seiten als verkappter Demokrat verdächtigt." Von der liberalen Partei kann man nicht verlangen, daß sie in dem Truge des Scheines durchschaute, was Rolle, was Wahrheit war, die Täuschung konnte sich eben so gut gegen sie wenden, wie nach anderer Seite und eine Rolle selbst zu übernehmen, ist für eine große volkstümliche Partei unmöglich, ist gegen deren Natur. Niemand konnte darauf vorbereitet sein, aus den verschlungenen Gängen, welche die preußischen Truppen nach Schleswig und die österreichischen Truppen nach Holstein geführt hatten, eine Politik von solcher Größe und

Digitized by Google

Kühnheit hervorgehen zu sehen. Nachdem die Jahre 1848 bis 1851 den preußischen Staat bis in seine Tiefen erschüttert hatten, sah man die herrschende Feudalpartei sieben Jahre lang auf den Knieen vor Europa, alle Stöße geduldig hinnehmend, am devotesten dorthin schauend, wo gerade das Übermaß der Reaktion war, um nichts besorgt, als um die Wahrung ihrer Privilegien und als letztes Ziel die Wegrevidierung der Verfassung betreibend. Woher sollte die Überzeugung kommen, daß Herr v. Bismarck, der von dieser Partei ausgegangen war, innerlich mit ihr so tief gebrochen hatte? Selbst die Militärreform stellte sich in solcher Perspektive nicht als Vorbereitung zu einer nationalen That, sondern als eine neue Belastung des Volkes unter Schwächung des damals volkstümlichsten Charakters der Armee dar. Die neue Aera mit der Zaghaftigkeit ihrer Minister und dem junkerhaften Übermut des Herrenhauses erschien nur als ein kurzes Zwischenspiel. Die „Nationalzeitung" ist auch in den schlimmsten Zeiten in der unerschütterten Überzeugung verharrt, daß Preußen nicht ohne den Verzweiflungskampf um seine Existenz sich aus der Reihe der Staaten wegtilgen lassen und daß im äußersten Moment der Mann sich finden würde, mit der letzten Eskadron in den Feind zu reiten. Daß Herr von Bismarck dieser Mann war, wissen wir jetzt, es war seine Rolle, diese seine Mission bis zum großen Augenblick bald hervorzukehren, bald unter trügendem Schein zu verhüllen — wir wollen ihm das nicht bestreiten, aber aufhören sollte man doch, die Liberalen mit Vorwürfen zu behelligen, die offenbar Herrn von Bismarck, der die Täuschung des reaktionären Junkers aufrecht erhielt, nicht weniger treffen als die Liberalen, welche an der Hand dessen, was sie seit fünfzehn Jahren erlebt hatten, an das glaubten, was sie sahen."

Alsdann erinnerte die „Nationalzeitung" daran, daß am 5. April 1876 sich der Reichskanzler im Abgeordnetenhaus in einer Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Virchow wie folgt aussprach:

„Ich glaube, daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von den Jahren 1862—1866 vollständig einleben zu können. Ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preußischen Volksvertreter das, was sie für Recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich niemand einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen und ich konnte auch Ihnen nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach schließlich die Politik hinausgehen würde, und Sie hätten auch das Recht, falls ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu

Digitized by Google

antworten: uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher als seine auswärtige Politik. Ich habe alle Feindschaften von damals vergessen und dafür die volle Versöhnung substituiert."

Das Indemnitätsgesuch, mit dem die Regierung nach dem Kriege von 1866 vor den Landtag trat, um für die Zeit des unbewilligten Budgets Absolution zu erhalten, war ein Zugeständnis, daß sie in der Sache die Form nicht strikte inne gehalten. In der Wahlagitation des Sommers 1878 (nach Auflösung des Reichstages infolge der Verwerfung des Sozialistengesetzes) veranlaßten die gegen den Reichskanzler erhobenen Beschuldigungen der „Reaktion" denselben, in der „Post" daran erinnern zu lassen, daß er es war, der im Jahre 1866 nach der Schlacht bei Königgrätz die preußische Verfassung mit allen ihren dem reaktionären System unangenehmen Bestimmungen gegen solche Mitglieder, die die günstige Stimmung zur Ausmerzung solcher Bestimmungen benutzen wollten, verteidigt habe.

In einer Korrespondenz vom Rhein beschäftigte sich damals die „Germania" mit diesem Artikel. Die Ausführung des Korrespondenten gipfelte in folgenden zwei Punkten: Erstens, daß die Mitteilung, Fürst Bismarck habe im Jahre 1866 die preußische Verfassung verteidigt, einfach eine alte Geschichte sei, indem der bereits anno 1866 lebenden Generation die von jenem Organ (der Post) gebrachten Thatsachen allgemein bekannt seien; zweitens, daß das Erzeugnis der Post ein Humbug sei, und daß dieselbe sich mit der preußischen Staatsregierung und dem Fürsten Bismarck abfinden möge, wenn sie heute abermals der Welt erzähle, im Jahre 1866 sei auf Seiten der Regierung der Gedanke hervorgetreten, die Verfassung zu kassieren ꝛc. ꝛc.

Hierauf erwiderte die Post:

„Also erstens „allgemein bekannte Thatsachen" und zweitens „Humbug!" Ist dies nicht auch ein Spruch des lieben Weisen, der sich in der Kürze widerspricht? Die „Germania" hat nun freilich gesorgt, daß die Widersprüche nicht so dicht nebeneinander stehen, sie hat sich eben der Kürze nicht beflissen. So haben wir ein neues Beispiel der bekannten Logik der Jesuiten, die wir schon des öftern in der „Germania" konstatieren mußten, einer Logik, welcher es nicht darauf ankommt, den Verstand mit Füßen zu treten, wenn nur die Leidenschaften aufgereizt werden. In Wagnissen und Würzen dieser Logik hat allerdings die „Germania" seit einiger Zeit in der deutschen Presse ihre Meister gefunden. Wir aber wollen den Beweis führen,

Digitized by Google

daß erstens die von uns mitgeteilte Thatsache bisher nicht allgemein bekannt gewesen, und zweitens, daß dieselbe genau ist.

„Die „Germania" sucht den Beweis, daß es sich um „eine alte Geschichte" handle, aus einer von dem Minister des Innern, Grafen Friedrich zu Eulenburg, am 1. Dezember 1866 gehaltenen Rede zu führen, welche lautete:

„In der Presse wird behauptet, die Maßregeln, welche entgegenkommender Natur seien, seien nur von einem Teile der Minister ausgegangen, von dem andren bekämpft worden, wie z. B. die Indemnität. Da habe der Herr Graf Bismarck sich ausgedacht (heute Morgen lese ich, Herr v. d. Heydt sei es gewesen), auch Herr von Roon habe absolut die Indemnität einbringen wollen, aber eine andere Partei des Ministeriums sei dagegen gewesen. Dieser Behauptung kann ich nur einfach die Versicherung entgegenstellen, daß nicht ein Wort wahr daran ist. Es ist in dem Ministerium darüber gesprochen worden, in welcher Form man die Indemnität einbringen wolle, wie die Thronrede lauten solle, in welcher Form wir das Budgetrecht des Hauses erkennen wollen, ohne einerseits Ausdrücke zu gebrauchen, die über das hinausgingen, was wir denken, und ohne uns andrerseits zu restriktiv auszudrücken. Über den Wunsch und die Absicht, durch Einbringung der Indemnitätsforderung die Opposition abzuschneiden, ist in dem Ministerium durchaus keine Meinungsverschiedenheit gewesen. Nachdem der Sieg bei Königgrätz erfochten war, waren alle Mitglieder der Regierung mit dem König und unter sich einverstanden, daß dieser Moment nicht benutzt werden dürfe, um mit der Volksvertretung kurzen Prozeß zu machen: obgleich wir stark genug dazu waren (Bewegung), sondern daß aller Welt gezeigt werden müsse, daß wir es ehrlich mit der Verfassung meinen und daß selbst in dem Augenblicke, wo es sich gezeigt hatte, daß die Krone noch in voller Macht in Preußen bestehe, bewiesen werden müsse, daß dieselbe verfassungsmäßig regieren will."

Aus dieser Äußerung geht, sagte die „Post", nichts hervor, als daß alle Mitglieder der Regierung einverstanden waren, keinen Schritt zu thun, der der Verfassung zuwiderliefe. Aber haben wir denn so etwas auch nur entfernt behauptet? Wir haben vielmehr behauptet und behaupten es noch, „es sei der Gedanke hervorgetreten, das am 3. Juli gewählte Abgeordnetenhaus sofort wieder aufzulösen und dem neuen Landtag einen neuen Verfassungs-Entwurf für die vergrößerte Monarchie vorzulegen." Ein solcher Schritt wäre streng verfassungsmäßig gewesen, denn die preußische Ver-

Digitized by Google

fassung hat einen Artikel 107, welcher bestimmt, daß die Verfassung auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege abgeändert werden kann, wobei nur in jedem der beiden Häuser der zustimmende Beschluß nach einem Zeitraum von wenigstens 21 Tagen wiederholt gefaßt sein muß. Daß der Gedanke erwogen worden, diesen Weg einzuschlagen, war erstens vor unserer Mitteilung nicht allgemein bekannt und ist zweitens durch die Worte des Grafen Eulenburg nicht im mindesten ausgeschlossen. Graf Eulenburg sagte: Es sei kein Widerspruch dagegen gewesen, durch Einbringung der Indemnitätsforderung die Opposition abzuschneiden, wohl aber sei darüber gesprochen worden, in welcher Form man die Indemnität einbringen wolle. Nun wohl, einem neugewählten sehr konservativ zusammengesetzten Abgeordnetenhaus hätte man die Indemnität sehr wohl in einer Form vorlegen können, welche die Anerkennung des von der Regierung in der Konfliktszeit geübten Verfahrens sowohl nach der formellen als der materiellen Seite enthielt. In der Gestalt dagegen, in welcher man die Indemnitätsforderung einbrachte, und in welcher man sie dem bisherigen Abgeordnetenhaus gegenüber auch wohl einbringen mußte, gab man eine bisher streng behauptete Interpretation auf: die Interpretation, daß die Regierung bei nicht vereinbartem Staatshaushalte verpflichtet sei, in den allgemeinen Grenzen der bisherigen Staatshaushalte für den Fortbestand des Staats zu sorgen. Die Meinung, daß man bis zu diesem Punkt entgegenzukommen habe, bis zu einem Punkt, auf welchem der beispiellos glänzende äußere Sieg sich beinahe in eine innere Niederlage verwandelte, war durchaus nicht die allgemeine, dieselbe stieß vielmehr auf den heftigsten Widerspruch. Der Vorkämpfer und Sieger für diese Meinung war der damalige Graf Bismarck. Dies ist unsere neue Mitteilung. Und wir haben uns mit niemand darüber auseinanderzusetzen, weil niemand diese Mitteilung bestreitet, der die damaligen Vorgänge kennt. Wenn die „Germania" aber am Schluß ihrer Korrespondenz den Ausdruck gebraucht, die „Post" hätte abermals der Welt erzählt, im Jahre 1866 ei auf Seiten der Regierung der Gedanke hervorgetreten, die Verfassung zu kassieren, so entspricht es zwar ihrer gewöhnlichen Gewissenhaftigkeit, uns einen Ausdruck unterzuschieben, der nicht die verfassungsmäßige Änderung der Verfassung, sondern ihre revolutionäre Beseitigung bedeutet. Wir erwarten jedoch, daß die „Germania" auch ihre Leser in Kenntnis setzen wird, was wir in Wahrheit mitgeteilt und welche Deutung der damaligen Vorgänge durch

Digitized by Google

die Verfassung unserer Ausdrücke vollkommen ausgeschlossen war. Sollte die Germania dies unterlassen, so werden wir die richtigen Wege zu finden wissen."

Einen Tag später kam die „Post" auf denselben Gegenstand zurück, indem sie bemerkte: „Gegen unsere Mitteilungen über die Vorgänge in der inneren Politik nach der Schlacht von Königgrätz hat man eine Rede ins Gefecht führen wollen, welche der damalige Minister des Innern, Graf Eulenburg, am 1. Dezember 1866 gehalten. Wir können heute aus authentischer Quelle eine vollständige Bestätigung und motivierte Begründung unserer Darstellung geben:

„Der Inhalt der Rede des Grafen Eulenburg vom 1. Dezember 1866 ist geeignet, irrtümliche Ansichten über die damaligen Vorgänge zu erwecken, wenn er auch in seinem Wortlaute und von dem Standpunkte des Redners unanfechtbar sein mag.

„Zur Zeit des Abschlusses der Thronrede ist über den Wunsch und die Absicht, die Indemnitätsforderung einzubringen, gewiß keine Meinungsverschiedenheit gewesen, sonst wäre die Einbringung eben nicht erfolgt, oder das Kabinett modifiziert worden. Für diejenigen, welche sich im Hauptquartier befanden — zu denen der Minister des Innern nicht gehörte — steht soviel fest, daß einmal nach dem Siege bei Königgrätz und bis zum Abschluß des Kampfes von innern preußischen Angelegenheiten nicht wohl die Rede war, daß aber von dem Augenblicke an, wo die Rückreise und das Eintreffen in Berlin stattfand, die Kabinettsberatungen sich fast ausschließlich um die Frage gedreht haben, ob Indemnität zu verlangen oder der Konflikt fortzusetzen sei. Nach Prag wurde dem Hauptquartier von Berlin aus eine Deputation entgegengeschickt, um im Sinne der zweiten Alternative mit Hinblick auf Revision der Verfassung auf die Allerhöchsten Entschließungen einzuwirken, und diesem Bestreben fehlte die amtliche Unterstützung nicht.

„Bei genauer Lesung der Rede vom 1. Dezember 1866 wird man auch finden, daß deren Wortlaut sich mit den angeführten geschichtlichen Thatsachen wohl vereinigen läßt. Die Rückkehr des Hauptquartiers erfolgte bekanntlich erst am Tage vor der Eröffnung des Landtages.

„Wenn wir an diese Thatsachen erinnert haben, so geschah es, weil man heute von fortschrittlicher und ultramontaner Seite sich bemüht, die jetzt zu erwartenden Wege des Fürsten Bismarck in der inneren Politik auf Reaktionsgelüste junkerlicher Art, auf ein

Digitized by Google

Hervorsuchen alter Steckenpferde zu deuten. Wer nicht mit sehenden Augen blind sein will, könnte es schon aus den öffentlich vorliegenden Thatsachen erkennen; die spätere, die intimeren Vorgänge aufhellende Geschichtsschreibung aber wird es überall zur gewaltigsten Evidenz bringen, daß Fürst Bismarck, wie kein zweiter Staatsmann, die Lebensbedingungen des deutschen Staatsbaues, dem er sich gewidmet, unbeirrt von kleinen und großen Dingen, von den Irrtümern der öffentlichen Meinung, wie von denen der Regierungssphäre, unerschütterlich im Auge behalten hat.

„Es ist heute genau so. Wie er von 1862 bis 1866 in der reorganisierten Armee das Werkzeug aufrecht erhielt, den preußischen Staat aus einer zum Höhepunkt der Unerträglichkeit gesteigerten Lage zu befreien, wie er nach dem Siege nicht daran dachte, eine wohl für den Augenblick durchzuführende, aber mit den Lebensbedingungen des Staats auf die Dauer nicht zu vereinigende Reaktion zuzulassen, so strebt er jetzt im Kampfe mit einem Teil der öffentlichen Meinung für die Befreiung des Reichs von dem „gemeinen Pfennig" der einzelnen Glieder, durch dessen immer wieder versiegenden Zufluß das alte Reich der Atrophie anheimfiel.

„Der Reaktion zu fröhnen, wird Fürst Bismarck die finanzielle Unabhängigkeit des Reichs von den Regierungen und Landtagen der Einzelstaaten nicht benutzen, und was er nicht unternimmt, das wird nach ihm wohl kein anderer Minister versuchen. Die Sorgen der Zukunft sind ganz andere. Es ist traurig, daß der Sinn des deutschen Volkes mit falschen Sorgen umnebelt werden soll, deren Phantom herbeigeholt wird, um es von der Vollendung seines Staates, der Sicherung seiner zukünftigen Existenz abzuhalten."

Über die Vorgänge, die zu den Kriegen von 1866 und 1870 führten, liegen eine Reihe neuerer Enthüllungen vor. Das Licht, das Lamarmora über gewisse Punkte des Krieges von 1866 in seiner Schrift „Ein wenig mehr Licht" verbreiten wollte, wurde von ultramontaner Seite im deutschen Reichstage benutzt (im Januar 1874), um den Fürsten Bismarck anzuklagen, daß er in seiner Verhandlung mit dem italienischen Unterhändler gesagt habe, er sei weit weniger deutsch als preußisch und würde sich nichts daraus machen, einen Teil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten, etwa die Rheinpfalz und diejenigen Teile der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, welche auf dem rechten

Digitized by Google

Moselufer liegen. Fürst Bismarck nannte das „dreiste, tendenziöse Lügen", erklärte, „ich habe niemals jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt, und erinnere die Herren, welche das Christentum beständig im Munde führen und dabei die eigne Regierung vor dem Auslande verleumden, an das Sprichwort von dem Vogel mit seinem Nest, das ich hier nicht anführen will, aber für propre halte ich diese Operation nicht." Bei derselben Gelegenheit widerlegt Fürst Bismarck den ihm gemachten Vorwurf, daß er die ungarischen und dalmatischen Regimenter im Jahre 1866 habe zum Abfall von ihrem Kriegsherrn aufgefordert und die magyarische Legion unter Klapka gebildet habe. Fürst Bismarck erklärte, daß er, um die Verhältnisse mit Österreich nicht zu einem unversöhnlichen Zwiespalt zu treiben, am Anfange des Krieges ungarische Anerbietungen zurückgewiesen und erst im Moment, als nach der Schlacht bei Sadowa der Kaiser Napoleon telegraphisch seine Einmischung in Aussicht gestellt, in einem Akt der Notwehr die Bildung einer ungarischen Legion nicht gemacht, sondern ermächtigt habe. Weiter äußerte sich die offiziöse Presse noch dahin, der General Govone habe in seiner Unterredung mit Bismarck großen Wert darauf gelegt, daß dieser, bevor es zum Kriege komme, sich mit Frankreich ins Einvernehmen setze, damit Italien von diesem nichts zu fürchten hätte. Auf dies hin habe Bismarck erwidert, dies wäre allerdings erwünscht, nur habe die Sache große Schwierigkeiten, denn Napoleon verlange Unerfüllbares. Nun habe Govone die Frage aufgeworfen, ob es nicht jenseit des Rheins einen Landesteil gäbe, der eine Annexion an Frankreich gutheißen würde, und Bismarck habe geantwortet: „keinen; dieselben französischen Agenten, welche das Land bereisen, um die Stimmung kennen zu lernen, berichten alle, daß keine Abstimmung, wenn sie nicht durchaus erkünstelt wäre, gelingen könnte," auch würde die öffentliche Meinung Deutschlands Preußen viel eher Österreich gegenüber ein zweites Olmütz verzeihen, als die Abtretung deutschen Gebietes an eine auswärtige Macht.

Über das Buch Lamarmoras wird noch hinzugefügt: die von dem Verfasser veröffentlichten angeblichen Depeschen Govones wurden damals von eingeweihten Personen einer nähern Prüfung unterzogen, und diese gewannen die Überzeugung, daß die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht ganz erfunden seien; vorläufige Anfragen bei der italienischen Regierung ergaben, daß die Depeschen im italieni-

Digitized by Google

schen Archiv gar nicht vorhanden waren und über Existenz, Inhalt und Verbleib derartiger Berichte dort nichts bekannt war. Lamarmora, der sich scheinbar so vornehm zu einer etwaigen ungarischen Aktion verhielt, hatte selbst einen ungarischen Vermittler, den Grafen Czosdi, zum deutschen Gesandten in Florenz, dem Grafen Usedom, gesandt, was er in seinem Buch durch Verstümmelung eines Aktenstückes zu verdecken suchte. Im Einklang mit dem Obigen sind die Briefe Benedettis, welcher am 4. Juni 1866 schrieb: Bismarck sei „die Äußerung entwischt, wenn Frankreich Köln, Bonn oder Mainz verlange, würde er es vorziehen von der politischen Bühne zu verschwinden", und ein andres Mal: „Wir werden in keinem Falle vom guten Willen Preußens Zugeständnisse an unserer Ostgrenze erlangen." Von einer offenen Allianz wollte übrigens Napoleon damals nichts wissen, da eine solche den Krieg zwischen Preußen und Österreich, den er zum Zwecke ihrer gegenseitigen Zerfleischung sehr wünschte, verhütet hätte. Er selbst sagte hierüber zu einem italienischen Diplomaten: „Wenn Frankreich sich für den einen oder den andern Teil ausspricht, wird es gar keinen Krieg geben."

Fürst Bismarck hat sich bei einer anderen Gelegenheit über die den Kriegen von 63 und 66 vorangegangenen Beziehungen zu Kaiser Napoleon in folgender Weise geäußert: „Als ich Minister wurde (1862), übernahm ich die Erbschaft des Kampfes mit Österreich um die Hegemonie, und viel Verstimmung in Deutschland gegen Rußland, während die einzige Macht, mit der wir uns verhältnismäßig gut standen, Frankreich war. In bezug auf Rußland brachte ich meinerseits bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam, ich kann wohl sagen, einer Welt voll Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nie aus den Augen verloren, sondern zuerst die Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr. Eine zweite Frage war für mich im Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst völlig klar war, die Auseinandersetzung mit Österreich. Eine weitere Frage war die Beziehung zu Frankreich. Es ist mir gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich Gesandter in Paris war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krise hindurch, in welcher Frankreich uns gegenüber stand, doch die Verhältnisse so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte von Hause

Digitized by Google

aus den Boden entzog. Ja umsomehr, in dem Kampfe, der 1865 mit Österreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Standpunkte fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der That fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder nur möglichen Weise gepflegt hätte, und dadurch entstand eine wohlwollende Haltung des Kaisers Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge einging, als mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg von 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden, um alsdann uns mit Wohlwollen, aber nicht ohne Entgelt, zu schützen."

Das Wohlwollen Napoleons für Preußen war ein eigennütziges, aber es hatte für diesen die Wirkungen eines uneigennützigen. Als Franzose teilte er die allgemeine Besorgnis seiner Landsleute, daß ein fest geeinigtes Deutschland für Europa übermächtig und verderblich werden würde, und er erkannte daher ein Recht Deutschlands auf nationale Einheit nicht an. Aber es war keineswegs seine Meinung, daß der deutsche Bund in seiner damaligen Verfassung aufrecht erhalten werden müßte. Sein Programm in Beziehung auf deutsche Angelegenheiten, das er wiederholt, teils vertraulich, teils öffentlich, dargelegt hat, war folgendes: Österreich und Preußen sollten sich jedes für sich selbständig konstituieren, die kleineren Staaten dagegen sich enger untereinander verbinden. Eine Arrondierung Preußens, welche dabei vorausgesetzt war, schien ihm unter gewissen Bedingungen ganz genehm.

Sobald er der Erlangung der Gewalt sicher war, schon im Jahr 1851, wenige Wochen vor dem Staatsstreich, sandte er einen seiner Vertrautesten, Persigny, nach Berlin mit dem Antrag einer Allianz. Dieser wandte sich hauptsächlich an Radowitz und hatte mit ihm ausführliche Erörterungen. Die Bekämpfung der Machtstellung Österreichs in Italien und Deutschland und die nationale Konstituierung wurde als gemeinsames Ziel bezeichnet. Da jedoch Napoleon dem König Friedrich Wilhelm IV. keineswegs sympathisch war, so fanden die französischen Vorschläge kein Gehör. Nach dem Krimkriege, während dessen Verlauf Preußen durch seine schwankende Haltung zwischen Österreich und Rußland sein Ansehen sehr geschädigt und seine Großmachtstellung ernstlich in Frage gestellt hatte, zeigte Napoleon allein gegen diesen Staat eine wohlwollende Haltung sowohl durch die Einladung zum Pariser Friedenskongreß, als durch den treuen Beistand in der Neuchateller Angelegenheit.

Digitized by Google

Es mag hier ein Schreiben Napoleons aus dem Dezember 1858 folgen, in dem der französische Kaiser sich über das Verhältnis Preußens zu Österreich ausspricht. Man weiß, wie viel dem Grafen Cavour daran lag, in dem bevorstehenden Kriege Preußen, wenn auch nicht zum Bundesgenossen, so doch jedenfalls nicht zum Gegner zu haben. Nachdem er im Juli 1858 mit Napoleon die Zusammenkunft in Plombières gehabt und auf dem Rückweg dem in Baden-Baden verweilenden Prinz-Regenten Wilhelm von Preußen einen Besuch abgestattet hatte, sandte er den Marchese Pepoli an den preußischen Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern (mit welchem Pepoli verwandt war) nach Düsseldorf, um für eine wohlwollende Neutralität Preußens zu wirken, die um so mehr geboten sei, da Preußen früher oder später in die nämliche nationale Strömung hineingerissen würde, in welcher Piemont sich jetzt befinde; denn für Preußen sei Olmütz was für Piemont Novara. Pepoli machte die Reise nach Düsseldorf über Paris, wo ihm Napoleon noch besondere Aufträge an den Fürsten von Hohenzollern mitgab. Welcher Art diese Aufträge waren, sehen wir aus folgendem Schreiben Napoleons: „Es gibt zwei große Mächte, Preußen und Österreich. Preußen vertritt die Zukunft, Österreich die Vergangenheit. Frankreich hat seit zehn Jahren immer eine ausgesprochene Vorliebe für Preußen gezeigt. Wird das ihm nützen? Die Zukunft wird darüber entscheiden. Untersuchen wir, auf welcher Seite die wohlverstandenen Interessen Preußens liegen. Dieses Land, wie alles, was sich vergrößert, kann nicht stationär bleiben, und doch, wenn es sich eng mit Österreich verbindet, wird es genötigt sein, stationär zu bleiben und selbst zurückzuschreiten. Das Glücklichste, was ihm widerfahren kann, wäre, in Deutschland dem Einflusse Österreichs ein Gegengewicht zu geben. Aber ist das der einzige Ruhm, welcher einer neuen Regierung und den erhabenen und ritterlichen Neigungen Preußens genügt? Ich glaube es nicht, und doch, wenn Preußen den interessierten Ratschlägen, welche ihm von verschiedenen Seiten gegeben worden, folgt, so muß sich seine Rolle in Europa darauf beschränken, mit seinem Nebenbuhler im Gleichgewicht zu bleiben. Aber in dieser Potitik ist eine Gefahr, wenn Preußen, durch verderbliche Einflüsse geleitet, mit Österreich gemeinsame Sache machte, und die italienischen Provinzen des Hauses Habsburg garantierte; dann wäre das europäische Gleichgewicht gebrochen, die Verträge von 1815 abgeschafft und Frankreich wäre genötigt, Rußland anzurufen und Deutsch-

Digitized by Google

land den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Ich hoffe, daß es dazu nicht kommen wird. Wenn im Gegenteil Preußen, ohne Aufsehen von Österreich sich losmachend, sich wohlwollend gegen Frankreich zeigt, so erwarten es große Geschicke ohne Gefahren und Konvulsionen. Denn wenn infolge von Kämpfen zwischen Frankreich und Österreich die letztere Macht an Einfluß in Deutschland verlöre, so würde Preußen denselben erben. Verbündet sich also Preußen mit Österreich, so wird ihm aller Fortschritt unmöglich und es läuft Gefahr, Rußland mit Frankreich gegen Deutschland zu verbünden; verbündet es sich im Gegenteil mit Frankreich, so kommt ihm jede Verminderung des österreichischen Einflusses zu gut, und gestützt auf Frankreich kann es in Deutschland die großen Geschicke verfolgen, welche dasselbe erwarten und welche das deutsche Volk von ihm erwartet. Napoleon." Das Ministerium der „neuen Ära" ging auf die Vorschläge nicht ein. Der Fürst von Hohenzollern sprach zwar seine Sympathie für Piemont aus, betonte aber zugleich seine Achtung der bestehenden Verträge. Bismarck, welcher damals preußischer Gesandter am Bundestag war, dachte ganz anders als das Ministerium, und wurde deshalb „an der Newa kalt gestellt." Bekannt ist, daß Cavour, als ihm Pepoli in Turin Bericht über seine Mission erstattete, die prophetischen Worte aussprach: „Das, was man heute nicht abzuschließen vermag, wird man in der Zukunft abschließen, Preußen wird unvermeidlich in den Kreis der deutschen Nationalidee gezogen werden. Die Allianz Preußens mit dem erweiterten Piemont steht im Buche der Zukunft geschrieben." Sieben Jahre nachher schloß Bismarck mit dem italienischen Bevollmächtigten, General Govone, den preußisch-italienischen Allianzvertrag ab.

Die neue Wendung der preußischen Politik infolge der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen war Napoleon zuerst unbequem und die Haltung Preußens während des italienischen Krieges und sein Auftreten zu gunsten Österreichs waren nicht geeignet, eine günstige Stimmung zu erwecken.

Im Frühjahr 1860 traten die französischen Gelüste nach der Annexion des linken Rheinufers wieder deutlicher hervor. Eine Flugschrift „L'Empereur et la Prusse" erschien, in welcher der Rhein als Grenze Frankreichs gefordert und dagegen Preußen empfohlen wurde, die deutschen Kleinstaaten zu annektieren. Womöglich wollte Napoleon die Umgestaltung auf friedlichem Wege herbeiführen und veranstaltete deshalb die Zusammenkunft mit dem Prinzregenten

Digitized by Google

von Preußen in Baden-Baden, im Juni 1860. Aber dadurch, daß der Prinz in Begleitung der deutschen Könige und anderer deutschen Fürsten gegenübertrat, wurde diese Zusammenkunft zu einer Demonstration für die Integrität des deutschen Bodens, und Napoleon sah sich genötigt, seine Rheingelüste aufs formellste zu dementieren. Es war dies die erste Niederlage, die Napoleon durch den jetzigen Kaiser Wilhelm erlitt. Der Ärger über diesen Mißerfolg fand Ausdruck in einer Rede Napoleons am 4. Februar 1861, welche er mit einer Aufforderung zum Vertrauen in die Zukunft schloß und versicherte, eine Nation von 40 Millionen könne eben so wenig wider ihren Willen in Verwicklungen hineingezogen, als durch Drohungen gereizt werden. Ein Besuch, welchen König Wilhelm im Oktober 1861 dem französischen Kaiserpaare in Compiegne abstattete, führte zu einer gegenseitigen Annäherung.

Die weitere Entwickelung eines freundlichen Verhältnisses knüpfte sich an die schleswig-holsteinische Angelegenheit an. Napoleon war schon früher einer Arrondierung Preußens im Norden nicht abgeneigt, denn sie schien ihm gleichsam eine Voraussetzung für die Vergrößerung seines eigenen Reichs am Rhein. Schon im Sommer 1857 hatte er gegen Palmerston, bei Gelegenheit einer Erörterung über die skandinavische Union, in Aussicht genommen, Holstein werde einst an Preußen fallen. Als England später darauf drang, Napoleon solle sich energisch Dänemarks annehmen, that er keinen Zug dafür. Auch Bismarck spricht in einer Depesche vom 29. Juli 1870 davon, daß sich Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu gunsten Preußens verhalten habe. Sybel erwähnt in seinem Essay über Napoleon III. nach dem Bericht des preußischen Gesandten in Paris, daß Napoleon, schwer verdrossen darüber, daß England und Österreich ihn in der polnischen Frage im Stich gelassen und seinen Plan eines europäischen Kongresses durchkreuzt hätten, gerade in den Tagen, als König Friedrich VII. von Dänemark starb, Preußen aufgefordert habe, mit Frankreichs Beistand seine Macht zu erweitern und die Suprematie in Deutschland zu erringen. Auf dem Londoner Kongreß von 1864 wollte Frankreich weder die Personalunion Schleswig-Holsteins, noch die Bildung eines selbständigen augustenburgischen Staates, sondern die Annexion der Herzogtümer an Preußen nur mit dem Vorbehalt, daß Nordschleswig bei Dänemark bleibe. Als aber Preußen immer entschiedenere Erfolge errang und im Wiener Frieden den König von Dänemark zwang, auf alle seine Rechte an die Herzogtümer zu ver-

Digitized by Google

zichten, neigte sich Frankreich auf die Seite Dänemarks und warnte Preußen vor den schweren europäischen Verwicklungen, die aus der schleswig-holsteinischen Sache entstehen könnten. Die Konvention von Gastein, welche den Bruch Preußens mit Österreich zu beseitigen schien, wurde von dem französischen Minister Drouyn de Lhuys aufs schärfste verurteilt und als ein Akt der Willkür und Gewalt bezeichnet.

Wesentlich verbessert wurde das Verhältnis Preußens zu Napoleon durch den Besuch des preußischen Ministerpräsidenten in Biarritz im Oktober 1865. Der Kaiser überzeugte sich, daß der Bruch mit Österreich nicht aufgegeben sei und daß die von ihm gewünschte Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich und Umwälzung in Deutschland dennoch in der That bevorstehe. Er war weit entfernt, Bismarck von seiner kühnen Politik abschrecken zu wollen und sprach wiederholt sein Bedauern über das Rundschreiben seines Ministers in betreff der Konvention von Gastein aus und versicherte Preußen seiner unveränderten Freundschaft. Auch machte er keine Zumutungen für die Zukunft, welche Bismarck hätten in Verlegenheiten setzen können. Die Besprechungen in Biarritz entziehen sich der allgemeinen Kenntnis. Aber man glaubt, den Gedankengang, den Bismarck dem Kaiser entwickelte, aus der Rede entnehmen zu können, welche er am 20. Dezember 1866 bei Beratung des Gesetzesentwurfs über die schleswig-holsteinische Angelegenheit hielt. Er setzte auseinander, welche Interessen Frankreich bei der damaligen europäischen Verwicklung haben könnte und wird dies auch gegenüber von Napoleon gethan haben. Letzterer scheint Bismarck keine bestimmte Zusage gemacht, aber doch sich so geäußert zu haben, daß Bismarck auf seine Neutralität rechnen zu dürfen glaubte.

In die Zeit vor Ausbruch des Krieges fällt auch der Allianzantrag, dessen Bismarck in einem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 gedenkt, wonach Preußen den Krieg mit Österreich eröffnen und auch Frankreich sich an demselben beteiligen und die Abtretung Venetiens an Italien, Vergrößerung Preußens mit deutschem Gebiet, Durchführung der Bundesreform und Abtretung des Gebiets zwischen Mosel und Rhein an Frankreich das Ergebnis und Ziel des Friedensschlusses sein sollte. Prof. Simson in seiner Broschüre: „Die Beziehungen Napoleons III. zu Preußen und Deutschland“ erwähnt nichts davon und bemerkt nur, daß sich der Kaiser unmittelbar vor Ausbruch des Krieges in ein verschlossenes Still-

Digitized by Google

schweigen gehüllt habe, welches geeignet gewesen sei, den Leiter der preußischen Politik zu beunruhigen. Auch gedenkt er in diesem Zusammenhang des geheimen Vertrags, den Napoleon am 9. Juni 1866 mit Österreich abschloß, wonach letzteres für den Fall des Sieges Venetien abtreten wollte, mit dem Vorbehalt, sich dafür durch die Zurückeroberung Schlesiens zu entschädigen. Dieses seltsame Verhalten Napoleons erklärt sich daraus, daß er an ein Unterliegen Preußens in dem bevorstehenden Kampfe glaubte und auf alle Fälle die Abtretung Venetiens sicher stellen wollte, wozu er sich durch sein 1859 gegebenes Wort verpflichtet fühlte. Der Verlauf des Krieges entsprach nun freilich seiner Erwartung nicht, aber er wollte sich wenigstens der gehofften Rolle eines Schiedsrichters bemächtigen und den Lohn dafür in Gestalt von Entschädigungen holen, auf die er gerechten Anspruch zu haben glaubte. Bekanntlich mißlang der Versuch dazu, den er im August 1866 durch Benedetti machen ließ, gänzlich.

Auch die bald nachher aufgenommenen Verhandlungen über Belgien führten nicht zum gewünschten Ziel. Nun suchte Napoleon sich und sein Volk mit Betrachtungen über die Vorteile zu trösten, welche die veränderte Gestalt Deutschlands für Frankreich habe, und dieses Bestreben fand einen gelungenen Ausdruck in dem Rundschreiben, welches der damalige französische Minister des Auswärtigen am 16. Septbr. 1866 erließ. Aber die Weisheit einer über die engherzigen Vorurteile einer vergangenen Zeit sich erhebenden Politik konnte die Franzosen doch nicht auf die Dauer befriedigen, die Annexionsgelüste machten sich aufs neue geltend und Napoleon machte nun den Plan zu einer käuflichen Erwerbung Luxemburgs. Er sah den Handel schon als abgeschlossen an, aber das empfindliche deutsche Nationalgefühl machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Der Verfasser der erwähnten Schrift entnimmt den veröffentlichten Aktenstücken, daß Bismarck von vornherein entschlossen war, das deutsche Besatzungsrecht in Luxemburg nicht mit Gewalt zu behaupten, daß aber der Eindruck, den die Interpellation und die Rede Bennigsen gemacht, wesentlich dazu beigetragen habe, daß das französische Kabinett den Ankauf des Ländchens fallen lassen mußte.

So war denn der Ausgang dieses Annexionsversuchs wieder eine schmerzliche Enttäuschung für die Franzosen. Auch in Napoleon hinterließ die Sache einen tiefen Groll, er glaubte sich von Bismarck düpiert und persönlich beleidigt. Der Ärger über die

Digitized by Google

mißlungenen Entschädigungsversuche trieb die Franzosen zum Kriege, und Napoleon ging wider Willen und bessere Einsicht darauf ein. Er sagte, wie Sybel berichtet, nach der Vereinbarung über Luxemburg: „Es ist ein Glück, daß man ein ehrenhaftes Abkommen gefunden hat, der Krieg wäre furchtbar geworden." Und als es doch schließlich zum Kriege kam, ging er nicht leichten Herzens darein. Als er am Vormittag des 28. Juli von St. Cloud abfuhr, trugen seine Züge, wie ein Augenzeuge, Herr v. Gramont, berichtet, einen nicht nur ernsten, sondern traurigen Ausdruck. Und während alles in der Hoffnung eines sichern, leichten und glänzenden Sieges schwelgte, erklärte er in seiner Proklamation an die Armee: „Der Krieg wird lang und schwierig sein." Der Entschluß Napoleons zur Kriegserklärung war kein freiwilliger, aus eigener politischer Berechnung hervorgegangener, sondern ein durch die Volksstimmung und die Macht der Verhältnisse ihm aufgezwungener.

Fürst Bismarck hat einmal nach diesem Kriege die diplomatische Aktion, die zum Kriege mit Schleswig führte, gegen die, welche dem französischen voranging, in ein vorteilhafteres Licht gestellt. „Als ich zum Fürsten erhoben wurde, wünschte der König, daß ich das Wappen von Elsaß-Lothringen annehmen solle; ich aber wollte lieber das Wappen von Schleswig-Holstein; denn das ist die diplomatische Aktion, auf die ich am meisten stolz bin. Gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark dachte ich an die Erwerbung Schleswig-Holsteins. Aber es war schwer zu vollbringen. Alles war gegen mich: Österreich, die deutschen Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Napoleon widersetzte sich nicht; er dachte uns dadurch zu verbinden. Selbst der König wollte lange nichts davon hören. Wir hielten damals einen Staatsrat, bei welchem ich die längste Rede losließ, die ich je gehalten habe, und meinen Zuhörern Dinge vortrug, die ihnen überspannt und unmöglich erschienen sein müssen. Nach ihren erstaunten Mienen zu schließen, vermuteten sie wirklich, daß ich beim Frühstück zu viel Wein getrunken hätte."

Der sächsische Staatsminister a. D., Freiherr von Friesen, hat ein zweibändiges Buch: „Erinnerungen aus meinem Leben" erscheinen lassen.

Ein sehr grelles und für manchen unerwartetes Licht werfen diese Erinnerungen eines, an den geschilderten Begebenheiten aktiv beteiligt gewesenen, Staatsmannes auf die Katastrophe von 1866. Namentlich erscheinen die beiden leitenden Minister, Bismarck und

Digitized by Google

Beust, dabei in einer Beleuchtung, welche die Charakterfigur des ersteren von neuem hebt und diejenige des letzteren noch mehr als seither in den moralischen und intellektuellen Schatten stellt.

Für die weltgeschichtliche Beurteilung Bismarcks fällt die für die meisten Menschen ganz neue Thatsache ins Gewicht, daß der damalige Ministerpräsident Preußens den Krieg mit Österreich durchaus nicht wollte, sondern ernstlich bestrebt war, denselben zu vermeiden.

Im Frühjahr 1866 machte der Freiherr A. von Gablenz und zwar, wie Herr von Friesen beweist, im Auftrage Bismarcks dem Minister von Beust folgende Eröffnung: Sachsen möge in Wien und Berlin, wo man den Frieden wünsche, den Vorschlag machen, die Herzogtümer würden als besonderer Bundesstaat an den Prinzen Albrecht Sohn oder an den Großherzog von Oldenburg gegeben, Preußen behielte Kiel, Düppel und Sonderburg und zahlte dafür fünf Millionen Thaler an Österreich. Ferner nehme Preußen seinen Plan zur Bundesreform zurück, verlange aber sofortige Revision der Bundeskriegsverfassung in der Art, daß zwei Bundesarmeen, eine norddeutsche unter Preußen, eine süddeutsche unter Österreich gebildet würden. Herr von Gablenz versicherte, es seien das seine eigenen Ideen, aber er glaube, daß sie bei Preußen Anklang finden werden.

Offenbar handelte von Gablenz im Auftrage Bismarcks, wie dieser später Herrn von Friesen ausdrücklich mitteilte.

„Graf Bismarck — erzählt Herr von Friesen — sagte mir am 18. Februar 1869, er habe mit Rücksicht auf damals vorliegende besondere Verhältnisse dringend gewünscht, entweder den Krieg ganz zu vermeiden, oder wenn dies nicht möglich gewesen wäre, den Beweis in die Hand zu bekommen, daß dies eben unmöglich sei. Er habe daher zwei bis drei Wochen vor Ausbruch des Krieges Herrn von Gablenz, von dem er gewußt, daß er als Bruder des Generals viele und einflußreiche Verbindungen in Wien habe, dorthin mit folgenden Vorschlägen geschickt: Auflösung des deutschen Bundes, Bildung zweier Bunde, eines norddeutschen mit Preußen, eines süddeutschen mit Österreich an der Spitze, enges Bündnis zwischen beiden, mit vollständiger gegenseitiger Garantie des Länderbesitzes. Dabei habe er auch noch besonders darauf aufmerksam machen lassen, daß in diesem Augenblicke, wo beide Teile bis auf die Zähne bewaffnet seien, es leicht möglich sein würde, einen solchen Plan mit gemeinschaft-

Digitized by Google

lichen Kräften ganz Europa gegenüber durchzuführen. Herr von Gablenz habe auch diese Pläne nach Wien überbracht und dort vorgelegt. Sie seien auch nicht sofort zurückgewiesen, sondern ausführlich besprochen worden. Von den österreichischen Ministern hatten sich einige dafür, die meisten dagegen erklärt; Graf Mensdorff aber, dessen Stimme von dem größten Gewicht gewesen wäre, habe gar keine bestimmte Meinung ausgesprochen, vielmehr wiederholt erklärt: er halte sich in dieser Frage ganz neutral und werde alles thun und auszuführen suchen, was ihm der Kaiser befehle. Unter diesen Umständen sei der Vermittelungsvorschlag abgelehnt worden."

Davon, daß Gablenz von ihm auch nach Dresden geschickt wurde, sagte Bismarck Herrn von Friesen zwar nichts, doch geht das aus dem von Bismarck Zugestandenen und dem durch Friesen Berichteten von selbst hervor.

Herr von Beust spielte eine traurige Rolle. Er wollte Österreich gefällig sein, ohne sich doch der Gefahr eines Krieges mit Preußen auszusetzen. Er ließ deshalb am Bundestage für den österreichischen Mobilisierungsantrag stimmen, hoffte dabei aber, dieser Antrag werde durchfallen. Indessen, „das Unerwartete, was Beust für unmöglich erklärte, geschah. Hannover und Kurhessen stimmten für den Antrag! Der Krieg war da!"

Ebenso traurig war die Rolle, welche Beust bei den späteren Friedensunterhandlungen spielte. Nach Dresden schrieb er Briefe, deren Eindruck bei den Mitgliedern der Bundeskommission ein trostloser war. In Paris, schrieb er, sei er zu spät angekommen, da Napoleon am Tage vorher wegen Aufrechterhaltung der Neutralität definitiven Beschluß gefaßt habe. Jetzt sei er der Ansicht, daß Sachsen nur dem süddeutschen Bunde beitreten könne, er habe dem König geraten, daran festzuhalten und auch in Paris erreicht, daß die französische Regierung das unterstützen werde. Als dieser Brief nach Dresden kam, war der Vertrag von Nikolsburg jedoch bereits geschlossen. Bei der Beratung der Instruktion für den Friedensabschluß äußerte sich Beust dahin, die Bedingungen Preußens, und selbst sehr harte und drückende, müsse man jetzt in der Hoffnung zugestehen, daß die Verhältnisse sich doch vielleicht bald wieder ändern könnten. Dagegen meinte der König von Sachsen: er sei fest entschlossen, das was er jetzt Preußen gegenüber versprochen und unternehmen werde, auch treu und unverbrüchlich zu halten; damit er dies aber thun könne, dürfe er nicht versprechen,

Digitized by Google

was unvereinbar mit seiner Ehre und Würde oder mit dem Wohle des Landes sei; wenn es nicht in einer ehrenhaften Weise geschehen könne, wolle er lieber nicht in sein Land zurückkehren.

Alle diese historischen Notizen bestätigen von neuem die drei bedeutsamen Thatsachen, 1) daß Bismarck seine größten Triumphe nicht bloß der ursprünglichen Überlegenheit seiner Pläne, sondern auch der Blindheit und den Fehlern seiner Gegner verdankt, welche ihn mit Naturnotwendigkeit über die zuerst geplante Linie hinaus drängten, 2) daß das jetzige Vertrauen der deutschen Kleinstaaten zu Preußen schon damals vollauf gerechtfertigt gewesen wäre, und 3) daß das heutige Wohlwollen Preußens gegen Österreich keine schroffen Gesinnungs- und Gefühlswechsel Preußens erforderte.

Was aber speziell die beiden Staatsmänner Bismarck und Beust betrifft, so bestätigen die Friesenschen Erinnerungen von neuem, daß nicht nur die höhere staatsmännische Einsicht, sondern auch die höhere Loyalität dem Erstern beiwohnt.

Fürst Bismarck erwiderte später einmal in einem Privatgespräche auf die Frage, was seine Meinung über Herrn v. Beust sei: „Wenn ich ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners mir bilden will, so subtrahiere ich zunächst von dessen Fähigkeiten seine Eitelkeit; wende ich dieses Verfahren auf Beust an, so bleibt als Rest wenig oder gar nichts."

Als Enthüllungen anderer Art in betreff des Krieges von 1866 sind auch die Mitteilungen des ungarischen Grafen Soherr-Thoß über seine Beziehungen zu Bismarck in dem genannten Jahre anzusehen. Schon 1862, in den letzten Monaten dieses Jahres, als Bismarck einige Tage in Paris verweilte, um dem Kaiser Napoleon sein Abberufungsschreiben zu überreichen, erhielt er den Besuch des exilierten ungarischen Grafen von Soherr-Thoß. Dieser sprach sich über das Verhältnis Ungarns zu Österreich aus, worauf Bismarck erwiderte: „Ihre Voraussetzungen sind richtig, ich habe mir zum Ziele gesetzt, die Schmach von Olmütz zu rächen, dieses Österreich niederzuwerfen, das uns aufs unwürdigste behandelt, uns zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung in Deutschland verschaffen, die ihm als ein deutscher Staat gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiß, daß die Ungarn nicht Revolutionäre sind im gewönlichen Sinne des Wortes. Übrigens hat schon der große Fritz mit unzufriedenen ungarischen Magnaten wegen eines Bündnisses unterhandelt. Wenn wir siegen, wird

Digitized by Google

auch Ungarn frei werden, verlassen Sie sich darauf." Auf die Frage, wie er sich die Neutralität Frankreichs werde sichern können, da dieses jedenfalls Gebietsabtretungen verlangen werde, antwortete Bismarck: „Darüber habe ich keine Sorge mehr. Ich habe heute Nacht zwei Stunden mit dem Kaiser konferiert und die Zusage unbedingter Neutralität von ihm erhalten. Er sprach mir allerdings von einer kleinen Grenzberichtigung, wie er es nannte. Er wollte das Saarbrückener Kohlengebiet haben. Ich erklärte ihm aber rund heraus, daß wir nicht ein einziges Dorf hergeben; denn wenn ich es selbst wollte, so würde mein König nie darein willigen. Darauf gab der Kaiser seine Zusage, er hält uns eben für schwach, oder überschätzt die Österreicher; er warnte mich mehrere Male. Als er mich trotz seiner Warnungen guten Mutes sah, sagte er: „Thun Sie, was Sie nicht lassen können." Im Jahre 1866 wußte die ungarische Emigration schon im Frühjahr, daß es zum Krieg kommen werde. General Klapka wurde mehrfach zu Konferenzen nach Berlin berufen und zur Errichtung einer ungarischen Legion autorisiert, deren Organisator Graf Theodor Esaki war. Soherr-Thoß, der als Major in die ungarische Legion eintrat, begab sich am 5. Juli, wo ganz Paris wegen der Zession Venedigs geflaggt hatte, zum Prinzen Napoleon in das Palais Royal, um sich vor seinem Abgang von Paris zu verabschieden. Der Prinz bat ihn sofort, direkt in das Hauptquartier des Königs von Preußen zu gehen und Bismarck vor einem voreiligen Frieden oder Waffenstillstand zu warnen. Werde Österreich nicht vollständig niedergeworfen, so werde es, falls ihm das Glück der Waffen günstig sei, seinerzeit schwere Vergeltung üben. Schon vor Ausbruch des Krieges habe es in Paris erklären lassen, daß Schlesien sein Siegespreis sein werde, und daß alle deutschen Bundesgenossen Länderentschädigungen aus dem Leibe Preußens haben müßten. Zugleich erklärte der Prinz, daß er weniger in eigenem Namen so spreche, als weil er die intimen Wünsche des Kaisers kenne, welcher in Folge der übernommenen Vermittlerrolle offiziell zum Frieden raten müsse. Am 8. Juli traf der ungarische Graf in dem preußischen Hauptquartier zu Pardubitz ein. In seiner Unterredung mit Bismarck sagte ihm dieser: „Sie haben mich auch für einen Junker, für einen Reaktionär gehalten. Der Schein trügt. Um meinen Zweck zu erreichen, mußte ich diese Rolle spielen. Beim König wurde ich von allen Seiten als ein verkappter Demokrat verdächtigt. Ich konnte sein volles Vertrauen nur gewinnen, indem ich zeigte, daß ich auch vor der

Digitized by Google

Kammer nicht zurückschreckte, um die Armee-Reorganisation durchzuführen, ohne welche der Krieg unmöglich und selbst die Sicherheit des Staates gefährdet war. Dieser Kampf kostete mich aber meine Nerven, meine Lebenskraft!" Als zwei Siegestelegramme aus Mitteldeutschland einliefen, fragte Soherr-Thoß, welches nun das Los der süddeutschen Staaten sein würde. „Diese Ultramontanen", erwiderte Bismarck, „können wir nicht brauchen; auch dürfen wir nicht mehr schlucken, als wir verdauen können; denn wir wollen nicht in den Fehler von Piemont verfallen, das sich durch die Annexion von Neapel mehr geschwächt als gestärkt hat." Auf die Frage, was mit Böhmen geschehen werde, antwortete Bismarck: „Nun, was wir haben, das behalten wir."

In der Reihe der Enthüllungen aus der Zeit nach dem französischen Kriege über die Politik Bismarcks vor demselben würde hier noch das aufzunehmen sein, was der österreichische Abgeordnete Giskra über den Versuch Bismarcks mitgeteilt hat, im Juli 1866 Österreich den günstigsten Frieden zu gewähren, wenn nur dadurch der Intervention Frankreichs vorgebeugt wurde. Diese Enthüllung findet sich in einem andern Abschnitte dieses Buches (Bismarck und die französische Revanche-Politik).

Auf die in das folgende Jahr (1867) fallende „Luxemburger Frage" werfen die im Jahre 1881 erschienenen Memoiren von Rothan neues Licht, wenn auch nicht überall unzweifelhaftes. Es folgt hier zuerst daraus eine Zeichnung des Profils des damals bereits verstorbenen belgischen Gesandten am Berliner Hofe, Baron de Nothomb.

„Während Benedetti mit vollständigem Vertrauen und Herr v. Bismarck mit einer relativen Aufrichtigkeit die Bedingungen einer Allianz erörterten, welche Preußen das Überschreiten des Main und Frankreich die Annektierung Belgiens gestatten sollte, verbreitete man in den diplomatischen Kreisen von Berlin eine jener Nachrichten „qui se donnent en mille", wie Madame de Sévigné schrieb, so sehr täuschen sie alle Voraussetzungen. Man sprach leise und wie von einem Ereignisse von großer Tragweite von der Heirat des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern. Man täuschte sich nicht, es war dies ein direkt gegen die Begehrlichkeiten der kaiserlichen Politik gerichteter Schlag. Es wurde gesagt, daß das Haus Hohenzollern dem Kaiser verhängnisvoll wäre. Die Hochzeit des Grafen von Flandern war von dem Baron Nothomb, dem belgischen Gesandten in Berlin, ersonnen und insgeheim gefördert worden.

Digitized by Google

„Bereits im Jahre 1831, auf der Londoner Konferenz, wo er in ganz jungen Jahren seine im Entstehen begriffene Regierung vertrat, hatte Herr von Nothomb zu einem guten Teile dazu beigetragen, daß die Projekte des Herrn de Talleyrand scheiterten, welcher nach einem Ausdrucke Lord Palmerstons wie ein Löwe kämpfte, um als Austausch gegen die belgische Neutralität die Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich zu erlangen. Er war ein sehr bedeutender Mann von ausgezeichneter Erfahrung, der vollendete Typus des Repräsentanten eines neutralen Staates, ohne Leidenschaft, ohne Vorurteil, von gewandten Manieren, stets bereit seine Kollegen zu verpflichten, aber stark genug, dieselben richtig zu beurteilen und die Geheimnisse ihrer Portefeuille zu erraten. Er gehörte zu der Zahl der seltenen Diplomaten, welche Herrn von Bismarck erkannt hatten. Er schrieb bei dessen Eintritt in die Regierung, indem er an den Ausspruch des Ruy Blas erinnerte „Wird er Richelieu oder Alberoni sein?" Er war es auch, der im Jahre 1850, wenige Wochen vor Olmütz, von dem Könige Friedrich Wilhelm gesagt hatte: „Vous verrez qu'il ira jusqu'au bord de l'abîme, pour se retourner et tomber dans la . . . . ." Er besaß eine pittoreske und typische Ausdrucksweise.

„Ohne Vorurteile gegen Frankreich erkannte er die Wohlthaten der Revolution von 1789 an, er bewunderte insbesondere den Code civil. Unsere Gesandten, die einander in Berlin ohne Unterlaß folgten — man zählte deren in einem Zeitraum von vier Jahren, von 1848 bis Ende 1852, bis zu acht — waren glücklich, ihre Zuflucht zu seinen Erfahrungen nehmen zu können. Er weihte sie in die Förmlichkeiten der Hofetiquette ein, setzte sie in Kenntniß von den Präzedenzfällen, zeigte ihnen die Klippen, und zwar in einigen bezeichnenden Zügen, indem er zur Erläuterung charakteristische Anekdoten erzählte, er entwarf ihnen ferner das Porträt der Fürsten und der in der Politik markanten Persönlichkeiten. — Vielleicht fand er, daß man durch Unterweisung der andren sich selbst unterrichtet: Discimus docendo. Heute ist er der Nestor der europäischen Diplomatie. (Baron Nothomb ist bekanntlich inzwischen gestorben.) Er hat seit vierzig Jahren alle Umwandelungen der preußischen Politik beobachtet und ist Zeuge von deren Schwächen, sowie von ihrer glorreichen Wiedererhebung gewesen.

„Der Kaiser Wilhelm hängt an seiner Person, wie man an den alten Gefährten hängt, mit denen man die langen Etappen

Digitized by Google

des Lebens durchlaufen hat, und der Fürst Reichskanzler, der es ihm Dank weiß, daß er sein Glück geahnt hat, scheint die mit Spott getränkten Pfeile zu vergessen, welche zuweilen gegen Herrn v. Bismarck entsandt wurden. Baron Nothomb hatte ein zu feines Gehör und ein zu scharfes Gesicht, um sich nicht Rechenschaft von der Partie abzulegen, die zwischen Frankreich und Preußen auf Kosten seines Landes gespielt wurde. Er sah in die Karten des preußischen Ministers; er wußte, daß Belgien sein hauptsächlichster Trumph wäre, und daß, falls er wenig Eifer bewies, denselben aus den Händen zu geben, die Umstände an dem einen oder anderen Tage wohl stärker sein könnten als seine Geschicklichkeit. Baron Nothomb sah denn auch, um sein Land gegen verhängnißvolle Überraschungen zu schützen, nur ein einziges Mittel: jenes unter die persönliche Ägide des Königs von Preußen zu stellen. Er reiste nach Brüssel und ohne seinen Hof oder sein Gouvernement zu benachrichtigen, sagte er dem Grafen von Flandern, welchen eine leichte Taubheit von einer Verheiratung abhielt, ins Gesicht: „Ich verheirate Sie!" — „Peste" entgegnete der Prinz „und mit wem, wenn ich bitten darf?" „Mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern." — „Kennen Sie dieselbe?" — „Nein" — „Nun wohl!" — „Ich bin unterrichtet, ich garantiere Ihnen, daß sie reizend ist."

„Am nächsten Tage erbat König Leopold die Vermittelung der Königin Viktoria bei dem König Wilhelm, und einige Wochen später war die Heirat beschlossen, ohne daß Herr von Bismarck, wie die Legende behauptet, vermutete, von wo der Streich ausging, welcher ihn unerwartet bei seinen dilatorischen Unterhandlungen mit Frankreich traf. Das Ereignis war ernst, es konnte uns die Augen öffnen und die letzten Schuppen fallen lassen. Der Minister beeilte sich denn auch, den französischen Botschafter hinsichtlich der Tragweite der Vermählung zu beruhigen. Er legte Gewicht darauf, uns zu überzeugen, daß diese Vermählung nicht sein Werk wäre, daß er im Gegenteil die Aufmerksamkeit des Fürsten von Hohenzollern auf die Unbeständigkeit der belgischen Monarchie hingelenkt hätte. Er ließ sich besonders angelegen sein, uns zu überzeugen, daß es sich nur um eine Familienangelegenheit handelte, die weder ein neues Band bilden, noch irgend welche Solidarität zwischen Brüssel und der preußischen Politik schaffen würde. Es war dies die Theorie, deren seine Diplomatie sich im Jahre 1870 in einer blutigen Weise bedienen sollte."

Digitized by Google

Graf Bismarck behandelte auch in dieser Frage den französischen Minister des Auswärtigen, von Moustier, und den französischen Botschafter in Berlin, Benedetti, dilatorisch. Die Rothansche Darstellung ist im wesentlichen nichts anderes, als die Bestätigung dieser bekannten Thatsache. Die niederländische Regierung hatte sich im ersten Schrecken über die Erfolge Preußens im Jahre 1866 Frankreich in die Arme geworfen, man fürchtete im Haag mittelst Luxemburg und Limburg in den norddeutschen Bund hereingezogen zu werden; so gewann der Gedanke dort Boden, sich Luxemburgs an Frankreich zu entledigen und mit dessen Hilfe dann Limburg aus den Beziehungen zu Deutschland zu lösen. Je mehr jedoch die niederländische Regierung die Macht Preußens erkennen lernte, um so ängstlicher wurde ihr wieder bei dem Gedanken zu Mute, Preußen einen Anlaß zu feindlicher Haltung zu geben. So war denn der Eifer der niederländischen Diplomaten darauf gerichtet, Preußen zu einer Äußerung der Billigung oder Mißbilligung über die Zession Luxemburgs zu bewegen, um unter allen Umständen hinter die Verantwortung Preußens sich zurückziehen zu können. Preußen wiederum hüllte sich dem Haag gegenüber in ein unverbrüchliches Schweigen. Die französische Diplomatie ihrerseits operierte dahin, den König der Niederlande von jedem direkten Benehmen mit Preußen abzuhalten und direkt mit dem König abzuschließen, da sie Preußens nie sicher war und die niederländische Diplomatie durchschaute. In seiner Unterhaltung mit Benedetti erklärte sich Herr v. Bismarck bereit, die preußische Garnison aus Luxemburg herauszuziehen, bezüglich des ferneren Schicksals des Landes aber enthielt er sich jeder positiven Äußerung, indem er die Abneigung unseres Königs und des deutschen Volkes gegen jede Abtretung deutschen Gebietes hervorkehrte, im übrigen aber die französische Diplomatie auf die direkte Verhandlung mit dem König der Niederlande verwies.

Auf diesem unsicheren Boden gingen die französischen Staatsmänner voran, trotz der Warnungen, die ihnen namentlich durch Herrn v. Beust aus Wien kamen, aber aufgemuntert von dem russischen Gesandten in Paris, Herrn v. Budberg. So zog sich die Sache bis zum März 1867 hin, wo sie sich in einer Reihe von sensationellen Vorgängen entlud. Am 14. März hielt Thiers eine fulminante Rede gegen die Einigung von Deutschland, am 20. März veröffentlichte der „Staatsanzeiger“ die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten, um dieselbe Zeit stellte der fran-

Digitized by Google

zösische Minister im Haag die formelle Forderung der Abtretung Luxemburgs an Frankreich. Der König eröffnete dem preußischen Gesandten Herr v. Perponcher, daß Napoleon die Zession von Luxemburg verlangt habe, daß er aber nichts ohne Zustimmung des Königs von Preußen vornehmen wolle, den er bäte, sich über diesen Gegenstand mit dem französischen Kaiser auseinanderzusetzen.

Herr Benedetti suchte den Grafen Bismarck zu überzeugen, daß diese Äußerung ohne Antwort bleiben könne. Graf Bismarck erklärte das für unmöglich, da Schweigen als Zustimmung betrachtet werden müßte. Er erklärte sich indessen bereit, in offizieller Sprache den Gedanken zu entwickeln, daß der König der Niederlande assez grand garçon sei, um selbst zu wissen, was er thun solle. Die Antwort, die telegraphisch nach dem Haag abging, lautete indessen: „Ich bin nicht in der Lage, eine Ansicht auszusprechen, ehe ich die Ansicht der übrigen Vertragsmächte kenne." In Berlin arbeiteten Benedetti und der niederländische Gesandte Bylandt mit fieberhafter Anstrengung an dem Grafen Bismarck, um eine günstige Äußerung von ihm zu gewinnen, es zeigte sich das unmöglich, die Aufregung in Deutschland stieg. Am 27. telegraphierten beide an ihre Regierungen: „Es gilt, sich zu beeilen, denn der öffentliche Geist zeigt sich jeden Tag erregter und dem Aufgeben von Luxemburg feindlicher." In Paris und dem Haag war man zu einem Entschluß gedrängt; man mußte abbrechen oder abschließen. Der König-Großherzog, in jeder Richtung hin- und hergezogen, war unentschlossen und verwirrt, es galt einen äußersten Versuch, um seine letzten Skrupel zu beseitigen. „Die offizielle Diplomatie war am Ende ihrer Gründe, sagt Herr v. Rothan, man griff nach den Gründen verhüllter Diplomatie." In was diese verhüllte Diplomatie bestand, läßt Herr v. Rothan unter einem diskreten Schleier, dessen Lüftung auch hier unterbleiben mag. Am 30. März waren alle Schwierigkeiten im Haag überwunden, am gleichen Tage empfing Napoleon den Prinzen von Oranien, der ihm die Zustimmung seines Vaters überbrachte. Am 31. März telegraphierte Herr von Moustier an Benedetti: Endlich ist der entscheidende Augenblick da, ergreifen Sie alle Vorsichtsmaßregeln, der Kaiser betrachtet die Frage als erledigt und jede Umkehr als unmöglich. Am 1. April wurden im Haag die Erklärungen des Königs der Niederlande und Napoleons ausgewechselt, welche die Zession von Luxemburg, wenn auch noch nicht in diplomatischer Form, feststellten.

Aber bereits war in Berlin ein neuer Faktor in Thätigkeit

Digitized by Google

getreten. Am 1. April stellte Herr von Bennigsen mit 70 Genossen im norddeutschen Reichstag die Interpellation wegen Luxemburg. Die Antwort des Grafen Bismarck war Frankreich gegenüber ungemein vorsichtig in der Form, ließ anscheinend noch die materielle Frage offen, sie ging am weitesten in der Erklärung, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde, was an und für sich gegenüber der Natur der aufgeworfenen Frage eine definitive Entscheidung nicht zu geben schien. Aber der Ton, der in der Rede des Herrn von Bennigsen angeschlagen war und der seine Färbung unwillkürlich auf die Bismarcksche Rede in der Auffassung der Zuhörer übertrug, die Art, wie Präsident Simson die Verhandlung resümierte, zeigten, daß die Zession von Luxemburg in Deutschland einen entschlossenen Gegner finden werde, eine moralische Unmöglichkeit geworden war. Vor der Reichstagsverhandlung, welche die Frage auf ihrer Höhe und in ihrer entscheidenden Bedeutung zeigt, bricht Herr v. Rothan ab. Im Lichte dieser Rothanschen Darstellung treten die Begründung der Interpellation des Herrn v. Bennigsen und die Bismarcksche Antwort in einer Reihe von Einzelheiten wie in ihrer Gesamtheit unstreitig noch klarer hervor.

„Herr Rothan selbst gehört, sagt die „Nat. Ztg.", wie der österreichische Hofrath Klaczko, zu jener eigentümlichen Sorte von Halbdiplomaten, diplomatie interlope, die man gebrauchen und verleugnen kann. Aus seinen Enthüllungen entnehmen wir, daß er sehr eifrig bemüht war, in das Feuer der Zwietracht zwischen Deutschland und Frankreich zu blasen. Im Februar 1867 berichtete er von Frankfurt a. M. nach Paris: „Herr v. Bismarck soll sich mit den finstersten Plänen tragen; wie es heißt, hat er die Absicht, mitten in der Dauer der Pariser Ausstellung, sobald seine Rüstungen vollendet sind, sein Werk in Deutschland zu beendigen. Fürst Gortschakow und er, heißt es weiter, haben ein Offensiv- und Defensivbündnis für den geeigneten Augenblick vorbereitet. Rußland läßt Preußen in Deutschland gewähren, dafür erhält es im Orient freie Hand, und wenn Österreich aus der Neutralität tritt, würden die beiden Staaten sich in dessen Besitz teilen. Ich bin weit entfernt, für diese finsteren Pläne die Bürgschaft zu übernehmen, aber in Ermanglung zweifelloser Beweise liegen doch Überzeugungsgründe für eine drohende Intimität beider Regierungen vor". Nicht zufrieden von Frankfurt aus zu hetzen, reiste Herr Rothan, wie er selbst erzählt, ohne Urlaub nach Paris und da er

Digitized by Google

eine Privataudienz von Napoleon nicht erlangen konnte, stellte er sich demselben in den Weg, als Napoleon Sonntags aus der Messe kam. Napoleon richtete an den eifrigen Agenten einige Fragen bezüglich der Stimmung in den annektierten Provinzen, die Rothan mit Betonung der Schwierigkeiten, die Preußen begegnen, beantwortete. Im Begriff Rothan zu verabschieden, warf der Kaiser die Frage hin, ob man in Deutschland von Luxemburg spreche. Das war die Frage, auf die Herr Rothan mit Ungeduld gewartet hatte, und nun ließ er sich dem Kaiser gegenüber, seiner Erzählung nach, wie folgt, vernehmen: „Ich kann es Ew. Majestät nicht verhehlen, daß alle Welt in Deutschland die Überzeugung hegt von der Unzufriedenheit Frankreichs mit den Umwälzungen an seinen Grenzen und von seinem Entschluß, den geeigneten Zeitpunkt zu ergreifen, um die vollzogenen Thatsachen rückgängig zu machen. Man halte den Krieg für sicher und sehe voraus, daß Frankreich ihn führen wird, sobald wir Verbündete und ein neu organisiertes Heer haben. Der preußische Generalstab will uns die Wahl der Zeit nicht lassen und späht nach einem Vorwande, um uns zuvorzukommen und die Vorteile, die er über uns zu haben glaubt, auszunützen. In Preußen weiß man, daß Frankreich über den böhmischen Feldzug erregt ist, während es in voller militärischer Umwandlung begriffen ist, entwaffnet ohne Flinten und Material dasteht". Die Aufnahme dieser Standrede des ungebetenen Ratgebers war keine freundliche. „Im Verlauf meiner Auseinandersetzung", so erzählt Herr Rothan, „verfinsterte sich das anfangs so freundliche Gesicht des Kaisers immer mehr. Obgleich er mich durchaus nicht ermutigte, fuhr ich nichts desto weniger fort, ihm von den Rüstungen Preußens das drohendste Bild zu entwerfen. Als seine Augenbrauen sich mehr und mehr zusammenzogen, schloß ich mit der Darlegung, daß die Zeichen einer bevorstehenden Mobilmachung sich schon bemerkbar machten, sowie die kriegerischen Vorbereitungen, die getroffen würden. Als ich geendet hatte, gab mir der Kaiser nur sehr lässig die Hand".

Mit dieser Szene, die Herr Rothan in naiver Selbstgefälligkeit beschreibt, reiht sich Herr Rothan würdig in die Reihen der Diplomaten ein, die der napoleonischen Herrschaft einen so possenhaften Abschluß gaben. Wir fügen gleich eine Szene bei, die sich in Berlin abspielte, diesmal sind Graf Bismarck und die Herren Benedetti und de Moustier die handelnden Personen. Benedetti, der den Grafen Bismarck an seinen ausweichenden Antworten über

Digitized by Google

seine Stellung zur Zession Luxemburgs nicht zu fassen vermochte, faßte den Plan, ihm „etwas Geschriebenes“ zu entlocken. Zu diesem Zwecke gab er Herrn de Moustier folgenden Gedanken ein: Die Erklärungen, welche Herr Benedetti als die des preußischen Ministers an Herrn de Moustier berichten wolle, solle dieser in einer Antwort an den Botschafter reproduzieren. Diesen Moustierschen Brief wollte dann Benedetti an den Grafen Bismarck unter Kouvert mit einem motivierenden Schreiben senden. „Benedetti nahm an, so erläutert Herr Rothan den Feldzugsplan, daß geschriebene Mitteilungen sich nicht leicht ableugnen lassen, selbst wenn man sich begnügt, sie anzunehmen. Er hoffte damit Herrn v. Bismarck zu binden, ihn gewissermaßen zu unserem Komplicen zu machen und ihn gegen seinen Willen zu zwingen, uns die Wege zu bahnen und seinen Souverän unseren Plänen zuzuwenden.“ Wie gesagt, so gethan, man kann sich leicht denken, daß Herr v. Bismarck in die von den Franzosen gestellte Falle nicht ging. Herr von Moustier schrieb also seinen Brief, der allen französischen Bedürfnissen natürlich vollständig entsprach und Herr Benedetti sandte den Brief mit Erläuterungen an Herrn v. Bismarck. Empfangsanzeige keine. Herr Benedetti begab sich anderen Tages zu Herrn von Bismarck, beim ersten Blick sah er seinen Brief eröffnet auf dem Schreibtisch liegen, Herr von Bismarck zeigte sich keineswegs erzürnt über die Fixierung seiner Erklärungen, er las den Brief Moustiers mit Herrn Benedetti durch und erkannte an, daß alles getreulich wiedergegeben sei, was er gesagt habe. Nur zwei kleine Einschränkungen machte Herr von Bismarck; einmal hatte er nicht erklärt, daß das preußische Besetzungsrecht in Luxemburg durch die Auflösung des deutschen Bundes verfallen sei und daß er diese These aufrecht halten wolle, dann konnte er nicht zugeben, gesagt zu haben, Preußen fände bei dem Aufgeben Luxemburgs nichts zu erinnern. „Es ist wahr, sagt Herr Rothan, daß diese beiden Vorbehalte wieder alles in Frage stellen“. Im übrigen war Herr von Bismarck die Höflichkeit selber, bat ihm den Brief zu belassen, damit er ihn dem König vorlege. Den andren Tag vertraute Graf Bismarck dann Benedetti an, der König habe zwar sein Bedauern ausgedrückt, daß er sich soweit mit den Franzosen eingelassen habe, aber nicht verlangt, er solle seine Konfidenzen zurücknehmen. Weiter beschreibt Rothan in pathetischen Worten die Abschiedsszene zwischen Bismarck und Benedetti, ehe dieser mit dem beschriebenen Resultat nach Paris zurückkehrte. Und auf diese Grundlage hin ließ dann

Digitized by Google

Frankreich im Haag seine Minen springen, mit welchem Erfolge ist bekannt.

Die Enthüllungen bergen noch mehr Züge von dieser unwillkürlichen Komik, deren Kosten die französische Diplomatie trug. Man könnte noch die Schlußszene auf einem Balle anführen, den am 27. März, also wenige Tage vor der Einbringung der Interpellation Bennigsen, Herr von Bismarck gab; Herr von Bismarck war ungemein gut aufgelegt und jovial; Herr Benedetti brachte die Rede auf die Verhältnisse im Haag, jedesmal wenn die Unterhaltung eine delikate Wendung nahm, führte Herr von Bismarck das Gespräch auf die Reise des Königs nach Paris zur Ausstellung. Er zeigte sich sehr besorgt, daß der König zugleich mit dem Kaiser von Rußland dort erscheine. „In Petersburg bildet man sich ein, sagte Herr von Bismarck, daß die Zession von Luxemburg ein Hindernis für die Reise unseres Königs werden könnte. Man verfolgt dort die Affaire mit solchem Interesse, fügte er hinzu, daß wir durch den Fürsten Gortschakow den ersten Wink von Ihrem Handel mit Holland erhielten. Er behauptet sogar, der Vertrag wäre unterzeichnet". Herr Benedetti wußte nicht, was er denken sollte, fügt Herr Rothan hinzu, der König hatte von seiner Reise nach Paris gesprochen, trotz der Petersburger Mitteilungen! Das schien Herrn Benedetti wieder entscheidend und er gab das Zeichen zum Aufziehen des Vorhanges.

Das Jahr 1870 brachte die lang erwartete Auseinandersetzung mit Frankreich. Zur Geschichte des unmittelbaren Ausbruches derselben sind die Beiträge erst in den letzten Jahren reichlicher geflossen. Im April 1878 erschien in der „Revue des deux mondes" ein Artikel des Prinzen Napoleon über die Vorgänge, die auf dem diplomatischen Gebiet dem Kriege vorausgingen.

Die Ausführungen des Prinzen ließen darüber keinem Zweifel Raum, daß Napoleon III. die Allianz Österreichs und Italiens im Kriege gegen Deutschland haben konnte, wenn er sich rechtzeitig dazu entschloß, Rom den Italienern zu überlassen. Man mußte also dem Prinzen Recht geben, wenn er die römische Frage als das Verhängnis des bonapartistischen Frankreich und die ultramontanen Einflüsse auf den Kaiser als die Hauptursache des Zusammenbruches bezeichnete, der am 4. September 1870 so schnell und geräuschlos in Szene ging.

Der Artikel des Prinzen Napoleon rief nun eine Erwiderung

Digitized by Google

in der Revue de France hervor, die „Andreas Memor“ unterzeichnet war und aus der Feder des Herzogs von Gramont herrührte. Der edle Herzog, dessen wichtigste Lebensaufgabe es seit seinem Rücktritte von den Geschäften zu sein schien, seine diplomatische Geschicklichkeit in das beste Licht zu stellen und jede Mitverantwortung an den französischen Niederlagen von 1870 abzulehnen, hatte wohl beabsichtigt, eine Widerlegung des Aufsatzes in der Revue des deux mondes zu schreiben. Er berichtige denselben auch in zahlreichen Nebendingen und Einzelheiten, aber in der Hauptsache konnte er die Erzählung des Prinzen so wenig anfechten, daß er sie vielmehr bestätigte. Gerade darum ist seine Entgegnung hoch interessant, denn das Licht, welches er von ganz andrer Seite und unter einem wesentlich verschiedenen Winkel auf die Verhandlungen des Jahres 1870 zwischen Wien, Paris und Florenz fallen läßt, zeigt sie in der gleichen Gestalt. Ein künftiger Geschichtsschreiber wird, wenn er die Artikel des Prinzen Napoleon und des Herzogs von Gramont miteinander vergleicht, ohne mühevolle Forschung in geheimen Archiven ein klares Bild des diplomatischen Intriguenspiels bieten können, das im Sommer 1870 von Beust, dem Grafen Bitzthum und dem Grafen Vimercati eingefädelt ward.

Über die Verhandlungen von 1869 hat Prinz Napoleon ausführlich berichtet, und Gramont beginnt seine Darstellung mit der Behauptung, nicht der französische Kaiser, sondern Österreich und Italien hätten in der ersten Juliwoche des Jahres 1870 die Allianzverhandlungen erneuert. Er fügt jedoch hinzu, Napoleon III. habe einen Brief an Viktor Emanuel gerichtet, worin er diesem anzeigte, die französische Brigade werde aus Civitavecchia abberufen werden, und seiner Ehre und Loyalität das Schicksal des Papsttums anvertraute. Der König von Italien antwortete am 21. Juli, daß er über den Kirchenstaat wachen werde. Die Geheimhaltung der Korrespondenz ward beschlossen, und in den offiziellen Depeschen, die man sich gegenseitig vor der Absendung im Entwurfe mitteilte, war bloß von der Septemberkonvention die Rede.

Sofort begannen in Paris die Verhandlungen über die Tripel-Allianz Österreichs, Frankreichs und Italiens zwischen dem Fürsten Metternich, dem Grafen Bitzthum, dem Herzog von Gramont und dem Grafen Vimercati. Österreich und Italien sollten zuerst eine diplomatische Intervention zu gunsten Frankreichs versuchen, und wenn diese scheiterte, das Schwert ziehen. Der Vorschlag, einen Kongreß zu berufen, ward verworfen, und man entschied sich, auf

Digitized by Google

den Rat Metternichs in folgender Weise vorzugehen: Österreich und Italien sollten die Aufforderung an Preußen richten, es möge sich zur genauen Einhaltung des status quo in Deutschland nach den Bestimmungen des Prager Friedens verpflichten. Im Falle der Weigerung Preußens, die man als sicher annahm, sollten dann beide Mächte in das Feld rücken. König Viktor Emanuel erklärte, daß er sofort 60 000 und in einigen Wochen weitere 40 000 Mann stellen könne. Österreichs Armee sollte anfangs September bereit sein. Auch der gemeinsame Kriegsplan ward bereits verabredet. Die hunderttausend Italiener sollten durch Tirol auf München marschieren, die Österreicher in Böhmen starke Defensivstellungen einnehmen. Alles schien geordnet, Vitzthum reiste nach Wien, Vimercati nach Florenz zurück, als plötzlich die römische Frage auftauchte.

Merkwürdigerweise war es nach der Versicherung Gramonts Graf Beust, der sie zuerst aufwarf. Am 20. Juli schrieb er in einem nach Paris abgegangenen Briefe (es wird wohl eine Note gewesen sein) folgenden Satz: „An dem Tage, an welchem die Franzosen den Kirchenstaat verlassen, müssen die Italiener mit vollem Rechte unter Zustimmung Österreichs und Frankreichs dort einrücken können.“ Fürst Metternich teilte das dem französischen Kabinett „mit Erstaunen und Bedauern“ mit und meinte, diese Forderung des Grafen Beust sei auf geheime Schritte des Florentiner Kabinetts in Wien zurückzuführen. Am 25. Juli sagte Viktor Emanuel dem französischen Gesandten Baron Malaret, Kaiser Napoleon sollte so viel Vertrauen in seine Ehrenhaftigkeit haben, um ihm zu erlauben, im Falle einer revolutionären, den Papst bedrohenden Bewegung im Kirchenstaat diesen zu besetzen. Malaret meinte, das käme der Vernichtung der Septemberkonvention von 1869 gleich, denn wenn italienische Truppen einmal auch nur ein Stück des Kirchenstaates besetzten, so würden sie nicht mehr fortgehen. Der König mußte das zugeben und meinte zum Schlusse der Unterredung, die römische Frage sollte den Verhandlungen über die Trippelallianz fernbleiben, „denn die letzteren wolle er zu Ende führen.“

Vierundzwanzig Stunden später erfuhr man in Paris durch ein Telegramm Viktor Emanuels an Napoleon III., daß man ihm von Wien aus einen Vertrag zum Zwecke bewaffneter Neutralität zwischen Österreich und Italien vorgeschlagen habe. Der König setzte hinzu, daß sich aus diesem Vertrage ganz leicht die gewünschte

Digitized by Google

Tripelallianz entwickeln könne, und schloß mit den Worten: „Haben Euer Majestät Vertrauen zu mir, der ich Ihr bester Freund bin und bleiben werde." Am 28. Juli ward infolge wiederholter Unterredungen Malarets mit dem König und den italienischen Ministern offiziell konstatiert, daß die italienische Regierung darauf verzichte, von Frankreich etwas anderes als die einfache Rückkehr zur Konvention vom 15. September 1864 zu verlangen. Am nämlichen Tage teilte Metternich in Paris ein Telegramm Beusts mit, worin es hieß: „Cavaliere Artom hat uns den Gedanken nahegelegt, Italien in der römischen Frage unsere guten Dienste zu gewähren. Vimercati hat ebenfalls unsere guten Dienste im Namen des Königs in Anspruch genommen. Sie sehen, wie recht ich hatte, als ich sagte, die Sache ginge von Florenz aus." Auf der italienischen Gesandtschaft erklärte man umgekehrt, Beust habe die Idee angeregt. Gramont verlangte Aufklärungen von Nigra, und sofort schickte Visconti-Venosta eine Depesche nach Paris, worin er beteuerte, daß Italien strikte an der Septemberkonvention festhalten werde; daraufhin erklärte der französische Botschafter in Wien, seine Regierung sei zufriedengestellt.

In diesem Augenblicke traf der von Prinz Napoleon erwähnte Brief des General Türr an den Kaiser in Paris ein, worin der General riet, den Italienern wegen Roms Konzessionen zu machen. Gramont meint, der Brief sei zu sehr ungelegener Zeit gekommen, leugnet aber auf das entschiedenste, dem General nach Wien ein Telegramm geschickt zu haben, das mit den Worten geschlossen hätte: „Wenn Italien nicht marschieren will, so mag es daheim bleiben." Er habe vielmehr dem Botschafter in Wien in betreff des General folgendes telegraphiert: „Es scheint mir, daß Türr in Florenz mehr geschadet als genützt hat, und ich fürchte, dasselbe möchte in Wien der Fall sein. Schicken Sie sofort nach seiner Ankunft nach ihm und sagen Sie ihm in meinem Namen, daß wir um keinen Preis die Septemberkonvention aufgeben werden, er soll nicht einmal davon reden."

Am 2. August kam Vimercati nach Paris zurück und brachte einen Vertragsentwurf in 4 Artikeln mit, der sich aber nur auf die Allianz zwischen Österreich und Italien bezog und von dem früheren Projekte wesentlich abwich, auch einen auf Rom bezüglichen Artikel enthielt. Auf Gramonts Bemerkungen erwiderten ihm der italienische Unterhändler und Fürst Metternich, da Frankreich sich bereits im Kriege mit Preußen befinde, so würde der Abschluß

Digitized by Google

einer Tripelallianz für Österreich und Italien den unmittelbaren Beginn der Feindseligkeiten mit Preußen, vielleicht auch mit Rußland bedeuten, und die österreichische Armee sei nicht fertig. Übrigens würde sich die bewaffnete Neutralität der beiden Mächte in eine wirkliche Kooperation zu gunsten Frankreichs verwandeln.

Vimercati hielt sich in Paris nur wenige Stunden auf und reiste dann in das Hauptquartier nach Metz, um den Vertragsentwurf Napoleon III. vorzulegen. Dieser stellte zwei Bedingungen erstens, daß die Zeit, bis zu welcher sich die bewaffnete Neutralität Italiens und Österreichs in wirklichen Beistand verwandeln sollte, genau angegeben und möglichst abgekürzt würde; zweitens, daß der Artikel, kraft dessen sich Österreich verpflichtete, im Verein mit Italien die Revision der Septemberkonvention zu fordern, aus dem Vertrage ausgemerzt würde. Der Artikel stand allerdings im Widerspruch mit den oben zitierten Äußerungen Visconti-Venostas, aber er war bei der Stellung Italiens so natürlich, daß man kaum begreift, wie sich Gramont darüber verwundern kann. Wie die Klausel in den Vertragsentwurf gekommen, darüber Auskunft zu geben, erklärt er sich außer stande. Sie hat ihn jedenfalls überrascht, und es scheint, daß er die Ansicht Napoleons III. vollkommen teilte. Darauf deutet des letzteren Brief an Gramont, der nach des Ex-Ministers Versicherung nicht vom 3., wie der Prinz Napoleon behauptet hatte, sondern vom 4. August datiert war und in bezug auf die schwebende Allianzfrage nur den Satz enthielt: „Ich habe Vimercati gesehen und in dem, was zwischen uns vereinbart worden, nicht nachgegeben."

Es ist fast ein Wunder, daß trotz dieser bestimmten Weigerung Napoleons, den Papst aufzugeben, die Allianzverhandlungen in Florenz fortgesetzt wurden. Aber Viktor Emanuel hatte sich die Allianz in den Kopf gesetzt und nahm persönlich an den Beratungen mit Vitzthum und Vimercati Anteil. Er wollte sofort losschlagen und verlangte, Österreich sollte seinen Truppen den Durchmarsch nach Bayern gewähren. Österreich aber verweigerte dies als eine halbe Maßregel und behielt sich vor, den Zeitpunkt der Eröffnung der Feindseligkeiten zu bestimmen. Den Artikel wegen Rom ließ man in Wien fallen, nachdem man ihn in Florenz selbst aufgegeben. Nun schien alles für Frankreich günstig, von einem Tage zum anderen erwartete man den förmlichen Abschluß der Allianz — da kam der 6. August mit dem deutschen Doppelsiege. Am 9. trat das Ministerium in Paris zurück, „und nun war" schließt Gramont

Digitized by Google

mit einem melancholischen Stoßseufzer, „aller Wahrscheinlichkeit nach von dem österreichisch-italienischen Vertrage, der sich zur Tripelallianz entwickeln sollte, gar nicht mehr die Rede, denn Österreich und Italien hatten sich mehr mit dem Sieger als mit Frankreich verbünden wollen."

Man sieht aus dieser Skizze des Gramontschen Aufsatzes, daß von einer Widerlegung des Prinzen Napoleon eigentlich nicht die Rede sein kann. Daß die deutschen Siege am 6. August in Wien und Florenz die Lust zu einem Waffengange mit Deutschland vollständig erstickten, wird niemand leugnen, aber Napoleons Eigensinn, mit dem er an der September-Konvention festhielt, hat den Abschluß der möglichen Allianzen so lange verzögert, bis es zu spät war. Auch scheint es dem Herzog von Gramont ganz zu entgehen, welchen bedeutsamen Einfluß die Berichte des nunmehr verstorbenen Grafen Üxküll-Gyllenband, des damaligen Militär-Attachés der österreichischen Botschaft in Paris, auf Österreichs zögernde Haltung ausübten. Der Graf war kurz vor Ausbruch des Krieges nach Wien gekommen und hatte hier jedermann, der nur hören wollte, erzählt, daß die französische Armee dem Kriege mit Deutschland nicht im mindesten gewachsen sei — dank der elenden Militärverwaltung des zweiten Kaiserreichs, das leichtsinnig in einen ungeheuren Kampf ging, weil es darauf rechnete, von fremder Hilfe gerettet zu werden, und kläglich zusammenbrach, als diese ausblieb.

Zwölf Jahre sind seit dem Friedensschlusse von 1871 verflossen, eine Zeit tiefen Friedens für Deutschland. Man muß sich der düstern Prophezeiungen erinnern, welche im Auslande die Aufrichtung des deutschen Reiches begleiteten, um den Triumph der deutschen Friedenspolitik völlig zu würdigen. Überall weissagte man uns eine Ära der Kriege und Eroberungen. Der ungeheure Erfolg würde das Volk und noch mehr seine Führer berauschen. In dem unbesiegten Heere bot sich dem Ehrgeize und dem militärischen Despotismus eine furchtbare Waffe. Während die einen für sich fürchteten, gefielen sich die andern, neidisch auf unser Glück, in der Ausmalung der Schwierigkeiten und Gefahren, denen die innere Begründung und Ordnung des deutschen Reiches begegnen würde. Die Weisheit Kaiser Wilhelms und seines Kanzler hat beide Voraussetzungen zu schanden gemacht. Das deutsche Kaiserreich ist in Wahrheit der Friede ge-

Digitized by Google

wesen (la paix und nicht l' épée). Wie viel Anlaß innerhalb dieser zwölf Jahre auch die politischen Verwickelungen einem kriegerischen Fürsten gegeben hätten, mit drohendem Machtwort einzugreifen, ist doch die Gesinnung und Sprache Deutschlands stets eine friedselige gewesen. Nicht im Schüren des Feuers, im Löschen hat seine diplomatische Thätigkeit bestanden. Selbst die Gehässigkeiten, mit denen bald die einen, bald die andern unsre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens, der ihnen doch nicht geringer zu gute kommt, aufgenommen haben, sind an der Kaltblütigkeit der deutschen Regierung abgeprallt.

Über die Rolle, welche Deutschland in dieser Zeit übernommen, hat sich einmal die „Nordd. A. Z." (zur Zeit des Bombardements Alexandrias durch die Engländer im Sommer 1882, welches die deutsche Presse heftig aufregte) folgendermaßen geäußert:

„Die Kaiserliche Politik ist sorgfältig bemüht, jede Parteinahme zu vermeiden, und die verhältnismäßig wenig interessierte und verpflichtete Stellung Deutschlands im Orient erleichtert ihr die Aufgabe, ihre guten Beziehungen zu allen, auch zu den unter sich nicht einigen Mächten zu schonen. Es wäre eine große Thorheit, wenn Deutschland, ohne daß seine Interessen oder seine Ehre es gebieten, seine guten Beziehungen zu irgend einer der europäischen Mächte mutwillig gefährden wollte, sei es durch Eingreifen, ohne daß ein eigenes Bedürfnis dafür vorliegt, sei es durch verletzende Parteinahme gegen andere Mächte und gegen die Art, wie diese ihre Interessen glauben wahrnehmen zu müssen. Die deutsche Politik hat sich durch keinen ihrer Erfolge zu Einmischungen in die Politik anderer Mächte verleiten, sondern sich stets warnen lassen durch das Beispiel des napoleonischen Frankreich, dessen verhängnisvollster Fehler es war, in Europa eine Art Zensoren- und Schulmeisterrolle anderen Mächten gegenüber üben zu wollen. Die Reichsregierung kann erfahrungsmäßig nicht darauf rechnen, daß ihre Bemühungen, den Frieden des Reichs und die guten Beziehungen desselben zu allen Mächten vor jeder Trübung zu bewahren, so lange unsere eigene Interessen es gestatten, in der Presse Unterstützung oder auch nur Verständnis finden. Die Presse hat eben ihren Lesern gegenüber andere Aufgaben als die Wahrnehmung der Interessen des Landes, aber unerwünscht und nachteilig bleibt es immer, wenn Blätter, die sonst die Regierung unterstützen, durch scharfe Parteinahme für oder gegen eine der anderen Mächte bei anderen Regierungen Vermutungen

Digitized by Google

erwecken, als ob in ihnen irgend welche uneingestandene Hintergedanken der Reichspolitik Vertretung fänden. Die Thatsache, daß Blätter, welche sonst die Politik der Regierungen wahrnehmen oder vertreten, beispielsweise gegen das Vorgehen Englands mit Schärfe, ja mit Leidenschaft Partei nehmen, hat die Regierung veranlaßt, durch ihre diplomatischen Vertreter erklären zu lassen, daß ihr die Parteinahme der Presse in dieser Richtung fremd ist, und daß sie sich um so mehr in der erwünschten Lage befand, anderen Regierungen die Wahrnehmung ihrer Interessen nach eigenem Ermessen zu überlassen, als ja von keiner Seite die Kundgebung eines deutschen Urteils über die Absichten oder das Verfahren einer anderen Regierung verlangt worden ist."

„Heroisch mag immerhin eine solche Rolle nicht genannt werden können", bemerkte das Gladstonesche Organ „Pall Mall Gazette", als es am Sedantage von 1883 schrieb:

„Dreizehn Jahre waren es gestern, daß das französische Kaiserreich auf dem Schlachtfeld von Sedan zu Grunde ging. Frankreich ward zur Republik, aber die Führung in Europa ging auf das deutsche Reich über. In der Republik des Kontinents ist der kleinste Staat so gut wie der größte souverän, Belgien steht neben Rußland; alle Mächte aber wissen, daß der erste Platz im europäischen Areopag dem stärksten unter ihnen gehört. Seit Sedan nimmt Deutschland diese Stellung ein; sein Anspruch darauf ward damals erprobt und seitdem niemals in Frage gestellt. Der letzte Jahrestag dieses entscheidenden Sieges findet Deutschlands Autorität kräftiger begründet, allgemeiner anerkannt als in irgend einer Epoche seit dem großen Krieg.

„Eine Suprematie, wie sie Deutschland genießt, fast ohne Vorgang an sich, ist noch einziger in der Art wie sie ausgeübt wird. Weder England nach Waterloo, noch Frankreich nach Solferino, noch Kaiser Nikolaus nach Niederwerfung des ungarischen Aufstandes übten einen ähnlichen Einfluß. Die meisten Männer, die in den Traditionen der Lehre von dem europäischen Gleichgewicht aufgewachsen sind, würden es für unmöglich erklärt haben, daß eine so ungeheure Autorität in die Hände einer einzelnen Regierung gelegt worden sein konnte ohne ernsten Nachteil für den Frieden, die Unabhängigkeit und das allgemeine Wohlergehen Europas. Allein nach dreizehnjähriger Erfahrung der neuen Lage kann kein unparteiischer Beobachter in Abrede stellen, daß das deutsche Übergewicht im ganzen das gesundeste Element in der

Digitized by Google

europäischen Lage gewesen ist. Die deutsche Politik hat gelegentlich Irrtümer begangen, denn Deutsche sind sterblich wie andere Menschen, aber im ganzen hat Europa das Vorhandensein dieser großen friedliebenden Kraft in seinem Zentrum zum Vorteil gereicht und wenn es gewiß wäre, daß dieselbe in der Zukunft mit derselben Weisheit und Zurückhaltung wie bisher gehandhabt werden würde, so würden nur wenige Männer außerhalb des engen Kreises französischer Politiker nicht geneigt sein, esto perpetua zu sagen. Eine so ungeheuere Macht ist selten so gut angewendet worden, und England, welches jetzt Zeuge der ersten Folgen der Wiederbelebung französischer Thätigkeit in Madagaskar und Tonkin ist, hat selten mehr die enormen Vorteile empfunden, welche gewonnen wurden durch den großen Sieg, der mit einem Schlage Frankreich von dem Kaiserreiche und Europa von der Ruhelosigkeit des französischen Ehrgeizes befreite.

„Das Ideal der Zukunft des Kontinents ist die Vereinigung seiner Staaten zu einer großen europäischen Konföderation. In seinen Anfängen liegt das Werk schon in der jetzigen Stellung Deutschlands zu den Mächten. Für das Herauswachsen von Ordnung und Gesetz aus einem anarchischen Zustand ist es wichtiger, daß die Zentralmacht stark als daß sie in allen Punkten gerecht ist. Deutschland ist stark und wird jeden Tag stärker. Hinter Deutschland steht Österreich, hinter Österreich Italien, Rußland ist ein hundertjähriger Alliierter, Spanien ist begierig, dem großen Friedensbunde sich anzuschließen. Deutschland ist durch seine Verfassung, seine Lage, durch sein Temperament und seine Interessen das einzige Land, das zur Leitung Europas berufen ist. England steht außer der Konkurrenz, es ist asiatische, afrikanische und australische Macht, Frankreich strebt nach Macht jenseits der Meere. Deutschland nimmt ein befestigtes Lager im Mittelpunkt Europas ein und alle seine Interessen sind europäische, es hat alles erreicht, was es erstrebte, will nur den Frieden und ist deshalb die mäßigende Macht zwischen den Nationen, seine Politik ist die der Nichtintervention, illustriert durch das Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers, gemäßigt durch die kräftige Handhabung der Funktionen des ehrlichen Maklers. Der Versuch, einen modus vivendi zwischen Österreich und Rußland in den Balkanländern und zwischen England und Frankreich in Ägypten herbeizuführen und dann alles gutzuheißen, was die zunächst interessierten Mächte beschlossen haben, ist vielleicht keine heroische Politik, aber sie ist die

Digitized by Google

nützlichste und friedlichste aller Rollen. Niemand weiß, welche Überraschungen die Zukunft bringt; wenn aber Fürst Bismarck das von ihm begründete Reich zur Friedensstörerin machen wollte, müßte er alle Berechnungen zu schanden machen, welche auf dreizehn Jahre der Ausübung einer nahezu diktatorialen Gewalt an der Spitze Europas mit besonderer Klugheit und Reserve gegründet sind."

Der „ehrliche Makler" hat vielleicht noch mehr Ruhm durch seine Friedenspolitik eingeerntet, als durch die voraufgegangenen, aus siegreichen Kriegen davongetragenen Erfolge. Er hat auch damit seine Mühe gehabt und darüber geklagt, wenn der Widerstand, den er im Innern des Reiches fand, ihn erschöpfte, daß er schon Arbeit und Kraft genug an die Erhaltung des Weltfriedens zu setzen habe.

Diese Politik, auf der neu gewonnenen Machtstellung beruhend, war es, welche den Orientwirren von 1877 die Gefahr benahm, einen allgemeinen Krieg zu entzünden. Von Berlin aus wurde damals von der „Post" — im April jenes Jahres — geschrieben:

„Wir getrauen uns zu behaupten, daß die Lösung der Orientfrage ohne die Herstellung der deutschen Nation jetzt nicht erfolgen könnte, daß die erstere der letzteren Tochter ist. 1866, 1870, 1877 sind die Glieder einer Kette, die Fortsetzung desselben Werkes der Geschichte. Wir wissen sehr wohl, daß Haß und Scheinklugheit unsern deutschen Staatsmann, wie so ziemlich für alles was in der Welt vorgeht, mit besonders lautem Geschrei für die seit zwei Jahren aktuell gewordene Orientkrisis verantwortlich machen. Das unbefangene Urteil lächelt allenthalben über solche Märchen, aber ohne die Schöpfung des deutschen Reiches könnte die „Liquidation der türkischen Erbschaft" nicht in Angriff genommen werden, wie wir sogleich zeigen werden.

„Denken wir uns einmal 1866 und 1877 hinweg, denken wir uns in Deutschland die konstituierte Anarchie des Wiener Kongresses. Würde unter solchen Umständen der zunehmende Verfall der Türkei die Liquidation derselben durch Rußland herausgefordert haben, so wären zwei Situationen möglich gewesen. Erstlich die Wiederholung der Situation des Krimkrieges und als ihre Folge die Nötigung Rußlands, von seinem Vorhaben abzustehen. Dies wäre die Konservierung der Verwesung gewesen. Mit weit größerer Wahrscheinlichkeit aber wäre die zweite mögliche Situation eingetreten, nämlich ein russisch-französisches Bündnis zur gemeinsamen

Digitized by Google

Vollziehung der türkischen Liquidation. Die Folge dieses Bündnisses wäre ein englisch-österreichisches Gegenbündnis gewesen, und die weitere Folge ein europäischer Krieg, in welchem das unselbständige Preußen für englischen Egoismus und österreichische Kurzsichtigkeit das Blut seiner Söhne zur Konservierung der Verwesung verspritzt hätte und zwar inmitten einer schlimmeren wirtschaftlichen Krisis als die heutige. Denn die Milliarden von 1871 haben diese Krisis, deren Ursachen weit in der Vergangenheit zurückliegen, nicht hervorgerufen, sondern aufgehalten und vermindert. Dies also wäre unsere Situation: Deutschland, ärmer als heute, das Schlachtfeld zur Entscheidung der orientalischen Frage! Sie sollten auf den Knieen Buße thun, jene gedankenlosen Verkleinerer der Arbeiten von 1866 bis 1876.

„Welches ist heute die Situation? Österreich erwartet ruhig den Verlauf des Krieges, denn es hat aus einem Munde, der nie getrogen, das Wort, daß Österreichs Lebensinteressen durch den Ausgang dieses Krieges nicht geschädigt werden dürfen. Auch England hält sich still. Seinem egoistischen Interesse würde die Aufrechthaltung der Türkei, wie sie ist, am besten zusagen, aber es findet niemand, der sich für dieses Interesse schlägt. England verläßt sich auf denselben Arm, wie Österreich, von dem es überzeugt ist, daß es aus den russischen Siegen wenigstens keine Gefahr für die Selbständigkeit Europas hervorwachsen lassen wird. Frankreich beobachtet eine strenge Zurückhaltung, gewiß mit innerer Trauer und Selbstüberwindung. Frankreich hat im Orient große und berechtigte Interessen. Wir glauben, daß, wenn der bevorstehende Krieg zur Liquidation des türkischen Besitzes führt, die Interessen Frankreichs volle Anerkennung finden müssen, und daß eine solche im Sinne der deutschen Politik liegen wird. Dies also ist das Bild der Lage: Rußland verdankt die Möglichkeit eines Unternehmens, welches als das Ziel seiner bisherigen Geschichte im russischen Volke betrachtet wird und so betrachtet werden darf, dem deutschen Reich. Die ganze übrige Welt verdankt die Möglichkeit, daß dieses Unternehmen die für alle erträgliche Gestaltung eines in kräftiger Hand weltbeherrschenden Ländergebietes zur Folge habe, dem deutschen Reiche und dem staatsmännischen Genius, der der gesammelten Kraft dieses Reiches in diesem Augenblick die Bahnen weist. Die Möglichkeit, den weltgefährlichen Fäulnißprozeß einer greulichen Barbarei durch Zerstörung der faulenden Stoffe zu beseitigen, ohne den Frieden der gesitteten Welt einer furcht-

Digitized by Google

baren Erschütterung auszusetzen: diese Möglichkeit verdankt die gesittete Welt dem deutschen Reich.

„Die russische Weltmacht steht vor einer ungeheuren doppelten Prüfung: vor der Prüfung ihrer Fähigkeit zu siegen, wo der Sieg gewaltig erschwert ist, nicht durch die Macht des Gegners, sondern durch die Natur der einzunehmenden Länder; und vor der Prüfung, im Fall des Sieges den Meister in der Beschränkung zu zeigen. Könnte Rußland die zweite Prüfung nicht bestehen, so würde es sich einem Weltbündnis gegenüber finden. Auf alle Fälle erregt das russische Unternehmen die Sorge der Welt. Die Stunde wird kommen, wo es der kräftigen und staatsklugen Freundschaft bedarf, sich mit der Welt auseinander zu setzen. Russische Stimmen haben in diesen Tagen an die Telegramme erinnert, welche am 27. Februar 1871 der deutsche und der russische Kaiser tauschten. Kaiser Wilhelm sprach zu seinem Kaiserlichen Bruder: „Nie wird Preußen vergessen, daß es Ihnen verdankt, daß der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen; Gott segne Eure Majestät!“ Wenn Rußland das große Unternehmen, vor dem es steht, ehrenvoll und maßvoll durchzuführen im stande sein wird, wie einst Deutschland seine Abwehr, so wird Rußland Ursache haben, den Dank uns zurückzugeben, den unser Kaiser 1871 an den russischen Kaiser richtete.“

Zu derselben Zeit, als Fürst Bismarck zurücktreten zu wollen schien, bemerkte ein Bericht: „Auch im Ausland hat die Nachricht vom Rücktritt Bismarcks die Gemüter von dem Londoner Protokoll mitsamt allem westöstlichen Kram, der drum und dran hängt, für den Augenblick abgewendet. Oder genauer, der Abgang des großen Staatsmanns, den wir Deutsche begreiflicherweise zunächst in seiner Rückwirkung auf unsere innere Politik erörtern, wird im Auslande vorwiegend in seiner Bedeutung für die europäische Politik und insbesondere für den Gang der orientalischen Dinge in Betracht gezogen. Daß dabei Fürst Bismarck, als die Seele der Dreikaiser-Potitik, bei den westlichen Völkern, bei den Engländern zumal, übel wegkommt, begreift sich leicht. Die Verteidiger der rettungslosen Türkenwirtschaft können es dem deutschen Staatsmann nicht verzeihen, daß er die deutsche Politik auf sich selbst und ihre eigenen Interessen gestellt hat, womit auch die haltungslose Parteinahme der deutschen öffentlichen Meinung für die Westmächte und den Halbmond, wie sie zur Zeit des Krimkrieges Mode gewesen, ein Ende genommen hat. Sie können ihm nicht verzeihen, daß er mit

Digitized by Google

dem ganzen Gewicht seines Namens und der Macht, die hinter ihm steht, dazu beigetragen hat, daß Europa wiederholt sein Verdikt über die barbarischen Zustände des Osmanenreichs abgegeben hat, ein Verdikt, dem jedesmal auch England beizutreten sich nicht weigern konnte, so daß es dieser Macht immer schwieriger gemacht wurde, die praktische Vollziehung jenes Urteilsspruchs zu hintertreiben. In London atmet man deswegen ordentlich auf, daß der Staatsmann, der mit einmal die deutsche Politik als eine den alten führenden Mächten ebenbürtige, ja überlegene in Europa aufgerichtet hat, ermattet das Steuerruder sinken läßt. Die Kleinen reiben sich die Hände, daß nun ihre Zeit wieder gekommen ist. Den sie alle fürchteten, vor dem sie sich in unfreiwilliger Huldigung beugten, dem schneiden sie jetzt schadenfroh kichernd eine Grimasse nach. Der größte Störenfried, rufen sie, ist gottlob gegangen, laßt uns tanzen und springen und guter Dinge sein! „Morning Post" redet ihren Lesern unverfroren ein, daß mit Bismarck eine beständige Drohung für den europäischen Frieden glücklich entfernt sei. Des Kanzlers tägliche Beschäftigung sei gewesen, Rußland zum Kriege zu drängen und mit Frankreich Händel anzufangen. Jetzt beseitige der Sturz des Reichskanzlers aus dem Rat Europas eine unablässige Drohung des Unfriedens. „Pall Mall Gazette" meint, die allzu friedlichen Ratschläge, die Kaiser Wilhelm nach St. Petersburg gesandt habe, hätten den Reichskanzler bestimmt, sich zurückzuziehen, und so sieht noch eine Reihe von englischen Blättern im Rücktritt Bismarcks das Anzeichen für eine friedlichere Wendung der Dinge.

„Ganz im gleichen Sinne schreibt der Pariser Siècle: „Welchen Einfluß wird der Rücktritt des deutschen Kanzlers auf die Lösung der orientalischen Wirren ausüben? Soll dieses Ereignis in einem friedlichen oder in einem kriegerischen Sinne gedeutet werden? Die Frage unter dieser Form aufzustellen, heißt so viel, wie dieselbe lösen. Es ist außer Zweifel, daß wenn der deutsche Kaiser kriegerische Absichten hegte, er sicherlich nicht diesen Augenblick erwählt hätte, um sich der Dienste eines Mannes wie Fürst Bismarck zu berauben. Weit entfernt also, sich durch diese Nachricht beunruhigen zu lassen, muß man sich im Gegenteil darüber freuen, im Namen der Erhaltung des europäischen Friedens." Heuchlerische Worte, so viel ihrer hier zusammengestellt sind. Jedermann weiß, daß die Dreikaiser-Politik eine unangreifbare, konservative Macht in Europa geschaffen hat, die, wie scheel sie angesehen wurde, durch

Digitized by Google

ihre bloße Schwerkraft den europäischen Frieden aufrecht erhalten hat. Das war sehr unbequem für die Franzosen, die nach Revanche dürsteten, wie für die Engländer, die gern Rußland isoliert hätten, aber den Völkern Europas hat es den Frieden erhalten. Der Jubel über die plötzliche friedliche Wendung, welche angeblich die orientalische Frage genommen, ist schwerlich von langer Dauer, wie denn überhaupt der Entschluß des Reichskanzlers sicher am wenigsten mit Fragen der auswärtigen Politik zusammenhängt, außer etwa insofern, als sie vollends die Erschöpfung seiner körperlichen Kräfte herbeigeführt haben. Ziehen sich aber die Wolken wieder dichter zusammen, so wird man auch im Rate Europas die starke Hand vermissen, die so gebieterisch sich fühlbar machte und zugleich so geschickt zu verbinden und zu vermitteln verstand. Eine gerechte Beurteilung der Bismarckschen Politik darf man im Auslande heute noch nicht erwarten. Sie hat alle selbstsüchtigen Absichten zu empfindlich getroffen, als daß sie auf ein unbefangenes Urteil rechnen dürfte. Mit der Zeit wird ihr auch von dieser Seite ihr Recht werden. Uns Deutschen aber bleibt hoffentlich erhalten, was uns durch Bismarck zum erstenmal im Lauf unserer Geschichte zu Teil geworden ist: eine auswärtige Politik, die sich lediglich auf die eigensten Interessen des deutschen Volkes gründet und ebenso jede Einmischung in fremde Dinge vermeidet wie jede fremde Einmischung in unsere Dinge sich verbittet."

Am 13. Juni 1878 wird in Berlin der Kongreß der Signaturmächte des Pariser Friedens eröffnet und dem Fürsten Bismarck auf Vorschlag des Grafen Andrassy der Vorsitz übertragen. Am 13. Juli erfolgt die Unterzeichnung des Vertrages. Versetzen wir uns einen Augenblick in das Paris des zweiten Kaiserreichs: Napoleons stolzeste Wünsche sind in Erfüllung gegangen, seine Gemalin hat ihn, hat Frankreich mit einem Kinde beschenkt, das, so hofft der frohe Vater, dereinst nach ihm die Krone tragen und sie im Stamme der Bonapartes fortvererben soll. Während in Paris sich Fest an Fest drängt, schreiten die Troupiers Frankreichs gehobenen Hauptes und stolzen Schrittes durch die Straßen des eroberten Sebastopol. Jeder Stein in den Wällen der Pontusfeste bezeugt ihre Tapferkeit und Ausdauer. In dem prachtvollen Hôtel auf dem Quai d'Orsay tagen gleichzeitig die Vertreter der fünf Großmächte, der Türkei und Sardiniens, um den ewigen Frie-

Digitized by Google

den fertig zu machen. Walewski ist da und Mehemet Djemel Bey, der türkische Reformator, der mutige Manteuffel, der einen Schritt zurückgewichen war, um nie mehr einen nach vorwärts zu machen, und Camillo Benso di Cavour, der den kleinsten Staat repräsentierte und die Vertreter aller Großmächte um Haupteslänge überragte. Beim Taufschmaus zu Ehren des Prinzen, den man als „Kind von Frankreich" pries, erhob der Gesandte des Freiherrn von Beust, der geistreiche und gewandte Baron Seebach, sein Glas: „Ich trinke," sagte er, „auf die Gesundheit dieses Kindes, das wie ein Regenbogen nach Stürmen erscheint, als Bürgschaft des dauernden Friedens!" — Und die Gläser klangen hell zusammen.

Zweiundzwanzig Jahre sind seitdem verflossen. Die Generation, die jenen hoffnungsvollen Toast erklingen hörte, lebt noch, die Männer von damals sind nun zu Greisen, die Jünglinge zu Männern gereift. Fünf große und blutige Kriege sind seitdem verheerend über den Weltteil weggebraust; in den Ebenen der Lombardei, in den Marschen Schleswigs, in Böhmen und an den Rebengeländen des Main, in Frankreichs lachenden Fluren und in den Ebenen und Bergen Bulgariens haben sich europäische Heere gemessen. Im fernen Spanien haben Basken mit Kastilianern gerungen, der heldenmütige Zug eines Kondottiere hat zwei italische Königreiche dem Hause der Bourbons entrissen. Der Prinz, dessen Geburt als Unterpfand und Bürgschaft des ewigen Friedens verkündet wurde, weilt, ein Entthronter und Verbannter, auf fremdem Boden. Der ewige Frieden, den, unter dem beifälligen Zuruf der Diplomaten, Freiherr v. Seebach in Paris proklamierte, ist zum nahezu ununterbrochenen Krieg geworden, Ströme von Blut haben seit 1856 den Boden des Weltteils gedüngt.

Aber jetzt ist in Berlin ein neuer feierlicher Friede unterzeichnet worden. Anstatt der fünf Großmächte, haben sechs ihre Vertreter entsendet, aus Preußen, das in Paris nachträglich eingeladen und zum Kongreß zugezogen wurde, ist der Präsidialstaat Deutschland geworden, das kleine Sardinien hat sich zum großen Italien herausgewachsen — freilich, einen Cavour hatte es nicht am Kongreßtisch. Wie damals ist die Türkei das Objekt, der Mittelpunkt der Verhandlungen, das „Merkziel der Betrachtung". Damals suchte man nach Mitteln, ihre Existenz mit den Ansprüchen der europäischen Zivilisation zu vereinbaren, jetzt hat man, nur leicht verhüllt unter diplomatischen Formen und Formeln, ihre Teilung beschlossen. Die Zukunft allein kann entscheiden, was das Richtige war, aber

Digitized by Google

die Gegenwart beweist, daß die Diplomaten von 1856 sehr kurzsichtige Leute waren.

Wird die nächste Generation dasselbe Urteil über die Diplomatie von 1878 und ihr Werk, über den Frieden von Berlin fällen?

Allerdings hat der Kongreß keine definitive Lösung der orientalischen Frage gegeben. Aber die Diplomatie hat sich durch Abgrenzung der Interessensphären der beteiligten Mächte dagegen gesichert, daß nach ihr die Sündflut komme. Es gibt nur eine Macht, welche sich mit dem Gedanken der Sündflut vertraut gemacht hat, die hohe Pforte.

Die „Nordd. A. Ztg." schreibt am Tage des Friedensschlusses:

„Die heute stattfindende Unterzeichnung des Berliner Vertrages verleiht dem 13. Juli zum zweiten Male eine weltgeschichtliche Bedeutung. Als Tag Ems in der Geschichte des deutschen Volkes lebend und einen der Marksteine unserer nationalen Entwickelung bezeichnend, wird er als Datum des Vertrages von Berlin fortan für die Geschichte der Gegenwart und Zukunft den Abschluß einer kulturhistorischen Epoche und den Beginn eines neuen Zeitabschnittes bedeuten.

„Es war zum ersten Male, daß Europa sich unter der Flagge des deutschen Reiches zusammenfand. Kein beredteres Zeugnis des Vertrauens in die friedliche und ehrlichvermittelnde Politik Deutschlands konnte in die Gedächtnistafel dieses Jahrhunderts eingegraben werden, als diese Vereinigung so bedeutender Staatsmänner, welche als Vertreter oft entgegengesetztester Interessen einig waren in dem Vertrauen auf Deutschlands vermittelnde und versöhnende Thätigkeit.

„Dieses Vertrauen ist nicht getäuscht worden. Unterstützt von der Energie, von der Kraft des Vollbringens, welche seit langen Jahren das charakteristische Merkmal der deutschen Politik ist, hat dieselbige auch in den schwierigsten Momenten der letztvergangenen Wochen die Verhandlungen zum Ziele zu leiten verstanden. Die mühevolle Aufgabe war wesentlich erleichtert, ja ermöglicht durch die persönlich freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zwischen dem Fürsten Reichskanzler und den fremden Bevollmächtigten bestanden oder angeknüpft wurden. Die Vertreter der Großmächte waren bei dieser Annäherung von der durch die Erfahrung berechtigten Überzeugung getragen, daß Deutschland keinem

Digitized by Google

anderen Interesse als dem einer aufrichtigen und möglichst dauernden Verständigung seine Dienste geliehen habe.

„Das Werk ist vollendet. Wenn unser nationaler Ehrgeiz überhaupt noch einer Befriedigung bedurft hätte, er würde sie finden in dem Vergleich der bescheidenen Rolle Preußens im Jahre 1856 bei der Unterzeichnung des Pariser Vertrages mit der Stellung, welche das deutsche Reich heute bei der Unterzeichnung des Berliner Vertrages übernimmt. Mit berechtigtem Stolze sehen wir die nämliche feste Hand, welche den Wiener Frieden, die Präliminarien von Nikolsburg, die Schutz- und Trutzbündnisse von Süddeutschland, die Präliminarien von Versailles und den Frieden von Frankfurt unterzeichnet hat, auch den Berliner Vertrag vollziehen. Auf diesem ersten in Berlin beschlossenen europäischen Abkommen durfte der Name Bismarck nicht fehlen.

„Das Berliner Memorandum war der Ausgangspunkt jener russischen Aktion, welche in den Präliminarien von San Stefano vor den Thoren von Konstantinopel ihren Abschluß fand, der Berliner Vertrag besiegelte die Resultate derselben. Von den Staatsmännern, welche hier versammelt gewesen, ist wohl keiner der Meinung, ein Werk geschaffen zu haben, welches auch nur ein Menschenalter unverändert fortdauern wird. Das Verdienst des Berliner Kongresses besteht vielmehr darin, die Erfolge der russischen Waffen mit den vitalen Interessen Österreichs und Englands und mit den Erfordernissen der thatsächlichen Verhältnisse in das Gleichgewicht gebracht zu haben. Für die fernere Entwickelung der Dinge im Orient sind soviel als möglich feste Bahnen vorgezeichnet, einem künftigen Interessenkonflikt ist, soweit es die gegebenen Verhältnisse zuließen, vorgebeugt. Bei einem später etwa erneuten Hervorbrechen der Gegensätze wird der Berliner Vertrag die Prinzipien und die Ausgangspunkte der Verständigung darbieten.

„Auf die Befriedigung, mit welcher wir Deutschen auf das heute in der Hauptsache beendete Werk zu blicken gerechte Ursache hätten, werfen die traurigen Ereignisse vom 11. Mai und 2. Juni ihre dunklen Schatten. Unser Kaiser, welcher persönlich an der Anbahnung des Friedenswerkes den lebhaftesten Anteil genommen und die Hauptstadt nicht verlassen hatte, um den Verhandlungen näher zu sein und, ob auch hoch betagt, den Kongreß als Hausherr zu empfangen — war doch der Befehl zur Einladung des Kongresses eine seiner letzten Regierungshandlungen — ist in dieser seiner Pflichttreue einem tückisch lauernden Meuchelmörder zum

Digitized by Google

Opfer gefallen. Es ist dem Kaiser nicht verstattet gewesen, die fremden Gäste zu begrüßen, die Hand des ältesten und verehrtesten der europäischen Regenten kann den Vertrag nicht ratifizieren, der seiner Regierung zu so hoher Ehre gereicht, um dessen erste Einleitung er selbst ein bleibendes Verdienst hat. Wenn aber auch Kaiser Wilhelms Name auf der Ratifikationsurkunde fehlen wird, er bleibt doch für ewige Zeiten mit dem Vertrage von Berlin, mit der Thatsache verknüpft, daß die europäischen Mächte sich vertrauensvoll und willfährig auf des Kaisers Ruf und unter seiner Ägide in seiner Hauptstadt versammelten, dadurch vor der Mit- und Nachwelt bezeugend, daß Kaiser Wilhelm seine Verheißung wahr gemacht hat von der friedlichen Mission des deutschen Reiches".

Die größten Triumphe werden nach dem Kongreß dem Lord Beaconsfield daheim bereitet. „Der Premier hat in dieser Session den Zenith seines Ruhmes erreicht. Sein Ideal, die Wiederaufrichtung der alten Reichspolitik, ist der Erfüllung nahe. Kleinasien ist britischer Botmäßigkeit unterworfen; der Entscheidungskampf mit Rußland um die Hegemonie in Asien ist, wie der Marquis of Hartington richtig bemerkte, durch die Konvention vom 4. Juni um hundert Jahre näher gerückt, das Mittelmeer wird thatsächlich von der britischen Flagge beherrscht. In Europa hat England wieder eine leitende Rolle übernommen. Es ist dem Premier gelungen, die Königin für seine kühne Politik einzunehmen; er hat die Trägerin der Krone dem Volke wieder näher gebracht; Mitglieder der Königsfamilie hat er dem Dienste des Reiches gewonnen. Den Prinzen von Wales sandte er nach Indien; der Herzog von Edinburg kommandiert ein Schiff im Marmarameer; den Schwiegersohn der Königin, den Marquis of Lorne, Sohn des Herzogs von Orgyll, eines Führers der liberalen Opposition im Oberhause, schickt er als Generalgouverneur nach Kanada. Es sind dies hervorragende Erfolge, die den Earl of Beaconsfield in die Reihe der ersten Staatsmänner des britischen Reiches stellen. Die Macht der Whigs ist auf lange Jahre gebrochen. Käme es jetzt zur Auflösung, ihre Reihen würden dezimiert werden".

Dagegen bemerkt ein deutsches Blatt: „Daß der Fürst Bismarck, der Präsident des Kongresses, im Auslande mehr geschätzt wird, als in seinem Vaterlande, ist eine zu bekannte deutsche Eigentümlichkeit, als daß man sich darüber verwundern sollte. Der erste Gedanke des richtigen fortschrittlichen Deutschen nach dem Schlusse des Kongresses ist der, daß es eine patriotische Pflicht sei,

Digitized by Google

die etwa dem Fürsten Bismarck zu zollende Anerkennung nicht in heroworship, oder wie der neue deutsche Ausdruck lautet, in „Menschenvergötterung“ ausarten zu lassen. In dieser Beziehung ist dann auch gethan worden, was sich irgend thun läßt“.

Im Vorstehenden ist die äußere Politik Bismarcks bis in die früheste Zeit seiner amtlichen Thätigkeit zurückverfolgt, so weit die letzten Jahre neues Material zur Beurteilung derselben gebracht haben, sei es durch gelegentliche eigene Rückblicke des Fürsten selber, sei es durch Enthüllungen andrer. Die Friedensära seit 1871 hat an den deutschen Staatsmann keine geringeren Ansprüche gemacht, als die vorausgegangene Kriegsepoche. Diese Politik ist vielfach der inneren Politik Bismarcks gegenüber gestellt worden. Es gehören dahin Äußerungen wie die folgenden:

„Man hat dem Fürsten Bismarck als Tadel vorgehalten, er behandle die inneren Fragen und Parteien nach der Methode seiner auswärtigen Politik. Keine Behauptung kann ungegründeter sein, ja gerade das Gegenteil ist der Fall. Die auswärtige Politik des deutschen Reiches ist merkwürdig durch ihre Ruhe und Stetigkeit, durch die Vorsicht, mit welcher jede Provokation vermieden wird, durch eine Haltung, welche die bittersten Feinde versöhnt oder ihnen wenigstens einen Waffenstillstand aufzwingt. Vor allem sieht das deutsche Volk mit Klarheit die Ziele, die verfolgt werden und im ganzen und großen auch die Mittel, mit denen das geschieht. Von der inneren Politik, welche zur Zeit geführt wird, hat aber bis jetzt noch niemand eine ähnliche Charakteristik zu geben gewußt. Weder über ihre Ziele herrscht Klarheit, noch herrscht in den verfolgten Zwecken Maß, noch kann man ein zutreffendes Verhältnis zwischen Mittel und Zwecken irgendwo erkennen. Die Klage, welche man in der inneren Politik erhebt, wäre jedenfalls zu einem Teil behoben, wenn innere und äußere Politik in der Methode ihrer Führung mehr Ähnlichkeit aufwiesen.“

Ferner: „Der Frieden Europas ist nicht aufrecht zu erhalten (so wurde im Juni 1882 während der Wirren in Ägypten geschrieben), wenn nicht über die Verhältnisse der Staaten am Mittelmeer und an dessen wichtigsten Punkten ein billiges Einvernehmen zustande kömmt. Mit Zuversicht sehen wir diese großen Aufgaben in der Hand des leitenden deutschen Staatsmannes und es muß uns mit Stolz erfüllen, wie großartig die Stellung des deutschen Reiches sich eben gestaltet, das der Hort des Friedens, man kann

Digitized by Google

sagen für die ganze alte Welt, geworden ist. Aber je rückhaltloser wir diese Gestaltung der Dinge anerkennen, umsomehr muß uns die wirre und trübe Gestaltung mißbehagen, welche den Verhältnissen im Inneren bei uns aufgezwungen wird. Welcher Gegensatz zwischen der äußeren Politik, welche die Entwickelung der Ereignisse mit kaum fühlbarer Hand zu friedlicher Gestaltung leitet, und jener Methode, welche im Inneren die Nation gewaltsam in Formen und Einrichtungen zu drängen sucht, die ihr innerlich widerstreben und gegen die sich schließlich alle Parteien im gemeinsamen Widerstand vereinigen."

Ob die wirtschaftliche und soziale Politik Bismarcks innerlich der deutschen Nation widerstrebt, und dem Ziele es an Klarheit, den Mitteln an dem richtigen Verhältnisse zu demselben fehlt, dürfte vielleicht heute, wo einige Jahre seit jenen Aussprüchen verflossen sind, nicht mehr mit derselben Sicherheit ausgesprochen werden. Es ist gewiß richtig, daß Fürst Bismarck, als er aus seiner Passivität auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiete heraustrat, nicht ein fertiges und in allen Teilen vollständig beherrschtes System in die Aktion hineintrug. Er ist in der That ruckweise und mit Seitenschritten vorgegangen, um erst allmählich sein System im Kampfe mit den Parteien abzurunden.

Die Fertigkeit und Unabänderlichkeit des Systems lag vom ersten Beginn dieses Kampfes auf Seiten der Gegner.

Einen Gegensatz anderer Art stellte ein französisches Blatt (die „République française") auf in einem Artikel, betitelt „Der Plan Bismarcks." Zu demselben gab das Erscheinen der französischen Ausgabe der diplomatischen Korrespondenz Bismarcks von 1851—1859 (des oben erwähnten Poschingerschen Werkes) den Anlaß.

Es folgt hier der wesentliche Inhalt dieses Artikels:

„In Frankreich ist der Name Bismarcks bei allen Patrioten seit 13 Jahren verhaßt. Aber der tiefe Groll der Franzosen gegen den Reichskanzler bildet nur ein Zeugnis für die furchtbare Macht seines Armes und ist sein Ruhmestitel. Wir würden uns selbst gegenüber an Achtung verlieren, wenn wir von Herrn v. Bismarck anders als in einem Tone sprächen, in welchem es ihm leicht fallen muß, etwas derart wie Bewunderung zu entdecken. Ja wahrhaftig, wir begreifen das Prestige, das er in seinem Lande genießt, und sogar, wenn man alles sagen soll, ruft es unser Erstaunen hervor, daß dieses Prestige nicht größer ist, daß ein Mann, der solche Verdienste sich um sein Vaterland erworben hat und sich deren täglich

Digitized by Google

neue erwirbt, dort nicht eine parlamentarische Majorität findet, die ihn unterstützt, wie sie ein Guizot doch gefunden hat.

„Ich will versuchen, mit Unparteilichkeit zu sprechen. Ich will den Groll des Patrioten vergessen und über den großen Kanzler reden, etwa wie ein Professor in Jena heute nach 250 Jahren das Werk Richelieus, des erbittertsten Feindes des alten deutschen Kaisertums, besprechen kann. Welches war der politische Plan Bismarcks?

„Vor allem gilt es indessen festzustellen, ob Bismarck wirklich zu jener Rasse der großen Politiker gehört, als deren vorzüglichster Repräsentant uns Richelieu erscheint. Ist sein Werk nicht etwa aus einem Zusammentreffen glücklicher Zufälle entstanden? Bismarck zählt ohne Frage zu denjenigen, die das Glück ausgezeichnet hat. Aber ich kann nicht glauben, daß Bismarck das neue deutsche Reich gegründet und demselben die erste Rolle in Europa gesichert habe, ohne dabei ein anderes Verdienst zu besitzen als dasjenige eines Spielers, der die Bank sprengt.

„Ein so fest begründetes Werk kann nie das bloße Ergebnis des Zufalls sein. Denn man darf nicht die kindliche Vorstellung hegen, daß dieses Werk eines schönen Tages wieder verschwinden wird, wie das unnatürliche Kaiserreich von 1812.

„Es könnte zwar in Deutschland eine Reaktion in partikularistischer Richtung entstehen, eine hessische, sächsische oder bayrische Nation aber existiert dort ebensowenig, wie es eine burgundische, bretonische oder normannische Nation giebt. Die Deutschen halten, man mag sagen, was man will, an ihrer Einigkeit energisch fest, die vielleicht ihre Steuern vermehrt, aber ihre Kraft verhundertfacht hat. Das Band wird nie wieder zerreißen. Das Werk Bismarck wird die Jahrhunderte überdauern. Frankreich wird trotz aller politischen Umwälzungen immer Frankreich bleiben; einig und fest, wie der strenge Genius eines Richelieu es gewollt hat. Deutschland wird immer Deutschland bleiben, wie es der Varziner Edelmann mit Eisen und Blut zusammengeschmiedet hat.

„Dasjenige, was bewirkt, daß das politische Werk eines Mannes bestehen bleibt, ist, daß dasselbe der Natur der Verhältnisse und dem Instinkte der Völker entspricht. Das Kaisertum Napoleons war ein mit allen Gesetzen der Geschichte in Widerspruch stehendes Monstrum. Das Kaisertum, wie es Bismarck geschaffen, ist der eigenste Ausdruck der deutschen Zivilisation eines Jahrhunderts. Aber um Bismarck zu den gewaltigen Geistern zu zählen, die ihr

Digitized by Google

Volk mit bewußter Absicht auf eine neue und dem Genius der Nation entsprechende Bahn geleitet haben, um ihn neben Richelieu zu stellen, genügt es mir nicht, zu wissen, daß sein Werk groß ist, es muß mir außerdem bewiesen werden, daß er gewußt hat, was er that, daß er es gewollt hat, daß er klar in seinem Geiste das Preußen der Zukunft erblickt hat, bevor dasselbe in Wirklichkeit entstanden war, so wie die wahren Meister in ihrem Geiste das Kunstwerk vorhersehen, das ihnen die Unsterblichkeit sichern wird. Nun wohl, dieser Beweis ist geliefert. Seit 1858, in einem Zeitpunkte, wo sein Land soeben eine Reihe von Kränkungen und Demütigungen erlitten hatte, sprach Bismarck es mit packender Klarheit aus, was geschehen müsse, um Preußen zu einer Macht ersten Ranges zu erheben, und dasjenige, was er damals gesagt hat, das hat er später selbst ausgeführt mit einer Willensstärke, die ihresgleichen nur in seiner Zähigkeit findet. Hört nicht auf diejenigen, die da von „Glücksspiel", von „glücklichen Zufällen", von „blinden Kräften" reden: Nein, wir stehen hier einer eisernen Willenskraft gegenüber, die einen ganz außerordentlich klaren Geist zur Leuchte hat. Bismarck gehört schon zur Rasse der wahrhaft großen Politiker.

„Das Endziel, welches er sich setzte, war die Beseitigung des Übergewichts Österreichs, wie es das Ziel Friedrichs des Großen gewesen war. Die Herrschaft Österreichs in Deutschland drohte Preußen zu einer Macht zweiten Ranges hinabzudrücken.

„Diese Gefahr wird von Bismarck mit erstaunlicher Urteilskraft analysiert.

„Der Krieg mit Österreich war eine historische Notwendigkeit für Preußen, das seine Aufgabe in der Welt nicht erfüllen konnte, so lange es an seinen alten Rivalen durch die Bande einer heuchlerischen Allianz gefesselt war.

„Im Jahre 1866 wurde alles verwirklicht, was der preußische Bevollmächtigte in Frankfurt geplant hatte. Deutschland gehörte Preußen und dieses zählte zu den drei oder vier Reichen, welche die Geschicke der Welt regieren. In der auswärtigen Politik hatte es die Wahl der Allianzen. Der Krieg mit Frankreich erschien durchaus nicht als geboten. Ja selbst der Gedanke einer französischen Allianz, mit oder ohne Rußlands Teilnahme, widerstrebte ihm damals nicht. Er hatte „die Einsicht" des Prinzen Napoleon gelobt, der ihm gesagt hatte, „daß der Bund zwischen Preußen und Frankreich, d. h. zwischen den beiden zivilisiertesten Völkern der Welt, der natürlichste von allen sei." Das war, wohl verstanden,

Digitized by Google

vor Sadowa. Man weiß, mit welcher Geschicklichkeit Bismarck alle Welt und vornehmlich Napoleon III. glauben machte, es existiere eine französisch-preußische Allianz, während Preußen, das aus diesem Anschein ungeheure Vorteile zog, uns gegenüber keinerlei Verpflichtung übernahm.

„Es findet sich in den beiden Bänden der Korrespondenz nirgends eine Spur von Feindseligkeit; ich sehe nicht, daß man sich vorbehält, später seine Rechnung mit dem Frankreich zu begleichen, das doch Deutschland Toul, Metz, Verdun und dann den Elsaß und dann Straßburg und dann Lothringen genommen hat.

„Daß er alsbald nach Sadowa die Möglichkeit eines solchen Krieges vorausgesehen — das unterliegt keinem Zweifel. Daß er ihn später gewünscht hat, weil er hieraus große Vorteile ziehen konnte — das ist möglich. Aber das ist unerwiesen, daß er diesen Krieg in frivoler Weise angezettelt haben würde, so wie es der Meister des Herrn Emil Ollivier gethan hat. Für Bismarcks Plan war er nicht unumgänglich nötig. Er ist nichts als eine Episode. Sie konnte geschehen oder nicht geschehen, ohne an der Grundidee der Politik Bismarcks etwas zu ändern. Wenn Sadowa unvermeidlich war, um Preußen zu einer unabhängigen und Deutschland beherrschenden Großmacht zu machen, so haben Metz und Versailles nur die Stunde der Proklamierung des neuen Reiches beschleunigt und es mit einer Aureole von Ruhm umgeben. Weder die Demütigung Frankreichs noch die 5 Milliarden, noch die Eroberung von Elsaß-Lothringen waren die Bedingungen, von denen der Erfolg des Werkes des großen Kanzlers abhing.

„Durch die Gewalt der Thatsachen ist es schließlich dahin gekommen, daß diese Episode in seiner Politik den ersten Platz eingenommen hat, denn die Niederlage Frankreichs hat in ganz anderem Maße die Weltlage verändert, als dies durch die Besiegung Österreichs geschehen konnte.

„Seit dem 1879 erfolgten engen Anschluß Deutschlands an Österreich hat sich auch der Plan des Reichskanzlers bedeutend erweitert und ist weltumfassend geworden.

„Ein Moment aber ist bei diesen Erfolgen Bismarcks in hohem Grade beachtenswert. Alles, was er gethan, hat er nur thun können, weil Preußen, sowie es uns seit zwei Jahrhunderten erscheint, eine reine Monarchie ist. Nichts wäre lächerlicher, als die preußische Monarchie mit dem Despotismus zu vermengen. Im Despotismus, der auf Militär gegründet, herrscht eine ungeheure

Digitized by Google

Kraftvergeudung; im preußischen System arbeiten alle Kräfte des Landes, alle Organe der Regierungsgewalt auf ein einziges Ziel hin mit erstaunlicher Schnelligkeit und einer Ersparnis an Menschen, Geld und Arbeit, die nicht weniger erstaunlich ist. Jedes Ding ist an seinem Platze. Jeder ist der strengsten Disziplin unterworfen, die er sich zur Ehre macht.

„Ein Ziel meines Ehrgeizes, sagt einmal Bismarck selbst, ist, persönlich das Lob zu ernten, das die Geschichte der preußischen Disziplin gespendet hat. Bei solcher Regierungsform liegt eine große Macht in der Hand des Königs, der sich selbst als den ersten Beamten des Staates betrachtet, dem er auch seine Vergnügen, seine Neigungen und Ideen zum Opfer bringt. Sobald aber das Volk solche Gesinnungen an dem Herrscher wahrnimmt, bringt es seinem Könige ein Vertrauen ohne Grenzen entgegen. Dies ist das wunderbare Werkzeug, welches Fürst Bismarck vorgefunden hat. Man kann sich namentlich für die Offensive kein gewaltigeres denken, alles geht wie eine Kugel gerade aufs Ziel los. Der Zusammenhalt in der preußischen Armee ist nur das Resultat und das verkleinerte Bild des preußischen Staates. Eine solche Verfassung ist nicht unverträglich mit einer starken Dosis politischer Freiheit.

„Aber es ist mit mathematischer Gewißheit zu erweisen, daß dieser Begriff vom Staat unvereinbar ist mit der parlamentarischen Regierungsform, welche die thatsächliche Macht nicht dem unverantwortlichen Haupte der Monarchie, sondern der Majorität einer gewählten Kammer gibt. Diese beiden Begriffe sind Antipoden in der politischen Welt. Sie sind einander um so mehr entgegengesetzt, als in unseren Tagen der Demokratie, wo alles beweglich ist wie der Dünensand, die kompakten, festgegründeten Parteien nicht mehr zu sehen sind, welche die englische Aristokratie verherrlicht haben. Überall, wo es Kammern gibt, bemerkt man weniger Parteien als Gruppen, deren Augenblickskoalitionen vorübergehende Majoritäten bilden. Manchmal sind es einfach Intriguen von Politikern, welche diese Eintagsallianzen hervorrufen, manchmal ist es die öffentliche Meinung, die erhitzt, aufbrausend und wechselnd ist. Was in solchen Verhältnissen aus der Regierung wird, ist bekannt. Nichts kommt ihrer Unbeständigkeit gleich, wie nichts der ruhigen Widerstandskraft der reinen Monarchie gleichkommt.

„Ich begreife, daß Bismarck, der Mann der Disziplin, der Mann des Befehlens, eine tiefe Verachtung für den Parlamentarismus

Digitized by Google

zeigt. In Frankfurt schon sagte er von England: „Seit der Reformbill, seit die alte „Erbweisheit“ die entfesselten Leidenschaften der Parteien nicht in Disziplin zu bringen vermocht, ist es mir unmöglich, mein Vertrauen in ein Land zu setzen, in dem Zeitungsartikel mehr als politische Prinzipe gelten“, kurzum in ein Land, das von der Tagesmeinung regiert wird. Große Götter! Wenn das das Los wäre, welches die preußische Monarchie erwartet! Wenn auch sie ihre Reformbill haben sollte! Wenn die Gewalt aus den geweihten Händen des Königs in die jener Advokaten, jener Professoren, jener Schwätzer fallen sollte, die sich Fortschrittler oder Nationalliberale nennen!

„Und doch ist dies das Geschick, das sich erfüllen wird. Der allgemeine Strom der europäischen Zivilisation, der jedes Volk freiwillig oder mit Gewalt nach sich zieht, wird jeden Widerstand vergebens machen. Die Demokratie besteht in der Macht des Parlamentarismus. Wenn Wilhelm, der Kaiser, gekrönt mit Ruhm und mit Jahren, wenn Bismarck, der große Politiker, dem es vergönnt gewesen, den Jahrhunderte langen Traum eines deutschen Vaterlandes zu verwirklichen, wenn diese Halbgötter von der Bühne verschwunden sein werden, wird nichts das Eindringen des Parlamentarismus aufhalten. Wenn Deutschland glücklich ist, wird es sich selbst regieren wollen; wenn es leidet, wird es sich selbst zu heilen wünschen. Es wird sich mündig erklären. Ist es denn nicht ebenso verständig wie die Nachbarvölker?

„Wenn Preußen eine Macht wie eine andere wäre, so wäre das Unglück vielleicht nicht so groß, als es scheint. Die Verwaltung würde schlaffer werden, die Räderwerke des Staates würden aufhören, mit der Genauigkeit eines Präzisionsinstrumentes in einander zu greifen, es würde Reibungen, Verzögerungen, augenblickliche Stillstände geben; aber das tötet keinen Staat unter gewöhnlichen Umständen. Überdies würden die guten Gewohnheiten der Beamten ziemlich lange noch unter dem neuen Regimente fortdauern; die königliche Gewalt würde wahrscheinlich nicht sofort ihren maßgebenden Einfluß verlieren. Unglücklicherweise aber ist Deutschland, das in Preußen aufgegangen ist, seit 1870 seinem innersten Wesen nach eine Armee, die eine demnächstige Mobilisierung erwartet. Was aber soll aus dieser Armee werden nach dem Triumphe des Parlamentarismus? Kann man sich dieselbe überhaupt vorstellen ohne ein bevorzugtes Offizierkorps, das sich durch Kooptation ergänzt? Glaubt man, daß sie fortfahren wird, die

Digitized by Google

Disziplin zu ihrer Ehrensache zu machen, wenn sie aufhören würde, zur Person des Monarchen selbst in Beziehung zu stehen? Kann man sich ein Bild davon machen, daß die Organisation der Armee unaufhörlich den Beschlüssen der Kammer unterworfen sein und abhängen soll von der Majorität von heute, die nicht diejenige von morgen sein wird? Kann man sie sich von Herrn von Bennigsen oder Herrn Lasker oder Herrn Virchow abhängig denken? Nein, ganz gewiß nicht. Das Schicksal dieser Armee, das vollendetste Werk der Monarchie Friedrichs des Großen, ist unauflöslich mit dem Schicksale dieser wesentlich persönlichen Monarchie verkettet. Die eine wird bald nach der anderen verschwinden. Was aber wird das Deutschland von 1870 ohne diese Armee sein?"

Soweit das französische Blatt. Die „tiefe Verachtung" für den Parlamentarismus oder wenigstens die Geringschätzung und praktische Mißachtung desselben durch Hinwegsetzen über das parlamentarische System seitens des Fürsten Bismarck ist zu einer allgemeinen Legende im Inlande wie im Auslande geworden, gleich dem verhängnisvollen Worte „Macht geht vor Recht". Er hat zwar erklärt: „Wir sind nach jedem Kriege konstitutioneller geworden". Auch hat er wiederholt den Absolutismus als eine nicht mehr erträgliche Staatsform erklärt, aber er gilt gleichwohl als die Inkarnation der Feindschaft wider das, was man Parlamentarismus nennt. Auch von solcher Seite, die ihn deswegen zu rechtfertigen sucht, wird bei ihm doch die Mißachtung des parlamentarischen Apparates vorausgesetzt. So äußerte in der Besprechung der Neubildung des preußischen Ministeriums im März 1878 die Wiener Presse: „Fürst Bismarck — das ist eben seine wahre Force — steht thatsächlich auf der Höhe der Zeit, und so willkürlich und konfus auch seine rhapsodisch hervorsprudelnden Enunciationen über innere Politik, Staatswirtschaft und Finanzen sich ausnehmen, wer dieselben nach ihrem inneren Sinne und in ihrem geistigen Zusammenhange beurteilt, der wird gar bald den roten Faden entdecken, an welchen sich diese staatsmännischen Gedanken aneinanderreihen." Die Schlußworte des Artikels lauten: „Die preußische Ministerkrise der letzten Tage hat ihren tieferen und wahren Grund nicht in persönlichen Reibungen oder in willkürlichen Anfällen der Kanzlerlaune, wie von manchen Seiten geplaudert wird. Fürst Bismarck fühlt, daß ihm nicht viele Jahre mehr zur Vollendung seiner staatsmännischen Laufbahn gegönnt sind. Er ist müde der Kämpfe, welche seinen schöpferischen Geist bisher von der Durch-

Digitized by Google

führung seiner Pläne abgehalten haben, die ihm, wie für die Begründung einer besseren Zukunft und einer intensiven Staatsreform unerläßlich und dringend erscheinen. Ungeduldig im besten Sinne des Wortes, drängt nun der Reichskanzler dahin, die geeigneten Männer, und seien es auch nur die amtlichen Werkzeuge, zu finden, mit deren Mithilfe er seine Reformpläne rasch und in vollem Umfange zu verwirklichen vermag. Fürst Bismarck, der einst das Geld genommen, wo er es gefunden, nimmt jetzt auch die Männer, wo er sie findet, gleichviel in welchem Parteilager oder auf welchem Staatsposten. Ihm steht sein System höher, als das Parteigetriebe und er schreitet rücksichtslos selbst über die Leichen seiner politischen Freunde hinweg, wenn es gilt, ein höheres Ziel zu erreichen. Sein Leitstern ist vor allem das Wohl, die Größe und die Sicherheit der Nation, für welche er arbeitet, wie kein anderer im Lande. Einem solchen Idealisten — und der zähe Realpolitiker Bismarck ist wohl ein größerer Idealist, als die meisten seiner wortreichen Gegner — darf man es wohl verzeihen, wenn er in der Begeisterung für seine patriotischen Ziele rücksichtslos gegen den parlamentarischen Usus und gegen den liberalen Katechismus verstößt".

Fürst Bismarck äußerte einmal (im Februar 1881): „Für mich ist die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, ihre Staatseinrichtung in der Weise, daß sie als große Nation in der Welt frei atmen kann, das Erste; alles aber, was nachher folgen mag, die Frage nach liberaler oder konservativer Verfassung, das kommt für mich nur in zweiter Linie in Betracht, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest ausgebaut ist". Er bemerkt weiterhin: „Ich habe hierin keine vorgefaßte Meinung, es gibt Zeiten, wo man liberal, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit". — „A la bonne heure", lautete darauf die Antwort eines Liberalen, „einem außerordentlichen Manne mit der seltensten Begabung für auswärtige Politik, dem kann man einräumen, so zu sprechen, seine Verdienste berechtigen ihn dazu. Anderen Leuten kömmt das aber nicht zu; sie haben zu bedenken, daß, wenn es nur auf die Selbständigkeit nach außen ankäme und nicht auf die innere Einrichtung, kein Unterschied sein würde zwischen einem Perserreiche und einem Athen in alter, oder einem europäischen Staate in neuerer Zeit". Wenn Fürst Bismarck bei dem Worte diktatorisch nicht an das Kollegialsystem im Ministerium ge-

Digitized by Google

dacht hat, von dem er kein Freund ist, so kann ihm nur die Konfliktszeit vorgeschwebt haben, wo er in der That seinen Willen gegen die Beschlüsse des Parlamentes durchgesetzt hat. Er hat später dafür die Idemnität nachgesucht. Im übrigen hat seine „Mißachtung des Parlamentarismus" in nichts anderem bestanden, als daß er nicht, wie die besiegten Politiker in den parlamentarisch regierten Ländern dem Widerspruch der Majorität gegenüber vom Platze gewichen ist, noch auf seine Ziele verzichtet hat. Seine Niederlagen haben ihn vielmehr immer von neuem nach einer anderen Majorität ringen lassen, und seine zähe Ausdauer im Suchen nach einer solchen, statt seinen Platz einer Regierung aus der Opposition einzuräumen, ist es allein, was ihm die Anklage wegen Mißachtung des parlamentarischen Willens zugezogen hat. Preußen ist kein parlamentarisch regierter Staat, das soll und kann es nach Verfassung, nach Geschichte und Beruf nicht sein. Es ist mit einigem Spott bemerkt worden: „Das parlamentarische Ministerium führt die Geschäfte mit der Parlamentsmehrheit und im Geiste desselben, das konstitutionelle Ministerium verwaltet die Geschäfte als Vertrauensorgan der Krone; es ist zufrieden, wenn Gesetze votiert, und wird nicht gestürzt oder erschüttert, wenn dieselben abgelehnt werden; es kann heute eine Handlung im Geiste der Mehrheit des Parlaments vornehmen, morgen aber mit der Minderheit gehen und übermorgen Regierungsakte vorschlagen, für welche im Parlamente überhaupt keine Partei zu finden wäre. Die einzige Richtschnur und Schranke für die Thätigkeit eines solchen Ministeriums sind die materiellen Beschlüsse der Volksvertretung. Es kann ein nicht votiertes Gesetz nicht anwenden, einen nicht bewilligten Betrag nicht verausgaben. Ein Vertrauensbeschlus des Parlaments stärkt es nicht, ein Mißtrauensvotum stürzt es nicht".

Das ist nur die äußere Seite des Gegensatzes zwischen der Parteiregierung und der Königlichen. Der eigentliche Gegensatz ist in dem Erlasse des Königs vom 4. Januar 1882 ausgedrückt, der gegenüber den Verdunkelungen und Verschiebungen der rechtlichen Stellung des Königtums in Preußen, welche von den nach Parlaments-Herrschaft strebenden Parteien in mannigfacher Taktik versucht werden, eine feste Wahrung des auch in unserer Verfassung zur vollen Geltung gebrachten und ihr selber durchgängig zu Grunde gelegten monarchischen Systems im preußischen Konstitutionalismus enthält. „Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch

Digitized by Google

die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlaß der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschließungen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung durch sie verfassungsmäßig ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Die Verfassung Preußens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwickelung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht übertragen, denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Notwendigkeit für Preußen. Es ist deshalb Mein Wille, daß sowohl in Preußen, wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preußen jederzeit bestandene und durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit des Königs oder die Notwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung meinen Regierungsakten die Natur selbständiger Königlicher Entschließungen benommen hätte".

Damit ist auch der Parlamentarismus in Preußen in seine Schranken gewiesen. Er setzt die Minister nicht ein und stürzt sie nicht, die vielmehr durch das Vertrauen des Königs berufen und auf ihren Posten erhalten werden. Das Parlament findet sich nicht bloß ministeriellen, sondern Königlichen Entschließungen gegenüber, deren Verwerfung notwendig den Bestand des Ministeriums erschüttern müßte.

Soviel ist gewiß, bestände dies System bei uns zu Rechte, es wäre längst kein Bismarck mehr an der Spitze des Ministeriums. Es wäre ihm wohl nicht einmal vergönnt gewesen, die glorreiche Politik von 1866 und 1870 durchzuführen. Man sehe sich nur so ein parlamentarisches System, wie es in Frankreich besteht, näher an; an seinen Früchten ist doch wahrhaftig nichts Gutes zu erkennen. Fortwährend der Wechsel in der Verwaltung, Leute an der Spitze mit parlamentarischer Schulung und verdammt geringer

Digitized by Google

Kenntnis des praktischen Staatslebens, immer neue Verlegenheiten für das Land. Das Parteiinteresse geht allem vor! Fürst Bismarck hat einmal sehr gründlich über parlamentarisches und königliches Regieren gesprochen und an der Hand unsrer Geschichte den gewaltigen Unterschied beleuchtet.

Wenn längst unser Gebein zu Staub verfallen ist, wird der 24. Januar 1882 in den zukünftigen Geschlechtern fortleben, denn der Reichskanzler hat an diesem Tage eine historische Lektion erteilt, welche weit über das hinausgeht, was der gelehrteste Professor, und sei es selbst ein Mommsen, zu Tage fördern kann. Er hat den Schleier von der großen Aktion zurückgeschlagen und uns das Uhrwerk der Geschichte eingeführt, alle Räder bloßgelegt und uns die treibenden Kräfte der letzten zwanzig Jahre gezeigt.

Man hat vielfach die Geschichte derselben einzig und allein als ein Werk des Reichskanzlers hingestellt; nun aber erfahren wir von ihm selbst, daß die Triebfeder zu allen großen Thaten unser Kaiser und König selbst gewesen ist. Das Wort, welches König Wilhelm an den Herrn von Bismarck als preußischen Ministerpräsidenten richtete, als er in der Holsteinischen Angelegenheit nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorging: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ wird für alle Zeit als ein Charakterzeichen der Gesinnung des Kaisers hochgehalten werden.

Fürst Bismarck bekundet es ausdrücklich, daß die politische Konzeption aller großen Thaten einzig und allein dem König gebühre. Seitdem er am 26. Oktober 1857 die Leitung des Staates übernommen hatte, war es sein einziges Streben und Denken, die Schmach zu reparieren, welche allen Patrioten auf der Haut brannte und gesühnt werden mußte, sein einziges Denken, Preußen eine Stellung zu geben, die ihm vermöge seiner Geschichte und seiner Kraft zukomme.

Die Erfahrungen, welche er 1852 gemacht hatte, zeigten ihm den Weg zu diesem Ziele. Damals war Preußen ohnmächtig seinen Feinden gegenüber, Rußland, Österreich, England und Frankreich waren bereit, sich auf dasselbe zu stürzen. Nach der Aussage des preußischen Kriegsministers war Preußen damals so schwach, daß derselbe erklärte, er könnte nicht mehr wie 70 000 Mann aufbieten, und in kurzer Zeit würden die Österreicher in Berlin sein, man müsse deshalb in zwei geteilten Lagern mobilisieren, in Koblenz und Königsberg, um von dort aus die Hauptstadt wieder zu erobern.

Digitized by Google

Die mangelhafte Organisation erkannte der Kaiser, und darum war sein erster Gedanke, das preußische Heer zu verstärken, um dasselbe zu einer selbständigen Aktion fähig zu machen.

Diesem Plan widersetzte sich das Parlament mit aller Energie. Hätte nun nicht der König seinen Willen durchgesetzt, so wäre Preußen ohnmächtig geblieben und hätte jene große Politik nicht durchführen können. Im Jahre 1863 verlangte die Majorität des Abgeordnetenhauses eine Unterstützung der polnischen Revolution. Die Fortschrittspartei forderte geradezu die Regierung dazu auf, es war die Sympathie mit der Revolution, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen das für uns haben würde.

Es hieß damals: Mein Gott, da ist Lärm, da ist Aufstand, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsere Sympathie, und ohne weitere Überlegung wurde parlamentarisch „Jeszeze Polska“ (Noch ist Polen nicht verloren!) gesungen. Hätte der König sich nicht gegen diese Politik gewehrt, so würde Preußen mit Rußland auf das Heftigste verfeindet worden sein. Der Weg zur nationalen Politik, welche der König von Anbeginn der Regierung im Sinne hatte, wurde ihm durch die Unfähigkeit und die Bedenklichkeiten dreier Ministerien unmöglich gemacht. Er wollte diese Frage auf die Spitze des Schwertes stellen, aber er fand erst in Bismarck die geeignete Persönlichkeit, um seinen Willen durchzuführen. Hätte er sich im Jahre 1863 von der Majorität des Abgeordnetenhauses und nicht von seinem eigenen Willen bestimmen lassen, dann hätte man im Dienst der Frankfurter Majorität eine Bundesexekution auf grund der Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollziehen müssen. Dann wäre wahrscheinlich Schleswig-Holstein nicht befreit, weil die anderen Mächte sich hineingemischt hätten, und der Bund wäre verewigt, das deutsche Reich nicht gegründet worden.

So standen sich also die parlamentarische Politik und die Politik des Königs schroff und rücksichtslos gegenüber. Aber der König ließ sich damals nicht von der Majorität bestimmen, nicht von der öffentlichen Meinung drängen, sondern er hielt fest an dem, was die Traditionen der preußischen Dynastie, die Traditionen seiner Vorfahren ihm als Politik vorzeichneten, was sein deutsches Herz, sein deutsches Gefühl ihm als Ideal vorschrieben.

Darum hatte er sich auch von den ängstlichen Vorgängern Bismarcks losgesagt und in diesem eine energische Persönlichkeit herangezogen, welche entschlossen war, die vom Könige vorgezeichnete

Digitized by Google

nationale Politik, auf die Spitze des Schwerts gestellt, durchzuführen.

Welch ein schwerer Kampf das war, wie sich der Reichskanzler seiner vollen Verantwortlichkeit und der Gefahr, die er persönlich dabei lief, bewußt war, hat Fürst Bismarck ebenfalls in drastischer Weise dargelegt.

Damals waren wenige, welche die Deckung des Königtums übernehmen wollten. Damals sprachen seine Gegner von Strafford und Polignac, die gemeineren Blätter von Wollekrempeln im Zuchthause, als das natürliche und berechtigte Ende Bismarcks und der Reichskanzler selbst gesteht ein, daß er geglaubt habe, wenn seine Gegner ans Ruder kämen, man ihm einen Prozeß machen werde, der sein Vermögen ruiniren müsse, weshalb er damals für seine Kinder in Sicherheit gebracht habe, so viel er konnte.

Das sind Reminiszenzen, welche den schweren Kampf beweisen, den das Königtum damals gegen den Parlamentarismus zu kämpfen hatte. Diese historische Lektion zeigt klar und deutlich, wer das richtige Verständnis damals von der Situation hatte und wer das wahre Heil des Staates gefördert hat. Die Gegner des Reichskanzlers haben es nicht gethan. Sie hätten Preußen ins Unglück gestürzt, sie hätten weder Schleswig-Holstein befreit, noch die deutsche Frage gelöst, noch endlich das deutsche Reich gegründet. Wenn sie sich den Anschein geben, als ob das alles ihr Verdienst gewesen sei, so ist das eine Unwahrheit, und es wäre besser, wenn man von dieser Seite geschwiegen und nicht eine historische Berichtigung verursacht hätte. Sie ist eben nicht gelungen.

Die Thatsachen, welche der Reichskanzler aufgeführt hat, sind zu überwältigend, zu deutlich und klar; der Unterschied zwischen dem, was die Opposition wollte und zwischen den Absichten des Königs, war ein himmelweiter, der nicht überbrückt werden kann.

Bestände bei uns das parlamentarische Regiment, wäre der König nur ein Schattenkönig und müßte er sich der Majorität unbedingt fügen, so müßten wir den Zeitraum der letzten zwanzig Jahre aus unserer Geschichte streichen und Deutschland wäre noch der geographische Begriff von ehemals.

Diese historische Lektion war also am Platze, sie hat auch für die Zukunft die Lehre gegeben, daß die königliche Macht unerschüttert bleiben und die Initiative behalten muß, weil wir unsere Stellung und unsere Macht nur einnehmen können, wenn die

Digitized by Google

Monarchie aufrecht erhalten wird und nicht zum Spielball zufälliger Majoritäten herabsinkt.

Ein Wiener Blatt hat damals, als Fürst Bismarck diese Lektion erteilte, sein Staunen über die Ausbrüche „rasender Wut oder starren Entsetzens", das seitens gewisser Parteien über die konstitutionelle Doktrin Bismarcks erfolgte, mit den Worten ausgedrückt: „Sämtliche große europäische Reiche sind Schöpfungen der Dynasticen, welche dieselben beherrschen. Sollen wir es für Österreich erst noch beweisen? Für Preußen? Und dem Könige von Preußen wollten die Herren Lasker, Bamberger und wie sie sonst noch heißen mögen, die Rolle einer Art „Grand electeur" anweisen .... Es gab eine Epoche, wo die Phrasen der jakobinischen Bourgeoisie genügten, um die schwielige Faust des Arbeiters, ja selbst die kräftige Hand des Bauers in manchen Ländern auf die Barrikaden zu rufen, zum Aufstande zu bewaffnen. Die Revolutionäre in Glaccehandschuhen konnten im sicheren Hintergrunde bleiben und lächelnd die Früchte des Umsturzes in Ehren und Geld einstreichen, die Düpierten bei dem Geschäfte aber als ihre Arbeitersklaven unter den Daumen nehmen. Die Zeiten sind vorbei. Das Volk ist nicht mehr so dumm. Es hat seine wahren Bedrücker erkannt. Es weiß, daß alle monarchischen Sünden von Nero bis Louis XIV. den Völkern nicht so viele, nicht so unerträgliche Lasten auf die Schultern geladen, sie nicht so tief erniedrigt haben, wie die Herrschaft der Jakobiner-Bourgeois und der ihnen verbündeten oder mit ihnen identischen wirtschaftlichen Ausbeuter seit hundert Jahren."

Als Herr von Bennigsen seinen Eintritt in die Regierung von der Zustimmung und der Teilnahme seiner Fraktionsgenossen abhängig machte, war die Forderung der parlamentarischen Regierung für Preußen eine nicht nur prinzipielle sondern eine aktuelle geworden. Fürst Bismarck hat mit der Partei des Herrn v. Bennigsen nicht gebrochen, weil sie seinen Zoll- und Steuer-Reformplänen nicht zuzustimmen vermochte, weil sie sein Tabakmonopol und seine sozialpolitischen Bestrebungen für Irrungen hielt. Der Bruch datiert, wenn er auch damals nicht so tief ging wie heute, weiter zurück: er war von dem Augenblick an vorhanden, als die an die „Kombination Bennigsen" geknüpfte Hoffnung auf ein parlamentarisches Parteiministerium fehlschlug. Und in dem Hindrängen auf ein parlamentarisches Regiment wurzeln einzig und allein die herrschende und von der Partei große, nachhaltig genährte Mißstimmung. Daß unser leitender Staatsmann sich

Digitized by Google

mit jedenfalls wohlgemeinten und großgedachten, wenn auch vielleicht zu weitgreifenden Plänen trägt, die noch keine bestimmte Gestalt gewonnen haben, geschweige denn den Parlamenten unterbreitet sind, kann das Land gewiß nicht in Alarm bringen. Bestreitet doch niemand der Volksvertretung das Recht, abzulehnen, was sie nicht gutheißt. Ebensowenig genügt der Hinweis auf einige offiziöse Zeitungsartikel, welche eine oder die andere Partei verletzen, oder auf den Übereifer, den einige Beamten in der Wahlbewegung an den Tag gelegt haben, die pessimistische Stimmung zu erklären. In einem Lande, das seit länger als einem halben Menschenalter im vollsten Sinne des Wortes gut und liberal regiert wird, sind das Dinge, die gerügt werden mögen, aber keine entscheidende Bedeutung haben. Daß der wahre Grund der Verstimmung da liegt, wo wir ihn erkennen, in dem Mißlingen aller, sei es aus persönlichem Ehrgeiz, sei es aus politischer Tendenz, auf ein parlamentarisches Parteiregiment gerichteten Bestrebungen, zeigt ganz besonders auch die Aufnahme, welche die das monarchische Prinzip fest betonende Kaiserliche Botschaft in den hier in Betracht kommenden Kreisen gefunden hat. Unser Volk in seiner großen Gesamtheit will gottlob von einem parlamentarischen Parteiregiment nichts wissen. Alle Rechte, welche die Verfassung den Parlamenten verbrieft, will es streng gewahrt sehen, das Königliche Regiment aber soll nicht, wie in den vielgepriesenen konstitutionellen Musterstaaten, zu einer reinen Fiktion werden.

Digitized by Google

Fürst Bismarck und die französische Revanche-Politik.

Als Fürst Bismarck im September 1879 den historisch denkwürdigen Besuch in Wien abstattete, suchte er auch den französischen Botschafter am österreichischen Hofe Teisserenc de Bort auf und versicherte ihn, das Einverständnis und die Intimität Deutschlands und Österreichs dürften Frankreich in keiner Weise beunruhigen und könnten in nichts die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich berühren oder schwächen. Bismarck sagte sodann wörtlich: Je ne me sers jamais de la parole pour déguiser ma pensée. Mr. Waddington en a eu la preuve à Berlin et mon désir d'entretenir des relations cordiales avec la France est sincère. (Ich bediene mich niemals der Worte, um einen Gedanken zu verbergen. Herr Waddington hat den Beweis davon in Berlin erhalten, und mein Wunsch, herzliche Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, ist aufrichtig). Andererseits weiß man, daß Depeschen des Wiener Botschafters an Waddington von dem letzteren sofort dem Präsidenten der Republik telegraphisch mitgeteilt wurden, und daß deren Inhalt in offiziellen Kreisen die lebhafteste Befriedigung hervorrief.

Fürst Bismarck hat stets die Freundschaft Frankreichs gesucht. Es wurde das einmal (1883) in dem folgenden Artikel ausgeführt: „Wir geben dem „Journal des Débats" unbedingt zu, daß das Streben der deutschen Politik seit dem Frankfurter Friedensschlusse in gewissem Sinne allerdings dahin gerichtet ist, „Frankreich zu isolieren," und erkennen darin, daß dies gelungen ist, einen der glänzendsten Erfolge unseres leitenden Staatsmannes. Diese Politik aber verfolgte ausschließlich das Ziel, Europa und vor allem Deutschland den Frieden zu erhalten und jede Kombination aus-

Digitized by Google

zuschließen, welche Frankreich die ersehnte Gelegenheit geboten hätte, an der Seite starker Bundesgenossen den Krieg gegen Deutschland aufs neue zu beginnen. Unsere Politik hat während des genannten Zeitraumes nie selbstsüchtige Ziele, am wenigsten die Tendenz, Eroberungen zu machen und völkerrechtliche Verträge zu zerreißen, ins Auge gefaßt, sie hat sich stets nur auf sittlichem Boden bewegt und sich dadurch das Vertrauen Europas gewonnen. Darin, daß ein großer Teil Europas — fast möchten wir sagen, alle friedliebenden Staaten — engen Anschluß an Deutschland, nicht an Frankreich genommen hat, liegt eine Rechtfertigung unserer Politik, die selbst jeder denkende Franzose anerkennen muß. Hätte Frankreich, dessen Suprematie die europäischen Staaten ja Jahrhunderte hindurch willig getragen haben, der Welt ein größeres Vertrauen in seine Friedensliebe und Selbstlosigkeit eingeflößt als Deutschland, dann würde ganz gewiß Deutschland isoliert stehen, nicht Frankreich. Eine feindselige Tendenz aber hat die deutsche Politik trotz allen Hasses, den man jenseits der Vogesen unserer Nation entgegenträgt, und der, wie das Benehmen der Franzosen gegen die in Paris weilenden Deutschen zeigt, selbst vor den pöbelhaftesten Ausschreitungen nicht zurückschreckt, bei ihrer Isolierungspolitik nie bekundet, sie hat vielmehr der französischen Regierung Freundschaftsdienste geleistet, wo sie es immer vermochte. Auch in dieser Beziehung dürfen wir deutlicher reden, als dies in der offiziösen Presse aus Gründen diplomatischen Taktes geschieht. Das republikanische Regiment ist von seiten der deutschen Politik allen auf Wiederaufrichtung einer Monarchie gerichteten Bestrebungen gegenüber stets unterstützt worden; schon die diplomatische Korrespondenz zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Arnim hat davon urkundlich Zeugnis gegeben. Mag dies auch vor allem in Rücksicht darauf geschehen sein, daß jeder Kronprätendent, sobald er sein Ziel erreicht hätte, darauf hingewiesen wäre, sofort an die Gloire zu appellieren, also in eine kriegerische Politik einzulenken, vielleicht auch in Rücksicht darauf, daß ein Monarch zu diesem Zwecke eher einen Bundesgenossen finden würde als die republikanische Regierung, so bleibt die Thatsache doch bestehen und muß von jedem ernsten Politiker anerkannt werden. Aber das nicht allein: Deutschland hat von vornherein alles aufgeboten, das französische Nationalgefühl zu schonen und eine Versöhnung zu ermöglichen. Wir erinnern an seine Haltung zu jener Zeit, als die Commune in Paris herrschte, und an seine Bereitwilligkeit,

Digitized by Google

die Dauer der Okkupation abzukürzen und in eine — wie Herr Bamberger s. Z. überzeugend dargelegt hat — unseren Interessen keineswegs entsprechende raschere Abtragung der Kriegsschuld zu willigen. Und noch mehr, das Berliner Kabinett hat den Interessen Frankreichs stets Förderung zuteil werden lassen, soweit dieselben nicht auf einen Eroberungskrieg gegen Deutschland hinausliefen. Beim Berliner Kongresse ist dem Vertreter Frankreichs — nicht etwa bloß äußerlich — mit der größten Distinktion begegnet worden, im ganzen Verlauf der orientalischen Politik hat Deutschland sich stets bemüht, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen und dessen Großmachtsstellung zur vollsten Geltung gelangen zu lassen. Auch war es wahrlich nicht Deutschlands Schuld, daß England in Ägypten alleiniger Herr wurde. In der tunesischen Angelegenheit war Frankreich von vornherein dessen vergewissert, daß ihm die deutsche Politik nicht entgegenwirken werde, wie denn überhaupt alle Bestrebungen Frankreichs, sein Machtgebiet nach anderer als der Vogesenseite zu erweitern, in Berlin die wohlwollendste Beurteilung fanden. Angesichts des drohenden Konfliktes zwischen China und Frankreich hat unsere Regierung auch den Schein einer Parteinahme gegen das letztere sorgsamst vermieden. Sie trat sofort von dem Abkommen zurück, nach welchem die an unserer Küste erbaute Panzerfregatte „Ting Juen" durch deutsche Marinemannschaften nach den chinesischen Gewässern übergeführt werden sollte.

„Wäre man in Frankreich noch zu einer gerechten Würdigung der politischen Dinge fähig, wäre nicht das Urteil der großen Gesamtheit, soweit dieselbe überhaupt an den politischen Dingen Anteil nimmt, durch die bequeme Praxis aller aufstrebenden Politiker, an den Chauvinismus zu appellieren, vollständig verwirrt, so würden diese Thatsachen, auf welche unsre offiziöse Presse nur in leichten Andeutungen hinweist, Anerkennung finden, und man würde die Erklärung dankbar acceptieren, „daß die entgegenkommende Haltung, welche Frankreich seither in allen Fragen der auswärtigen Politik seitens Deutschlands erfahren, sich auch in Zukunft überall bethätigen werde, wo die französische Interessensphäre sich in legitimer Weise geltend mache." Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, zweifeln wir, daß eine solche Sprache Eindruck machen wird. Vielleicht aber wird man in Paris die gleichzeitig gegebene Versicherung doch nicht ganz überhören, daß Deutschland seine in legitimster Weise zurückgewonnene Westgrenze bis auf den letzten

Digitized by Google

Mann festhalten wird, gleichviel ob Frankreich isoliert dastehen, oder ob es von zahlreichen Bundesgenossen umgeben sein sollte."

Über die Absichten Bismarcks Frankreich gegenüber hat uns ein demselben nahestehender Reichstagsabgeordneter Mitteilungen 1880 gemacht, die wir hier folgen lassen: „Die Baumeister der großen, gotischen Dome, welche die Aufgabe hatten, einen möglichst weiten Raum zu überdecken, um die Versammlung der ganzen Gemeinde zu ermöglichen, begnügten sich nicht, das hochschwebende Gewölbe auf Alleen mächtiger Säulen ruhen zu lassen, sondern brachten kolossale Strebepfeiler an, um die Säulen gegen den Seitendruck zu schützen; weiter verjüngten sie das Gewölbe nach dem Chor zu, um es gleichsam an die Erde zu befestigen, endlich flankierten sie die Front mit gewaltigen Türmen, um dem ganzen Mauerwerk Halt zu geben, kurz, sie führten den Dom nicht mit zehnfacher, sondern sechszigfacher oder achtzigfacher Sicherheit auf, so daß der Bau nach Jahrhunderten, obschon das Gestein geschwärzt und teilweise verwittert ist, noch in erstaunlicher Mächtigkeit prangt. Mit eben solcher Vorsicht und mit demselben Weitblick sucht Fürst Bismarck den Bau des deutschen Reiches mit unzähligen Sicherheiten zu umgeben und gleichsam für die Ewigkeit zu befestigen. Diese ununterbrochene Thätigkeit liegt aber ebenso ferne der Ängstlichkeit wie der Tollkühnheit. Denn niemand außer Bismarck schätzt so hoch die Kraft, welche Preußen bewiesen, als es in verhältnismäßig kurzer Zeit das felsenfeste Gerippe Zentral-Europas, wo jeder Fuß breit Erde seinen Herrn und Wächter hat, mit Gewalt durchbrach und sich vom Kurfürstentum zum mächtigen Kaisertum erhob. Aber gerade das Selbstbewußtsein, welches sich auf die Stärke der Deutschen begründet, gibt ihm die Befähigung, den Blick unverwandt auf die Zukunft zu richten und das Gebäude gegen die Erschütterungen und Stürme der Jahrhunderte sicher zu stellen.

„Diese Bemerkungen glaubte ich voranschicken zu müssen, um das in den Parteikämpfen entstellte Bild des Fürsten Bismarck in den Grundzügen wieder aufzufrischen, und um damit die richtige Beurteilung der nachfolgenden Ideen, welche wohl aus dem Kopfe des Reichskanzlers entsprungen sind, zu ermöglichen. Im ersten Augenblicke dürften diese Ideen abenteuerlich, luftig, wie Wolkengebilde erscheinen, im Verlaufe wird es sich aber herausstellen, daß es Bergesgipfel sind, die auf festem Boden stehen und deren Basis nur noch ein leichter Nebel umhüllt.

„Kein Vernünftiger kann des Glaubens sein, daß Bismarck

Digitized by Google

seine Aufgabe für gelöst hält, wenn das deutsche Reich mit den Waffen in der Hand künftige Kriege und besonders den Angriff der Franzosen erwarten muß. Seit Jahr und Tag ist auch wahrzunehmen, daß der Reichskanzler zeitweilig, und abstechend gegen sein früheres Verhalten, mit besonderer Liebenswürdigkeit gegen die Franzosen aufzutreten bestrebt ist. Als pure Galanterie, die dem Charakter Bismarcks fern liegt und die in diesem Falle eher schädlich als nützlich wirken müßte, ist dieses Benehmen wohl nicht aufzufassen.

„Es entging auch der Welt das Faktum nicht, daß Graf Saint-Vallier, der Botschafter Frankreichs in Berlin, zeitweilig mit Fürst Bismarck in sehr intimem Verkehr stand, ja denselben im vorigen Jahre sogar in Varzin besuchte und infolge dessen wiederholt auf Reisen zwischen Berlin und Paris sich befand. Offenbar machte Graf Saint-Vallier mit seinen Berichten in Paris kein Glück und kam mit leeren Händen nach Berlin zurück; denn es war sogar von der Abberufung des Grafen Saint-Vallier die Rede, und zwar unter dem Vorwande, als hätte er bei Verhandlungen mit Bismarck seine Vollmachten überschritten. Indes wurde seine Abberufung, was charakteristisch für die Unentschiedenheit der Lage ist, doch zeitweilig wieder in den Hintergrund geschoben. Man konnte sehen, daß Verhandlungen, die weit über die Tagesaffairen hinausragten, im Gange waren, aber man konnte sich deren Inhalt nicht enträtseln. Daß die Besprechungen sich nicht auf etwaige Rückgabe von Elsaß-Lothringen bezogen, war klar, und ebenso klar, daß nicht Projekte im Stile Napoleons III. und Benedettis aufs Tapet gebracht sein konnten, welche Projekte im Grunde nur eine weitere Komplikation der bestehenden Streitfrage in sich trugen. Wenn es sich nicht um Lothringen, nicht um Belgien handelte, um welche Dinge kann es sich dabei gehandelt haben?

„Um es mit einem Worte gleich herauszusagen, die Besprechungen bezogen sich — so versichern Leute, die es wissen können — auf einen Freundschaftsbund zwischen den Großstaaten Mitteleuropas, auf einen Freundschaftsbund, der an Innigkeit und Bedeutung alle bisherigen Allianzen in den Schatten stellen würde, der den Wetteifer der Völker auf ein viel weiteres und fruchtbareres Gebiet übertragen und eine neue Ära für Europa inaugurieren soll.

„Der Sachverhalt wird sich am deutlichsten ergeben, wenn ich den Gedankengang, der von deutscher Seite geltend gemacht wurde,

Digitized by Google

in den Hauptumrissen zu skizzieren suche. Dieser Gedankengang war folgender: Seit mehr als zwei Jahrhunderten befinden sich die Reiche Mittel-Europas in geheimer oder offenkundiger Fehde. Alle Kunst ihrer Staatsmänner war darauf gerichtet, dem Nachbar Verlegenheiten zu bereiten, ihn mit Allianzen zu umgarnen, und in regelmäßigen Zeitabschnitten wurden gewaltige Kriege mit dem äußersten Aufwande von Kräften um gewisse Streifen Landes zwischen ihnen geführt. Diese Kriege, welche das Lebensmark der Völker bedrohen, werden mit den hochtrabendsten Titeln belegt. Die Könige, Imperatoren und Feldherren, welche sie geführt, werden im Siegeszuge gefeiert, mit Lorbeeren bedeckt. Sie, wie die Diplomaten und Staatsmänner, welche die Kriege eingefädelt haben, gelten als Weltwunder und werden durch marmorne Bildsäulen auf öffentlichen Plätzen der Unsterblichkeit zugeführt. Mit Erstaunen macht man aber die Wahrnehmung, um welches geringfügige Objekt und um welch winzigen Streifen Landes diese ungeheuerlichen Kämpfe immer von neuem entbrannt sind. Noch größeres Erstaunen aber muß man empfinden, wenn man sieht, daß die gewaltigen Niederlagen und Siege fast gar kein greifbares Resultat ergeben haben, denn im großen und ganzen sind die gegenseitigen Machtverhältnisse der Hauptkämpfer, wie Frankreichs, Deutschlands und Österreichs, die gleichen geblieben. Das Leben von Millionen Soldaten, das Vermögen der Bürger, der Wohlstand von Städten und Ländern sind eigentlich um ein Nichts geopfert worden. Angesichts dieses Schauspieles kommt einem unwillkürlich der peloponnesische Krieg in Erinnerung, jener vierzigjährige Bürgerkrieg zwischen Spartanern und Athenern, der den Ruin der Griechen herbeiführte und später von diesen selbst als ein Akt des Wahnsinnes erklärt worden ist.

„Aber nur der Gewinn war bei dem Kriege zwischen Frankreich, Österreich und Deutschland ausgeschlossen, nicht der Verlust. Im Gegenteil, der Verlust trat in jedem Falle ein, ob Niederlage oder Sieg erfolgte. Denn während diese Mächte in Vorbereitungen zum Kriege oder im blutigen Ringen begriffen waren, fanden England und Rußland Zeit und Gelegenheit, ihre kolossale Macht aufzurichten. Mit einem bedeutend geringeren Aufwand von Kraft, als die Kriege zwischen Frankreich, Deutschland und Österreich um einen Fetzen Landes geführt wurden, haben England und Rußland die Weltherrschaft erobert und es zuwege gebracht, daß Frankreich, Österreich, Deutschland, welche die höchste, kompakteste Summe von

Digitized by Google

Bildung, Kultur und Stärke auf der Erde repräsentieren, von den Meeren, von dem Reichtum der Tropen, und überhaupt von jeder größeren Entwickelung ihrer Machtverhältnisse ausgeschlossen sind.

„Bis in unser Jahrhundert hinein behauptete sich noch Frankreich als Rival Englands zur See. Jetzt besitzt England die Allgewalt auf den Meeren, hat Frankreich von fast allen überseeischen Positionen ausgeschlossen und sich in allen Erdteilen etabliert. England ist eine Großmacht in Asien, eine Großmacht in Afrika und Amerika, und die einzige Macht in Australien. Mit Recht sagt das englische Nationallied, daß jede Küste, die das Meer bespült, Englands ist. Die Situation hat sich nach dieser Richtung immer mehr und mehr zum Vorteile Englands verändert. Gibraltar und Malta haben durch den Suez-Kanal eine viel gewaltigere Bedeutung erhalten, und durch die Besetzung Cyperns sind die Etappen im Mittelmeere vervollständigt worden. So lange Frankreich ein Rival zur See war und Spaniens Erbschaft in Frage stand, nahm England Teil an dem Kampfe der Mächte Zentral-Europas. Doch wußte es dabei stets schlau seine Interessen zu wahren. Seitdem es Weltmacht geworden und vom Standpunkt der Weltpolitik — dem jetzt Frankreich, Österreich und Deutschland ziemlich entrückt sind — die Ereignisse betrachtet, hält es sich von diesen Kämpfen fern.

„Wie England, so ist auch Rußland durch die deutsch-französischen Kriege Weltmacht geworden. Die Augen stets auf die Gefahr am Rhein gerichtet, mußten die deutschen Mächte an Rußland eine Rückendeckung suchen und als Gegendienst Rußlands Plänen dienstbar sein. Sie mußten mit gebundenen Händen das Nachbarland Polen ruinieren lassen, mußten endlich durch die Teilung dieses Reiches eine unnatürliche Verbindung mit Rußland eingehen und letzterem den großen territorialen Vorsprung in Europa einräumen. Welche unentschiedene Stellung Österreich und Preußen gegenüber Rußland einnehmen, hat sich ja deutlich bis in die neueste Zeit gezeigt. Preußen legte sich im Orientkriege des Jahres 1854 wie ein wachsamer Hund vor die polnische Pforte Rußlands und zwang durch diese Haltung die Westmächte, den ganzen Weltteil zu umschiffen, um einen Angriffspunkt gegen Rußland zu gewinnen. Im Jahre 1863, beim polnischen Aufstand, gieng Preußen eine Konvention mit Rußland ein, durch welche Rußland ein unermeßlicher Liebesdienst erwiesen wurde. Diese Politik wurde ausschließlich von der Sorge wegen Frankreich diktiert. Österreichs

Digitized by Google

Haltung gegen Rußland trug dieselben Symptome zur Schau. Österreich, das durch eine Reihe blutiger Kämpfe das Vordringen der Türkei aufgehalten und überhaupt der Aggression derselben den Todesstoß versetzt hatte, mußte doch teilnahmslos zusehen, wie Rußland sich zum Erben der Türkei aufwarf, und wagte es bis in den letzten Krieg hinein nicht, sich die erste Rolle im Orient zu vindizieren, oder sich im Orient auch nur als ebenbürtigen Rivalen Rußlands zu benehmen. Die Wucht und Gewalt, mit welcher der russische Staatskörper nach dem Licht, nach der Wärme des Mittelmeeres drängt, bedroht aber nicht nur die Existenz Österreichs, sondern schneidet auch dem Einfluß und den gewiß berechtigten Interessen Frankreichs im Orient jede Zukunft ab.

„Gerade bei den gegenwärtigen Verhältnissen — so wurde nach unserm Gewährsmann das Gespräch zwischen Bismarck und St. Vallier weiter geführt — wäre der Moment für die Mächte Mitteleuropas gekommen, entweder mit freiem Blick in die Geschicke der Erde einzugreifen, oder, von blinder Eifersucht beseelt, ihre Stagnierung und ihr Herabsinken zu Lokalgrößen vervollständigen zu lassen. Denn die Gefahr droht jetzt von zwei Seiten. Franzosen und Deutsche stehen sich mit Haß, als wenn die Lehren der Geschichte gar nicht vorhanden wären, wieder gegenüber, und treffen Vorbereitungen zu neuerlichen Kriegen. Die Franzosen suchen Allianzen, ohne jedwede Rücksicht auf höhere Interessen. Dieser Krieg würde so wenig der letzte sein, wie alle vorhergehenden. Wenn es den Franzosen gelänge, Deutschland niederzuwerfen, würden die Deutschen wieder zu neuem Kriege rüsten, und das Vordringen des republikanischen Frankreichs, wie die Furchtbarkeit, welche es dann besäße, würden wahrscheinlich auch wieder eine europäische Koalition heraufbeschwören. Doch keiner von allen Fällen kann eintreten, ohne daß die Weltmächte, England und Rußland, sei es durch ihre Mitwirkung oder Neutralität einen weiteren verhängnisvollen Vorsprung gewinnen. Denn zum Unglück würde dieser Krieg in die Epoche des Zusammenbruchs der Türkei fallen, in den Einsturz eines Reiches, welches die Brücke nach Asien und Afrika offen hielt und überhaupt als Eckstein der Erde dastand. Wenn England und Rußland samt ihren Satrapen Gelegenheit fänden, sich in den Besitz der Türkei zu teilen — denn auf den Antagonismus der beiden Weltmächte die Hoffnungen zu stützen, wäre wohl Wahnsinn — dann hätten die Siege oder Niederlagen der mitteleuropäischen Mächte allerdings den traurigsten

Digitized by Google

Ausgang genommen und ihr Schicksal wäre besiegelt. Österreich wäre zunächst brachgelegt und Frankreich und Deutschland könnten dann ihr mehrhundertjähriges Duell bis auf den letzten Mann auskämpfen. Für die Kulturfragen oder die Machtverhältnisse der Erde würde dieser Kampf von keiner Bedeutung mehr sein.

„Zu keiner Zeit war das Bündnis der drei mitteleuropäischen Mächte eine solche Notwendigkeit und verhieß so segensreiche Früchte, als in diesem Augenblicke. Es handelt sich nicht bloß darum, das Unheil abzuwenden, welches direkt von Rußland droht, sondern auch die Völker zu beglücken und über die Welt den Segen der Zivilisation auszubreiten. Das Programm der Mächte wäre zunächst: kein Fuß breit Erde auf der Balkanhalbinsel darf in den Besitz Englands oder Rußlands übergehen; ferner, das türkische Festland in Europa darf nur den Österreichern, Franzosen und Deutschen gehören. Aber wenn diese Völker sich erst auf der Balkanhalbinsel festgesetzt haben, so werden sie auch den Weg nach Kleinasien und den Inseln finden und in den brachliegenden Ländern Asiens reiche Ernten und neues Leben erwecken.

„Nicht durch einen gewaltsamen Anstoß oder Krieg soll das Ereignis verwirklicht werden, man braucht nur die türkischen Länder nicht vorweg in die Hände Englands oder Rußlands zu spielen, und mit voller Einigkeit für den geeigneten Moment bereit stehen. Neben Interessen von solcher Weltbedeutung schrumpft der Streit wegen Elsaß-Lothringen zu einer geringfügigen Winzigkeit zusammen. Doch kam auch diese Frage zur Sprache. Faktisch hat Frankreich die Partie, die es durch Jahrhunderte spielte, verloren, indem die deutsche Einheit, trotz seines Widerstrebens, hergestellt worden ist. Indes hat der Deutsche keineswegs die Absicht, alle Konsequenzen aus dieser gewonnenen Partie zu ziehen, es werden im Gegenteil sich Mittel und Wege finden, den kargen Gewinn Deutschlands zu reduzieren und die Wunde Frankreichs vernarben zu machen.

„Wie diese Gespräche von seiten Frankreichs aufgenommen wurden, ist bereits oben nagedeutet worden. Es ist weder eine Ablehnung noch eine Zustimmung erfolgt. Frankreich, hieß es, müsse erst seine Kraft sammeln, bevor es seine Rolle in der auswärtigen Politik aufnehmen könne. Vielleicht klang in Berlin die jüngste Rede Gambettas in Cherbourg, welche dort so übel aufgenommen wurde, als die erste positivere Antwort auf dieses Gespräch.

Digitized by Google

„Wie dem aber auch sei, die Worte von deutscher Seite bekamen eine überraschende Pointe. Deutschland schritt im Vereine mit Österreich-Ungarn zum Vollzuge dieses Programmes. Es geschah dies mit größtmöglichster Vorsicht, doch zugleich auf so positive Weise, daß kein Zweifel an dem Ernst der Absichten aufkommen kann. Zwischen dem Ausspruch Bismarcks „unsere Freundschaft mit Rußland steht turmhoch über jeder Verdächtigung," und den angeblichen Worten des Kaisers Wilhelm nach der Zusammenkunft in Alexandrowo: „Gott sei Dank, zum Kriege wird es jetzt nicht kommen", und dann zwischen der Verkündigung Bismarcks, daß der Orient keinen Knochen eines pommerschen Füsiliers kosten dürfe, und den Garantieen, welche das deutsche Reich bei dem Vormarsch nach Novibazar übernommen, liegt eine Wandlung, wie sie nicht vollständiger gedacht werden kann. Das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland ist zunächst gegen die Gefahr gerichtet, welche von seiten Rußlands droht, und trägt den Charakter eines engeren Bundes, dessen Erweiterung durch den Beitritt Frankreichs erfolgen könnte. Der Platz für die Rolle der Franzosen ist offen gelassen. Fürst Bismarck ist der Überzeugung, daß ein so großes Faktum, wie die Konstituierung des deutschen Reiches, eine neue Politik Europas herbeiführen müsse. Allerdings dürfte die Sicherung des deutschen Reiches seine nächste Sorge sein, und diese Sicherheit würde durch die Ableitung der europäischen Politik auf größere Ziele am entscheidendsten gewonnen werden. Allein auch aus anderen Rücksichten strebt er, die gegenseitige Paralysierung der Kräfte Mittel-Europas zu beenden, denn die Kultur- wie die materiellen Interessen verlangen dringend die Eröffnung neuer großartiger Bahnen der Entwickelung."

Im November 1875 erfolgten bedeutsame Kundgebungen von Berlin aus, die den Suezkanal betrafen, aber dabei die Politik Bismarcks in bezug auf Frankreich neu beleuchteten. „Wir kennen die Gefühle, mit denen man in Frankreich die Meldung der „Times" entgegennimmt, daß die englische Regierung von dem Khedive von Egypten 177.000 Aktien des Suezkanals gekauft hat. Was das bedeutet, ist ohne Kommentar klar; nicht englische Privatleute, die Regierung selbst legt Hand auf die ägyptische Weltstraße; es ist kein Zweifel mehr, daß sie sich dort gründlich niederzulassen und mit ihrer ganzen Macht für diese Position einzutreten gedenkt. Welche weitaussehenden Hoffnungen knüpften sich in Frankreich an

Digitized by Google

den Bau jenes länderverbindenden Kanals, jener Großthat des dritten Napoleon, und welche Befürchtungen und Anfeindungen wurden gegen dasselbe Unternehmen in England rege! Nunmehr werden die Rollen vollständig verkehrt, man sieht England sich des ausgeführten Werkes bemächtigen und Frankreich, dessen Kunst und Energie das Werk geschaffen, mit kühler Ironie bei Seite geschoben. Erst heute und mit diesem Zuge erfüllen sich die Folgen der Schlacht von Sedan ganz.

„In der That, wenn Frankreich hier in seinem Lebensnerv getroffen wird — nicht gegen uns und unser Verhalten hat es seine Anklagen zu richten. Nachdem wir in offenem, uns aufgedrungenem Kampf den Gegner zu Boden geschlagen hatten und er hilflos unter der Spitze unseres Degens lag, haben wir ihn gegen Abtretung einer Grenzprovinz entlassen, altes Streitgut, dessen Rechtstitel für Frankreich wiederum nur das Kriegsglück war, wir haben uns weiter unsere Kriegskosten bezahlen lassen. Wessen Sinn von Groll nicht ganz verblendet ist, der wird zugestehen müssen, daß wir Frankreich bei seinem Aufrichten ehrlich die Hand gereicht haben dem Kommuneaufstand gegenüber wie behufs der Erledigung finanzieller Schwierigkeiten und der schnellen Rückgabe seines Hausrechtes im eigenen Lande. Frankreich aber hat weder verstanden zu siegen noch seine Niederlage zu ertragen. Vom Tage des Friedensschlusses ab, hat man keine Gelegenheit vorbei gehen lassen, um zu zeigen, daß man in Frankreich nur eine Politik kenne, die der Revanche gegen Deutschland um jeden Preis. Man hat dem Hund nachgeahmt, der nach dem Schatten im Wasser schnappt und die sichere Beute dabei verliert, die er im Munde hatte. Wenn die orientalische Frage heute ohne Frankreich gelöst würde, wenn England sich in Ägypten festsetzt — wer ist schuld daran als Frankreich selber? Es ist das große Verdienst des dritten Napoleon, deutlich erkannt zu haben, wie Frankreichs Zukunft nicht in dem Rheingebiet beschlossen liegt, dort, wo jeder Zoll Bodens gegen eine an Zahl und Kraft überlegene Nation erkämpft und behauptet werden muß. Er wies Frankreich nach dem mittelländischen Meer hin, nach dem Orient, wo einer der Ausdehnung fähigen Nation so große Ziele sich aufthun. Die Feinde wie die Freunde des Imperators drängten ihn gegen den inneren Zug seines Geistes zum Krieg gegen Deutschland, den verhängnißvollen Fehler, den Napoleon mit dem Angriff begonnen; seine Nachfolger in der französischen Regierung haben ihn mit verstärktem Nachdruck fortgesetzt. Sie haben zum

Digitized by Google

Verlust des Rheins, jetzt noch den des Orients gefügt, wo Napoleon Frankreichs Ansehen so hoch erhalten hatte, und nichts klingt lächerlicher, als wenn man diese impotenten Staatsmänner noch immer ihre Verherrlichung darin suchen sieht, auf der Erinnerung an den gestürzten Imperator herumzutreten. Mit Unrecht wendet sich der Zorn der Franzosen jetzt gegen England, weil dieses in dem so geschaffenen Zustand seine Interessen verfolgt. An Warnungen hat es gerade von England aus dem französischen Volke nie gefehlt, aber die kurzsichtige Politik, die man in Paris trieb, das Liebäugeln mit dem Ultramontanismus, das Wutgeheul gegen Deutschland wies man in England von sich. In die Abenteuer einer europäischen Restaurationspolitik mochten die Staatsmänner Englands nie sich hineinziehen lassen. In der Erbschaft des auswärtigen Amtes, die die Staatsmänner Mac Mahons übernahmen, entdeckten sie vermutlich die alte Schablone, nach welcher die Bourbonen vor 1830 und im Jahre 1867 Moustier und Beust ihre Politik zugeschnitten hatten. Darnach machten sich die Herren eine Orientpolitik zurecht und ihre Politik zu Deutschland ließen sie sich von den Leidenschaften vorschreiben, die sie selbst noch stachelten und reizten. Ist es zu verwundern, daß diese Politik jetzt doppelten und dreifachen Bankerott macht und der Suezkanal, das Werk Napoleons und Lesseps, wie eine auf dem Boden liegende Beute von England heute aufgehoben wird?"

Das war die Sprache, die von Berlin her zuerst über das Vorgehen Englands laut wurde und in Frankreich nicht unbemerkt blieb

Einige Tage später wurde geschrieben: „Es liegt etwas Romanhaftes in dem Koup, mit welchem Disraeli in die orientalische Frage eingetreten ist, etwas was daran erinnert, daß der englische leitende Minister zugleich der Verfasser von Coningsby und Venetia ist. Die ganze Szenerie ist verändert, wie in dem Spiel der bunten Gläser, wo ein kleiner Wurf genügt, um eine ganz neue Zusammenstellung zu bilden. Nun die erste Überraschung vorbei ist, sucht Europa sich zu sammeln, es prüft, was geschehen und wie es geschehen ist, es will sich der Folgen klar werden, die in der gegenwärtigen Lage aus einem solchen Ereignis erwachsen können.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die Situation. Während Graf Andrassy und General Ignatiew sich nach dem Ausdruck eines Wiener Blattes den Kopf des Großsultans darüber zerbrochen, wie eine totale Änderung des türkischen Regiments möglich wäre, ohne daß der vermürbte Bau dabei auseinanderbreche, sieht der Khedive

Digitized by Google

sich in gefährliche finanzielle Schwierigkeiten verwickelt. Er besitzt von besseren Zeiten noch eine Art Sparpfennig, die annähernde Hälfte der Suezkanalaktien; freilich im Augenblick nur den Schein eines Wertes, ein zinsloses nacktes Eigentum, denn der Zinsfuß selber, auf eine Reihe von Jahren hinaus, ist bereits verlebt und verwertet. Mit diesen unermeßlichen Papierbündeln erscheint Said Pascha dann auf dem europäischen Geldmarkt, er begegnet aber überall nur abweisenden Gesichtern und zugeknöpften Taschen. So wendet sich der Vizekönig dann schließlich an die Stelle, wo zugleich das höchste Interesse wie die größten Mittel für ein solches Unternehmen sind, an Englands Regierung, oder kam ihm diese, was ziemlich gleich, auf halbem Wege entgegen, denn was sollte England thun? Ablehnen oder vorübergehen lassen wäre nicht minder gefährlich, vielleicht noch gefährlicher gewesen als annehmen. Denn wer bürgte England dafür, daß eine andere Macht etwa weniger vorsichtig und skrupulös sein würde, als es selbst. Der Augenblick drängte, so griff es zu. Was kann England dafür, daß der Herzog v. Decazes und Gambetta aus ihrem wechselseitigen Streit, daß Graf Andrassy und General Ignatiew aus ihrer eingehenden Verhandlung etwas konsterniert auffahren. Es konnte wohl nicht warten, bis diese verschiedenen Auseinandersetzungen fertig waren.

„Aber damit ist die Sache allerdings noch nicht zu Ende. Weder wird sich England dabei beruhigen, Hauptaktionärin in einem französisch-ägyptischen Unternehmen mit Verwaltungsratssitz in Paris zu sein, noch wird es die übrige Welt über die wichtigste Weltstraße in einer Börsenoperation entscheiden lassen. Es ist zweifellos, daß die Interessen der Mittelmeerstaaten von dem Besitz des Suezkanals berührt werden. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat der Kanal dargethan, eine wie große Bedeutung in ihm liegt für den heutigen Handel mit dem Norden Afrikas und mit Asien. Diese Bedeutung muß in demselben Verhältnisse wachsen, als der Verkehr Europas mit diesen Ländern von Jahr zu Jahr gewaltigere Maße annimmt. Wer den Schlüssel von Suez hat, gebietet über einen großen Teil der Handelsinteressen Europas, denn die alte Verkehrsstraße um Afrika kann ebensowenig den neuen Weg auch nur zeitweise ersetzen, als eine Schienenverbindung durch den asiatischen Kontinent das vermöchte. Der Suezkanal ist ferner das Ausfallstor für eine ihn besitzende Seemacht, welche im Mittelmeer nur noch einen Nebenbuhler zu fürchten hätte, einen starken

Digitized by Google

Beherrscher der Dardanellen. Und England hat in seiner Handelsflotte die Gewaltmittel für eine politische Verwertung zu Gebote stehen. So ist es natürlich, daß England Sorge trägt, diesen wichtigen Punkt sich zu sichern. Aber ebenso verständlich die Sorge Englands um einen freien Durchgang seiner Schiffe nach seinen asiatischen Besitzungen hin ist, ist die Sorge der übrigen Staaten. Diese wächst gerade mit dem Moment, wo England ausschließlich seine Hand auf den kontinentalen Schlüssel legen will. Die 177.000 Aktien sind in Englands Händen vollgewichtiger, als in denen irgend einer anderen Macht. Es ist nicht zu leugnen, daß das Geschäft im Grunde einen privatrechtlichen Charakter hat, der einer politischen Behandlung in mancher Hinsicht widerstreitet. Allein die Politik rechnet mit Thatsachen, nicht mit Rechtsgrundsätzen. Die Forderung, welche England an die Verwaltung des Suezkanals stets in erster Reihe gestellt hat: daß der Kanal einen internationalen Charakter trage — wird sich auch gegen England stellen lassen. Wir glauben nicht annehmen zu dürfen, daß England, wie in letzter Zeit von dorther die Rede ging, ernstlich sich anschickt, seine Flotte für Ägypten oder besser gegen die Unabhängigkeit Ägyptens auslaufen zu lassen, daß es nun schon den Moment gekommen meine, wo es gelte, mit der ganzen Lösung der Orientfrage sein Erbteil an den türkischen Nachlaß vorweg in Sicherheit zu bringen. Vielmehr scheint es uns, daß dieser Schritt Englands die ohnehin nicht friedliche noch erfreuliche Lage unseres Ostens nur noch mehr verwirren könnte. England hat sich bisher von der Leitung der türkischen Dinge in dem friedlichen Sinne, wie der Bund der Kaiserhöfe sie bisher verstanden hat, ebenso sehr zurückgehalten, als es überhaupt das Bestreben gezeigt hat, der Politik, welche aus der Neugestaltung Deutschlands für ganz Europa hervorsprang, wenigstens äußerlich durchaus fremd zu bleiben. Der Weg, den es heute in Ägypten einschlägt, hat dem Anschein nach dieselbe Richtung der isolierten Politik. Deutschland ist Ägypten diejenige Vormacht, welche am leidenschaftslosesten die politischen Interessen abwiegen kann. So dürfen wir auch hoffen, daß die Richtung jenes Weges nur eine scheinbare sei, daß eine Verständigung mit England möglich sein werde in dem Sinne der Friedens- und Gleichgewichtspolitik, welche Deutschland mit seinen Verbündeten vertritt."

„Das französische Gefühl ist erregt", wurde alsdann hinzugefügt, „es tobt in der Presse, ist in der Nationalversammlung kaum zu-

Digitized by Google

rückzuhalten — es sucht nach einem Opfer. Auch ist ein solches schon gewählt und bezeichnet; dem Herzog v. Decazes wird die Suezangelegenheit zur Last geschrieben, sein Ansehen ist gemindert, seine Stellung erschüttert, und sein definitiver Fall würde niemand überraschen. Und doch ist gerade der Herzog v. Decazes einer der wenigen französischen Staatsmänner, deren Mäßigung und Zuverlässigkeit Europa ein verhältnismäßiges Vertrauen schenkt, der Vertreter einer Richtung, die noch am ehesten geeignet wäre, Frankreich aus seiner vollständigen Isolierung zu erlösen. Dagegen sind diejenigen, die den französischen Minister am lautesten anklagen, gerade diejenigen, auf welche der in der Suezaffaire gegen Frankreich geführte Schlag am direktesten zurückzuführen ist. Sollte jemand im Ernst es dem Herzog v. Decazes zum Vorwurf machen wollen, daß er die Suezaktien nicht gekauft hat? Wir haben keinen Beruf, den französischen Minister gegen die Anklagen zu verteidigen, mit denen der größte Teil der französischen Presse ihn überschüttet — aber wir sind unbefangen genug, uns nicht gegen offenliegende Thatsachen zu verschließen. Nehmen wir an, Decazes habe die ägyptische Regierung bewegen können, das Geschäft mit ihm abzuschließen, eine Unterstellung, zu der wir ein großes Fragezeichen beizusetzen haben, unterstellen wir weiter, Frankreich, das erst zehn Milliarden für einen Krieg ausgegeben, habe finanziell vor der ersten Einlage von 100 Millionen Franken und dem, was mit Notwendigkeit sich anschließt, nicht zurückzuschrecken, beschränken wir uns lediglich auf die politischen Konsequenzen. Nehmen wir an, das Geschäft wäre abgeschlossen, am Tage nach dem Kaufgeschäft hätte Frankreich einen Gegner mehr in der Welt gehabt, einen der zähesten und gefährlichsten, in England. Durch ganz Europa aber hätte es wie ein Schlag gezuckt und Frankreichs Vorgehen in Ägypten hätte einen Sturm gegen es entfesselt. Die Pläne der Ostmächte, mögen dieselben sein, wie sie wollen, wären durch ein französisches Eindrängen am Nil jedenfalls gekreuzt worden und eines schönen Morgens würde sich wahrscheinlich der Herr v. Decazes vor der ebenso freundlichen als dringenden Einladung Europas gefunden haben, baldgefälligst das Geschäft wieder rückgängig zu machen. Frankreich hat bereits 1840 ägyptische Erfahrungen gemacht, es würde diesmal solche in verhältnismäßig verstärktem Maße haben machen müssen. Wenn die Franzosen sich die Sache genau überlegen, würden sie es dem Herzog v. Decazes danken, daß er ihnen eine schwere Demütigung erspart hat. Dafür könnte

Digitized by Google

aber für die Verfolger des Herzogs v. Decazes von Interesse sein, ihrerseits zu untersuchen, wie sie denn eigentlich zur Sache stehen, und ihr Konto scheint uns außerordentlich belastet.

„Gambetta und die Seinen mögen es mit ihrer Nation ausmachen, daß sie eine Revolution während eines äußeren Krieges auszuführen hatten und einen verlorenen Feldzug bis zur Erschöpfung fortsetzten. Die Konsequenzen solcher Dinge sind nicht mit einem Friedenstraktat abgemacht, sie sind weitaussehend. Was Frankreich vom September 1870 bis Januar 1871 zugesetzt hat, tritt erst allmählich zu Tage. Wir haben schon jüngst darauf hingewiesen, wie die Folgen der Schlacht von Sedan sich jetzt erst vervollständigen. Sollen wir aber speziell vom Orient sprechen, so ergibt sich das sonderbare Schauspiel, daß Gambetta dort eine Krypto- und Gegenpolitik gegen die offizielle französische Politik getrieben hat, die namentlich auch Ägypten zu ihren Behandlungsobjekten zählte. Der ägyptische Khedive hatte sein Herz, und mit Recht, daran gesetzt, sein Land von der Plage der Konsularjustiz zu befreien und eine internationale Rechtsprechung herzustellen. Alle europäischen Staaten kamen dem Vizekönig entgegen, das offizielle Frankreich des Herzogs v. Decazes schloß sich diesem allgemeinen Zuge an, aber Gambetta mit den Seinen wußte die Vertragsgenehmigung in der französischen Nationalversammlung bis auf den heutigen Tag zu verschleppen. In Kairo machte man sich damit natürlich keine Freunde. — Nubar Pascha, der speziell diese Angelegenheit betrieb, mag die Gelegenheit schon lange erspäht haben, Frankreich dessen Haltung entgelten zu lassen. Als Zeit und Stunde gekommen war, führte Nubar Pascha seinen Streich und er hat richtig getroffen — der Stich sitzt.

„Gambettisten und Ultramontane, die bittersten Verfolger des Herzogs v. Decazes, haben ihre Stimmen nie zurückgehalten, wenn es galt, eine Revanchepolitik gegen Deutschland als unwandelbaren Magnet der französischen Bestrebungen hinzustellen. Wir sagen nicht, daß die Orleanisten besser sind, vielleicht sind sie die gefährlichsten Gegner, aber Klerikale und Gambettisten ihrerseits dürfen sich nicht wundern, wenn gegenüber Frankreich sich ein festgeschlossenes Europa aufrichtet, das einen Staat von solchen friedensgefährlichen Plänen mit einer Mauer des Mißtrauens umgibt. So hat die Welt sich schnell dabei beruhigt, daß England sich in Ägypten festsetzt, denn von der Macht dieses Staates erwartet man keine Störung des Weltfriedens. Eine Stärkung der Macht und

Digitized by Google

des Ansehens Frankreichs ist aber immer noch, nach der allgemeinen europäischen Meinung, ein Schritt näher zum Weltbrand.

„Der Herzog v. Decazes war klug genug, dies alles zu sehen; er hat der Anmutung der Klerikalen, ultramontane auswärtige Politik zu treiben, widerstanden; er hat versucht, Europa und selbst Deutschland wenigstens äußerlich mit Entgegenkommen zu behandeln; er war klug genug, um den gefährlichen ägyptischen Handel weit herumzugehen, der Herzog v. Decazes ist weder ein Richelieu noch ein Talleyrand, aber er ist ein Staatsmann, dem, wie Thiers sagt, ein gewisses Zutrauen entgegenkommt. Es ist daher Grund genug vorhanden, daß man ihn in Frankreich zum Fall bringt, und wir sind hierauf durchaus gefaßt."

Im Jahre 1882 erlag Frankreich in Ägypten durch seine eigene Schuld und durch das Vorgehen Englands vollständig. Das festgehaltene Ziel Gambettas war, die Macht Frankreichs zu einem Stoße gegen Deutschland zusammenzuhalten, jede Zersplitterung zu verhüten; die Allianz mit Rußland betrachtete er als die nächste zu erstrebende Aufgabe. Seine Nachfolger versuchten es auf andere Weise. Während sie ihren Thatendrang auf eine verwegene Kolonialpolitik werfen ließen, suchten sie, der mitteleuropäischen Friedensliga gegenüber, Anknüpfung bei der italienischen Revolutionspartei. „An der Entstehung der Kolonialunternehmen mag nicht alles rein und sauber, der Fortgang mit vielerlei Gefahren und Glücksumschlägen verbunden sein, eine gewisse Großartigkeit läßt sich gleichwohl dieser Politik nicht absprechen. In Tunis, Madagaskar, am Senegal und Gambia, in Anam und Tonkin suchen sie einzudringen, sich festzusetzen oder die Oberherrschaft zu erlangen. Herr v. Lesseps sinnt, nachdem ihm der Suezkanal gelungen, auf die Lösung neuer Unternehmen; in der Eisenbahn durch die Sahara, von der Südgrenze Algeriens nach Timbuctu, und der Schaffung des großen Sees in dieser Wüste, die er und seine Ingenieure träumen, steckt zur Zeit zweifellos noch ein gutes Teil Phantastik und Abenteuersucht, aber wer vermöchte sich dem Eindruck zu entziehen, daß hier Ruhm und mächtige Entwürfe vorliegen, wie sie dem Zeitalter der universalen Kultur geziemen? Entwürfe, die sich nur schwer mit dem Deutschenhaß und der Revanche-Politik vereinigen lassen, die in einem bestimmten Stadium der Entwickelung die Augen Frankreichs von seiner Ostgrenze ab in die Weite lenken müssen, weil sie die gesamte Volkskraft in Anspruch nehmen werden."

Digitized by Google

Daran, daß der Ehrgeiz und Expansionsdrang Frankreichs in andere Bahnen einlenkt, daß derselbe in einer großartigen Ausgestaltung des Kolonialsystems Ersatz sucht für das, was an Deutschland verloren ging — an dieser günstigen Wendung der Dinge hat die Politik Bismarcks unstreitig bedeutsamen Anteil. Kein anderer als er war es, der den Lenkern der französischen Republik die Erkenntnis erschloß, daß für Frankreich die Wahrung seiner Machtstellung außerhalb Europas ganz andere Bedeutung habe, als die durchaus zweifelhafte Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen.

Für das Verhalten des Fürsten Bismarck gegenüber der französischen Revanche seit dem Kriege ist sodann der Briefwechsel mit dem deutschen Botschafter in Paris, Graf Arnim, aus den Jahren 1872 ff., orientierend. Es folgen hier einige Schriftstücke daraus:

Schreiben des Grafen Arnim vom 6. Mai 1872.

„Bei meiner letzten Unterredung mit Herrn Thiers wiederholte mir derselbe in wärmsten Ausdrücken, wie aufrichtig und inständig er den Frieden und zwar einen langen Frieden wünsche. Frankreich sei nicht in der Lage, einen neuen Krieg zu führen. Daher suche er alle Komplikationen zu vermeiden, allen Verwickelungen vorzubeugen, wo sie auch auftauchen möchten.

„Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit anderen Mächten geraten sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein, darum sei aber gar nicht gesagt, daß Frankreich in einem solchen Fall gegen Deutschland auftreten müsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Kompensationen zu erkaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unnötig machen könnten. Übrigens werde er — Thiers — alles dies nicht erleben. Er sei müde, alt, krank und so degoutiert von dem stupiden undankbaren Verhalten der Nationalversammlung, daß er keinen anderen Gedanken habe, als sein Land von der Okkupation zu befreien und sich dann zurückzuziehen.

„Ich erwiderte dem Präsidenten, daß ich an der Aufrichtigkeit seiner Äußerungen keinen Zweifel haben könne, weil dieselben der Natur der Dinge entsprechend wären. Aber seine persönliche Weisheit und seine persönliche Friedensliebe wären doch für uns sehr schwache Bürgschaften, so lange über die Dauer seiner Amts-

Digitized by Google

führung und seinen Nachfolger gar keine Gewißheit vorliege. Er sei täglich auf dem Punkte, sich mit der Nationalversammlung zu brouillieren, und ihr sein Portefeuille vor die Füße zu werfen. An wen sollten wir uns dann halten? Herr Thiers erwiderte, daß die Versammlung nicht den Wunsch haben würde, sich mit ihm zu überwerfen. Käme es aber doch so, oder sollte der Tod ihn überraschen, so würde seiner Vermutung nach weder Heinrich V., noch Aumale, noch Gambetta sein Nachfolger sein, sondern ein honetter Bourgeois, wie z. B. Casimir Perier.

„Von Napoleon könne nicht die Rede sein, er habe übrigens den General Fleury kürzlich gesehen und von demselben die Versicherung erhalten, daß die Bonapartisten auf jede Konspiration während seiner Präsidentschaft verzichten. Für die Zukunft behielten sie sich allerdings ihre Ansprüche vor, aber sie seien ohne Aussichten. Soweit Herr Thiers.

„Die Meinung aber aller derer, welche nicht bloß Paris, sondern auch die Provinzen kennen, geht dahin, daß er sich über die Lage täuscht. Um nicht auf Nüancen einzugehen, möchte ich behaupten, daß nach einer weitverbreiteten Überzeugung das allgemeine Stimmrecht nur zwei Resultate haben kann, nämlich entweder Gambetta oder Napoleon.

„Was den ersten betrifft, so ist unverkennbar, daß er in den Provinzen, namentlich im Süden, täglich neue Fortschritte macht. Der Sozialismus und die rote Demokratie gewinnt namentlich unter der Landbevölkerung immer mehr Boden und es ist dahin gekommen, daß die Bauern radikaler sind als die Pariser. Allenthalben, wo eine Manifestation der öffentlichen Meinung stattfindet, ist sie Gambetta und der roten Republik günstig. Selbst in der Armee verhält es sich nach dem Urteil des Marschalls Bazaine ähnlich. Er hält die Armee für ganz korrumpiert und ist namentlich auch davon überzeugt, daß sie der herrschenden Strömung nicht widerstehen, sondern ihr folgen würde; Mac Mahon ist in seinen Augen kein Bürge für die Aufrechthaltung der Ordnung. Ein Gegengewicht gegen die überwuchernde Gewalt der Demokratie — welche übrigens in Gambetta nur vorläufig einen Ausdruck finden würde — ist augenblicklich noch in dem Einfluß des napoleonischen Namens zu finden. Marschall Bazaine meint, daß heute das Kaiserreich wohl noch stark genug sei, um die Zügel der Regierung zu ergreifen. Unzweifelhaft würden die Furchtsamen und die Besitzenden, welche weder in Aumale, noch in Casimir Perier, noch

Digitized by Google

in Gambetta eine Garantie finden, sich ohne Bedenken unter die Flügel des Empire retten.

„Indessen — es ist nicht ganz leicht, die Ereignisse so zu dirigieren, daß das Empire sich wirklich im rechten Augenblick in den Sattel setzen kann.

„Die Rechnung der bonapartischen Faiseurs beruht darauf, daß die Nationalversammlung im Falle einer präsidenziellen Sedisvakanz einen Diktator ernennen wird. Dieser Diktator müsse Mac Mahon, der General Ciffey oder der General Vinoy sein.

„Alle drei sollen sich verpflichtet haben, eine Berufung an das Volk zu veranstalten, aus welcher nach der Meinung der Imperialisten Napoleon hervorgehen wird. Wie aber, wenn die Nationalversammlung keinen Diktator ernennt? Oder wenn sie Aumale oder Casimir Perier zum Präsidenten wählt?

„Hier liegt der Punkt, wo die bonapartistische Partei darauf rechnet, daß wir in unsrem eigenen Interesse ihr dadurch zu Hilfe kommen werden, daß wir an den Diktator oder den unzuverlässigen Präsidenten das Verlangen richten, eine Regierung herzustellen, welche uns den Frieden verbürgt und eine Garantie gegen revolutionäre Propaganda gibt.

„Meine schon anderweitig ausgesprochene Ansicht ist, daß wir die von den Bonapartisten mit uns gesuchten Verbindungen nicht von der Hand weisen sollen.

„Um so weniger, als sie einerseits durchaus keine Intriguen gegen die jetzige Regierung im Sinne haben, anderseits unter allen Parteien die einzigen sind, welche offen unsere Unterstützung nachsuchen und die Versöhnung mit Deutschland in ihr Programm aufnehmen, während alle andren Fraktionen und Schattierungen jeden Verkehr mit uns auf das Sorgfältigste vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutschland auf ihre Fahne schreiben.

„Ich erkenne in der Kandidatur des Duc d'Aumale eine ebenso große Gefahr, wie derjenigen Gambettas und die sogenannte anständige Republik, welche durch Casimir Perier oder Grevy repräsentiert werden würde, kann nur ein Übergang zu Gambetta sein. Ist doch selbst das System Thiers im jetzigen Augenblick unmöglich durch seine immer intimer werdenden Beziehungen zu Gambetta. Darum erscheint mir als die wünschenswerteste Entwickelung der politischen Lage eine solche, welche uns einerseits Zeit läßt, mit der jetzigen Regierung ein Abkommen über die baldige Zahlung und Sicherung der drei Milliarden zu treffen, anderseits aber

Digitized by Google

den unvermeidlichen Regierungswechsel so beschleunigt, daß die Anwesenheit unserer Truppen im Lande uns noch Gelegenheit gibt, auf die Krisis im Lande einen bestimmenden Einfluß zu üben."

Antwort des Fürsten Bismarck.

„Ew. pp. gef. Bericht Nr. 70 vom 6. d. M. über die Lage und Aussichten der Parteien in Frankreich ist mir von großem Interesse gewesen.

„Die darin niedergelegten Wahrnehmungen bestätigen nur, was mir auch von anderer Seite her aus Privatnachrichten zukommt, daß die Orleanistischen Prinzen, namentlich durch ihr Verhalten in Geldangelegenheiten, ihren Boden in Frankreich mehr und mehr verlieren, und ich stimme auch mit Ew. pp. darin überein, daß Deutschland keine Veranlassung hat, ihr Gelangen zur Regierung zu wünschen, daß vielmehr, unter den verschiedenen Parteien, welche um die Herrschaft streiten, das Bonapartische Kaisertum wahrscheinlich diejenige ist, von welcher sich noch am ersten ein leidliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hoffen läßt. Unsre erstere Aufgabe bleibt natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, so lange dieselbe für uns die Repräsentation des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von neuem uns gegenüber legitimieren müssen; wir haben keinen Anlaß, dabei der Bonapartistischen Partei die Exklusive zu geben, und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was sie schwächen, was ihr in den Augen der Nation schaden, oder ihre Stellung erschweren könnte. Eine, aus unserer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünstigung für dieselbe, würde aber sicher diese Folgen haben."

In einem spätern Schreiben sagte Fürst Bismarck:

„Ew. pp. haben in dem gefälligen Bericht Nr. 13 vom 22. d. M. die sozialen Verhältnisse in Paris geschildert, insofern die dort lebenden Deutschen und die Mitglieder der Botschaft davon betroffen werden, und sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß diese Verhältnisse und die Schwierigkeiten, welche für Ew. p. p. daraus sowohl in bezug auf den Schutz unserer Landesleute als auf die eigene gesellige Stellung hervorgehen, hier nicht die volle Würdigung finden. Diese Voraussetzung ist unbegründet. Ew. p. p. wollen vielmehr überzeugt sein, daß die peinliche Lage der Deutschen in Frankreich vollständig bekannt ist und Se. Majestät der Kaiser nicht daran zweifelt, daß Ew. p. p. sich nicht in der Lage befinden, denselben einen bis in

Digitized by Google

das Privatleben wirksameren Schutz gegen den französischen Haß zu gewähren, noch auch in bezug auf ihre gesellige Stellung eine Besserung herbeizuführen, die nur von der Zeit — und vielleicht nicht einmal von dieser — erwartet werden kann.

„Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die gesellige Ausschließung, welche den Mitgliedern der Botschaft gegenüber in Anwendung gebracht wird, für dieselben manche Entbehrungen mit sich führt, die ihnen in allen Ländern erspart bleiben würden, so hat anderseits der so wenig verhüllte Haß der Franzosen zur Folge, daß die Aufgaben ihrer Stellung in mancher Hinsicht wesentlich vereinfacht und erleichtert werden.

„Während jeder Vertreter Sr. Majestät im Auslande es sich zur Pflicht zu machen hat, in amtlicher und geselliger Hinsicht vielfache Verbindungen anzuknüpfen, über die Stimmung des Landes fortdauernd informiert zu sein, auf diese Stimmung Einfluß zu gewinnen, gutes Einvernehmen zu fördern, dessen Störung sogleich zu verhüten, so haben die Verhältnisse sich seit dem Kriege in Frankreich so gestaltet, daß der Vertreter Sr. Majestät des Kaisers auf die Lösung dieser Aufgabe verzichten muß, weil sie vollständig nicht möglich ist, und partiell sporadisch ohne Nutzen sein würde.

„Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bedürfnisse so weit zu organisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag. Wenn es richtig ist, daß J. M. die Kaiserin den Rat des Herrn Guizot darüber erbeten hat, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Exzellenz, so lange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu

Digitized by Google

führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. Oderint dum metuant.

„Die klare Erkenntnis dieser Sachlage überhebt den diesseitigen Vertreter in Frankreich des größten Teils der schweren Aufgabe, die ihm unter normalen Verhältnissen zufallen würde. Es kann uns wenig Interesse bieten, über die Äußerungen dieses oder jenes französischen Staatsmannes oder Deputierten informiert zu sein, da alle im wesentlichen denselben uns feindlichen Zweck verfolgen. Es erscheint deshalb auch als vergebliches Bemühen, gesellige Beziehungen aufzusuchen, die sich nicht von selbst darbieten oder in einzelnen Dingen eine Einwirkung ausüben zu wollen, welche die Gesamtentwickelung der Dinge weder aufhalten noch modifizieren kann.

„In geselliger Hinsicht kann ich daher Ew. p. p. Auffassung nur vollständig teilen, daß es nicht Ihre Aufgabe ist, Leuten nachzulaufen, die Ihnen nicht auf halbem Wege entgegenkommen, oder die es in irgend einer Beziehung an der Ihrer Stellung schuldigen Höflichkeit fehlen lassen. Im allgemeinen wird den Verhältnissen am meisten entsprochen, wenn Ew. p. p. wie bisher in ruhiger Würde und Zurückhaltung die geselligen Beziehungen abwarten, die sich infolge besonderer Veranlassungen darbieten. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Ew. p. p. die einer solchen Haltung zum Grunde liegende Absicht den Franzosen um so deutlicher machen und damit auch den Intentionen Sr. Majestät entsprechen werden, wenn Sie in den Fällen, wo ein Entgegenkommen von Seiten einzelner Franzosen sich ausnahmsweise zeigt, diesen Ausnahmen gegenüber die unverkürzte Erwiderung der Artigkeit eintreten lassen, wie sie unter gewöhnlichen Verhältnissen üblich ist.

„In bezug auf die Übelstände, unter welchen die in Paris lebenden Deutschen in ihrer geschäftlichen Existenz durch den Haß der Franzosen zu leiden haben, sind wir, wie Ew. p. p. mit Recht hervorheben, nicht in der Lage, eine Abwehr zu schaffen, so lange nicht in den einzelnen Fällen eine Ungesetzlichkeit nachgewiesen werden kann. Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demütigungen gefaßt sein, und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Sie würden, wenn sie auf achtungsvolle Behandlung in erster Linie Wert legten, besser gethan haben, ihre Talente oder

Digitized by Google

ihre Arbeitskraft dem eigenen Lande zur Verfügung zu stellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwertung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung S. M. des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Verkehrs-Interessen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem Pariser deutschen Ursprungs, der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisieren."

Am 23. Nov. 1872 schrieb Herr v. Balan aus Berlin an Graf Arnim: „Ew. Exzellenz geheime Berichte vom 10. und 12. d. M. haben sowohl Seiner Majestät dem Kaiser als dem Fürsten Reichskanzler vorgelegen, welchem sie, Ihrem Wunsche gemäß, gleichzeitig übersendet worden sind. Daß die von hier aus inspirierte und überhaupt die einheimische Presse die monarchischen Elemente in Frankreich herabwürdige, kann der Reichskanzler nicht zugeben. Jedenfalls würde dies nicht auf Instruktion beruhen; aber, wie gesagt, auch die Thatsache wird nicht anerkannt, wenngleich die deutsche Presse im allgemeinen sich der Angriffe auf Thiers und seine Regierung allerdings enthalten hat. Den Schlußfolgerungen, welche Ew. Exzellenz aus den mancherlei Bedenken des jetzigen französischen Regimes ziehen, kann Seine Durchlaucht nicht beipflichten. Fürst Bismarck ist durchaus nicht der Ansicht, daß keine französische Regierung daran denken würde, die pekuniären Verpflichtungen gegen Deutschland nicht zu erfüllen. Im Gegenteil erfordert nach der Ansicht Seiner Durchlaucht unser Interesse, zuerst die Zahlung der Kriegsentschädigung und die Vollziehung des Friedensvertrages abzuwickeln, die Entwickelung der inneren französischen Angelegenheiten nach wie vor sich selbst zu überlassen, wenigstens uns denselben nicht mit vorgefaßten Deduktionen und Plänen gegenüber zu stellen. Unter Umständen können wir allerdings die Elemente begünstigen, deren Thätigkeit unserem Interesse zusagt; dazu müssen wir abwarten, daß sie auf der Bühne erscheinen, nicht aber sie konspiratorisch benutzen wollen. Ein monarchisch konstituiertes Frankreich würde größere Gefahren für uns haben, als die sind, welche Ew. Exzellenz in dem ansteckenden Einfluß der republikanischen Institutionen sehen. Das Schauspiel, welches diese darbieten, erscheint eher geeignet, abschreckend zu wirken. — Mit den Legitimisten könnten wir überdies unter keinen Umständen gehen, da sie immer päpstlich gesinnt sein werden. So lange unser Kampf mit der Kurie dauert, dessen Ende nicht abzusehen ist, können wir ein solches Element nicht begünstigen. Die Ansicht, daß jede andere Regierungsform in Frankreich als die republikanische für uns unannehmbar wäre, würde zu weit gehen und wird daher von der inspirierten Presse auch niemals vertreten werden. Anderseits aber würden wir, wenn wir für irgend eine andere Regierung daselbst Partei nehmen, auch die gegen dieselbe gerichteten Feindschaften erben; wir würden Frankreich dadurch erst bündnisfähig machen, was es jetzt nicht ist. — Über die Gefährlichkeit von Thiers kann man theoretisch sehr ver-

Digitized by Google

schiedener Ansicht sein. Bei einer so explosiblen Nation wie die französische ist die Zukunft unberechenbar. Da der Fürst aber Euer Exzellenz Ansicht über den Grad dieser Gefährlichkeit nicht teilt, so muß er darauf halten, — und bezeichnet seine Instruktion in dieser Beziehung als unbedingt — daß es nach seiner Ansicht geht, und die Vertreter Seiner Majestät des Kaisers im Auslande nach außen hin sich jeder entgegengesetzten Äußerung enthalten. Sr. Durchlaucht bezeichnet es bei dieser Gelegenheit als einen gewöhnlichen Fehler deutscher Politik, sich zu früh auf die Ereignisse in einer bestimmten Richtung vorzubereiten."

Berlin, 23. Dez. 1872.

Fürst Bismarck an Graf Arnim.

Die Lage der Dinge in Frankreich ist ohne Zweifel eine solche, daß es für jeden, auch den gewiegtesten Diplomaten eine schwierige, vielleicht eine unmögliche Aufgabe ist, sich ein sicheres Urteil über den Zustand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politischen Parteien und Personen und namentlich über die Wahrscheinlichkeit der nächsten Zukunft zu bilden. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch die unberechenbare Leidenschaftlichkeit, welche dem französischen Charakter eigentümlich ist und von welcher auch die gereifteren französischen Staatsmänner weniger frei sind, als die Mehrzahl der deutschen und englischen. Ebenso groß, wie die Schwierigkeit der Beurteilung ist aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurteilung der Sachlage in Frankreich und ihrer Konsequenzen zu gelangen, nicht falsche Prämissen, als richtige und als sichere Basen der eigenen Politik anzunehmen. In einer solchen Situation ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sehr sorgfältigen Prüfung und Richtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnisvollen Bedeutung, welche jede Entschließung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des deutschen Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Allerh. Entschließungen sich als irrtümlich ergeben, obwohl sie von der Kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet wären.

Wenn Ew. Exzellenz die Güte haben wollen, Ihre Berichte seit Ihrer ersten Rückkehr nach Paris bis jetzt, die Meinungen, welche Sie darin über die Lage und die nächste Zukunft über die Stellung und die Behandlung der einzelnen Staatsmänner und über die Aufgaben unsrer Politik ausgesprochen haben, einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, so glaube ich, werden Sie selbst die Größe der Schwierigkeiten würdigen, die es hat, in einem solchen Lande und in einer solchen Lage sich ein Urteil zu bilden, welches man mit derjenigen Sicherheit aussprechen kann, auf die Sr. Majestät der König in so folgenschweren Fragen bei Aktenstücken den Anspruch hat. Meine dienstliche Stellung legt mir die Verpflichtung auf, die Vertreter Sr. Majestät, wenn ich den Eindruck habe,

Digitized by Google

daß ihre Berichterstattung auf irrtümlichen Voraussetzungen beruht, darauf aufmerksam zu machen, und die Wahrheit entweder durch gemeinsame Erörterung zur Feststellung zu bringen, oder in Fällen, wo es sich um Wahrscheinlichkeitsberechnungen für die Zukunft handelt, und ein Einverständnis in bezug auf dieselben nicht zu erreichen ist, die Ansicht festzustellen, welche der Politik, zu der ich Sr. Majestät rate, zu Grunde liegt und gegen welche ein Gesandter daher seine abweichende Ansicht so lange zurücktreten lassen muß, als Se. Majestät der Kaiser und König mir die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut. Kein Ressort verträgt weniger, als das der auswärtigen Politik, eine zwiespaltige Behandlung, eine solche würde für mich in derselben Kategorie der Gefährlichkeit stehen, wie etwa im Kriege das Verfahren eines Brigadiers und seines Divisionärs nach einander widersprechenden Operationsplänen.

Die Erkenntnis dieser Gefahr legt mir die Verpflichtung auf, Ew. Exzellenz zu sagen, daß ich die von Ihnen mit Zuversicht ausgesprochene Überzeugung, als wären unsere rückständigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert, für eine irrtümliche und jede Versicherung, die Ew. Exzellenz darüber geben, für eine sehr gewagte halte. Sie nehmen dadurch eine Bürgschaft auf sich, die niemand übernehmen kann und die deshalb in einem amtlichen Berichte, auf grund dessen Se. Majestät Entschließungen fassen könnte, nicht gegeben werden sollte. Ich halte für wahrscheinlich, daß die Zahlungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt, oder die gouvernementalen Verhältnisse in einer regelmäßigen legalen Entwickelung bleiben, ich befürchte dagegen, daß wir zur Befriedigung unserer Forderungen von neuem das Schwert würden ziehen müssen, wenn durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer andern Gattung von Führern ans Ruder käme. Schon wegen dieser Möglichkeit liegt es in unsrem Interesse, das jetzige Gouvernement mindestens unsrerseits nicht zu schwächen oder zu seinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünschten Weise, würde sich, wie ich glaube, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung und der Räumung einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundschaftlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht thunlich sein würde, ohne daß andere Kabinette und namentlich nur nahe befreundete, auch ihrerseits eine Berücksichtigung des monarchischen Elementes in Frankreich uns mehr oder weniger dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung anderer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der allerdings für alle außer für uns unbequemen Übertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme, europäische Gruppierung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu be-

Digitized by Google

stimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben, aber unsere Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Frankreichs Feindschaft zwingt uns zu wünschen, daß es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung konsolidierter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Friede nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen. Aber wenn unsere auswärtige Politik bewußter Weise dazu beitrüge, den Feind, mit welchem wir den nächsten Krieg zu befürchten haben, durch seine innige Einigung zu stärken und durch eine monarchische Spitze bündnisfähig zu machen, so würde man solchen Vorgang nicht sorgfältig genug verheimlichen können, wenn man nicht eine berechtigte und zornige Unzufriedenheit in Deutschland erregen, ja möglicherweise den verantwortlichen Minister, der eine so landesfeindliche Politik getrieben, einem strafgerichtlichen Verfahren ausgesetzt sehen will.

Diese Erörterungen stehen in Verbindung mit einem anderen schon angedeuteten Irrtum, welcher Exzellenz zu unrichtigen politischen Schlußfolgerungen verleitet. Ew. Exzellenz glauben und haben dies auch mündlich Seiner Majestät dem Kaiser ausgesprochen, daß die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei. Ich vermute, daß Ew. Exzellenz auf diese Befürchtung nicht gekommen sein würden, wenn nicht ausländische Verhältnisse in den letzten Jahren notwendig Ihre Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch genommen hätten, und wenn ein längerer Aufenthalt in Deutschland und im Zentrum der deutschen Geschäfte Sie in die Lage gesetzt hätte, sich ein sachkundiges Urteil zu bilden. Ew. Exzellenz führen in Ihrem jüngsten Berichte an, daß Verbindungen der französischen Demokratie mit Süddeutschland stattfänden. Diese Wahrnehmung kann für Ew. Exzellenz so wenig eine neue sein, wie für uns hier; seit vierzig Jahren enthalten die Archive der innern und auswärtigen Behörden, namentlich, wie ich annehmen darf, das Ew. Exzellenz zur Hand befindliche der Pariser Botschaft, voluminöse und bedauerliche Aufschlüsse hierüber. Die Verbindungen der französischen Demokratie bestehen seit der Juli-Revolution und länger nicht nur mit Süddeutschland, sondern sehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa, denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem größten Nachdruck die französische Demokratie verfolgt, dieses Übel der übrigen Staaten, und namentlich Deutschland gegenüber, wirksam zu erhalten. Es wird sich hierin eben immer dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland, und wie bei der türkenfreundlichen Politik des allerheiligsten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Monarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentliche deutsche Eigentümlichkeit.

Digitized by Google

Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist, von roten zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühle des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Wenn Frankreich noch einen Akt des unterbrochenen Dramas der Kommune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so würde es nur um so stärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen.

Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich; nur so lange die großen Monarchieen Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Kaiser zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechte in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involvieren würde.

Indem ich die Meinungsverschiedenheit, in der ich mich über fundamentale Grundsätze unserer Politik mit Ew. Exzellenz befinde, lebhaft bedauere, habe ich mich der Pflicht nicht entziehen können, dieselbe unumwunden zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Ich bin überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns sich wesentlich vermindern werden, wenn Ew. Exzellenz auf meine eingangs ausgesprochene Bitte eingehen wollen, die Zuverlässigkeit Ihrer Eindrücke von französischen und deutschen Verhältnissen einer sorgfältigen und längeren Prüfung zu unterwerfen, bevor Sie dieselben einem amtlichen Berichte einverleiben, den ich Sr. Majestät vorzulegen habe und der als pièce justificative unserer Politik auch parlamentarisch oder andern Kabinetten gegenüber unter Umständen benutzt werden muß. Es wird sich auf diese Weise auch eine gesichertere Übereinstimmung des Inhalts Ihrer Berichterstattung in sich selbst insoweit herbeiführen lassen, wie es für mich erforderlich ist, um selbst einen festen und dauernden Eindruck des Gesamtinhaltes der Berichterstattung und der Anträge Ew. Exzellenz behufs meiner Vorträge bei Sr. Majestät dem Kaiser zu erhalten.

Mehr aus formalen Rücksichten erlaube ich mir noch die nachstehende Bemerkung. Sie erwähnen in Ihrem Berichte vom 18. d. Mts., daß „man" an indirekte Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und Gambetta glaube. Wenn Ew. Exzellenz sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Regierung durch Se. Majestät den Kaiser in erster Linie geleitet wird, so kennen Ew. Exzellenz die Denkungsweise unseres Allergn. Herrn, um darüber nicht im Zweifel zu sein, daß eine solche Behauptung eine Se. Majestät dem Kaiser persönlich empfindliche Kränkung enthält. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihrer amtlichen Berichte glauben einverleiben zu müssen, so wäre es

Digitized by Google

dabei meines Erachtens indiziert, die Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch das unbestimmte Pronomen „man" zu substantiieren und die geschäftliche Nützlichkeit einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. Exzellenz selbst würden es gewiß und mit Recht nicht für angemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlasse ohne ein nachweisliches Motiv und unter der anonymen Bezeichnung des Pronomen „man" Mitteilung von Gerüchten machen wollte, die etwa über die Verbindungen der Kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existieren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gerücht einer Verbindung der Kaiserl. Regierung mit Gambetta. Es müßten gewiß sehr glaubwürdige Autoritäten und ein dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich dergleichen Andeutungen in einem amtlichen Erlasse machte.

gez. v. Bismarck.

Fürst Bismarck schrieb also damals allen Parteien in Frankreich dieselbe Revanchelust zu, betrachtete die Monarchisten nur deswegen für gefährlicher, weil sie, an die Spitze des Landes berufen, dieses bündnisfähig machen würden. Es ist seitdem sein bewußter Wille geblieben, die Rückkehr der Bourbons und die Herstellung des Kaiserreiches abzuschneiden. Wie man in Berlin über die für die etwaige Wiederherstellung der Monarchie der nach dem im Jahre 1883 erfolgten Tode Heinrichs V. nur noch in Betracht kommenden Orleans denkt, beweist allein die Notiz, welche die „Nordd. Allg. Ztg." bei jenem Todesfalle brachte: „Das neue Organ des Herzogs von Aumale, oder vielmehr das Blatt, in welchem er inkognito seine Weisheit zu Markt bringt, ist der „Figaro". Dieser war es auch, welcher das Signal zum Angriff gegen den „Roi ulan" gab. Die republikanischen Blätter hatten die Ernennung des Königs Alfons zum Inhaber des Schleswig-Holsteinschen Ulanenregiments Nr. 15 ganz unbeachtet gelassen, bis der „Figaro" (das neue orleanistische Organ) plötzlich erklärte, daß die Ernennung „eine furchtbare und berechtigte Erregung in Frankreich hervorrufen müsse." Dazu bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.": Diese Thatsache ist eine gute Lehre für das Ausland.

Gambetta galt in Berlin lange als eine Bürgschaft des Friedens. Als er am 8. August 1880 mit dem Präsidenten der Republik nach Cherbourg kam, um die dortige Flotte zu inspizieren, und dabei eine Rede hielt, in der er mit bezug auf Elsaß-Lothringen von der „immanenten Gerechtigkeit der Geschichte" sprach, bereitete das in Berlin, wie in Deutschland, Unruhe und Enttäuschung zugleich. Man legte sich gleichwohl hier, während in der auswärti-

Digitized by Google

gen Presse die Worte Gambettas lange weiter klangen, zuerst eine große Reserve auf; man ging allgemein von der Überzeugung aus, daß Worte in dieser Sache nichts thun; was man in Frankreich zu sagen und zu thun für gut finde — so wurde bemerkt — das möge man dort auf seine Verantwortung immer thun und sagen. Diese Auffassung machte sich in den damaligen Erinnerungstagen der deutschen Siege vom August 1870, die man in Deutschland, wenn auch nur still, eben begieng, mit doppelter Gewalt geltend. Das, was Deutschland zehn Jahre vorher so blutig gewonnen, würde man ihm nicht mit Worten entreißen. Um so lebhafter beschäftigte man sich in Frankreich mit dem Cherbourger Manifest. Ein wenig bekanntes Blatt, die „Vérité", hatte einen Fund gemacht, mit dem sie dem Interesse, das die Gemüter in Frankreich beherrschte, entgegenkam. Das genannte Journal veröffentlichte ein Schreiben Gambettas an einen Generalrat, in welchem Gambetta seine persönlichen Ansichten über den Charakter der jüngsten Generalratswahlen darlegte und u. a. sagte: „die Wahlen seien in hohem Maße republikanische und demokratische, die Generalräte hätten die Aufgabe, sich mit den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung gründlich zu beschäftigen, die demokratische Partei wolle nicht eine einfach formalistische Republik, sondern sie wolle organische Institutionen, die aus der Demokratie nicht länger eine Lüge und aus der Republik nicht länger ein Federspiel (leurre) machten. Durch eine fortgesetzte Anwendung einer derartigen Methode im Innern werde die Demokratie dazu gelangen, ihre bewundernswerten Hilfsquellen und die Schätze von Macht und Stärke, welche unser großes Land birgt, in Wirksamkeit zu setzen. Es werde Frankreich dann gestattet sein, ohne Übereilung und ohne Abenteuer den Rang wieder einzunehmen, der ihm in der Welt gebühre, sich der ihm gewaltsam entrissenen Provinzen wieder zu bemächtigen (ressaisir) und aus seiner wiederhergestellten Integrität ein Pfand des europäischen Friedens zu machen."

Das Journal „La Vérité" begleitete diesen Schluß des Gambettaschen Briefes mit Vorbehalten und erklärte, durch das Projekt einer Revanche mit bewaffneter Hand würde der europäische Friede für immer auf das Spiel gesetzt werden. Dieser Veröffentlichung suchte das Organ Gambettas, die „République française", dadurch die Spitze abzubrechen, daß sie feststellte, der in der „Vérité" abgedruckte Brief wäre vor beinahe neun Jahren, am 16. Oktober 1871, geschrieben und damals von allen Journalen veröffentlicht

Digitized by Google

worden. Jedenfalls hatte der neun Jahre früher geschriebene Brief mit der Cherbourger Rede eine solche Familienähnlichkeit, daß der Gedanke, es habe sich in letzterer nur um eine Improvisation gehandelt, schon deswegen bei Seite gelegt werden mußte. Es trat dadurch vielmehr gerade die Konsequenz hervor, mit welcher Gambetta an seinen Ideen festhielt, die beinahe in denselben Wendungen sich reproduzierten.

Das Journal „Siècle", das Blatt des freisinnigen kleinen Bürgerstandes und einflußreicher Vertreter der republikanischen Ideen, besprach die französischen Kommentare zu dem Manifeste Gambettas, indem es erklärte: „Frankreich will den Frieden; wir sind überzeugt, Gambetta kennt die Gefühle des Landes zu gut, als daß er sich in eine unüberlegte Politik einlassen sollte, der er allein zu folgen haben würde."

In ganz andrer Weise äußerte sich die „France", das Journal Emils v. Girardin, der im Jahre 1870 bereits Besitz vom deutschen Rhein ergriffen hatte. Dieses Blatt erklärte: „Durch unsere finanziellen Hilfsquellen werden wir in den Stand gesetzt werden, unsere Streitkräfte derart zu vermehren, daß wir nichts mehr zu befürchten haben. Nach Erreichung dieses Zweckes würden wir den tiefen, unvermeidlichen, von Europa zu einem sozialen Zweck gewünschten Fall jenes schlecht gebauten Reiches erwarten, das Völker und Rassen unterdrückt und sich Deutschland nennt. In dieser Frage ist Frankreich in vollständiger Übereinstimmung mit Gambetta. Deshalb will es den Frieden und kein Blutvergießen, ohne daß nicht die Stunde der Geschichte geschlagen hat. Es ist überzeugt, daß es später für nichts das haben wird, was ihm heute teuer zu stehen kommen würde. Wir werden den Frieden aufrecht erhalten und hoffen. Dieses ist die Politik im Dienst des Rechtes im Gegensatz zur Gewalt, welche das Recht unterdrückt."

Ein Berliner Blatt bemerkte dazu: „Fassen wir alles zusammen, was uns von Urteilen über die Gambettasche Rede in Frankreich und sonst im Auslande begegnet, so glauben wir, daß der sonst so vorsichtige Staatsmann in Cherbourg eine große Thorheit begangen hat. Vielleicht wäre eine solche Rede angebracht gewesen, wenn Gambetta bereit und entschlossen war, im Augenblick oder in wenigen Monaten loszuschlagen und namentlich, wenn er auch die Macht dazu hätte. Das letztere Requisit fehlt aber Gambetta ganz bestimmt; Grevy und Freycinet sind es, die eben Frankreich lenken. Für Gambetta handelt es sich darum, die Lenkung Frank-

Digitized by Google

reichs erst in die Hände zu bekommen; er bedarf dazu noch der nächsten Wahlen. Seine Kandidatur für die erste Stelle hat nun den Charakter einer Kriegskandidatur aufgedrückt erhalten und das, was er selbst nicht in dieser Richtung besorgt hat, das übernahmen jetzt seine Feinde; Gambetta hat ihnen die bequemste Handhabe geboten. Man kann annehmen, daß Gambetta seine Stellung im Innern nicht verbessert hat, wenn die Stimmung in Frankreich nicht einen vollständigen Umschlag in das Kriegerische erfahren hat. Dazu fehlt es aber thatsächlich an jedem Anhaltspunkt. Jedenfalls hatte Gambetta bis jetzt ein sehr großes Gewicht darauf gelegt, jenen kriegerischen Spezialcharakter von seiner Präsidentschaftskandidatur fernzuhalten, der ihr nunmehr aufgedrückt bleibt. Ob die Gambettasche Rede des Redners und Frankreichs Stellung nach außen verbessert hat, das bezweifeln wir. Bis jetzt waren unsre Gegner im Ausland bestrebt, Deutschland hinzustellen als jeden Augenblick bereit über Frankreich herzufallen, unzählige Mal ist es in diesem Sinne Europa denunziert worden. Gambetta hat mit oder ohne Absicht die Rollen vollständig umgedreht und die europäische Presse nimmt alsbald Akt von dieser neuen Position."

Auch die italienische Regierung nahm in ihrer Presse Stellung zu der neu inaugurierten Revanche-Politik. Mit dem Scharfsinn, der die Italiener in der Beurteilung der europäischen Verhältnisse auszeichnet, schrieb der der italienischen Regierung nahestehende „Diritto": „Die Rede, welche von Herrn Gambetta am 9. August zu Cherbourg im Cercle du commerce et de l'industrie gehalten worden ist, hat nach dem mitgeteilten telegraphischen Resumé eine Bedeutsamkeit, welche niemand entgeht. Niemand hat sich wohl jemals Illusionen über den im Jahre 1871 zwischen Frankreich und Deutschland unterzeichneten Frieden hingegeben. Alle Welt nannte denselben einen Waffenstillstand mit mehr oder weniger langer Verfallzeit. Dies dünkt uns im Hinblick auf die Rede Gambettas nicht blos offenkundig, sondern selbst die Grenze des Waffenstillstandes scheint bezeichnet zu sein. Jedermann wußte, daß Frankreich den Plan einer Revanche hegte und daran arbeitete, dieselbe vorzubereiten, aber dieser Plan wurde bisher stets geschickt verborgen. Heute ist derselbe zum ersten Male offiziell, feierlich in die Erscheinung getreten. Man weiß nun aber, daß wenn Gambetta spricht, die Majorität der Kammer und gewissermaßen die Regierung selbst spricht, deren gesamte moralische Verantwortlichkeit ihm zufällt, wenn er auch nicht die materielle Verantwort-

Digitized by Google

lichkeit trägt ... Man konnte leicht begreifen, welches die Meinung und die Wünsche der Franzosen nach dem Fahnenfeste in Cherbourg inmitten eines so großen militärischen Apparates sein mußten. Alle wurden durch einen Gedanken beseelt, dem niemand Worte zu leihen wagte, der aber von allen Seiten auf jede Weise sich Bahn zu brechen suchte. Gambetta wagte dies nun, indem er nicht gestattete, daß ein anderer das Wagnis für ihn unternähme. Es gibt oftmals für einen Staatsmann zwei Wege: entweder Widerstand zu leisten, wenn man damit die Strömung beherrschen, sie zurückdrängen, beziehentlich auf einen andern Weg zuleiten kann, oder sich selbst kopfüber vorwärts zu schleudern und der Strömung voranzueilen, indem man so dem Mißgeschick einer gefährlicheren Initiative entgeht. Eines wie das andre sind gefahrvolle Experimente und man erkennt dabei die Geschicklichkeit, das Genie eines Staatsmanns, und zwar bemessen sich Geschicklichkeit und Genie nach dem Erfolge. Hat nun Gambetta, als er durch seine Cherbourger Rede den Revancheplänen einen offiziellen Stempel aufdrückte, der sich zu einem neuen Antrieb gestaltete, nicht bloß den Dispositionen der Franzosen, sondern auch, wie er verpflichtet war, denen Europas und vor allem jener Macht Rechnung getragen, gegen welche diese Pläne direkt abzielten? Denn wenn eine Gefahr in der Aufreizung Frankreichs liegen kann, so bietet die Aufreizung Deutschlands doch eine noch größere Gefahr dar, und wir werden bald erfahren, welchen Widerhall die Cherbourger Rede daselbst finden und welche Erwiderung sie hervorrufen wird. „Die Zukunft," äußerte Herr Gambetta, „ist niemand untersagt." Es ist dies eine Phrase, welche wahr und falsch sein kann. Niemand verfügt über die Zukunft wie über ein Ding, das sich regieren läßt; besonders wenn mehrere existieren, die darüber disponieren wollen. Ist nun Frankreich überzeugt, daß die Wahl der geeigneten Stunde ihm zufallen wird? Auch hierüber darf man ernsthafte Zweifel hegen. Wie man nun auch urteilen will, die Cherbourger Rede wird stets, wenn auch nicht dem Tone nach, doch als ein Zeichen der Drohung gelten müssen, und hierin liegt ihr Fehler, ein wirklicher Fehler, aus welchem die Feinde Frankreichs nicht werden umhin können, Vorteil zu ziehen. Bis gestern befand sich Deutschland in der Lage, sich nicht bewegen zu können, wollte es nicht den Anschein einer Provokation erregen, und jede Provokation würde als eine solche Ungeheuerlichkeit erschienen sein, daß sie das Gewissen der gesamten Welt aufs tiefste verletzt hätte. Die reser-

Digitized by Google

vierte und bescheidene Haltung Frankreichs war für Deutschland eine Art Ätzmittel. Heute verändert sich die Situation und jene Zukunft, welche Frankreich eben so sehr hätte nützen können, wie Deutschland schaden, dürfte kompromittiert sein, weil die Rollen vertauscht sein könnten. Und es ist offenbar, daß wenn eine der im Streite befindlichen Parteien erklärt, daß sie auf den morgigen Tag rechne, die andre sie zwingen könnte, nur auf das heute zu zählen. Das sind in kurzem unsere Eindrücke, auf grund deren wir die Cherbourger Rede als einen improvisierten Vorgang betrachten, dessen Tragweite zu ermessen und Konsequenzen vorherzusehen, keine leichte Aufgabe ist."

Das ministerielle Blatt schloß mit einer sehr düster gefärbten Beurteilung der Lage Europas im Osten und Westen. Dabei mochten die Vorgänge in Tunis die Empfindlichkeit schärfen. Auch die klerikale „Aurora" widmete dem „Discorso del Signor Gambetta" einen eingehenden Artikel, in welchem ausgeführt wurde, daß die inter pocula gehaltene Rede Gambettas eine Kundgebung darstelle, welche „unhaltbar in einer mehr oder weniger fernen Zukunft die fürchterlichsten Folgen für Frankreich und Europa haben würde". Die „Aurora" wies zugleich darauf hin, daß die Rede des Exdiktators im Sinne der Revanche interpretiert werden müsse, und daß Gambetta sich nicht seiner Eigenschaft als „offizielle Persönlichkeit" entäußern konnte, auch wenn er auf einem ihm von Privatpersonen veranstalteten Festbankett sprach. „Für uns — so schloß der Artikel — bleibt nur übrig, daß jene Worte eine Herausforderung sind, und daß man einen übermäßigen Mut besitzen muß, um das eigene Vaterland abenteuerlich in Kämpfe zu verwickeln, welche dem alten und berühmten Reiche des heiligen Ludwig den Untergang bereiten könnten." — In Berlin wollte man an die Aufrichtigkeit dieser Äußerung des ultramontanen Blattes nicht glauben.

Fürst Bismarck hielt mit seiner Beurteilung der anscheinend neuen Wendung der Dinge in Frankreich am längsten zurück, nämlich in der Presse. Die „Nordd. Allg. Ztg." beschäftigte sich etwas spät mit den Cherbourger Vorgängen. Sie hatte, wie sie hervorhob, es vermieden, die Auslassungen des Herrn Gambetta in Cherbourg und die daran geknüpften Hetzereien chauvinistischer Blätter zu besprechen, so lange sie ungewiß war, ob Herr Gambetta im Namen Frankreichs oder in eigenem gesprochen hatte; im ersteren Falle würde sie die publizistische Beleuchtung seiner Rede im Sinne der friedlichen Politik unseres Vaterlandes unterlassen haben. Die

Digitized by Google

Äußerungen des Präsidenten der Republik in Dijon und des Ministerpräsidenten Herrn v. Freycinet in Montauban gaben ihr jedoch zu ihrer lebhaften Befriedigung die Gewißheit, daß in der auffälligen Rede des Kammerpräsidenten nicht Frankreich, sondern Herr Gambetta persönlich zu Europa gesprochen hatte; damit verfalle seine Rede der Domäne der Publizistik. Das gouvernementale Blatt knüpfte dann an einen Schmäh-Artikel der Girardinschen „France" an und schloß wie folgt:

„Bisher hatten wir den Eindruck, die Staatsmänner der französischen Republik würden, in richtiger Würdigung der Thatsache, daß die Mehrheit auch der französischen Nation sich kaum je für einen Krieg erwärmt, zu dem sie nicht durch Angriff gezwungen wird, ihrerseits friedlichere Wege gehen, als die Bourbonen und die bonapartistischen Kaiser; namentlich hatte Herr Gambetta sich den Ruf eines Freundes — man kann fast sagen einer Bürgschaft — des Friedens erworben; wenn nun seine Rede vom 9. d. Mts. zeigt, daß er diesem Berufe entsagt, dieser Rolle müde ist, daß er seine Zukunft lieber auf die Reputation des Mannes der Revanche gründen will, so hat diese unerwartete Erscheinung in Deutschland zwar keine „Panique", aber doch Verwunderung und aufrichtiges Bedauern erregt. Deutschlands Politik wird deshalb genau so friedliebend bleiben, wie sie bisher war, aber dem Vertrauen auf die Dauer des Friedens, welches in Frankreich nicht minder als in Deutschland die Basis alles wirtschaftlichen Gedeihens bildet, hat die Kundgebung des Herrn Gambetta einen harten Stoß versetzt. Wir sehen infolge derselben nicht etwa Verwickelungen voraus, aber jene Kundgebung beweist doch, daß die Kriegspartei unter den Republikanern ebenso bedeutende Anhänger wie unter den französischen Monarchisten hat, und namentlich ist es ein überraschendes Novum, daß ein so einflußreicher Staatsmann, wie Herr Gambetta, zur Kriegspartei gehört.

Im Namen seiner „immanenten Gerechtigkeit" könnte Herr Gambetta jetzt ebensogut Lübeck und die Elbmündungen wieder verlangen, wie das Elsaß. Beide sind uns auf dem Wege der Gewalt entrissen und beide auf dem Wege der historischen Gerechtigkeit wieder deutsch geworden. Wenn das republikanische Frankreich, unter Gambettas Führung, die Traditionen etwa fortzusetzen geneigt ist, welche das monarchische unter Ludwig XIV. und XV., wie unter Napoleon I. und III. uns gegenüber geleitet haben, so müssen wir uns leider mit dem Gedanken vertraut machen, daß

Digitized by Google

der Friede auf der Westgrenze unsicher bleibt, nur muß die friedliebende Mehrheit beider Nationen wissen, wer es ist, der den für alle wünschenswerten Frieden heute bedroht. Deutschland wird nicht müde werden, in seiner nationalen Politik den Beweis zu liefern, daß es Frieden halten will und den Krieg verabscheut. Wir können auch mit Genugthuung konstatieren, daß unsere friedliebende Politik in den zehn Jahren, seit die Nation ihr Recht auf nationale Einigung verwirklicht hat, von Erfolg gewesen ist, da heute niemand mehr den Verleumdungen Glauben schenkt, als trüge Deutschland sich mit Plänen einer Eroberungspolitik nach französischem Muster in irgend einer Richtung. Wir bedauern, daß der kriegerische Geist, der unsre Nachbarn heute wie seit dreihundert Jahren beseelt, uns zwingt, unsre Sicherheit in einem starken und schlagfertigen Heere zu suchen; mehr als diese Sicherheit suchen wir nicht, aber wir haben den Willen und das Vertrauen, sie zu finden."

Herr Gambetta erkundigte sich übrigens sehr angelegentlich danach, ob seine Rede im Auslande wirklich einen so üblen Eindruck gemacht habe und gab sich bei der Bejahung als sehr betreten zu erkennen. Das einmal gesprochene Wort holt der flüchtigste Bote nicht mehr ein und die Cherbourger Rede mußte sich in dem politischen Leben des Präsidenten der Abgeordnetenkammer tief markieren.

Bald darauf wurde aus Paris nach Berlin geschrieben: „Die politische Welt ist hier seit einigen Tagen in einer Erregung, die auf große Dinge vorbereitet. Die Lage ist nach hiesiger Auffassung im ganzen und großen die folgende: Im Frühjahr trat Gambetta aus der Reserve, die er sich bis dahin auferlegt hatte, bei Gelegenheit des Amnestiegesetzes hervor. Er verfolgte die doppelte Absicht, einmal seine Popularität in den radikalen Reihen, die bedenklich zu wanken anfing, zu befestigen, und weiter das Bürgertum einzuschüchtern, um es an den Gedanken zu gewöhnen, daß nur seine Hand es vor radikalen Überstürzungen schützen könne. Die Zeit der Pariser Fahnenweihe war der Höhepunkt der allseitig dominierenden Stellung Gambettas; man mußte den Kammerpräsidenten sehen, wie er von den Generalen und Oberoffizieren der Republik umstanden wurde, wie die militärischen Huldigungen sich noch ergebener und prononzierter zeigten als die bürgerlichen, um den Gedanken recht würdigen zu können, welchem die Presse Ausdruck gab, als sie Leon Gambetta halb spöttisch, halb im Ernst

Digitized by Google

den Imperatorentitel zuerkannte. Seitdem ist die Rede von Cherbourg gehalten worden, nach meiner Überzeugung und der von Männern, die Gambetta genau kennen, ein bis in die einzelnen Ausdrücke genau prämeditiertes Werk. Mit dem Eindruck, den diese Rede machen sollte, hatte sich Gambetta verrechnet. Zwar hat der englische Unterstaatssekretär, mit dem Gambetta in Cherbourg eingehend verkehrt hatte, in seiner vielleicht zu wenig beachteten Rede den von Gambetta angeschlagenen Gedanken einer „Wiederherstellung" Frankreichs aufgenommen und weitergeführt, aber die Stimmung Frankreichs war weniger entgegenkommend, als der Vertreter des Ministeriums Gladstone. Die Erinnerung an die Leiden und Opfer des letzten Krieges ist in den einflußreichsten Departements doch noch zu lebendig, als daß die Eröffnung der Aussicht auf neue kriegerische Abenteuer etwas andres als Verstimmung und Unbehagen hervorrufen konnte. Ich weiß nicht, wie der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." über Gambetta in Deutschland beurteilt worden ist; für Frankreich hat er seinen Zweck vollständig erfüllt. Er hat den konservativen Gegnern Gambettas neuen Mut gegeben. Bei Gesprächen mit konservativen Republikanern und Monarchisten begegnete man sehr oft der Bemerkung, daß der Wettkampf mit Gambetta doch unmöglich sei. Denn, so sagte man, er stützt sich auf den Einfluß des Fürsten Bismarck. Daß Gambetta der Freund Bismarcks sei, war eine stehende Redensart, wenn seine Zukunft besprochen wurde. Der leitende deutsche Kanzler, wenn auch tief gehaßt in Frankreich, steht dort in einem geradezu sensationellen Ansehen und die allgemein verbreitete Ansicht über das Verhältnis Gambettas zum Fürsten Bismarck hat ihm die europäische Stellung in den Augen Frankreichs zum großen Teil geben helfen, deren er für seine Pläne bedarf. Der formelle Absagebrief, den die „Nordd. Allg. Ztg." schrieb, hat seinen Dienst gethan. Gambetta sah die konservativ-republikanischen Elemente, die er näher an sich gezogen hatte, seiner Hand entgleiten. Sichtbar trug ihn der Strom nach links, gegen den er so lange gekämpft hatte, dahin, Gambetta befand sich so mit einem Male aus der mittleren Stellung herausgerissen und den Radikalen näher als jemals seit dem Jahre 1871."

Der Redner von Cherbourg erklomm aber gerade in den letzten Monaten des Jahres 1880 den Gipfel seiner Macht, auf dem er sich dann noch das Jahr 1881 hindurch erhielt, bis er in die Regierung eintrat. Als Kammerpräsident und Führer der republi-

Digitized by Google

kanischen Union beherrschte er die Kammer und durch diese das Ministerium. Nur Barthelemy-St. Hilaire, der Minister des Auswärtigen, schien eine selbständige Politik, die des Friedens, zu verfolgen. Da Frankreich vorerst noch unter der Friedensflagge segeln mußte, so war es Gambetta nicht unbequem, seine kriegerischen Gelüste durch die friedlichen Noten des Ministers des Auswärtigen zu verdecken. Im August 1881 folgte der Rede von Cherbourg diejenige von Belleville. Darüber berichtete ein Pariser Brief: „Da Gambetta eben am Werke ist, in den französischen Wahlen eine Mehrheit zusammenzubringen, die ihm die Übernahme der Stellung eines Ministerpräsidenten zu einer lohnenden Unternehmung macht, so verdienen seine Worte doppelte Beachtung. Er hat es gestern für angemessen erachtet, vor einer Versammlung in Belleville das Zurückfallen von Elsaß-Lothringen an Frankreich zu verhandeln; zwar hat er Anstand genommen, die Revanche des Schwertes zu proklamieren — er hat die „Majestät des Rechtes" wie vor einem Jahre in Cherbourg für seine Pläne angerufen — aber die Redewendungen, in welche Gambetta seine Zukunftspläne kleidet, müssen uns sehr gleichgültig lassen; das Ziel, das er proklamiert, ist eine Bedrohung des Friedens Europas. Die Frage bleibt nur, ob Frankreich heute mehr geneigt ist, Gambetta auf die Bahn kriegerischer Abenteuer zu folgen, als vor einem Jahre. Darüber werden ja die Wahlen mit dem, was sich daran knüpft, Auskunft geben. Soll die Frage der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich nicht abgeschlossen sein, so könnte man ja auch von Deutschland aus manche Wünsche aufstellen und an der Hand von historischen Urkunden und Bedürfnissen des Augenblicks eine neue Karte entwerfen, welche dem allzusehr nach Osten gedrängten Reiche eine weitere Entwickelung im Westen gewährte. Das aber ist die Bedeutung geschlossener Friedensverträge, daß sie den Wünschen Einhalt gebietet und den Länderbestand mit einer gewissen Sakrosanktität umgibt; selbst das Berühren solcher Fragen, wie sie Gambetta aufwirft, soll ausgeschlossen bleiben. Mit Frevlerhand greift Gambetta an das Heiligtum des Frankfurter Friedens — diese Thatsache ist vor allem klar. Deutschland besitzt ein historisches und ein Vertragsrecht, das es nie aufzugeben denken kann; es ist aber auch der wohlbegründeten Meinung, daß die Auslieferung des Besitzes der Reichslande die Überlieferung der Schlüssel seines Hauses bedeuten würde, für Deutschland wird ein Rühren an dem Besitz von Elsaß-Lothringen stets gleichbedeutend sein mit

Digitized by Google

einem Rühren an seine Existenz. Der Ausgang jedes Krieges ist zweifelhaft; woher aber könnte Gambetta die Garantie nehmen, daß der zweite Krieg, den er führen würde, siegreicher sein würde, als der erste und vielleicht nicht noch folgenreicher? Gerade dieser Augustmonat, dessen Tage durch die Großthaten von 1870 für jeden Deutschen eine unvergängliche historische Weihe erhalten haben, scheint uns für die leichtfertigen Provokationen Gambettas sehr wenig geeignet. Zunächst betrachten wir die Rede Gambettas als einen Versuch, die ihm aus den Händen gleitende Herrschaft über die Gemüter in Frankreich wieder zu gewinnen. Ob es gelingen wird, warten wir ab!"

Ein Pariser Brief der „Montags-Revue" brachte später Gambettas Eifer für das Listenskrutinium in Zusammenhang mit seiner Revanche-Politik. Gambetta hätte geglaubt, die Grundlage für die Möglichkeit von Allianzen, deren er zur Durchführung seines Planes bedurfte, in dem Listenskrutinium zu finden.

„Gambetta dachte an das Bündnis Englands, das die Aufgabe gehabt hätte, im Verein mit Italien die Kräfte der österreichisch-ungarischen Monarchie im Süden und Osten zu binden und willigte deshalb in die englischen Friedensvertrags-Propositionen, wie er bereit war, den Italienern alle Schmeicheleien zu erweisen. Er dachte an die vertragsmäßige Allianz mit Rußland, wofür der Schmerzensschrei der russischen Presse über den Rücktritt Gambettas vielleicht als Beleg angerufen werden darf ... Eine Republik muß eine große Stabilität in gewissen Regionen verbürgen, wenn ein monarchischer Staat sich ihr verbünden soll. Das war Herrn Gambetta klar; er wußte, daß er seinen Freunden die Gewähr geben mußte, ihn durch eine lange Reihe von Jahren in der Lage zu sehen, die eingegangenen Verpflichtungen einhalten zu können. Das gambettistische System mußte stabilisiert sein, um die für den Revanchekrieg nötigen Allianzen zu gewinnen. Die Festigung des Systems bot nichts gewisser, als das Listenskrutinium, welches eine überwältigende Mehrheit in die Hände Gambettas spielte."

Der Verfasser der Korrespondenz war der Ansicht, daß Gambetta gerade deshalb von den einsichtigen und friedfertigen Mitgliedern der Abgeordnetenkammer gestürzt worden sei, weil es ihnen unzweifelhaft war, daß das Listenskrutinium auch die Basis der Revanche war.

Als Gambetta den Ministerpräsidenten-Posten erklommen, von

Digitized by Google

dessen Höhe der Sturz so bald erfolgen sollte (November 1881), sagte Bismarck in einem Privatgespräche: „Herr Gambetta in der Regierung bringt auf die Nerven Europas den nämlichen Effekt hervor, wie ein Mann, der die Trommel in einem Krankenzimmer schlägt." So sehr strengten die Kabinette der Großmächte ihre Sehnerven an, um die Politik des Gambettaschen Ministeriums genau zu beobachten und keine Wendung, keinen Schachzug unbeachtet zu lassen.

Im Januar 1882 trat bereits Gambetta von der Regierung zurück. Er starb in der letzten Stunde desselben Jahres. Die auswärtige Politik Frankreichs ist wie mit einem Schlage ein Gewebe von Kolonialfragen geworden. Erst der Tod Gambettas hat die Einschlagung dieser Politik gestattet, er selbst würde sie zweifellos zu verhindern gewußt haben. Gambetta hielt mit großer Konsequenz an der Pflege guter Beziehungen zu England fest; die jetzige äußere Politik Frankreichs, wenn sie die Reibungen mit England nicht sucht, legt auch keinen besonderen Wert darauf, sie zu vermeiden. Die Macht Frankreichs zu einem Stoße gegen Deutschland zusammenzufassen und die Allianz mit Rußland im Auge zu behalten, war sein Bestreben; er würde nicht in ein cochinchinesisches Unternehmen sich eingelassen haben und, hätte er es gethan, würde ihm das Mißtrauen Europas in die Garne gekommen sein.

Das Jahr 1883 ist gleichwohl wie kaum nie anders von Erörterungen über die Stellung Frankreichs zu Deutschland und von lauten Revanche-Kundgebungen angefüllt gewesen. Wenn gegen das Bündnis Deutschlands mit Österreich, das für die Welt nichts Geringeres bedeutet, als die Erstehung eines Achtzig-Millionen-Reiches im Herzen Europas, und das seitdem der Angelpunkt geworden ist, um den sich die große Politik aller Staaten des Erdteils bewegt, Gambetta einen einzigen Trost in der Hoffnung auf die „immanente Gerechtigkeit der Geschichte" gesucht hatte, so erhitzte mitten in den Sorgen um Kolonial-Unternehmen die Erweiterung jenes Bundes durch den Hinzutritt Italiens das Blut der Franzosen. Im April brachte der „Temps" eine inspirierte Mitteilung, welche mit wenig verhehltem Unmut die Thatsache konstatierte, daß Italien dem österreichisch-deutschen Einvernehmen beigetreten sei. Fürst Bismarck beabsichtige, so ließ sich das französische Blatt vernehmen, der Welt den Frieden aufzuzwingen. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichte sodann eine hochoffiziöse Auslassung, welche über das Vorhandensein einer defensiven Allianz

Digitized by Google

Frankreich gegenüber keinen Zweifel mehr ließ. Das wichtige Aktenstück lautete:

„Englische und kontinentale Blätter haben von den Reden des Herrn Mancini und von anderweiten parlamentarischen und publizistischen Kundgebungen Anlaß genommen zu Konjekturen über eine angeblich gegen Frankreich gerichtete Trippelallianz von Italien mit Österreich und Deutschland. — Wir glauben, daß keine dieser drei Mächte, deren Politik nach allen berechtigten Mutmaßungen übereinstimmend auf die Erhaltung des Friedens gerichtet ist, geneigt sein würde, sich an Allianzen zu beteiligen, welche eine aggressive Tendenz gegen irgend eine fremde Macht hätten; am allerwenigsten können wir annehmen, daß eine dieser Mächte ein Bedürfnis hätte, einzeln oder in Verbindung mit anderen eine solche aggressive Politik Frankreich gegenüber zu betreiben. Wir glauben also keinem berechtigten Widerspruch zu begegnen, wenn wir alle Nachrichten über Verabredungen jener drei Mächte, welche ihre Spitze gegen Frankreich richteten, in das Gebiet der Fabel verweisen.

„Alle Gerüchte, welche in dieser Richtung aufgetaucht sind, werden keine andere Bedeutung haben, als die der Vermutungen, welche man aus den zu Tage liegenden Interessen jeder einzelnen dieser Mächte zieht. Österreich sowohl wie Deutschland und Italien haben das Bedürfnis, den europäischen Frieden erhalten zu sehen, und infolge dessen liegt auch die Möglichkeit, vielleicht die Wahrscheinlichkeit vor, daß sie gegen einen willkürlichen Friedensbruch gegen eine von ihnen sich gemeinschaftlich zur Wehr setzen würden.

„Abgesehen von diesem Bindemittel für die auswärtige Politik dieser drei Mächte liegt für keine von ihnen ein Grund vor, gegen Frankreich übelwollende Tendenzen zu hegen, und ebensowenig hat eine von ihnen bis jetzt Grund zu der Vermutung, ihren Frieden gerade durch Frankreich bedroht zu sehen. Wenn aber Gerüchte auftreten, als ob die den drei Mächten gemeinschaftliche Neigung, den Frieden aufrecht zu erhalten, mit irgend welchen Hintergedanken an Frankreich verbunden wäre, so kann dem nur die Befürchtung zu Grunde liegen, daß infolge eines etwaigen Wechsels der Regierung in Frankreich eine Friedensstörung von dort ausgehen könnte. Wir halten eine solche Befürchtung nur dann für gerechtfertigt, wenn durch Umwälzungen, die außerhalb des gegenwärtigen französischen Staatsrechts sich vollzögen, ein Mann oder ein Prinzip zur Regierung in Frankreich gelangte, welche durch einen Appell

Digitized by Google

an die kriegerischen Neigungen der Nation eine im Innern augenblicklich gewonnene unsichere Herrschaft zu befestigen suchten. Wenn ein solcher Fall einträte, so fragt es sich, ob jede der drei Mächte, von deren Bündnis man spricht, nach einem Siege Frankreichs über eine von ihnen noch desselben Maßes von Unabhängigkeit und Sicherheit gewiß wäre, welches die gegenwärtigen Zustände gewähren.

„Nehmen wir an, daß Frankreich, wenn es infolge innerer Umwälzungen zum Kriege getrieben würde, zunächst das deutsche Reich angriffe, so drängt sich dem österreichischen und italienischen Politiker die Frage auf, welches die Situation seines Vaterlandes werden würde, wenn Frankreich mit oder ohne Bundesgenossen Deutschland überwunden und das neu begründete Reich entweder zum Zerfall oder zur Ohnmacht gebracht hätte. Es ist für solche Eventualität kaum zweifelhaft, daß, wenn der Widerstand Deutschlands dauernd gebrochen wäre, die europäische Situation auch für Österreich und Italien zunächst diplomatisch eine beengte, vielleicht auch bald militärisch eine bedrohliche werden würde. Nehmen wir den zweiten Fall an, daß von einer kriegsbedürftigen französischen Regierung zunächst Italien angegriffen würde, so hätte sich der deutsche oder österreichische Politiker zu fragen, ob es für sein Vaterland annehmbar sei, daß Frankreich seine Grenzen etwa direkt oder in der Form einer cisalpinischen Republik in Italien weiter nach Osten rückt, oder daß Italien durch einen unglücklichen Krieg in Abhängigkeit von Frankreich geräth. Beides würde für Österreich sowohl wie für Deutschland eine sehr ungünstige Veränderung im Vergleich mit der jetzigen Lage sein. Ein direkter Angriff Frankreichs auf Österreich ist nach den heutigen Grenzverhältnissen nur unter italienischem Beistande möglich, und Österreich hat kein Interesse, dieser Eventualität wiederum den gleichen Spielraum zu verschaffen, den sie in der Vergangenheit besaß. Auch für Deutschland könnte es nicht gleichgültig sein, die Sicherheit der österreichisch-ungarischen Westgrenze durch Annäherung der französischen Nachbarschaft in Italien vermindert zu sehen. Die Stärke und Sicherheit des österreichisch-ungarischen Staatswesens ist für Deutschland ein Bedürfnis, und kein einsichtiger deutscher Politiker kann freiwillig die Situation acceptieren, welche entstehen würde, wenn man sich Österreich als gelähmt dächte oder als feindlich, weil von Deutschland im Stich gelassen.

„Für jeden, der sich diese politischen Konsequenzen von Kriegen

Digitized by Google

und Siegen klar bis zu Ende durchdenkt, ist daher die Schlußfolgerung natürlich, daß diese drei friedliebenden Mächte: Deutschland, Österreich und Italien, durch die Logik der Politik genötigt sein werden, für den Frieden einzutreten, wenn eine von ihnen durch andre Mächte mit einem Angriffe bedroht würde, tua res agitur dum paries proximus ardet. Um diese Überzeugung bei den leitenden Staatsmännern der Mächte zu zeitigen, glauben wir nicht, daß es vertragsmäßiger Abreden bedarf; wir wissen nicht, ob dergleichen bestehen; aber wir sind überzeugt, daß die Logik der Geschichte an sich stark genug ist, um jede dieser friedliebenden Mächte zu überzeugen, daß sie wohlthut, nicht abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt, und darauf Bedacht zu nehmen, sich nicht durch Preisgebung ihrer Mitinteressenten am Frieden isolieren zu lassen".

Ein Berliner Blatt bemerkte zu diesem Aktenstück: „Wir zweifeln nicht, daß auch die Diplomaten des Vatikans in diesem Artikel und den Thatsachen, die ihm zu Grunde liegen, sehr viel für sie Interessantes finden werden; die Epoche, wo man von dem „Papst in Fulda" zu sprechen pflegte, scheint damit endgültig abgethan".

Man fragte sich damals, weshalb gerade der „gegenwärtige Moment" (April 1883) zu einer solchen Eröffnung gewählt wurde. „Möglich, daß der kalte Wasserstrahl nach Frankreich bestimmt war, dessen militärische Grenzbereisungen durch die sich daran knüpfenden Fanfaronnaden eine eigentümliche Physiognomie annahmen; möglich, daß Verhältnisse in Rom oder Wien die Veröffentlichung opportun erscheinen ließen".

In Paris bemerkte der „Temps": Wenn das deutsche Blatt die Regierungsform Frankreichs in die Frage hineinziehe, so täusche es sich, indem es glaube, damit den Republikanern einen Gefallen zu thun; es hätte wissen müssen, daß alle Parteien in Frankreich hinsichtlich der Frage der inneren Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit einig seien.

Ein diplomatisches Telegramm aus Paris nach Berlin meldete: „Der Artikel der „Nordd. A. Z." hat in den offiziellen Kreisen einen befriedigenden Eindruck gemacht, woran die Thatsache nichts ändert, daß der (hochoffiziöse) „Temps" und die „République française", um das Dekorum zu wahren, in hochtrabenden patriotischen Phrasen die Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zurückweisen. Die konservativen Blätter benützen die Gelegenheit, um nachzuweisen, daß nur durch mor-

Digitized by Google

alische Unterstützung des Auslandes die republikanische Regierung in Frankreich gehalten werde."

Die „Nordd. A. Z." nahm noch einmal das Wort, indem sie schrieb: „Die französische Presse hat sich vielfach mit dem Artikel beschäftigt, den wir über das Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien veröffentlicht haben. Wir finden darin keine Veranlassung, uns in eine Polemik über unsern Artikel einzulassen; nur wollen wir einige kurze Bemerkungen nicht unterdrücken, die sich uns beim Lesen gewisser Pariser Blätter aufgedrängt haben. Der „Rappel" irrt sich, wenn er schreibt, daß die defensive Tripel-Allianz eine offensive werden würde, wenn das republikanische Regime durch das monarchische ersetzt werden sollte. — Deutschland würde auch einer restaurierten Monarchie gegenüber den Angriff abwarten. Dieser würde aber nicht lange auf sich warten lassen. Der „Temps" behauptet mit Recht, daß Frankreich nicht in Deutschland anzufragen brauche, was es zu Hause zu thun habe. Das genannte Blatt wird dagegen auch konzedieren, daß Deutschland, Österreich und Italien Frankreich gegenüber in derselben Lage sind. Wenn der „Soir" von „Ratschlägen" spricht, die wir Frankreich erteilt hätten, so hat er unsern Artikel nicht richtig verstanden. Es wurde in demselben kein unerbetener Rat erteilt, sondern einfach zur Beruhigung unserer eigenen friedlichen Landsleute konstatiert, daß die Gemeinschaft deutscher, österreichischer und italienischer Interessen neue Garantieen für die Aufrechthaltung des Friedens biete. Die „République française" ist der Meinung, kein Mensch werde imstande sein, Frankreich zu einem neuen Eroberungskriege zu verleiten. Wir sind nicht ganz der Ansicht. Wir glauben, daß unter gewissen Bedingungen, die jedoch augenblicklich nicht vorliegen, Frankreich verleitet werden könnte, wiederum mit Deutschland anzubinden".

In diesen Sätzen war mit unzweideutigen Worten zu lesen, daß die Monarchie in Frankreich den Krieg bedeute. „Vielleicht wird es aber — so wurde in Berlin bemerkt — die Republikaner beruhigen, wenn sie am Ende des Artikels lesen, daß deshalb die Republik noch nicht der gesicherte Friede ist. Die republikanische Presse zeigt sich immer noch sehr aufgeregt darüber, daß die europäischen Mächte die französische Demokratie für friedlicher und gemütlicher halten, als die klerikal-legitimistisch-orleanistische Verschwörung, die sich der Gewalt bemächtigen möchte. Der reaktionäre „Figaro" erklärt in pathetischen Worten, Fürst Bismarck habe

Digitized by Google

Frankreich zur ewigen Republik verurteilt, und die republikanischen Blätter, die „Rép. franç." und der „Temps" voraus, bemühen sich mit mehr oder wenig deutlichen Worten nachzuweisen, daß die Republik mit demselben Hintergedanken und feindlichen Anschlägen den Frieden von Europa betrachte, wie dies nur der Herzog von Aumale und seine Verbündeten thun könnten. Die leitende republikanische Presse setzt sich zum Ziel, aus Frankreich eine übertriebene und ausschweifende Kopie des Militarismus zu machen. Kein Wunder, wenn Europa mit Mißtrauen auf solche Bestrebungen blickt und die Regierungen Sicherheitsmaßregeln treffen. Wie anders wäre die Stellung Frankreichs in der Welt, wenn es seinen Ehrgeiz darin setzte, an der Spitze neuer und humanitärer Ideen zu marschieren."

Im übrigen erhellte die diplomatische Lage, wie sie sich in den damaligen offiziösen Veröffentlichungen der verschiedenen europäischen Kanzleien wiederspiegelte, in merkwürdiger Weise die Vorgänge, welche in den letzten Wochen des vergangenen Jahres (1882), kurz vor Weihnachten, die Welt bewegten und an deren Lösung man sich vergeblich bemühte. Daß eine große europäische Schiebung sich vollzog, wurde von allen Seiten gesagt. Worin dieselbe bestand, wurde jetzt erst in den äußersten Umrissen klar. „Man darf es — so wurde damals aus Berlin geschrieben — als im hohen Grade wahrscheinlich annehmen, daß nicht Rom, sondern Wien den Mittelpunkt des diplomatischen Feldzuges bildete. In anscheinend inspirierten Artikeln wurde die in Österreich nach Geltung ringende Tendenz angeklagt, mit Rußland auf der Balkanhalbinsel eine neue Periode der Eroberungspolitik einzuleiten und eine letzte türkische Teilung vorzunehmen. Ob eine solche Tendenz wirklich die Herrschaft zu erlangen imstande gewesen wäre, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls wäre der Anschein einer solchen erweckt worden, wenn eine Annäherung zwischen Wien und Petersburg sich vollzogen hätte, wie sie Herr v. Giers damals angestrebt haben mag, als er seine Reiseroute über Wien beginnen wollte. Die Annäherung Italiens konnte nur für eine konservative Politik auf der Balkanhalbinsel in das Gewicht fallen. In dem Augenblick, wo man sich in Wien entschloß, mit Italien sich über die Orientpolitik zu verständigen, war der Traum einer türkischen Teilung, ist er jemals thatsächlich geträumt worden, aufgegeben. Mitte Dezember noch ließ sich der offiziöse „Pester Lloyd" in einem Artikel über die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich vernehmen: „Greift

Digitized by Google

Frankreich allein Deutschland an, so werden in diesem Falle die Parlamente in Wien und Pest Österreich-Ungarns Neutralität bewahren, wie auch ein geschriebener Vertrag lauten mag". Während die österreichischen Offiziösen ihre Artikel in dieser Tonart abgaben, erschien Graf Herbert Bismarck in Wien. Heute wird es schwerer wie je sein, daran zu glauben, daß diese Mission mitten in einer kritischen Periode nicht ein besonderes Ereignis in der diplomatischen Kampagne markierte. Daß Deutschland damals die Wahl seiner Allianzen hatte wird durch das Erscheinen des Herrn von Giers in Berlin und durch die plötzlich eintretende deutsch-freundliche Wendung der maßgebenden russischen Presse, namentlich des Blattes Katkows sehr wahrscheinlich. Den Verlauf der damaligen Krisis können wir jetzt aus deren Ergebnis erkennen, das uns Deutschland fester wie früher mit Österreich und im neuen Bunde mit Italien zeigt. Nach Jahresschluß wurde mit einem Schlage die bis dahin so lebhafte und bis zu Kriegsgerüchten sich versteigende offiziöse Preßkampagne auf der ganzen Linie eingestellt, die ernsthaften Verhandlungen waren damals offenbar in Fluß gekommen. Die Annahme, daß der Abschluß in die ersten Wochen des neuen Jahres fiel, wird uns jetzt auch von regelmäßig gut informierter Seite bestätigt".

So faßte die „Nat. Zeit." im April 1883 die Vorgänge aus den letzten Tagen des Jahres 1882 auf. An die in dieselbe Zeit fallende, vorhin erwähnte Reise des Herrn von Giers schloß sich damals eine sehr bemerkte Mahnung in der Presse an Italien, wenn es allianzfähig sein wolle, sein Heerwesen auf eine höhere Stufe zu erheben. Die im November 1883 erfolgte zweite Reise des Herrn von Giers hat sodann nach dem Zeugnisse Kaiser Wilhelms auch das Verhältnis zu Rußland „überraschend günstig" gestaltet und den Abschluß der ganzen internationalen Aktion bildete endlich die Reise des Kronprinzen nach Spanien und Italien.

In den ersten Tagen des Monats September wurde das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich von der deutschen offiziösen Presse wiederum auf die Tagesordnung gebracht, während den ganzen Sommer der Haß gegen Deutschland in leidenschaftlichen Manifestationen aller Art seine Orgien feierte, und ein chauvinistischer Kriegsminister große Kavalleriemanöver an der Grenze Deutschlands plante. Die „Nord. Allg. Ztg." trat mit einem neuen Artikel her-

Digitized by Google

vor, in dem deutlich eine Feder sich bemerkbar machte, deren Beruf es gebietet, manches nur zwischen den Zeilen lesen zu lassen. Es wurde daselbst gesagt:

„Unter den Stimmen der Pariser Presse hat das „Journal des Débats“ in der öffentlichen Meinung stets einen hervorragenden Platz eingenommen, und es ist demzufolge durchaus verständlich, wenn auch eine dieser Tage von ihm veröffentlichte kritische Erörterung der deutschen Politik in den großen Journalen des Auslandes größere Beachtung gefunden hat, obwohl die darin entwickelten Gesichtspunkte vor einer objektiven Prüfung der Thatsachen in keiner Hinsicht zu bestehen vermögen. Als den eigentlichsten Grundzug der deutschen Politik bezeichnet der Artikel der „Debats“ das Streben, Frankreich zu isolieren, indem sie mit Geschick und Erfolg die Annäherung anderer Mächte an Frankreich zu vereiteln suche. Von der hohen politischen Bedeutung des „Journal des Débats“ würde nun mit vollem Recht die Begründung jenes Axioms aus der politischen Geschichte des letzten Jahrzehnts beansprucht werden können; ein solcher Beweis erscheint jedoch durch die Ereignisse selbst ausgeschlossen und ist deshalb von den „Débats“ auch nicht versucht worden.

„Eine auf Thatsachen und Handlungen beruhende, nicht aus den Eingebungen sentimentaler Affekte fließende Beurteilung der deutschen Politik seit dem letzten Kriege würde im Gegenteil nur die wohlwollende und entgegenkommende Haltung zu konstatieren in der Lage sein, welche Frankreich in allen Fragen der auswärtigen Politik seitens Deutschlands erfahren hat und welche auch in Zukunft sich überall beteiligen wird, wo die französische Interessensphäre sich in legitimer Weise geltend zu machen bestrebt ist. Für das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland beansprucht das letztere nichts andres, als das Festhalten an der völkerrechtlichen Basis, welche der Frankfurter Friede zwischen den beiden Nationen geschaffen hat und welche, beiderseits ehrlich und offen respektiert, eine dauernde Bürgschaft der friedlichsten und besten Beziehungen der Nachbarreiche zu bieten geeignet wäre. Die vorübergehenden Trübungen der gegenseitigen Stimmung haben ihre Quelle nicht entfernt in jenen existenten geheimnisvollen politischen Schachzügen, welche die „Debats“ der deutschen Politik zuschreiben wollen, sondern nachweisbar einzig und allein in der bald lauter, bald mäßiger hervortretenden Neigung französischer Stimmen, einen Vertrag, dessen Rechtsverbindlichkeit sie mit Gründen der Vernunft

Digitized by Google

und des Rechtes nicht anzufechten imstande sind, unter dem Einflusse nationaler Empfindlichkeit als ein Provisorium hinzustellen, das bei nächstbester Gelegenheit zu brechen als eine Art nationaler Ehrenpflicht gepriesen wird. Eine derartige Auffassung internationaler Rechtsverhältnisse, zu allgemeiner Anwendung gebracht, würde aber das Chaos, den unaufhörlichen Krieg aller gegen alle, zur unvermeidlichen Folge haben, und nicht blos das engere Interesse Deutschlands, sondern das der gesamten zivilisierten Welt, muß sich gegen den Versuch auflehnen, geltende Verträge auf solche Weise in Frage zu stellen.

„Frankreich selbst hat die Wohlthat dieses Respekts vor dem öffentlichen Rechte ungetrübt so lange genossen, als es im rechtlichen Besitze der Grenzländer sich befand, die es seiner Zeit unter Benutzung günstiger Verhältnisse dem deutschen Reiche entrissen hatte. Und wir verlangen von Frankreich nur, daß es den durch die Gerechtigkeit der Geschichte und die Verträge gewordenen Bestand rückhaltslos anerkenne, um dauernd freundschaftliche Beziehungen zu ihm zu unterhalten. Es liegt also nur an Frankreich, sein Verhältnis zu Deutschland friedlichst zu gestalten. Ob dagegen Frankreich einen Versuch, den gegenwärtigen Rechtsbestand zu verändern, isoliert oder mit einem halben Dutzend Verbündeter unternimmt, darf für Deutschland nie in Betracht kommen; unter allen Umständen gilt dann nur das Gebot des Festhaltens bis auf den letzten Mann.

„Wohin sonst die französische Nation auch ihre Blicke wenden mag, um die Grenzen ihres Einflusses zu erweitern, nirgends wird sie deutscher Rivalität begegnen; die Wünsche Deutschlands beschränken sich auf sein gutes Recht, welches festzuhalten unser Volk allerdings unerschütterlich entschlossen ist. Einer beabsichtigten Störung des Friedens kann Deutschland deshalb nicht bezichtigt werden; dieser Vorwurf kann nur diejenigen treffen, welche unermüdlich die Hoffnungen eines großen Volkes auf unerreichbare, illegitime Ziele zu richten bestrebt sind. Alle Staatsmänner, welche seit dem Frankfurter Frieden die Geschichte Frankreichs geleitet haben, sind in der Lage, zu bezeugen, daß die auswärtige Politik ihres Landes von deutscher Seite stets aufs wohlwollendste behandelt worden ist. Diese Politik ist keineswegs arm an Erfolgen, welche dem französischen Nationalgefühle ebenso wie den materiellen Interessen der Nation zu gerechter Genugthuung gereichen können, und ihre Ergebnisse selbst sollten vielleicht am dringendsten davon

Digitized by Google

abmahnen, die Ziele der nationalen Entwickelung in einer Richtung zu suchen, in welcher trotz aller Zuversichtlichkeit der Revancheprediger Recht und Vernunft ihnen unbezwinglich entgegentreten."

Diesem Artikel war bereits eine mit vollem Rechte allseits als hochoffiziöse Kundgebung aufgenommene Apostrophe an die chauvinistische Presse Frankreichs vorausgegangen. Der sich daran knüpfende Zeitungskrieg führte zu Ergebnissen, die als befriedigend gelten konnten. Der Gang der Dinge war folgender. Obgleich der erwähnte Artikel einzig gegen die Revancheprediger gerichtet war und auf die Gefahr hinwies, „daß die zu politischen Parteizwecken angefachten Leidenschaften schließlich die Dämme des äußerlich aufrecht erhaltenen Friedens durchbrechen könnten," wurde er selbst in deutschen Blättern — selbstverständlich nur in solchen, denen jedes patriotische Gefühl abhanden gekommen ist — als eine Brüskierung Frankreichs, als eine den Frieden gefährdende, feindselige Kundgebung gegen unsern republikanischen Nachbarn gedeutet. Eine ähnliche Kritik wurde in der „Times" und in einzelnen andern Blättern des Auslandes laut. In Frankreich indes hatte er die beabsichtigte Wirkung voll und ganz geübt. Sämtliche französische Blätter wiesen den erhobenen Vorwurf als eine Verleumdung zurück, keines wollte jemals ein verletzendes Wort gegen Deutschland gesagt haben, alle beteuerten hoch und heilig ihre Friedensliebe. Mehr war in der That nicht zu erwarten. Die Franzosen hatten das kerngesunde Schlußwort des Artikels, „daß der Teufel, den man zu oft an die Wand gemalt, am Ende in Wirklichkeit erscheine" richtig verstanden. Dieses günstige Ergebnis wurde durch die Kundgebungen großer englischer Blätter noch erheblich erhöht. Im vollen Gegensatz zu dem zweifellos von Herrn Cohn-Blowitz, dem Pariser Korrespondenten der „Times", ausgegangenen Schmähartikel des britischen „Weltblattes," das übrigens seitdem seinen Ton mehrfach gewechselt hat, pries der „Standard" anläßlich des Sedanfestes das deutsche Reich als „Pfand der Sicherung Europas gegen Störungen des Friedens." Als den Frieden gefährdende Elemente bezeichnete er einzig Rußland und den „sogenannten Bundesgenossen Englands", Frankreich, das niemals gerastet habe, selbst nicht, nachdem es die Unabhängigkeit der Nachbarstaaten vernichtet hätte. Ähnlich sprachen sich die ministeriellen „Daily News" und die „Pall Mall Gazette" aus. Letztere erklärte, „Deutschland sei das gesundeste Element im europäischen Staatensystem; es sei, als die große mäßigende Kraft

Digitized by Google

in der internationalen Politik, einzig berufen, das Führeramt in Europa zu üben. Nachdem das Gros der französischen Presse sich ob des von Berlin ergangenen Quos ego einigermaßen beruhigt hatte, brachte das wohl die hervorragendste Stellung in der französischen Presse einnehmende „Journal des Débats“ einen in maßvoller Sprache gehaltenen Artikel, welcher die deutsche Politik mißmutig, — aber nach gewisser Richtung hin keineswegs mit Unrecht — als eine solche charakterisierte, deren Grundzug darin bestehe, Frankreich zu isolieren. Alsbald wurde dem genannten Blatte in der „Nordd. Allg. Zeitung“ eine zweifellos als Kundgebung unseres auswärtigen Amtes zu erachtende Antwort, welche in der deutschen Presse auffallender Weise nicht die gebührende Beachtung fand. Es ist das derselbe Artikel, der oben (S. 313 ff.) wiedergegeben ist, mit der Bemerkung, daß er eine Feder bemerkbar mache, deren Beruf es gebiete, manches nur zwischen den Zeilen lesen zu lassen. Er gipfelt in dem Hinweise darauf, daß die deutsche Politik, unbeirrt durch alle chauvinistischen Demonstrationen, sich Frankreich und seinem republikanischen Regiment gegenüber seit dem Abschlusse des Friedens nur in höchstem Maße entgegenkommend und fördersam erwiesen habe und daß von einer Isolierung Frankreichs nur insoweit die Rede sein könne, als dasselbe auf eine Zerreißung der zu Recht bestehenden Verträge und auf einen neuen Krieg mit Deutschland sinne. Die ganze Darlegung in der „Norddeutsch. Allg. Zeitung“ war bei aller diplomatischen Feinheit in fester und der stolzen Stellung Deutschlands würdiger Sprache gehalten, dabei aber durchklang jede Zeile der Geist des Friedens und der Versöhnung. Die franzosen- oder wenigstens republikfreundliche Wiener „Neue freie Presse“ sagte angesichts derselben:

„Der Artikel ist in noch höherem Grade als der erste eine Warnung an die französische Regierung. Man scheint eine solche in der deutschen Reichskanzlei für angezeigt zu halten, aber man erteilt sie in einer sehr höflichen und rücksichtsvollen Form. Es klingt bei aller Entschiedenheit der Abwehr eine milde versöhnliche Saite durch. Es ist als hörte man von ferne die Glocken läuten, welche die volle Versöhnung Deutschlands und Frankreichs verkünden. Ist man überhaupt imstande, eine deutsche Kundgebung vorurteilslos aufzufassen, so muß man sich sagen, daß Frankreich die größte Thorheit beginge, wenn es einen neuen Krieg mit Deutschland herausforderte. Weder in Tunis, noch in Madagaskar, noch in Tonkin begegnet Frankreich irgend einem Hindernisse von Seiten

Digitized by Google

Deutschlands, sondern überall ist es der Freund und Alliierte jenseits des Kanals, der die französische Kolonial-Politik eifersüchtig überwacht und wo möglich zu hemmen sucht. Ein Frankreich, das nicht an den Frankfurter Frieden rührt und endgültig auf den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens verzichtet, wird an Deutschland stets den besten Nachbar, vielleicht sogar einen Freund haben. Die Wahl steht bei Frankreich; wenn es dem französischen Volke wahrhaft ernst um die Erhaltung des Friedens zu thun ist, so darf es blos den Übereifrigen kein Gehör schenken, und die Gefahr eines abermaligen Zusammenstoßes zwischen den beiden Nationen ist vollständig beseitigt."

Das gute Wort, welches in Berlin gesprochen war, schien in Paris nicht auf steinigen Boden gefallen zu sein. Alsbald hatte das „Journal des Débats" repliziert, und zwar in einer Sprache, die einen gewissen Unmut darüber, daß der Schwerpunkt Europas nicht mehr in Paris ruht, zwar durchklingen ließ, dabei aber der eminenten Stellung Deutschlands in Europa und den Erfolgen seiner Politik eine Anerkennung zollte, wie sie noch zu keiner Zeit in Frankreich laut geworden war. In der Einleitung bestritt das große Pariser Journal rundweg, gesagt zu haben, daß die deutsche Regierung darauf ausgehe, Frankreich zu isolieren, es habe nur konstatiert, „mit welchem Scharfblick, mit welcher Ausdauer, mit welcher Voraussicht der Zukunft Herr von Bismarck im Laufe von 12 Jahren, nicht etwa durch geheime Schliche (par des manoeuvres secrètes), sondern durch eine einzig dastehende glückliche Taktik es erreicht hat, daß alle Mächte einander gegenseitig neutralisieren und, daß es heute keiner derselben gestattet ist, sich jener Hegemonie Deutschlands zu entziehen, welche ein englisches Journal, die „Pall Mall Gazette", eben erst als das künftige Gesetz für die Geschicke des Kontinents freudig begrüßte. Das „Journal des Débats" wollte nur eine Art historischer Studie angestellt haben, bei der es, sich über alle persönlichen Gefühle und über jeden besonderen Patriotismus erhebend, auf die Geschicklichkeit (habilité) des Mannes hingewiesen habe, welcher, nachdem Deutschland geschaffen, auch dessen außerordentliche Stellung in Europa aufrecht zu erhalten wisse. Dieser rückhaltlosen Anerkennung der durch die Staatskunst Bismarcks errungenen glänzenden Stellung Deutschlands in Europa folgte dann eine gerechte, fast auf Dankgefühl deutende Würdigung der Haltung, welche unser leitender Staatsmann Frankreich gegenüber eingenommen hat: „Weit entfernt,

Digitized by Google

böse Händel mit uns zu suchen (de nous chercher de mauvaises querelles), weit entfernt, uns an allen Punkten der Erde zu verfolgen, weit entfernt, zu versuchen, uns Demütigungen und Kränkungen zuzufügen, hat Deutschland uns ein unbestreitbares Wohlwollen auf dem Mittelmeer und im Orient bewiesen. Wir haben daraus geschlossen, daß es nicht eine jener engherzig gesinnten, kleinlich eifersüchtigen Mächte ist, welche es lieben, noch einen kleinen Krieg zu führen, nachdem sie einen großen zum Austrag gebracht haben. Aber es wäre unserseits unverständig, noch weiter zu gehen und nun den Schluß zu ziehen, daß Deutschland, nachdem es uns geschlagen, eine so hochherzige Freundschaft für uns gefaßt habe, daß es sich mutwillig in Europa in den Schatten stellen würde, um uns einen Teil jenes Einflusses wieder zu verschaffen, den uns seine Siege geraubt haben. Man dürfe, hieß es weiter, sich nicht verheimlichen, daß für Frankreich, wie für andere Staaten die Möglichkeit, eine Allianz ohne die Zustimmung Deutschlands einzugehen, nicht mehr obwalte; wenn ein französisches Blatt diese Thatsache ausspreche, so dürfe man daraus nicht auf die Absicht schließen, Verträge zu zerreißen und Revanchekriege zu führen. „Wir haben", hieß es dann, „Deutschland seit 10 Jahren eine Reihe verschiedener Allianzen schließen sehen, bald dreifache, bald doppelte, bald vierfache, die aber sämtlich, welches auch die Zahl ihrer Elemente war, die Etiquette von Bündnissen zur Aufrechterhaltung des Friedens trugen. Wir glauben das nicht; wir denken, daß Deutschland diese verschiedenen Bündnisse gebildet hat, um, wenn nicht den allgemeinen Frieden, so doch wenigstens seinen eigenen Frieden zu verbürgen, um alle Gefahren von sich fern zu halten, um sein Ansehen zu vergrößern und seine Aktionsmittel zu verstärken. Auch in diesem Augenblicke ist es daran, mit Hilfe seines Einverständnisses mit Österreich und mit den romanischen Nationen, die es in seine Sphären gezogen hat, im Zentrum Europas eine gewaltige Macht herzustellen, durch welche es nicht allein jede Kriegsgefahr von sich fern hält, sondern auch seiner gegenwärtigen und zukünftigen Hegemonie das solideste Fundament gibt . . . Dieser Zustand der Dinge sichert Deutschland nicht allein die materielle Macht und die territoriale Ausdehnung, welche es infolge der Verträge besitzt, und welche ihm niemand bestreitet, sondern auch jene gewisse moralische Suprematie, jene Herrschaft über Europa (gouvernement de l'Europe), welche die „Pall Mall Gazette" als eine Wohlthat für uns betrachtet, und welche sie der

Digitized by Google

Welt als die Morgenröte einer neuen Ära bezeichnet. Nun, in diesem Punkte zwingen uns weder Völkerrecht noch Naturrecht, die Ansicht des englischen Blattes zu teilen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mag versichert sein, wir suchen nicht ein halbes Dutzend Verbündete, um den Frankfurter Vertrag zu zerreißen; wir wissen zu wohl, daß wir sie nicht finden würden. Wir konstatieren nur, daß es Deutschland verstanden hat, zu dem, was ihm dieser Vertrag gewährt, sich binnen 12 Jahren ein Meisterrecht (maitrise) in Europa zu erringen."

„Daß von einem der hervorragendsten Organe der Presse Frankreichs die eminente Stellung, zu welcher die Staatskunst Bismarcks das junge deutsche Reich emporgeführt hat, in solcher Weise anerkannt und gewürdigt wird, erfüllt uns, bemerkte dazu die „Schlesische Zeitung", nicht nur mit freudigem Stolze, sondern gilt uns auch als wertvolle Friedensbürgschaft. Mit besseren Waffen, als es hier geschieht, kann dem Revanchegelüst von französischer Seite unmöglich entgegengetreten werden. Wenn Fürst Bismarck zu einer an das Ausland gerichteten Kundgebung in der Presse schreitet, so weiß der Altmeister der diplomatischen Kunst sicher, daß es zu einer solchen an der Zeit ist. Der Erfolg hat dies auch im vorliegenden Falle glänzend erwiesen, und wer die politischen Dinge prüfenden Auges erfaßt, dem werden alsbald auch die Gründe erkennbar. Die innere Situation der französischen Republik, in welcher seit Jahren schon in der Führung des staatlichen Regiments eine Parteigruppe der andern folgt, deren keine einen festen Boden im Lande hat, ist zur Zeit ungünstiger als je. Um dem Drängen des Radikalismus Genüge zu thun, hat das gegenwärtige Kabinett das gegen die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit des Richterstandes gerichtete Gesetz beim Senate durchkämpfen und zu dessen Ausführung schreiten müssen; es hat damit eines derjenigen Gefühle, die dem gebildeten Teile der Nation die heiligsten sind, schwer verletzt. In gleicher Weise abhängig von den radikalen Strömungen zeigt sich die Regierung bei der Toleranz, welche sie dem chauvinistischen Treiben der Journalisten und der Volksredner gegenüber übt. Dieselben gründlich zu desavouiren wagt, wie eben erst wieder die Rede des Ministers des Innern bei der Lafayette-Feier in Le Puy beweist, kein Minister, dem sein Portefeuille lieb ist. Finanziell ist die Lage der Republik zur Zeit eine überaus ungünstige; es zeigt zur Evidenz, daß die reiche Nation an der Grenze ihrer Steuerkraft angelangt

Digitized by Google

ist. Zur Begleichung des Jahresbudgets fehlen 200 bis 250 Millionen Franks. Die überseeischen Unternehmungen sind abenteuerlicher Natur und bereiten Schwierigkeit auf Schwierigkeit. In Ägypten hat Frankreich infolge der Intriguen Gambettas gegen Freycinet seine Position vollständig verloren. England, der einzige Freund, auf den es in Europa zählen zu können glaubte, hat ihm dort den schwersten Echec bereitet. Unter solchen Umständen liegt die Gefahr nahe, daß der Zauber, den das Wort Republik von Zeit zu Zeit auch auf die friedlichen Elemente im Lande, den Landbauer und den gewerbtreibenden Bürger übt, sich allgemach löst und es dem Lande unerträglich wird, daß seine Geschicke in Paris von einem kleinen Häuflein radikaler Schreier und ehrgeiziger Politiker bestimmt werden. Auf Erscheinungen, wie sie die Generalratswahlen zu gunsten der Republik zutage gefördert haben, ist absolut nichts zu geben. Der französische Durchschnittsphilister stimmt stets für das gerade am Ruder befindliche Regiment, weil er einen abermaligen Wechsel nicht will. So war es zu Zeiten des Konvents, so war es bei dem Plebiszit vom Mai 1870, welches das zweite Empire aufs feierlichste sanktionierte, so war es acht Monate später bei der Wahl für die Nationalversammlung in Bordeaux, welche Napoleon III. der Krone verlustig erklärte, und so ist es heute. Unter solchen Verhältnissen durfte man sich in Berlin von der Mahnung, daß das gegenwärtige Treiben in Presse und Versammlungen schließlich doch zu einem neuen großen Kriege führen könne, immerhin eine gewisse Wirkung auf die republikanische Regierung versprechen. In einem Augenblicke, da dem Orleanismus, der immer noch viel Boden im Volke hat, unbeschadet seiner liberalen Traditionen, durch den Tod des Grafen von Chambord der Stempel der Legitimität aufgedrückt wird, mußte die republikanische Regierung notwendig darauf bedacht sein, einen Bruch mit der einzigen Großmacht zu vermeiden, welche ein politisches Interesse daran hat, daß die Republik nicht schon in kurzer Frist einem Prätendenten zum Opfer falle. Der Gedanke, daß die Gunst erkalten könne, welche Deutschland der gegenwärtigen Staatsform Frankreichs zuwendet, lag um so näher, als es der deutschen Politik doch allen andern voran um die Festigung des Bündnisses mit Österreich zu thun sein muß, das Haus der Habsburger aber, seinen Traditionen gemäß, einer Restauration der legitimen Monarchie nicht widerstreben dürfte."

Im Oktober 1883 äußerte sich die „Neue Preußische Zei-

Digitized by Google

tung" dahin: „Unserer Bevölkerung ist gestern der Genuß des Sonntags teilweise durch ein sehr schnell verbreitetes Gerücht über eine Pariser Zeitung verdorben worden. Man behauptete, dasselbe kündige einen nahen Krieg an, indem Fürst Bismarck, und zwar in voller Übereinstimmung mit dem Volke, den Krieg wolle, und nur Kaiser Wilhelm denselben noch verhindere. Wenn man dem auffallenden Gerüchte näher trat, ergab sich, daß es eine falsche Börsenauslegung eines allerdings bemerkenswerten Artikels des Pariser „Figaro" war, welcher auf grund der Erfahrungen, welche einer seiner Mitarbeiter bei einem Besuche in Deutschland gemacht, konstatierte, daß Fürst Bismarck schon seit dem Jahre 1875 die Kriegslust in Deutschland schüre, daß ihm dazu die vielfachen chauvinistischen und herausfordernden Äußerungen der französischen Presse die erwünschte Gelegenheit bieten, und daß es ihm wirklich gelungen sei, schon den größten Teil des Volkes in den Haß gegen Frankreich und eine Kriegsstimmung hineinzutreiben, welche jetzt offen zutage trete. Mehr als je, sagt das Pariser Blatt, haben die deutschen Blätter im Laufe des Monats Oktober die deutschfeindlichen Artikel der französischen Presse wiedergegeben und sich so unwissentlich zu Werkzeugen des Kanzlers gemacht. Die einzige Rettung sei bisher der friedliche Sinn des Kaisers. Unter einem neuen Kaiser aber würde es Fürst Bismarck ohne Mühe gelingen, die Zustimmung zu einem Feldzuge gegen Frankreich zu gewinnen. Nun aber kommt die, wie uns scheint, sehr logische, bei einem Franzosen aber überraschende Schlußmahnung: „deshalb laßt ab um des Himmels Willen, diese unnützen und eitlen Artikel mit herausforderndem Anschein zu schreiben. Das ist Papier, aus denen die Deutschen Patronen machen werden." Wir unterlassen es, auf den Inhalt des Artikels, die angeblich deutsche Politik und deren Gegensätze, näher einzugehen. Wir wollen nur erwähnen, daß das Jahr 1875 ziemlich richtig als der Zeitpunkt bezeichnet ist, seit welchem der Kanzler besorgter als vorher nach Frankreich schaut. Seine Politik im großen und ganzen ist seit dem Frankfurter Frieden dieselbe friedliche und Frieden schaffende gewesen, und neuerdings hat die Entwickelung der europäischen Allianzen eine höchst glückliche Bestätigung seines Strebens gebracht, aber er ist unzweifelhaft in diesem Streben seit 1875 bestärkt worden durch die damals zuerst deutlich hervortretende Neigung Frankreichs zur Beschleunigung der Revanche-Politik und zu allen möglichen und unmöglichen Allianzen, zunächst einer Tripel-Allianz

Digitized by Google

mit Italien und Österreich. Es ist in der That ein großer Unterschied bemerkbar in der Auffassung der französischen Politik noch zur Zeit des Konflikts mit dem Grafen Arnim und der Zeit im Frühjahr 1875, welche durch den bekannten „Krieg-in-Sicht-Artikel" bezeichnet wurde. Auch seitdem halten wir die Politik des Fürsten Bismarck, wie er sie namentlich auf dem Berliner Kongreß und neuerdings durch den Abschluß der famosen Traktate bewährt hat, für eminent friedlich und sehen die Haltung des europäischen Friedens trotz Frankreich vor allem als eine Frucht dieser Politik an; richtig aber ist, daß die französischen Artikel, welche unsere Zeitungen abgedruckt haben, unser Volk immer wieder glauben lassen, daß Frankreich allein schuld ist, wenn Deutschland und Europa nicht volle Friedenszuversicht findet. Deßhalb stimmen wir in die Mahnung an die französischen Blätter ein: Laßt endlich davon ab, diese unnützen und eitlen Artikel mit herausforderndem Anschein zu schreiben. Wir wünschen von Herzen, daß der gut gemeinte Rat des „Figaro" in der französischen Presse Anklang findet."

Über den Charakter der Franzosen äußerte sich einmal Fürst Bismarck in der folgenden Weise: „Sie sind gewohnt, Frankreich nach Paris zu beurteilen, allein es gibt thatsächlich, so zu sagen, zwei Frankreich. Das Frankreich von Paris ist das eitle, vergnügungssüchtige, extravagante Frankreich, das Revolutionen macht, Krieg erklärt und niemals ans Sparen denkt. Jedermann führt ihm Geld zu und es verschwendet alles. Daneben steht das andere, das wirkliche Frankreich, das der Provinzen, welches tüchtig arbeitet, mäßig ist und Ersparnisse macht. Das letztere zahlt für die Grillen und Thorheiten des ersteren. Macht das eine eine Revolution, so hat das andre dafür zu leiden. Erklärt ersteres den Krieg, so ficht letzteres denselben aus, obgleich dem Provinzialen seine Heimat sehr teuer ist und er kein größeres Opfer kennt, als dieselbe für den Militärdienst zu verlassen. Als ich mich in Frankreich befand, nahm ich ein großes Interesse an den Soldaten und unterhielt mich öfters mit ihnen. Ihr einziger Wunsch war, auszudienen und in ihre Heimat zurückzukehren. Wenn man auf den Bauer hörte, so würde Frankreich niemals Krieg führen, trotzdem kämpft er wacker, wenn er kämpft. Wird er geschlagen, so ist er betrübt; gewinnt er, so freut er sich darüber; allein als Sieger oder Besiegter ist er vor allem der Thatsache sich bewußt, daß Sieg oder Niederlage dem Kriege ein Ende machen und ihm erlauben, sich in

Digitized by Google

seine Heimat zurückzuziehen." In etwas modifizierter Weise sagte dasselbe im Jahre 1883 ein Zeitungsblatt:

„Der Stolz jedes Franzosen und wäre dieser Franzose der erste beste Bauernjunge in dem ersten besten Dorfe der Gascogne ist Paris, das „göttliche Paris", „die Stadt der Welt", wie Viktor Hugo sagt. Wenn man einen schlichten Franzosen aus irgend einem entlegenen Departement nach seiner Heimat fragt, der wird in kurzem das Gespräch auf irgend einen Vetter bringen, den er in Paris hat; wer nicht in Paris war, ist nicht gebildet, und überall ist der Vetter oder der Bauer, der in Paris wohnt, der Stolz der Familie. Wir wollen den Franzosen die Freude an Paris nicht nehmen, aber wir fürchten sehr, an Paris wird Frankreich noch einmal zu Grunde gehen, wenn das auch heute und morgen noch nicht geschieht. In der großen Hexenküche, welche Paris bildet, ist bis jetzt noch allerlei Unheil für die französische Nation gebraut worden, und das vollzieht sich noch bis auf den heutigen Tag, und immer wieder aufs neue nehmen die Franzosen der Departements willig den Trank, der ihnen von der Hauptstadt gereicht wird — ohne zu fragen, welches Gift darin gemischt ist. Es würde ein weitschichtiges Buch erfordern, wollten wir nachweisen, wie verderblich der Aufsaugungsprozeß, welcher sich fortgesetzt zwischen den französischen Departements und der Hauptstadt vollzieht, für die ersteren in geistiger und sozialer Hinsicht geworden ist. Nur daran möchten wir erinnern, daß der verderbliche politische Einfluß, welchen Paris von jeher geübt hat, auch bei dem eben jetzt wieder auf die Tagesordnung gekommenen Revanchegeschrei deutlich hervorgetreten ist. In den französischen Departements — wir dürfen dies auf grund sehr vertrauenswürdiger Berichte und zum Teil auf grund eigener Beobachtungen sagen — ist man von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich durchaus nicht erbaut, im Gegenteil, der Durchschnittsfranzose der Departements ist ein viel zu nüchterner, dem Erwerb zugethaner Mensch, als daß er nicht wüßte, daß selbst ein siegreicher Krieg ihm viele Opfer auferlegen würde. In den östlichen Departements namentlich, welche die Schrecken des Krieges aus eigener Anschauung kennen gelernt, war das bei dem Kriegslärm zunächst entstandene Gefühl das der größten Bestürzung, und wer, wie der Schreiber dieses, Gelegenheit hatte, in diesen Tagen zwischen der Stimmung z. B. in Saarbrücken und in Nancy Vergleiche anzustellen, der hätte glauben können, das französische Volk werde nie wieder einen Krieg mit Deutsch-

Digitized by Google

land anfangen. Die Mehrzahl der Franzosen hat soviel mit den wirtschaftlichen Mißständen zu thun, daß es gerade im jetzigen Augenblicke am allerwenigsten geneigt ist, sich in Abenteuer zu stürzen. Aber, das darf man nicht vergessen, diese Mehrzahl der Franzosen hat wenig oder gar nichts mitzusprechen bei der Entscheidung über die Geschicke Frankreichs, trotz allem republikanischen Krimskrams, mit dem man la belle France zur Zeit umgeben hat. Die Geschicke Frankreichs werden in Paris gemacht, — so verhängnißvollist die Anziehungskraft gewesen, welche die Hauptstadt von jeher auf alle Talente geübt hat, die sich zu einer Rolle im öffentlichen Leben berufen glaubten, daß die Departements allmählich ihre geistige Selbständigkeit eingebüßt haben, — selbst die Wahlen sind nur ein Spiel, bei welchem von Paris aus die Drähte gezogen werden. So kann es kommen, daß das ganze französische Volk sich, wenn Paris gerade das Losungswort danach ausgibt, in einen Strudel der Leidenschaft reißen läßt, der ihm eigentlich ganz fremd ist. Daher der völlige Mangel einer organischen Entwickelung, unter dem Frankreich seit der großen Revolution seufzt, daher das sprungweise Vorwärtsgehen und die fortdauernden Krisen, bei denen man jederzeit auf alles gefaßt sein muß und die für das Land sicherlich einst noch viel Verderbliches bringen werden."

Den Erwerb von Elsaß-Lothringen hat Fürst Bismarck bei mehreren Gelegenheiten lediglich unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der deutschen Grenzen motiviert. „Die Kriege mit Frankreich, sagte er einmal, hatten im Laufe der Jahrhunderte eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisieren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän, dem hochseligen König von Württemberg, geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im orientalischen Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen. Der sagte mir: „Ich gebe zu, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen, aber wir dürfen uns mit den Westmächten nicht überwerfen. So lange Straßburg ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, wird mein Land überschwemmt von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brot der Verbannung in Ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen würden an Kontri-

Digitized by Google

butionen erdrückt werden, um auf Änderung meines Entschlusses zu wirken. So lange Straßburg nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben." Ich glaube, dieser Fall sagt alles. Der Keil, den eine Ecke von Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unsern süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von Seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen. Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden. Bürgschaften gegen eine solche Lage mußten territorialer Natur sein, die Garantien der auswärtigen Mächte konnten uns nicht helfen. Man sollte glauben, daß ganz Europa das Bedürfnis empfunden hätte, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier großer Kulturvölker zu verhindern dadurch, daß man den zweifellos friedfertigen Teil in seiner Verteidigung stärkte. Ich kann indes nicht sagen, daß dieser Gedanke von Haus aus überall einleuchtend gefunden wurde. Es wurde nach andern Auskunftsmitteln gesucht, wir sollten uns mit den Kriegskosten und mit der Schleifung der Festungen in Elsaß und Lothringen begnügen. Ich habe dem immer widersprochen, indem ich dieses Mittel für ein ungewisses im Interesse der Erhaltung des Friedens ansehe, da die Abtretung der Festungen kaum schwerer empfunden wird, als das Gebot des Auslandes, innerhalb des Gebietes der eigenen Souveränität nicht bauen zu dürfen, zudem hätte der Ausgangspunkt der französischen Truppen immer

Digitized by Google

gleich nahe an Stuttgart und München gelegen, wie jetzt. Es kommt darauf an, ihn weiter zurückzuverlegen. Ein andres Mittel wäre gewesen, und dieses wurde auch von Einwohnern von Elsaß und Lothringen befürwortet, einen neutralen Staat, ähnlich wie Belgien und die Schweiz, an jener Stelle zu errichten. Es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergestellt gewesen von der Nordsee bis in die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich gemacht haben würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt sind, Verträge und Neutralitäten zu achten; keineswegs aber würde Frankreich gehindert gewesen sein, gelegentlich seine überlegene Flotte mit Landungstruppen an unsere Küste zu schicken oder bei Verbündeten französische Truppen landen oder bei uns einrücken zu lassen. Sodann ist aber auch die Neutralität nur haltbar, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren. Diese Voraussetzung wäre bei dem neuzubildenden neutralen Elsaß-Lothringen in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern die starken französischen Elemente, welche im Lande noch lange zurückbleiben werden, hätten diesen neutralen Staat bei einem neuen französisch-deutschen Krieg bestimmt, sich Frankreich wieder anzuschließen. Es bleibt daher nichts anders übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen. Der Befriedigung dieses unabweisbaren Bedürfnisses unserer Sicherheit stand in erster Linie die Abneigung der Einwohner selbst entgegen."

In bezug auf die hier erzählte Einmischung Frankreichs hat eine Enthüllung des bekannten ehemaligen österreichischen Abgeordneten Giskra über Preußens Politik im Jahre 1866 Interesse. „In meiner Stellung eines Bürgermeisters, äußerte derselbe 1871, wurde mir während der Okkupation von Brünn durch die preußischen Truppen eines Tages die Ehre zu Teil, vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Besprechung beschieden zu werden, deren Inhalt ich kurz damit charakterisieren kann, daß mir der Wunsch nahe gelegt wurde, nach Wien zu gehen, um dort die Notwendigkeit des Friedens im Interesse der Bevölkerung der Stadt, die ich zu vertreten hatte, zu betonen und womöglich Friedensverhandlungen anbahnen zu helfen. Die Bereitwilligkeit, Frieden zu schließen, und zwar in Brünn den Frieden zu schließen, wurde ausdrücklich vom Grafen Bismarck betont, und

Digitized by Google

auf grund der wesentlichen Bestimmungen, daß mit Ausschluß Venetiens, welches abzutreten österreichischerseits schon erklärt war, der Länderbestand Österreichs integer bleibe, daß keinerlei Kriegsentschädigung gezahlt werde, daß in Deutschland der Main die Grenze für die preußischen Bestrebungen zu bilden habe, daß Süddeutschland freie Hand behalte und Österreich nach eigenem Ermessen sich mit demselben in Verbindung setzen möge; alles dies jedoch unter der einen Bedingung, daß jede Intervention oder Mediation von Frankreich beim Friedensschlusse ausgeschlossen bleibe. (Bewegung. Hört!) Ich war durch meine amtliche Stellung und die Verhältnisse verhindert, dem an mich gerichteten Ansuchen zu entsprechen. Es gieng statt meiner eine von mir assignierte Vertrauensperson (Baron Herring) mit der erwähnten Mission nach Wien. Sie wurde in Wien teilweise und zwar hohen Orts sehr gnädig, sehr befriedigt und angenehm überrascht über das unerwartete Anerbieten, sogar mit Enthusiasmus über diese unerwartete Wendung aufgenommen, von einer andren, eigentlich dem Geschäfte des auswärtigen Amts ressortmäßig abseitsstehenden, aber großen Einfluß auf dasselbe besitzenden Person (Graf M. Esterhazy) sogleich anfangs kühl aufgenommen und nach fast dreißigstündigem Warten in Wien abgefertigt mit ausweichenden Bemerkungen und mit der Erklärung entlassen, daß, wenn Preußen Österreich formell einladen will, einen Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen zu entsenden, Österreich geneigt sei, es zu thun, nicht aber auf die vorliegende, mehr private Einladung, indem man sich nicht der Gefahr aussetzen wolle und könne, daß ein solcher Abgesandter im preußischen Hauptquartier etwa zurückgewiesen würde. Der Mann eilte, nach vergeblicher Gegenvorstellung, so viel er konnte, nach Nikolsburg — er fuhr dabei ein zweites Paar Pferde zu schanden — kam aber eine Stunde später dort an, als der französische Bevollmächtigte Benedetti dort angekommen war, und empfing die mißliche Antwort: „Sie sind um eine Stunde zu spät gekommen, eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen andren Gang genommen haben. Wir können im Augenblicke eine Intervention Frankreichs nicht mehr ablehnen, weil dieselbe schon angenommen worden ist.“ Diese Thatsache kann ich verbürgen als vollständig wahr, und überlasse es nun dem hohen Hause, zu beurteilen, ob unter diesen Verhältnissen und bei diesen Thatsachen das Machtwort Frankreichs es war, welches damals Österreich vor dem vernichtenden „Stoße ins Herz“ bewahrte.“

Digitized by Google

Dem elsäßischen Fabrikanten Dolfuß, welcher am 25. April 1871 eine Audienz bei Bismarck hatte und diesem vorstellte, welch ein Gewinn es für Deutschland wäre, wenn Mühlhausen samt seinem Umkreise von der Annektierung ausgeschlossen würde, und welchen Schaden die deutsche Industrie durch den Anschluß dieses Distrikts erlitte, erwiderte der Reichskanzler, daß er selbst an die Bildung eines neutralen Staates Mühlhausen gedacht habe, der nebst seinem industriellen Gebiete mit der Schweiz sich verbunden hätte, und dessen Neutralität von ganz Europa anerkannt worden wäre; auf diese Weise wäre Deutschland gegen Belfort hin gesichert gewesen; aber die übrigen Mächte hätten auf diesen Plan nicht eingehen wollen, und jetzt sei die Nichtanerkennung nicht mehr zu bewilligen, da der Reichstag und ganz Deutschland die Zustimmung hiefür verweigern würden.

Die Worte, welche Bismarck zu Jules Favre gesprochen: „Ihr werdet die Kapitulation von Sedan ebenso wenig vergessen, als Waterloo und Sadowa, welch letzteres euch nicht einmal etwas angeht" sind unwiderlegbar, aber ebenso unwiderlegbar ist dann auch der Schluß: „deshalb ist es auch notwendig, daß Deutschland das Gebiet behält, welches seine Grenzen sichert, besonders die Stadt, welche den Schlüssel zu unserm Hause bildet." Das Revanchegeschrei der Franzosen war unter allen Umständen zu erwarten, selbst bei einer noch weit schonenderen Behandlung. „Die Ehre Frankreichs ist von der Ehre der andern Nationen nicht verschieden," sagte Fürst Bismarck ebenfalls zu Jules Favre. Es ist die besondere Ehre, die Frankreich für sich in Anspruch nimmt, welche ihre Revanche-Politik leitet, und die gleich bei der Abtretung Elsaß-Lothringens ihren Kanon aufstellte.

Darüber belehrt uns die Denkschrift eines Ausländers über die Annexion der Reichslande aus dem Jahre 1871, dem das folgende entnommen ist: „Ein Volk, so wenig wie das Individuum, hat das Recht, sich etwas anzueignen, was für seine Sicherheit, seine Ruhe, seine Entwickelung oder, was ihm sonst als notwendiges Bedürfnis erscheinen möge, dienen kann. Es kommt also auf die Frage an: wird die Einverleibung der genannten Landesteile durch das Recht erlaubt oder verurteilt?

„Aber auch in dieser allgemeinen Fassung ist die Frage nicht richtig. Wir haben es hier mit bestimmten Landesteilen und auch mit ganz bestimmten Verhältnissen zu thun. Die Frage muß also

Digitized by Google

so lauten: „Ist die Einverleibung unter den gegebenen Verhältnissen Recht oder Unrecht?“

„Denn darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß, wenn Deutschland den Krieg an Frankreich erklärt hätte, und zwar erklärt hätte ohne Grund und Recht, nur mit dem Zweck, um ihm die genannten Landesteile zu nehmen, und wenn es durch die Kraft seiner Waffen wirklich zum Ziele gekommen wäre, es sich des gröbsten Unrechts schuldig gemacht hätte, eines Unrechts, welches selbst durch die Berufung auf das Verhältnis dieser Landesteile zum früheren deutschen Reich nicht im geringsten entschuldigt worden wäre. Denn Deutschland hatte die frühere Abtretung an Frankreich ebenso sehr anzuerkennen und zu achten, wie Frankreich jetzt zur Anerkennung und Achtung der vollzogenen Abtretung dieser beiden Provinzen an Deutschland ernstlich verpflichtet ist.

„Der Zustand war aber ein ganz anderer. Die alten Rechtsverhältnisse waren durch den Krieg aufgelöst und dieser Krieg, der keinen Schatten noch Schein von Recht hatte, war von Frankreich ausgegangen; weder Deutschland, dem seine Einheit noch fehlte, noch selbst Preußen dachte an einen gegen Frankreich zu richtenden Angriff. In dem bekannten Bericht des Obersten Stoffel wurde ausdrücklich erklärt: „Preußen hat durchaus nicht die Absicht, Frankreich anzugreifen, es wünscht den Krieg durchaus nicht und wird alles thun, was in seinen Kräften steht, um ihn zu vermeiden. Aber Preußen sieht klar genug, um zu begreifen, daß der Krieg, den es nicht wünscht, unvermeidlich ausbrechen wird, und es strengt alle seine Kräfte an, um nicht überrascht zu werden.“ Für jeden, der die Stimmung in Deutschland kannte, mußte es feststehen 1) daß Deutschland keinen Krieg mit Frankreich wollte; 2) daß es voraussah, daß dieser Krieg von französischer Seite nicht ausbleiben würde; 3) daß es fest entschlossen war, ihn, sobald er erklärt war, wie Ein Mann unter Preußens Leitung zu führen; 4) daß es ebenso fest entschlossen war, für den Fall des Sieges Lothringen und Elsaß zu nehmen. Wurde es von Frankreich gezwungen, seinerseits im Kriegsspiel die Rheinprovinz einzusetzen, so sah es von französischer Seite diese alten Reichsprovinzen als den entsprechenden Einsatz an.

„War es nun ein Unrecht, daß es gerade diesen Preis festsetzte? Ich kann dies nicht einsehen. Seit wann gilt denn das Prinzip, daß unter die Friedensbedingungen keine Abtretung von Grundgebiet aufgenommen werden darf? Seit wann ist dieses Prinzip im

Digitized by Google

Völkerrecht oder durch Theorie oder Praxis anerkannt. Nach manchem Kriege, der absichtlich als Eroberungskrieg unternommen wurde, hat Frankreich sein Grundgebiet vergrößert, warum soll ihm nun nach einem Kriege, den es wieder allein um einer Eroberung willen unternahm, sein Gebiet nicht verkleinert werden? Als in der bekannten Note vom 21. September 1815 die französischen Bevollmächtigten, welche im Namen Ludwigs XVIII. mit den alliierten Mächten unterhandelten, die ihnen vorteilhafte Lehre der Unverletzlichkeit des französischen Grundgebiets nebst dem allgemeinen Gleichgewicht und andern derartigen Phrasen verteidigt hatten, waren die Minister der andren Mächte so frei, ihnen am folgenden Tage zu antworten: „Man kann unmöglich annehmen, daß die französischen Bevollmächtigten bei den gegenwärtigen Unterhandlungen die sogenannte Theorie der Unverletzlichkeit des französischen Gebiets von neuem aufs Tapet bringen wollen. Sie wissen nur zu gut, daß diese von den Häuptern und Aposteln des revolutionären Prinzips verkündete Lehre eines der schlechtesten Hauptstücke des willkürlichen Gesetzbuches ist, welches sie Europa auflegen wollen. Das hieße ja vollständig die Gleichheit und Gegenseitigkeit zwischen den Mächten zerstören, wenn man das Prinzip aufstellen wollte, daß Frankreich ungehindert sein Gebiet ausbreiten, Provinzen erobern und mit seinem Lande vereinigen könne, um dagegen das ausschließliche Vorrecht zu genießen, nie etwas von seinen früheren Provinzen zu verlieren, weder durch Kriegsunglück, noch durch die infolge desselben gemachten diplomatischen Dispositionen." Wenn diese Bemerkung im Jahre 1815 richtig war, warum sollte sie nicht auch für 1871 gelten? Und dieselbe Frage gilt auch von dem, was Gagern 1813 schrieb: „Gedanken der Vergeltung und der Rache, um von nun an mit den Franzosen so umzugehen, wie sie mit uns thaten, liegen mir fern, wohl aber hege ich die Hoffnung, daß man das Verlorene wiederbekommt. Gewiß muß man einen Friedenstraktat achten und die politische Moral wird es nie gut heißen, wenn man den Krieg wieder aufnimmt, nur weil man sich im Augenblicke stark genug fühlt, um seine alten Rechte wieder geltend zu machen; hat aber der Krieg einmal begonnen, dann ist es sehr wohl erlaubt, sich der ganzen Vergangenheit zu erinnern, verständige Pläne auszusinnen und auszuführen, um den Kriegsthaten seines Heeres die Krone aufzusetzen und Sicherheit für die Zukunft zu erlangen." Hatte man das Recht 1813 so zu sprechen, und den rechtmäßigen Verteidigungs-

Digitized by Google

krieg von einem mutwillig unternommenen Eroberungskrieg zu unterscheiden, warum sollte dann das Recht von 1813 im Jahre 1871 Unrecht gewesen sein? Warum soll Deutschland nach einem Kriege, den es nicht aus Eroberung, sondern zur Selbstverteidigung unternommen hat, nicht ebenfalls seine Grenzen verrücken können? Ein Eroberungskrieg ist ja nicht derjenige, welcher mit einer Eroberung endet, sondern der, welcher zu Eroberungszwecken unternommen wird. Frankreich hat im Jahre 1870 einen mißglückten Eroberungs-, Deutschland einen mit den herrlichsten Siegen gekrönten Verteidigungskrieg geführt.

„Über Bürger, so behauptet man weiter, darf man nicht wie über leblose Dinge verfügen. Ich glaube, daß man mit diesen schön klingenden Worten vielerlei aus dem Auge verliert. Denn 1) Abtretung von Grundgebiet ist noch keine Abtretung von Bürgern; Hörigkeit besteht heutzutage nicht mehr und das Recht der Auswanderung bleibt unverletzt. Es ist zwar wahr, thatsächlich wird für die meisten die Auswanderung unmöglich sein, aber man hüte sich doch, den Begriff eines Nachteils mit dem eines Unrechts zu verwechseln. Der Arbeiter, der dem Gesetze von Nachfrage und Angebot gemäß seinen Lohn vermindert sieht, ist vielleicht außer stande, andere Existenzmittel zu suchen, er muß sich den harten Bedingungen thatsächlich, aber nicht rechtlich unterwerfen. Kann man behaupten, daß ihm Unrecht geschieht? Wird man ihn einen weißen Sklaven nennen können, während sein Zustand vielleicht noch ärger ist, als der eines Negersklaven? — Oder es lebt jemand unter einer republikanischen Regierungsform und ist mit Leib und Seele derselben zugethan; der Gedanke, daß es zu einer Monarchie kommen wird, ist ihm vielleicht unerträglicher, als im August dem Elsässer die Aussicht, aus der Gewalt Kaiser Napoleons in die des Königs Wilhelm zu kommen. Die Monarchie wird aber trotz seines Widerspruches eingeführt und seine gesellschaftliche Lage erlaubt ihm nicht auszuwandern, und er leidet unendlich mehr, als die meisten Belgier, als sie unter den holländischen Szepter kamen. Geschieht ihm aber deshalb Unrecht? 2) Niemand wird den Länder- und Völkerschacher gut heißen, wie er z. B. auf dem Wiener Kongreß stattgefunden hat. Aber ich frage wieder: Ist das, was im Frieden geschieht, weil man es am liebsten in dieser Weise reguliert sieht, mit derjenigen Regulierung gleichzustellen, welche als die Bedingung für die Beendigung des Krieges anzusehen ist? Was für normale Verhältnisse gilt, muß dies auch für außerordentliche gelten?

Digitized by Google

Was ich meinem stillen und friedlichen Nachbar nicht thun darf, darf ich ihm dies auch nicht thun, wenn er nicht mehr still und friedlich ist, sondern mich verräterisch angreift, ohne nur einen Vorwand dazu zu haben, sondern mit dem Zweck, mir alles zu nehmen, was mir teuer ist? Ist das begangene Unrecht, die verübte Missethat, eine Thatsache, welche nur zwischen Individuen, aber nicht zwischen Völkern in Betracht gezogen werden kann? Wenn es nun aber zwischen Völkern nicht ganz unberücksichtigt bleiben darf, wer hat dann ausgemacht, daß die Strafe hier nur eine Geldbuße sein darf, die sich lediglich auf einen Schadenersatz beschränken würde? — Man hat, auch bei uns, verschiedene Male auf die Ausschließung der Bonapartes vom französischen Throne hingewiesen, man hat es lebhaft bedauert und als eine Verletzung des Völkerrechts verurteilt, daß auch gegenüber Napoleon III. die europäischen Mächte dieselbe nicht kräftig gehandhabt haben. Und doch, wenn je etwas mit dem Völkerrecht der normalen Verhältnisse im Streite war, dann war es sicher diese Ausschließung. Trotzdem ging sie von dem edlen von Stein aus und fand sie allgemeinen Beifall. Warum übersehen jetzt diejenigen, welche noch immer für dieselbe begeistert sind, jetzt, wo es sich um Elsaß und Lothringen handelt, den Unterschied zwischen gewöhnlichen und außergewöhnlichen Verhältnissen? 3) Ich anerkenne, daß die Strafe, welche im Verluste von Grundgebiet besteht, auf die verschiedenen Teile des schuldigen Landes in sehr ungleicher Weise drückt. Ist dies aber zu ändern? Es ist ja gerade die Absicht, daß der ganze Staat darunter leiden soll; die ungleichmäßige Verteilung ist unvermeidlich damit verbunden. Wäre England an Deutschlands Stelle gewesen, so wäre zwar nicht der Elsaß, aber eine französische Kolonie der Preis gewesen, wie auch Frankreich, wenn es England besiegen würde, sicher keinen Teil Schottlands, sondern die englischen Inseln an der französischen Küste oder vielleicht ebenso eine der englischen Besitzungen in Asien verlangen würde. Hätte Frankreich über Deutschland gesiegt, so wäre ihm gewiß nicht Pommern, sondern die Rheinprovinz und die bayrische Pfalz zum Opfer gefallen. Der Ausgang des Krieges bringt ebenso ungleiche Lasten mit sich, als der Krieg selbst. Die Grenzprovinzen sind tausendmal größeren Leiden ausgesetzt, als die weit von der Grenze abgelegenen Distrikte. Es ist dies eine der zahllosen Beschwerden gegen das Kriegführen im allgemeinen. Wird aber der Krieg einmal geführt, dann ist es thöricht, darüber zu klagen, wenn die Ursache von den not-

Digitized by Google

wendigen Folgen begleitet ist. Wer würde, wenn unser Land im Osten angegriffen wird, nicht lieber ein Bürger von Delft, als von Arnheim, oder, wenn der Angriff von Süden aus stattfinden würde, nicht lieber von Groningen, als von Breda sein? Hätten deshalb Arnheim und Breda ein Recht, sich zu beklagen, daß sie unendlich mehr leiden als Delft oder Groningen? Wer ist ärger daran als der Bürger einer vom Feinde belagerten Festung? Gibt auch der Staat, zu welchem dieselbe gehört, nachher die reichste Geldentschädigung, so ist der Geldverlust vielleicht doch nicht der hundertste Teil dessen, was sie gelitten hat. Es ist hart, aber nicht zu ändern. Die Festung, welche erbaut wurde, um zu vernichten, ist auch gebaut, um vernichtet zu werden. So unvermeidlich es also ist, daß die Grenzgebiete am meisten von den Greueln der Verwüstung heimgesucht werden, ebenso unvermeidlich ist es, daß sie allein und kein anderer Teil des Landes beim Friedensschluß in den Besitz des siegreichen Feindes übergehen können. Es ist lächerlich, über eine ungleiche Verteilung zu jammern, wenn letztere ebenso notwendig ist als das unumstößlichste Naturgesetz. Aber die Bewohner von Elsaß und Lothringen — und mit diesem Notschuß glaubt man alles zu gewinnen — wollen keine Deutsche werden, sie wollen, wenigstens die Mehrzahl, Franzosen bleiben und freie Menschen dürfen nicht gegen ihren Willen einem Staate einverleibt werden, welchen sie hassen, von einem Lande getrennt werden, welches sie lieben. Hätte man sie abstimmen lassen und hätten sie sich dann für die Annexion entschieden, so wäre ihnen kein Unrecht geschehen; aber man wagte es nicht, es auf ein Plebiszit ankommen zu lassen. Dieser oft gehörte Beweis hat in meinen Augen, und kann man sich dafür auch auf Hugo Grotius berufen, nicht den geringsten Wert, ja er scheint mit den ersten Prinzipien des Rechts und der Staatslehre in Widerspruch zu stehen. Er ist eine Waffe, welche ins Arsenal der Revolution gehört. Die Elsässer — um der Kürze wegen nur von diesen zu sprechen — sind freie Menschen — so behauptet man. Ich antworte: Nein, sie sind Bürger von Frankreich und durch dieses ihr Verhältnis zum französischen Staat ist ihre Freiheit sehr bedeutend beschränkt. Ihre staats- und völkerrechtlichen Beziehungen hängen nicht von ihnen, sondern von dem Staate ab, zu welchem sie gehören. Dies gilt ebensogut für Frankreich, wie für jeden andren Staat. Abtretung von Grundgebiet kann nie das Werk der Bürger sein, welche den abgetretenen Teil bewohnen, es ist einzig und allein das Werk

Digitized by Google

ihres Staates und derjenigen Faktoren, welche der Verfassung gemäß von diesem Staat mit dieser Machtvollkommenheit ausgestattet sind. Wer hiermit nicht zufrieden ist, wer ein Plebiszit nicht einmal des ganzen Volkes, sondern eines kleinen Teiles desselben hier für notwendig hält, der löst die Einheit des Staates auf und gibt seine Zukunft der Willkür einer größeren oder geringeren Anzahl seiner Bürger preis. Beharrt man bei dieser Ansicht, dann ist auch das Urteil über die Gewaltthätigkeit des Nordens der Vereinigten Staaten von Nordamerika gesprochen, welche den freien Süden zwangen, gegen seinen Willen bei der Union zu bleiben. Wenn es von den Elsässern abhängen soll, ob sie französisch oder deutsch sein wollen, warum gesteht man dann den Limburgern nicht das gleiche Recht zu, sich, wenn es ihnen gefallen sollte, mit Belgien zu verbinden? Eine feste Staatsordnung ist bei solchen Prinzipien unmöglich, eine Anarchie, größer als sie irgendwo bestanden hat, wäre die unvermeidliche Folge. Es ist kein Wunder, daß die ganze Plebiszitslehre, eine Frucht des Bonapartismus, ein verderblicher Mischmasch von Tyrannei und Revolution ist. Überdies, wer ist so blind, um nicht zu sehen, daß das so feurig verlangte Plebiszit nichts andres als eitler Schein sein kann. Ich will nicht einmal von Nizza und Savoyen sprechen, wo sich die Freiheit der Bestechung oder des Mannes, dem man die Pistole auf die Brust gesetzt hat, zeigte und wo man die niederträchtigsten Mittel gebrauchte, um zum Ziele zu gelangen, ich will sogar annehmen, daß man im Elsaß die Freiheit der Stimmung nicht verkümmert hätte; würde aber dadurch die Sache verändert werden? Hätten dann die Elsässer, wenn sie Frankreich wirklich liebten, gegen die Einverleibung stimmen können? Gewiß ebenso wenig, als am 1. März die Nationalversammlung die Friedensbedingungen verwerfen konnte, ohne das Land dem gewissen Untergange preis zu geben.

„Ich habe hier nur vom Recht gesprochen, nicht von der Großmut. Auch mir vielleicht könnte der Gedanke wünschenswert erscheinen, daß der Friede zustande käme, ohne daß Frankreich einen Teil seines Grundgebietes hätte verlieren müssen. War aber diese Idee praktisch zu verwirklichen? Wäre eine solche Großmut kein Verbrechen gegen Deutschland und gegenüber Frankreich nicht vollständig zwecklos gewesen? Hätte auch Frankreich kein Grundgebiet verloren, so hatte es doch seinen Ruhm verloren. Die Großmut, die so verlockend schien, hätte keine andere Folge gehabt, als daß

Digitized by Google

Frankreich, sobald es diesen Ruhm wieder zu gewinnen suchte, stärker und Deutschland schwächer gemacht worden wäre.

„Ich stimme ganz mit dem überein, was ein Deutscher über diesen Gegenstand sagt, zumal es auf der einfachsten Wahrheit beruht: „Alexis de Tocqueville, der edelste und größte Charakter der neueren französischen Geschichte, der das Verbrechen des 2. Dezember mit blutigen Farben geschildert hat, bekannte, daß er Napoleon alles vergeben würde, wenn es ihm glückte, den Rhein für immer zur Grenze zu machen. In dem gegenwärtigen Riesenkampfe handelt es sich um nichts Geringeres, als darum, um der falschen Auffassung von Frankreichs Aufgabe, wie sie von Richelieu her datiert, ein Ende zu machen. Dies mag keine Kleinigkeit sein und war auch des Schweißes und des Blutes der Edlen wert, die ihr Leben verloren, denn es räumt eines der größten Hindernisse aus dem Weg, die der Blüte unseres Vaterlandes entgegenstanden. Hätten wir in falsch verstandener Großmut den Frieden nach Sedan geschlossen, von jeder Regierung, welche auf die kaiserliche folgte, wäre Rache für Sedan die Losung geworden, Frankreich hätte seine Stellung im Osten preisgegeben, um sich uns gegenüber der russischen Allianz zu versichern und nach wenigen Jahren hätten wir uns gezwungen gesehen, im Osten und Westen zugleich Widerstand zu bieten. Dieser Gefahr, der größten, die Deutschland bedrohen kann, darf unsere Zukunft nicht aufgeopfert werden. Deshalb muß der Kampf so lange fortgesetzt werden, bis die Kraft Frankreichs, um uns zu schaden, für geraume Zeit gebrochen ist, in jedem Falle aber sich an einer strategisch starken Grenze brechen muß."

„Noch eine Bemerkung, die mit dem Rechtsstandpunkt übrigens nichts zu schaffen hat. Ich weiß, daß, um Riehls Worte zu gebrauchen, nicht nur der Elsaß französisch, sondern auch die Elsässer beinahe Franzosen geworden sind. Freilich auf eigentümliche Weise. Das kräftige deutsche Element im Elsaß ist den Franzosen durchaus kein Geheimnis, und Männer, wie Renan, bedauern gerade deshalb den Verlust dieses Grenzlandes, weil es so besonders dazu geeignet war, deutschen Geist und deutsche Wissenschaft den Franzosen mitzuteilen. Was die Elsässer zu Franzosen machte, ist denn auch durchaus nicht die Übereinstimmung des Volkscharakters, sondern vielmehr, außer den Interessen des Handels und der Industrie, beinahe ausschließlich die politische Bedeutung Frankreichs gegenüber derjenigen von Deutschland, welche sie enge mit dem

Digitized by Google

ersteren verband." „Vor der großen französischen Revolution — so schrieb Varnhagen von Ense über Straßburg — „fühlte sich noch jedermann den Deutschen stammverwandt, und suchte man eifrig die alten Sitten und Gebräuche zu bewahren. Die Sprache, die Religion, die Volkstracht, die Städteverwaltung, alles stand dem französischen Einfluß im Weg, der vom Hofe aus nur katholisch und absolutistisch sein konnte. Aber als die Freiheitsideen von Paris ausgingen, als alles bisher Gefürchtete verschwand, und die schönste Hoffnung an die Stelle desselben trat, alsdann mußten sich alle Schleusen öffnen und die wogende Flut konnte einströmen. Mit der Freiheit und dem Bürgersinn verbrüderte man sich ohne Bedenken, mit den wiedergeborenen Franken wollte man gern Ein Volk sein; die schwachen Fäden der alten Sitten waren den neuen geistigen Banden gegenüber nicht stark genug!" Noch mehr und im besondern ist dies im Werke von Löher: „Aus Natur und Geschichte von Elsaß-Lothringen" entwickelt. — Ich glaube, daß auch hier die Vergangenheit eine Bürgschaft für die Zukunft ist. So lange Zeit, als es bedurfte, um die Elsässer zu Franzosen zu machen, wird nicht notwendig sein, um sie wieder zu Deutschen zu machen. Was aus Frankreich werden wird, ist, zum mindesten genommen, unsicher; mit Ausnahme der großen Städte findet die Republik wenig Beifall. Wird die Monarchie wieder hergestellt werden? Wird der verurteilte Bonapartismus wieder ans Ruder kommen? Niemand kann sagen, daß dies unmöglich ist. Wird dann Ruhe und Friede herrschen? Die großen Städte sind auch nicht gesinnt, ihre Ansichten preiszugeben, und die Wiedereinsetzung Napoleons ist mit allem Recht und aller Sittlichkeit so im Streit, daß selbst der wärmste Freund der Ordnung nur mit Entsetzen daran denken könnte und lieber alles ertragen würde, als sich aufs neue der personifizierten Schlechtigkeit zu unterwerfen. Wird bei dem Schicksal, dem Frankreich entgegengeht, der Elsaß für die Vorteile, welche aus seiner Vereinigung mit Deutschland ihm erwachsen, die Augen verschließen? Ich glaube es kaum. Ich las dieser Tage einen Brief aus Straßburg von dem Grafen von Dürkheim-Montmartin. Er hatte die bekannte Deputation nach Berlin begleitet, um soviel als möglich für den Elsaß zu erlangen. Er erklärt, daß es der ernsthafte Willen nicht nur aller denkenden und gebildeten Deutschen, sondern hauptsächlich derjenigen sei, von deren Stimme das Los der annektierten Gebiete abhänge, „die geschlagenen Wunden zu heilen, eine Regierung einzusetzen, welche die Gemüter versöhnt

Digitized by Google

und die Interessen befriedigt, und das Land nicht als ein erobertes Gebiet, sondern als eine Provinz, die in allen Beziehungen mit Deutschland gleichberechtigt sei, zu behandeln." Dieser Stimmung der Deutschen sicher, ist er nicht minder fest davon überzeugt, „daß, wenn an der andern Seite der Vogesen alles verfault und zusammenstürzt, an der andern Seite des Rheines eine gesunde Kraft vor den Elsässern steht, an welche sie sich ihrer Pflicht gemäß und zum Heile ihres Landes unbedingt anschließen müssen, wenn es wenigstens ihr Wunsch ist, daß auch ihr Elsaß einer kräftigen Zukunft entgegengehen soll." Das deutsche Organisationstalent wird hier ein reiches Feld der Thätigkeit finden, um eine Menge von Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist aber auch zu großen Dingen fähig und wenn es wacker an der Arbeit bleibt, wird es die Stimmung im Elsaß sich bald verändern sehen."

In dieser Weise rechtfertigte Herr C. W. Opzoomer, Professor der Rechte an der Universität zu Utrecht, seinerzeit die Annexion der Reichslande. Ein Amerikaner, Professor Lieber in New-York, sagte im Jahre 1871: „Wir Amerikaner, wir haben uns fünfmal vergrößert. Die Annexion des Texas war die Zulassung, vermittelst eines Vertrages, eines als unabhängig betrachteten Staates in die Union. Aber die Erwerbung Kaliforniens war das Resultat einer Eroberung. Nachdem wir Mexiko besiegt hatten, wurde uns Kalifornien abgetreten und niemand fiel es ein, ein Plebiszit zu verlangen. Ebensowenig bei dem Ankaufe von Neumexiko. Aber die wichtigste Annexion in der Geschichte der Vereinigten Staaten war die von Louisiana. Das fast unbegrenzte Territorium wurde kontraktmäßig erworben. Bonaparte trat es 1803 für fünfzehn Millionen Dollars an uns ab. Wurde auch nur ein einziger Bewohner Louisianas eingeladen, zu sagen, ob er aufhören wollte: Bürger der französischen Republik zu sein? Oder hielt man es der Ehre Frankreichs oder des ersten Konsuls zuwider, daß ein Territorium — das länger französisch war als der Elsaß — an eine andre Macht abgetreten werde? Als im Jahre 1821 der General Jackson beauftragt wurde, von Florida Besitz zu ergreifen, infolge eines Vertrags mit Spanien, kein Spanier und kein andrer Einwohner wurde befragt. Wir haben endlich in unsrer Geschichte das merkwürdige Ereignis, daß im Jahre 1790 ein Teil Marylands und Virginiens, d. h. eine freie Bevölkerung, durch die Legislaturen der beiden Staaten den Vereinigten Staaten abgetreten wurde, ohne daß sich auch nur eine Stimme erhob, um im Namen

Digitized by Google

der Grundsätze des öffentlichen Rechts zu verlangen, daß man die Einwohner frage, ob sie, oder eine Majorität unter ihnen, mit dieser Veränderung einverstanden seien. — Es liegt übrigens auf der Hand, daß, wenn das Plebiszit im Falle einer Eroberung notwendig wäre, jeder Staat gezwungen sein würde, sich dem deutlich erkannten Wunsche eines Teils des Landes, sich von ihm zu trennen, sofort zu fügen. Kein Amerikaner der Vereinigten Staaten wird zu erklären wagen, daß sich eine ungeheuere Majorität gegen uns ausgesprochen haben würde, wenn man im Jahre 1863/1864 unsere Südstaaten hätte abstimmen lassen, und kein Engländer wird daran zweifeln, daß ein Plebiszit in Irland dem Verbande dieses Landes mit Großbritannien ein Ende machen würde. Wenn die Amerikaner des Nordens für die Aufrechterhaltung der Union gekämpft haben, so geschah es, weil sie wußten und fühlten, daß die Pflicht und die Notwendigkeit ihnen vorschreibe, eine Nation zu bleiben. Frankreich hat sich Jahrhunderte lang auf Kosten Deutschlands vergrößert; es hat nach der Diktatur in Europa gestrebt, und da es dazu nicht gelangte, so hat es wenigstens seine Suprematie über diesen Weltteil ausüben wollen; es hat Verwirrung in der ganzen zivilisierten Welt gesäet; und nachdem es Deutschland in seiner Einheit und in seiner Integrität bedroht hatte, hat es dasselbe ohne Motiv angegriffen. Deutschland, welches aus zahlreichen und wichtigen Gründen des Elsasses gegen Frankreich bedarf, ist nicht gehalten, nach der Wiedereroberung dieser Provinz zu der Formalität eines Plebiszits Zuflucht zu nehmen."

Herr Lieber schloß mit diesen Worten: „Jede Idee des annexionistischen Plebiszits ist neu. Die Nation, welche die Initiative desselben ergreift, ist eine der unerfahrensten in Sachen der Volkspolitik, eine der am wenigsten vertrauten mit der Freiheit, so wie sie in den zivilisierten Ländern ausgeübt wird. Bis jetzt waren weder die nationalen noch die internationalen Plebiszits imstande, das geringste Zutrauen einzuflößen. Ein annexionistisches Plebiszit verwischt übrigens keineswegs den Charakter der Gewaltsamkeit, weil es unmöglich sein würde, es in einem Lande anzuwenden, das nicht zuvor erobert wurde. Wir Amerikaner aber würden uns einen seltsamen Widerspruch zu schulden kommen lassen, wenn wir, im Namen der Freiheit oder des Liberalismus, ein Plebiszit für den Elsaß verlangten. Wir werden besser thun, an unserer berühmten Monroe-Doctrin (Amerika für die Amerikaner!) festzuhalten und Europa sich selbst zu überlassen."

Digitized by Google

Die französischen Blätter haben sich seit Jahren die Aufgabe gestellt, unermüdlich nach neuem Material zu suchen, um dem Deutschenhaß in Frankreich frische Nahrung zuzuführen. Dahin gehören die Unwahrheiten von deutschen Grausamkeiten und Vandalismen während des Krieges (die von einem „Augenzeugen" mit vielen dramatischen Details erzählte Niederäscherung des Palastes von St. Cloud ist in Frankreich selbst für unwahr erkannt). Ohne Härten ist es ja im Kriege für die Franzosen nicht abgegangen, und sie sitzen heute noch in ihrer Erinnerung fest, im Laufe der Jahre noch zu den schreiendsten Unbilden in der Phantasie angeschwollen. Es gibt harte Kriegsnotwendigkeiten, denen Sieger und Besiegte unterworfen sind, und zumal ohne das vae victis würde das Kriegsspiel von der Menschheit zu leicht empfunden werden. Die Franzosen hätten sich viel an Eigentumsbeschädigungen, Mißhandlungen von Zivilpersonen u. s. w. ersparen können, wenn ihre Behörden nicht die eigene Bevölkerung im Stich gelassen hätten, indem sie vor dem anrückenden Feinde das Weite suchten und ihre Funktionen einstellten. Es existiert über diesen Gegenstand ein interessantes deutsches Schriftstück:

„Die erst in dem Feldzuge 1866 und jetzt in noch verstärkterem Maße hervortretende Erscheinung, sagt ein Bericht aus der Zeit des Krieges, daß die Beamten der Regierung — in einzelnen Fällen auch die der städtischen Verwaltungen — bei Annäherung des Feindes ihre Posten, und zwar auf höheren Befehl verlassen, so daß die einmarschierenden Truppen überall auf Selbsthilfe angewiesen sind, — dies Verfahren scheint für den Krieg überhaupt ganz neue Verhältnisse und somit auch neue Verwaltungsmaßregeln herbeiführen zu sollen. Zur Zeit der Kriege des ersten Napoleon kam es gar nicht vor, daß ein Königlicher oder städtischer Beamter sich von seinem Posten entfernte. Wo es vorgekommen, ließ es sich auf dringende Familienverhältnisse zurückführen. Das vielbesprochene „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht," welches den traurigen Nachrichten von dem Verluste der Schlacht bei Jena in Berlin folgte und dem Einmarsche der Franzosen vorausging, war keineswegs das Sauve qui peut! der sämtlichen Königlichen Beamten. Allerdings wurden die Archive, die Kron-Juwelen u. s. w. in Sicherheit gebracht, aber die Steuerbeamten, die Post, die Regierungsorgane blieben in Thätigkeit, blieben es sogar, als sehr bald jede Gehaltszahlung aufhörte, als die Königlichen Beamten schwer litten, niemand sich ihrer annahm und ihre

Digitized by Google

fortgesetzte pflichttreue Thätigkeit fast zu einem Vorwurf für sie wurde.

„Kam dann der französische Intendanturbeamte mit seinen Requisitionen, so war die Möglichkeit gegeben, aus den Steuerrollen, aus den Rentamtsbüchern, aus dem ganzen gewissenhaft geführten und geordneten Verwaltungsmaterial die Lasten gleichmäßig zu verteilen, und die Gesamtheit zur Leistung des Geforderten — unter den gegebenen Verhältnissen Unvermeidlichen heranzuziehen. Es wurden Kommissionen gebildet — die Akten des Berliner Magistrats wissen davon zu erzählen, — in denen französische Militärverwaltungsbeamte mit Königlichen und städtischen Beamten zusammen, die oft unerschwinglich erscheinenden Forderungen auf die wenigst drückende Art zu erfüllen suchten. Aus jener Zeit stammt das furchtbare Wort eines höheren französischen Verpflegungsbeamten, als der Bürgermeister von Berlin ihm vorstellte, daß bei solchen Forderungen die Stadt und das ganze Land zu Grunde gehen müßten: „Mon cher, Sie glauben gar nicht, was eine Nation leiden kann. Das wissen wir besser."

„Was haben wir dagegen in Böhmen und Mähren erfahren müssen? Was erfahren wir jetzt in Frankreich?" Alle höheren Beamten entflohen, alles Verwaltungsmaterial entfernt, alle Unterbeamten angewiesen, dem Feind jede Dienstleistung zu versagen. Die Präfekturen und Unterpräfekturen verlassen, keinerlei Nachweis über die Leistungsfähigkeit der städtischen und ländlichen Kommunen vorhanden, die vollständige Unmöglichkeit einer gerechten Verteilung der notwendigen Belastung. Keine Polizei, selbst die Gendarmen fortgeschickt. Es zeigt sich daher die eigentümliche und in hohem Grade unerfreuliche Erscheinung, daß die schmale Straße, welche unsere Truppen dem zurückweichenden oder geschlagenen Feinde nachziehen, also die Verbindung zwischen zwei Operationsobjekten, in auffälliger Weise devastiert und zu Leistungen herangezogen wird, während rechts und links davon im Lande Städte und Dörfer kaum die Anwesenheit des Feindes im Lande gewahr werden. Vergebens geben sich die Verpflegungsbeamten Mühe, eine Basis zu finden, auf welcher eine wenigstens annähernd gleichmäßige Verteilung der Lieferungen, der Stellung von Fuhrwerken, selbst der Bequartierung zu ermöglichen wäre. Nicht allein die Steuerregister, die statistischen Nachweisungen des Schlachtviehbestandes, der Pferde, der Vorräte, auch die Jagdscheine, die Sparkassennachweise, die Lebens- und Feuerversicherungsbücher, kurz

Digitized by Google

alles Material war entfernt oder versteckt, und damit das summarische Verfahren nicht allein unvermeidlich, sondern geradezu geboten. Selbst die Gerichtshöfe stellten ihre Thätigkeit ein, so daß die Gefangenen, selbst die schon Abgeurteilten, wenn sie gerade eine höhere Instanz beschritten hatten, nicht freigelassen werden, ebensowenig aber auch ihre Strafe antreten konnten. Wird ein solches Verfahren Kriegsgebrauch, so dürfte nichts übrig bleiben, als bei dem Einrücken in ein feindliches Land gleich ein ganzes Verwaltungspersonal mitzubringen, um auch diesen Hebel ansetzen zu können, nicht allein zur Schonung der Einwohner, zu ihrem Schutz, sondern auch zur Sicherung einer möglichen Rückzugslinie; denn eine auf dem Vormarsch devastierte Landstrecke vermag auch auf dem Rückzuge nichts zu leisten, und ist im Augenblicke des Bedürfnisses auch jede Art der Herbeischaffung des Notwendigen zweckmäßig und geboten, so muß hinter den Truppen dafür gesorgt werden, daß nun die Leistungen gleichmäßige und regelrechte werden können.

„Es hat sich in dem gegenwärtigen Kriege und zwar auf grund der in Böhmen und Mähren gemachten Erfahrungen, eine Wirksamkeit des Instituts der dem Königlichen Hauptquartier attachierten Feldpolizei herausgestellt, welche in ganz allgemeinen Zügen auf das künftig vielleicht notwendig Werdende hinweist. Bei der vollständigen Unmöglichkeit, sich auf die Hilfe oder wenigstens den Nachweis der Staats- und städtischen Beamten des Feindes zu stützen, mußte der Feldpolizeidirektor Geh. Regierungsrat Dr. Stieber rasch und entscheidend in die verschiedensten Funktionen eingreifen, mußte administrativ geschulte Beamte seines Ressorts an die sich bildenden preußischen Verwaltungsbehörden überlassen, damit nur sofort die neuen Formen funktionieren konnten, mußte nach den verschiedensten Richtungen hin einschreiten, um augenblickliche Stockung und Gefahr zu beseitigen, da der Krieg keine Beobachtung der Formen gestattet, wenn diese Zeit erfordern. So weit dies Eingreifen, dem nächsten und wichtigsten Bedürfnisse entsprechend, über die Befugnisse und eigentlichen Obliegenheiten der Feldpolizei eines Hauptquartiers hinausgehen mußte und so wenig davon ein dauernder Nutzen zu erwarten war, da ja die Feldpolizei sich mit dem Hauptquartier weiter vorbewegt, das kaum Geordnete also in halbfertigem Zustande hinter sich zurücklassen muß, um so sicherer wird Vorsorge für künftige Fälle getroffen und werden die betreffenden Beamten die feindliche Grenze gleich mit überschreiten müssen.

Digitized by Google

„Wie die Kriege der Neuzeit neue Branchen für Feldtelegraphie, Feldpost, für Eisenbahnwesen, für Krankenpflege haben entstehen oder erweitern sehen, so liegt es nicht außer der Wahrscheinlichkeit — weil es eben zur Notwendigkeit geworden ist — auch Beamte aller Zweige der Zivilverwaltung für einen eintretenden Krieg mobil zu machen, damit sie überall mit ihren Kenntnissen und ihrer Erfahrung einschreiten können, wo uns der Feind auch auf diesen Gebieten entweder den offenen Widerstand oder die vis inertiae entgegensetzt. Wie wir mitteilen können, haben vor dem Ausbruche des gegenwärtigen Krieges auch in unsrem Ministerrate Besprechungen darüber stattgefunden, ob im Falle einer Invasion preußischen Gebietes durch französische Armeen die Beamten auf ihren Posten bleiben, oder sich vor dem Feinde und zwar mit dem ganzen Verwaltungsmaterial zurückziehen sollten. Selbstverständlich kennen wir die infolge dieser Beratung gefaßten Beschlüsse nicht, daß aber überhaupt eine Beratung stattgefunden, beweist nur das Zwingende der 1866 gemachten Erfahrungen, und was man in dieser Beziehung nicht allein im Anfange aus Frankreich hörte, sondern auch jetzt noch bei tieferem Eindringen in das Land hört, spricht für unsere Anschauung. Daß dabei nicht an die Notwendigkeiten für eine dauernde Verwaltung okkupierter Länderteile gedacht worden ist, bedarf wohl keiner besonderen Versicherung, obgleich auch für die Dauer eingesetzte Verwaltungen nur Vorteil davon haben würden, wenn sie bei ihrem Eintritt schon eine geregelte Grundlage vorfinden. Es handelt sich bei unsrer Betrachtung thatsächlicher Verhältnisse nur um eine Zahl von Zivilverwaltungsbeamten, welche den Stäben der Armeen und der Armeekorps beizugeben sein würden, um gewissermaßen die Schnüre für das augenblicklich brauchbar gemachte Verwaltungsnetz einzuschieben."

Die Franzosen sollten daher nicht den Deutschen zur Last legen, was sie selber verschuldet haben. Unsägliche, schmerzliche Erinnerungen, Erinnerungen an Härten, Füsilladen von Zivilpersonen und Einäscherungen von ganzen Dörfern, welche Maßregeln noch heute mit Erbitterung die Gemüter erfüllen, während sie nichts als das Gebot der Notwehr waren, wären überdies den Franzosen erspart geblieben, wenn sie statt der francs-tireurs, die unter der Blouse das Gewehr verborgen hielten, um es aus dem Versteck zu gebrauchen, etwas Ähnliches wie den deutschen Landsturm gehabt hätten, und selbst nur in der Form des Landsturmes von 1813.

Digitized by Google

Die francs-tireurs traf das unerbittliche Los der Rebellen und mußte sie treffen, wenn nicht die deutschen Militärbehörden ihre Soldaten ihnen schutzlos ausliefern wollten. Heute noch, nach dreizehn Jahren, werden die Deutschen der Barbarei angeklagt, und was hätte eine siegreiche Armee in unserem Lande gethan? Sie hat 1813 nicht einmal den militärisch organisierten Landsturm nach Völkerrecht behandelt.

Der schon erwähnte Professor Opzoomer schrieb gleich nach dem Kriege: „Es würde mich geringe Mühe kosten, die Unwahrheit mancher französischen Beschuldigung genügend zu beweisen. Von Zeit zu Zeit haben es die Deutschen selbst gethan, wenn die Namen der Ankläger der Beschuldigung einiges Gewicht zu geben schienen, es würde mich ebensowenig Mühe kosten, manche nicht bestrittene und an sich selbst tadelnswerte Handlung durch die Umstände, die ihr vorhergiengen und sie veranlaßten, wenn auch nicht zu rechtfertigen, doch genügend zu entschuldigen, gegenüber jeder scheinbar gut verbürgten Erzählung von französischer Seite könnte ich eine nicht minder verbürgte Erzählung von deutscher Seite über die Mißhandlung von Kriegsgefangenen, selbst von Kapitänen und Mannschaften weggenommener deutscher Kauffahrteischiffe stellen, ich könnte auf die edlen Armeebefehle hinweisen z. B. von Prinz Friedrich Karl und von Steinmetz vom 6. August, in welchen sie ihre Soldaten ermahnen, doch überall zu zeigen, daß sie zu einem gebildeten Heere gehören, von dem jedes Mitglied nicht nur den Ruhm, sondern auch die Ehre des ganzen Vaterlandes handhaben muß, und sich überall durch ein sittliches und freundliches Betragen, durch Mäßigung und durch Achtung fremden Eigentums bei Freund und Feind auszuzeichnen, auf die schönen Worte: „Zeigt, daß in unsrem Jahrhundert zwei gebildete Völker selbst im Kriege das Gebot der Menschlichkeit gegen einander nicht vergessen; denkt immer, wie es euren Eltern in unsrem Lande zu Mute wäre, wenn ein Feind unsre Gegenden überströmte; laßt die Franzosen sehen, daß das deutsche Volk nicht allein groß und tapfer, sondern auch sittlich und dem Feinde gegenüber edelmütig ist. Der friedliche Bürger und Bauer stehen unter dem Schutze der Menschlichkeit und der preußischen Mannszucht, weder die eine noch die andre werdet ihr durch Überschreitungen, die eure Anführer nie dulden werden, verleugnen;" auf die edlen Ermahnungen Gustav Freytags, in der sechsten Lieferung der Zeitschrift: „Im deutschen Reich", in welcher er an die deutschen Soldaten viel höhere Anforderungen

Digitized by Google

stellt, als an die eines andren Heeres — ich könnte an dies alles erinnern, um zu zeigen, wie jede Überschreitung des wahren, menschlichen Kriegsrechtes von den Führern des deutschen Volkes aufs strengste verurteilt wurde. Ich könnte ferner dem gegenüber stellen, was Freytag in der gesamten Abhandlung anführt: „Französische Generale durften es beim Ausbruche des Krieges wagen, in ihren Armeebefehlen ihre Soldaten durch die Aussicht auf Plünderung in Feindesland anzufeuern; französische Kriegsschiffe haben deutsche Waren als Beute mitgenommen und Kauffahrteischiffe in offener See verbrannt, und das Entfesseln des Volkskrieges durch undisziplinierte Banden hat in nicht wenigen Gegenden von Frankreich die Voraussetzungen aufgehoben, unter welchen Schonung des Privateigentums im Kriege möglich ist.“ Ich könnte auch darnach fragen, wie die Franzosen ihre eigenen Verwundeten, die Offiziere ihre eigenen Soldaten behandelt haben, und wie beschaffen die Einrichtung der Krankenpflege war, um daraus einen wahrscheinlichen Schluß über die Art und Weise ihres Verhaltens gegen den Feind zu ziehen. Und nicht minder könnte ich endlich fragen, von welcher Seite wir seit Juli Lügen, von welcher Wahrheit zu hören gewöhnt sind. In Frankreich ist die Lüge das tägliche Brot geworden und vom Anfang an bis auf den heutigen Tag hat dieser Lügengeist einen der fruchtbarsten Stoffe in den Greueln gefunden, welche der Feind verübt haben sollte. Man lese nur die Berichte, welche jetzt aus Paris kommen, und lächelnd muß man den Kopf schütteln über die barbarische Behandlung der Gefangenen in Versailles, denen nicht nur die Kleider, sondern sogar die Ohren vom Leibe gerissen wurden! So belügen sie ihre eigenen Landsleute und ihre eigene Regierung, so haben sie gegen die Deutschen von Anfang an gelogen. Anfang August las man im „Le Public“, dem Organe Rouhers: „Zu den Waffen, zu den Waffen! Wir sind besiegt, aber wie haben unsere Soldaten gefochten! Zuerst einer gegen fünf und als er dann die fünf wilden Doggen totgeschlagen hatte, dann kamen fünf andre und immer mehr... Unsere Rache soll glänzend sein! Gott ist sie uns schuldig. Bis zu diesem Tag der Rache wollen wir uns merken, wie die Feinde ihren Sieg benützen. Überall, wo sie sich zeigen, sengen und brennen sie, überall, wohin sie kommen, morden sie, sie ermorden die Verwundeten und verbrennen die Ambulanzen, sie ermorden die Kinder und schänden die Frauen, sie ermorden die Greise und stecken die Häuser in Brand. Wölfe und Füchse, Tiger und Hyänen, mästen sie sich bis

Digitized by Google

zum Krankwerden mit Blut, im Augenblick schlafen sie den Rausch des Blutes und der Vernichtung aus. Wir haben unsere Gattinnen und Kinder, Frauen und Greise zu rächen. Rache ohne Mitleid! Rache ohne Gnade!"

„Solche Greuel, wie sie die Deutschen nicht verübt haben, haben dagegen die Franzosen ihnen im Falle ihres Sieges angedroht. Mit welch scharfem Blicke sahen besonders die französischen Blätter die Schrecken voraus, die man von den Turcos zu erwarten hatte und mit welchem Eifer munterten sie letztere geradezu auf. „Laßt euch den Mund wässern, ihr Turcos; es gibt etwas zu beißen und dieses Mal wird man euch wahrlich keinen Maulkorb anlegen", mit dieser viehischen Sprache trieb man diese Tiere in den Kampf. Es ekelt mir, näher darauf einzugehen, was diese Bestien in dem eroberten Deutschland alles thun sollten; es ist ebenso ekelhaft, als der Rat des „Charivari" hinsichtlich des Gebrauchs, den man von den Pariser Straßendirnen machen sollte, wobei man auf das Heer der Portugiesen vor Madrid unter der Regierung Philipps V. hinwies! Ich will meine Leser mit einem solchen Gegenstand verschonen, sollte es aber später notwendig werden, noch Proben zu liefern, so habe ich diese bei der Hand."

Wir Deutschen haben dafür kein Gedächtnis. Wir wissen und würdigen, wessen in der kriegerischen Aufregung der Gemüter die Leidenschaft fähig ist. Wir schätzen die großen Eigenschaften der Franzosen und bekennen uns aufrichtig zu dem Worte, das Fürst Gortschakow einmal einem Franzosen sagte, daß die Herabdrückung Frankreichs von einer seiner Macht und seiner Kultur würdigen Stellung in Europa un crime de lèse-civilisation wäre. Nur feierlich geschlossene Verträge wollen wir geachtet wissen, und den Frieden Europas nicht durch bloßen Mutwillen gestört sehen. Alle Gehässigkeiten aber, mit denen die Franzosen unsre Bemühungen zur Erhaltung des Friedens aufgenommen haben und noch aufnehmen, vermögen nicht, unsre Regierung und unser Volk der Geduld und der Kaltblütigkeit zu entreißen. „Es wird schwer sein, konnte man in Deutschland am letzten Sedantage schreiben, ein Ereignis in der Geschichte Europas zu finden, das die Lage des Weltteils annähernd so umgestaltet hat, wie es der Feldzug 1870/71 gethan hat. Der Stoß, der damals durch Europa gieng, scheint heute nach dreizehn Friedensjahren noch nachzuzittern. So groß sind die Thatsachen gewesen, die sich damals vollzogen haben, daß sie der Fähigkeit der Völker, dieselben zu begreifen und zu würdigen,

Digitized by Google

weit überlegen waren. Man sah in dem, was auf den Schlachtfeldern Frankreichs geschehen war, zuerst nur die außerordentlichen Waffenerfolge der Deutschen; nachdem Frankreich, das als die erste Militärmacht der Welt gegolten hatte, vollständig zu Boden lag, konnte sich die Besorgnis verbreiten, Deutschland werde jetzt die Politik aufnehmen, welche die Besiegten von Metz und Sedan stets geübt hatten, wenn ihre Waffen das Übergewicht in Europa erfochten hatten, man war darauf vorbereitet, die Kriegsmacht, der kein Gegner mehr gewachsen war, rücksichtslos in Europa schalten und walten zu sehen, den Schwächern ihr Gesetz aufnötigend. Aber ganz das Gegenteil war der Fall. Der mächtigste Staat Europas erklärte die Wahrung des Friedens als seine erste und hauptsächliche Aufgabe; die Waffenerfolge, wie sie die ausschweifendste Phantasie nicht ersonnen haben würde, ließen gerade die Sieger am allernüchternsten.

„Wenn man heute in Europa Umfrage hielte, wer sich über Übermut, Überhebung oder gar Vergewaltigung von seiten Deutschlands zu beklagen hätte, so könnte sich nicht eine Stimme erheben. Die kleineren Staaten, die Deutschland umgeben, und auf welche ein Druck seitens Deutschlands in erster Linie wirken würde, haben noch niemals eine so sichere und unangetastete Stellung gehabt, wie heute. Einer nach dem andern haben fast alle Staaten Europas sich dem deutschen Reich genähert. Es hat allerdings einige Zeit gedauert, bis das Mißtrauen sich zu legen begann, bis man sich über die neue Weltlage zu orientieren vermochte. Es war unsren Gegnern gelungen, eine Reihe von Vorurteilen gegen uns auszusäen, die Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, dem deutschen Volke endlich eine staatliche Organisation zu geben, wurden als Tendenzen der Eroberung und der Vergewaltigung verdächtigt. Endlich aber hat sich die Wahrheit Bahn gebrochen und die europäische Friedensliga, in deren Mittelpunkt Deutschland steht, ist eine Thatsache.

„In den letzten Tagen ist wieder ein Ton, der nach Eisen klang, durch Europa gegangen, beunruhigt fuhr die Welt auf, alle Blicke wandten sich nach Berlin. Daß von hier dem Frieden keine Gefahr droht, davon sind auch unsre bittersten Feinde überzeugt; wäre man in Frankreich nicht so sicher, daß jeder Gedanke an eine aggressive Haltung Deutschlands ausgeschlossen ist, die Überzahl der französischen Blätter würde sich nicht so, wie es immer der Fall ist, in einer leidenschaftlichen und gehässigen Sprache er-

Digitized by Google

gehen. Es liegt in dieser Erscheinung eine Anerkennung für das Vertrauen, welches der Wille und die Macht Deutschlands, den Frieden zu wahren, genießt. Es ist zu begreifen, wie es das Streben und der Ehrgeiz Frankreichs ist, aus der verdunkelten Stellung, in welcher es sich eben befindet, herauszukommen und wieder, wie es so oft gethan, an die Spitze Europas zu treten. Die heftige und kriegerische Sprache seiner Blätter übt aber auf Europa gerade die entgegengesetzte Wirkung als die beabsichtigte. Sie beweist nur, daß Frankreich weder den Sieg noch die Niederlage zu ertragen versteht; die innere Gerechtigkeit in der Entscheidung der Schlacht von Sedan konnte vor den Völkern nicht schlagender bewiesen werden, als gerade durch diese Vorgänge.

„Die Machtstellung Deutschlands ist zum Schlüsselpunkt des europäischen Friedens geworden, an der Wahrung dieser Stellung unausgesetzt zu arbeiten, ist die Aufgabe, die das Sedansfest jedesmal von Neuem in das Gedächtnis ruft."

Digitized by Google

Bismarck, der Ultramontanismus und der Cobden-Klub.

Der Zusammenhang zwischen dem vatikanischen Konzil und der französischen Kriegserklärung an Deutschland im Jahre 1870 wird gewiß noch manches Blatt der künftigen Geschichtsforschung füllen. Er wurde sogleich von den Zeitgenossen erraten, als Ende des Konzils und Anfang des Krieges beinahe auf einen Tag fielen. In der Sitzung vom 5. Dezeber 1874 sagte Fürst Bismarck dem Reichstage, er habe bereits nicht wenige Nachrichten darüber gesammelt, teils aus aufgefundenen Papieren, teils aus erhaltenen Mitteilungen. Im Rate Napoleons III. war eine halbe Stunde lang die Erhaltung des Friedens beschlossene Sache; der den Jesuiten befreundeten Partei am Hofe gelang es, den Beschluß umzuwerfen. Hätten die Franzosen in dem Kriege, der nun unternommen wurde, gesiegt, so würden die Jesuiten den schwachen Kaiser, den sie zum Kriege gezwungen, auch späterhin zur Befolgung einer Politik nach ihrem Sinne gezwungen haben, der schwache Kaiser würde nicht imstande gewesen sein, sich der Zumutung zu erwehren, ja er würde sogar sehr gern eine Anlehnung an die Ultramontanen in Deutschland gesucht haben, um die Stimmung und die Kräfte unserer Nation zu teilen und zu erschüttern. Wenn dies bedacht wird, so fällt die Behauptung deutscher Ultramontanen in sich zusammen, Napoleon III., der „Feind des Papsttums", würde nach einem glücklichen Kriege begierig gewesen sein, die römische Kirche in der ganzen Welt zu knebeln. Der Krieg von 1870 war in gewissem Sinne ein Religionskrieg, so gut die Kurie in unserm Zeitalter einen solchen ins Werk zu setzen vermag. Sie hat ihn um der Religion willen angestiftet, und da es ihr keinen Kummer machte, daß Frankreich als Staat schlecht dabei gefahren

Digitized by Google

war, so begreift es sich, daß sie nach dem Kriege sobald wie möglich die Franzosen abermals ins Feuer zu schicken suchte.

Seitdem sind die deutsche Friedenspolitik und der Ultramontanismus die beiden Gegensätze, deren Kampf auf weiter Linie, von dem einen Ende Europas bis zum andern, dem ersten Dezennium die vornehmste Signatur aufgedrückt hat. Dem Drei-Kaiserbündnis arbeitete der Ultramontanismus durch die Versuche entgegen, eine katholische Liga zustande zu bringen. In das mitteleuropäische Friedensbündnis sucht er einen Keil zu treiben. In Italien und Spanien unterhält er die Sympathieen für das stammverwandte romanische Frankreich, in Frankreich schürt er die Revanche, in Österreich macht er gemeinschaftliche Sache mit dem Slawismus, im preußischen Polen mit der Rebellion, in Elsaß-Lothringen hindert er die Verschmelzung mit dem Reiche, in Deutschland verfolgt er antinationale Zwecke, die er unter der Maske der Gewissensnot der Katholiken verbirgt. Überall trifft der deutsche Staatsmann mit seinem Friedenswerke auf einen internationalen Friedensstörer, der der Überzeugung lebt, daß nur nach einem Weltbrande, einer furchtbaren Revolution oder einem ungeheuern Kriege die Kirche wieder ihre ehemalige Macht und Stellung erlangen wird. Es ist charakteristisch, daß noch im Dezember 1883 ein ultramontaner Abgeordneter im deutschen Reichstag die Beteuerung für nötig hielt: im Fall eines auswärtigen Krieges würden die deutschen Katholiken mit den Protestanten zusammenstehen. Es wurde ihm darauf erwidert: diese Versicherung habe „das Verdienst, dem Auslande die Augen geöffnet zu haben; wäre doch erst vor kurzem in einem französischen Aufsatz auf den Abfall der süddeutschen Staaten und auf eine neue Mainlinie spekuliert worden, aber vom deutsch-patriotischen Standpunkte aus könne man Herrn v. Schorlemer für seine Äußerung nicht besonders danken; was er von den Katholiken sagte, sei einfach die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes Staatsbürgers." Darauf erklärte Herr Windthorst: „Wenn man uns als Heloten behandelt, uns in kirchlicher Beziehung bedrängt und quält, dann sollten Sie, angesichts dessen, was im Osten und Westen heranstürmt, Gott danken, wenn ein Mann wie Schorlemer, der seinen Mut auf den Schlachtfeldern erwiesen, sich in dieser Weise äußert (Zuruf: das ist selbstverständlich!), das ist gar nicht selbstverständlich. Sehen Sie sich doch die deutsche Geschichte an, die Sonderbündnisse mit Frankreich und Schweden! Solchen Dingen gegenüber soll man nicht von ver-

Digitized by Google

dammter Schuldigkeit sprechen. Es versteht sich, daß wir unsre Pflicht thun, aber sorgen Sie dafür, daß wir sie gern thun! Nur der Übermut kann eine solche Sprache sprechen!"

Fürst Bismarck ist jetzt am Werke, den Kulturkampf abzuschließen, um den Ultramontanismus als politische Partei in Deutschland zu vernichten. Der Besuch des Kronprinzen im Dezember 1883 beim Papste gilt, nachdem Jahre lang die Diplomatie geschäftig gewesen und die Gesetzgebung revidiert ist, als besonders verheißungsvoll, obwohl von andrer Seite dagegen bemerkt worden ist: „Welche Bezeugungen entgegenkommender Freundlichkeit auch in den weiten, aber kalten Sälen des Vatikans zwischen ihnen ausgetauscht, welche Friedenswünsche sogar hinüber und herüber geäußert wurden: der Kronprinz des deutschen Reichs konnte darüber das Wort seines größten Vorgängers auf dem deutschen Throne nicht vergessen: das Wort, welches die unversöhnliche Feindschaft zwischen Papsttum und Kaisertum in einem klassischen Ausdruck ausgeprägt hat. Als man dem Hohenstaufen Friedrich II. Glück dazu wünschte, daß einer seiner zuverlässigsten Freunde im Kardinalskollegium Sinibald Fiesco zum Papst gewählt worden sei, rief er aus: „Kein Papst kann Ghibelline sein!" Und dieser Papst, Innocenz IV., war es denn auch, der auf dem Konzil zu Lyon den Bann über ihn verhängte. So wird auf Menschengedenken hinaus kein Nachfolger des IX. Pius dem Hause der Hohenzollern es vergessen, daß der Sieg bei Sedan den Italienern den Weg nach Rom freigemacht. Keine diplomatische Nachgiebigkeit, keine fürstliche Höflichkeit löscht diese Erinnerung aus. Ob derjenige, der diese Schlacht mit entscheiden half, von dem Palazzo Caffarelli, der Stätte des alten heidnischen Kapitols, oder aus dem Schlosse des Quirinals, der gebannten Wohnung des Königs von Italien kommt, ob er in der Königlichen oder in der Kutsche seines Gesandten daherfährt: er ist immer einer von denen, welche die weltliche Macht des Papsttums zerbrachen."

Seit dem Jahre 1848 haben die österreichischen Polen daran gearbeitet, aus Galizien ein polnisches Bollwerk zu machen, den Kern, an den sich einmal in irgend einer Form die preußischen und die russischen Polen anschließen, von dem aus Aufstand oder Krieg nach Posen wie nach Warschau hinübergetragen werden könnten. Der polnische Aufstand im Jahre 1863 war nur durch den Vorschub möglich, den er von Galizien aus erhielt, wo ihm die Re-

Digitized by Google

gierung freundlich durch die Finger sah. Dem phantastischen Sinne der Polen schwebt wie der römischen Kurie ein Weltkrieg, ein allgemeiner Umsturz vor, aber da sie selber völlig im Unklaren sind, ob sie in diesem Kriege auf Seiten der Deutschen gegen die Russen, oder als Avantgarde für die Russen zur Vernichtung „des faulen Westens" fechten werden, erhält ihr ganzes Treiben und Rumoren etwas Zielloses. Sie erregen die allgemeine Unruhe, ohne jedes greifbare Resultat. Bald reizen sie uns, bald die Russen. In jedem Falle aber haben sie Rom zum Alliierten.

Fürst Bismarck pflegt der Erörterung großer Gedanken und Entwürfe, die andere ihm entgegenbringen, nicht aus dem Wege zu gehen, und auch da, wo sie für ihn, den praktischen und einsichtigen Mann, bloß Utopien sind, das berechtigte Moment darin oft bis zu einem Grade anzuerkennen, als wenn er der Sache mit ganzer Seele ergeben wäre. Er weiß sich auf den Standpunkt des andren zu stellen und die von da aus gezogenen Konsequenzen zu teilen, während in dem Augenblicke, wo die Theorie in die That umzusetzen wäre, der praktische Staatsmann der letzte wäre, die Hand dazu zu bieten. Es sind dadurch schon arge Mißverständnisse hervorgerufen worden. Man hat das Eingehen Bismarcks auf außerordentliche Gedanken andrer als Zustimmung ausgelegt und den Widerspruch mit seinen sonstigen Anschauungen nicht zu deuten gewußt. Es ist hier z. B. an seinen Verkehr mit Lassalle vor zwanzig Jahren zu erinnern. Wie teuer ist ihm derselbe zu stehen gekommen. Man hat ihn geradezu der Begünstigung der Verhetzung und Kriegführung der Besitzlosen gegen die Besitzenden geziehen. Im Jahre 1871 fand er sogar in der Pariser Kommune ein Körnchen Berechtigung, was wiederum nicht ohne einigen Schauer allerwärts vernommen wurde. Vor zwei Jahren hatte ein hervorragender Pole eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, in welcher letzterer den Gedanken der Wiederherstellung Polens wenigstens sich ruhig vortragen ließ. Man vergleiche damit die heftigen Reden, die er bei jeder sich darbietenden Gelegenheit gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der Polen im Abgeordnetenhause gehalten.

Im Jahre 1881 erhielt ein polnischer Hochtory folgendes Schreiben in französischer Sprache vom Fürsten Bismarck:

„Geehrter Herr! Die mir zugegangenen Informationen „bestärken mich in meiner Überzeugung, daß Sie ein Bekenner „konservativer und monarchischer Ideen und daher ein glü-

Digitized by Google

„hender Patriot sind, der jedoch mit den thatsächlichen Ver-
„hältnissen zu rechnen weiß. Es würde mir sehr erwünscht
„sein, wenn Sie mich in Varzin besuchen wollten, wo ich
„mehrere Sie interessierende Fragen mit Ihnen besprechen
„möchte.

Mit dem Ausdruck ꝛc.

Fürst Bismarck."

Nach einem höflichen, einfachen Empfang hatte der Pole mit dem stets viel beschäftigten Kanzler eine Unterredung, welche er aus dem Gedächtnisse in der folgenden Weise wiedergab:

„Fürst Bismarck: Ich danke Ihnen, daß Sie auf meine erste Aufforderung hierhergekommen sind. Angesichts verschiedener Eventualitäten, welche näher zu bezeichnen hier nicht die Gelegenheit ist, möchte ich die Stimmung und Anschauungen ernster und gemäßigter Polen kennen lernen. Ich wiederhole die Worte in meinem Briefe. Unsere Besprechung ist vollständig konfidentiell. Meine Worte binden den Kanzler nicht. Ich suche Informationen als ein Mann, der sich mit Politik beschäftigt, der einigen Einfluß auf die europäischen Ereignisse haben kann, und in der Überzeugung, daß eine gesunde und kräftige Politik nicht auf Lorbeeren ruht, nicht auf gewonnene Resultate sich beschränkt, sondern mit der Zukunft und allen möglichen Eventualitäten rechnet.

Ich: Ich nehme vollständig den Charakter an, welchen Durchlaucht der Besprechung beimessen, und füge meinerseits hinzu, daß ich von niemand ein Mandat zu dieser Besprechung besitze, daß ich nur meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe.

Fürst Bismarck: Ich nehme diese Erklärung zur Kenntnis und finde sie ganz korrekt. Um Ihnen von vornherein einen Beweis meiner Aufrichtigkeit zu geben, will ich Ihnen gestehen, daß ich heute noch nicht weiß, ob eine polnische Frage existiert.

Ich: Nach dieser Frage fürchte ich, daß unsere Unterredung zu nichts führen wird, denn ich bin von der tiefen Überzeugung durchdrungen, daß die polnische Frage nicht nur existiert, sondern daß sie nie zu existieren aufgehört hat und niemals zu existieren aufhören wird. Der Zweifel, welchen Durchlaucht in bezug auf die polnische Frage ausdrücken, könnte entschieden durch die Beantwortung der Frage beseitigt werden: Ob es eine russische Frage gibt? Ob es irgend etwas zu ändern und zu ordnen gibt in den Verhältnissen zwischen Deutschland und Rußland? Ob die Deut-

Digitized by Google

schen die Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachbarschaft Rußlands fühlen und eine Gefahr von Seiten des alten kordialen Alliierten und Freundes befürchten?

Fürst Bismarck: Nehmen wir also einerseits an, daß eine polnische Frage existiert, und anderseits, daß sich gewisse Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten aus der Nachbarschaft mit Rußland ergeben, daß es schließlich Verhältnisse gibt, die zu ändern und zu ordnen sind, welche uns sogar früher oder später zu einer positiven Aktion unsererseits selbst zwingen werden — also dies angenommen — welchen unmittelbaren und zwingenden Konnex sehen Sie zwischen der polnischen Frage und unserer Aktion (ich bemerke wiederholt, daß das nur eine Supposition ist) gegen Rußland?

Ich: Einen kleinen und augenscheinlichen Konnex, der aus der Überzeugung entspringt, daß, so lange nichts durch Polen gemacht ist, so lange nichts gegen Rußland gethan wird.

Fürst Bismarck: Sie haben vielleicht Recht. Allein die Schwierigkeit, über diesen Gegenstand mit Ihren Landsleuten zu sprechen, besteht darin, daß Ihre Landsleute auf das erste Wort hin vom polnischen Reiche im Jahre 1772, von Polen von Meer zu Meer sprechen. Nicht wahr? Was ist Ihre Ansicht?

Ich: Ganz richtig und anders kann es nicht sein. Ich bekenne offen, daß ich den Wunsch eines unserer witzigen Feuilletonisten teile, der sagt, daß er wenigstens einmal im Leben in einem polnischen Meere baden möchte.

Fürst Bismarck: Sie begreifen, daß von so einem Bade oder vielmehr von einem solchen Segeln auf dem Meere und in den Wolken zwischen uns keine Rede sein kann. Kehren wir also zur Wirklichkeit zurück.

Ich: Ich wäre sehr glücklich, zu wissen, was Eure Durchlaucht Wirklichkeit nennen? So lange ich das nicht weiß, kann ich den Gegenstand nur theoretisch und prinzipiell behandeln. Wenn jemand alles genommen wird und einer von denen, die mitgenommen haben, zum Beschädigten kommt und spricht: Nach hundertjähriger Erfahrung sehe ich, daß meine Handlung Dir gegenüber die erwarteten Früchte nicht getragen hat, daß sie den unbequemen und drohenden Nachbar, den ich fern halten möchte, nur näher gebracht und stärker gemacht hat; ich möchte nun im eigenen Interesse etwas für Dich thun .... Euer Durchlaucht werden zugestehen, daß die Antwort nicht anders lauten kann als: „Gib zurück, was Du genommen!"

Digitized by Google

Fürst Bismarck: Ist das Ihr letztes Wort in dieser Frage?

Ich: Natürlich nicht! Etwas andres ist es, einen Polen fragen, was er wünscht, und etwas andres ist, fragen, welche Bedingungen irgend einer künftigen Existenz er für möglich hält.

Fürst Bismarck: Könnten Sie nicht näher die Bedingungen definieren, von denen Sie sprechen?

Ich: Geographisch durchaus nicht; politisch, scheint mir, sehr leicht, insbesondere Euer Durchlaucht gegenüber, der Sie besser als andre wissen, welches die Existenzbedingungen eines Staates, ja selbst eines Kleinstaates sind. Derselbe muß genug stark sein, um auf eigenen Füßen zu stehen, und diese Stärke könnte man noch befestigen mittels einer dynastischen Verbindung mit einem starken und uns wohlwollenden Staate. Nur dadurch, daß man dieser neuen Schöpfung eine gewisse Stärke verleiht, kann man zu dem gewünschten Ziele gelangen, welches darin bestehen kann, Mittel-Europa vor dem es belastenden Kolosse zu schützen, einem Kolosse, welcher heute desorganisiert ist, allein wieder zu großer materieller Macht gelangen kann. Eure Durchlaucht nehmen wohl nicht an, daß eine territoriale Veränderung zu Ungunsten Rußlands ohne Krieg vor sich gehen könnte?

Fürst Bismarck: Das ist wahrscheinlich, doch vergessen Sie nicht, daß wir genug stark sind, um einen solchen Krieg ohne fremde Hilfe führen zu können.

Ich: Daran zweifele ich keinen Augenblick, aber die Überzeugung habe ich, daß ein noch so siegreicher Krieg keinen Zweck für heute, noch einen Erfolg für die Zukunft haben wird.

Fürst Bismarck: Wenn wir siegen, so werden wir machen, was wir für entsprechend, wirksam und dauernd ansehen.

Ich: Ich erlaube mir, zu behaupten, daß Eure Durchlaucht diesmal, was wohl selten bei Ihnen der Fall ist, im Irrtum sich befinden.

Fürst Bismarck: Ich bitte, sich also deutlicher auszudrücken.

Ich: Nun, ich sehe, daß Rußland in diesem Augenblick gar keine Offensivstärke besitzt, allein es besitzt immer und sogar jetzt eine ungeheure Widerstandskraft in der Ausdauer seines Volkes, in dessen Abhärtung, in dessen Resignation und dessen fast muselmännischem Fatalismus. Die Käuflichkeit in beinahe allen Schichten der russischen Gesellschaft ist bekannt, allein noch niemals gab es dort einen gekauften Verräter. Was kann angesichts dessen geschehen? Die Deutschen sind klug und stark, sie werden siegen

Digitized by Google

und gehen, soweit es ihnen beliebt, gewiß aber werden sie nicht ganz Rußland okkupieren, noch es zerteilen; nachdem sie so weit, als sie wollen, gekommen sind, werden sie einerseits und die Russen anderseits unter Waffen stehen und so können sie ein halbes Jahrhundert stehen, sie werden nur das verewigen und bestätigen, was eine perennierende Kalamität des heutigen Europa ist — den bewaffneten Frieden! Indem Sie Polen organisieren, welches im Notfalle sich an Deutschland anlehnen würde, schaffen Sie etwas Dauerhaftes und beseitigen dadurch den unmittelbaren Druck Rußlands auf Mittel-Europa.

Fürst Bismarck: Ich möchte bei dieser Gelegenheit Ihre Ansicht über das Verhältnis Rußlands zu Polen kennen lernen, über eine eventuelle Verständigung mit demselben, worüber so viel gesprochen wird und worauf so verschiedene Bestrebungen gerichtet sind. Nehmen Sie eine Verständigung der Polen mit Rußland an oder sehen Sie eine solche voraus?

Ich: Die Antwort auf diese Frage ist für mich leicht und klar, aber ich muß abermals reservieren, daß ich eine persönliche Ansicht zum Ausdruck bringe, obgleich ich weiß, daß viele vernünftige und gemäßigte Leute sie teilen. Meine Überzeugung ist, daß keine Verständigung, kein Friede zwischen Rußland und Polen für längere Dauer möglich ist. Ich möchte Eurer Durchlaucht nicht viel Zeit rauben, zumal über Dinge, welche Eure Durchlaucht kennen. Ich werde mich bestreben, kurz zu sein. Die Polen hängen bei einer großen Dosis von Toleranz an ihrer Religion, an ihrer Nationalität und der Freiheit. Was geschah nun in dieser Beziehung, was geschieht bis auf den heutigen Tag in Rußland seit der Teilung Polens? Die Verfolgung der Religion, der Nationalität und der Mangel jeglicher Sicherheit der Person und des Eigentums. Ferner: Polen gehört zur westlichen Zivilisation; Rußland behauptet namentlich in letzterer Zeit, daß es seine heimische Zivilisation habe — wenn das wahr ist, jedenfalls wird diese in Polen nicht rezipiert. Schließlich erzeugt der heutige Zustand der russischen Gesellschaft, die Demoralisation und Käuflichkeit in der ganzen Beamtenwelt, eine Scheu bei allen anständigen Menschen und macht eine gegenseitige Annäherung unmöglich.

Fürst Bismarck: Aus dem, was Sie hier sagen, würde hervorgehen, daß Sie überhaupt keine Eventualität, keine Kombination annehmen, welche eine Verständigung der Polen mit Rußland ermöglichen würde, und dennoch wissen Sie aus Ihren Erfahrungen

Digitized by Google

in Österreich, wie wahr das Wort ist: „Il n'y a pas d'abime que la politique ne puisse combler."

Ich: Meiner Ansicht nach kann man Konzessionen, welche Österreich den Polen gemacht hat, von Rußland nicht erwarten, ja nicht einmal voraussetzen, und dies entspringt aus der Natur und der autokratischen Basis der russischen Regierung, von der man sagen könnte: „Sint ut sunt, aut non sint", doch wenn wir schon von allen Eventualitäten einer Annäherung der Polen an Rußland sprechen, so werde ich offen gestehen, daß es eine gibt — und die ist: wenn Preußen irgend einen Teil Polens wegnehmen und seiner Monarchie endgültig einverleiben wollte. Eure Durchlaucht können überzeugt sein, daß in diesem Augenblicke die Sympathien für Rußland erwachsen würden. Das wäre historisch, psychologisch und volkswirtschaftlich begründet. Historisch, weil die Preußen stets als die heftigsten Gegner unsrer Nationalität angesehen wurden; psychologisch, weil von zwei Übeln stets das ältere erträglicher erscheint; volkswirtschaftlich, weil es zweifellos ist, daß von allen Teilen des ehemaligen Polens diejenigen Provinzen sich unter den besten ökonomischen Bedingungen befinden, welche an Rußland gefallen sind. Dieser Zustand, namentlich mit bezug auf Industrie und Handel, würde durch eine preußische Annexion zweifellos untergraben, ja vielleicht vernichtet werden.

Fürst Bismarck: Sie begreifen, daß ich diese Eventualität, welche allein nach Ihrer Ansicht die Sympathien für Rußland erwecken würde, nicht diskutieren will. Nur noch über einen Punkt möchte ich Ihre Ansicht kennen lernen. In Ihrer, wie in unsrer Gesellschaft gibt es verschiedene Elemente. Ein konservatives, ein fortschrittliches, ein aristokratisches, ein demokratisches, ein religiöses, ein konfessionsloses, ein ruhiges, ein heftiges, ein sozialistisches Element u. s. w. Beim gegenwärtigen Zustand Ihrer Nation treten diese Elemente vielleicht nicht so grell hervor, doch sie sind vorhanden. Was denken Sie von dem Verhältnis der einen Partei zu den andern, trotz des Übergewichts der einen über die andren, in dem gegebenen Falle einer freieren Existenz? Was mich betrifft, sehe ich, wenn ich Ihre Geschichte nach der Teilung überblicke, viel Aufopferung und Heldentum, aber noch mehr — Sie werden den Ausdruck eines praktischen Politikers entschuldigen — Wahnwitzigkeiten, welche geeignet sind, in hohem Grade jene zu beunruhigen, welche an irgend eine Änderung Ihrer heutigen Lage denken wollten. Namentlich drängen die Ereignisse des Jahres

Digitized by Google

1863 die Frage auf, ob in Ihrem Lande die vernünftigen Leute schon gar keinen Einfluß haben.

Ich: Auf die erste Frage ist schwer zu antworten und namentlich das Verhältnis der Parteien genau zu präzisieren. Ich werde mich nur beschränken, die Ansicht auszudrücken, daß nach den gemachten traurigen Erfahrungen das konservative Element jetzt dominieren würde. Die letzte Frage Eurer Durchlaucht aber will erläutert sein, namentlich mit bezug auf den Punkt unsrer „Wahnwitzigkeiten und des Mangels an Einfluß der vernünftigen Leute". Man will die Ursachen der Schwäche der konservativen Elemente und der Stärke der radikalen und gährenden Elemente bei uns nicht verstehen. Die Ursache liegt in dem Zustande unseres Landes. Die konservativen Elemente sind nirgends kräftig, nur dort, wo sie sich anlehnen können an die Macht. Die revolutionären Elemente schöpfen ihre größte Kraft daraus, daß sie sich in den Mantel des Patriotismus hüllen, die Fahne Polens aushängen, und indem sie dazu noch die demokratische Fahne entfalten, ziehen sie mit sich solche, welche nicht der aristokratischen Gesinnung angeklagt sein wollen. Der Rest schweigt gewöhnlich und wartet. So geschah es, daß bei allen Anläufen Polens nach der Teilung die Stimme der Vernunft, der Mäßigung nicht gehört werden konnte. Dieses patriotische Gefühl ist so allgemein, daß man von allen Polen sagen konnte: „Ils croient faire de la politique et ils font du patriotisme."

Fürst Bismarck: Wenn dem so ist, so ist nun Ihre Pflicht, in welcher Lage immer, politisches Verständnis mit Patriotismus zu verbinden. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch und für Ihre Offenheit. — Auf Wiedersehen vielleicht unter anderen Verhältnissen.

So weit die Causerie des Fürsten mit dem Polen. Eine Bemerkung des ersteren, die er bei einer anderen Gelegenheit gethan, ist die: „Wenn nur das neue polnische Königreich nicht nach zehn Jahren abermals geteilt werden müßte — dank den Jesuiten!"

Daß im Programm des deutschen Reichskanzlers die Sympathie für Spanien schon seit langem eine feste Stelle einnimmt, dafür waren die ultramontanen und französischen Pläne für jenes Land schon seit dem Kriege bestimmend. Diese Sympathie trat offen damals hervor, als die Karlistischen Greuel drohten, das Land, das schon in den Zeiten der Ruhe stets mit großen innern Verlegenheiten kämpft, vollends in den Abgrund zu stürzen. Die von

Digitized by Google

fast allen europäischen Mächten ausgesprochene Anerkennung der republikanischen spanischen Regierung hatte zunächst den Zweck, „gegenüber der von den karlistisch ultramontanen Banden an einem Deutschen verübten, schändlichen Mordthat, auch in Spanien die wiedererstandene Macht des deutschen Reiches und den Willen desselben, Verletzungen seiner Angehörigen nicht ungeahndet zu lassen, allseitig zur Geltung zu bringen; — zugleich aber hatte die Anerkennung jedenfalls den Erfolg, den Fortschritten einer Partei Einhalt zu thun, welche unter dem Aushängeschild des monarchischen Rechtes und des katholischen Glaubens Spanien unter eine absolute Priesterherrschaft und damit unter die unbedingte Leitung Roms zu bringen gedachte, und auf welche eben deshalb die Hoffnungen des Ultramontanismus auch in Deutschland offenkundig gerichtet waren." (Prov. Korr.)

Der Rückhalt an Deutschland war es, der der republikanischen Regierung Spaniens im Juli 1874 den Mut gab, mit Frankreich in einer Weise zu reden, wie dies vielleicht seit Philipp II. nicht mehr vorgekommen war. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, hatte eine Unterredung mit dem Herzoge von Decazes. Er erklärte demselben, Deutschland hoffe, die französische Regierung werde die nötigen Maßregeln treffen, damit sich die Karlisten nicht ferner durch den anscheinend ihnen von französischer Seite geleisteten Beistand ermutigt fühlen könnten. Könne oder wolle die französische Regierung keine solche Schritte thun, so würde Deutschland sich genötigt sehen, diplomatische Maßregeln zu treffen und eine Flotte an die spanische Küste zu schicken, um entweder den Karlisten die Hilfsmittel von der Küste her abzuschneiden oder sich die schuldige Genugthuung für die Ermordung eines Bundesangehörigen zu verschaffen. Das half bekanntlich. Die französische Presse war voll Ärger über diese neue spanische Frage, über die Rolle, zu der Frankreich genötigt sei, und über die Folgen dieses Bismarckschen Schachzuges. Das Journal „Gaulois" schrieb: „Die Wichtigkeit der von Bismarck ergriffenen Initiative kann niemand entgehen. Sie muß zur ersten Folge ein herzliches Einverständnis zwischen Spanien und Preußen haben, begründet einerseits auf Dankbarkeit, andrerseits auf dem Interesse. Was uns betrifft, die wir schon jenseits der Alpen durch die deutschen Intriguen isoliert sind, so sind wir jetzt durch Bismarcks diplomatische Geschicklichkeit auch auf der Pyrenäenseite isoliert." Streicht man das Wort „Intriguen", so lag darin etwas Wahres, und sogar etwas, das später

Digitized by Google

erst noch mehr zur Wahrheit werden sollte. Von Berlin ist seitdem schon ununterbrochen in Madrid an der Erhaltung des besten Einvernehmens, namentlich aber auch an der Unterstützung Spaniens in seinem Bestreben, sich eine entscheidende Rolle im Areopag Europas wieder zu schaffen, unausgesetzt gearbeitet worden.

König Alfons selber verkündete in der Thronrede vom 30. Dezember 1880, „es scheine ihm nicht unmöglich, daß Spanien eines Tages dahin gelange, in der Welt die Stellung wieder zu erobern, welche es bis zu diesem Jahrhundert inne gehabt." „Andre Nationen — schloß der jugendliche Monarch — haben eine Situation erlangt, welche sie früher nicht hatten, es ist Zeit, daß wir endlich dahin kommen, was wir früher gewesen sind." Bereits aus Anlaß der europäischen Konferenz wegen Marokko, welche zu Madrid unter dem Vorsitz des spanischen Premierministers Canovas del Castillo stattfand, nahmen deutsche Blätter Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie die Madrider Presse in der bevorzugten Stellung, welche man dem spanischen Minister einräumte, eine Spanien erwiesene Auszeichnung erblickte und die Hoffnung an eine Veränderung der internationalen Stellung Spaniens zu seinen Gunsten hieran knüpfte. In der That schienen sich diese Wünsche zu realisieren. Bereits war Spanien das Präsidium des projektierten, später aber aufgegebenen Schiedsgerichts zur Regelung der griechischen Frage zugedacht, und bewies diese Absicht der maßgebenden Mächte gleichfalls für eine Steigerung des politischen Einflusses der bisher bei den großen europäischen Fragen ziemlich unbeachtet gebliebenen Stimme einer Nation, die noch vor drei Jahrhunderten in Europa einen leitenden Einfluß besaß. Wenn Spanien ein größerer politischer Einfluß im europäischen Konzert eingeräumt wird, so handelt es sich jedenfalls um ernsthafte, reiflich erwogene politische Pläne, an denen Fürst Bismarck den ersten und ursprünglichsten Anteil hat. Napoleon III., dem niemand absprechen wird, daß bis zu dem Kriege, der seinen Sturz herbeiführte, seine auswärtige Politik eine fein durchdachte war, hat sehr wohl gewußt, was er that, indem er sich wiederholte Mühe gegeben, Spanien aus dem Dunkel hervorzuziehen und in die Gesellschaft der aktiven Mächte des europäischen Abendlandes einzuführen. In Marokko, in Hinterindien, in Mexiko ist dieses geschehen, während Portugal benachteiligt wurde. Für Napoleon III. war Spanien nicht nur eine wertvolle Rückendeckung, sondern es war auch zugleich ein Gegengewicht gegen den von ihm befürchteten allzu mächtigen Einfluß der

Digitized by Google

italienischen Politik. In Verbindung mit der deutsch-österreichischen Allianz darf man erwarten und mit Recht, daß Spanien sich wohl in dieser Beziehung durch französische Eifersüchteleien nicht bestechen lassen werde.

Die Reise des deutschen Kronprinzen nach Spanien im November 1883 und sein Empfang daselbst haben ihre dauernde Wirkung erst noch zu äußern, namentlich auch wie weit dem Karlismus und dadurch abermals dem Ultramontanismus, andrerseits dem Franzosentum und der Revolution ein neues Terrain abgedrängt ist. Der Monat September jenes Jahres hatte den König Alfons an die Seite unseres Kaisers bei den am Rhein abgehaltenen Manövern geführt. Es ist noch in frischester Erinnerung, welcher schnöden Mißachtung der Gebote der Gastfreundschaft und internationalen Höflichkeit der spanische Monarch, zum Ehren-Chef eines Ulanenregiments vom deutschen Kaiser ernannt, in der französischen Hauptstadt sich ausgesetzt sah. Der Empfang konnte in etwas, trotz aller Verschiedenheit der Umstände, an einen andren erinnern, den zwei Jahre zuvor ein andrer fremder Monarch und deutscher Oberst in der eigenen Hauptstadt erfuhr. Als König Humbert im November 1881 von seinem Besuche in Wien nach Rom zurückkehrte, da jubelte ihm zwar die große Menge der Bevölkerung freudigst entgegen, aber es fehlte auch nicht an Stimmen, welche riefen: „Es lebe die Republik! Nieder mit der Monarchie und dem österreichischen Oberst!“ (Kaiser Franz Joseph hatte den König Humbert zum Oberstinhaber eines Regiments ernannt). Ein Jahr später, als der Anschluß Italiens an Deutsch-Österreich und seitdem die Motive dieses Schrittes bekannt geworden sind, weiß man, welchen Anteil daran die Bedrängnis der italienischen Regierung von der Demokratie des eigenen Landes gehabt hat. Es ist etwas Ähnliches, das Spanien zur Emanzipation von Frankreich, zur Freundschaft mit Deutschland geführt und bei der glänzenden Aufnahme unseres Kronprinzen mitgewirkt hat. Ein Land nach dem andren fällt von Frankreich ab, um sich dem mächtigen und monarchisch beseelten deutschen Reiche anzuschließen, sei es in bindender Form, sei es durch das Band einer kräftigen Sympathie. Die Trabanten, die einst um den Planeten Frankreich kreisten, verlassen die alten Bahnen und werden freie Glieder des Völkerbundes, der in Deutschland seinen Mittelpunkt und festen Halt hat.

Der Februar des Jahres 1876 hatte für die Weltpolitik der Kurie zwei empfindliche Niederlagen zu verzeichnen — in Spanien

Digitized by Google

den endlichen Fall des karlistischen Aufstandes, dieses Schoßkindes der klerikalen Reaktion in Frankreich, die Erschütterung der Hoffnungen auf die Wiedereinsetzung der Bourbonenherrschaft in dem Ausfall der französischen Wahlen. Frankreich und Spanien Hand in Hand als die Soldaten des Papstes sollten der Bismarckschen Ära, wie man die jetzige Epoche in jenen Kreisen bezeichnet, ein Ende machen. Dort hoffte man die festen Punkte zu gewinnen, von denen aus die moderne Welt aus den Angeln gehoben werden könne oder, um in der Sprache des Papstes zu bleiben, das Steinchen, welches dem Koloß den Fuß zu zerschlagen bestimmt war, sollte sich von den Bergen von Biscaya ablösen. Man hätte aber die Kurie schlecht kennen müssen, wenn man damals von ihr auf grund eines solchen doppelten Fehlschlagens ein Einlenken gegen Deutschland erwartete, gerade das Gegenteil war eher der Fall. Eine dritte Niederlage oder nur der Anschein einer solchen wäre mehr gewesen, als der päpstliche Stolz zu tragen vermag und dies gar gegen die tiefgehaßten aller Feinde, die deutsche Reichspolitik und deren Träger. Man weiß es ja zu gut in Rom, wer den antiklerikalen Luftzug nach Europa gebracht hatte, und die damaligen Vorgänge in Spanien und Frankreich riefen es auf das Schmerzhafteste vor die Seele. Der Rückgang des karlistischen Aufstandes datierte von jenem Zeitpunkt, da Frankreich sich den Vorstellungen Europas über die Begünstigung der Karlisten nicht mehr entziehen konnte und man erinnerte sich zu wohl, wer für diese europäische Demonstration das Wort führte. Und selbst in den letzten Tagen noch hatte der Reichskanzler in einer großen Reichstagsrede die Wahlmanöver der Klerikalen und Bonapartisten auf das Empfindlichste gekreuzt. Wie eifrig war man auf jener Seite bestrebt, durch Säbelgerassel Frankreich der „starken" Regierung zuzuführen, welche ihm die Bonapartisten wie die Legitimisten unter klerikaler Unterstützung anboten, wie unausgesetzt arbeitete die Presse dieser Parteien in düsteren Gerüchten, bei welchen natürlich Deutschland eine Hauptrolle spielte. Und gerade in der Krisis der französischen Wahlperiode tönten jene Worte von Deutschland her herüber, wonach dieses jeden kriegerischen Gedanken in der bündigsten Form von sich ablehnte, und den Krieg aus Vorsicht als in die Sphäre des Irrsinns fallend, bezeichnete. Die französischen Parteien haben für solche Dinge ein außerordentlich feines Ohr, die Rede des Reichskanzlers war für Deutschland ein parlamentarisches Ereignis — für Frankreich wurde sie in ihrem Einfluß auf die Wahl ein

Digitized by Google

historisches. Die Pointe der Sache hatte man wohl am besten in Rom verstanden.

Im September 1877 versuchte es die Kurie, die Scharte vom Februar 1876 auszuwetzen. Das erste Wahlmanifest, das in Frankreich erschien, war das des Papstes. Trotz eines schweren Leidens empfing er die französischen Pilger und verkündete ihnen, daß der Papst die Sache Mac Mahons zu der seinigen gemacht habe. Lange Verhandlungen waren vorausgegangen; man wußte aus zuverlässigen Mitteilungen, daß Pius IX, mißtrauisch gegen einzelne der Staatsmänner vom 16. Mai, sich anfangs zurückhaltend verhielt. Er hatte wiederholt in seiner derben Weise erklärt, daß er fürchte, betrogen zu werden. Jedenfalls hatte man ihn jetzt sicher gestellt; und wie das Wort aus dem Vatikan die Losung gab zum Sturz von Jules Simon und zu dem 16. Mai, so war die Wahlrede des Papstes das Signal zum Beginn der Wahlkampagne. Das Manifest begnügte sich nicht, in die innern Angelegenheiten Frankreichs einzugreifen, indem es „die Interessen Gottes und seiner Kirche" als Wahllosung ausgab; es war die äußere Haltung dieses Landes, welcher der Papst Richtung und Ziel geben wollte. „Der gemeinschaftliche Feind", von welchem Pius IX, indem er sich an Frankreich wandte, sprach „dieser gemeinschaftliche Feind", dem es nach den Worten des Papstes bei den Wahlen entgegenzutreten gelte, dessen Plan nicht nur dahin gehe, Frankreich zu bekämpfen, sondern auch die Religion Jesu Christi anzugreifen — wer sollte damit anders gemeint sein, als das deutsche Reich? Es wurde den Franzosen vorgeführt, gegen unsren Staat sollten ihre Stimmen abgegeben werden.

Die Wiederherstellung der französischen Monarchie ist trotz aller Enttäuschungen das Ziel des Ultramontanismus geblieben. Die leitenden ultramontanen Blätter in Deutschland und Österreich nahmen nach dem Tode Heinrichs V. im Jahre 1883 Partei für die Prinzen von Orleans. In einem Artikel der Germania wurde gesagt: „Auch in streng katholischen Kreisen scheint die Abneigung gegen den Enkel des revolutionären Philipp Egalité überwunden zu sein, nachdem der Graf von Paris unzweifelhaft der Erbe der französischen Krone geworden. Don Carlos hat keine Erbansprüche. Die Geltendmachung von Prätensionen seinerseits würde die Spaltung im monarchischen Lager Frankreichs verewigen. Nur die Revolution und ihr Produkt, die gegenwärtige Jakobinerrepublik, würden Vorteil daraus ziehen. Deshalb arbeitet diese

Digitized by Google

auch auf einen Zwiespalt unter den Monarchisten. Das sollte doch dem sich in den Schmollwinkel zurückziehenden „Univers“ die Augen öffnen und ihm zeigen, daß er Utopien nachjagt. Oder will das Blatt der die Kirche verfolgenden Republik in die Hände arbeiten? Vor dieser Verantwortung dürfte ein katholisches Blatt doch wohl zurückschrecken, und darum halten wir eine Einigung aller Royalisten unter dem Banner der Orleans für höchst wahrscheinlich trotz des unberechenbaren Charakters der Franzosen ... Wir leben der Hoffnung, daß die deutsche auswärtige Politik sich hinreichend von der Gefährlichkeit der französischen Jakobinerrepublik überzeugt hat, um ihr nie wieder eine Unterstützung zu Teil werden zu lassen, falls die Majorität der französischen Volksvertretung, was allerdings jetzt nicht der Fall ist, sich einer Restauration des Thrones geneigt zeigen sollte.“ Das Wiener „Vaterland“ sprach sich in dem gleichen Sinne aus und suchte mit folgenden Betrachtungen Stimmung für die Orleans zu machen: „Die Republik, so schrieb das Wiener Blatt, denkt an den Revanchekrieg, will ihn aber mit zweierlei Waffen führen, mit Kanonen und Musketen im offenen Felde, und heimlich mit revolutionären Mitteln in Feindesland. Die Folgerung dagegen, daß jeder König von Frankreich, weil Napoleon das Kaiserreich in Gefahren stürzte, Deutschland den Krieg erklären müsse, scheint uns unlogisch, ja geradezu falsch. Im Gegenteil wird die Regierungsgewalt in der Republik dem Volkswillen auf die Länge nie standhalten können, das Regierungssystem verpflichtet vielmehr die oberste Gewalt, d. h. die Exekutive der Volkssouveränität, sobald sich diese klar und energisch ausspricht, zu gehorchen. Der König kann und muß sogar unter Umständen sich mit dem Volk in Gegensatz stellen und abwarten, bis die Leidenschaften kühler Überlegung Raum gewährt haben, das vermag aber der Präsident einer Republik ohne Staatsstreich nimmermehr. Wir kommen daher darauf zurück, daß dem deutschen Reiche mit dem künstlichen Schutz, welchen der deutsche Reichskanzler der französischen Republik angedeihen ließ, wenig geholfen war, und wir sind vielmehr der Ansicht, daß der ewigen Sorge um den Frieden, der unausgesetzten Kriegsbereitschaft nur durch Wiederherstellung der Monarchie einigermaßen abgeholfen werden könnte.“ Hierzu bemerkte wieder die „Nationalzeitung:“ „Wenn die Republik an den Revanchekrieg „denkt“, so hat sie ihn zu führen bis jetzt nicht versucht, insoweit hat sich die Berechnung des Fürsten Bismarck durchaus bewährt. Was aus dem Kuckucksei des orleanistischen Prä-

Digitized by Google

tendententums sich alles entwickeln wird, das muß man eben abwarten. Aus dem Verhalten eines großen Teils der ultramontanen Presse ist zu entnehmen, daß sie von den Orleans große Konzessionen erwartet".

Wie sich Ultramontanismus und französische Revanche auf dem Boden Elsaß-Lothringens begegnen, lehrt die dreizehnjährige Geschichte der Reichslande. Hier war es, wo der sogenannte Kulturkampf im Innern Preußens, vom europäischen Ultramontanismus hervorgerufen, mit seinen Speichen nebenher direkt eingriff und die moralische Eroberung des Landes noch ganz besonders erschwerte.

Im März 1873 ging darüber aus Straßburg nach Berlin der folgende Bericht: „Durch den in hellen Flammen entbrannten Streit zwischen „Königtum und Priestertum" ist die Aufgabe, welche der deutschen Regierung im Reichslande obliegt, in hohem Maße erschwert worden. Zu den Elementen, die der Politik und dem Nationalgefühl angehören, sind die religiösen gekommen, um die Bevölkerung in fortgesetzter Aufregung zu erhalten, und den Bestrebungen der Regierung, eine Versöhnung herbeizuführen, arbeiten eine fanatisierte Priesterschaft und eine von thörichten Hoffnungen getragene französische Partei in engem Vereine entgegen. Erst in letzterer Zeit ist es der Regierung gelungen, die Fäden dieser Umtriebe und Agitation in die Hände zu bekommen und einen Einblick zu gewinnen in die weitverzweigte Organisation der ultramontanen Partei, die in ihren höchsten Spitzen ihren Sitz in dem bischöflichen Palaste zu Straßburg hat, und deren Basis die katholische Landbevölkerung bildet.

„Nicht sofort nach Eroberung des Landes stellte sich die ultramontane Partei der deutschen Regierung in offener Feindschaft gegenüber. Eine geraume Zeit hoffte sie auch mit der neuen Regierung sich verständigen zu können, wie sie dies mit der französischen gethan hatte. Es ist ein in Deutschland viel verbreiteter Irrtum, als habe die ultramontane Partei im Elsaß vor dem Kriege eine unbedingte Herrschaft ausgeübt. Es ist dies zuviel gesagt, die Napoleonische Regierung hat die protestantische Kirche vor jeder Vergewaltigung geschützt, sie hat Übergriffe des Klerus in die dem Staate vorbehaltenen Gebiete nicht geduldet. Aber richtig ist allerdings: es fand zwischen Regierung und Bischof ein stillschweigendes Übereinkommen statt; die Volksschule wurde dem

Digitized by Google

kirchlichen Einflusse überlassen, die Wünsche des Bischofs und der höhern Geistlichen bei Besetzung der Mairesstellen u. s. w., insbesondere wenn es sich um Landgemeinden handelte, wurden möglichst berücksichtigt, kirchliche Bauten wurden vom Staate reich unterstützt, dafür lieh dann die Geistlichkeit bei den Wahlen der Regierung ihre Hilfe. Die Interessen beider schienen Hand in Hand zu gehen. Als der Krieg ausbrach, suchte die katholische Geistlichkeit an vielen Orten denselben sofort zu einem Religionskrieg zu stempeln, um hierdurch die Gemüter zur Kriegsbegeisterung zu entflammen. Der Kaiser hatte wenigstens nicht den Mut, diesem Treiben entgegenzutreten; er selbst hatte die Protestanten im Verdacht deutscher Gesinnung. Gab es doch einzelne Gemeinden mit gemischter Bevölkerung, in denen protestantische Männer jede Nacht bewaffnete Wache hielten, um sich und ihre Frauen und Kinder gegen einen Überfall des fanatisierten katholischen Landvolks zu schützen. Indessen entsprach die Haltung des katholischen Klerus während der Okkupation des Landes nicht dieser leidenschaftlichen Agitation der ersten Kriegswochen. Schon bald nach der Einnahme Straßburgs trat der Bischof in ein näheres Verhältnis zu dem Generalgouverneur, und insbesondere dem Zivilkommissär von Kühlwetter. Drei oder vier katholische Geistliche wurden zwar wegen aufreizender Predigten u. s. w. zur Untersuchung gezogen, aber im ganzen verhielt sich der Klerus ruhig und abwartend. Die deutsche Verwaltung zeigte sich äußerst zuvorkommend, sie machte dem Bischof nicht nur Hoffnung, daß der Kirche der Einfluß auf die Schulen erhalten bleibe, sondern daß auch die Pfarrer gesetzlich zu Ortsschulvorständen ernannt werden würden.

„Die Schwierigkeiten, die hier und da infolge der politischen Aufregung oder der interkonfessionellen Verhältnisse entstanden, wurden durch beiderseitiges Entgegenkommen leicht beigelegt. Die Anhänglichkeit des Klerus an Napoleon und seine Dynastie hatte am 4. September 1870 ihr Ende gefunden; die französische Republik unter Gambetta bot wenig Aussicht auf eine Förderung der katholischen Interessen. Wenn Preußen und Deutschland sich zu Vorkämpfern für das Papsttum und die verlorene weltliche Herrschaft desselben hergaben, warum sollte mit der neuen Regierung nicht ein ähnlicher Pakt geschlossen werden, wie man ihn früher mit Napoleon III. eingegangen war? Diese Ideen, so thöricht sie heute erscheinen, wurden während des Winters 1870—1871 nicht

Digitized by Google

bloß im bischöflichen Palais zu Straßburg erwogen, auch unter den höchsten Würdenträgern der katholischen Kirche Frankreichs, ja, wenn die uns gemachten Mitteilungen richtig sind, selbst in Rom wiegte man sich damals in den schönen Traum, daß wie Pius VII. 1815 vor allem dem Ketzerkönige Georg IV. von England (dem damaligen Prinz-Regenten) die Wiedereinsetzung in die weltliche Herrschaft verdankte, so möglicherweise auch Pius IX. den Ketzerkaiser Wilhelm I. zur Vertreibung der exkommunizierten Italiener aus Rom bewegen könne.

Noch ist es nicht möglich, die Versuche deutlich zu erkennen, die in der angegebenen Richtung, insbesondere in Versailles, unternommen wurden, aber unzweifelhaft waren die höheren Geistlichen des Elsasses in derartigen Phantasieen befangen, als sie in allerdings sehr vorsichtiger Weise sich vorbereiteten, mit Deutschland Frieden zu schließen. Der Anschluß an die deutsche ultramontane Partei wurde sofort gesucht und war bald gefunden. Die Verbindungen zwischen Straßburg, Freiburg und Mainz waren von jeher sehr lebhaft gewesen. War doch Bischof Andreas Räß von Straßburg selbst in früheren Jahren Professor an dem Priesterseminar zu Mainz gewesen, ist er doch weit mehr ein Deutscher als ein Franzose, seinem ganzen persönlichen Wesen, seiner Bildung und seinen Neigungen nach.

„Die ultramontanen Blätter Deutschlands, die „Germania", die „Reichszeitung", die kleinen Blättchen Badens und der Pfalz fanden bald nach dem Friedensschluß große Verbreitung im Lande. Zusammenkünfte der Parteiführer fanden statt, auf der Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands, die im Herbst 1871 in Mainz zusammenkamen, waren zahlreiche elsässische Geistliche und Laien erschienen. Bischof Räß hatte nicht nur in Berlin dem Kaiser sich vorgestellt, er hatte auch bei der Anwesenheit der Kaiserin in Baden-Baden dieselbe dort begrüßt. Indessen schon im Sommer 1871 fing das Verhältnis zwischen der Regierung und der ultramontanen Partei an sich zu trüben. Die Hoffnungen auf eine deutsche Intervention in Italien waren zerstört worden, in Frankreich hatte nach dem Krieg und der Niederwerfung der Kommune die ultramontane und legitimistische Partei großen Boden gewonnen. Die Erwartungen eines baldigen Erscheinens der gottseligen Regierung Heinrichs V., Königs von Frankreich und Navarra, wurden auch im Elsaß wieder lebendig. Die Aussichten, die während des Krieges dem Bischof in bezug auf die geistliche Schulinspektion gemacht

Digitized by Google

worden waren, schienen sich nicht zu verwirklichen, die Präfekturen zeigten vielmehr eine offene Abneigung gegen die weitere Anstellung von Schulbrüdern. Das von den Gemeinderäten einzelner Gemeinden in Anspruch genommene Recht, die Besetzung der Lehrerstellen mit Schulbrüdern zu verlangen, wurde nicht anerkannt, und sogar von dem Reichskanzler, an den man sich gewandt hatte, erfuhr man eine Zurückweisung. Indessen trat die Regierung in keiner Weise feindlich gegen die katholische Kirche oder den Klerus auf, und nichts ist unrichtiger als wenn behauptet wird, die deutsche Regierung habe in den Sommermonaten 1871 eine offene Erklärung des Kampfes wider den katholischen Klerus des Elsasses erlassen. Die Regierung zeigte sich nur nicht geneigt, die Schule der Kirche zu überliefern.

„Als nun mit der Abberufung des Generalgouverneurs Grafen von Bismarck-Bohlen auch das unter ihm eingeführte System der konfessionellen Lehrerseminare und der konfessionellen Schulinspektion fiel, betrachtete dies die ultramontane Partei allerdings als Kriegserklärung, aber durfte die Regierung den von dieser Partei geforderten Preis zahlen, um einen Scheinfrieden so lange aufrecht zu erhalten, als die ultramontane Partei es in ihrem Vorteil hielt, ihn aufrecht zu erhalten? Seit jener Zeit macht die Partei aus ihrem französischen Patriotismus, ihrem Haß gegen das protestantische Deutschland, ihren Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung des Landes mit Frankreich, kein Hehl. Die Verbindungen mit deutschen Ultramontanen werden deshalb nicht abgebrochen, in der „Germania" u. s. w. werden die Unterdrückungen, unter welchen die katholische Kirche im Reichslande zu leiden hat, in regelmäßigen Korrespondenzen in dem bekannten Tone geschildert. Der Bischof von Straßburg beteiligt sich an allen Schritten, welche von den deutschen Bischöfen geschehen, ja sogar in preußische Landesangelegenheiten mischt er sich, und unterzeichnet, gleich als sei er preußischer Landesbischof, die Adressen gegen die Falkschen Gesetze. Gegenwärtig zirkuliert sogar unter der elsässischen Geistlichkeit gegen diese Gesetze, die auf das Elsaß zunächst gar keinen Bezug haben, der Entwurf einer Adresse an den Kaiser, die, wie ultramontane Blätter mitteilen, an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen soll. Während alle andern politischen und kirchlichen Parteien des Landes bis jetzt es vermieden haben, mit ihren Parteigenossen in Deutschland in eine Verbindung zu treten, sucht die ultramontane Partei offen und unverhohlen auf die deutschen

Digitized by Google

Verhältnisse einzuwirken, und die Bestrebungen der deutschen Ultramontanen durch ihre Zahl und ihren persönlichen Einfluß zu unterstützen. Die Frage der Nationalität kommt hierbei nicht in das Spiel, die elsässischen Ultramontanen schließen sich den deutschen an, ohne deshalb ihre französischen Sympathieen im geringsten aufzugeben oder zurückzudrängen. Die ultramontane Partei in Deutschland nimmt diese Bundesgenossen sofort auf, obwohl sie weiß, daß sie im Elsaß die heftigsten und erbittertsten Gegner des deutschen Reiches sind. Insbesondere, seitdem die Gesetze gegen den Mißbrauch der Kanzel und gegen die Jesuiten im Reichslande eingeführt worden sind, trat die französische Agitation des Klerus mehr und mehr hervor. Die Erhöhungen der Gehälter der Geistlichen, die schonende Rücksicht, welche die Regierung in bezug auf die Eidesleistungen der Geistlichen, auf die Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Gebetes für den Kaiser, für die Gefühle der Geistlichen und der Bevölkerung nahm, fanden keine Anerkennung. Es ist nachgewiesen, daß die Geistlichkeiten mit allen Mitteln die jungen Leute von dem Eintritt in das Lehrerseminar abzuhalten suchten, daß die große Ausdehnung, welche die Scheinoptionen angenommen hatten, wesentlich dem Einfluß des katholischen Klerus zu verdanken ist, obgleich, von zwei oder drei Ausnahmen abgesehen, kein katholischer Geistlicher das Land verlassen hat. Wenn ein großer Teil der ganzen waffenfähigen Jugend der katholischen Bevölkerung nach Frankreich ausgewandert ist, so geschah dies unter dem Drucke des von der Kanzel und im Beichtstuhl ausgeübten moralischen Zwanges. Zur Verstärkung dieser Mittel suchte man eine Institution im Elsaß einzubürgern, die sich in Frankreich trefflich bewährt hatte, um die Macht des Klerus zu steigern. Die Wundererscheinungen von La Salette und Lourdes hatten bewiesen, daß man im 19. Jahrhundert, einer vom Klerus beherrschten Bevölkerung gegenüber, auch noch diese verbrauchten mittelalterlichen Waffen mit großem Erfolg anwenden könne. Das Elsaß, wo die durch den Krieg und die Eroberung verursachte Aufregung noch fortdauerte, schien ein ebenso günstiger Boden hierfür wie die Bretagne, und so dauerte es denn auch nicht lange, bis zu Gerenth im Weilerthal die heilige Jungfrau Maria in höchsteigener Person erschien, um ihre Getreuen zu trösten und zu ermutigen. Von Woche zu Woche stieg die Zahl der Gläubigen, Männer und Frauen aus den gebildetsten Ständen des Landes wallfahrteten nach jenem Orte. Die besonders Begnadigten der Pilger wurden durch einige

Digitized by Google

Worte der heiligen Jungfrau in ihrem französischen Patriotismus gestärkt. Vor uns liegt der Brief eines jungen Mädchens, der die Erscheinung schildert, wie die heilige Jungfrau in weißem Gewand mit einem großen goldenen Kreuz auf der Brust herniedergestiegen sei, mit einem Schwerte drohend nach dem Rheine gewiesen und die Worte gesprochen habe: „Priez, priez, mes enfants, le jour de votre délivrance est proche.“ Der Geistliche des Orts, sowie der Schulmeister sollen eine genaue Chronik der Erscheinung führen und der Bischof von Straßburg hat eine eingehende Prüfung der Thatsachen veranlaßt, die indessen leider auch nach sechs Monaten noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Inzwischen hat die Regierung, nachdem sie dem Treiben lange genug ruhig zugesehen hatte, die Wallfahrten nach Gereuth auf grund des Versammlungsgesetzes verboten und den Platz der Erscheinung durch Soldaten absperren lassen. Die bischöfliche Behörde ist dadurch gehindert, ihre kritischen Forschungen fortzusetzen und der Gegenwart und Nachwelt die reine Wahrheit über die Wunder mitzuteilen.

„Wie durch die Wundererscheinung von Gereuth, so suchte die ultramontane Partei auch auf jede andere Weise in der Bevölkerung den Glauben zu erhalten und zu stärken, daß die deutsche Herrschaft im Lande nur eine kurze Episode sei, eine Zwischenherrschaft, deren Tage gezählt seien, oder wie der Herr Bischof von Straßburg in seinem Fastenbrief vom 10. Februar 1873 den Geistlichen und allen Gläubigen des Bistums verkündete: „Wenn das deutsche Meer mit seiner Flut dräuet, so hat es auch wieder seine Ebbe.“ — Die Jesuiten in Straßburg hatten eine kleine Kapelle; als die Mitglieder des Ordens die Stadt verlassen mußten, gab der Bischof ausdrücklichen Befehl, daß der Gottesdienst in dieser Kapelle im stillen fortgesetzt werde, um sie, sobald wie möglich, unentweiht den Söhnen Loyolas wieder übergeben zu können. Bei der Besetzung einer kürzlich vakant gewordenen Domherrnstelle mußte der neu ernannte Kanonikus die Verpflichtung, für die Jesuitenkapelle Sorge zu tragen, vor der Ernennung ausdrücklich übernehmen. Indessen begnügte sich selbstverständlich die ultramontane Partei nicht damit, die Hoffnungen auf eine baldige Vertreibung der Deutschen wach zu halten. Unmittelbar praktische Zwecke suchte sie zu erreichen. Zunächst bildete sie in Straßburg ein Zweigkomité für das Pariser Comité de patronage d'Alsace et de Lorraine, dessen Hauptaufgabe es ist, Kinder nach Frankreich zu bringen, um sie dort für die künftige „Revanche“ zu Soldaten

Digitized by Google

Frankreichs heranzuziehen. Erst vor kurzem ist es der Regierung durch einen Zufall gelungen, dieser Seelenverkäuferei auf die Spur zu kommen, indem die Mutter eines der nach Frankreich gebrachten Knaben die amtliche Hilfe in Anspruch nahm, um den Aufenthalt ihres Kindes zu erfahren und womöglich dessen Rückkehr zu veranlassen. Zwei der angesehensten Mitglieder der ultramontanen Partei in Straßburg waren die Agenten dieser patriotischen Gesellschaft, die zwar keine großen Resultate im Elsaß erzielten, aber auch in den wenigen Fällen, in denen sie ihren Zweck erreicht haben, nach dem Grundsatze handelten: der Zweck heiligt die Mittel.

„Die Leiter der Partei fühlten das Bedürfnis, durch eine fest gegliederte Organisation die ganze katholische Bevölkerung des Landes in eine strenge Abhängigkeit zu bringen. Durch einen Verein, der sich über das ganze Land erstreckt, sollte die deutschfeindliche und ultramontane Bewegung geleitet werden, und es war vorauszusehen, daß weder die französisch gesinnten Liberalen der größern Städte, noch die Protestanten, noch die Deutschgesinnten einer so mächtigen Parteiorganisation Widerstand zu leisten vermochten. Die Wahlen zu den Generalräten sollen in diesem Jahre, die Wahlen zum Reichstage im Jahre 1874 stattfinden. Die ultramontane Partei durfte hoffen, mit ihrer Organisation fast alle Wahlen zu beherrschen, je nach ihren augenblicklichen Interessen Enthaltung von jeder Wahl oder die Wahl ultramontaner Abgeordneten nach Belieben vorzuschreiben. Als geistiger Urheber aller dieser Umtriebe ist der bisherige Generalvikar des Bischofs zu betrachten, Herr Ignaz Rapp, der auch bei dem Bischof den größten persönlichen Einfluß besitzt. Der Bischof selbst hat die Bildung der Organisation genehmigt (in den von der Regierung mit Beschlag belegten Papieren heißt es: „Wir haben die Approbation der Diözesan-Autorität").

„Im Dezember 1872 konstituierte sich zu Straßburg der Verein „zur Wahrung der katholischen Interessen". Eigentlicher Präsident des Vereins war der Herr Generalvikar Rapp, während nominell ein Bauunternehmer Petiti, Mitglied des Gemeinderats und ein altbewährter Vorkämpfer des Ultramontanismus, mit dieser Würde bekleidet wurde. Überhaupt wurde als Grundsatz aufgestellt, daß der Klerus die Leitung haben, aber nicht in den Vordergrund treten solle. „Es ist unumgänglich notwendig — heißt es in den aufgefundenen Papieren — einen Aufruf an den Klerus zu erlassen; er wird die bewegende Kraft sein (wohlverstanden die Kraft,

Digitized by Google

die nicht hervortritt, die unsichtbare), welche den Anlaß gibt, wie das Rad der Uhr, welches die Zeiger bewegt, ohne daß man es sieht." Die Pfarrer haben die ihnen geeignet erscheinenden Personen ihrer Gemeinden dem Generalvikar mitzuteilen. Auf grund dieser halb offiziellen Nachrichten beschließt das Straßburger Zentralkomitee über die Gründung von Lokalvereinen, bezeichnet die Präsidenten derselben und schreibt ihre Organisation vor. Das ganze Land soll mit einem wohlorganisierten Netz von Vereinen bedeckt werden; durch das Zurücktreten der Geistlichen soll der Anschein erweckt werden, als seien diese Vereine die wahre und ungefälschte Vertretung der ganzen Bevölkerung. „Dans nos réclamations nous pourrons parler au nom de l'Alsace, nous sommes organisés pour les élections, avec notre organisation nous serons maîtres", schreibt der Präsident. In der That ging man ungesäumt ans Werk. In zahlreichen Kantonen wurden Vereine gegründet, besonders der Neffe des Bischofs, Pfarrer Näß von Rosheim, entwickelte eine außerordentliche Thätigkeit. Durch den Alarmruf: „Der katholischen Religion drohen die größten Gefahren" wird die Bevölkerung aufgeschreckt, in Reden, anonymen Broschüren, geheimen Flugblättern wird ihr nachzuweisen gesucht, daß Deutschland nichts Geringeres vorhabe, als eine freimaurerische Staatsreligion einzuführen, deren Haupt Bismarck oder der Kaiser sein werde; in der deutschen Schule oder gar im deutschen Heer müsse die Seele der Schüler und Soldaten fast unrettbar verloren gehen. Unverstand, Verblendung und absichtliches Lügen gehen Hand in Hand, um ein Bild von der deutschen Regierung zu entwerfen, das darauf berechnet ist, den tiefsten Haß gegen Deutschland in das Gemüt des Volkes einzupflanzen. An Geldmitteln hat es der Gesellschaft nicht gefehlt. Die französische Gesellschaft gegen das Eindringen des Protestantismus in Frankreich, die französische Genossenschaft des heiligen Franz von Sales, an deren Spitze in Paris ein ausgewanderter Straßburger und gegenwärtig Mitglied des Staatsrats, Saglio, steht, wurden angegangen, Unterstützung zu geben. Die notwendigsten Mittel werden im Lande selbst aufgebracht. Die Gesellschaft hüllte sich übrigens durchaus nicht in tiefes Geheimnis. Schon hat sie an den Reichskanzler eine Adresse zu gunsten der Schulbrüder abgesandt, die Ausdehnung, die sie anzunehmen beabsichtigte, machte an sich ein völliges Geheimnis nur schwer möglich. Doch war man den Zwecken gemäß, die die Gesellschaft verfolgte, selbstverständlich bemüht, die Behörden über den Stand der

Digitized by Google

einzelnen Vereine, über die Leiter im Dunkeln zu lassen. Erst bei Gelegenheit der oben erwähnten Untersuchung über das Schicksal eines nach Frankreich verlockten Knabens gelang es der Regierung, nähere Kenntnisse von der Gesellschaft zur Wahrung der katholischen Interessen zu erhalten. Sie hat nicht gezögert, sofort mit größter Energie einzuschreiten. Nach den französischen Gesetzen ist zu jeder Verbindung, die mehr als zwanzig Mitglieder zählt, die Genehmigung der Regierung erforderlich. Jeder Teilnehmer an einer nicht autorisierten Verbindung ist strafbar und kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Fr. gestraft werden. Die Gerichte werden gegen die Verletzung der Staatsgesetze, die in der Gründung und in der Teilnahme an der Gesellschaft zur Wahrung der katholischen Interessen liegt, vorzugehen haben, sie werden insbesondere zu prüfen haben, ob den Führern dieser Gesellschaft nicht noch weitere Verbrechen oder Vergehen zur Last fallen. Die Aufgabe der Verwaltungsbehörde wird es sein, das fernere Treiben dieser Herrn zu überwachen und dafür Sorge zu tragen, daß keine weitere Versuche zur Bildung einer ähnlichen Organisation gemacht werden."

Von Rom nach Manchester ist ein weiter Sprung. Doch ist es nur ein Schritt von einer internationalen Gesellschaft zur andern, von den Ultramontanen zu den „Ultramaritimen", von denen die einen ihr eigentliches Vaterland jenseits der Berge haben, die andern jenseit des Meeres oder des Kanals. Gegen den deutschen Staatsbegriff kämpfen sie gleichmäßig von verschiedenen Positionen aus, indem sie diesen Begriff möglichst zu entleeren suchen, die einen zu gunsten der Kirche, die andren zu gunsten des (wirtschaftlichen) Individuums. „Staatsomnipotenz" ist der rote Lappen, vor dem sie beide aufbäumen.

Die Organisation des über Europa verbreiteten Cobden-Klubs ist nicht ganz so gegliedert, wie die des Jesuiten-Ordens. Aber die Geschäftigkeit ist dieselbe, ebenso wie die Scheidung zwischen den Mitgliedern de robe courte und de robe longue. Als Titelkupfer für die Cobdenschen Reden und Schriften hat man empfohlen eines der Meergeschöpfe, welche Victor Hugo beschrieben hat, von denen man kleine Exemplare in den Aquarien sieht und die Nachbildung einer kolossalen Spezies in der japanischen Abtheilung der Berliner Fischerei-Ausstellung zu bewundern Gelegenheit hatte, ein riesiger Oktopus, der auf der sicheren Insel gelagert, seine mit

Digitized by Google

Saugnäpfen besetzten Arme auf alle übrigen Länder legt. Damit die anderen Völker sich das gefallen lassen, muß ihnen natürlich die Meinung beigebracht werden, daß es zu ihrem Besten sei. Daher auf der einen Seite die Verbindungen mit Staatsmännern, welche der öffentlichen Meinung ihres Landes voraus, d. h. Freihändler sind, auf der andern Seite eine Maschinerie, um in fernen Ländern durch die öffentliche Meinung auf Regierungen, welche nicht freihändlerisch sind, zu drücken.

Mag es dahin gestellt sein, wie weit die Parallele des Ultramontanismus mit dem „Ultramaritimismus" zutrifft. Wie hier England als die „sichere Insel" geschildert wird, von der der Oktopus seine mit Saugnäpfen besetzten Arme auf alle übrigen Länder legt, so könnte vielleicht derjenige, welcher sich nicht an hinkenden Vergleichen stößt, auch „jenseit der Berge" ein Analogon finden.

Manchem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei und andern Gegnern Bismarcks ist ohne Zweifel schon oft bitterböses Unrecht geschehen. Man begreift es, wenn der Abgeordnete Virchow die Stirn zürnend gerunzelt hat, als er vor einigen Jahren in einer sehr radikalen Berliner Zeitung die Worte über sich fand: „Nennt man die besten Namen, so wird auch der seine genannt. Oder hätte die deutsche Nation glänzendere Namen aufzuweisen als den Namen Virchow? Wahrlich, forderte ein Ausländer die Zusammenfassung der deutschen Kultur in einen Namen, wer wollte sich einen Augenblick besinnen, ihm Virchow! entgegenzurufen? Nihil humani a me alienum . . . . niemand vermag mit größerem Recht zu sagen, daß ihm nichts fremd, was die Menschheit angeht; niemand war ein besserer Pionier der Zivilisation; niemand ein fruchtbarerer Förderer der Wissenschaft, niemand ein charakterfesterer Politiker, niemand ein besserer Patriot als Rudolf Virchow. Freilich nicht blutige Schlachten wußte er zu ersinnen: wenn Blut von seinen Händen floß, so galt es der Heilung der Wunden, wenn er hinauszog auf das rauchende Schlachtfeld, so brachte er Hilfe den Verletzten und Leidenden, wenn er das schneidige Messer ansetzte, so galt es der Bereicherung der Wissenschaft, zum Nutzen der ganzen Welt. Freilich nicht an der Spitze von Divisionen lieferte er schöne Kavallerie-Gefechte, dafür führte er den ersten Sanitätszug in Feindes Land, dafür ging er nach Schlesien, um den Notstand zu untersuchen, dafür suchte er im Spessart den Hungertyphus zu bekämpfen, dafür eilte er nach Norwegen, den Aussätzigen beizustehen. Ersannen andere Mordinstrumente, so ging er

Digitized by Google

mit dem Mikroskop dem Treiben der Trichinen nach, so beobachtete er das wundersame Weben der Zelle, so studierte er die „Merkmale niederer Menschenrassen". Paradierten andere im besternten Frack auf diplomatischen Soireen, so schrieb er in stiller Klause sein epochemachendes Handbuch der Pathologie; ließen hochtrabende Staatsmänner ihre widerspruchsvollen Reden im Sonderabdruck auf dem Markt erscheinen, so sammelte er seine Abhandlungen zur wissenschaftlichen Medizin."

Um jene Worte von dem „hochtrabenden Staatsmann" mit den „widerspruchsvollen Reden" zu verstehen, muß man wissen, daß eben in der Zeit, in der sie geschrieben wurden, das Hahnsche Sammelwerk, die Reden, Briefe, Depeschen Bismarcks enthaltend, erschienen war.

Herr Virchow hat eine solche ungerechte Behandlung, nämlich als Gelehrter einem Politiker und zwar einem „hochtrabenden" gegenübergestellt zu werden, gewiß nicht verdient. Er weiß besser, was inkommensurable Größen sind. Freilich hat er einmal gesagt: „Ich kann nur wünschen, daß es dem Ministerpräsidenten gelingen möge, unter den Diplomaten Europas eine ähnlich anerkannte Stellung zu finden, wie ich sie wenigstens gefunden habe unter meinen Spezialkollegen". — Indessen, das gehört einer Zeit an, über die Fürst Bismarck selber längst den nassen Schwamm gezogen hat. Daran erinnert zu werden, ist am grausamsten von einem „radikal-fortschrittlichen Byzantinismus", für den der hervorragende Abgeordnete ohne Zweifel denselben Degout hat, wie andre.

Etwas Ähnliches muß wohl der ehemalige Minister Delbrück empfunden haben, als er in einem andren Berliner Blatte den folgenden Artikel über sich gelesen:

„Die lärmende Werbetrommel der Konservativen hat ein soziales Element wieder in den Vordergrund der politischen Tagesszenerie gebracht, welches man stets als den Hauptträger konservativer Gesinnung betrachtet hat, nämlich den Adel. Ein Blick auf die Liste der would-be „Bismarckspartei" lehrt jedoch, daß die adeligen Fähnlein des konservativen Streitheeres nicht allein erscheinen, sondern daß sich den kreuzgeschmückten Ritterharnischen auch die Talare der Geistlichkeit, die Perücken der Bureaukratie und die Uniformen einzelner Offiziere z. D. angeschlossen haben. Der hohe Adel ist nur äußerst spärlich vertreten, was ja seinem guten Geschmack zur Ehre angerechnet werden könnte, wenn nur dieser

Digitized by Google

fette hohe Adel dafür andre Gelegenheiten suchen und benutzen wollte, sich eine ideale Existenzberechtigung auch in unserer Zeit wieder zu erobern. In einem Lande, welches mit fürstlichen Hofhaltungen so reich gesegnet ist, wie Deutschland, und wo eine hervorragende Stellung in der nichtpolitischen „feinen" Welt fast conditio sine qua non für ein wirklich bestimmendes Einwirken auf politische Verhältnisse ist, scheint die höhere Adelswelt förmlich durch ihre Existenzverhältnisse dazu aufgefordert, eine bedeutsame Rolle im öffentlichen Leben zu spielen, weil ihr nicht blos zu der öffentlichen Bühne der Politik Zutritt gestattet ist, sondern auch zu den Koulissen dieser Bühne, und weil eine finanziell unabhängige Stellung, ebenso wie das Ansehen ihres Ranges ihren Worten doppeltes Gewicht gerade in den entscheidenden Kreisen gewährt.

„Dennoch vermißt man nirgend mehr als in Deutschland den hohen Adel unter den Vertretern großer politischer, ökonomischer oder auch neuer künstlerischer und philosophischer Ideen und Systeme. Mehr noch als der mittlere und kleine Adel findet die deutsche Standesherrenschaft ihr Genügen darin, dem Staate, Heere oder Hofe als Subordinierte zu „dienen," anstatt im Reichstage oder in den Landtagen der deutschen Einzelstaaten eine maßgebende Rolle als selbständig denkende Champions wichtiger Prinzipien zu spielen. Staatsmänner ohne den goldschimmernden bureaukratischen Dienstfrack sind in den Reihen unserer Aristokratie kaum zu finden, bedeutende Schriftsteller, Beschützer der Künste, Förderer eines ethischen Geschmackes nur selten. Was in den sozialen Höhenregionen hauptsächlich Anklang findet, das ist der Sport und das Waidwerk, außerdem die Bigotterie und die Galvanisierung des Kreuzrittertums, nebstbei etwa noch ein wenig Gründerspekulation, Branntweinbrennerei und Spiritusausfuhr-Politik, das sind die noblen Passionen unserer großen Herren. Zeigt sich hier und da einmal eine Ausnahme und wird ein Hochadeliger von dem Drange erfaßt, durch seine eigene Persönlichkeit etwas zu leisten, — seinen Mitbürgern sich nützlich zu machen, so pflegt die Verwirklichung dieses an sich rühmlichen Strebens den Charakter der Kaprice und Sonderlichkeit zu tragen. Nicht als großer Herr widmet man sich dann dem öffentlichen Wohl, sondern trotzdem man großer Herr ist. So hat sich im Laufe der jüngsten Jahre eine Königliche Hoheit als Augenoperateur versucht, eine Durchlaucht ist Lehrer der Botanik an einer deutschen Hochschule, ein millionenreicher Prinz aus fürstlichem Hause plaidirt als Rechtsanwalt u. s. w., kurz der gemein-

Digitized by Google

nützige Thatendrang äußert sich als ganz individuelles Belieben, da wo er nicht die Bahnen des Hof- Militär- oder Zivilstands sucht. Als Staatsmänner ohne gallonirten Frack, als stimmführende Parlamentarier, als befähigte Ministerkandidaten, die jeden Augenblick den verlassenen Sattel des Premier besteigen und aus gleichgesinnten, gleich unabhängigen Freunden eine Regierung bilden könnten, als solche politische potente Lords und rechtsbegeisterte Hüter der höchsten Volksgüter hat sich unser Hochadel noch durchaus nicht bewährt. Wer aber in einer langen geschichtlichen Periode den ihm zugänglichen Platz nicht auszufüllen vermag, der muß sich darauf gefaßt machen, ihn durch Verjährung zu verlieren. Die Nationen, welche in ihrer höchsten Aristokratie nur Fuchsjäger, Schafszüchter, Wettrenner, Hofkavaliere und diensthuende Diplomaten erblicken, können unmöglich mehr von solchen Kreisen die Führung des geistigen Entwickelungsprozesses, die Repräsentation der feinsten Kultur und die Pflege des edelsten Geschmackes erwarten. Es tritt also an die Stelle der ausschließlich hocharistokratischen Elite eine neue gemischte adelig-bürgerliche Elite, welche die nun einmal unentbehrliche Leitung des internationalen Gedankenaustausches und Bildungsfortschrittes übernimmt, und da sie wesentlich auf geistigem, durch Zoll- und Herrschaftsschranken nicht begrenzten Gebiete wirkt, auch wesentlich internationalen Charakters ist.

„England, das Land, wo noch am meisten der hohe Adel seine natürliche Aufgabe begreift, dem Volke als Schutzwehr gegen Übergriffe der Krone und der Verfassung als Schild gegen diktatorische Gelüste eines Ministers zu dienen, England ist auch die Geburtsstätte und der Zentralsitz einer neuen internationalen Aristokratie geistiger Natur. Im Schoße seiner weltüberblickenden politisch-kommerziellen Kreise ist eine Vereinsorganisation erstanden, welche durch Ernennung von Ehrenmitgliedern aus den verschiedenen zivilisierten und vorwärts strebenden Nationen jene Elite gebildet hat und zu ergänzen fortfährt. Diese Vereinsorganisation ist der Cobden-Club, dieser Hort und Mittelpunkt des freiheitlich zivilisatorischen Fortschritts der gesamten Welt. Man überblicke die Mitgliederliste und man wird die These, daß der neue Hochadel des geistig und menschlich-politisch-ökonomisch thätigen Europas hier zusammengefaßt ist, billigen. Wohl gibt es außerhalb der Sphäre der politischen Ökonomie geistigen Adel in Fülle, der ein Recht hat, zur Elite gezählt zu werden, und es werden sich

Digitized by Google

noch viele Gleichberechtigte anschließen, aber von jeher hat dem Adel die Eigenschaft des Mitwirkens an der Gestaltung und Verwaltung politischer Institutionen die eigentliche Bedeutung und Lebensberechtigung gegeben. Es gibt auf Erden keinen vornehmeren Beruf, als durch Regelung des Völkerverkehrs und des bürgerlichen Zusammenlebens ein armes Volk wohlhabender und glücklicher, ein unfreies Volk selbständiger und mannhafter, ein zersplittertes Volk einiger und patriotischer zu machen. Was war Cobden mit seinen nägelbeschlagenen plumpen Schuhen für das glatte Parquet eines Hofkavaliers? — Eine ungelenke Figur zur Belustigung schnippiger Hoffräulein. Aber was war er für Englands und Frankreichs Wohlstand? Als er mit dem Franzosenkaiser Tage und Nächte hindurch den britisch-französischen Handelsvertrag durchberiet, dessen Segen nun in ungeheuren Goldhaufen die Bankkeller von Paris und London füllt, während sich die Wohlhabenheit und Bildung zweier großen Nationen durch ihn um eine merkliche Stufe gehoben hat. Was ist unser bescheidener Delbrück als äußere Erscheinung neben einem in goldstrotzender Uniform mit Helmbusch und dicken Epauletten prangenden Armeefürsten? Und doch hat er mit Worten und Ziffern ebenso große und vielleicht größere Siege gewonnen als mancher europäische Feldherr glänzenden Namens mit Soldaten. John Stuart Mill und sein Vater, die in einer stillen Stube des Regierungs-Amtes der ostindischen Kompagnie Jahrzehente hindurch so bestimmenden und so wohlthätigen Einfluß auf die Verwaltung der Heimat von Hunderten von Millionen indischer Unterthanen übten, waren sie nicht der Elite der Menschheit beizuzählen?

„Durchmustert man die Reihe der Cobdenklub-Mitglieder (das Verzeichnis findet sich in der neuen Publikation des Klubs: Free trade and the European treaties of commerce), so findet man zwar Vertreter sehr verschiedener Parteien und Kreise, aber das Wesentliche ist: dieser Klub ist der Rahmen, welcher eine Anzahl der besten Köpfe Europas und Amerikas zusammenfaßt und so den neuen Hochadel, die internationale Elite der heutigen Gesellschaft bildet, für heute noch in stiller, unbeachteter Weise, aber bald hoffentlich unter dem Beifall und der Anerkennung der gebildeten Völker. Zur Orientierung geben wir aus der Reihe der nichtenglischen Mitglieder folgende Auslese von Namen: G. Bankroft (der Diplomat und Geschichtsschreiber), R. W. Emerson (der Essayist), Cyrus Field, Hugh Mac Culloch, Karl Schurz, David A. Wells,

Digitized by Google

Eugen Graf Kinsky, Max von Kübeck, Karl v. Scherzer (der berühmte wissenschaftliche Reisende, nun General-Konsul in London), Max Wirth, Frère Orban, Emile de Laveleye, Lehardy de Beaulieu, Graf Sponneck (Dänemark), Challemel Lacour, Michel Chevalier, Duc de Decazes, G. de Molinari, Jean Dolfus, Leon Gambetta, M. N. Johnston, M. de Lavergne, Leroy Beaulieu, de Lesseps, Leon Say, Jules Simon, M. Wolowsky, Georg v. Bunsen, Minister Delbrück, Senator Groening, Geh. R. Michaelis, Dr. J. Faucher, Karl Blind, Abg. Rickert, Schulze-Delitzsch, Baron Stauffenberg, Prof. Boehmert, Baron Schimmelpfennig v. d. Oye, Fransen van de Putte, Graf Bastogi, Minghetti, Peruzzi, Skialoja, Emilio Castelar und Echegaray. Gewiß eine Reihe berühmter oder doch verdienstvoller Namen, die sich den vorzüglichen Männern, welche den britischen Kern des Cobdenklubs bilden, würdig und ebenbürtig anreihen."

In diesem Artikel der „Voßschen" aus dem Jahre 1876 wird der gewiß verdienstvolle ehemalige Minister und volkswirtschaftliche Fachmann Delbrück dem „General mit dicken Epauletten" gegenüber gestellt, wie Virchow, der Anatom, dem „hochtrabenden Staatsmann". Der erstere mag sich das im stillen ebenso verdrießlich verbeten haben, als der letztere den Artikel der „Berliner Zeitung". Herr Delbrück selber wird sich, eben weil es sich um inkommensurable Größen handelt, sicherlich nicht über Blücher, Moltke u. s. w. stellen wollen. Es ist gleichfalls eine eigentümliche Erscheinung, daß die Männer vom Cobdenklub es lieben, auf Staatsmänner und Militärs besonders verächtlich herabzublicken. Cobden selber, in seiner Schrift über Rußland, stellt Watt und Arcwright den Nelson, Wellington, Potemkin und Suwarow gegenüber. Von da scheint es in den freihändlerischen Blättern und Schriften Ton geworden zu sein, inkommensurable Verdienste an einander zu messen, wobei dann regelmäßig die hochtrabenden Staatsmänner und die Generale in dicken Epauletten schlecht weg kommen. In der Scheu vor Epauletten, Säbeln und Flinten reichen sich die Ultramontanen und Manchesterleute wie in vielen andren Dingen die Hand.

Deutschland ist als das Land Luthers den Ultramontanen kaum so verhaßt, als den englischen Mitgliedern des Cobdenklubs das Land Bismarcks und der nationalen Aspirationen auf allen Gebieten, auch dem wirtschaftlichen. Die deutschen Ehrenmitglieder des Cobdenklubs befinden sich unter eigentümlichen Gesinnungsgenossen. Einen Germanophoben der bezeichneten Sorte schilderte

Digitized by Google

kürzlich ein Jemand, der sich Sullivan nennt, in der „Morning Post" wie folgt:

„Der britische Radikale der Cobden-Schule geht mit jener gewöhnlichen, herabblickenden, näselnden, dieser Schule so eigentümlichen Überhebung einher und wirft Steine nach seines Nachbarn Glashäusern, augenscheinlich ohne eine Ahnung davon zu haben, daß er selbst in einem solchen wohnt. Er glaubt fest und sicher, daß ihm und seiner Schule allein die Weisheit inne wohne, die Irrtümer seiner Nachbarn zu sehen, und das Recht zustehe, dieselben zu korrigieren. Deutschland und Fürst Bismarck sind immer die Zielscheibe seiner intelligenten Schmähreden gewesen. „Wie widerwärtig ist es, sagt er, ein ganzes Land in eine Kaserne verwandelt, alle Klassen der Bevölkerung für den Krieg gedrillt, Industrie, Ackerbau, Erziehung und Zivilisation vernachläßigt zu sehen, zum Amusement für Kaiser und Könige." „Warum, sagt er, sich aufblähend mit eingebildetem Stolz, warum ahmt ihr mir und meiner Schule nicht nach? Warum studiert ihr nicht die Reden des göttlichen Cobden, und lest nicht die Schriften des Cobdenklub, tauscht nicht eure Schwerter mit dem Pfluge, vertraut nicht dem wohlwollenden Instinkt der Menschheit und adoptiert nicht den Freihandel?" — Ich kann sehr wohl begreifen, daß Fürst Bismarck die folgende Antwort bereit haben würde:

„Höre mir zu, mein lieber Bull, und laß dir einige Thatsachen erzählen, bevor du deine Nachbarn richtest und verurteilst. Wir lieben den Frieden gerade so sehr wie du, und wenn du freundlichst einen Blick rückwärts auf unsre beiderseitige Geschichte thun willst, so wirst du finden, daß wir ihn viel mehr und viel kräftiger gepflegt haben, wie du. Wir haben nur im Falle der Notwehr und Selbstverteidigung mit unsren Nachbarn Krieg geführt, auch werden wir das in Zukunft so halten, aber unsre Nachbarn haben diese Tugend gegen uns nicht geübt. Während der letzten 100 Jahre hat Frankreich Deutschland 14mal überfallen, jedesmal mit allen Schrecken des Krieges. Während dieser häufigen Überfälle sind Verbrechen vollbracht worden, welche noch heute die Herzen der Deutschen in Stein verwandeln, wenn sie daran denken. Vor dreizehn Jahren waren wir wieder mit einer Invasion bedroht; aufs neue erscholl der Ruf: Nach Berlin! Ein neuer Parademarsch sollte durch unser Land unternommen werden mit Brennen und Sengen wie vordem. Die Rheinprovinzen sollten annektiert und der Friede in Berlin diktiert werden. Aber in der Zwischen-

Digitized by Google

zeit hatten wir eine Armee geschaffen; wir hatten die Nation bewaffnet und waren dafür vorbereitet. In wenigen Wochen nahmen wir die ganze feindliche Armee gefangen und eroberten alle ihre Festungen. Der Parademarsch zog durch Frankreich und nicht durch Deutschland; anstatt daß Frankreich die Rheinprovinzen annektierte, annektierten wir Elsaß und Lothringen, anstatt daß der Friede in Berlin diktiert wurde, diktierten wir ihn in Paris. Du tadelst uns, daß wir Elsaß und Lothringen behalten, aber gestatte mir gütigst die Bemerkung, du thust das aus Unkenntnis, du sprichst von Dingen, die du nicht verstehst. Anstatt uns zu tadeln, daß wir Straßburg und Metz behalten, solltest du uns vielmehr von ganzem Herzen dankbar dafür sein, denn diesem Umstand ganz allein ist es zuzuschreiben, daß Europa der Friede 13 Jahre erhalten blieb. Die augenblickliche Wut der Franzosen gegen Deutschland rührt nicht von der Annexion der Provinzen her, die ehemals zu Deutschland gehörten, sondern daher, daß im Kriege von 1870 deutsche Waffen dem französischen Stolze und Hochmut eine tötliche Wunde schlugen. Ihr Haß gegen uns, ihr Revanchegeschrei würde nicht geringer gewesen sein, auch wenn wir ihnen Elsaß und Lothringen gelassen hätten, aber ihre Macht, diesem Gelüste zu fröhnen, würde um so viel größer gewesen sein. Das Rachegeschrei würde dann nicht ein bloßes Geschrei geblieben, es würde schon längst zur Wahrheit geworden sein, und unsere Grenzprovinzen hätten längst wieder im Blut geschwommen.

„Deutschland verlangt nicht nach Krieg mit Frankreich, und mit Straßburg und Metz in seiner Hand hat es die Macht, ihn zu verhindern. Du nimmst es auf dich, uns zu tadeln, daß wir Provinzen annektieren, um unsere Grenzen zu stärken und die Gefahren einer Invasion zu vermindern, aber bist du auch ganz sicher, daß deine eigenen Hände in diesen Dingen rein sind? Hast du nicht den Pendschab, Birma und Audh annektiert, einzig und allein für deine Bequemlichkeit und Sicherheit? und hättest du ein Jota mehr Recht dazu, wie wir zu Elsaß und Lothringen? In der That, mein lieber Bull, du mußt mir erlauben, dir zu sagen, das ist reines Gewäsch von der ungeschminktesten Sorte, passend vielleicht zu der selbstberäuchernden Athmosphäre, in welcher zu leben dir eine Freude ist, aber lächerlich in den Augen der ganzen übrigen Welt.

„Wir wollen die Plätze einmal tauschen, angenommen dein schönes Land wäre während der letzten 100 Jahre 14 bis 15 Mal überrumpelt, seine Felder zerstört, seine Städte geplündert, seine

Digitized by Google

reizenden Häuser (vielleicht besitzt du selbst eines) dem Erdboden gleich gemacht, würdest du dich darüber freuen? Angenommen, du wärst mit einem neuen Überfall bedroht, welcher nach aller Wahrscheinlichkeit schrecklicher werden würde, als irgend einer zuvor, würdest du dann gerne den Rat irgend eines Nachbars befolgen, dessen Land niemals von dem Fuße eines Einbrechers getreten worden wäre? Würdest du auf seinen Rat hören, und deine Armee auflösen, und dem wohlwollenden „Instinkt" der Menschheit vertrauen? Würdest du nicht vielmehr denken, er sei ein unverschämter Esel, und ihm sagen, er möchte vor seiner eigenen Thüre kehren? Nun wohl, ich bin nicht so ungeschliffen, aber ich denke, daß, wenn du deinen eigenen Geschäften nachgehst und uns überläßt, für die unsrigen zu sorgen, es darum um den Frieden nicht schlechter bestellt sein wird. Ich glaube, dir gezeigt zu haben, daß wir eine Entschuldigung haben, unser Land, wie du sagst, in eine Kaserne zu verwandeln, und eine große Armee zu unterhalten, und ich hoffe, wenn du mir ein wenig mehr Zeit lassen willst, dir zeigen zu können, daß diese Armee dem Lande nicht ganz so schädlich ist, wie du annimmst. „Das System ist" um den Ausspruch eines eurer Volkswirte anzuführen, „nicht gänzlich zu verwerfen, weil es den Bauern die Gewöhnung an Disziplin beibringt, und die Dienstzeit genügt vollkommen, einen Soldaten aus ihm zu machen, ohne ihn für die Friedensbeschäftigung unbrauchbar zu machen." Unsere Armee gleicht eurer Miliz — unsere Soldaten haben keinen auswärtigen Dienst und nicht mit tropischen und ungesunden Klimas zu kämpfen — und haben keine kleinen, zuweilen mörderische Kriege in allen Teilen der Welt zu führen. Sie absolvieren ihre Dienstzeit ein Jahr oder drei Jahre, in ihrem eigenen Lande. Die Disziplin ist sehr streng, Trunkenheit, Desertion oder Verbrechen kommen fast niemals vor. Der Prozentsatz bei Krankheiten ist nur zwei von Tausend. Nur vier Prozent sind des Lesens und Schreibens unkundig. Die Leute werden im Alter von 20 Jahren zum Militärdienst herangezogen, nachdem sie ein Geschäft oder Handwerk erlernt haben. Nach einem oder drei Jahren kehren sie zu ihrem Geschäft oder Handwerk zurück — oft viel bessere Leute — sehr selten, wenn jemals überhaupt durch die Dienstzeit verschlechtert. Wir halten dieses System für viel menschlicher und verständiger als euer System, Knaben von 17 Jahren einzureihen, bevor sie ein Geschäft oder Handwerk erlernt haben, und sie mit 23 Jahren zu entlassen, wenn sie zu alt geworden sind, ein solches zu lernen.

Digitized by Google

Wenn wir die Menge von Verbrechern in eurer Armee, den Prozentsatz von Todesfällen, die Menge Invaliden, Deserteure und Trunkenbolde betrachten, so sind wir ganz erschrocken. Wir verstehen nicht, wie eure Armee ihre Arbeit fortführen kann, und wir begreifen sehr wohl, daß ihr den Militärdienst als einen demoralisierenden Dienst betrachtet. Wir halten es für die Pflicht eines jeden Staatsbürgers, ob vornehm oder gering, sich auszubilden, und bereit zu sein zum Schutze seines Vaterlandes. Ihr hingegen vertraut die Ehre und Sicherheit eures Landes den Bummlern und Vagabunden an, der Hefe des Volkes, wie ihr sie nennt. Bei uns hat der gediente Mann in vielen Beziehungen Vorteile vor seinen Mitbürgern. Bei euch hält man es fast für eine Schande, mit ihm in Berührung zu kommen. Unsere Praxis ist der eurigen durchaus widerstreitend. Ihr möget euren Plan für den besten halten, wir ziehen den unsrigen vor. Wir möchten allerdings lieber nicht gezwungen sein, eine so große Landarmee zu unterhalten, aber mit Frankreichs Drohungen von dieser Seite und Rußlands von jener, und mit Drohungen einiger eurer Zeitungen und Staatsmänner, welche mit den Bestrebungen der Slawen kokettieren, „die Trommel schlagend im Zimmer des Kranken", wie ich es früher bezeichnete, sehen wir keine Möglichkeit, ohne dieselbe zu existieren. Wir hoffen, daß ein europäischer Krieg vermieden wird. Aber wir sind fertig, wir sind auf unserer Hut, und wenn wir merken, daß Räuber beabsichtigen, bei uns einzubrechen, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß wir sie niederschießen, bevor sie dazu kommen."

Wie Fürst Bismarck, sobald er anfieng, sich mit wirtschaftlichen Dingen ernster zu beschäftigen und sie nicht mehr Kollegen zu überlassen, sich zum Cobdenklub stellen würde, war nach dem Motto Cobdens vorauszusehen. Dasselbe lautet: „Our sole aim is the just interest of England, regardless of the objects of other nations." (Unser einziger Zweck ist das Interesse Englands, ohne Rücksicht auf die Ziele anderer Nationen).

Im Jahr 1880 betrug die Zahl der Mitglieder 832,495 in England wohnhaft, davon ungefähr 200 Mitglieder des einen oder andren Hauses des Parlaments. Die übrigen 337 gehören den englischen Kolonieen und andren Ländern an und sind sämtlich Ehrenmitglieder. Es fallen davon auf die Vereinigten Staaten 107, auf Australien 14, auf Österreich-Ungarn 11, auf Belgien 8, auf

Digitized by Google

Kanada 4, auf Südafrika 1 (der Gouverneur Sir Hercules Robinson), auf Frankreich 47, auf Deutschland 14, auf Indien 4, auf Italien 23, auf die von den Freihändlern gern belobte Schweiz 1 (der aus Deutschland stammende Professor Böhmert). In einem von dem Sekretär des Klubs unterzeichneten Vorwort zu der Mitgliederliste ist gesagt, der Klub sei im Jahre 1866 gegründet worden „zu dem Zweck, das Wachstum und die Verbreitung der wirtschaftlichen und politischen Grundsätze, mit denen der Name Cobden verknüpft sei, zu befördern — die Ehrenmitglieder hätten sich in ihren Heimatsländern ausgezeichnet durch die Dienste, welche sie der Beförderung der Zwecke des Klubs geleistet hätten."

In dem Jahresbericht vom 6. Juli 1878 heißt es: „In der Absicht, den internationalen Einfluß des Klubs zu vermehren, hat der Ausschuß die Ehrenmitglieder darüber befragt, ob es zweckmäßig sein würde, auswärtige Komitees in verschiedenen Städten und Provinzen zu bilden, zu dem Zweck, für die Förderung der Grundsätze des Klubs in allen Weltteilen zu wirken. Auf diese Mitteilungen ist eine Anzahl von interessanten Antworten eingegangen mit Auskunft über die Lage und die Aussichten des Freihandels in den verschiedenen Ländern und mit Vorschlägen, die im Ganzen dem Plane günstig sind. An einigen Orten sind lokale Ehrensekretäre ernannt worden und das Komitee hat Grund zu hoffen, daß, nachdem die Unruhen in Europa beigelegt sein werden, diese neue Maschinerie des Klubs wenigstens in einigen Ländern für die Verbreitung der Freihandels-Grundsätze wird nutzbar zu machen sein. (Es ist auffallend, daß die Ehrensekretäre, die vielleicht auch in Deutschland angestellt sind, nicht genannt werden, sie scheinen de robe courte zu sein). Endlich wird erwähnt, daß im verflossenen Jahre mehrere Mitglieder mit Tode abgegangen sind, darunter der Dr. Julius Faucher, und daß bei jedem dieser Todesfälle Resolutionen angenommen worden seien mit dem Ausdruck des Bedauerns über den erlittenen Verlust unter Anerkennung der Dienste, welche diese ausgezeichneten Mitglieder des Klubs der Sache Englands geleistet hätten.

Der am 19. Juli 1879 verlesene Jahresbericht sagte u. a.: „Wir können nicht umhin, mit dem Gefühl im Lande zu sympathisieren, welches natürlich in Zeiten, wie die gegenwärtigen, stärker wird, daß unser Handel wesentlich von den Schutzsystemen andrer Länder leide, und unsere Aufmerksamkeit wendet sich fortwährend der Aufgabe zu, unter fremden Völkern und in unsren Kolonien

Digitized by Google

die Entwickelung von wirtschaftlichen Ansichten zu befördern, welche, wie wir hoffen, früher oder später zu der allgemeinen Annahme der Politik des freien Tausches führen werden. In fast jedem Lande und jeder Hauptstadt gibt es Männer von Auszeichnung und politischem und litterarischem Einfluß, welche dem Klub associiert sind und für die gute Sache arbeiten, und trotz vieler Entmutigung und einigem faktischen Rückschritt ist kein Grund zu bezweifeln, daß sie endlich obsiegen wird."

In dem Jahresbericht vom 26. Juli 1880 wird u. a. ein Verzeichnis von Schriften aufgeführt, von denen seit der Gründung des Klubs 375,000 Exemplare verteilt worden sind. Außerdem sind seit dem 1. Januar 1878 200,000 Exemplare von Zeitungen und Abdrücken einzelner Zeitungsartikel versandt worden. Endlich ist bemerkt, daß der Klub „in communication" sei mit öffentlichen Bibliotheken in England, auf dem Kontinent, in den Vereinigten Staaten und in den englischen Kolonien, mit den Handelskammern in Großbritannien und den Kolonien, mit der „Association deutscher Handelskammern" (deren Sekretär der Dr. Alexander Meyer), mit Handelskammern in Frankreich, mit dem Kongreß deutscher Volkswirte (Präsident Dr. Karl Braun), mit der Central-Liberal-Association, mit Zeitungen in London, in den Provinzen, den Vereinigten Staaten und auf dem Kontinent, mit britischen und fremden Gesandtschaften. Das Budget ist mäßig. „Indessen sind Gründe vorhanden, sagt der Verfasser einer Schrift über den Klub vom Jahre 1881, anzunehmen, daß für Zwecke des Klubs nötigenfalls von mehr als einer Seite erhebliche Fonds flüssig werden, besonders jetzt, wo zwölf Mitglieder desselben in dem Kabinette sitzen; hat doch Sir Charles Dilke nach dem Briefe von Maltman an die offiziöse „Daily News" vom 8. April aus einem ihm zur Verfügung stehenden Fonds einen Beitrag für die Mostsche „Freiheit" gezahlt. Auch gibt die Gewohnheit wohlhabender Engländer, auf dem Festlande zu reisen, die Möglichkeit, kostenlose Missionen auszusenden."

In den bis 1880 gehenden Jahresberichten wird Deutschland und seiner „Irrwege" viel gedacht, aber nicht des deutsch-österreichischen Bündnisses, das gleichwohl im Cobden-Klub einen größeren Sturm seiner Zeit hervorrief, als bei den Ultramontanen, Franzosen und Russen. Während Lord Salisbury jenes Defensivbündnis mit dem Jubelruf: „Großes Heil ist uns widerfahren" begrüßte und eine konservative Zuhörerschaft mit lautem Beifall einstimmte, wurden der Cobden-Klub und Anhang bei der Nach-

Digitized by Google

richt von der mit dem Bündnis in Verbindung gebrachten zollpolitischen Vereinigung von jähem Schreck getroffen. Sie litten infolge dessen an Halluzinationen der schlimmsten Art, sahen im Geiste Fürst Bismarck den Weltmarkt beherrschen, Englands Handel vernichtet und Indien als einen Annex des deutschen Reiches. „Die famose Schlacht bei Dorking ist ein wahres Kinderspiel, schrieb damals die „Nat. Ztg.", gegen die handelspolitischen Phantasmagorieen, welche den Engländern jetzt von gewisser Seite vorgegaukelt werden. Behandelt doch die „Pall Mall Gazette" in einer ihrer letzten Nummern in einem durch den Druck besonders ausgezeichneten Artikel in ernsthafter Weise den Anschluß Hollands an den deutsch-österreichischen Zollverein und die dadurch dem deutschen Reichskanzler gegebene Macht über den Indischen Archipel."

Man begegnet dem Gedanken, Holland zu „annektieren" oder in den deutschen Zollverband zu ziehen, in der Presse aller Länder — nur nicht in der deutschen Presse, welche diese Gerüchte regelmäßig nicht einmal der Beachtung würdigt. Sonderbarerweise ist es gerade Holland selber, welches zum öfteren die Wiege solcher Nachrichten ist. So fand man kürzlich in einer Nummer des „Journal des Débats" eine Korrespondenz aus dem Haag, welche sich las, als sollte am andern Morgen die schwarz-weiß-rote Fahne in Rotterdam aufgehißt werden.

Im übrigen gehört das, was Fürst Bismarck einmal über eine Zolleinigung Deutschlands mit Österreich geäußert hat, zwar nicht in dieselbe Linie mit den immer nur halbernsten oder ironischen Adoptionen der Gedanken andrer, wovon oben die Rede war, als gesagt wurde, daß Fürst Bismarck keinem Thema aus dem Wege ginge, aber er hält jene Einigung heute selber für eine Utopie. Der Siebenbürgische Abgeordnete Bausznern hatte eine Denkschrift an denselben gerichtet, worin er sich über die Vorzüge eines Zollvereins zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn aussprach. In seiner Antwort vom 5. März 1880 sagte der Reichskanzler: „Ich teile die in Ihrer Denkschrift niedergelegten Anschauungen insofern, als ich eine die beiden Reiche umfassende Zolleinigung als ideales Ziel betrachte, welches unsren handelspolitischen Transaktionen ihre Richtung anweist. Ich weiß nicht, ob wir dasselbe erreichen, aber je näher wir ihm kommen, umsomehr werden unsre wirtschaftlichen Beziehungen zum dauernden Ausdruck der Übereinstimmung unsrer politischen Interessen werden." Von einer Zolleinheit der beiden zentraleuropäischen Nachbarstaaten oder

Digitized by Google

wenigstens von einer handelspolitischen Annäherung ist auch wieder bei Gelegenheit der Salzburger Begegnungen im Sommer 1883 die Rede gewesen. Es steht jetzt soviel fest, daß im Gegenteil der Gedanke heute ein maßgebender geworden ist, daß ein dauerhaftes politisches Bündnis die Auseinanderhaltung der wirtschaftlichen Interessen voraussetzt. Die politische Allianz hat neue Grundlagen erhalten, aber die handelspolitische Annäherung gehört nicht dazu. Das Gerede von der handelspolitischen Erweiterung der Allianz hat verschiedenen wirtschaftlichen Politikern Anlaß gegeben, die Unmöglichkeit derselben oder die überaus großen und kaum überwindbaren Schwierigkeiten nachzuweisen. Herr v. Kardorff hat in seinem Schreiben an die „Post" die Klippen aufgeführt, deren schwierige Wegräumung erst vorangehen müsse, wenn die Einheitlichkeit des Zollgebietes nicht daran scheitern soll und er hat selbst die bescheidene Aussicht auf bloße Zollermäßigungen durch den Hinweis auf die Klausel des Rechtes der meistbegünstigten Nation unsanft zerstört. In Übereinstimmung damit wurde der „Schles. Ztg." aus Berlin geschrieben: „Die Frage, ob und wie das so gewiß wünschenswerte engere Zusammenschließen Deutschlands und Österreich-Ungarns auf wirtschaftlichem und zollpolitischem Gebiete sich ermöglichen lassen würde, ist seit Jahren schon sowohl in der deutschen wie in der österreichischen Presse ventiliert worden, und die Begegnung österreichischer und deutscher Staatsmänner hat wiederholt zu der Version Anlaß gegeben, daß diese Angelegenheit nunmehr aus dem Stadium der rein theoretischen Erörterungen heraustreten werde. Eine Bestätigung haben diese Gerüchte bis jetzt jedoch nicht gefunden, wohl aber haben vor einigen Jahren die Verhandlungen über die Erneuerung des österreichisch-deutschen Handelsvertrages den Beweis geliefert, daß selbst die wirtschaftlichen Interessen der beiden Hälften der habsburgischen Monarchie, des vorwiegend Viehzucht und Ackerbau treibenden transleithanischen und des industriell hochentwickelten cisleithanischen Staatsgebietes nur mit großer Mühe sich vereinigen ließen. Der Dissens dieser Interessen bereitete damals dem Abschluß des Vertrages mit dem deutschen Reiche die größten Hindernisse."

Druck von August Pries in Leipzig.

Stadt-Bücherei Plauen i.V.

Digitized by Google

Filmed by Preservation 1988

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01314 8864

DO NOT REMOVE
OR
MUTILATE CARDS